

Rita Garstenauer/Anne Unterwurzacher (Hg.)

Aufbrechen, Arbeiten, Ankommen

## Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes (JGLR)

Herausgeber:

Institut für Geschichte des ländlichen Raumes

Geschäftsführender Herausgeber:

Ernst Langthaler

Herausgeberinnen dieses Bandes:

Rita Garstenauer und Anne Unterwurzacher

Redaktion dieses Bandes:

Martin Bauer unter Mitarbeit von Rita Garstenauer, Gesine Gerhard, Ernst Langthaler und Anne Unterwurzacher

Wissenschaftlicher Beirat:

Arnd Bauerkämper (Berlin), Markus Cerman (Wien), Andreas Dix (Bamberg), Werner Drobisch (Klagenfurt), Gesine Gerhard (Stockton, California), Ernst Hanisch (Salzburg), Heide Inhetveen (Göttingen), Reinhard Johler (Tübingen), Karl Kaser (Graz), Erich Landsteiner (Wien), Margareth Lanzinger (Wien), Michael Limberger (Gent), Jon Mathieu (Luzern), Wolfgang Meixner (Innsbruck), Michael Mitterauer (Wien), Peter Moser (Bern), Norbert Ortmayr (Salzburg), Roman Sandgruber (Linz), Gloria Sanz Lafuente (Pamplona), Nadine Vivier (Le Mans), Norbert Weigl (Linz), Verena Winiwarter (Wien), Clemens Zimmermann (Saarbrücken)



Rita Garstenauer/Anne Unterwurzacher (Hg.)

# Aufbrechen, Arbeiten, Ankommen

Mobilität und Migration im ländlichen Raum seit 1945

Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2014

**StudienVerlag**

Innsbruck  
Wien  
Bozen

Redaktionsadresse:

Martin Bauer, Institut für Geschichte des ländlichen Raumes, Kulturbezirk 4, A-3109 St. Pölten

Tel.: +43-(0)2742-9005-12987, Fax: +43-(0)2742-9005-16275

e-mail: office@ruralhistory.at, Internet: www.ruralhistory.at

Das Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes erscheint jährlich im Umfang von etwa 250 Seiten. Einzelpreis € 29,-/sfr 50,70; Abonnementpreis € 22,-/sfr 38,60; Einzelpreis für Studierende € 23,50/sfr 41,20; Abonnementpreis für Studierende € 17,60/sfr 31,10 (gegen Vorlage einer Inskriptionsbestätigung). Abonnementpreise inkl. 10 % MwSt. zuzüglich Versand. Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen mindestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

© 2015 by Studienverlag Ges.m.b.H., Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck

e-mail: order@studienverlag.at, Internet: www.studienverlag.at

Die Drucklegung dieser Arbeit wurde durch das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Abteilungen Wissenschaft und Forschung sowie Landesarchiv und Landesbibliothek) und die Kulturabteilung der Stadt Wien, Wissenschafts- und Forschungsförderung, ermöglicht.

Buchgestaltung nach Entwürfen von Kurt Höretzeder

Satz: Studienverlag/Da-TeX Gerd Blumenstein, Leipzig

Umschlag: Studienverlag/Karin Berner

Umschlagabbildung: Türkische „Gastarbeiter“ in Frankenfels, Niederösterreich, im Jahr 1963 (Sammlung Bernhard Gamsjäger, St. Pölten)

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7065-5402-2

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

# Inhalt

## Einleitung

*Rita Garstenauer/Anne Unterwurzacher*

Einleitung: Aufbrechen, Arbeiten, Ankommen.

Mobilität und Migration im ländlichen Raum seit 1945

7

## Aufsätze

*Angelika Laumer*

„Er hat alles gekonnt, wenn's sein hat müssen, er war ein fleißiger Mann.“

Wie Kinder von ZwangsarbeiterInnen im ländlichen Bayern NS-Zwangsarbeit und deren Konsequenzen erinnern

19

*Uta Bretschneider*

Zwangsmigration und Neubeheimatung.

„Umsiedler“ als „Neubauern“ in der SBZ/DDR

37

*Ute Sonnleitner/Anita Ziegerhofer/Karin M. Schmidlechner*

Aufbruch als Chance.

Steirische Arbeitsmigrationen in die Schweiz 1945–1955

53

*Nina Kulovics*

„Hast das erfahren halt, dass die dort wen aufnehmen und dass du dir ein Geld verdienen kannst, weil wir selber nichts gehabt haben.“

Die südburgenländische Arbeitsmigration in die Schweiz von 1950 bis 1970 in lebensgeschichtlichen Interviews

78

*Gerhard Hetfleisch*

Geschichte der Arbeitsmigration Tirols 1945–2013

95

*Verena Sauer mann/Veronika Settele*

Migration sichtbar und erzählbar machen.

Zeithistorische Migrationsforschung in einer Tiroler Kleinstadt

126

*Vladimir Ivanović*

Der Traum von der Melange.

Ein Beitrag zur Geschichte der Rückkehr der jugoslawischen ArbeitsmigrantInnen

146

<i>Ingrid Machold/Thomas Dax</i> Schlüsselfaktor Zuwanderung. Migration in ländlichen Regionen Österreichs	164
<i>Gudrun Kirchhoff/Claudia Bolte</i> Migration und Integration im ländlichen Raum. Besonderheiten und zukünftige Herausforderungen	185
<i>Isabella Skrivanek/Lydia Rössl/Anna Faustmann</i> Die Erwerbsintegration von MigrantInnen in der ländlichen Steiermark im Kontext der Zuwanderungsgeschichte	199
<i>Elisabeth Boesen/Gregor Schnuer/Christian Wille</i> Urbanität im ländlichen Raum. Wohnmigration in der deutsch-luxemburgischen Grenzregion	225

## Forum

<i>Clemens Zimmermann</i> Regionen, Netzwerke, Sinngebungen. Der Beitrag des <i>Jahrbuchs für Geschichte des ländlichen Raumes</i> zur ‚neuen‘ Agrargeschichte	245
<i>Ulrich Schwarz</i> Ländliche Geschichte neu schreiben. Bericht über den internationalen Workshop anlässlich des zehnjährigen Erscheinens des <i>Jahrbuchs für Geschichte des ländlichen Raumes</i> (Wien, 13.11.2014)	253

Abstracts	257
-----------	-----

Autorinnen und Autoren	263
------------------------	-----

# Einleitung: Aufbrechen, Arbeiten, Ankommen

## Mobilität und Migration im ländlichen Raum seit 1945

Mit diesem Band stellt sich das 2012 als Projekt am Institut für Geschichte des ländlichen Raumes (IGLR) im Auftrag des Niederösterreichischen Landesarchivs gestartete Zentrum für Migrationsforschung (ZMF) der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vor. Das ZMF führte zunächst ein Oral History-Projekt zur Integration der deutschsprachigen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei in Niederösterreich nach 1945 durch. Daraus entstanden eine Dokumentation von rund 30 narrativen Interviews mit ehemaligen Vertriebenen und die Wanderausstellung *Langsam ist es besser geworden. Vertriebene erzählen vom Wegmüssen, Ankommen und Dableiben*; eine zusammenfassende Aufsatzpublikation ist in Vorbereitung.<sup>1</sup> Nachdem die deutschsprachige Fassung der Ausstellung 2013/14 an verschiedenen Orten Niederösterreichs zu sehen war, wird die tschechische Fassung 2014/15 in der Tschechischen Republik gezeigt. Die starke Resonanz der Ausstellung in der Öffentlichkeit hängt unter anderem mit der ungenügenden Auseinandersetzung mit dieser politisch sensiblen Thematik in den vergangenen Jahrzehnten zusammen. Neben den laufenden Aktivitäten in Österreich setzen sich auch in Tschechien zivilgesellschaftliche und akademische Akteure zunehmend mit den Nachkriegsvertreibungen auseinander.<sup>2</sup>

Ein weiteres Ausstellungsprojekt unter Mitarbeit des ZMF, verbunden mit einem Filmprojekt,<sup>3</sup> stand im Kontext des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Abkommens zur Anwerbung von Arbeitskräften zwischen Österreich und der Türkei 1964. Es thematisierte das Arbeiten und Leben der Familien von „Gastarbeitern“ und „Gastarbeiterinnen“ unterschiedlicher Herkunftsnationen in der industriell geprägten Mittelstadt St. Pölten und im dazugehörigen Umland. Die Ausstellung zeigte, in welcher Weise sich die Zugewanderten den lokalen Lebensraum trotz schwieriger Bedingungen aneigneten. Im Mittelpunkt standen dabei die Lebensgeschichten der MigrantInnen, eingebettet in gesellschaftliche Bezüge.

## Forschungsdiesiderate

In den Expertengesprächen rund um den Projektstart des ZMF zeichneten sich zwei zu bearbeitende Forschungsdiesiderate ab: eine Migrationsforschung, die gezielt ländliche Räume in den Blick nimmt, und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den gegenwartsbezogenen Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft.

Das erste Forschungsdiesiderat beruht auf der gängigen Assoziation von Ländlichkeit und Sesshaftigkeit. Die ältere Agrargeschichte fokussierte vor allem auf die – teils generationenübergreifend – sesshaften Segmente ländlicher Gesellschaften. Neuere Ansätze aber zeigen, dass Migration und Mobilität weniger die Ausnahme als vielmehr die Regel darstellten. Das nach Michael Mitterauer und Peter Laslett in Nord- und Westeuropa übliche Heiratsmuster

impliziert zumindest kleinräumige Mobilität, wenn neuvermählte Paare ihre Elternhäuser verließen und im näheren oder fernerem Umfeld neue Haushalte gründeten.<sup>4</sup> Die ländliche Wirtschafts- und Sozialgeschichte verweist darüber hinaus auf eine Vielzahl von migrationsbezogenen Aspekten:<sup>5</sup> landwirtschaftliche Saisonarbeit, Wanderhandel, Überseeauswanderung, „Landflucht“<sup>6</sup> oder Stadt-Land-Wanderung.

Zur Assoziation von Ländlichkeit und Sesshaftigkeit trugen nicht nur die Geschichts-, sondern auch die gegenwartsbezogenen Sozialwissenschaften bei: Während die ländliche Sozialforschung die Migration kaum behandelt, blendet die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung den ländlichen Raum weitgehend aus. Ländliche Migration ist vor allem ein Thema von Geografie und Raumplanung, die Wanderbewegungen im Kontext der ländlichen Entsedelung und Entstehung neuer Ballungsräume im städtischen Umland betrachten.<sup>7</sup> Dabei wird die klare Scheidung ländlicher und städtischer Räume zunehmend fragwürdig. Migrationsräume umfassen zwar ländlich und städtisch geprägte Räume, aber auch verschiedenste Übergangszonen in Klein- und Mittelstädten sowie im Umkreis („Speckgürtel“) von Großstädten. So geht es letztlich um die Einordnung einzelner Orte in einem breiten Spektrum zwischen Ruralität und Urbanität, das nach den Unterscheidungspräferenzen der verschiedenen Disziplinen variiert. So etwa definiert die Geografie ländliche Räume nach Siedlungs- und Infrastrukturdichte, die Soziologie nach dem Grad sozialer Überschaubarkeit und Kontrolle, die Kultur- und Sozialanthropologie nach verschiedenen ausgeprägten Habitusformen – wie Elisabeth Boesen, Gregor Schnuer und Christian Wille in ihrem Beitrag zu diesem Band zeigen.

Der Fokus auf den ländlichen Raum erfordert die Begriffsverwendung von „Migration“ und „Mobilität“ im Titel dieses Bandes. Während „Mobilität“ meist kleinräumige Wanderungen meint, thematisiert „Migration“ mehrheitlich, vor allem in der gegenwartsnahen Forschung, Wanderungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Diese an administrativen Maßstäben angelehnte Begriffsdefinition bringt für unser Vorhaben zweierlei Schwierigkeiten: Zum einen findet die insbesondere für ländliche Regionen relevante innerstaatliche Migration zu wenig Berücksichtigung. Zum anderen verändern sich Grenzverläufe über die Zeit; aus Binnenmobilität kann grenzüberschreitende Migration werden und umgekehrt.

Der zeitliche Aspekt kennzeichnet das zweite zu bearbeitende Forschungsdesiderat, die historische und gegenwärtige Migrationsforschung stärker miteinander zu verknüpfen. Historische Dimensionen spielen in den aktuellen Debatten über Migration und Integration kaum eine Rolle. Migration erscheint in der medialen Berichterstattung stets als ein gegenwärtiges (Ausnahme-)Phänomen im Gefolge der Globalisierung. Im Scheinwerferlicht stehen die (vermuteten) Probleme der (mangelnden oder gescheiterten) Integration; aber auch gegenwärtige Fluchtbewegungen und Asylfragen werden häufig thematisiert. Aus dem Blickfeld gerät, dass räumliche Mobilität in unterschiedlichsten Varianten auch in der näheren und fernerer Vergangenheit existierte. Wenn auch der Befund von „Migration als dem historischen Normalfall“<sup>8</sup> alles andere als neu ist, so befasst sich die gegenwärtige Gesellschaft, mit Sylvia Hahn gesprochen, kaum mit der „Mobilität der Vorfahren“ und dem „Kosmopolitismus früherer Generationen“<sup>9</sup>. Dies gilt nicht nur für die öffentlichen Debatten; auch innerhalb der Wissenschaft findet die historische Migrationsforschung wenig Gehör.

Die Randstellung der Geschichtsforschung in der Migrations- und Integrationsforschung trifft nicht nur auf die österreichische,<sup>10</sup> sondern auf die gesamte (west-)europäische Forschung zu.<sup>11</sup> Anders ist die Situation in den USA, wo seit den 1990er Jahren ein interdiszi-



plinärer Dialog über die Vergleichbarkeit der jüngeren Zuwanderung ab Mitte der 1960er Jahre mit der zeitlich älteren Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa zwischen 1880 und 1914 geführt wird.<sup>12</sup> Zwar gibt es auch in den USA keinen Konsens über die Bewertung der zeitlich voneinander abgrenzbaren Wanderungsbewegungen; dennoch hat sich vor allem die Forschung über die Lebensrealitäten der zweiten MigrantInnen-Generation in Auseinandersetzung mit der historischen Forschung weiterentwickelt.<sup>13</sup>

In Europa hingegen wird Migration als Forschungsgegenstand stärker mit den Sozialwissenschaften in Verbindung gebracht. Im letzten Jahrzehnt erfuhr die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung einen beträchtlichen Aufschwung. Dies wird nicht nur an der steigenden Anzahl an Forschungsprojekten, Tagungen und akademischen Abschlussarbeiten sichtbar; sozialwissenschaftliche Expertise wird zudem immer häufiger in regionalen Integrations- und Diversitätsprogrammen nachgefragt. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt machte die Kommission für Migrations- und Integrationsforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in einer Evaluation der Stärken und Schwächen der österreichischen Migrationsforschung eine „Expertenkultur“ mit starker Bindung zwischen Wissenschaft und Staat aus.<sup>14</sup> Auch heute noch dominiert die politiknahe Auftragsforschung, deren Aussagen zum Status Quo ein statisches Bild migrationsbezogener Problemlagen erzeugen; dadurch gewinnen Momentaufnahmen oft den Anschein überzeitlicher Gültigkeit. Der daraus folgende „Integrationspessimismus“, die Annahme, dass sich MigrantInnen nur schwer integrieren würden, war auch in der Vergangenheit steter Begleiter von Migrationsprozessen.<sup>15</sup>

Wir begreifen die Historisierung von Migrationsphänomenen als eine Chance, die skizzierten Erkenntnishindernisse zu überwinden und Wanderungsbewegungen adäquat zu erfassen. Den ersten Schritt hierfür sehen wir darin, die Prozesshaftigkeit von Wanderung, Niederlassung und Eingliederung stärker ins Blickfeld zu rücken. In historischer Perspektive können überaus komplexe Entwicklungen besser nachgezeichnet und die langfristigen, immer auch generationenübergreifenden Effekte von Migration beleuchtet werden. Die Erfassung von Migrations- und Eingliederungsprozessen ist nur über größere Zeithorizonte möglich – eine Tatsache, auf die HistorikerInnen zu Recht immer wieder hinweisen.<sup>16</sup> Dies steht im Kontrast zu einer Auftragsforschung, von der praxisnahe Antworten auf tagespolitische Geschehnisse erwartet werden. Demgegenüber vermag eine Historisierung an die methodisch vielfältige und durchaus geschichtsbewusste Tradition der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung anzuknüpfen.<sup>17</sup> Isabella Skrivanek, Anna Faustmann und Lydia Rössl versuchen dies in ihrem Beitrag zu diesem Band.

Neben der Fokussierung auf die Prozesshaftigkeit erlaubt die Historisierung der Migrationsforschung in einem zweiten Schritt Vergleiche ähnlicher Problemkonstellationen unter unterschiedlichen Bedingungen.<sup>18</sup> Dabei erweisen sich sogenannte Migrationsprobleme oft als Ressourcenkonflikte, als Ausdruck einer „Etablierten-Außenseiter-Figuration“<sup>19</sup>, bei der sich die etablierte Gruppe durch einen Machtüberschuss privilegierte Ressourcenzugänge sichert. Wie Migration in den jeweiligen Ländern gehandhabt wird, ist in hohem Maße von der Ausgestaltung solcher Machtverhältnisse in Form des vorherrschenden Staats- und Wohlfahrtsmodells geprägt – und somit immer auch historisch zu verstehen und zu erklären.

Drittens begreifen wir die nahe Vergangenheit als Vorgeschichte der Gegenwart. Dieser Satz klingt vielleicht banal, ist es aber keineswegs. Gerade angesichts der bereits geschilderten Forschungskultur bedarf es interdisziplinärer Bemühungen, um diesen Konnex wiederherzustellen. Die Sozialwissenschaften greifen oft genug zu kurz in der Erfassung der histori-

schen Bedingungen von heute anzutreffenden Zuständen; und die Geschichtswissenschaften scheitern oftmals daran, die jüngste Vergangenheit in ihre Perioden und Zäsuren einzuordnen, weil Tragweiten von aktuellen Entwicklungen noch nicht abgeschätzt werden können.

## Epistemologische Herausforderungen

Die Nähe zur Gegenwart schafft für die historische Forschung epistemologische Verwicklungen, die sie mit der Sozialforschung, vor allem der qualitativen, teilt. Die zeitliche Distanz, die zwischen HistorikerIn und Forschungsgegenstand liegt, erleichtert in der Regel jenen „epistemologischen Bruch“<sup>20</sup>, der eine wissenschaftliche Betrachtung von einer Alltagswahrnehmung unterscheidet. Je näher die Betrachtung zur Gegenwart reicht, desto geringer wird dieser Distanzvorteil. Damit gerät die Geschichtswissenschaft in die Nähe der nichtwissenschaftlichen Regeln folgender Geschichtskultur, mit der vor allem die Zeitgeschichte interagiert: zum Teil aus Not – Dokumente sind häufig aufgrund von Archivsperrungen oder Persönlichkeitsschutzrechten nicht verfügbar –, zum Teil auch aus Opportunität – ZeitzeugInnen vermögen vielfältigere Perspektiven zu erschließen als Archivquellen. Vielleicht noch stärker als die qualitative Sozialforschung unterliegt die Oral History Feedback-Effekten, denn wer populäre Geschichtsdiskurse als Quellen nutzt, nimmt auch an diesen teil.<sup>21</sup>

Zudem wurde Migration spätestens seit dem europaweiten Auftreten fremdenfeindlicher Bewegungen seit den 1980er Jahren zum Gegenstand politisierter Debatten, an denen verschiedene Akteure – PolitikerInnen, MedienvertreterInnen, MigrantInnen und so fort – teilnehmen.<sup>22</sup> Als Forschende kommen wir kaum umhin, die in diesen Debatten verwendeten Begriffe aufzunehmen. Unter diesen Bedingungen eine aus dem politisierten Kontext herausgelöste, wissenschaftliche Sprache zu pflegen, gerät zur täglichen Herausforderung. Mit dem zunehmenden Mainstreaming der Migrationsthematik in den Wissenschaften wächst das Unbehagen mit den manchmal zu wenig reflektierten Prämissen der (anwendungsorientierten) Migrations- und Integrationsforschung, die aus der Vermischung von wissenschaftlichen und populärkulturellen Diskursen hervorgeht.<sup>23</sup> So etwa kritisiert Rogers Brubaker den in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung verbreiteten „Gruppiemus“ – eine Verfahrensweise, die von klar abgrenzbaren Ethnien als grundlegende Beobachtungseinheiten ausgeht. Die alltagsbegriffliche Wahrnehmung von Ethnien, etwa ‚den Türken‘, ersetzt dabei die wissenschaftliche Rechtfertigung der Abgrenzung einer beforschten Gruppe.<sup>24</sup> Eine ähnliche Kritik formulierte jüngst Janine Dahinden auf der Jahrestagung der Forschungsplattform für Migration und Integration an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Dahinden beobachtet gegenwärtig die Ausbreitung eines „Migrations-“ oder „ethnischen Blickes“, der die ForscherInnen nur noch MigrantInnen oder Ethnien erkennen lässt.<sup>25</sup> Migrationsstatus und Ethnizität änderten so ihre Rolle vom *explanandum* zum *explanans* – vom zu erklärenden Sachverhalt zur Erklärung. Dadurch läuft die Forschung Gefahr, die durch außerwissenschaftliche Momente, etwa die nationalstaatliche Gesetzgebung, hervorgebrachten Kategorien zu reproduzieren und Differenzen zu naturalisieren. Dahinden fordert daher die „De-Migrationisierung“ von Forschungsdesigns: Notwendig sei eine stärkere Anbindung der Migrationsforschung an die allgemeine Sozialtheorie<sup>26</sup> und damit verbunden die Untersuchung von MigrantInnen im Kontext der gesamten

Bevölkerung. Sie mahnt zudem einen reflexiveren Begriffsgebrauch und eine deutlichere Unterscheidung zwischen wissenschaftlichen und alltäglichen Begriffen ein.

Aus ähnlichen Gründen steht zur Diskussion, inwiefern der nationalstaatliche Bezugsrahmen die Analyse von Integrations- und Assimilationsprozessen einschränkt. Seit längerem kritisiert etwa Ludger Pries ein Denken, welches an den Staatsgrenzen des Ziellandes Halt macht, als unzureichend und fordert die Ausweitung der Analyseebene auf transnationale Sozialräume.<sup>27</sup> Wie erhellend eine transnationale Perspektive sein kann, zeigt der Beitrag von Vladimir Ivanović in diesem Band. Allerdings wird Migrationspolitik nach wie vor stark von den jeweiligen Nationalstaaten bestimmt, und allein das Wissen um die Bedeutung transnationaler Räume garantiert noch nicht deren wissenschaftliche Erfassung. Internationale Vergleichsprojekte haben zumindest eine kritische Reflexion über die nationale Bedingtheit der Migrationsforschung in Gang gesetzt.<sup>28</sup>

Die Migrationsforschung steht häufig in einer emanzipatorischen Forschungstradition, etwa der Frauen- und Geschlechterforschung oder der „Geschichte von unten“, die nicht die Perspektive der Herrschenden, sondern vor allem der benachteiligten Akteure – hier der MigrantInnen – einnimmt. Den Fallstricken der vorschnellen Kategorienbildung zu entgehen, erfordert in diesem Zusammenhang besondere Sorgfalt. Daraus folgen Begriffsdiskussionen: Wie sollen wir die von uns beforschten Personen und Gruppen benennen? Welche Zuschreibungen sind angemessen, welche diskriminierend? Welche Begriffe sind historisch belastet? Ob „Gastarbeiter“, „Fremdarbeiter“ oder „Migrationshintergrund“ – so gut wie jeder Begriff weist problematische Verwendungskontexte auf. Eine reflexive Migrationsgeschichte kommt nicht umhin, sich mit solchen Begriffsdiskussionen auseinanderzusetzen.

In Oral History und qualitativer Sozialforschung stellen sich im Kontext zivilgesellschaftlichen Engagements besondere Anforderungen. Zwischen ForscherInnen und ZeitzeugInnen kann es zu einer Zielkonkurrenz, in manchen Fällen sogar zu Zielkonflikten kommen. Die ForscherInnen verfolgen Erkenntnisziele, wobei sie forschungsethischen Ansprüchen, etwa der Wahrung der Persönlichkeitsrechte, unterliegen. Die Interviewten hingegen verfolgen personen- und gruppenspezifische Ziele, die eine für sie ungünstige Darstellung gefährden kann. Gerade in ländlichen Kontexten geraten InterviewpartnerInnen rasch an die Grenzen dessen, was im öffentlich sanktionierten Diskurs gesagt werden darf, wie die Beiträge von Angelika Laumer sowie Verena Sauermaun und Veronika Settele zeigen.

## Referenzraum und -periode

Die räumliche Referenz dieses Bandes bilden Österreich und seine Nachbarländer sowie die mit ihnen verbundenen weltweiten Migrationsräume. Die zeitliche Referenz umfasst die Periode von 1945 bis heute. Diese vergleichsweise kleinen, dafür besser überschaubaren Ausschnitte entsprechen unserem Programm einer Vorgeschichte der Gegenwart. Die extremen Formen von Zwangsmigration während der NS-Herrschaft beziehen wir nicht in diesen Band mit ein; wohl aber interessieren uns deren Auswirkungen auf die Nachkriegsgesellschaft. Auch der Kreis der vertretenen Regionen ist eingeschränkt, um den Migrationsraum möglichst dicht zu erfassen und unter vielfältigen Migrationsaspekten zu beleuchten. Dabei bieten sich Vergleiche zu Migrationsstudien, die denselben Zeitraum, aber andere Regionen Europas behandeln, an.<sup>29</sup>

Nach Donna Gabaccia ist die Periodisierung eine der Basisoperationen in den Geschichtswissenschaften; dabei gehe es um „establishing and analyzing chronology, temporal sequencing, contingency and contextualisation, and assessment of change or continuity over time“<sup>30</sup>. Gerhard Botz und Albert Müller konstatierten in den 1990er Jahren noch eine zu große zeitliche Nähe zur Nachkriegsgeschichte, die dadurch wie ein „historischer Block“ ohne Zäsuren erschien.<sup>31</sup> Inzwischen hat der etwa 70 Jahre umfassende Zeitraum seit 1945 eine hinreichende Dauer erreicht; daher kann er leichter einer Periodisierung unterzogen werden. Gemeinhin werden in der Geschichtswissenschaft zwei parallele Einteilungen herangezogen, die sich auf für Migrations- und Mobilitätsphänomene relevante Erklärungszusammenhänge beziehen: eine politische und einen sozioökonomische. Der politische Zeitkontext umfasst einerseits Krisenszenarien – Kriege und politische Krisen – und andererseits den Gesetzesrahmen für die Mobilität zwischen Staaten. Der sozioökonomische Kontext setzt Migration und Mobilität in Beziehung zu ökonomischen Strukturen und deren Veränderungsprozessen. Wirtschaftliche Vorteile zu nutzen und Nachteile zu vermeiden ist ein Migrationsmotiv für Einzelpersonen und Gruppen, aber auch ein Motiv für institutionelle Akteure zur Regulation von Migrationen. Im sozioökonomischen Kontext steht auch die kleinräumige Mobilität, egal ob sie sich über Staatsgrenzen hinweg oder innerhalb von Staaten ereignet.

Die scharfe Trennung beider Kontexte erscheint in unserem Referenzzeitraum nicht zielführend; vielmehr waren diese eng verwoben. Die Nachkriegsjahrzehnte waren geprägt vom beispiellosen Wirtschaftsaufschwung Europas vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen West und Ost. Die Wirtschaftspolitik Westeuropas war schon lange vor der Verwirklichung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in hohem Maße koordiniert, nicht zuletzt durch die aus dem Institutionengefüge des Marshallplans hervorgegangene Organisation for Economic Development (OECD); die Bedeutung dieses supranationalen Think Tanks wurde bislang unterschätzt.<sup>32</sup> Ein wichtiger Aspekt des „Goldenen Zeitalters“ zwischen etwa 1950 und 1973 war die Regulierung der Arbeitsmärkte – sowohl innerstaatlich als auch zwischenstaatlich – durch Programme zur Erleichterung der zwischenstaatlichen Arbeitsmigration. Dass das „Goldene Zeitalter“ nicht alle Regionen Österreichs gleichermaßen erfasst hat, zeigt sich in dem Umstand, dass viele BewohnerInnen benachteiligter Regionen als GastarbeiterInnen das Land verließen, wie die Beiträge von Ute Sonnleitner, Anita Ziegerhofer und Karin M. Schmidlechner sowie Nina Kulovics zeigen. Das Ende dieses Booms setzte mit der Ölkrise 1973 ein<sup>33</sup> und brachte in Westeuropa eine Einschränkung der Arbeitsmigration.<sup>34</sup> In Österreich wirkte sich die Krise aufgrund der antizyklischen Konjunkturpolitik des „Austro-Keynesianismus“ erst in den 1980er Jahren aus. Dennoch wurde die Arbeitsmigration im Einklang mit den anderen europäischen Staaten gesetzlich beschränkt, wie Gerhard Hetfleisch in seinem Beitrag ausführt.

Für die politisch motivierte Fluchtmigration war der Kalte Krieg mit seinen politischen Krisen, etwa der Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956 oder des „Prager Frühlings“ 1968, bedeutsam. Ebenso bedeutsam waren die Krisen und Kriege, die aus der Neukonfigurierung der europäischen und globalen Machtverhältnisse nach dem Zerfall der Sowjetunion hervorgingen, etwa die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre mit ihren Auswirkungen auf Österreich. Die Migrationsströme seit Ende der 1980er Jahre standen im Kontext des Zurückfallens der UdSSR im globalen Wettbewerb um Einflussphären. Die wirtschaftliche Entwicklung war in dieser Periode von der Integration des europäischen Wirtschaftsraums und der Globalisierung des Handels, dem Dot-Com-Boom sowie Finanz- und Wirtschaftskrisen geprägt.

## Inhalte der Bandbeiträge

Die Beiträge dieses Bandes gruppieren sich um drei chronologische und thematische Schwerpunkte: erstens die Nachwirkung von Zwangsmigration in der Nachkriegsgesellschaft; zweitens die Arbeitsmigration im Rahmen des Wirtschaftsaufschwungs im „Goldenen Zeitalter“; drittens die gegenwärtige Migration in ländlichen Räumen im Kontext der Globalisierung.

Zwei Beiträge behandeln die Nachwirkungen von Zwangsmigrationen im Kontext des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit. *Angelika Laumer* beleuchtet die Verarbeitung ländlicher Zwangsarbeit im Familiengedächtnis in Bayern. Sie führte Interviews mit Kindern und Ehegattinnen ehemaliger Zwangsarbeiter, die nach Ende der NS-Herrschaft vor Ort blieben, ansässig wurden und Familien gründeten. Sie zeigt auf, wie schwere Arbeit und materieller Mangel in der lokalen, agrarisch geprägten Dorfgesellschaft weitgehend ohne Bezugnahme auf die vorhandenen sozialen Differenzen erinnert werden. Bezug genommen wurde auf eine Ressource, die auch in anderen lebensgeschichtlichen Genres von Angehörigen ländlicher Unterschichten zum Tragen kommen: Arbeitsfähigkeit und Arbeitswillen.<sup>35</sup> Der Umstand, dass die Eltern Opfer der NS-Gewalt geworden waren, kam nicht zur Sprache. Gleichwohl wurde NS-Gewalt von wenigen RespondentInnen unabhängig von der eigenen Familiengeschichte angesprochen, indem sie separate Diskussionen mit der Interviewerin über das öffentliche Erinnern der NS-Vernichtungspolitik begannen.

*Uta Bretschneider* wirft ein Schlaglicht auf das Ankommen der deutschsprachigen Vertriebenen aus Ostmitteleuropa in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR – genauer, im ländlichen Thüringen. Auch sie führte Interviews mit Vertriebenen und deren Nachkommen. Das Ankommen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands stellte für sie eine andere Situation dar als für jene, die in Österreich oder den deutschen Westzonen ankamen. Auch wenn die sogenannten „Umsiedler“ mittellos waren und sich demgemäß auch als „Habenichtse“ empfanden, bot sich ihnen im Zuge der Bodenreform die Chance, als „Neubauern“ Kleinparzellen zu erwerben. Diese Landzuweisungen lösten allerdings das Problem der materiellen Not nicht, weil nur Grund und Haus in geringem Ausmaß, aber kaum Ausstattung, Hausrat oder Vieh bereitgestellt wurde. Dementsprechend gering war der wirtschaftliche Erfolg der Bodenreform; nur 10 bis 15 Prozent der Neubauernfamilien konnten sich wirtschaftlich stabilisieren. Die meisten gaben die Kleinbetriebe wieder auf oder schlossen sich freiwillig oder zwangsweise den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) an. Die Behörden der DDR suchten sich – in Abgrenzung zur BRD – mit der Integrationsleistung durch die Bodenreform zu profilieren und behaupteten vehement den Erfolg der Aktion. Für die Betroffenen eröffnete sich ein Spannungsfeld aus Beschränkung und Hoffnung. Während die Gewalterfahrung der Vertreibung durch die Bürger und Staatsorgane in der Öffentlichkeit nicht diskutiert werden konnte, erhielt sich bei den euphemistisch „Umsiedler“ Genannten oftmals die Hoffnung, in die alte Heimat zurückkehren zu dürfen.

Die größte Gruppe umfasst jene Beiträge, die sich mit der Arbeitsmigration des Nachkriegsbooms und deren Auswirkungen beschäftigen. Sie unterteilen sich nach den regionalen Entwicklungstendenzen innerhalb Österreichs in zwei Untergruppen. Die östlichen Bundesländer – Burgenland und Steiermark, zum Teil auch Niederösterreich – waren strukturell benachteiligt und/oder betroffen durch Kriegsschäden, die sowjetische Besatzung oder

die Benachteiligung bei der Verteilung der Marshallplanmittel. Aus diesen Bundesländern rekrutierten sich GastarbeiterInnen, die in die westlichen Bundesländer, nach Deutschland, in die Schweiz, nach Großbritannien oder Schweden gingen, um Geld zu verdienen. *Ute Sonnleitner, Anita Ziegerhofer* und *Karin M. Schmidlechner* bearbeiten die Arbeitsmigration von jungen SteirerInnen, die im ersten Nachkriegsjahrzehnt die Gastarbeit in der Schweiz als Alternative zur unattraktiven Landarbeit im Heimatland wahrnahmen. Die RespondentInnen dieses Forschungsprojekts migrierten in der Mehrzahl zeitlich begrenzt und verwendeten das Verdiente, um sich zu Hause besser zu etablieren. Die offizielle Agrarpresse problematisierte ihr Weggehen als „Landflucht“. Tatsächlich betrieben sie lediglich eine Flucht aus der Landarbeit, da viele von ihnen auch in der Schweiz auf dem Land arbeiteten und nach der Rückkehr sich wieder in ländlichen Regionen ansiedelten.

*Nina Kulovics* untersucht die Arbeitsmigration aus zwei südburgenländischen Gemeinden in die Schweiz anhand der Melderegister und Interviews mit MigrantInnen und deren Nachkommen. Ihre Untersuchung ergibt, dass ein großer Teil der Auswandernden in der Schweiz ansässig wurde, auch wenn sie anfangs nur einen befristeten Aufenthalt geplant hatten. Der Kontrast zwischen der steiermärkischen und der burgenländischen Untersuchung – hier kommen die GastarbeiterInnen zurück, da bleiben sie im Zielland – kann auch der unterschiedlichen Samplebildung geschuldet sein. Die Untersuchung der Melderegister stützt aber die Interpretation der Autorin, dass diese Migrationen im Kontext der langen Auswanderungstradition des Südburgenlandes standen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wanderten die BewohnerInnen der Region in großer Zahl nach Süd- und Nordamerika aus, insbesondere in den Großraum Chicago. In der Nachkriegsphase war Auswanderung nach wie vor eine Option, aber innerhalb Europas oder in die urbanen Zentren Österreichs.

Die andere Untergruppe von Beiträgen behandelt die Zuwanderung von ArbeitsmigrantInnen in das wirtschaftlich starke Bundesland Tirol im Westen Österreichs. *Gerhard Helfleisch* bietet eine *tour d'horizon* der Arbeitsmigration in Tirol seit 1945, in deren Zentrum die Zuwanderung im Zuge der „Gastarbeiter“-Abkommen mit der Türkei und Jugoslawien stehen. Auf Basis der Dokumentation des Landesarbeitsamtes und der gesetzlichen Bestimmungen zeichnet er ein genaues Bild der beabsichtigten und unbeabsichtigten Wechselwirkungen zwischen Arbeitskräftenachfrage, Anwerbepolitik und Gesetzeslage.

*Verena Sauer mann* und *Veronika Settele* beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit der Repräsentation von MigrantInnen in der Erinnerungskultur und Aktenüberlieferung der Tiroler Kleinstadt Hall. Die Auseinandersetzung mit dem Thema steht im Kontext eines lokalhistorischen Schulprojektes, in dem die Lücken in der Überlieferung, die verfügbaren Quellen und die Möglichkeiten einer öffentlichen Thematisierung ausgelotet wurden. Sie betreiben eine Spurensuche, die einerseits durch eine schwache öffentliche Überlieferung, die Sensibilitäten zeitgeschichtlicher Forschung und eine konfliktbehaftete Vergangenheit innerhalb eines überschaubaren Sozialgefüges, andererseits aber auch durch partielle Kooperation und Interesse geprägt war. Ihr Beitrag ist ein Beispiel für die Wechselbezüge zwischen Geschichtsrepräsentation, partizipativer Quellenarbeit und historischer Forschung. Die ForscherInnen können sich in dieser Art der Oral History nicht auf ihren Expertenstatus zurückziehen, sondern treten in der Öffentlichkeit auch als (noch) Unwissende auf.

Der Beitrag von *Vladimir Ivanović* bietet den Gegenschuss zur Darstellung der Tiroler Beiträge. Er erläutert die politischen Regulative in Jugoslawien, mit denen die Sozialistische Föderative Republik versuchte, die Deviseneinkünfte der ArbeitsmigrantInnen zu erschlie-

ßen, indem mehr oder weniger attraktive Investitionsmöglichkeiten für die Zurückkehrenden geschaffen wurden. Diese Ausführungen kontrastiert er mit den Ergebnissen seiner ethnografischen Feldforschung bei RückkehrerInnen im serbischen Dorf Donja Livadica. Sein Beitrag macht den Wert transnationaler Forschungsdesigns augenfällig; er zeigt, dass die Arbeitsmigration für viele auch die Chance zum Vermögensaufbau beinhaltet. Nicht nur die Not in Österreich oder Deutschland, sondern auch die guten wirtschaftlichen Möglichkeiten in Serbien konnten ausschlaggebend für eine Rückwanderung sein. Er beleuchtet schließlich auch die Erfahrungen der Zurückgekehrten, die im Guten wie im Schlechten in zwei Staaten zu Hause sind.

Die letzte Gruppe umfasst vier Beiträge über rezente Migrationsphänomene im ländlichen Raum. Sie beruhen auf unterschiedlichen Zugängen der Geografie, Soziologie und Kultur- und Sozialanthropologie. Drei der Beiträge behandeln ein ähnliches Problem: Was passiert, wenn MigrantInnen in periphere ländliche Regionen kommen? *Ingrid Machold* und *Thomas Dax* skizzieren anhand statistischer Daten Wanderungsströme zwischen ländlichen und städtischen Regionen Österreichs seit den 1970er Jahren. Sie weisen nach, dass sich gerade die ländlichen Regionen in den vergangenen dreißig Jahren zu Zuwanderungsgebieten entwickelt haben.

Nicht so sehr die zahlenmäßige Entwicklung der Zuwanderung in ländlichen Regionen steht im Mittelpunkt des Artikels von *Gudrun Kirchhoff* und *Claudia Bolte*, sondern die lokale Integration vor Ort. Die Autorinnen berichten praxisnah von zwei Projekten, die einerseits die Integrationspotentiale in Kommunen im ländlichen Deutschland untersuchen und andererseits Voraussetzungen, aber auch Schwierigkeiten einer gelingenden regionalen Integrationspolitik ausloten. Als notwendig erachten sie die strategische Ausrichtung der regionalen Politik, eine interkulturelle Öffnung der bestehenden Institutionen sowie die Notwendigkeit einer Willkommens- und Anerkennungskultur. Vorgefunden wurde in diesem Zusammenhang ein breites Spektrum an kommunalen Angeboten. Im Sinne der von uns anvisierten Historisierung der Migrationsforschung wäre weiter zu fragen, ob solche Praxisprojekte nicht auch ein Bewusstsein für lokale Migrationsgeschichte(n) als Kommunikationsform zu schaffen vermögen.

*Isabella Skrivanek*, *Lydia Rössl* und *Anna Faustmann* untersuchen in ihrem Beitrag, wie strukturelle Probleme ländlicher Räume und andere Benachteiligungen einander wechselseitig verstärken und negative Effekte für MigrantInnen erzeugen (Intersektionalität). Ihre empirische Basis sind Gruppen- und Einzelinterviews im Rahmen der Evaluierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im ländlichen Raum, die auf die Arbeitsmarktintegration benachteiligter MigrantInnengruppen abzielten. Das Zielklientel waren Jugendliche mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge und Frauen, die nicht selten als Heiratsmigrantinnen in die steirischen Landgemeinden kamen. Flucht- und Heiratsmigration sind Wanderungsformen, die nicht vorwiegend ökonomischen Kalkülen folgen und bei denen die Wahl des Migrationsziels beschränkt ist. Diese Gruppen scheinen gerade durch den mangelnden Gestaltungsspielraum anfällig für Intersektionalitätseffekte zu sein. In diesem Beitrag wird explizit eine historische Perspektive in ein sozialwissenschaftliches Forschungsdesign integriert. Schlüssel dafür sind die Biografien der RespondentInnen, die mit umfassenden Entwicklungen in Verbindung gebracht werden.

*Elisabeth Boesen*, *Gregor Schnuer* und *Christian Wille* beschäftigen sich in ihrem Artikel mit der als „Wohnmigration“ bezeichneten Abwanderung aus Luxemburg in die benachbar-

ten Grenzregionen bei mehrheitlicher Beibehaltung des Arbeitsplatzes im Land. Ausgangspunkt ihrer Fallstudien ist die Frage, welche Auswirkungen die Zuwanderung von städtisch geprägten Menschen in den vier Untersuchungsdörfern nach sich zieht. Urbanität wird dabei als ein spezifischer Habitus – und damit losgelöst vom Stadtraum – konzipiert. Aufgrund der Ambivalenz ihrer Untersuchungsergebnisse – Urbanisierungsprozesse bei gleichzeitiger Stärkung ländlicher Praktiken und Strukturen – erarbeiten die AutorInnen eine über den Stadt-Land-Gegensatz hinausgehende Habituskonzeption. Eingang finden dabei sowohl die habituelle Ruralität als Gegenstück zur habituellen Urbanität, als auch eine Ausdifferenzierung urbaner Dispositionen. Diese Handlungsdispositionen wirken unterschiedlich auf die ländlichen Sozialstrukturen ein und sind ihrerseits wiederum von diesen beeinflusst.

Das Forum dieses Bandes ist dem zehnjährigen Jubiläum des erstmals 2004 erschienenen JGLR gewidmet. Aus diesem Anlass fand kürzlich in Wien der Workshop *Ländliche Geschichte neu schreiben* statt, welcher der Reflexion des innovativen Anspruchs des JGLR und dessen Einlösung diente. Clemens Zimmermann, profiliertes Vertreter der erneuerten Agrargeschichte im deutschsprachigen Raum, beleuchtete die ersten zehn Bände im Hinblick auf Stärken und Schwächen im Kontext des Geschichtsdiskurses. Nach diesem hier abgedruckten Eröffnungsvortrag fragte eine interdisziplinär und international zusammengesetzte Diskussionsrunde nach dem Stellenwert der ländlichen Geschichte in Wissenschaft und Gesellschaft. Ulrich Schwarz fasst in seinem Tagungsbericht die Ergebnisse des Workshops zusammen und skizziert einige daraus ableitbare Folgerungen.

Die Betrachtung der Geschichte hilft uns, die Gegenwart besser zu begreifen – so haben wir unsere Themensetzung und die Beitragsauswahl begründet. Der Dialog muss aber wechselseitig geführt werden. In diesem Sinn empfiehlt Marc Bloch den VertreterInnen seiner eigenen Zunft: Sie mögen sich auch für die Gegenwart interessieren, um die Vergangenheit zu verstehen!<sup>36</sup>

## Anmerkungen

- 1 Zur Ausstellung erschien eine zweisprachige, von ZMF-Mitarbeiter Niklas Perzi verfasste Begleitbroschüre: Niederösterreichisches Landesarchiv (Hg.), *Langsam ist es besser geworden. Vertriebene erzählen vom Wegmüssen, Ankommen und Dableiben*, St. Pölten 2013.
- 2 Vgl. dazu das aktuell an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Prager Karls-Universität laufende Projekt zur Integration der Neubistritzer Deutschen in Baden-Württemberg nach 1945 von Monika Horáková sowie die Projekte der Gruppe Antikomplex, vor allem „Sudetských příběhů/Sudetengeschichten“.
- 3 Dabei handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt des ZMF mit der Betriebsseelsorge Traisental, dem österreichisch-türkischen Freundschaftsverein, dem Büro für Diversität der Stadt St. Pölten, dem Stadtmuseum, der FH St. Pölten und engagierten Einzelpersonen.
- 4 Vgl. Peter Laslett, *Characteristics of the Western Family Considered over Time*, in: ders. (Hg.), *Family Life and Illicit Love in Earlier Generations*, Cambridge 1977, 12–49; Michael Mitterauer, *Historisch-anthropologische Familienforschung: Fragestellungen und Zugangsweisen* (Kulturstudien, Bd. 19), Wien 1990.
- 5 Vgl. *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 53 (2005) H. 1 (Themenschwerpunkt Migration und ländliche Gesellschaft); Hannelore Oberpenning/Annemarie Steidl (Hg.), *Kleinräumige Wanderungen in historischer Perspektive* (IMIS Beiträge, H. 18), Osnabrück 2001.
- 6 Vgl. Stephan Beetz, „Landflucht“-Diskurs und territorialer Wettbewerb, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 61 (2013) H. 1, 48–62.
- 7 Vgl. Gerlind Weber/Tatjana Fischer, *Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen*, in:



- Ländlicher Raum, online Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Ausgabe 04 (2012), [http://www.bmlfuw.gv.at/land/laendl\\_entwicklung/Online-Fachzeit-schrift-Laendlicher-Raum/archiv/2012/Frauen.html](http://www.bmlfuw.gv.at/land/laendl_entwicklung/Online-Fachzeit-schrift-Laendlicher-Raum/archiv/2012/Frauen.html) (3.11.2014).
- 8 Klaus Bade/Jochen Oltmer, Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Zeitbilder, Bd. 15), Bonn 2004.
  - 9 Sylvia Hahn, Migration – Arbeit – Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2008, 16.
  - 10 Rainer Bauböck/Bernhard Perchinig (Hg.), Migrations- und Integrationsforschung in Österreich – Ansätze, Schnittstellen, Kooperationen (KMI Working Paper Series, Nr. 1), Wien 2004, [http://www.oew.ac.at/kmi/Bilder/kmi\\_WP1.pdf](http://www.oew.ac.at/kmi/Bilder/kmi_WP1.pdf) (3.11.2014)
  - 11 Leo Lucassen, Immigrant Integration in Western Europe, Then and Now, in: ders. u.a. (Hg.), Paths of Integration. Migrants in Western Europe (1880–2004), Amsterdam 2006, 7–24.
  - 12 Vgl. Nancy Foner, From Ellis Island to JFK: New York's Two Great Waves of Immigration, New Haven/London 2000; Richard D. Alba/Victor Nee, Remaking The American Mainstream: Assimilation and Contemporary Immigration, Cambridge 2003.
  - 13 Vgl. Nancy Foner/Leo Lucassen, Legacies of the Past, in: Maurice Crul/John Mollenkopf (Hg.), The Changing Face of World Cities. Young Adult Children of Immigrants in Europe and the United States, New York 2012, 26–43.
  - 14 Vgl. Bauböck/Perchinig (Hg.), Migrations- und Integrationsforschung, 39.
  - 15 Vgl. Leo Lucassen/Jan Lucassen, Gewinner und Verlierer. Fünf Jahrhunderte Immigration – eine nüchterne Bilanz (Niederlande Studien, Bd. 56), Münster/New York 2014, 174. Vgl. Leo Lucassen, The Immigrant Threat: The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1850, Urbano/Chicago 2005, 5.
  - 16 Vgl. Leo Lucassen/Rinus Penninx, Caught between Scylla and Charybdis? Changing Orientations of Migrant Organisations in the Era of National States, from 1880 onwards (Imiscoe Working Paper 26), Amsterdam 2009, 3; Klaus J. Bade, Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik, in: ders./Hans-Georg Hiesseric (Hg.), Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis (Beiträge der Akademie für Migration und Integration, H. 11), Göttingen 2007, 21–96, hier 21.
  - 17 Dirk Hoerder, Transcultural Approaches to Gendered Labour Migration: From the Nineteenth-Century Proletarian to Twenty-First-Century Caregiver Mass Migrations, in: ders./Amarjit Kaur (Hg.), Proletarian and Gendered Mass Migrations: A Global Perspective on Continuities and Discontinuities from the 19th to the 21st Centuries, Leiden 2013, 19–64, hier 32.
  - 18 Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, 11.
  - 19 Norbert Elias/John L. Scotson, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt am Main 2003, 8.
  - 20 Zum epistemologischen Bruch vgl. Gaston Bachelard, Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes. Beitrag zur einer Psychoanalyse der objektiven Erkenntnis, Frankfurt am Main 1978, 54–55.
  - 21 Rita Garstenauer, Private, Semi-Public, Published. Rural Autobiographies within the Family and beyond, in: Elisabeth Boesen u.a. (Hg.), Peripheral Memories. Public and Private Forms of Experiencing and Narrating the Past, Bielefeld 2012, 121–142, hier 27–33.
  - 22 Clelia Caruso, Inclusion Opportunities and Exclusion Risks: Mediterranean Labour Migration and European Migration Policies, in: dies. u.a. (Hg.), Postwar Mediterranean Migration to Western Europe. Legal and Political Frameworks, Sociability and Memory Cultures/La migration méditerranéenne en Europe occidentale après 1945: droit et politique, sociabilité et mémoires, Frankfurt am Main 2008, 9–36, hier 19.
  - 23 Vgl. etwa Paul Mecheril u.a. (Hg.), Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive, Wiesbaden 2013.
  - 24 Vgl. Rogers Brubaker, Ethnizität ohne Gruppen, in: ders., Ethnizität ohne Gruppen, Hamburg 2007, 16–45.
  - 25 Wir bedanken uns bei Janine Dahinden, die uns freundlicherweise die Powerpoint-Präsentation ihres Vortrages zur Verfügung gestellt hat; zum „ethnischen Blick“ siehe auch Glick Schiller u.a., Beyond the Ethnic Lens: Locality, Globality, and Born-Again Incorporation, in: American Ethnologist 33 (2006) H. 4, 612–633.
  - 26 Vgl. Michael Bommes, Vorwort, in: ders., Migration und Migrationsforschung in der modernen Gesellschaft. Eine Aufsatzsammlung (IMIS Beiträge, H. 38), Osnabrück 2011, 11–14, hier 13.
  - 27 Vgl. Ludger Pries, Transnationalisierung der Migrationsforschung und Entnationalisierung der Migrationspolitik. Das Entstehen transnationaler Sozialräume durch die Arbeitswanderung am Beispiel Mexiko – USA, in: Michael Bommes (Hg.), Transnationalismus und Kulturvergleich (IMIS Beiträge, H. 15), Osnabrück 2000, 55–78.

- 28 Dietrich Tränhardt/Michael Bommes (Hg.), *National Paradigms of Migration Research* (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien 13), Göttingen 2010.
- 29 Vgl. Caruso u.a. (Hg.), *Postwar Mediterranean Migration*; Ceri Peach, *Postwar Migration to Europe: Reflux, Influx, Refuge*, in: *Social Science Quarterly* 78 (1997) H. 2, 269–283; Christopher A. Molnar, *Imagining Yugoslavia: Migration and the Cold War in Postwar West Germany*, in: *Central European History* 47 (2014), 138–169.
- 30 Donna Gabaccia, *Time and Temporality in Migration Studies*, in: Caroline B. Brettell/James F. Hollifield (Hg.), *Migration Theory. Talking Across Disciplines*, New York/London 2014, 37–66, hier 38.
- 31 Gerhard Botz/Albert Müller, *Differenz/Identität. Zur Gesellschaft-, Politik- und Kulturgeschichte vor und nach 1945*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 6 (1996) H. 1, 7–40.
- 32 Vgl. Matthias Schmelzer, *A Club of the Rich to Help the Poor? The OECD as an Unduly Neglected Actor in the Field of ‚Development‘*, in: Marc Frey u.a. (Hg.), *International Organizations and Development, 1945 to 1990*, Cambridge 2014, 171–195.
- 33 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2012.
- 34 Gianni Toniolo, *Europe’s Golden Age, 1950–1973: Speculations from a Long-Run Perspective*, in: *The Economic History Review, New Series* 51 (1998) H. 2, 252–267, hier 264; Stephen Castels, *The Guest-Worker in Western Europe – An Obituary*, in: *International Migration Review* 20 (1986) H. 4 (Special Issue: Temporary Worker Programs: Mechanisms, Conditions, Consequences), 761–778, hier 761–763.
- 35 Vgl. Rita Garstenauer, *Gebrochen und wiederhergestellt. Kontinuität in den Autobiografien ehemaliger Landarbeiterinnen und Landarbeiter*, in: Dagmar Kift/Hanneliese Palm (Hg.), *Arbeit – Kultur – Identität. Zur Transformation von Arbeitslandschaften in der Literatur* (Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur, Bd. 15), Essen 2007, 189–204, hier 198.
- 36 Vgl. Marc Bloch, *The Historian’s Craft*, Manchester 1992, 36.

## „Er hat alles gekonnt, wenn's sein hat müssen, er war ein fleißiger Mann“

### Wie Kinder von ZwangsarbeiterInnen im ländlichen Bayern NS-Zwangsarbeit und deren Konsequenzen erinnern

Von rund 13 Millionen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, die auf dem Gebiet des Deutschen Reiches arbeiten mussten,<sup>1</sup> war ein erheblicher Teil in der Landwirtschaft eingesetzt: Laut Ulrich Herbert betrug der Anteil 1941 etwa 60 Prozent.<sup>2</sup> Im ländlichen Bayern arbeiteten sie zumeist in bäuerlichen Familienbetrieben, lebten und arbeiteten also räumlich eng zusammen mit der Bauersfamilie, dem deutschen Dienstpersonal und mitunter weiteren zum Arbeitseinsatz gezwungenen Personen: Sie alle bestellten häufig dasselbe Feld. Die Beziehungen zwischen Deutschen und ausländischen Zwangsarbeitenden konnten trotz der Umstände der Ausbeutung relativ kollegial sein, waren aber für letztere zumeist von Gewalt und Diskriminierung und oftmals von mangelnder Nahrungs- und/oder medizinischer Versorgung geprägt.<sup>3</sup> Diese Gewalt konnte sich bis zur Inhaftierung in Konzentrationslagern oder ihrer Hinrichtung in der Nähe ihres Einsatzortes erstrecken.<sup>4</sup>

In den letzten Jahren gibt es in der BRD die Tendenz, NS-Zwangsarbeit auch mittels professioneller, überblickshafter Ausstellungen mit pädagogischem Begleitprogramm zu erinnern, beispielsweise mit der Wanderausstellung *Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg* sowie der 2013 eröffneten Ausstellung *Alltag Zwangsarbeit 1938–1945*.<sup>5</sup> Bereits seit den Achtzigerjahren waren und sind es in der BRD zu einem erheblichen Teil Akteure in lokalen und regionalen Initiativen, Geschichtswerkstätten und Schulprojekten, die mit Ausstellungen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen an NS-Zwangsarbeit erinnern. Obwohl NS-Zwangsarbeiter und NS-Zwangsarbeiterinnen auch im ländlichen Raum omnipräsent waren und sich diverse Forschungsinitiativen in Deutschland damit auseinandersetzten, gibt es nur wenige mediale Repräsentationen von landwirtschaftlicher Zwangsarbeit generell und im Speziellen im ländlichen Bayern. Im Folgenden soll dargelegt werden, wie in diesem Kontext in Bayern aufgewachsene Kinder von ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen Zwangsarbeit und die Konsequenzen daraus für das Nachkriegsleben ihrer Eltern erinnern. Diese Erhebung war eingebettet in eine größer angelegte ethnografische Studie, die das kommunikative Gedächtnis an NS-Zwangsarbeit im ländlichen Bayern untersucht.<sup>6</sup>

### NS-Zwangsarbeit im Untersuchungsgebiet Bayerischer Wald

Die ethnografische Feldforschung wurde in den heutigen, aneinander grenzenden Landkreisen Cham, Regen und Straubing-Bogen durchgeführt. Die traditionell landwirtschaft-

lich geprägte Region liegt im östlichen Bayern an der Grenze zur Tschechischen Republik in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz. Die früheren Einsatzorte der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die Bauernhöfe, sind meist seit Generationen Eigentum derselben Bauersfamilien. Im Gebiet des Bayerischen Waldes herrscht vor allem in Abgrenzung zur Tschechischen Republik eine Vorstellung der Region als einheitlichem Kulturraum. Michael Weigl legte dar, dass sich diese Identitätskonstruktionen dort auch aus der Annahme, dass die Gegend ein ausschließlich stark agrarisch geprägter Raum sei, speisten. Er führt zudem aus, dass antitschechische Fremdbilder während des Kalten Krieges weiterhin tradiert worden seien und in zahlreichen Festspielen im ländlichen Ostbayern eine „regionale Schicksalsgemeinschaft“ inszeniert werde.<sup>7</sup>

Um die Dimensionen der NS-Zwangsarbeit im Bayerischen Wald abzustecken, soll exemplarisch auf den Landkreis Bogen, seit 1972 Teil des Kreises Straubing-Bogen, näher eingegangen werden. Es gibt keine Veröffentlichung, die Strukturen und Zahlen der NS-Zwangsarbeit in diesem oder den benachbarten Landkreisen systematisch darlegt. Dies bedeutet, dass auch trotz meiner Recherchen im Bayerischen Staatsarchiv Landshut, im Bundesarchiv Abteilung Militärarchiv, beim International Tracing Service Bad Arolsen sowie im Stadtarchiv Bogen die Faktenlage zur NS-Zwangsarbeit in dieser Region noch immer äußerst lückenhaft ist.

1939 lebten offiziell 31.000 Menschen im Landkreis Bogen. Die landwirtschaftliche Struktur wurde von bäuerlichen Familienbetrieben bestimmt, die bis in die Fünfzigerjahre mit den Knechten und Mägden über zusätzliche, familienfremde Arbeitskräfte – etwa ein bis fünf Personen pro Hof – verfügten. Für die NS-Zeit sind mindestens 800 ukrainische, polnische und russische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen für den Landkreis dokumentiert, die auf den Bauernhöfen lebten und arbeiteten. Zudem wurden für die Jahre 1943 bis 1945 etwa 200 von Zwangsarbeiterinnen neugeborene Kinder registriert, von denen 130 starben. Es ist sehr naheliegend, dass die Kinder wegen gezielter und von deutschen Behörden zu verantwortender Vernachlässigung und Unterernährung zu Tode kamen.<sup>8</sup> Zu den polnischen, ukrainischen und russischen Zwangsverpflichteten, die in diesem Landkreis den größten Teil der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen ausmachten, kamen als Arbeitskräfte niederländische und ungarische Zivilpersonen sowie belgische, französische, serbische und sowjetische Kriegsgefangene hinzu.<sup>9</sup>

Die recherchierten Akten berichten nichts darüber, wie die Kriegsgefangenen untergebracht waren. Ortsansässige erzählen jedoch davon, dass belgische, französische und serbische Kriegsgefangene in Gaststätten oder anderen großen Gebäuden schliefen und dort bewacht wurden. Es existieren auch Privatfotos, die Kriegsgefangene vor einem dieser kleinen Lager in einer Gaststätte zeigen. Diese auf die Dörfer verteilten Kriegsgefangenen dürften Arbeitskommandos eines Kriegsgefangenenlagers gewesen sein. Für den Landkreis ist das Kriegsgefangenen-Stammlager 383/Z, manchmal auch als „Stammlager 385“ bezeichnet, in der Nähe der Kreisstadt Bogen dokumentiert.<sup>10</sup> Allerdings stehen mir, abgesehen von dem Fakt, dass es existierte, und abgesehen von Erzählungen in der Stadt, keine Informationen zu diesem Stammlager zur Verfügung. Es gibt jedoch einen Zeitzeugenbericht Wassilij Maschtschenkos, der als sowjetischer Kriegsgefangener im Kriegsgefangenen-Stammlager 385 in Bogen war und, wie er sagt, dort „behandelt“ wurde.<sup>11</sup>

Trotz der lückenhaften Überlieferung ist auch mit den bislang bekannten Informationen klar: NS-Zwangsarbeit wurde auch im Bayerischen Wald in großen numerischen Dimensi-

onen geleistet. Dennoch sind weder die Ausmaße der NS-Zwangsarbeit noch weitergehende historische Fragen, zum Beispiel zur Alltagsgeschichte, für das ländliche Ostbayern (und für zahlreiche weitere ländliche Gebiete in der BRD) systematisch erforscht worden. Es sind in der untersuchten Region bisher auch nur wenige lokale Initiativen und Regionalstudien zu finden.<sup>12</sup> Das Thema NS-Zwangsarbeit ist jedoch in der mündlichen Kommunikation sehr wohl präsent. Das Beispiel der Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos zeigt, dass die mündliche Erzählung und Privatdokumente oftmals die naheliegendsten und unmittelbarsten Quellen sind – auch für die regionale Geschichte der NS-Zwangsarbeit.

## Zu Konzept, Methode und Auswahl der InterviewpartnerInnen

In diesem Artikel liegt der Schwerpunkt darauf, wie sich diese Geschichte im *kommunikativen Gedächtnis* bei den Kindern von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen widerspiegelt. Für das Konzept des kommunikativen Gedächtnisses beziehe ich mich auf Jan Assmann sowie Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall. Sie definieren das kommunikative Gedächtnis als eine Art gesellschaftliches Kurzzeitgedächtnis, das sich maximal auf die vergangenen hundert Jahre beziehe. Diese Vergangenheit wird auch durch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen rekonstruiert, die diese Vergangenheit noch erlebten und darüber kommunizieren können. Die Erinnerung wird durch das alltägliche Hörensagen weiter gegeben, entsteht im Alltag und ist nicht durch Rituale und Zeremonien geformt. Das Familiengedächtnis, also die Geschichte, die innerhalb der Familie tradiert wird, ist zentraler Teil des kommunikativen Gedächtnisses.<sup>13</sup>

Die Erhebung basiert auf Gruppengesprächen, informellen Gesprächen und narrativen Interviews mit zwölf Personen, die im Rahmen mehrerer ethnografischer Feldaufenthalte nach der Forschungslogik der *grounded theory*<sup>14</sup> entstanden und ausgewertet wurden. Zwei Interviewte sind Witwen früherer Zwangsarbeiter. Die anderen Interviewten haben gemein, dass ein oder beide Elternteile Zwangsarbeit leisteten. Die Eltern der Interviewten blieben nach dem Zweiten Weltkrieg als sogenannte Heimatlose Ausländer<sup>15</sup> in einem der genannten Landkreise. Die Herkunftsorte der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen liegen im heutigen Polen<sup>16</sup> oder der heutigen Ukraine. Sie waren auf Bauernhöfen eingesetzt, wo sie zum Teil auch noch Jahre nach dem Krieg ihre Arbeit fortsetzten. Ihre Kinder, meine Interviewpartnerinnen und -partner, wuchsen in der Region auf und leben – bis auf zwei Ausnahmen – auch heute noch dort.

Ich recherchierte vier weitere potentielle Interviewpartnerinnen und -partner. Die Gespräche kamen aber nicht zustande, weil die Personen es aus verschiedenen Gründen direkt ablehnten oder weil Kontaktpersonen die Kontaktaufnahme nicht unterstützten oder mir vehement davon abrieten.

## Die Kategorie Arbeit in der Erinnerung

Wenn die Interviewten über ihre Eltern und Zwangsarbeit sprechen, ist „Arbeit“ eine zentrale Kategorie. Die meisten der Befragten erzählen keine Details über die Bedingungen der Zwangsarbeit ihrer Eltern. Nur eine Interviewte schilderte Tätigkeiten, die ihre Mutter auf

dem Bauernhof und im Wald verrichten musste. Ebenso wenig gehen die Interviewten auf die Beziehungen zu den Bäuerinnen, Bauern und deutschem Dienstpersonal ein. Die Arbeit wird in wenigen vagen und generellen Sätzen angesprochen:

„Er hat nur gesagt, dass sie viel Arbeit gehabt haben. Er hat eigentlich immer gesagt von sehr viel Arbeit. Aber so nix Bewegendes. Tut mir leid, ich hab ja gsagt ghabt, ich weiß nicht allzu viel.“<sup>17</sup>

Es wird häufig betont, wie „hart“ die Arbeit der Eltern war:

„Es war hart, es war der Krieg und, und es war schlimm. Sie haben es auch daheim nicht einfach gehabt, sie haben eine harte Zeit gehabt, das hat er auch erzählt, einfach armselig.“<sup>18</sup>

Und eine Interviewte drückt ihre Einschätzung, wie die Arbeit während des Krieges für ihre Eltern war, nur in dem Satz „Es war nicht immer alles so rosig“ aus.<sup>19</sup>

Die beiden Schwestern Anita Diestel und Xenia Wrobel, die getrennt voneinander interviewt wurden, beschreiben die Zwangsarbeit ihrer Mutter detaillierter, sie erzählen vom Mähen, Melken und der Forstarbeit ihrer Mutter. Und beide Frauen sprechen darüber, dass es ihrer Mutter gelang, an zusätzliche Nahrung zu gelangen:

„Als die Bäuerin gemerkt hat, dass meine Mutter wirklich arbeitet und dass sie sich wirklich kümmert, gab sie ihr extra Brot. [...] Sie musste die ganze Arbeit machen, sie musste im Winter im Wald arbeiten, da hatte man nichts Richtiges zum Anziehen.“<sup>20</sup>

Die Bauern und Bäuerinnen beurteilten, ob die ihnen zugewiesenen Arbeitskräfte fleißig oder faul waren. Hart und engagiert zu arbeiten war für die Zwangsarbeitenden eine der wenigen Möglichkeiten, ihre Lebensbedingungen unter Umständen zum Positiven hin zu beeinflussen. Es konnte dazu dienen, die Bauersleute und das deutsche Dienstpersonal zufrieden zu stellen, schließlich hingen die Lebens- und Arbeitsumstände zu einem erheblichen Teil von diesen Personen ab. In dieser Logik erzählen auch die Nachkommen der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen: Sie präsentieren ihre Eltern als sehr fleißig, als diese mit Lebensbedingungen konfrontiert waren, die generell sehr hart waren. Dies reiht sich in der Region in ein generelles, kaum gebrochenes Narrativ: Das Leben früher war hart, aber es war hart für alle. Dieses „harte Leben“ wird häufig als gegebener Fakt dargestellt: Die Interviewten nennen keine Verantwortlichen. Es sind lediglich Anita Diestel und Xenia Wrobel, die andeuten, dass die Bäuerin in der Interaktion mit der Zwangsarbeiterin Handlungsspielräume hatte, zum Beispiel extra Brot, aber keine Kleidung für die Forstarbeit zur Verfügung stellte. Nur Xenia Wrobel macht im Laufe der Gespräche deutlich, dass es sich dabei um *Zwangsarbeit*, eine ausbeuterische Form von Arbeit, handelte, alle anderen Interviewten sprechen lediglich von „Arbeit“.

Abbildung 1: Vier Bauerstöchter und ein Zwangsarbeiter bei einer Mahlzeit auf dem Feld



Foto: Privatbesitz

[Abbildung siehe Druckfassung]

Das Thema Arbeit bleibt für die Interviewten relevant, wenn sie die Lebensläufe ihrer Eltern beschreiben. So sagt Ludwig Krawczyk über seinen Vater: „Er kam rüber, hat geheiratet, Kinder bekommen, als Zimmerer gearbeitet, das hat er gelernt und manchmal hat er als Metzger gearbeitet“.<sup>21</sup> Er beschreibt nicht, von wo, warum oder wie sein Vater „rüberkam“, aber die Arbeit seines Vaters nach dem Krieg ist relevant, um dessen Geschichte zu erzählen. Es ist ein sehr deutliches Muster, dass die Gesprächspartner und -partnerinnen ihre Eltern als generell arbeitsam beschreiben. Auch Ludwig Krawczyks Schwester Helga Ebersberger tut dies: „Arbeitsame, sparsame Leut’, die Eltern“.<sup>22</sup> Ebenso sagt Anita Diestel über ihre Stiefmutter, eine ehemalige Zwangsarbeiterin:

„Ich hab meine Stiefmutter sehr geschätzt, weil sie da gerackert und gemacht hat, so wie ma’s normal tut, wenn ma a Familie und a Haus hat. Die hat sich schon sehr bemüht“.<sup>23</sup>

Sie kritisiert dagegen ihren Vater, der behindert war und unter den Spätfolgen eines Arbeitsunfalls und von körperlicher Gewalt, der er als Zwangsarbeiter ausgesetzt war, litt:

„Mein Vater war natürlich immer krank, hat zwar immer Hilfsarbeiterstellen gemacht, aber net lange durchgehalten, das was mir auch damals schon nicht gefallen hat, weil er hätte ja arbeiten können. Ich hab ihn ja gesehen, was er macht zu Hause.“<sup>24</sup>

Die Kategorie Arbeit bleibt auch relevant, wenn die Familienmitglieder der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen über das soziale Netzwerk in den umliegenden Dörfern nach dem Zweiten Weltkrieg sprechen. Wenn es um die nachbarschaftlichen oder freundschaftlichen Beziehungen zu Einheimischen geht, werden die Eltern und Ehemänner wieder als fleißig, hilfsbereit und geschickt beschrieben. Diese Logik schließt das Bild eines Heimatlosen Ausländers, der sich dem Müßiggang hingibt, aus: „Er hat alles gekonnt, er war ein fleißiger Mann“<sup>25</sup>, sagt Martha Rudenko über ihren verstorbenen Ehemann. Ähnlich äußert sich Dagmar Pollmeier über ihren Vater:

„Im Großen und Ganzen hat eigentlich nicht viel Kontakt bestanden zu den anderen. Gut, wenn sie den Vater zum Arbeiten gebraucht haben, dann ja, dann war sozusagen, dann haben sie ihn schon angesprochen. Der Vater hat nie ‚nein‘ gesagt“.<sup>26</sup>

Es ist für die Kinder wichtig, ihre Eltern als hart arbeitend zu präsentieren. In ihrer Erinnerung ist es nur mit dieser Eigenschaft – „fleißig“ – möglich, Kontakte in der Umgebung zu haben. Im Beispiel von Dagmar Pollmeier, wonach ihr Vater kaum Kontakte hatte, aber bei Anfragen, ob er helfen könne, nie absagte, kommt eine Beziehung zum Vorschein, die auch nach dem Krieg noch als einseitig profitabel für die deutsche Nachbarschaft zu charakterisieren ist.

Anita Diestel distanziert sich vom Vater, der nicht arbeiten konnte, sie äußert retrospektiv die Einschätzung, ihr Vater hätte seine Beeinträchtigung simuliert – nicht zu arbeiten ist inakzeptabel.

„Arbeit“ wird immer als Arbeit beschrieben, die *alle* zu verrichten haben. Sich als hart arbeitend und fleißig zu präsentieren diente in der Erinnerung der Familienmitglieder dazu, sich im bayerischen Umfeld Anerkennung zu verschaffen und sich nicht zu unterscheiden. Die Interviewten geben kaum Hinweise darauf, dass die Arbeit *Zwangsarbeit* war. Es liegt somit nahe, dass der Zwangscharakter der Arbeit und der Migration weitgehend verschwiegen wurde und wird.

## Erinnerung an Beziehungen zu Deutschen und anderen ZwangsarbeiterInnen in der Region

Die Beziehungen der früheren Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zum deutschen Umfeld definierten sich also darüber, sich als fleißig und hilfsbereit zu präsentieren. Es wird nicht geschildert, dass es eine konfliktvolle Thematisierung der Zwangsarbeit gab oder dass aus der Zwangsarbeit prekäre wirtschaftliche Verhältnisse resultierten. Auch der Verlust der Familie im Herkunftsort wird nicht angesprochen. Die meisten der Nachkommen betonen in den Gesprächen häufig, dass ihre Eltern „beliebt“ gewesen seien und dass „jeder sie gemocht“ habe.



Die oben zitierte Dagmar Pollmeier beschreibt allerdings, dass ihre Eltern kaum Kontakte in den umliegenden Orten hatten. Es gab die oben beschriebene Ausnahme, dass ihr Vater angefragt wurde, um bei Arbeiten auszuhelfen, was er in der Erinnerung Pollmeiers nie ablehnte:

Interviewerin (I): „Und wie hat ihr Vater das zu spüren bekommen, dass, naja ...“

Dagmar Pollmeier (DP): „Dass er ein Ausländer ist?“

I: „Ja, genau.“

DP: „Er hat zwar nie darüber gesprochen, aber, also am Anfang bestimmt, sie sind auch ganz wenig weg gegangen. Im Großen und Ganzen hat eigentlich nicht viel Kontakt bestanden zu den andern.“<sup>27</sup>

Xenia Wrobel sowie Martha Rudenko, die Witwe eines früheren Zwangsarbeiters, und deren Tochter Ursula Rudenko beschreiben ein ambivalentes Verhältnis ihrer einst zwangsarbeitenden Familienmitglieder zu ihrem Umfeld. In ihrer Erinnerung sind die Beziehungen sowohl von vereinzelter Wohltätigkeit als auch versagter Anerkennung seitens der Deutschen geprägt.

Martha Rudenko (MR): „Nein, er ist zur Feuerwehr gekommen, zu den Veteranen, er ist da überall gleich aufgenommen worden, weil er für das andere nix mehr gehabt hat.“

Ursula Rudenko (UR): „Aber trotzdem hat er immer noch Komplexe gehabt, weil wenn irgendwas war, hat er es sofort auf sich genommen, so quasi, weil er ein Ausländer ist, jetzt haben sie das und das über ihn gesagt, was aber gar nicht gestimmt hat. Aber er hat sofort rumgmänkelt, es geht über ihn, weil er ein Ausländer ist.“

MR: „Ja, er hat sich da immer ein wenig zurück gefühlt.“

UR: „Ganz schlimm, ganz schlimm. Was war'n da mit 'nem Verein, mit der Feuerwehr?“

MR: „Ja, er ist gleich nach dem Krieg zur Feuerwehr, aber das haben sie nicht eingetragen. Und da ist dann eine Ehrung gewesen von der Feuerwehr, und da hat er keine Einladung gekriegt und das war sein Ding, nich, weil sie da nicht, weil er doch schon so lange dabei war, da hat er sich schon, gscheit beleidigt gewesen. Weil er hätte alles für die Feuerwehr getan. Er ist auch mit seinen Freunden, den Ukrainern, sonntags nicht mit gegangen, da haben sich die getroffen, getanzt und gewerkelt, da ist er schon nicht mit gegangen, der war von Anfang an mit den Deutschen – soviel gibts da nicht zu erzählen.“<sup>28</sup>

Martha Rudenko, die den Zwangsarbeiter bereits während des Krieges kennenlernte, beschreibt in der letzten Passage, dass dieser sich von den anderen Ukrainern distanzierte und

soziale Kontakte hauptsächlich „mit den Deutschen“ pflegte, auch wenn das Verhältnis zu letzteren mitunter von mangelnder Anerkennung oder „Ehrung“ gekennzeichnet war. Sie fügt hinzu:

MR: „Auch während des Krieges war er nicht so oft bei den anderen. Der hat sich mit den richtigen Russen schon gar nicht abgegeben.“

UR: „Die sind gekommen und haben gesagt, er soll wieder zurückgehen und alles.“

MR: „Wie die Amerikaner gekommen sind, da sind die gleich fort. Da hat er sich versteckt, dass ihn niemand gefunden hat, weil er einfach nicht heim wollte.“<sup>29</sup>

Witwe und Tochter des einstigen Zwangsarbeiters kreieren gemeinsam eine Wahrnehmung, nach der die übrigen russischen und ukrainischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in der Gegend mit dem politischen System in der UdSSR und damit auch mit Befürwortung der Zwangsrepatriierung gleichgesetzt werden. Martha Rudenko spricht von „die“, also von weiteren zur Zwangsarbeit gezwungenen Personen, die gleich nach dem Krieg „fort sind“. Ihre Tochter stellt sich unter „die“ Angehörige der sowjetischen, möglicherweise auch der US-amerikanischen Behörden vor, die sowjetische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen an die UdSSR übergaben oder auslieferten.<sup>30</sup>

Abbildung 2: Ein ehemaliger Zwangsarbeiter in seinem deutschen Freundeskreis (im Bild ganz rechts mit seiner Ehefrau)



Foto: Privatbesitz

[Abbildung siehe Druckfassung]

Es sind vor allem die beiden Witwen und die Interviewpartnerin Xenia Wrobel, die auf (mögliche) Kontakte und Beziehungen zu anderen Zwangsarbeitenden verweisen. Martha Rudenko bezieht sich mit der Aussage, ihr späterer Ehemann sei nicht „mit den Ukrainern mitgegangen“ auf die Kriegszeit. Xenia Wrobel erzählt von den interviewten Nachkommen als einzige von einer Art Community der einstigen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen im ländlichen Ostbayern in der Nachkriegszeit. Insgesamt spricht diese sehr detailliert und manchmal regelrecht szenisch über die Zwangsarbeit ihrer Eltern sowie die Konsequenzen der Zwangsarbeit und der Zwangsmigration. Xenia Wrobel lebte bis zu ihrer Volljährigkeit mit ihren Eltern im ländlichen Bayern, heute ist sie in Hessen ansässig, wo auch die Gespräche stattfanden. Es ist zu vermuten, dass ein Umfeld, das die Eltern nicht als Zwangsarbeitende kennt und in dem nicht die direkten Profiteure der Zwangsarbeit leben, es erleichtert, detailliert und offen über Zwangsarbeit zu sprechen. Sie beschreibt als einzige Nachfahrin ein informelles Netzwerk früherer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen:

„[Mutter hat] den Kontakt eben auch zu anderen Landsleuten aufgebaut und hat dann festgestellt, dass es doch einige gab, wo dann in der Umgebung waren, und mit zweien hat sie also immer ‘nen Kontakt gehabt. Das war einmal eine Agnes und einmal ‘ne Theresa.“<sup>31</sup>

Sie nennt im Laufe der Gespräche drei weitere Familien, zu denen ihre Eltern Kontakt hatten und zeigt mir Fotos von Treffen dieses Freundeskreises in ihrem Familienalbum. Sie beschreibt kollektives Erinnern und Reflektieren der Lebensläufe im Rahmen dieser Treffen:

„Also Heimweh hatten auf jeden Fall alle. Da bin i mir sehr sicher, weil es gab auch Zeiten, also da hat man au quasi so ukrainische Lieder gsungen, also, wenn sie sich mal getroffen haben, oder dass die sich eben auch immer wieder auf Ukrainisch unterhalten haben – na, dann hats scho immer gheißn, man hat sich halt auch ausgetauscht und hat auch überlegt, was wär gwesen, wenn sie quasi daheim in ihrem Land eben blieben wärn. Wie wärs dann weitergegangen?“<sup>32</sup>

Es weisen auch verschiedene Artefakte darauf hin, dass es solidarische Beziehungen zwischen den noch in der Nachkriegszeit in der Region lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen gab und dass sie auch in Briefkontakt blieben, als manche von ihnen ausgewandert waren. So ist in den Akten eines Spruchkammerverfahrens „vom Ortsvertrauensmann aller ukrainischen und russischen Landarbeiter in der Gemeinde“ die Rede.<sup>33</sup> Die anderen Nachkommen thematisieren diese Netzwerke nicht oder ganz am Rande oder sagen, dass sie nicht von weiteren ehemaligen Zwangsarbeitenden in der Region wüssten. Sofern es diese Beziehungen gab, wurde dieser Fakt in der Erinnerung also vermutlich kaum tradiert. Martha und Ursula Rudenko erinnern die Beziehungen ihres Ehemanns bzw. Vaters so, dass der Abbruch der Kontakte zu anderen Ukrainern und Russen das gleichzeitige Bekenntnis zur westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und Beweis für seine Integrationswilligkeit war.

Abbildung 3: Gruppenfoto anlässlich eines privaten Festes mit fünf ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus Polen und der Ukraine, die nach Ende des NS-Regimes in Deutschland blieben.



Foto: Privatbesitz

[Abbildung siehe Druckfassung]

## Sozioökonomische Aspekte der Zwangsarbeit in der Erinnerung

Es ist auch Xenia Wrobel, die die prekären finanziellen Verhältnisse, in denen ihre Eltern, sie und ihre Schwester auch nach dem Krieg lebten, mehrmals anspricht: „Wir waren ja auch nicht viel gewöhnt, ich muss sagen, wir waren ja auch ziemlich einfach und arm aufgewachsen“ und „Da war nie das Geld da“.<sup>34</sup> Sie thematisiert auch gesamtgesellschaftliche ökonomische Zusammenhänge. So beschreibt sie die körperlichen Spätfolgen, unter denen ihre Mutter durch die harte Arbeit litt:

„Vor allem, was mei Mutter au gsagt hat, was sie halt auch also ganz schlecht fand oder das find ich auch, das war absolut net in Ordnung, und zwar, die haben ja wirklich, so wie mei Mutter ja erzählt hat, so körperlich arbeiten müssen und die war ja dann nachher auch körperlich ‘n totales Wrack. Da war ja alles kaputt, der Rücken, die Hüfte, die Füße, die Hände, da war ja alles richtig körperlich verbraucht und man hats ihr au am Gsicht ansehen, also sie war wirklich, kann ma sagen, wie ma so sagt – runtergeschafft, runtergewirtschaftet, so hat sie einfach aussehen“.<sup>35</sup>

Sie macht in diesem Interview – im Gegensatz zu den anderen interviewten Nachkommen – sehr deutlich, dass ihre Eltern nicht nur Zwangsarbeit leisten mussten, nach dem Krieg weiter unter prekären Bedingungen in Bayern hart arbeiteten und unter Spätfolgen der Zwangsarbeit litten, sondern auch, dass ihre Eltern keine angemessene Altersvorsorge hatten. Xenia Wrobel stellt die Folgen der harten Zwangsarbeit und anschließend schlecht entlohnten Arbeit in Beziehung zu den Mitverantwortlichen, den Bäuerinnen und Bauern und deren Erben und Erben.

„[...] und was halt net in Ordnung war, dass die Bauern eigentlich nicht ordentlich in diese Rentenkasse einzahlt haben, dass die Mama halt nachher auch kei ordentliche Rente gekriegt hat...Und was für mich auch net verständlich war, weil wo sie eben war bei diesem ersten Bauernhof diese Söhne oder auch die Töchter, [...] die haben auch später dann einfach wirklich jeder für sich no genügend Vermögen anghäuft, und i find das halt wirklich sehr schade, dass da jetzt keiner für sich aufgestanden is und mal gsagt hat, ‚jetz halten wir halt alle zusammen und wenss schon die Eltern net machen von uns, aber jetzt machma wir des‘ und zahlt noch jeder nen Teil in die Rentenkasse ein, dass einfach da a ordentliche Rente rauskommt, weil mei Mutter hat halt ne ganz geringe Rente ghabt – und was komisch war, sie hat ja immer no zu diesen Kindern von diesem Bauernhof Kontakt ghabt.“<sup>36</sup>

Xenia Wrobel nimmt Bezug auf das ambivalente Verhältnis ihrer Mutter zu den Kindern, insbesondere zum Bauerssohn Hans: Das Kind Hans galt als Liebling der zwangsarbeitenden Mutter. Im Erwachsenenalter lässt er der früheren Zwangsarbeiterin Almosen in Form von Päckchen zukommen. Hans und seine Geschwister „stehen“ aber in der Erinnerung Xenia Wrobels „nicht zusammen“, um die Rente ihrer Mutter, der früheren Zwangsarbeiterin, mitzufinanzieren. Und sie formuliert sehr deutlich, dass „diese Leute“, mit denen sie ihre Eltern und andere Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen meint, zur Aufwärtsentwicklung in der Nachkriegszeit und dazu, dass „man jetzt was hat“, also zum Wohlstand in der Nachbarschaft, beitragen:

„Ich muss sagen, dass is es mir echt unverständlich oder grad der eine Sohn, wo meine Mutter gsagt hat, des sei eben ihr Liebling gewesen, der wo ja immer wieder a Päckle zu Weihnachten gschickt hat, der Hans. Und bei ihm war das sein schlechtes Gewissen, denk i mal (lacht), beruhigend indem, dass er halt ab und zu noch a Päckle gschickt hat, also des war net in Ordnung und auch der zweite Bauernhof da, ham sich auch net viel getan dafür, die ham sich au hinterher noch alle gekannt und wussten wie’s meiner Mutter geht – da hätt ma eigentlich scho erwartet, dass die einfach gsagt haben, okay, in den Kriegszeiten hat keiner viel ghabt, da is viel falsch glaufen und viel kaputt ggangen, aber jetzt wo ma sich quasi mal ein Stückle weiter entwickelt hat und auch sieht, man hat jetzt was und da ham diese Leut dazu beigetragen mit ihrer Arbeitskraft, dass ma sich so entwickelt hat, dass ma dann sagt, man kann auch hinterher noch a Anerkennung machen.“<sup>37</sup>

Xenia Wrobel beschreibt sehr klar die versagte Anerkennung der Leistung und auch der Leiden der Eltern und zudem die Abwehr oder zumindest Ignoranz gegenüber der finanziellen

Verantwortung seitens der Bauersfamilien. Sie beschreibt auch, wie der Ausgangspunkt der Zwangsarbeit in Deutschland das weitere prekäre Auskommen der Eltern und zugleich die positive wirtschaftliche Entwicklung des profitierenden landwirtschaftlichen Betriebs besiegelte. Die Tatsache, dass ihre Mutter weiterhin Kontakt zu den Kindern der Bäuerinnen und Bauern pflegte, führt bei ihr zu Irritation und Unverständnis.

Die Interviewte erinnert sich zwar auch an Unterstützung und Hilfe vom Umfeld: So haben Nachbarn die Familienmitglieder mitunter gefahren, da die Familie kein Auto besaß. Als ihre Mutter im Alter pflegebedürftig war, und Xenia Wrobel längst in Hessen lebte, habe sich ebenfalls ein Nachbarspaar um die frühere Zwangsarbeiterin gekümmert. Auch eine Reise in die Ukraine zur Familie der Mutter in den Siebzigerjahren sei nur zustande gekommen, weil einer ihrer Lehrer die Familie bei der bürokratischen Organisation der Reise unterstützt habe. Xenia Wrobel subsumiert dies in der Formulierung, es habe „auch Freundschaften und gute Bekannte“<sup>38</sup> gegeben.

Aber in ihrer Erzählung wird ebenso deutlich, dass diese Unterstützung auf der Initiative und Großzügigkeit Einzelner beruhte, es aber keine systematische finanzielle Absicherung – beispielsweise in Form eines angemessenen Rentenanspruchs – gab, die es der Familie ermöglicht hätte, unabhängiger und nicht auf Wohltaten der Nachbarschaft angewiesen zu sein.

## Bezüge auf kollektive Erinnerungsorte nationalsozialistischer Verbrechen

In der Erinnerung sowohl von Bauersfamilien als auch der Kinder von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen spielen sozioökonomische Aspekte kaum eine Rolle. Xenia Wrobel ist diesbezüglich eine Ausnahme. Allerdings sprechen andere Nachkommen indirekt über NS-Verbrechen und damit auch über NS-Zwangsarbeit. Zwei der Nachkommen beziehen sich unabhängig voneinander auf Erinnerungsorte nationalsozialistischer Verbrechen. Erinnerungsort wird hier im Sinne Pierre Noras als Metapher für sowohl materielle als auch immaterielle Orte mit symbolischer Funktion verstanden, in denen sich kollektive Erinnerung kristallisiert. Diese Orte erlangen ihre Bedeutung erst „durch Bezüge“ und ihre Stellungen in „sich immer neu formierenden Konstellationen und Beziehungen“. Die Bedeutung von Erinnerungsorten entsteht also in sozialen, kulturellen und imaginären Räumen.<sup>39</sup> Diese Erinnerungsorte müssen sich wie bei Pierre Nora allerdings nicht auf Nationen, sondern können sich auf verschiedenste Gruppen beziehen. Jene zwei Interviewten thematisieren eigeninitiativ Eindrücke von KZ-Gedenkstätten oder Fernsehfilmen zu nationalsozialistischen Verbrechen, sie thematisieren also Erinnerungsorte des Nationalsozialismus. Diese beiden, Ludwig Krawczyk und Maria Dobiczek, erzählen wenig und lückenhaft sowohl über die Erfahrungen ihrer Eltern als Zwangsverpflichtete als auch über ihre eigenen Erfahrungen als Kinder eines polnischen Zwangsarbeiters bzw. einer ukrainischen Zwangsarbeiterin in Bayern.

Krawczyk vermeidet zudem jegliche Bewertung und moralische Einordnung von NS-Zwangsarbeit, erzählt aber, wie er als Kind Ende der Siebzigerjahre mit seinen Eltern den polnischen Herkunftsort des Vaters besuchte. Dabei rückt die Reise zum polnischen Teil der Familie vollkommen in den Hintergrund, er schildert jedoch den Besuch in Gedenkstätte und Museum Auschwitz-Birkenau, die sich in der Nähe des Herkunftsortes des Vaters befinden:

Ludwig Krawczyk (LK): „Warst schon mal in Polen drüben? Hast du Auschwitz angeschaut?“

Interviewerin (I): „Ja.“

LK: „Aber das ist das neue Auschwitz. Das alte Auschwitz kennst nicht.“

I: „Nein. Was ist das alte Auschwitz?“

LK: „Da wo's, das Auschwitz, das haben sie ja jetzt für Tourismus hergerichtet, sag ich mal so. Früher, als wir damals da drüben waren, da war das wirklich noch, da haben sie ja noch gar nix getan gehabt, also das war wirklich noch alles originalgetreu. Das war das, was mich beeindruckt hat. Also das vergess ich auch nicht, das muss ich schon sagen.“

I: „Wie war das, wie muss ich mir das vorstellen?“

LK: „Kennst du den Film ‚Die Geschichte der Familie Weiss‘?“

I: „Nein.“

LK: „Ja mei, du machst ne Biographie über – (lacht). Da gehts halt hauptsächlich um Auschwitz, also Juden verbrennen und das ganze Zeug da. Da in den Gasofen, da hast halt noch rein gehen können, und wie gsagt, da ist ja alles noch total originalgetreu, oder das ‚Arbeit macht frei‘ da oben. Heut wennst reingehst, siehst das nimmer. Da bist ja eigentlich so gar nicht rüber gekommen. Da wars noch strenger.“

I: „Und was haben sie sich da gedacht? Sie waren da ja noch ziemlich jung, oder?“

LK: „Siehst, das kann ich mir merken (lacht). Da hat's den Film ‚Die Geschichte der Familie Weiss‘ gegeben, der ist im Fernsehen gekommen. Das ist ein sehr guter Film.“

I: „Worum gehts in dem Film?“

LK: „Um Juden.“

I: „Genauer?“

LK: „Das ist eine Großfamilie, dann fängt Hitler mit den Juden da, verfolgen und dann werden halt die, ähäh, die Familie zerbricht, manche deportieren sie nach Auschwitz, manche kommen –, der Junge wird Untergrundkämpfer, so, – kommt halt einer nach anderen ums Leben dann. Familie, dann Vater, Mutter, ein, zwei kleine Kinder vergasen sie dann drinnen in den Ofen drinnen.[...] Die Duschen sind ja da auch drinnen, und wie gsagt, da hast auch noch die Ofen, hast reingehen können damals, da war die Asche und das alles noch drinnen.“<sup>40</sup>

In diesem Gespräch zeigt sich, dass sich der Gedenkstättenbesuch in Auschwitz Ende der Siebzigerjahre mit der Fiktion der Serie *Holocaust. Die Geschichte der Familie Weiss*<sup>41</sup>, die ebenfalls in dieser Zeit zum ersten Mal im westdeutschen Fernsehen gesendet und zu einem Medienereignis in der BRD wurde<sup>42</sup>, in der Erinnerung des Interviewten mischen oder zumindest assoziativ verknüpft sind. Um mir die Eindrücke bei dem Besuch der KZ-Gedenkstätte Auschwitz nahe zu bringen, zitiert er den Inhalt der Fernsehserie. Zudem wird offenbar, dass der Interviewte mit einem Schauer betont, wie haptisch nahe er am Tatbestand der Vernichtung der Jüdinnen und Juden war. Er meint, die Asche der verbrannten Leichen gesehen zu haben. In seiner Beschreibung schwingt Faszination für den Ort des Massenmordes mit. Er identifiziert sich offensichtlich nicht mit den Ermordeten, allerdings beginnt er diesen Teil des Interviews mit Fragen an die Interviewerin, ob sie Auschwitz und *Holocaust* kenne. Krawczyk bildet folgende Assoziationskette: Herkunftsort des Vaters – Auschwitz – massenhafte Ermordung von Juden und Jüdinnen – Fernsehserie *Holocaust*.

Es liegt nahe, dass für ihn als ein Kind aus dem ländlichen Bayern eine Reise ins sozialistische Polen in den Siebzigerjahren außergewöhnlich war, erst recht war es wohl der Besuch in der KZ-Gedenkstätte in Auschwitz. Es ist anzunehmen, dass dieser Besuch, sollte der Interviewte davon erzählt haben, von seinem bayerischen Umfeld auch so rezipiert wurde – als etwas Außergewöhnliches. Auch dies könnte den mit Faszination und Schauer untersetzten Sprachduktus erklären. Aber Krawczyk ist einer der wenigen von insgesamt über 30 Interviewten, die die Shoah und Erinnerungsorte im Zusammenhang mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg überhaupt ansprechen, und er ist der Einzige, der auf Auschwitz und die Fernsehserie *Holocaust* Bezug nimmt. Im ländlichen Bayern ist es also keineswegs so, dass häufig zitierte Erinnerungsorte wie Auschwitz oder *Holocaust* Referenzpunkte für die Erinnerung an NS-Verbrechen wären. Es fanden weitere Einzelgespräche mit seinen drei Geschwistern statt. Alle betonen, wie gut ihr Vater, der frühere Zwangsarbeiter, im Nachkriegsbayern integriert gewesen sei. Eine Schwester des Interviewten, Katja Hattenkofer, erwähnt, dass der gemeinsame Vater im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen sei. Sie kenne jedoch keine Details zu den Umständen der Inhaftierung. Dies sei in ihrer Familie nie thematisiert worden, ihr Vater habe im Alter lediglich mit ihr und ihrem Ehemann darüber gesprochen.<sup>43</sup>

Mit Maria Dobiczek, die aus einer anderen Familie stammt, gestaltet sich das Gespräch ebenfalls schwierig, da sie stark zögert, über die Erfahrungen ihrer Eltern als Zwangsarbeitende zu sprechen. Sie initiiert ein Gespräch über die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg mit mir. Und auch sie kommt im selben Gespräch auf einen Fernsehfilm zu sprechen: die kurz zuvor, im Juli 2013, gesendete Dokumentation *Unser Wirtschaftswunder. Die wahre Geschichte*<sup>44</sup>. Inhalt dieses Films ist unter anderem, dass der BRD-Wirtschaftsminister Ludwig Erhard 1949 zu verhindern versuchte, dass die während des Nationalsozialismus enteignete jüdische Familie Rosenthal ihr Eigentum nach dem Krieg zurück erhielt. Es handelte sich bei dem Eigentum um eine in Bayern ansässige Porzellan-Fabrik, heute Rosenthal GmbH.<sup>45</sup> Die Interviewte nimmt mit Bitterkeit auf jenen Sachverhalt Bezug. Sie führt den Film beispielhaft an, um die Ungerechtigkeit und Doppelmoral in Bezug auf Anerkennung der NS-Verbrechen in der BRD zu verdeutlichen.

Im Gegensatz zu Krawczyk identifiziert sich Maria Dobiczek mit der verfolgten und enteigneten jüdischen Familie Rosenthal. Sie kann oder will mit mir nicht über ihre Biografie oder über die Biografien ihrer Eltern sprechen, sie gibt mit diesem Beispiel jedoch Einblick



in ihre Bewertung, ja ihre Verachtung in Bezug auf die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der BRD. Die Fernsehdokumentation fungiert als Vehikel, um darauf hinzuweisen, dass auch die NS-Zwangsarbeit ihrer Eltern und die Konsequenzen der Zwangsarbeit im Nachkriegsdeutschland nicht anerkannt und nicht oder vollkommen unangemessen entschädigt wurden.

Beide Interviewte halten diese Erinnerungsorte für relevant, sonst würden sie sie nicht eigeninitiativ ansprechen. *Holocaust. Die Geschichte der Familie Weiss* wird von Krawczyk als „sehr guter Film“ bezeichnet. Mein Eingeständnis, die Serie nicht zu kennen, löst bei ihm Verwunderung aus, er lacht. Beide können oder wollen kaum über sich oder ihre Familie sprechen, sie greifen jedoch auf bekannte Erinnerungsorte zu Nationalsozialismus und Shoah zurück, um mir für sie relevante Sachverhalte zu verdeutlichen.

Dies legt den Schluss nahe, dass die Bezugnahme auf derartige Repräsentationen der NS-Verbrechen, die im ländlichen Bayern nur teilweise, aber bundesweit einigermaßen anerkannt und bei vielen präsent sind, als Brücke dienen, um die eigene Familienbiografie zumindest nicht verschweigen zu müssen oder verdeckt thematisieren zu können. Bei Maria Dobiczek hat das Sprechen über den Dokumentarfilm *Unser Wirtschaftswunder* eine Stellvertreterfunktion. Sie vermeidet es (noch), ihre eigene Familiengeschichte im Verhältnis zum bundesrepublikanischen „Wirtschaftswunder“ zu erzählen, aber sie spricht immerhin die Inhalte dieses Films und ihre Bewertung des Filminhalts an.

## Fazit

In diesem Aufsatz beleuchte ich vier Aspekte, die sich bei der Analyse der Erinnerungen von NS-Zwangsarbeit von Kindern ehemaliger osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als besonders relevant herausstellten. Der erste Aspekt ist die Bedeutung von Arbeit. Es ist sehr deutlich, dass alle Interviewten ihren Begriff von Arbeit in Bezug auf ihre Eltern in den Mittelpunkt stellen. Sie tun dies nicht, um den Fakt der Zwangsarbeit zu problematisieren, sondern um die Integration ihrer Eltern im ländlichen Bayern darzustellen: Diese arbeiteten „hart“ – wie alle im Bayerischen Wald. Es werden keine Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten mit dem Umfeld betont. Nichtarbeitende Heimatlose Ausländer, aus Polen und der Ukraine, sind in dieser Logik nicht akzeptabel. Die Aussage einer Interviewten, „der Vater“ habe nicht arbeiten wollen, geht mit ihrer Distanzierung von ihm einher. Details zur harten Zwangsarbeit beschreiben nur die Schwestern Anita Diestel und Xenia Wrobel. Dabei wertet nur Xenia Wrobel den Arbeitseinsatz als *Zwangsarbeit* und betont das einseitig vorteilhafte Verhältnis zugunsten der als Arbeitgeber fungierenden landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Krieg – schließlich haben die Eltern doch „nie nein gesagt“, wenn sie um Hilfe gebeten wurden.

Folglich haben die Eltern in der Erinnerung auch gute Beziehungen zur Nachbarschaft; diese Beziehungen zum Umfeld sind der zweite analysierte Themenkomplex. Der Fleiß der Eltern führte demnach dazu, dass „jeder sie gemocht“ habe. Diese Sätze, dass die Eltern beliebt gewesen seien, werden in den Interviews mehrmals wiederholt und finden sich fast wörtlich in nahezu allen Gesprächen. Dennoch werden bei diesem Aspekt der Beziehungen zum Umfeld auch Ambivalenzen deutlich: Der Vater lebt in der Erinnerung der Kinder mit der Befürchtung, als Ausländer diskriminiert zu werden, und ist gekränkt, als er keine

„Ehrung“ bekommt, Ursula Rudenko erinnert sich an „Komplexe“ des Vaters. Es wird nicht gesagt, der Vater sei diskriminiert worden, sondern er wird als empfindlich charakterisiert.

Es waren für die ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen jedoch nicht nur die Beziehungen zur eingessenen Bevölkerung relevant, es gab auch Beziehungen, Freundeskreise und solidarische Netzwerke innerhalb dieser Gruppe. Diese werden von den zwei interviewten Witwen und nur einer Angehörigen der Kindergeneration, der in Hessen lebenden Xenia Wrobel, erwähnt. So beschreibt Xenia Wrobel, dass ihre Eltern in ihrem Freundeskreis, der sich aus Angehörigen der früheren polnischen und ukrainischen Zwangsarbeiterschaft zusammensetzte, ihre Biografien und somit die Folgen ihrer Zwangsmigration reflektierten. Auch die Akten der im Zuge der „Entnazifizierung“ durchgeführten Spruchkammerverfahren belegen diese solidarischen Netzwerke: Die als Zeugen vernommenen früheren Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen bezogen sich in ihren Aussagen aufeinander und es gab demnach einen „Ortsvertrauensmann“ der ehemaligen Zwangsarbeiterschaft in der Gemeinde. Die in Bayern lebenden Kinder der früheren „Ostarbeiter“ thematisierten diese Freundschaften nicht. Es ist somit sehr wahrscheinlich, dass das Wissen um weitere „Zwangsarbeiterfamilien“ mit ähnlicher Geschichte im Umkreis sowie die Kontakte zwischen den einstigen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen nicht Gegenstand der generationenübergreifenden Familienerinnerung ist.

Xenia Wrobel spricht auch deutlich über den dritten Themenkomplex, sozioökonomische Verhältnisse: Ihre Eltern waren und blieben arm, die Bauersfamilien wohlhabend. Sie erinnert zwar individuelle Hilfsbereitschaft aus der Nachbarschaft, aber trotz körperlichen und psychischen Folgen der Zwangsarbeit keine ausreichenden Sozialleistungen oder Bildungsangebote, die das materielle Leben ihrer Familie erleichtert hätten.

Es ist deutlich, dass die noch heute in Bayern lebenden Kinder von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen nichts davon erzählen, dass ihre Eltern den Fakt der Zwangsarbeit problematisiert hätten. Auch sie selbst thematisieren die Verschleppung der Eltern, NS-Verbrechen in den Herkunftsorten der Eltern und ihre Zwangsarbeit kaum. Aber in zwei Fällen sprechen Interviewte eigeninitiativ, ausführlich und emotional über NS-Erinnerungsorte. Dies ermöglicht es, den NS-Kontext in den Biografien der Eltern anzusprechen oder zumindest nicht ganz zu verdecken. Abschließend stellt sich die Frage, die es noch zu erforschen gilt, ob es für die Nachkommen weitere Nischen gibt, die es ermöglichen, an NS-Zwangsarbeit im ländlichen Bayern zu erinnern.

## Anmerkungen

- 1 Die Zahlen diesbezüglich variieren: Auf der Seite des Bundesarchivs wird von 13,5 Millionen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen gesprochen, vgl. <http://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/auslaendisch/begriffe/index.html> (29.5.2014). Auf der Webseite des Onlinearchivs Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte ist die Rede von „über 12 Millionen“ Menschen, vgl. [www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/zwangsarbeit/index.html](http://www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/zwangsarbeit/index.html) (29.5.2014). Trotz des Fehlens exakter Zahlen besteht über die Dimension der NS-Zwangsarbeit prinzipiell Klarheit: Sie war ein alltägliches Phänomen, das für weite Teile der Bevölkerung Deutschlands und Österreichs deutlich sichtbar gewesen sein muss.
- 2 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999, 45.
- 3 Zahlreiche Beispiele für die Berichte ehemaliger Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sind etwa im Onlinearchiv NS-Zwangsarbeit 1939–1945 zu finden. Weitere Beispiele für die Analyse lebensgeschichtli-

- cher Erzählungen ehemaliger Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, in denen Beziehungen zu Deutschen geschildert werden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): Jens Binner, „Ostarbeiter“ und Deutsche im Zweiten Weltkrieg. Prägungsfaktoren eines selektiven Deutschlandbildes (Forum Deutsche Geschichte, Bd. 18), München 2008, speziell für den Bereich Landwirtschaft 174–209; ebenfalls zur Landwirtschaft: Ela Hornung/Ernst Langthaler/Sabine Schweitzer, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 26/3), Wien/München 2004.
- 4 Zur Hinrichtung von NS-Zwangsarbeitern und NS-Zwangsarbeiterinnen mit regionalem Fokus vgl. Thomas Muggenthaler, Verbrechen Liebe. Von polnischen Männern und deutschen Frauen. Hinrichtungen und Verfolgung in Niederbayern und Oberpfalz in der NS-Zeit, Viechtach 2010.
  - 5 Volkhard Knigge/Rikola-Gunnar Lüttgenau/Jens-Christian Wagner, im Auftrag der Gedenkstätten der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (Hg), Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg. Begleitband zur Ausstellung, Weimar 2010; Christine Glauning/Andreas Nachama (Hg), Alltag Zwangsarbeit 1938–1945. Begleitband zur Dauerausstellung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 2013.
  - 6 Für die großangelegte Studie NS-Zwangsarbeit im kommunikativen Gedächtnis im ländlichen Bayern wird auch die Erinnerung von Bauern und Bäuerinnen, die von Zwangsarbeit profitierten, und deren Nachkommen ebenso wie die Erinnerung früherer Dienstmägde und Knechte, die ihren Lebensunterhalt durch die landwirtschaftliche Arbeit bestritten, untersucht.
  - 7 Michael Weigl, Tschechen und Deutsche als Nachbarn. Spuren der Geschichte in grenzregionalen Identitäten, Baden-Baden 2008, 52–64, 85.
  - 8 Teilbestand 2.1.1.3: Namenlisten der Bürgermeister, der Gemeinden, des Krankenhauses, der Pfarrverwaltung zur Erfassung der während des Zweiten Weltkriegs im Landkreis Bogen lebenden Ausländer, erstellt 1946 und 1947, International Tracing Service (ITS), Digitales Archiv, Bad Arolsen. Zur gezielten Vernachlässigung von Kindern von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen vgl. SPD-Arbeitskreis Labertal, Die toten Engel von Laberweinting. Das Polenkindergarten 1944/45, in: Im Labertal-Journal, Sonderheft Juni 2012, 4–56; ders. GELINZT...die Euthanasie-Opfer aus dem Labertal, in: Ebd., 58–65; Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.
  - 9 Teilbestand 2.1.1.3, ITS, Digitales Archiv, Bad Arolsen.
  - 10 Liste der Stammlager und Offizierslager, 2.2.5.1, 82362649, ITS Digitales Archiv, Bad Arolsen.
  - 11 Dmitri Stratievski/Lars Nickel, Zu Gast in Wolgograd. Begegnungen mit ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, Berlin 2008, 13.
  - 12 Als Beispiele für in den letzten Jahren gesetzte Initiativen im Untersuchungsgebiet sind u.a. die Einweihung von Märtern für hingerichtete Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zu nennen, vgl. <http://www.mittelbayerische.de/region/schwandorf/artikel/zur-erinnerung-an-zygmunt-marzec/849309/zur-erinnerung-an-zygmunt-marzec.html> (30.05.2014) sowie SPD-Arbeitskreis Labertal, Tote Engel; der Dokumentarfilm Szukając Emila – Looking for Emil, Regie: Angelika Laumer/Itamar Lerner, 60 Min., 2011; die im Jahr 2010 eröffnete Pilotausstellung Städtedreieck unter'm Hakenkreuz – NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum, <http://www.projektgruppe-zwangsarbeit.de> (10.6.2011); „Skandal in den letzten Jahren des 2. Weltkriegs in Rechtersried“, Spurensuchen. Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2010, Klasse 6a der Mittelschule Viechtach.
  - 13 Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: ders./Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1988, 9–19; Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2005, 12 f. Auch Margit Reiter bestimmt Charakteristika des Familiengedächtnisses: So werden innerhalb Familien vergangene Episoden vergegenwärtigt, die in Beziehung zu den Familienmitgliedern stehen, vgl. Margit Reiter, Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, 17–22.
  - 14 Vgl. vor allem Michael Dellwing/Robert Prus, Einführung in die interaktionistische Ethnographie. Soziologie im Außendienst, Wiesbaden 2012; Kathy Charmaz, Constructing Grounded Theory. A Practical Guide Through Qualitative Analysis, Los Angeles u.a. 2006.
  - 15 Laut Wolfgang Jacobmeyer blieben nach verschiedenen Auswanderungswellen 280.000 Heimatlose Ausländer in der BRD, vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985, 171 und 220–225.
  - 16 Zur Anwerbung, Zwangsrekrutierung und systematischen Verschleppung von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in Polen und Serbien vgl. Florian Dierl/Zoran Janjetović/Karsten Linne, Pflicht, Zwang und Gewalt. Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik im deutsch besetzten Polen und Serbien 1939–1944, Essen 2013.

- 17 Interview mit Dagmar Pollmeier, 8.8.2013, Interviewerin: Angelika Laumer (A.L.), Transkript, 18. Alle Namen von Interviewten sind abgeändert.
- 18 Interview mit Helga Ebersberger, 5.1.2014, Interviewerin: A.L., Transkript, 2.
- 19 Gespräch mit Franziska und Marion Torba, 5.8.2010, Interviewerin: A.L., Transkript, 5.
- 20 Interview mit Anita Diestel, 22.5.2010, Interviewerin: A.L., Transkript, 7.
- 21 Interview mit Ludwig Krawczyk, 15.10.2013, Interviewerin: A.L., Transkript, 2.
- 22 Interview Ebersberger, 2.
- 23 Interview Diestel, 5.
- 24 Ebd., 5.
- 25 Gruppengespräch mit Barbara Lindl, Martha und Ursula Rudenko, 12.8.2013, Interviewerin: A.L., Transkript, 9.
- 26 Interview Pollmeier, 23.
- 27 Ebd., 23.
- 28 Gespräch Lindl, Martha und Ursula Rudenko, 15.
- 29 Ebd., 8.
- 30 Ulrike Goeken-Haidl, Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006, 20–22, 252–253.
- 31 Interview Xenia Wrobel, 8.2.2014, Interviewerin: A.L., Transkript, 6.
- 32 Interview Wrobel, 45.
- 33 Bspw. Spruchkammer Bogen, A.1519, Bayerisches Staatsarchiv Landshut sowie Briefe aus Privatbesitz. Einige der Zeugenaussagen sowie private Briefe der ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sind in deren Muttersprachen, also Polnisch und Ukrainisch, verfasst.
- 34 Interview Wrobel, 21, 45.
- 35 Ebd., 36.
- 36 Ebd., 36.
- 37 Ebd., 37.
- 38 Ebd., 39.
- 39 Vgl. Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München 2001, 17–18.
- 40 Interview Krawczyk, 5–6.
- 41 Holocaust. Die Geschichte der Familie Weiss, Regie: Marvin J. Chomsky, 475 Min., USA 1978, in der BRD erstmals gesendet am 22.1.1979 in den Dritten Programmen.
- 42 Susanne Brandt, „Wenig Anschauung“? Die Ausstrahlung des Films „Holocaust“ im westdeutschen Fernsehen (1978/79), in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2004, 257.
- 43 Gespräch Katja Hattenkofer und Ehemann, 30.5.2014, Interviewerin: A.L.
- 44 Gespräch Maria Dobiczek, 14.8.2013, Interviewerin: A.L.
- 45 Christoph Weber, Unser Wirtschaftswunder – die wahre Geschichte, 44 Min., BRD 2013, gesendet am 20.7.2013 in der ARD.

# Zwangsmigration und Neubeheimatung

## „Umsiedler“ als „Neubauern“ in der SBZ/DDR

Im Jahr 1948 veröffentlichte die Zeitschrift *Die neue Heimat* unter den Initialen B. B. ein Gedicht mit dem Titel „Wunsch eines Umsiedlers“:

„Nun endlich mal Schluß mit der Umsiedlerei,  
drei volle Jahre schon sind wir dabei,  
haben nach trüben und bitteren Stunden  
längst eine neue Heimat gefunden!

Ein Ackerstück – und ein kleines Haus,  
fast sieht es wie unser altes aus;  
im Hof die Hühner, im Stall zwei Pferde,  
dazu ein Pflug, zu pflügen die Erde.

Der Birnbaum blüht im Garten so weiß;  
und kostet es auch viel Mühe und Schweiß,  
die Saat wird wachsen, die Frucht gedeihen,  
dann wollen wir uns des Herbstes freuen!

Und wollen sie bitten, die Leute ringsum,  
davon Kenntnis zu nehmen: Wir siedelten um!  
Damit wir nunmehr – nach vielen Beschwerden  
aus Umsiedlern endlich die ‚Ansiedler‘ werden!“<sup>1</sup>

Der aus einer Subjektperspektive formulierte Text stellt die Bodenreform, ohne sie konkret zu benennen, als Schritt zur Integration<sup>2</sup> der „Umsiedler“ im ländlichen Raum der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) dar. Die „Landnahme“<sup>3</sup> erscheint als Maßnahme der „Neubeheimatung“<sup>4</sup>, die in die Forderung des Verfassers mündet, dem Verlauf der Eingliederung auch begrifflich zu entsprechen.

Im Folgenden soll die Bedeutung der Bodenreform für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen am Beispiel Thüringens analysiert werden. Es ist zu fragen, inwiefern die Bodenreform und andere staatliche Maßnahmen zur Eingliederung der „Umsiedler“ im ländlichen Raum beitrugen und wie Ankunft und Neubeginn heute erinnert werden. Bei den zugrundeliegenden Quellen handelt es sich überwiegend um qualitative Interviews, archivalische Dokumente sowie um zeitgenössische (landwirtschaftliche) Presseerzeugnisse.<sup>5</sup>

## Fremde Heimat. Flüchtlinge und Vertriebene im Dorf

Mit der erzwungenen Migration in Folge des Zweiten Weltkriegs gelangten etwa 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den vormals deutschen und (auch) deutsch besiedelten Territorien im östlichen Europa in die SBZ. Oft hatten sie mehrmonatige, zum Teil mehrjährige Odysseen hinter sich, mit Lageraufhalten, Zwischenstationen und Notunterkünften, bis sie eine feste Bleibe fanden. So unterschiedlich die individuellen Erlebnisse auf den Wegen der Flucht oder Vertreibung auch ausfielen, so heterogen die Gruppe der Neuankommenden auch war, sie alle verband doch in gewisser Weise die Erfahrung des „kollektiven biographischen Bruchs“ durch den „besonders dramatischen Einbruch der Gesellschaftsgeschichte in ihr Leben“, wie der Soziologe Michael von Engelhardt es ausdrückt.<sup>6</sup>

Die Flüchtlinge und Vertriebenen fanden vorwiegend im ländlichen Raum Aufnahme, denn hier bestanden meist bessere Möglichkeiten der Versorgung mit Nahrung, Wohnraum und Arbeit als in den kriegszerstörten Städten. Annähernd die Hälfte der Ankommenden gelangte allein in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.<sup>7</sup> Diese Dörfer befanden sich bei der Ankunft der „Umsiedler“, wie die Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ ab Herbst 1945 genannt wurden, in einem tiefgreifenden Wandel: Vor allem der Zusammenbruch des NS-Regimes und die „antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen“, die in den „Aufbau des Sozialismus auf dem Land“ mündeten, setzten folgenreiche Transformationsprozesse in Gang. Das von der Soziologin Elisabeth Pfeil Ende der 1940er Jahre für den Westteil Deutschlands geprägte Bild des Flüchtlings als „Gestalt einer Zeitenwende“<sup>8</sup> fasst dies – auch bezogen auf die SBZ – sehr treffend: Die Neuangekommenen unterlagen den Veränderungen der „Zeitenwende“ in besonderem Maße und prägten sie zugleich aktiv mit. Damit wurden sie nach Alf Lüdtke von „Agenten, die funktionieren, zu Akteuren, die deuten und vorführen, forcieren oder sich verweigern“ und eigneten sich ihre Umgebung an.<sup>9</sup> Für die „Umsiedler“ ergaben sich Handlungsspielräume in der sogenannten Aufnahmegesellschaft, die zugleich ‚Ausnahmegesellschaft‘ war, die sich in einer Zusammenbruchs- und Umbruchsphase befand. Auch seitens der Alteingesessenen erforderte dies erhebliche Anpassungsleistungen, und es bedeutete für sie ebenso ein gewisses Fremdsein.

Bei ihrem Eintreffen in den Dörfern der Nachkriegszeit waren die Flüchtlinge und Vertriebenen weitgehend besitzlos: Sie hatten oft nur Gepäck in sehr begrenztem Umfang mitführen dürfen, das sie völlig übereilt und in der Annahme, in Kürze wieder in die Heimat zurückkehren zu können, zusammengestellt hatten. Unterwegs reduzierten ungleiche Tauschgeschäfte und Plünderungen die spärliche Habe, so dass die Flüchtlinge als „Habenichtse“ und Bittsteller ankamen.<sup>10</sup> Eine Zeitzeugin schätzt heute rückblickend ein: „Und da wir so jämmerlich arm waren, waren wir natürlich auch ‚Habenichtse‘, is’ doch ganz klar, nich’.“<sup>11</sup>

Es galt in erster Linie, die Ankommenden mit Nahrungsmitteln und Wohnraum zu versorgen. Dabei waren sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als administrative Strukturen sich noch im Aufbau befanden, zunächst vor allem auf die Hilfe der Bevölkerung angewiesen. Das Spektrum des Verhaltens der Alteingesessenen gegenüber den Eintreffenden reichte von solidarischer Unterstützung bis zur Verweigerung von Hilfsleistungen. In vielen Fällen bedeutete die Ankunft für die Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Verlust der

Heimat eine abermalige traumatische Erfahrung: die Ablehnung seitens der Ortsansässigen. Es kam zu Etikettierungen, die den „Umsiedlern“ nicht selten die Zugehörigkeit zur Gruppe der Deutschen absprachen. Sie wurden als „Polacken“ oder „Zigeuner“ beschimpft und als „Fremde“ ausgegrenzt.<sup>12</sup> Dabei waren die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht die ersten „Fremden“, die in die ländlichen Gemeinden gelangten. Während des Zweiten Weltkriegs hielten sich hier etwa Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, im Zuge der nationalsozialistischen Siedlungspolitik Umgesiedelte sowie „Evakuierte“ aus den kriegszerstörten Städten auf. Doch die Flüchtlinge und Vertriebenen unterschieden sich von diesen Bevölkerungsgruppen im Sinne der Simmel'schen Definition des Fremden als „der Wandernde, [...] der heute kommt und morgen bleibt – sozusagen der potenziell Wandernde, der, obgleich er nicht weitergezogen ist, die Gelöstheit des Kommens und Gehens nicht ganz überwunden hat.“<sup>13</sup> Die „Umsiedler“ waren keine temporären Gäste. Sie blieben – vorerst. Sie wurden jedoch in vielen Fällen abermals zu Wandernden: In den Jahren 1949 bis 1961 verließen etwa 2,7 Millionen Menschen die DDR in Richtung Westen, ungefähr 900.000 von ihnen waren „Umsiedler“.<sup>14</sup> In dieser Zahl spiegelt sich die von Stephan Beetz konstatierte besonders hohe Folgemobilität der Flüchtlinge und Vertriebenen wider.<sup>15</sup>

Anfang Dezember 1945 schrieb ein aus Böhmen nach Thüringen gelangter Vertriebener in sein Tagebuch:

„Wir sollen nun hierzulande wieder eine Heimat finden. Aber es wird uns keineswegs leicht gemacht. Die hier ansässigen Menschen bringen uns Vertriebenen mit einigen Ausnahmefällen, stärkstes Mißtrauen entgegen und lassen uns immer wieder spüren, daß wir für sie nur fremde, unbequeme Eindringlinge sind.“<sup>16</sup>

Ähnliche Worte, die die Konkurrenz um rare Güter in der ersten Zeit nach Kriegsende verdeutlichen, fanden knapp ein Jahr später Eingang in die *Verordnung zum Schutze der Neubürger*:

„Es ist eine bedauerliche, aber allgemeingültige Erfahrung, daß ganz besonders die Bevölkerung solcher Gebiete, über die der Krieg rasch und ohne große Zerstörungen hinweggegangen ist, sich überwiegend geneigt zeigt, aus der satten Ruhe eines ungeschmälerten Besitzes heraus die Neubürger als lästige Eindringlinge zu betrachten und zu behandeln.“<sup>17</sup>

Die neue Umgebung empfanden die Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst meist als „Zufallsheimat“<sup>18</sup> oder „Zwangsheimat“<sup>19</sup>. Selten konnten sie Einfluss auf die Ortswahl nehmen. Bei ihrem Eintreffen hatten sie neben der Verarbeitung vielschichtiger Verlusterfahrungen – bezogen auf Heimat, Zukunftspläne, familiäre Strukturen und soziale Bindungen – zugleich Aneignungsprozesse ihrer neuen Umgebung zu bewältigen. Die „Umsiedler“ verfügten am neuen Ort nicht über soziale Netzwerke, sprachen unvertraute Dialekte, kannten von den lokalen Traditionen abweichende religiöse Praktiken und andere Bräuche. Auch ihre Armut unterstrich den Status als Fremde in Selbst- und Außenwahrnehmung gleichermaßen: Es waren fremde Wohnungen, in die sie (zwangsweise) eingewiesen wurden, fremde Einrichtungsgegenstände, die sie aus Spendensammlungen erhielten und sogar fremde Kleidungsstücke, die sie am Leib trugen. Sie waren damit, wie der Volkskundler Albrecht Lehmann es ausdrückt, „im Fremden ungewollt zuhaus“.<sup>20</sup>

## Verordnete Heimat. Staatliche Eingliederungsmaßnahmen

Die Flüchtlinge und Vertriebenen sollten im Sinne der KPD/SED-Politik rasch in die Gesellschaft der SBZ eingegliedert werden. Die Volkskundler Ira Spieker und Sönke Friedreich sprechen von einem „von oben gesteuerte[n] und angeordnete[n] „Integrationsprozess“, basierend auf dem Bedürfnis, „das Vertreibungsunrecht aus politischen Gründen zu kaschieren und den Flüchtlingen und Vertriebenen keine Sonderstellung einzuräumen.“<sup>21</sup> Nur zwei Jahre nach Kriegsende kritisierte der SED-Politiker Paul Merker: „Die Assimilierung ist nicht so fortgeschritten, wie es sein könnte. Viele Umsiedler sehen noch mehr nach rückwärts als nach vorwärts.“<sup>22</sup> Das Zitat zeigt die Idee, die hinter der Assimilationspolitik der SED stand: Die „Umsiedler“ sollten zu „Menschen ohne Geschichte“ gemacht werden, mit „Zwang zur Zukunft“<sup>23</sup>. Die „Notbürger“, wie das Zentralorgan der SED, das *Neue Deutschland*, sie 1949 nannte, wurden in den ungezählten Erfolgsgeschichten, die Politik und zeitgenössische Medien (re-)produzierten, innerhalb kurzer Zeit zu „Vollbürgern“.<sup>24</sup> Dies schlug sich auch in ihrer Benennung nieder: Aus Flüchtlingen und Vertriebenen wurden im offiziellen und öffentlichen Sprachgebrauch zunächst „Umsiedler“, dann „ehemalige Umsiedler“ und schließlich „Neubürger“.<sup>25</sup> De facto aber blieben sie lange Zeit „Fremde“ und „Notbürger“.

Im Jahr 1947 formulierte Merker *Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems*:

„Die Tatsache, daß wir uns dem Ende der Umsiedlung nähern, muß uns veranlassen, die bisher gemachten Erfahrungen zu überprüfen und Wege zu suchen, um die Assimilierung der Umsiedler in ihrer neuen Heimat und ihr Verwachsen mit der alteingesessenen Bevölkerung zu fördern, um ihre endgültige Einbürgerung, ihre Versorgung mit Wohnung und dem notwendigsten Hausrat und ihre Unterbringung in einen geeigneten ständigen Erwerb zu ermöglichen.“<sup>26</sup>

Merkers Worte zeigen die zeitgenössische Auffassung der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen als einer vorrangigen Eingliederung in den Bereichen Wohnen und Arbeiten. Letzteres präziserte der Politiker in seiner programmatischen Schrift: „Im Interesse Deutschlands brauchen wir die Umsiedler für den Wiederaufbau unserer Industrien, unseres Handwerks und unserer Landwirtschaft. Wir brauchen sie zur Stärkung der demokratischen Kräfte in unserem Volk.“<sup>27</sup> In der unmittelbaren Nachkriegszeit bedeutete eine schnelle Eingliederung in das Arbeitsleben jedoch vor allem eine berufliche Deklassierung.<sup>28</sup> In erster Linie schlossen die Ankommenden jene Lücken, die der Krieg etwa beim landwirtschaftlichen Personal hinterlassen hatte: Sie waren in den Dörfern zunächst billige Arbeitskräfte.<sup>29</sup> Erst allmählich konnten sie sich in diesem Kontext die Anerkennung seitens der Einheimischen erarbeiten. So fasst ein Interviewter aus der alteingesessenen Bevölkerung heute zusammen: „Die mussten sich erst ihr Vertrauen oder ihre Zuversicht oder ihre Anerkennung durch ihrer Hände Arbeit, durch ihren Fleiß, durch ihre Treue, durch ihre Nachbarschaftshilfe erkämpfen.“<sup>30</sup> Langfristig gesehen, traf Paul Merkers Einschätzung der Bedeutung der „umgesiedelten“ Personen für den Neubeginn zu, denn sie stellten ein enormes Arbeitskräftepotential mit vielfältiger Expertise und trugen zum (Wieder-)Aufbau maßgeblich bei.

Neben der – quantitativ betrachtet – kurzfristig realisierten beruflichen Eingliederung erfolgte unmittelbar nach ihrem Eintreffen eine rechtliche Gleichstellung der „Umsiedler“



mit den Alteingesessenen. Die *Richtlinien für die Betreuung der Umsiedler und Neubürger im Lande Thüringen* legten beispielsweise im Jahr 1947 fest: „Die Neubürger stehen der eingewanderten Bevölkerung an Rechten und Pflichten gleich. Sie sind Thüringer.“<sup>31</sup> An einer auf Reziprozität basierenden kulturellen Integration war der Staatsführung hingegen nicht gelegen, vielmehr sollten die „Umsiedler“ ihre eigenkulturellen Besonderheiten weitgehend aufgeben. So äußerte Oberregierungsrat Ernst Ressel im Rahmen einer Sitzung der *Landeskommission für Neubürger* in Weimar im Februar 1946:

„Ich denke aber nicht, daß die Umsiedler nun etwa eigene kulturelle Organisationen sich schaffen zur Pflege ihrer besonderen Eigenarten; sie sollen eingegliedert werden in das kulturelle Leben der neuen Heimat und sollen an der Ausgestaltung dieses kulturellen Lebens mitwirken.“<sup>32</sup>

Ein Pflegen und Bewahren kultureller Praktiken außerhalb der privaten Sphäre konnte in der SBZ/DDR durch die weitgehende Tabuisierung von Flucht und Vertreibung in der Öffentlichkeit – anders als in der Bundesrepublik – nicht stattfinden. Auch Zusammenschlüsse, etwa landsmannschaftliche Vereinigungen, die im Westteil des Landes zu wichtigen Erzähl- und Erinnerungsgemeinschaften wurden, durften in der DDR nicht gegründet werden. Die Besatzungsmächte hatten 1945 zwar generell die Bildung eigener Vertriebenenorganisationen verboten, doch wurde Ende der 1940er Jahre dieses „Koalitionsverbot“ für die Bundesrepublik aufgehoben, während es in der DDR fortbestand. So regelte etwa das *Gesetz zum Schutze des Friedens* aus dem Jahr 1950 das strafrechtliche Vorgehen gegen jede Form der Selbstorganisation der „Umsiedler“ in der DDR.<sup>33</sup> Die bundesrepublikanischen Interessenverbände der „Heimatvertriebenen“ galten in der DDR als „rückwärtsgewandt“ und „revanchistisch“: Sie, so der zeitgenössische Vorwurf, würden die Unumkehrbarkeit des Vertreibungsgeschehens und damit auch die Oder-Neiße-Grenze, die in der DDR als „Friedensgrenze“ galt, in Frage stellen.<sup>34</sup>

Die konkreten staatlichen Hilfen, von denen hier einige exemplarisch aufgezeigt werden sollen, zielten zum einen auf die kurzfristige Versorgung der Neuangekommenen mit Nahrungsmitteln, Wohnraum sowie Arbeitsmöglichkeiten und zum anderen auf eine längerfristige Hilfe zur Selbsthilfe ab. Der im Oktober 1946 von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) erlassene Befehl 304 sah beispielsweise die einmalige finanzielle Unterstützung bedürftiger „Umsiedler“ vor: Erwachsene erhielten 300 RM und Kinder 100 RM.<sup>35</sup> Bis Ende März 1947 wurden rund 468.000 Anträge von Erwachsenen und ca. 280.000 für Kinder positiv beschieden.<sup>36</sup> Dennoch blieb die Wirkung des Befehls, gemessen an der großen Zahl der „Umsiedler“ und ihrer Besitzlosigkeit, äußerst gering.

Weiterhin sollten sogenannte Umsiedlermonate Ende der 1940er Jahre das öffentliche Interesse nochmals auf die Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen lenken, die Spendenbereitschaft anregen und eine Annäherung der alteingesessenen Bevölkerung und der Zugezogenen beschleunigen. In Thüringen stand beispielsweise der April des Jahres 1948 als „Umsiedlermonat“ unter dem Motto „Thüringen, Heimat für 3 Millionen“.<sup>37</sup> In den Bezirksstädten waren „Heimatabende“ mit Musik, „heimatliche[n] Mundartgedichte[n]“ und Referaten geplant, auch eine Tombola mit Gebrauchsgegenständen. In einem Schreiben der *Kreiskommission für Neubürger* hieß es hierzu:

„Die Abende sollen natürlich nicht im Zeichen der ehem. heimattreuen Schlesier usw. stehen; im Gegenteil, sie sollen den Alt- und Neubürgern zeigen, dass hier wie da gemeinsames, schönes Kulturgut lebt und gepflegt werden soll.“<sup>38</sup>

Bei dem hier demonstrierten wechselseitigen Interesse handelte es sich wohl um inhaltsleere Floskeln, die dazu dienen sollten, die „Umsiedler“ zur Teilnahme zu motivieren. Es galt eine (scheinbare) Balance zwischen beiden Gruppen zu demonstrieren. Die Organisation der Veranstaltungen oblag den Bürgermeistern, wobei explizit dazu aufgefordert wurde, „Neubürger“ als „Hilfskräfte“ mit einzubinden.<sup>39</sup> Schon dies sprach den Flüchtlingen und Vertriebenen den Status der Gleichberechtigten eigentlich ab. Tatsächlich bestand kaum Interesse am immateriellen Gepäck der „Umsiedler“ und demnach waren die Eingliederungskonzepte einseitig auf eine Anpassung an die sogenannte Aufnahmegesellschaft ausgerichtet.

Den letzten Höhepunkt und das Ende der staatlichen Unterstützung stellte das *Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik* („Umsiedlergesetz“) von 1950 dar. Mit ihm wurden den nunmehr „ehemaligen Umsiedlern“ letztmalig unter anderem spezielle Kredite und Ausbildungsbeihilfen zugestanden. Damit endete der Status als distinkte Gruppe und zugleich die gesonderte statistische Erfassung.

Bereits zwei Jahre zuvor war die 1945 gemäß dem Befehl Nr. 14 der SMAD gegründete *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler* (ZVU) mit ihren Umsiedlerämtern bzw. -ausschüssen auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene aufgelöst worden. Die ZVU und die ihr unterstellten Institutionen hatten zunächst vornehmlich den Transport der „Umsiedler“, ihre Unterbringung und Versorgung organisiert und waren anschließend auch für die Förderung der Assimilation mitverantwortlich gewesen.<sup>40</sup>

## 8,4 Hektar Heimat. Die „Umsiedler“ und die Bodenreform

Auch die in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführte Bodenreform sollte – neben anderen Intentionen – die Eingliederung der „Umsiedler“ auf dem Land fördern. Vornehmlich aber verfolgte sie ideologische Ziele wie die Beseitigung der tradierten dörflichen Hierarchien, die Überwindung des nationalsozialistischen Systems und die Etablierung der gegenüber der KPD/SED loyalen Gruppe der sogenannten „Neubauern“. Dabei stand zugleich die Stärkung des Bündnisses zwischen „werk tätigen Bauern und [der] Arbeiterklasse“ im Fokus.<sup>41</sup> In Bezug auf die äußerst problematische Versorgungslage in der Nachkriegszeit sollte die Bodenreform zudem innerhalb kurzer Zeit die Sicherung der Ernährung gewährleisten. Die Reform veränderte die ländlichen Besitz- und Sozialstrukturen in der SBZ nachhaltig: Landwirtschaftliches Eigentum mit einer Fläche von mehr als 100 Hektar sowie der Besitz von wirklichen oder vermeintlichen Profiteuren des nationalsozialistischen Regimes wurden entschädigungslos enteignet. Boden, Gebäude, Vieh und landwirtschaftliches Inventar fielen unter anderem an insgesamt 210.000 Neubauernfamilien. Neben vormaligen Landarbeiterinnen und Landarbeitern sowie landarmen Bauernfamilien partizipierten über 91.000 „Umsiedler“-Familien an der Landvergabe. Dies entsprach einem Anteil von 43 Prozent an allen Bodenreformwirtschaften. Die Flüchtlinge und Vertriebenen erhielten durchschnittlich 8,4 Hektar Land.<sup>42</sup> Bezogen auf die Gesamtheit der „Umsiedler“ in der SBZ blieb die

Wirkung der Bodenreform jedoch gering: Es ist davon auszugehen, dass inklusive Familienangehörigen nur etwa acht Prozent der Vertriebenen an ihr beteiligt waren. Doch für jene Flüchtlingsfamilien, die eine Neubauernwirtschaft übernahmen, stellte die „Landnahme“ eine Hilfe zur Selbsthilfe dar und bildete den Auftakt zu vielschichtigen Aneignungsprozessen. Diese basierten freilich auf der Desintegration der Gruppe der Gutsbesitzer, -pächter und -verwalter sowie ihrer Familien. Mit der Enteignung wurden diese auch ihres Heimatkreises verwiesen, es kam zu Verhaftungen, Internierungen und Flucht in den Westteil des Landes.<sup>43</sup> Die Bodenreform stellte demnach in zweifacher Hinsicht eine Zäsur dar: Für die Landnehmenden bot sie die Chance zum Neubeginn, zum erst- oder abermaligen Schritt in die Selbständigkeit; für die Gutsbesitzer- und Pächterfamilien jedoch war sie eine Katastrophe. Gerade weil die gesamtdeutsche Rechtsprechung die Enteignungen der Bodenreform in den 1990er Jahren bestätigte, ist das Thema bis heute hoch brisant.

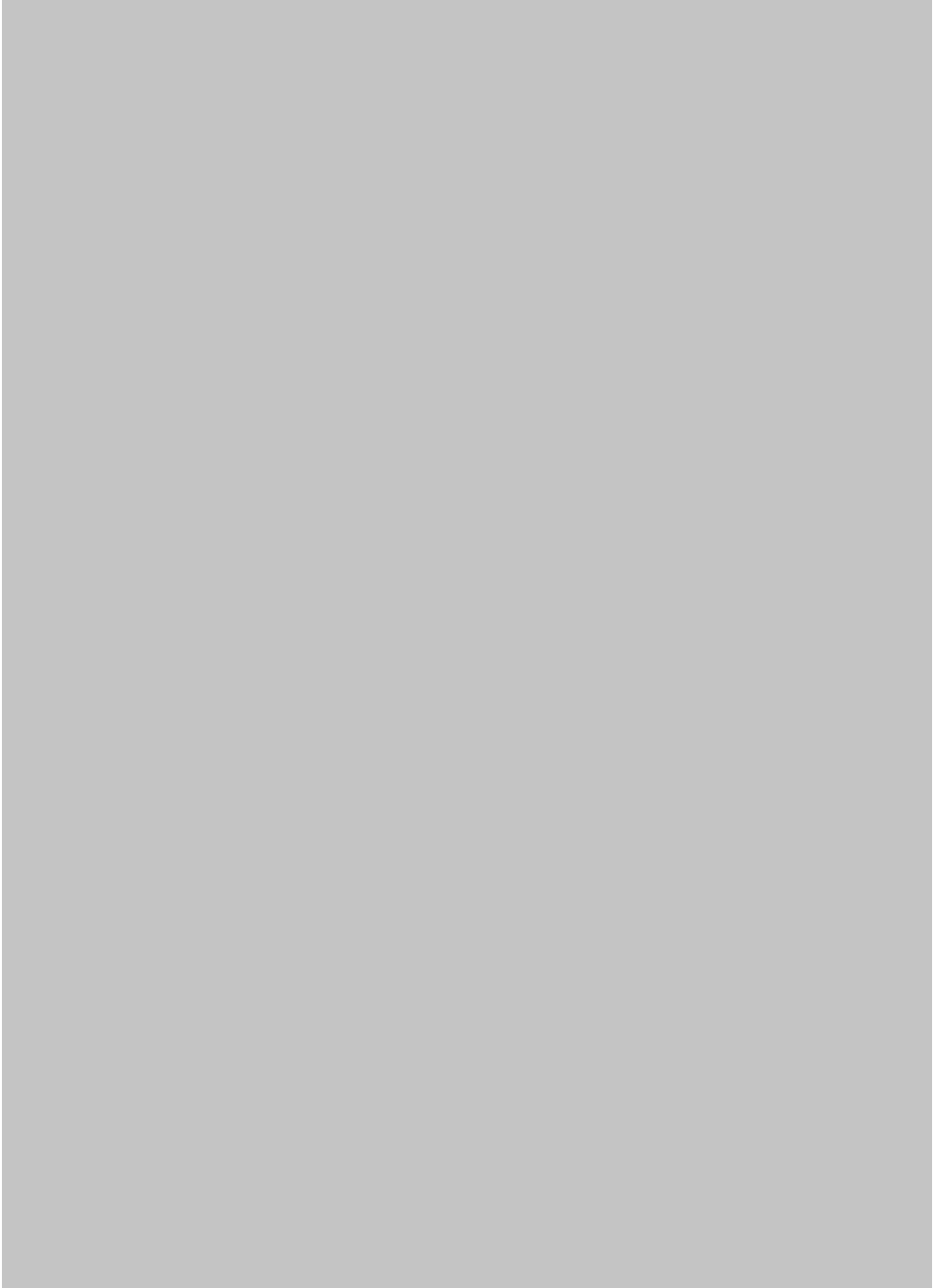
Viele „Umsiedler“-Familien gingen zunächst zögerlich an die Übernahme von Bodenreformland: Bis Ende 1946 hatten sie nur 16 Prozent der verteilten Gesamtflächen erhalten.<sup>44</sup> Sie kamen oft erst nach der eigentlichen Landvergabe in die Dörfer, waren in den ausführenden Gemeindebodenkommissionen unterrepräsentiert und auch ihre Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat ließ sie zögern. Die Tatsache, dass sie sich – weitgehend besitzlos – für Haus und Grund verschulden sollten, an einem Ort, den sie sich in der Regel nicht selbst ausgesucht hatten, und für „gebundenes Eigentum“, über das sie nur eingeschränkt verfügen konnten, wirkte ebenfalls hemmend.<sup>45</sup>

Entschied sich eine „Umsiedler“-Familie für eine Neubäuerliche Existenz, so bedeutete dies vor allem: Entbehrungen und die Verpflichtung zur allumfänglichen Mitarbeit aller Familienmitglieder. Die Neubauernfamilien wohnten meist weiterhin in Gutsgebäuden oder in ihren Notunterkünften bei Alteingesessenen. Sie waren Bauern ohne eigene Höfe. Erst infolge des Neubauernbauprogramms gemäß Befehl Nr. 209 der SMAD nahm die Bautätigkeit ab dem Jahr 1947 einen Aufschwung. Bis Ende 1948 sollten nicht weniger als 37.000 Neubäuerliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude errichtet werden.<sup>46</sup> Für die Gewinnung der entsprechenden Baustoffe war unter anderem der Abriss von Kriegsruinen, militärischen Anlagen, vor allem aber von Gutshöfen vorgesehen. Damit sollten die Dörfer ihres „Gutscharakters“ entkleidet und die baulichen Manifestationen der „Junkerherrschaft“ beseitigt werden.<sup>47</sup> Eine maßgeblich ideologisch motivierte Abbruchaktion von Schlössern, Guts- und Wirtschaftsgebäuden war die Folge.

Im Oktober 1948 galten SBZ-weit jedoch gerade einmal 41 Prozent der geplanten Gebäude als fertiggestellt.<sup>48</sup> Vor allem der Mangel an Material und qualifizierten Arbeitskräften hemmte die Umsetzung des Neubauernbauprogramms.

Knapp die Hälfte der Bauwerke infolge des Befehls Nr. 209 wurde für „Umsiedler“-Neubauern errichtet.<sup>49</sup> Auch hier war ihre Eigeninitiative gefordert: Es galt Baumaterial zu beschaffen und einzelne Bauabschnitte in Eigenleistung zu realisieren. Die Neubauernhöfe – ob umgebaute Bestandsarchitektur der Gutsanlagen oder Neubauten nach Typenentwürfen – stellten gerade für die Vertriebenen eine bauliche Markierung des Neubeginns dar, bedeutete das Errichten eines Hauses doch ein Sich-Einlassen auf den neuen Ort und den Beginn unterschiedlicher Aneignungsprozesse, vom Aufbau sozialer Netzwerke über die mit viel körperlicher Arbeit verbundene Wirtschaftsführung bis zur Erarbeitung des Raumes, beispielsweise durch die Bewirtschaftung der Felder und das Vertraut-Werden mit den geografischen Gegebenheiten.

Abbildung 1: Bodenreformurkunde, Thüringen 1948



Quelle: Archiv des Hennebergischen Museums Kloster Veßra, AIII Nr. 7

[Abbildung siehe Druckfassung]

Zugleich manifestierte sich der Status des Fremd-Seins der „Umsiedler“-Neubauern am jeweiligen Ort sowie aller Bodenreformlandnehmer in der ihnen zugeschriebenen Rolle der „neuen Bauern“ in den Gebäuden, die als Typenbauten auf den ersten Blick als Neubauernhäuser auszumachen waren: Die Streckhöfe (auch Einhäuser genannt) verbanden alle Funktionsbereiche unter einer Dachfläche und unterschieden sich meist von der übrigen dörflichen Architektur. Der *Deutsche Bauernkalender* skizzierte im Jahr 1950 ein typisches Bild:

„Betrachtet man eine dieser neuen Siedlungen, so wird einem als dominierendes Merkmal gegenüber den alten Dörfern das Einhaus auffallen. Es ist das Charakteristische des kleinbäuerlichen Betriebs. Wohnung, Stall und Scheune befinden sich unter einem Dach. Lediglich ein Schuppen für Wagen und Geräte wird eine andere Seite des Hofes flankieren.“<sup>50</sup>

Abbildung 2: Neubauernhaus im Hennebergischen Museum Kloster Veßra (in situ belassen, errichtet 1948)



Foto: Uta Bretschneider 2011

[Abbildung siehe Druckfassung]

Die Ausstattung der Neubäuerlichen Wirtschaften mit Vieh und landwirtschaftlichem Gerät war jedoch äußerst mangelhaft, wodurch sich Abhängigkeitsstrukturen zwischen Alt- und Neubauernschaft herausbildeten. Den „Umsiedlern“ fehlte es zudem an den elementarsten Dingen: an Möbeln, Kleidung und Geschirr. Alles musste organisiert, erbeten, eingetauscht

oder anderweitig beschafft werden. Die enge Verknüpfung von Wohnen und Wirtschaften führte zum Teil zu extremen Ausgangsbedingungen für die Neubauernfamilien. Entbehrung und Improvisation prägten die Anfänge im Neubauernhaus, das sich nicht selten beim Einzug noch im Rohbau befand. Erst allmählich wurden weitere Bauabschnitte fertiggestellt, zusätzliche Wohn- und Nutzräume erschlossen.<sup>51</sup> Zum Teil blieben die Neubauernhäuser lange Zeit Provisorien:

„Das Haus is’ ja nie richtig fertig geworden. Da war ja im Prinzip nur dieser eine kleine Raum oben noch. Die anderen Räume sind ja nie mehr ausgebaut worden, weil’s immer irgendwo gefehlt hat. Ich meine, jede Mark, die dann abgefallen is’, die wurde dann wieder für irgendwelche Gerätschaften und was dann wieder notwendiger war, ausgegeben und das is’ dann nie mehr zustande gekommen.“<sup>52</sup>

Neben „Umsiedlern“, die über landwirtschaftliches Fachwissen verfügten, befanden sich unter den Neubauerinnen und Neubauern auch zahlreiche vormalige Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie Vertriebene aus Städten, die in großer Zahl an den prekären Bedingungen der Bodenreformwirtschaften scheiterten. Sie gaben ihre Neubauernstellen an den staatlichen Bodenfonds zurück, wechselten in die (wieder-)entstehenden Industrien oder zogen in den Westteil Deutschlands. Insgesamt konnten nur 10 bis 15 Prozent aller Neubauernwirtschaften überhaupt ökonomisch stabilisiert werden.<sup>53</sup> Bis Mitte des Jahres 1952 gab etwa ein Drittel aller Neubauernfamilien seine Höfe auf.<sup>54</sup> Diejenigen, die ihre Wirtschaften weiterführten, sahen vielfach in den ab 1952 entstehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) einen Ausweg aus ihrer problematischen Lage, betrachteten den Eintritt in die Genossenschaft als Chance. So wurden die Neubauern und -bäuerinnen (unfreiwillig) zu den Pionieren der Kollektivierung: Ende des Jahres 1952 stellten sie 78 Prozent der 37.000 LPG-Mitglieder.<sup>55</sup>

Für all jene Neubauernfamilien, die ihre Höfe wirtschaftlich einigermaßen zu stabilisieren vermochten, bedeutete die Zwangskollektivierung des Jahres 1960 ein unfreiwilliges Ende ihres Neubauerndaseins. Für die „Umsiedler“ unter ihnen stellte der erzwungene LPG-Beitritt meist nicht weniger als eine ‚zweite Enteignung‘ dar. So resümiert eine Zeitzeugin: „Also das war genauso schlimm, wie die Heimat verlassen für meine Eltern, ja.“<sup>56</sup>

## Neue Heimat. Erinnerungen und Bewertungen

Ein Befragter aus der alteingesessenen Bevölkerung berichtet zur Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen: „Man sah natürlich dann, dass sie woanders herkamen. Die Ärmlichkeit sah man von außen. Die hatten ja nischt.“<sup>57</sup> Bezüglich der damit verbundenen Verlusterfahrung kommen viele der Interviewten aus der Gruppe der Vertriebenen zu einer ähnlichen Einschätzung wie diese Neubauern-Tochter: „Ich glaub’, die Eltern haben viel mehr drunter gelitten. Wir Kinder haben das nich’ mehr so doll empfunden.“<sup>58</sup> Für die Generation der Eltern bedeutete die Vertreibung oder Flucht eine tiefgreifende Zäsur, die sie häufig bis an ihr Lebensende nicht verarbeiten konnte. Viele Flüchtlinge und Vertriebene hofften auch nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den SED-Staat im Jahr 1950 noch auf eine Rückkehr in die „alte Heimat“. So kam etwa dem Beerdigtsein in der Fremde eine

besondere Bedeutung zu: „Der Vater wollte nie in Deutschland sterben. Er will [= wollte] nach Hause.“<sup>59</sup> Eine Befragte erinnert sich an ein Gespräch ihrer Mutter mit einer Nachbarin, bei dem letztere feststellte, dass es der Familie im Vergleich zu den Anfängen ja schon viel besser ginge. „Da hat die Mutter geantwortet: ‚Barfuß ging[e] ich wieder nach Hause.‘ Das hat sich bei mir festgesetzt, aber ich hab damit keine Probleme gehabt. Das kommt mir jetzt erst an, wo ich selbst alt bin und empfinden kann, wie es den Eltern zur damaligen Zeit ging, innerlich.“<sup>60</sup> Der Darstellungsmodus des Perspektivwechsels findet sich in vielen Interviews: Jetzt, selbst im vorangeschrittenen Alter, versetzen sich viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in die damalige Lage ihrer Eltern und reflektieren deren Situation. Das Hoffen der „Umsiedler“ blieb auch den Einheimischen nicht verborgen:

„Ja, also die eine Frau, die hat da hinten [...] drinne gewohnt, die hat immer gesagt, [...] sie wollt wieder heim und wenn’s auf’m Trittbrettel wär. Die wollte auf dem Zug, bloß auf dem Trittbrettel – ja, die wollten schon gern wieder heim.“<sup>61</sup>

Die Formulierung, auch ohne Schuhwerk zurückkehren zu wollen, große Strapazen und Entbehrungen auf sich zu nehmen, um die „alte Heimat“ wiederzusehen, gehört zu den Topoi der Nachkriegszeit.<sup>62</sup>

Die Befragten, die aus „Umsiedler“-Neubauernfamilien stammen, bewerten die Bodenreform heute überaus positiv. Die Zeit des Neubauern-Seins sehen sie jedoch als extrem beschwerlich und entbehrungsreich. Oft fügen sie hinzu, dass das Leben der Familie leichter gewesen wäre, hätten sich die Eltern für eine Tätigkeit in der Industrie entschieden. Besonders bedeutsam ist in diesem Kontext, dass die Bodenreform eine Möglichkeit darstellte, an landwirtschaftliche Berufsbiografien anzuknüpfen:

„Wenn er [der Vater] hier [in eine Fabrik] auf Arbeit gegangen wär, hätten wir uns wesentlich weniger plagen müssen [...]. Das ist natürlich wahr. Aber aus der Sicht des Landwirts, der unbedingt wieder Land haben wollte, Boden bearbeiten wollte, da können wir dem DDR-Staat nicht dankbar genug sein und der Bodenreform.“<sup>63</sup>

Mit der Landvergabe erhielt ein Teil der „Umsiedler“-Familien, neben der bloßen Sicherung des Überlebens, die Gelegenheit, sich eine neue Existenz aufzubauen – wenn auch unter äußerst widrigen Bedingungen. Die Neubauernwirtschaften waren geprägt von einer „Ökonomie des Notbehelfs“<sup>64</sup>. Dennoch stellte die Bodenreform für die beteiligten Familien ein Angebot zur Neubeheimatung und einen Ausgangspunkt für Aneignungsprozesse dar, die vor allem für die Kindergeneration Wirkung zeigten. Gemäß dem Generationenmodell von Thomas Ahbe und Rainer Gries bildeten sie die „Funktionierende Generation“. Die Mitte der 1930er bis Ende der 1940er Jahre Geborenen beteiligten sich wie die ihnen vorausgegangene „Aufbau-Generation“ an der Etablierung des Sozialismus, ihre Grundeinstellung sei jedoch „nicht politisch-visionär“ sondern vielmehr pragmatisch gewesen.<sup>65</sup>

Insgesamt blieben die staatlichen Hilfsmaßnahmen für die „Umsiedler“ in den meisten Fällen regional bzw. auf einen spezifischen Personenkreis beschränkt, etwa auf die Jugendlichen, die Handwerkerschaft oder die Neubauern und Neubäuerinnen. Dennoch formulierte Wilhelm Pieck, der Präsident der DDR, unter den Vorzeichen des Kalten Krieges in seiner *Rede Zur Oder-Neiße-Grenze* im Oktober 1950:

„Wir gaben den Umsiedlern Land der Junker. Im Westen ist nichts dergleichen geschehen. Wir reihten die Umsiedler in den Produktionsprozeß ein. In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit unter den Umsiedlern doppelt so groß wie unter den anderen Staatsbürgern. Wir gaben den Umsiedlern nach besten Möglichkeiten Wohnraum. Wir wissen, daß noch viel mehr Hilfe notwendig ist. Aber in Westdeutschland hausen nach wie vor Zehntausende Familien in Baracken. Wir geben den Umsiedlern Hilfe in der verschiedensten Weise. [...] Wir helfen und werden auch weiterhin helfen, damit die Umsiedler sich nicht mehr als Umsiedler fühlen, sondern mit vollem Recht sagen, wir sind Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>66</sup>

Mit dem proklamierten Abschluss der Eingliederung wurden die „Umsiedler“ größtenteils „unsichtbar gemacht“<sup>67</sup>: Institutionen wurden aufgelöst, die Flüchtlinge und Vertriebenen in den amtlichen Statistiken nicht mehr erfasst. Doch aus den Medien verschwanden sie nicht völlig: „Umsiedler“ waren weiterhin Thema, wenn auch in Form einseitiger Darstellungen im Modus von Erfolgsgeschichten.<sup>68</sup> Der „Mythos der schnellen Integration“<sup>69</sup>, den der Sozialwissenschaftler Paul Lüttinger bereits 1986 für die Bundesrepublik festgestellt hat, ist damit auch für die SBZ/DDR nachzuweisen.

Die Neubeheimatungsprozesse, die auf individueller Ebene stattfanden oder ausblieben, spiegeln sich heute auch in den im Rahmen der qualitativen Interviews kommunizierten Heimatbildern wider. Sie sind durch ein breites Spektrum und erhebliche Generationsunterschiede gekennzeichnet. Die Elterngeneration behielt, trotz einer formal erfolgten Eingliederung, oft eine innere Distanz zu jenem Ort bei, der „neue Heimat“ sein sollte und doch „Zwangsheimat“ blieb. Ein Interviewpartner beschreibt jene Fremdheitserfahrung seines Vaters wie folgt:

„Ja und ansonsten, ich weiß, mein Vater, der kam da nie so richtig an. Der fühlte sich in Veßra nich' wohl, Zeit seines Lebens. Nich', und deshalb wollt' er ja auch am liebsten, also er wollte auch Neubauer werden aber eben in Mecklenburg, [dort] is' schöner, fruchtbarer Boden – wie bei uns zu Hause [...], also der fühlte sich in Veßra immer fremd.“<sup>70</sup>

Erst den ab Mitte der 1930er Jahre Geborenen wurde die DDR zur „neuen Heimat“. Sie wuchsen gewissermaßen in die neue Situation hinein und fanden sich schneller in ihr zu Recht als ihre Eltern und Großeltern. Zum Beispiel antwortete eine Interviewpartnerin auf die Frage, wo ihre Heimat sei: „Ich hab ja von Kind an hier mein Leben gelebt. [...] [Meine Heimat] is' eigentlich hier in Thüringen, muss ich sagen. Aber ich hab nie vergessen, wo ich herkomme.“<sup>71</sup> Hier zeichnet sich eine zweifache Heimatverortung ab: Die Interviewte fühlt sich gewissermaßen als Thüringerin mit ostbrandenburgischen Wurzeln. Dem entgegen war eine andere Befragte unsicher bezüglich ihrer Identitätszuordnung, sie antwortete: „Ich weiß auch ni't. [...] was heißt Thüringerin? Bin ich sowieso keene. Aber man lebt halt, wie die Thüringer auch halt so. Kochst auch so wie die Thüringer. Also hast dir alles so angeeignet.“<sup>72</sup> Bei ihr hat sich ein Gefühl der Fremdheit bis in die Gegenwart erhalten. Zu vermuten ist, dass dies unter anderem eine Folge des Nicht-Umgangs mit dem Thema in der DDR ist.

Eine Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in psychologischer, sozialer und kultureller Hinsicht wurde durch das Unterbinden des Erinnerns (zumindest im öffentlichen



Bereich) stark beeinträchtigt. Nach den Umbrüchen von 1989/90 setzte eine nachholende Erinnerungsarbeit ein. Doch auch knapp 70 Jahre nach Kriegsende und 25 Jahre nach der „Friedlichen Revolution“ sind die Erlebnisse von Flucht, Vertreibung und Neubeginn im Ostteil Deutschlands noch immer nicht hinreichend aufgearbeitet, ist bis heute noch nicht „Schluß mit der Umsiedlerei“.

## Anmerkungen

- 1 B. B., Wunsch eines Umsiedlers, in: Die neue Heimat. Illustrierte Monatszeitschrift 2 (1948) H. 8, 19.
- 2 Integration wird hier verstanden als Arbeitsbegriff für die Eingliederung der „Umsiedler“ in die neu entstehende Gesellschaft der DDR unter den Vorzeichen einer forcierten Assimilation.
- 3 Vgl. Christoph Hein, Landnahme, Frankfurt am Main 2004.
- 4 Der Begriff Neubeheimatung findet sich auch in einem frühen Werk der bundesdeutschen „Vertriebenen-Volkskunde“: Josef Hanika, Volkskundliche Wandlungen durch Heimatverlust und Zwangswanderung. Methodische Forschungsanleitung am Beispiel der deutschen Gegenwart, Salzburg 1957, 17.
- 5 Die Quellen wurden im Rahmen des Dissertationsprojektes „Vom Ich zum Wir“? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG erhoben (betreut von Prof. em. Dr. Christel Köhle-Hezinger, Lehrstuhl für Volkskunde/empirische Kulturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2011–2014 Immanuel-Kant-Stipendium des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien). Insgesamt wurden 30 qualitative, lebensgeschichtlich ausgerichtete Interviews mit „Umsiedlern“ und Einheimischen der Geburtsjahrgänge 1921 bis 1956 in Thüringen (Erhebungsort: Kloster Veßra) und Sachsen (Erhebungsort: Altenhain) geführt.
- 6 Michael von Engelhardt, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung. Zum Verhältnis von Lebensgeschichte, Gesellschaftsgeschichte und biographisch-historischer Identität, in: Rudolf Endres (Hg.), Bayerns vierter Stamm, Köln 1998, 215–251, hier 218.
- 7 Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, 55–85, hier 71.
- 8 Elisabeth Pfeil, Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende, Hamburg 1948.
- 9 Alf Lüdtke, Stofflichkeit, Macht-Lust und der Reiz der Oberflächen. Zu den Perspektiven von Alltagsgeschichte, in: Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, 65–80, hier 72.
- 10 Vgl. Wolfgang Meinicke, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein kurzer Überblick, in: Alexander von Plato/Wolfgang Meinicke, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, 23–81, hier 75.
- 11 Interview mit Bärbel Lohner (geb. 1940), 04.11.2011, Transkript Zeile 5. Alle Interviews führte Uta Bretschneider; sämtliche Namen der Interviewpartnerinnen und -partner wurden anonymisiert.
- 12 Interview mit Ilse Ohl (geb. 1939), 13.05.2011, Transkript Zeile 2055. Vgl. auch Gerhard Christopeit, Verschwiegene vier Millionen. Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, in: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 38 (1995), 222–251, hier 230. Für die westlichen Besatzungszonen hat Marion Frantzioch Ähnliches aufgezeigt: Marion Frantzioch, Die Vertriebenen als Fremde, Eine soziologische Betrachtung der ersten Nachkriegsjahre, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 32 (1989), 171–183, hier 175.
- 13 Georg Simmel, Exkurs über den Fremden, in: Ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung [1908] (Otthein Rammstedt (Hg.), Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd. 11), Frankfurt am Main 1992, 764–771, hier 764.
- 14 Michael Schwartz, Vertriebenenproblem und Umsiedlerpolitik in der SBZ/DDR, 2, [http://www.fes.de/magdeburg/pdf/6\\_10\\_14\\_schwartz.pdf](http://www.fes.de/magdeburg/pdf/6_10_14_schwartz.pdf) (26.03.2014).
- 15 Stephan Beetz, Dörfer in Bewegung. Ein Jahrhundert sozialer Wandel und räumliche Mobilität in einer ostdeutschen ländlichen Region (Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 9), Hamburg 2004, 58.
- 16 Tagebuch von A. F. H. (geb. 1910), 11.06.1945 bis 04.01.1952, Privatbesitz, Reproduktion im Bestand des Hennebergischen Museums Kloster Veßra, 50.

- 17 Kreisarchiv Hildburghausen (KAH), Gemeinde NeuhoF, 919/44, Umsiedler, Sozialwesen, 1946–48, unpag., Verordnung zum Schutze der Neubürger, 27.11.1946, Abschnitt 3.
- 18 Albrecht Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München 1993, 20.
- 19 Hierbei handelt es sich um einen zeitgenössischen Begriff. Michael Schwartz, „Zwangsheimat Deutschland“. Vertriebene und Kernbevölkerung zwischen Gesellschaftskonflikt und Integrationspolitik, in: Klaus Naumann (Hg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, 114–148.
- 20 Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus.
- 21 Sönke Friedreich/Ira Spieker, Ausgrenzen und anerkennen. Umsiedlerfamilien in der ländlichen Gesellschaft der SBZ und frühen DDR, in: Zeitschrift für Volkskunde 2 (2013), 205–235, hier 211.
- 22 Paul Merker, Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, Berlin 1947, 8 (im Original gesamtes Zitat fett).
- 23 Michael Schwartz, Umsiedlerpolitik in der Krise? Das Vertriebenenproblem in der Gründungsphase der DDR 1948–1950, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, 185–205, hier 186.
- 24 R. S., Vom Notbürger zum Vollbürger, in: Neues Deutschland, 06.08.1949, 5.
- 25 Uta Bretschneider, Umsiedler, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013, <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/61788.html> (17.03.2014).
- 26 Merker, Die nächsten Schritte, 7 (im Original gesamtes Zitat fett).
- 27 Ebd., 7.
- 28 Vgl. etwa Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 712), Bonn 2008, 327.
- 29 Dierk Hoffmann, Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950), in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR, München 1999, 173–192, hier 178 f.
- 30 Interview mit Otto Richter (geb. 1929), 05.11.2011, Transkript Zeile 131.
- 31 Ministerium des Innern, Amt für Neubürger, Richtlinien für die Betreuung der Umsiedler und Neubürger im Lande Thüringen, Weimar 1947, 12.
- 32 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), 6-32-0130 Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Nr. 3761, Berufsmäßige Erfassung der Umsiedler zwecks Eingliederung in den Arbeitsprozeß, 1945–1951, Protokoll zur 2. Sitzung der Landeskommission für Neubürger in Weimar am 28. Februar 1946, Bl. 53–81, hier Bl. 58 f.
- 33 Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009, 257; Schwartz, Vertriebenenproblem und Umsiedlerpolitik, 2; Gesetzestext siehe: <http://www.verfassungen.de/de/ddr/friedensgesetz50.htm> (03.05.2014).
- 34 Vgl. etwa Manfred Wille, Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Territorium der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Magdeburg 5/6 (1982), 68–71, hier 70 f. 1984 erschien in der DDR die Schmähschrift Kreuzritter in Trachten gegen die westdeutschen Zusammenschlüsse der Vertriebenen. Werner Flach/Christa Kouschil, Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher, Leipzig u.a. 1984. Zur Wahrnehmung der bundesrepublikanischen Interessenvertretungen der Vertriebenen durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und zu den zahlreichen Versuchen der Einflussnahme siehe: Heike Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2011.
- 35 Archiv des Hennebergischen Museums Kloster Veßra (AHMKV), BI 7 f Nr. 48, Rundschreiben der Kreiskommission für Neubürger an die Bürgermeister des Kreises Hildburghausen, 29.04.1947, 3.
- 36 Merker, Die nächsten Schritte, 19.
- 37 KAH, Gemeinde NeuhoF, 919/44, Umsiedler, Sozialwesen, 1946–48, unpag., Ankündigung einer Tagung zum Neubürger-Monat: „Thüringen, Heimat für 3 Millionen“, 05.04.1948.
- 38 AHMKV, BI 7 f Nr. 48, Schreiben der Kreiskommission für Neubürger an die Stadt- und Gemeinderäte sowie die Neubürgerausschüsse, Betr. Umsiedlermonat April 1948, 17.03.1948.
- 39 Ebd.
- 40 Dieter Marc Schneider, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, 239–243, hier 239.

- 41 Ein solches Bündnis forderte der kommunistische Politiker Edwin Hoernle z.B. im August 1944 in seinem Agrarprogramm mit der „Herstellung fester persönlicher und organisatorischer Verbindungen zwischen Land und Stadt, vor allem zwischen der Industriearbeiterschaft, dem werktätigen Bauerntum und den Landarbeitern.“ Edwin Hoernle, Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928–1951, hg. vom Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, Berlin 1972, 333.
- 42 Meinicke, Die Bodenreform, 63. Insgesamt erhielten 559.089 Personen Land aus der Bodenreform. Walter Schmidt, Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart, Teil I: 1945–1952 (Vorlesungen zur Agrarökonomik, Bd. 1), Berlin 1960, 89.
- 43 Zur Internierung auf der Insel Rügen siehe auch: Martin Holz, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Bd. 5), Köln u.a. 2003, 193–207.
- 44 Arnd Bauerkämper, Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, 108–136, hier 117.
- 45 Arnd Bauerkämper, Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), 556–588, hier 568.
- 46 ThHStAW, 6-32-0130, Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Nr. 2576, Maßnahmen zur Durchführung der Bodenreform im Land Thüringen, 1945–1948, Befehl 209 vom 09.09.1947, Bl. 138.
- 47 Vgl. o. A., Das Gesicht des Dorfes – gründlich verändert! Das Baustoffproblem für Neubauernhäuser gelöst?, in: Die Ähre. Monatsschrift der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 2 (1948) H. 2, 8.
- 48 Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (Historische Mitteilungen, Beiheft 20), Stuttgart 1996, 133–151, hier 145.
- 49 Meinicke, Die Bodenreform 76 f.
- 50 Schmidt, Dorf und Flur verwandeln ihr Gesicht, in: Deutscher Bauernkalender 1950, 40–41, hier 40.
- 51 Vgl. etwa Interview mit Bärbel Lohner, Transkript Zeile 5.
- 52 Ebd., Zeile 865.
- 53 Jens Schöne, Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR (Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 8), Leipzig 2008, 80; Arnd Bauerkämper, Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, 193–214, hier 203.
- 54 Schöne, Das sozialistische Dorf, 81.
- 55 Joachim Piskol, Zum Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR im Sommer 1952, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 37 (1995), 19–26, hier 25.
- 56 Interview mit Ingeborg Lösch (geb. 1939, Schwester von Bärbel Lohner), 12.05.2011, Transkript Zeile 473.
- 57 Interview mit Kurt Grünfeld (geb. 1930), 15.07.2011, Transkript Zeile 299.
- 58 Interview mit Bärbel Lohner, Transkript Zeile 869.
- 59 Interview mit Rita Bender (geb. 1936), 21.10.2011, Transkript Zeile 1131.
- 60 Interview mit Ingeborg Lösch, Transkript Zeile 161; auch ihre Schwester zitiert diese Szene: Interview mit Bärbel Lohner, Transkript Zeile 869.
- 61 Interview mit Elfriede Schmidt (geb. 1926), 13.05.2011, Transkript Zeile 1191.
- 62 Die Formulierung findet sich z.B. auch in Strittmatters Jugendbuch Tinko: „Andere Umsiedler vergessen ihre Heimat nicht. Sie möchten barfuß dorthin gehen.“ Erwin Strittmatter, Tinko, Leipzig 1971 (Ersterscheinung 1954), 92.
- 63 Interview mit Rudolf Peters (geb. 1940), 08.03.2013, Transkript Zeile 83.
- 64 Der Begriff wurde im deutschsprachigen Raum von Norbert Schindler eingeführt: Norbert Schindler, Jenseits des Zwangs? Zur Ökonomie des Kulturellen inner- und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, in: Zeitschrift für Volkskunde 81 (1985), 192–219, hier 212.
- 65 Thomas Ahbe/Rainer Gries, Geschichte der Generationen in der DDR und in Ostdeutschland. Ein Panorama, Erfurt (LpB) 2007, 28.

- 66 Wilhelm Pieck, Zur Oder-Neiße-Grenze, in: Ders., Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. 2, Berlin 1952, 552–555, hier 554.
- 67 Michael Schwartz, Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (2008), 101–151, hier 117.
- 68 Vgl. Uta Bretschneider, „Die Bodenreform wurde auch für sie die Rettung.“ „Umsiedler“ als Neubauern in der zeitgenössischen Presse (1945–1960), in: Ira Spieker/Sönke Friedreich (Hg.), Fremde – Heimat – Sachsen. Neubauernfamilien in der Nachkriegszeit, Beucha 2014, 369–396.
- 69 Paul Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie 1 (1986), 20–36.
- 70 Interview mit Wolfram Bender (geb. 1933, Bruder von Rita Bender), 03.11.2011, Transkript Zeile 101.
- 71 Interview mit Ingeborg Lösch, Transkript Zeile 413.
- 72 Interview mit Ilse Ohl, Transkript Zeile 1935.

# Aufbruch als Chance

## Steirische Arbeitsmigrationen in die Schweiz 1945–1955

### Einleitung

In der Phase der österreichischen Nachkriegszeit, dem Betrachtungszeitraum des vorliegenden Textes, stellte Österreich eine ‚Migrations-Drehscheibe‘ dar. Es war – für Flüchtlinge und Displaced Persons – Aufnahmeland und insbesondere Zwischenstation<sup>1</sup>, aber auch Ausgangspunkt für eine Reihe von Emigrationsbewegungen. Einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangten Auswanderungen nach Übersee, wobei wohl die Exotik von Destinationen wie Kanada, Australien oder Südafrika eine nicht unwesentliche Rolle für den erhöhten Grad der Wahrnehmung spielte.<sup>2</sup> Die zahlenmäßig ebenfalls stark ausgeprägten innereuropäischen Bewegungen wurden demgegenüber auf breiter Basis kaum rezipiert.<sup>3</sup> Großbritannien, die Niederlande und Schweden waren beliebte Zielländer österreichischer Migration. Die Hauptdestinationen österreichischer Migrantinnen und Migranten<sup>4</sup> stellten jedoch Deutschland und die Schweiz dar. Eine ungebrochene Traditionslinie dieser Migration reicht bis in die Gegenwart. Die lange Tradition aufweisende Migrationsbewegung in die Schweiz, die zwischen 1945 und 1955 einem deutlichen Wandel unterworfen war,<sup>5</sup> steht im Folgenden im Zentrum der Betrachtungen. 1951 hielten sich rund 22.000 österreichische Staatsangehörige in der Schweiz auf, zwei Drittel von ihnen waren weiblich. 11.800 Menschen aus Österreich wiederum waren offiziell als Arbeitskräfte in der Schweiz verzeichnet.<sup>6</sup> In der zeitgenössischen Wahrnehmung wurde diese Wanderungsbewegung nur mit marginaler Aufmerksamkeit bedacht und nahezu vollständig dem Themenfeld der Landflucht untergeordnet. Trotz ihres durchaus bedeutenden Umfangs erfuhr sie zudem erst in den vergangenen Jahren wissenschaftliche Aufmerksamkeit.<sup>7</sup> Auch von Seiten der Migrationsforschung unterblieben lange Zeit Untersuchungen dieses Wanderstroms. Erste Arbeiten, die einen geschlechtsunspezifischen Analyserahmen aufwiesen,<sup>8</sup> wurden 2010 in einem Projekt von Anita Pretenthaler-Ziegerhofer, Karin M. Schmidlechner und Ute Sonnleitner durch die Untersuchung der Migrationserfahrungen von Frauen ergänzt. In einem weiteren Schritt erfolgte im Rahmen eines Projekts bei der Forschungsgesellschaft *Spectro*<sup>9</sup> die Erweiterung im Sinne einer geschlechtergerechten Herangehensweise. Neben den Erfahrungen von Frauen wurden explizit auch jene migrierender Männer in die Betrachtung mit aufgenommen. Interviews fungierten als zentrales Mittel des Erkenntnisgewinns. Zwanzig Frauen und sieben Männer erklärten sich im Zuge der zwei Forschungsarbeiten bereit, über ihre Erfahrungen zu berichten.<sup>10</sup> Die Interviewpartnerinnen und -partner verließen in den 1940/50er Jahren die Steiermark und lebten über Monate oder Jahre als ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz, kehrten aber – mit zwei Ausnahmen – nach ihrem Arbeitsaufenthalt in die Steiermark zurück. Deren Status als Akteurinnen und Akteure und damit Expertinnen und Experten der österreichischen und besonders der steirischen Arbeitsmi-

gration in die Schweiz Rechnung tragend, wird der Perspektive der Interviewten breiter Raum geboten. Zudem dienen die Berichte der Interessenvertretungen (Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer) und die Regionalzeitung *Kleine Zeitung* als Quellenmaterial zur Erfassung österreichischer und insbesondere steirischer Befindlichkeit.<sup>11</sup> Die spezifische Form der steirischen Arbeitsmigrationsbewegung in die Schweiz – und wieder zurück – entfaltet ihren Gehalt in der gleichsam abgeschlossenen Erzählung von Aufbruch, Auslandsaufenthalt und Heimkehr, weshalb der Fokus auf die Steiermark als Ausgangs- und endgültiges Zielland gerichtet wird. Die Arbeitsmigrationen in die Schweiz stellen kein spezifisch steirisches Phänomen, sondern vielmehr ein ostösterreichisches dar. Der starke Steiermarkbezug erklärt sich aus den Chancen, die eine Erarbeitung regionaler Strukturen bietet. Gerade in jüngster Zeit wird wiederum vermehrt der Blick auf das Lokale eingefordert, eröffnet er doch im besten Fall Zugang und Verständnis für die komplexen Bedingungen verschiedener Beziehungsebenen.<sup>12</sup> Im Bestreben nach der Umsetzung der formulierten Vorgaben wird daher zunächst eine Bestandsaufnahme der Forschungslandschaft vorgenommen, der Überlegungen zur Methodik folgen. In einem weiteren Schritt werden die Voraussetzungen und die Umsetzung der steirischen Migrationen in die Schweiz in ihren zahlreichen Variablen nachgezeichnet, ehe abschließend die zeitgenössischen Wahrnehmungsebenen hinterfragt werden.

## *Migrationsforschung*

Seit den 1980er Jahren hat die internationale Migrationsforschung viele neue Ansätze und Konzepte entwickelt, die wesentlich vielschichtiger sind als die zuvor konzipierten Forschungsperspektiven.<sup>13</sup> Zu diesen neuen Ansätzen gehört die explizite Auseinandersetzung mit temporären Formen der Migration<sup>14</sup> ebenso wie die Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht in der Migrationsforschung, die lange Zeit geschlechtsneutral erfolgte. Damit gerieten auch Frauen in den Blickpunkt der Forschung, wodurch es zur Revision der These, dass vor allem Männer ihre Heimat verließen, kam.<sup>15</sup> Mittlerweile steht fest, dass Frauen genauso häufig migrierten wie Männer und dass sie bei einigen Migrationen sogar die Mehrheit stellten und dies durchaus nicht als Mit- und Nachwandernde.<sup>16</sup> Relativ spät wurde – vor allem im deutschsprachigen Raum – auch die These entwickelt, dass sich die Migrationserfahrungen von Frauen wesentlich von jenen der Männer unterscheiden. Einen weiteren neueren Ansatz stellt auch die Beschäftigung mit dem Alltagsleben von Migrantinnen und Migranten dar, was einen wichtigen Schritt zu einem neuen Verständnis von Migrationsentscheidungen in der Forschung bedeutet.

## *Zur Methode*<sup>17</sup>

Bedingt durch das in der neueren Migrationsforschung entwickelte Interesse an Fragen des Alltagslebens von migrierenden Individuen und Gruppen, welche in der herkömmlichen quantitativen Quellen- und Materialbasis nicht adäquat zu erfassen sind, wurde auch die Bedeutung der Schilderungen Einzelner über ihre Migrationserfahrungen erkannt.<sup>18</sup> Aus diesem Grunde hat die qualitative Sozialforschung in der Migrationsforschung immer mehr

an Bedeutung gewonnen, wobei als eines ihrer wichtigsten Instrumente das biografische Interview angesehen wird.<sup>19</sup> Mit biografischen Interviews wird versucht, die Migrationssituation aus der Sicht der Akteurinnen und Akteure heraus zu erfassen, wobei diese ermutigt werden, über ihr Leben, ihre subjektiven Sichtweisen, Meinungen und Handlungsmöglichkeiten zu sprechen. Dadurch können viele neue Einsichten über die Lebensrealitäten von Migrierenden gewonnen werden, deren systematische Interpretation in weiterer Folge auch die Entwicklung von Theorien ermöglicht.<sup>20</sup> Qualitative Studien zielen aber auch auf das Verstehen der Komplexität sozialer Phänomene, womit zwar nicht die Häufigkeit eines bestimmten Phänomens geklärt, wohl aber das Verständnis für den Sinn von Handlungsmustern geweckt werden kann.<sup>21</sup>

Speziell in der Interaktion mit Migrantinnen und Migranten nehmen Themen wie Integrationsprozesse, interkulturelle Konflikte, Ethnizität sowie die Entstehung kultureller Stereotype und Diskurse, die um das Eigene und das Fremde kreisen, eine zentrale Rolle ein.<sup>22</sup> Auch dabei ist es besonders wichtig, darauf Bezug zu nehmen, wie die migrierten Personen selbst den Integrationsprozess wahrnehmen, der zunächst vor allem durch äußere Zeichen der Anpassung an die neue Gesellschaft wie z.B. die Aneignung von Sprache, Kleidungsgegewohnheiten, Sitten, Gebräuchen, aber auch Arbeitsgewohnheiten und Religionszugehörigkeit gekennzeichnet ist.<sup>23</sup>

In diesem Sinne wurden auch die steirischen Migrantinnen und Migranten nach dem Einfluss der Konfrontation mit einer anderen Kultur und Lebensweise gefragt, also ob und in welchem Ausmaß sie selbst die neue Kultur adaptierten – obwohl sie sich ja oft nur für einen sehr kurzen Zeitraum in der Schweiz aufgehalten haben. Diesbezüglich zeigen ihre Reflexionen, dass sie einerseits – in unterschiedlichem Ausmaß allerdings – in der Schweiz versucht haben, sich anzupassen und sich damit in die Gesellschaft zu integrieren, und andererseits, dass sie die Angebote, sich mit anderen kulturellen Einflüssen auseinanderzusetzen, und die Resultate dieser Auseinandersetzung nicht nur temporär angenommen, sondern permanent in ihr Leben implementiert haben, sodass diese auch nach ihrer Rückkehr in die Steiermark erkennbar waren und Einfluss auf ihr weiteres Leben gehabt haben.

## *Arbeitsmigration*

Das Thema Arbeitsmigration<sup>24</sup> kann in ganz unterschiedlichen Kontexten behandelt werden und hat vor allem vor dem Hintergrund von Globalisierung und Neoliberalismus neue Aktualität erhalten.<sup>25</sup> Arbeitsmigration wird in den vorliegenden Ausführungen primär als soziales Phänomen gesehen.<sup>26</sup> Bezüglich der temporären Arbeitsmigration wird zwischen saisonaler Migration einerseits und der auf einen längeren Zeitraum befristeten und mit einer anschließenden Rückkehr in die Herkunftsregion verbundenen Migration andererseits unterschieden.<sup>27</sup> Die in der Migrationsforschung lange Zeit vertretene These, dass insbesondere die temporären Arbeitsmigrantinnen und -migranten sich vielfach in einer schlechten Position gegenüber ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern befanden, wurde inzwischen revidiert.<sup>28</sup> Mittlerweile steht fest, dass auch temporär Migrierende einen positiven sozialen und kulturellen Stellenwert in einer Gesellschaft haben und als Teil sozialer Normalität gewertet werden können.<sup>29</sup>

Ein beträchtlicher Teil der in die Schweiz migrierenden Personen waren Frauen, die in privaten Haushalten als Dienstmädchen und/oder Kindermädchen beschäftigt wurden. Diese Form der Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten stellt kein spezielles Phänomen der Nachkriegszeit dar, sondern steht in einer langen Tradition. Schon im frühen modernen Europa arbeiteten viele Dienstbotinnen und Dienstboten in Städten oder Dörfern, in welchen sie nicht geboren waren; manche von ihnen kamen sogar aus einem anderen Land.<sup>30</sup> Im 19. Jahrhundert strömten vor allem viele Frauen aus den ländlichen Gebieten in die Städte, um sich als Dienstmädchen ihren Lebensunterhalt zu verdienen.<sup>31</sup> Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts genügte in den meisten westeuropäischen Ländern die Migration von Arbeitskräften von ländlichen Gebieten in die Städte nicht mehr, um den Mangel an Dienstpersonal zu kompensieren, weshalb auf Zugewanderte aus anderen Ländern zurückgegriffen wurde.<sup>32</sup> Dieser Trend setzte sich nach 1945 fort.

## „Auswanderungsland“ Österreich und „Einwanderungsland“ Schweiz nach 1945

Studien zufolge wanderten auch aus Österreich Arbeitskräfte vor allem wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten ins Ausland. Besonders groß war das Interesse an einer Auslands-tätigkeit bei der ländlichen Bevölkerung.<sup>33</sup> Die Gründe lagen in erster Linie in der Aussichtslosigkeit, zu Hause eine gut bezahlte Arbeit zu finden. Auch in der Steiermark entschlossen sich damals viele, vor allem junge, unverheiratete Personen, eine Stelle im Ausland anzunehmen. Als geeignetes Land kam dafür in erster Linie England in Betracht, wo sie in der Textilindustrie, in Spitälern und in der Hauswirtschaft eingesetzt wurden, sowie die Schweiz, wo vor allem weibliche Kräfte als Haus- und Hotelangestellte gesucht wurden.<sup>34</sup> An einer Auswanderung interessierte Personen wandten sich häufig an private Vermittlungsbüros, die (obwohl sie gesetzlich nicht zugelassen waren) für die Vermittlung hohe Gebühren kassierten und nur selten auch die gewünschten Erfolge brachten. Deshalb wurde im Frühjahr 1948 vom Landesarbeitsamt Graz sogar eine eigene Stelle zur Vermittlung von Auslandsposten eingerichtet, die den Bewerberinnen und Bewerbern kostenlos zur Verfügung stand.<sup>35</sup> Gleichzeitig betrachteten die österreichischen Landesarbeitsämter Ende der 1940er Jahre die Abwanderungsbestrebungen in die Schweiz aber auch als ernste Gefährdung des Wiederaufbaus der österreichischen Wirtschaft.<sup>36</sup> Erklärt wurde der Wunsch nach Auswanderung mit der herrschenden wirtschaftlichen Not und der jahrelangen völligen Abgeschlossenheit von der Außenwelt, die in den Menschen die Sehnsucht nach der Ferne und vielfach übertriebene Vorstellungen von den guten Lebensverhältnissen im Ausland erweckt hätten.<sup>37</sup>

Die Schweiz galt bei vielen Österreicherinnen und Österreichern als das Schlaraffenland, wo es gut bezahlte Arbeit gab, Essen und dementsprechenden, auch für österreichische „Gastarbeiter“<sup>38</sup> leistbaren Luxus. Abgesehen davon sprach man hier die annähernd gleiche Sprache wie in der österreichischen Heimat. Auf dieses vereinfachte Bild beschränkte sich die Vorstellung der hier interviewten Frauen und Männer, als sie nach 1945 in die Fremde aufbrachen.<sup>39</sup>

Aufgrund der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden wirtschaftlichen Konjunktur herrschte in der Schweiz ein Mangel an Arbeitskräften. Darüber hinaus waren ca. 70.000 Emigrierte, Flüchtlinge und Militärinternierte nach 1945 wieder in ihre ehemalige Heimat



zurückgekehrt.<sup>40</sup> Die Delegierten für Arbeitsbeschaffung berechneten, dass 1945 bis zu 150.000 Arbeitskräfte in der Schweiz fehlten und prognostizierten, dass die Schweiz nicht mehr in der Lage sein werde, elementare Bedürfnisse durch eigene Arbeit zu befriedigen.<sup>41</sup> So beschritt man den Weg zunächst über private Anwerbeaktionen im Ausland, die im Zeitraum von 1945 bis 1948 erfolgten. Da man davon ausging, dass sich die ausländischen Arbeitskräfte nicht dauernd in der Schweiz aufhalten würden, verfolgte man bis 1963 eine liberale Zulassungspolitik. Die Anwerbeaktionen waren erfolgreich, Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter kamen aus Italien, Spanien und eben auch aus Österreich. Sie deckten den äußerst notwendig gewordenen Bedarf an Arbeitskräften in Schweizer Haushalten, im Gast- und Baugewerbe, in der Landwirtschaft und der Textilindustrie. Im Februar 1950 waren 11.800 österreichische Arbeitskräfte in der Schweiz tätig, davon waren 82,2 Prozent Frauen. Diese Zahl stieg bis 1957 auf 31.000 und pendelte sich dann aufgrund des Rückganges an weiblichen Beschäftigten in der Mitte der 60er Jahre auf 25.000 ein.<sup>42</sup>

In der Schweiz wurden bereits im Jahre 1888 17 Prozent ausländische Arbeitskräfte im Haushaltsbereich eingesetzt, 1900 waren es 25 Prozent, 1910 28 Prozent und 1930 bereits 39 Prozent.<sup>43</sup> Im Jahre 1910 stellten die Migrantinnen in den 23 größten Städten mehr als 40 Prozent des weiblichen Dienstpersonals. Hier ist darauf hinzuweisen, dass sich politische Ereignisse des 20. Jahrhunderts und dabei vor allem die NS-Zeit auch auf die internationale Migration von Dienstpersonal auswirkten: Einerseits waren vom NS-Regime verfolgte Menschen gezwungen zu migrieren und als Dienstpersonal zu arbeiten und andererseits wurde in einigen Ländern befürchtet, dass die deutschen Dienstmädchen NS-Ideen verbreiten würden. Besonders in der Schweiz waren die diesbezüglichen Sorgen so groß, dass Kurse in Haushaltmanagement organisiert wurden, um einheimische Mädchen als Dienstpersonal auszubilden. Diese Vorurteile gegen deutsche Dienstmädchen dauerten auch nach dem Krieg an.<sup>44</sup> Das Bedürfnis nach ausländischem Dienstpersonal nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich auch aus der Tatsache, dass viele der während des Krieges in der Kriegswirtschaft beschäftigten ehemaligen inländischen Dienstmädchen nach 1945 nicht mehr in den häuslichen Dienst zurückkehrten, obwohl es zahlreiche Versuche gab, sie dazu zu bewegen, sodass es notwendig wurde, dafür ausländisches Personal zu rekrutieren.<sup>45</sup>

Zunächst wurden Arbeitskräfte aus Italien angeworben, danach kamen auch viele Österreicherinnen, die – wie vorhin angeführt – die mittlerweile in anderen Branchen arbeitenden ehemaligen Dienstmädchen ersetzen sollten. Ihnen wurde üblicherweise zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr und erst nach zehn Jahren ein permanentes Aufenthaltsrecht erteilt. Sie galten als austauschbare Fremdarbeiterinnen und nicht als Einwanderinnen, da die schweizerische Immigrationspolitik nach 1945 eine maximale Auslastung des Imports fremder Arbeitskraft einerseits und eine minimale Integrationspolitik der eingewanderten Fremden andererseits verfolgte.

## Die rechtlichen Bestimmungen für steirische ArbeitsmigrantInnen in der Schweiz<sup>46</sup>

Die ausländischen Arbeitskräfte unterlagen dem *Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer* (ANAG). Es wurde am 26. März 1931 verabschiedet und trat mit

1. Jänner 1934 in Kraft.<sup>47</sup> Das ANAG wurde erst im Jahr 2005 aufgehoben, an seine Stelle trat das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. Dezember 2005.<sup>48</sup> Seit dem Jahr 2005 regelt das Bundesamt für Migration Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und schliesslich Arbeitsbewilligung. Hinsichtlich der Arbeitsbewilligung wird aktuell zwischen EU/EFTA-Angehörigen und Nicht-EU/EFTA-Angehörigen unterschieden. Für erste gilt das Personenfreizügigkeitsabkommen. Allerdings bewirkte die Volksinitiative im Frühjahr 2014 „Gegen Masseneinwanderung“<sup>49</sup> einen Systemwechsel der Zuwanderungspolitik, der zur Änderung der Bundesverfassung führte.<sup>50</sup>

Das ANAG aus dem Jahr 1931 setzt sich aus 26 Artikeln zusammen. Im ersten Abschnitt waren die „Bedingungen für Aufenthalt und Niederlassung“ festgelegt. Nach Art. 2 mussten sich jene Ausländerinnen und Ausländer, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit in die Schweiz eingereist waren, binnen acht Tagen, auf jeden Fall jedoch vor Antritt einer Arbeitsstelle bei der Fremdenpolizeibehörde melden. All jene Schweizer, die eine Ausländerin oder einen Ausländer gegen Entgelt beherbergten, mussten ebenfalls bei der Ortspolizei darüber Meldung erstatten. Art. 3 bestimmte die Ausweispflicht für ausländische Staatsangehörige. Während die Niederlassungsbewilligung unbefristet war (Art. 6), wurde die Aufenthaltsbewilligung stets befristet erstellt; die erstmalige Frist sollte in der Regel nicht mehr als ein Jahr betragen. Die Aufenthaltsbewilligung konnte an Bedingungen geknüpft sein (Art. 5). Grundsätzlich galten sowohl die Aufenthaltsbewilligung wie auch die Niederlassungsbewilligung für den Kanton, der sie ausgestellt hat. Wenn die Ausländerin bzw. der Ausländer den Schwerpunkt der Tätigkeit in einen anderen Kanton verlegte, musste vorerst das Einverständnis des Kantons eingeholt werden. Alle jene, die keine Aufenthaltsbewilligung besaßen, konnten jederzeit zur Ausreise aus der Schweiz angehalten werden, das heisst, sie konnten des Landes verwiesen werden. Jedenfalls waren sie nach Ablauf der Bewilligung zur Ausreise aus dem Kanton verpflichtet (Art. 12). Art. 9 regelte die Gründe für das Erlöschen und den Widerruf einer Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligung, Art. 10 die Gründe für eine Ausweisung aus dem Kanton. Diese konnte unbefristet oder befristet ausgesprochen werden, aber nicht für weniger als zwei Jahre (Art. 11). Die eidgenössische Behörde hatte das Recht, über unerwünschte Ausländerinnen und Ausländer eine Einreisesperre zu verhängen (Art. 13). Art. 14 bestimmte, dass die kantonale Behörde im Zuge der Durchführung eines Wegweisungsverfahrens ausländische Staatsangehörige unter bestimmten Voraussetzungen in Haft nehmen konnte (Art. 13a). Die Haft ordnete die für den Vollzug zuständige kantonale Behörde an (Art. 13c).

Wie bereits erwähnt, mussten sich Ausländerinnen und Ausländer bei der fremdenpolizeilichen Behörde melden, die sich in jedem Kanton befand und daher die Bezeichnung Kantonale Fremdenpolizei trug. Sie konnte die Befugnis über die Ausweisung einer Ausländerin bzw. eines Ausländers oder über den Fortbestand der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung erteilen, sofern dies nicht übergeordneten Behörden übertragen worden ist (Art. 15). Die Bewilligungsbehörden mussten gemäß Art. 16 bei „ihren Entscheidungen die geistigen und wirtschaftlichen Interessen sowie den Grad der Überfremdung des Landes“ berücksichtigen.

Die Ausländerin oder der Ausländer wiederum musste noch vor Erteilung der Bewilligung die Begutachtung des zuständigen Arbeitsnachweises einholen. All jene Ausländerinnen und Ausländer, die beabsichtigten, sich längere Zeit in der Schweiz aufzuhalten, mussten einen Auszug aus dem Strafregister vorlegen (Art. 16). Ein abschlägiger kantona-

ler Entscheid war endgültig (Art. 18), das heißt er konnte nicht angefochten werden. Die Kantone erteilten die Aufenthaltsbewilligungen etwa für Hausangestellte bis auf fünf Jahre und für Saisonarbeiter und -angestellte für die Dauer der Saison, höchstens aber auf neun Monate. Schlussendlich wurde festgehalten, dass das oberste Organ über die Handhabung der fremdenpolizeilichen Vorschriften des Bundes der Bundesrat war. Er allein war dazu befugt, die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zu erstellen, etwa über die Ein- und Ausreise von ausländischen Staatsangehörigen, die Grenzkontrolle oder die Festsetzung der Gebühren, die von den Behörden eingehoben wurden. Weiters war er für die Kooperation der Fremdenpolizei mit anderen Behörden zuständig (Art. 25). Das ANAG schuf eine Klassifizierung ausländischer Personen in „Niedergelassene“, „Aufenthalter“, „Saisonarbeiter“ und „Grenzgänger“.<sup>51</sup> Die Interviewpartnerinnen und -partner fielen unter die Kategorie „Aufenthalter“ und „Saisonarbeiter“.

Mit dem ANAG wollte man einen Spagat zwischen der steigenden Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und den Überfremdungängsten der Schweizer Bevölkerung bewerkstelligen.<sup>52</sup> Der Hauptzweck war jedoch, ausländische Arbeitskräfte für die Schweizer Wirtschaft und zwar für die Bereiche Industrie, Bauwirtschaft und Tourismus zu gewinnen. Immerhin schuf man in der Schweiz zwischen 1950 und 1973 über eine Million neue Arbeitsplätze!<sup>53</sup> 60 Prozent davon besetzten ausländische Arbeitskräfte. Betrug der Anteil der in der Schweiz beschäftigten ausländischen Staatsangehörigen 1950 8,1 Prozent, erreichte dieser Mitte der 1960er Jahre 25 Prozent.<sup>54</sup> Die oben genannten Branchen waren jahreszeitlich hohen Fluktuationen ausgesetzt, sodass man diese Arbeitskräfte relativ rasch wieder abbauen konnte. Das dahinter liegende Motiv dabei war, diesen Arbeitskräften eine dauerhafte Niederlassung in der Schweiz nicht zu ermöglichen.

Das ANAG wurde durch einige bilaterale Verträge zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich ergänzt. Um etwa die Einreise österreichischer Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu erleichtern, wurde im Jahr 1948 eine *Übereinkunft zwischen der Schweiz und Österreich betreffend den österreichischen Zolldienst* geschlossen, mit dem Zweck einer rascheren Ein- und Ausfuhrabfertigung im Reiseverkehr. Davon betroffen waren die Bahnhöfe St. Margarethen und Buchs auf der schweizerischen sowie Bregenz und Feldkirch auf der österreichischen Seite.<sup>55</sup> Auf den genannten Bahnhöfen wurde den beidseitigen Zollbehörden die Begleitung durch das eigene Zollpersonal innerhalb der beiden Grenzzonen (Feldkirch und Bregenz) gestattet.

Eine weitere Erleichterung stellte das am 14. September 1950 abgeschlossene und am selben Tag in Kraft getretene Abkommen zwischen dem Schweizer Bundesrat und der Österreichischen Bundesregierung dar: Es sah die Aufhebung der Visumpflicht für die Mitglieder beider Staaten vor (Art.1).<sup>56</sup> Art. 2 bestimmte, dass sich österreichische Staatsbürgerinnen und -bürger, die sich zum Stellenantritt in die Schweiz begeben wollten, vor der Einreise durch Vermittlung ihres zukünftigen Arbeitgebers eine Zusicherung der Aufenthaltsbewilligung zum Stellenantritt beschaffen mussten. Selbiges galt auch für Schweizer Bürgerinnen und Bürger in Österreich (Art. 3). Dieses Abkommen, das übrigens auf dem Staatsvertrag vom 7. Dezember 1875 basiert, beinhaltete auch zusätzliche Vereinbarungen über die Niederlassungsverhältnisse, wonach Art. 1 bestimmte, dass österreichische Staatsbürgerinnen und -bürger spätestens nach einem ununterbrochenen, ordnungsgemäßen Aufenthalt von zehn Jahren in der Schweiz Anspruch auf Erteilung der Niederlassungsbewilligung gemäß Art. 6 ANAG hatten. An die Niederlassungsbewilligung war das unbefristete Recht, sich im gesamten Staatsgebiet

aufzuhalten, und das uneingeschränkte Recht, jede berufliche Tätigkeit auszuüben, Berufe und Arbeitsstellen zu wechseln und von der Selbstständigkeit in die Unselbstständigkeit zu wechseln, geknüpft. Damit wurden die österreichischen Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bereich gleichgestellt.

Im Jahr 1957 erfolgte die gegenseitige Aufhebung des Passzwanges beim Personenverkehr an der Grenze.<sup>57</sup> Demnach galt für österreichische Staatsbürgerinnen und -bürger, dass sie ohne Visum und auch mit einem gültigen Personalausweis der Republik Österreich ein- und ausreisen (Art. 2) konnten. Art. 6 bestimmte, dass österreichische Staatsbürger, die sich zum Stellenantritt in die Schweiz begeben wollen, sich vor der Einreise durch Vermittlung eines schweizerischen Arbeitgebers oder einer Konsularvertretung die Zusicherung der Aufenthaltsbewilligung zum Stellenantritt verschaffen sollten. Zur Regelung des Aufenthaltes in der Schweiz mussten sich österreichische Staatsangehörige, die eine Stelle antreten oder länger als drei Monate im Land verweilen wollten, durch einen Reisepass ausweisen.

Hinsichtlich der rechtlichen Aufenthaltsbestimmungen waren die interviewten Migrierenden dahingehend unterrichtet, dass sie eine Arbeitsbewilligung von einem Schweizer Betrieb oder Haushalt besitzen mussten. So erfolgten im Vorfeld des Arbeitsantritts erste Kontakte zu den künftigen Arbeitgebenden. Meist waren es in österreichischen Tageszeitungen lancierte Stellenanzeigen, auf die Migrationswillige antworteten; teilweise erfolgten Vermittlungen durch bereits in der Schweiz befindliche Bekannte. Der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin war dafür verantwortlich, die Arbeitsgenehmigung und das Aufenthaltsvisum zu besorgen, die Gastarbeiterin oder der Gastarbeiter musste lediglich ein Foto an die Arbeitgebenden senden. Um in die Schweiz einreisen zu können, benötigte man ein Visum, das man – wie sich einer der interviewten Migranten, Herr L. erinnerte – beim Schweizer Konsulat in Salzburg um fünf Franken erhielt,<sup>58</sup> und einen Reisepass. Der Großteil der Interviewten war zu dieser Zeit noch nie im Ausland gewesen, weshalb sie auch über keinen Reisepass verfügten. Diesen musste häufig der Vater unterzeichnen, da einige der Auswandernden noch unter 21 Jahre und somit nicht volljährig waren. Die Interviewten wussten auch, dass sie sich innerhalb einer Frist bei der Kantonalen Fremdenpolizei melden mussten. Bei der Fremdenpolizei musste man den Reisepass abgeben und bekam dafür den Fremdenpass. Wenn man wieder ausreiste, erhielt man den Reisepass zurück, musste aber Steuern zahlen. Mit Verärgerung reagierten Betroffene unter anderem auf die Verpflichtung zur Abgabe der sogenannten Wehrsteuer.<sup>59</sup> Einige steirische Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter berichteten davon, dass die Fremdenpolizei sehr streng war: So wurde Franziska Z. etwa des Landes verwiesen, weil sie die Arbeitsstelle wechselte, ohne ein halbes Jahr ausgereist zu sein.<sup>60</sup> Frau Martha L. hatte eine Stelle als Familienhelferin angenommen, die Fremdenpolizei erfuhr dies und man legte ihr nahe, das Land zu verlassen oder die Stelle zu kündigen, da diese nur Schweizerinnen ausüben durften.<sup>61</sup>

Diese administrativen Angelegenheiten und Formalitäten waren für die interviewten Steirerinnen und Steirer nicht von einschneidender Bedeutung, viel einprägsamer in ihrem Erinnerungsbild waren, und dies bestätigten fast alle Interviewpartnerinnen und -partner, die Untersuchungen am Grenzübergang. Theresia T. musste vier Stunden, Katharina K. gar einen halben Tag auf der österreichisch-schweizerischen Grenze warten, bis die Gesundenuntersuchung (Blutabnahme und Röntgen, vor allem wegen Tuberkulose) erledigt war.<sup>62</sup> Frau Rosa Z. empfand diese Untersuchungen als äußerst unangenehm, die jungen Mädchen mussten mit nacktem Oberkörper und nur mit Slip bekleidet in Kolonnen auf einen – in ihrer Wahr-

nehmung – „alten, bärtigen und hässlichen“ Arzt warten.<sup>63</sup> Diese erniedrigende Prozedur kann gleichsam als ‚Einführungsritus in die Schweiz‘ interpretiert werden – Machtverhältnisse und Hierarchien wurden noch vor dem Grenzübertritt eindrücklich verdeutlicht.<sup>64</sup> Erst wenn man die Bescheinigung erhielt, gesund zu sein, durfte man in die Schweiz einreisen.

Seitens des Bundes war keine gesetzliche Krankenversicherung vorgeschrieben, es bestand jedoch auf der Kantons- bzw. Gemeindeebene Versicherungspflicht, wonach die Arbeitgebenden angehalten waren, für die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter eine Krankenversicherung abzuschließen. Dies galt auch für eine Pensionsversicherung, sodass diese Arbeitszeit in die Pension eingerechnet werden konnte. Einige der Interviewpartnerinnen und -partner wussten nicht, ob sie krankenversichert waren; ob eine Versicherung bestanden hatte, erfuhren sie meist erst dann, als sie in Österreich um ihre Pension ansuchten. Hinsichtlich der Arbeitszeitregelungen kann man den Interviews entnehmen, dass viele Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiteten und die Zimmerstunde, der freie Nachmittag oder gar das freie Wochenende zwar gewährt wurden, doch teilweise nicht umsetzbar waren. Dies galt vor allem für jene, die im Gastgewerbe tätig waren: Sie wurden immer wieder unter irgendeinem Vorwand auch in ihrer Freizeit zur Arbeit herangezogen. Nicht wenige waren den Schikanen ihrer Chefs und Chefinnen ausgesetzt. „Schön still sein, schön brav sein und sich ja nicht mucksen“<sup>65</sup>, das war für viele Frauen, die vielfach abwertend als „Östricherle“<sup>66</sup> bezeichnet worden waren, die Parole. Man muss bedenken, die ausländischen Arbeitskräfte füllten diejenigen Stellen, die die Schweizer mieden, weil sie schmutzig, gefährlich, unsicher, schlecht bezahlt und persönlich erniedrigend waren<sup>67</sup> oder so empfunden wurden.

Über die negativen Seiten des Lebens- und Arbeitsalltags in der Schweiz wurde jedoch weder in Briefen noch bei Heimaturlauben erzählt.<sup>68</sup> Auch in den Interviews fanden sie kaum oder nur am Rande Erwähnung. Die Arbeit in der Schweiz hatte neben allen Herausforderungen auch zahlreiche Chancen geboten, die Biografinnen und Biografen bezeichneten sie als „hart, aber fair“. Wie aber gestaltete sich die zeitgenössische Wahrnehmung der Auslandsaufenthalte? Zwar schien – laut der Wahrnehmung der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – das Wissen um die Möglichkeit in der Schweiz zu arbeiten spätestens ab der Mitte der 1950er Jahre allgegenwärtig zu sein, dies fand jedoch in der Medienlandschaft nur bedingten Widerhall. In Zeitungen erschienene Artikel oder andere Beiträge thematisierten österreichische Migrationen kaum, obwohl Inserate potentieller Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen aus der Schweiz sehr wohl zahlreich geschaltet wurden. Migrationen erfuhren also kaum mediale Aufmerksamkeit, obwohl Wanderungsbewegungen in aller Munde waren: Das Thema Landflucht bildete die Folie, vor deren Hintergrund diskutiert wurde. Sämtliche ‚Aufbrüche‘ jener Jahre scheinen mit dem Begriff Landflucht verknüpft worden zu sein. In der Folge soll daher eine Analyse der Erklärungsmodelle vorgenommen werden, um ein Verständnis der Deutungsmuster zu ermöglichen und deren Gehalt zu hinterfragen.

## „Landflucht“ – Begriffliche Annäherung<sup>69</sup>

Landflucht stellt in seiner Begrifflichkeit ein kaum mehr angewandtes Konzept dar. In der öffentlichen Diskussion durchaus noch präsent, wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung größtenteils auf eine Verwendung des Begriffes verzichtet.<sup>70</sup> Er symbolisiert ein

Modell, das in seiner Statik und Eindimensionalität den Dynamiken von Wanderungsprozessen nicht gerecht wird. Die Vorstellung einer ‚Einbahnstraße‘ – der einmaligen, singulären Bewegung – in Richtung Stadt oder ins Ausland ist widerlegt und lässt damit auch den Terminus obsolet erscheinen.<sup>71</sup> Dennoch hat er Eingang in die vorliegende Arbeit gefunden, was sich aus seiner Dominanz in der thematischen Auseinandersetzung der 1950er Jahre erklärt. Der Sprachgebrauch der Zeit gibt Auskunft über Denkmuster und Erklärungsansätze und trägt somit zum Verständnis der jeweiligen Phänomene bei.

„Eines der wichtigsten Probleme der Gegenwart, an dessen Lösung das gesamte Volk in Österreich bereits regstes Interesse nimmt ist die Landflucht“, formulierte Nationalrat Hans Maurer<sup>72</sup> in seiner 1947 publizierten Schrift unter dem Titel *Das Problem der Landflucht – Vorschläge zu seiner Lösung*.<sup>73</sup> Die gesamten 1950er Jahre hindurch kursierte das Thema Landflucht in diversen Medien.<sup>74</sup> Die mangelnden Arbeitskräfte stellten dabei das Hauptmotiv der Überlegungen dar. Vor allem der landwirtschaftliche Sektor, der sich als Hauptbetroffener fühlte, nahm immer wieder auf die Abnahme der ländlichen Bevölkerung Bezug, wobei ein negativer Grundton vorherrschend war und die Landflucht als Bedrohung verstanden wurde. In starker Übereinstimmung zu *push-and-pull*-Ansätzen der Migrationsforschung<sup>75</sup> wurde in erster Linie die Anziehungskraft von Städten betont.<sup>76</sup> Deren Attraktivität lag in erster Linie in einem veränderten Sozialgefüge und dem Zugang zu ‚modernen‘ Berufen begründet. So bestand die dem Wortsinn entsprechende Deutung der Landflucht als Abwanderung in ein städtisches Lebens- und Arbeitsumfeld. Als zentralen Anziehungsfaktor der Stadt verstanden die zeitgenössischen Beobachter vornehmlich die städtischen Industriegebiete. Die Stadt böte leichtere, vor allem aber sozial besser bewertete und höher entlohnte Arbeit und schönere Wohnungen. Sport, Kino und Theater werden als Hauptattraktionen geschildert, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten fanden als Erklärungsmodelle Erwähnung.<sup>77</sup>

Trotz dieser eindeutigen Kategorisierung wurde in der öffentlichen Wahrnehmung jegliche Form der Wanderung, die ihren Ausgang in ländlichen Regionen nahm, als Landflucht verstanden und unter diesem Titel subsumiert.<sup>78</sup> Gleichwohl waren in zahlreichen Fällen weder Zielgebiet („Stadt“) noch Motive (Wunsch nach Arbeit in der Industrie und nach städtischer Unterhaltung) nach den definierten Landflucht-Mustern zutreffend.

Auch die Migrationen in die Schweiz unterlagen dem Deutungsmodell der Landflucht. Ihre nicht gesonderte Wahrnehmung ist daraus zu erklären, dass der Fortgang als alleiniges Kriterium Beachtung fand: Weder die tatsächlichen Ziele noch Gründe und Ursachen scheinen hinterfragt worden zu sein – war doch mittels des Begriffes Landflucht ein vorgefertigtes Erklärungsmodell einfach greifbar.<sup>79</sup> Während in diesen Diskursen Binnenmigrationen große Aufmerksamkeit erfuhren, war das Phänomen der Wanderung über die österreichische Staatsgrenze hinaus in den Wahrnehmungen stark unterrepräsentiert. Gründe hierfür können an dieser Stelle lediglich angedeutet werden: So war es in der zeitgenössischen Wahrnehmung wohl die starke Repräsentanz von Frauen, die in die Schweiz migrierten und damit dem Bild der „sesshaften“ Frau widersprachen. Es handelte sich nicht um „heldenhafte“ Männer, die als „Entdecker und Eroberer“ interpretiert werden hätten können.<sup>80</sup>

Zwar stimmen die Annahmen zeitgenössischer Beobachter in einigen Aspekten mit den Erklärungen der in die Schweiz migrierten Personen überein. So werden Beweggründe des Aufbruchs von den Interviewpartnerinnen und -partnern in ähnlicher Weise wiedergege-

ben: zu niedriger Lohn und/oder schlechte Arbeitsbedingungen in der Steiermark. Sie gehen aber fehl in der Annahme der Anziehungskraft von Städten, ebenso wie auch in der Prämisse des dauerhaften Verbleibs nach dem Weggang. Denn es waren die mangelnden wirtschaftlichen Möglichkeiten der – steirischen – Ausgangsregion, keineswegs aber die Anziehungskraft der Stadt, die viele Menschen dazu bewog das Land zu verlassen.<sup>81</sup>

Die Mehrzahl der Migrantinnen und Migranten, wie auch der interviewten Personen, stammten aus ländlichen Regionen oder aus Stadt-Umland-Gebieten der Steiermark, die in den 1940er und 1950er Jahren – noch – durch landwirtschaftliche Erwerbsformen geprägt waren. Ein Bericht des *Informationsdienstes* der Landwirtschaftskammer aus dem Jahr 1951 gibt detaillierte Auskunft über die Herkunftsgebiete der steirischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten dieses Jahres und stellt in diesem Zusammenhang eine wertvolle Quelle dar.<sup>82</sup> Es handelt sich um eine von zwei konkreten Darstellungen zu den Migrationen in die Schweiz. Die „sich häufenden“ Berichte über Migrationen von „bäuerlichen Dienstnehmern und Familienangehörigen beiderlei Geschlechts“ in die Schweiz hatten die Steirische Landwirtschaftskammer dazu bewogen, eine steiermarkweite Erhebung durchzuführen. Getrennt nach Bezirkshauptmannschaften wurde die Zahl der Ausstellungen von Reisepässen für die Schweiz aufgelistet. Gemäß diesen Untersuchungen wiesen die süd- und oststeirischen Bezirke Feldbach, Hartberg, Radkersburg, Weiz, insbesondere aber Leibnitz eine vergleichsweise hohe Zahl an Migrationswilligen auf.<sup>83</sup> Die starke agrarische Prägung und die infrastrukturelle Rückständigkeit der betroffenen Regionen sind augenfällig und die generierten Daten scheinen die These einer Verbindung von Landflucht und Schweiz-Migration zu bestätigen.

Die soziale Herkunft der Migrantinnen und -migranten wiederum divergierte stark: So reichte das Spektrum der interviewten Personen von der Tochter eines Landarztes bis zum Sohn einer Keuschler-Familie. Zudem war auch ein äußerst breitgefächertes Schul- und Ausbildungsrahmen gegeben. Einige der Frauen hatten weiterbildende Schulen im Bereich der Hauswirtschaft besucht, andere hatten – wie auch zwei der interviewten Männer – Lehren absolviert, während ein weiterer Teil nur die Pflichtschule abgeschlossen hatte. Allen gemeinsam war die Schwierigkeit, einen passenden Arbeitsplatz in der Steiermark zu finden. Anfang der 1950er Jahre herrschte zwar in der Steiermark eine hohe Arbeitslosigkeit, dieser stand aber paradoxerweise ein Personalmangel in den Bereichen Haushalt, Land- und Forstwirtschaft gegenüber. Es gab also durchaus Arbeitsmöglichkeiten, doch die Berufe waren als minderwertig konnotiert und zudem schlecht bezahlt.<sup>84</sup> Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche waren somit keinesfalls die alleinigen Faktoren für den Entschluss, ins Ausland zu gehen. In der Schweiz, die sich in einer Phase der Hochkonjunktur befand, wurde nahezu händierend nach Arbeitskräften für eben diese Arbeitsfelder gesucht. Somit wurden Frauen und Männer insbesondere in jenen Branchen nachgefragt, die auch in Österreich Mangelberufe darstellten. War aus Sicht der Migrierenden eine Anstellung in den sozial minder bewerteten Arbeitsbereichen des Haushalts, der Gast- und Landwirtschaft nicht zu vermeiden, so sollte zumindest eine angemessene Bezahlung einen Ausgleich bieten. Diese wiederum war in der Schweiz sichergestellt, sie stand in keinerlei Verhältnis zu dem niedrigen österreichischen Lohnniveau. Die Migrierenden versuchten Chancen, die sich ihnen boten, zu nutzen und reagierten sehr flexibel auf Angebote. Die schwierige Wirtschaftssituation in Österreich sollte mit einem lohnenden Arbeitsaufenthalt im ‚Traumland‘ Schweiz überbrückt werden – durchaus auch in einer Anstellung im ländlichen Raum.

## Öffentliche (Nicht-)Wahrnehmungen

Der gesellschaftliche Umgang mit den Wanderungen war von Ängsten und Unsicherheit bestimmt. Während die Sorge um die Landflucht die öffentlichen Diskurse dominierte, fanden aber die Auswanderungen keine gesonderte Wahrnehmung. Tatsächlich war ab den 1950er Jahren ein massiver Trend zur Abwanderung aus ländlicher Arbeits- und Wohnumgebung gegeben. Auch Migrationen über die Landesgrenze hinaus stellten eine Realität dar, die mit der Landflucht in Verbindung gesetzt wurden. Die Hinterfragung dieser Wahrnehmungen sowie der Versuch einer Neudeutung stehen im Zentrum der folgenden Kapitel.

Im Betrachtungszeitraum der Nachkriegszeit vollzog sich in der bis in die 1930er Jahre vornehmlich agrarisch dominierten Steiermark ein Strukturwandel. Noch im Jahr 1934 gehörte die Mehrzahl (39,8 Prozent) der steirischen Bevölkerung dem Zweig der Land- und Forstwirtschaft an (Industrie und Gewerbe 26,2 Prozent, Dienstleistungen 17,4 Prozent, ohne Beruf und ohne Angaben 16,5 Prozent).<sup>85</sup> Die zunehmende Abkehr der Bevölkerung vom landwirtschaftlichen Sektor, die als Landflucht wahrgenommen wurde, bedeutete eine enorme Herausforderung für die überwiegend noch auf überkommenen Methoden der Betriebsführung beruhende Landwirtschaft. Die starke Abhängigkeit von menschlicher Arbeitskraft stellte ein massives Problem dar, das seinen Ausdruck in der verzweifeltten Suche nach Personal fand. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre wurde das Auseinanderklaffen von Personalbedarf und Arbeitskräfteangebot offenkundig. Parallel zu den Klagen über den Personalmangel wurden Strategien überlegt, die eine Rationalisierung und damit auch die Reduktion der Personalabhängigkeit als maßgebliches Ziel vorsahen.<sup>86</sup> Die stetige Zunahme des Einsatzes von Traktoren kann als eindrückliches Symbol für den Wandel der landwirtschaftlichen Betriebsführung verstanden werden.<sup>87</sup> Die Migrationen in die Schweiz sind unter anderem in diesen Zusammenhang einzuordnen, wobei ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster Faktoren zum Tragen kam. Die Annahme, wonach die Menschen, die in die Schweiz migrierten, einem allgemeinen Trend zur Landflucht folgten, gilt es jedoch zu hinterfragen. Viele Aspekte weisen auf eine lediglich bedingte Gültigkeit dieser Annahme hin.

Wie bereits angedeutet fand eine offizielle politisch-mediale Auseinandersetzung mit der Migrationsbewegung in die Schweiz – wie grundsätzlich mit der Mehrheit der Migrationen aus und nach Österreich – nicht statt. Die rechtlichen Bestimmungen verorteten die Verantwortlichkeit einer Reglementierung in erster Linie bei den Arbeitsämtern. Diese verfügten über die Möglichkeit, Arbeitskräfte ins Ausland zu vermitteln und hätten somit theoretisch eine Lenkung der Migrationsströme vornehmen können. In der Praxis kam es nur in geringem Ausmaß zu einer Nutzung der Wanderungsbereitschaft: Die starke Nachfrage aus der Schweiz hätte helfen können den Arbeitsmarkt zu entlasten. Gerade die Gruppe der weiblichen Arbeitssuchenden hätte durch eine Zusammenarbeit mit Schweizer Arbeitgeberinnen und -gebern rasch verringert werden können.<sup>88</sup> Doch scheint Scheu davor bestanden zu haben, Arbeitskräfte ins Ausland abzugeben, zumal auch die Argumentation dieser Vorgehensweise schwer gefallen wäre, wurden doch gerade Hilfskräfte im Bereich der Landwirtschaft und des Hauswesens zu Beginn der 1950er Jahre in Österreich und der Steiermark händeringend gesucht. Trotzdem kam es zu Vermittlungen, die sich von 589 Personen im Jahr 1952<sup>89</sup> über eine Zahl von 720 Menschen 1953<sup>90</sup> auf 782 im Jahr 1954<sup>91</sup> steigerte. Eine breitenwirksame Bewerbung der Arbeitsmigration in die Schweiz scheint aber zu



keinem Zeitpunkt stattgefunden zu haben.<sup>92</sup> Das Arbeitsamt fand als Vermittlungsinstanz lediglich in einem Interview<sup>93</sup> Erwähnung und wurde von den Interviewten auch nicht als Akteur wahrgenommen. Inserate und persönliche Kontakte stellten die gängige Variante der Kontaktaufnahme mit zukünftigen Arbeitsstellen in der Schweiz dar. So kann festgehalten werden, dass die staatliche Vermittlungstätigkeit von Arbeitskräften in die Schweiz nur einen Teil der tatsächlichen Migrationen umfasste und stets von großer Ambivalenz getragen war.<sup>94</sup>

Auch von Seiten bäuerlicher Interessenvertretung kam es nicht zu einer ausgedehnten Auseinandersetzung mit der Thematik der Wanderungsbewegung in die Schweiz. Innerhalb von fünf Jahren wurde die Arbeitsmigration in die Schweiz im *Informationsdienst*, der das offizielle Organ der Steirischen Landwirtschaftskammer bildete und in jenen Jahren als *das* bäuerliche Informationsblatt galt, lediglich zwei Mal dezidiert erwähnt.<sup>95</sup> Die Thematik der arbeitsmigrierenden Bevölkerung wurde somit auch im Bereich der Landwirtschaft, die über Arbeitskräftemangel klagte und nach rein objektiven Kriterien als Alternative zur Arbeitsmigration in die Schweiz fungieren hätte können, nicht in breitem Ausmaß besprochen.<sup>96</sup> Zwar existieren die erwähnten Hinweise im *Informationsdienst*, eine offene Auseinandersetzung mit der Thematik fand jedoch nicht statt. Auch hier bestand eine Konzentration auf das Thema Landflucht. In den diversen Tätigkeitsberichten der Landwirtschaftskammer blieb jegliche Erwähnung des Phänomens der Migrationen aus. Lediglich 1951 ist ein Praktikantenaustausch mit der Schweiz dokumentiert: 24 Jugendlichen wurde die Möglichkeit geboten Auslandspraktika zu absolvieren.<sup>97</sup> Allem Anschein nach wurde der Versuch unternommen, dem – jugendlichen – Wunsch, Neues kennen zu lernen, entgegen zu kommen. Derartige Aktionen konnten jedoch, allein in Hinblick auf ihren zahlenmäßig sehr bescheidenen Umfang, zu keinem Zeitpunkt eine realistische Alternative zu der Arbeitsmigration in die Schweiz darstellen.

Aber auch das Innovationspotential, das die Auslandsaufenthalte der migrierenden Interviewpartnerinnen und -partner, insbesondere auch in der landwirtschaftlich bereits sehr viel weiter entwickelten Schweiz, bieten hätten können, wurde kaum genutzt. Angesprochen auf die Frage, inwiefern sie das in der Schweiz gewonnene Wissen in Österreich zur Umsetzung gebracht hätten, verneinten sämtliche Interviewten die Möglichkeit der Anwendung eigener Erfahrungen. Ähnliches ist auch in anderen Sparten zu beobachten: So wurde von Seiten der steirischen Wirtschaft immer wieder eine Konzentration auf den Tourismus als innovative und zukunftssträchtige Sparte betont.<sup>98</sup> In den Jahresberichten der steirischen Wirtschaftskammer wurde wiederholt auf die Notwendigkeit einer fundierten Ausbildung für Beschäftigte im Tourismussektor hingewiesen. Das Potential einer Vielzahl junger Arbeitskräfte, die in der Schweiz im Tourismusbereich tätig gewesen war und über Know-how in verschiedensten Bereichen der Gastronomie und Hotellerie verfügte, wurde jedoch ignoriert.<sup>99</sup> Die Thematisierung der Arbeitsmigration und eine gezielte Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Migrierenden hätten Möglichkeiten und Chancen bieten können, neues Wissen zu erlangen. Die Rückkehrerinnen und Rückkehrer hätten ein Potential geschulter Arbeitskräfte dargestellt, das jedoch kaum genutzt wurde.<sup>100</sup> Die Perspektive der Betroffenen fand im zeitgenössischen Umfeld nur in unzureichendem Ausmaß Berücksichtigung. In der wissenschaftlichen Rückschau entfalten sie nunmehr ihr gesamtes Potential und ermöglichen neue Betrachtungsweisen.

## Chancenwahrnehmung: migrantische Perspektiven

Die Beschreibung der Nachkriegs-Steiermark, wie sie auf Basis bestehender Forschungsliteratur sowie zeitgenössischer Publikationen (land-)wirtschaftlicher Interessenvertretungen erfolgte, steht in Übereinstimmung zu den Erzählungen der Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Deren Wahrnehmungen waren in erster Linie durch den Zweiten Weltkrieg und die folgenden schwierigen Jahre bestimmt. Bedingt durch Krieg und Armut präsentierten sich die Möglichkeiten von Schulbildung und beruflicher Ausbildung als eingeschränkt; vielfach mussten Berufsträume zugunsten eines raschen Eintritts in das Erwerbsleben aufgegeben werden. Der Notwendigkeit des Geldverdienens stand das durchwegs geringe Lohnniveau gegenüber. Selbst diejenigen, die zu Fachkräften ausgebildet worden waren, beklagten eine schlechte Bezahlung und Schwierigkeiten, adäquate Arbeitsplätze zu finden. Hinzu kam die vorherrschende schwierige soziale Lage, die in einer generell eingeschränkten Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum und Konsumgütern ihren augenfälligsten Ausdruck fand.

Die kursierenden Gerüchte über die Schweiz trafen somit auf sehr fruchtbaren Boden. Das ‚Schlaraffenland‘ Schweiz erschien vielen als Traumziel und stellte eine realistische Möglichkeit dar, rasch und relativ unkompliziert eine Veränderung der gegenwärtigen Lage herbeizuführen. Das Angebot, Arbeit in einem zumeist nichtqualifizierten Tätigkeitsfeld zu vergleichsweise sehr guten Lohnkonditionen zu erhalten, bedeutete eine Chance, die genutzt werden sollte. Insbesondere Menschen, die in der Steiermark lediglich in sozial schlecht bewerteten Bereichen des Arbeitsmarktes Beschäftigung gefunden hätten, verstanden die Arbeitsangebote aus der Schweiz als perfekte Gelegenheit, ihre Lebenssituation zu verbessern. Dabei gilt es nochmals zu betonen, dass die gute Bezahlung tatsächlich lediglich *einen* Aspekt der Entscheidung darstellte. Die enorme Anziehungskraft der Schweiz resultierte auch aus der starken Emotionalisierung dieses Ziellandes.<sup>101</sup> Auch in Tirol und Vorarlberg wurde der Versuch unternommen, Arbeitskräfte mittels besserer Bezahlung anzulocken. Zwar bewog das enorme West-Ost-Gefälle in der Bezahlung auch zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner der östlichen Bundesländer nach Westösterreich zu gehen,<sup>102</sup> die Attraktivität des Auslandes war jedoch auf einer emotionalen Ebene äußerst stark ausgeprägt.<sup>103</sup>

„Ich hab’ 150 Schilling im Monat gehabt, damals, und die haben gesagt da in der Schweiz verdienst du mindestens 120 Franken und so weiter. Und da hab’ ich gesagt also, da muss ich hin, das muss ich haben – Weil, wie ich noch Kind war, hat’s diese Schweizaktion geben, da hat man die armen Kinder in die Schweiz geschickt und da hat mein Neffe fahren dürfen und ich war immer zu dick. (lacht) Und das war immer, schon als Kind, mein Gedanke: ich muss in die Schweiz. Und eine Bekannte hat mir dann ein Inserat gebracht, von der Zeitung, und ich habe geschrieben. Zwölf haben sich gemeldet und mich haben sie genommen.“<sup>104</sup>

So schildert Frau Hermine P., 1932 geboren, den Beginn ihres Aufenthaltes in der Schweiz, wo sie die Jahre zwischen 1951 und 1959 verbrachte. Dort lernte sie ihren in Graz geborenen Mann kennen. Die beiden entschlossen sich gemeinsam zur Rückkehr nach Österreich, da von der Schwiegermutter ein Baugrund zur Verfügung gestellt wurde. Die Situation des Aufbruchs aus der Emotion heraus wird deutlich greifbar. Frau P. hatte sich nicht auf Arbeits-

suche befunden, war in einem Landgasthof als „Mädchen für alles“ angestellt gewesen und arbeitete in der Schweiz als Dienstmädchen.

Die Mehrzahl der steirischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten stammte aus strukturschwachen Regionen. Gebiete der südlichen Steiermark stellten in besonderem Maße Ausgangspunkte in die Schweiz dar. Überlegungen, wonach die Wanderungen einen weiteren Faktor der Landflucht darstellen würden, greifen dabei jedoch eindeutig zu kurz. Vielmehr passen wesentliche Merkmale dieser Migration nicht in das ‚klassische‘ Erklärungsmodell. Bereits ein erster Blick auf Migrationsverläufe verweist auf die offenkundigen Schwierigkeiten dieses Ansatzes. Denn einerseits stammte nur ein Teil der Migrierenden aus einem bäuerlichen Umfeld oder hatte in der Landwirtschaft gearbeitet. Andererseits waren es gerade nicht die als ‚landflüchtige‘ Wunschvorstellungen angesehenen Stellen als ArbeiterInnen und Angestellte, die von österreichischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der Schweiz besetzt wurden. Vielmehr waren diese in genau jenen Sparten des Landwirtschafts- und Dienstleistungssektors anzutreffen, die als Auslöser der Landflucht definiert worden waren. Auch dienten keineswegs nur (Groß-)Städte als Zielorte, sondern vielmehr bildeten hauptsächlich kleine Orte und ländliche Gemeinden Endpunkte oder Stationen der Arbeitsmigration.

Frau L. erlebte gleichsam einen ‚Extremfall‘; ihr Schweizaufenthalt führte sie in ein Gasthaus, das abgelegen auf einer Passhöhe stand. Sie erzählte:

„Dann hab ich’s eben versucht und hab relativ rasch dort den Job gefunden. Es war ein lustiger Job, stressig würd’ man heute sagen, aber das war auf einer Passhöhe, also nur die Busse sind gekommen, sonst ist ja kaum jemand hinauf gekommen, soviel war mit den Autos noch nicht und so war untermtags sehr stressig, aber abends war’s immer ganz lustig.“<sup>105</sup>

Die Erfahrungen während ihres Aufenthaltes 1956/57 spiegeln strukturelle Veränderungen der Arbeitsmigration in der Schweiz wider. Die Anstellung im Gastgewerbe wurde ab der Mitte der 1950er Jahre zum Regelfall, die Einbindung in familiäre Strukturen war im Verschwinden begriffen. Gleichzeitig werden Konstanten offenkundig, die in erster Linie in der Migrationsentscheidung zu Tage treten: Verdienstmöglichkeiten und die Chance etwas Neues kennen zu lernen bildeten die Hauptgesichtspunkte des Entschlusses in die Schweiz zu gehen. Zudem stand zumeist eine Verbesserung der sozialen Situation im Zentrum der Überlegungen. Detaillierte Planung gab es weder in Bezug auf die Berufsprofile noch auf Aufenthaltsort oder -dauer. Sämtliche Interviewte berichteten übereinstimmend darüber, dass sie kaum etwas über die Schweiz gewusst und auch keine Informationen eingeholt hätten. Dennoch hätte man sich das Land als ungemein reich vorgestellt. Die Schweiz spielte die Rolle eines ‚Erfüllungsgehilfen‘: Sie schien ein ideales Angebot von Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. In der Wahrnehmung der Migrierenden galt es, lediglich die Angebote zu erkennen und umzusetzen.

„Und nach England hätt’ ich können, in eine Weberei – hab’ mir gedacht das hilft mir nix ... Was tue ich in der Weberei, keine Ahnung, in unserm Bezirk, das kennt man nicht. Man kann was sticken, oder so.“<sup>106</sup> In dem Bericht Martha B.s kommt implizit der Rückkehrwunsch zum Ausdruck, indem sie formulierte, dass die Arbeit in der Weberei keine Bedeutung in ihrer Heimatregion gehabt hätte. Frau B. hatte eine Hauswirtschaftsschule

besucht und arbeitete 1947 in Hauptwil im Kanton St. Gallen als Dienstmädchen in einem privaten Haushalt. Dieser als typisch weiblich interpretierte Beruf wurde als Vorbereitung auf die Ehe gewertet, galt daher als zielführende, für Frauen geeignete Beschäftigung.

Der Arbeitsaufwand in der Schweiz war zumeist intensiv. Berichte über lange Arbeitszeiten stellten eine Konstante der Interviews dar. Die Biografinnen und Biografen empfanden die schwere Arbeit als Selbstverständlichkeit, es sei jedem und jeder Migrierenden bewusst gewesen, hart arbeiten zu müssen. So erinnert sich etwa Frau K.: „Ja ich hab nicht viel frei gehabt, ich war ja in der Küche und dort hab' ich auch nur am Nachmittag eine Stunde frei g'habt, wir haben ja in ganzen Tag kochen müssen.“ Und ihr Mann, der ebenfalls in der Schweiz gewesen war, ergänzte: „Das sind wir eh gewohnt gewesen – arbeiten sind wir eh gewohnt gewesen, nicht, wir haben ja schon daheim viel gearbeitet.“<sup>107</sup> Das Ehepaar K., im Bezirk Leibnitz wohnhaft, hatte unmittelbar nach der Heirat ein Jahr gemeinsamen Arbeitsaufenthaltes verbracht. Alois K. war zuvor schon allein in der Schweiz gewesen, hatte kurz als Hausbursche in einem Hotel und dann in einem landwirtschaftlichen Betrieb mit angeschlossener Gastwirtschaft gearbeitet.

In der Schweiz bestanden trotz aller Belastungen vielfach Freiräume, die von den Migrierenden begeistert genutzt wurden. Frau Katharina K. verbrachte von 1949 bis 1951 zwei Jahre als „Mädchen für alles“ in einem kleinen Hotel am Vierwaldstättersee. Sie war als eines von vier Kindern einer Bergbauernfamilie aufgewachsen und berichtete über die Freizeit in der Schweiz:

„Also ich bin mutterseelenallein mit den Bergbahnen bis hinauf gefahren, also, das hat mir überhaupt nix gemacht. Mit dem Rad auf der Axelstraße, dann mit dem Schiff nach Luzern. Und dort hab ich dann meinen ersten Mantel gekauft, also – mein Vater hat ja wollen, dass ich das Geld alles heimschick und auf die Bank leg, aber ich hab mich zuerst einmal ordentlich eingekleidet. (lacht) Also das war, war wirklich, das hat mir sehr, sehr taugt. Ja – und dann bin ich noch ein zweites Jahr geblieben und dann hab ich gesagt, jetzt will ich wieder heim.“<sup>108</sup>

Die Migrationsbewegung der 1940er und 50er Jahre in die Schweiz ist somit in erster Linie unter dem Aspekt der Chancenwahrnehmung zu verstehen. Denn es war nicht die dauerhafte Ortsveränderung, das Verlassen des ländlichen Raumes, das als Wunschziel der Migrantinnen und Migranten fungierte. Vielmehr wurde die Chance einer situativen Verbesserung wahrgenommen. In keiner der dokumentierten Lebensgeschichten war mit dem Aufbruch in die Schweiz ein konkreter Plan verbunden. Geld zu verdienen und etwas Neues kennen zu lernen standen im Mittelpunkt der Überlegungen. Die Aufenthaltsdauer oder der Zeitpunkt der Rückkehr standen im Vorfeld der Reise nicht fest und wurden auch im Verlauf des Auslandsaufenthaltes kaum thematisiert. Dennoch wurde die endgültige Heimreise in die Herkunftsregion – in der Erinnerung der Betroffenen – als eine unvermeidbare Entwicklung präsentiert.<sup>109</sup> Diese erfolgte, wie auch der Aufbruch, oftmals sehr spontan und wiederum auf Grund von Angeboten, deren Wahrnehmung lohnend erschien. Der Versuch, eine Charakterisierung der Wanderungen vorzunehmen, muss sich an den Erfahrungen der Betroffenen orientieren. Deren Vorgehen beruhte darauf, Möglichkeiten zu ergreifen und solcherart die eigene Lebenssituation zu verbessern. Paradoxaerweise kann die Arbeitsmigration in die Schweiz teilweise als Gegendtrend zur Landflucht interpretiert werden. Der Ar-

beitsaufenthalt in der Schweiz stellte die Voraussetzung dar, schwierige Zeiten zu überbrücken. Angebote wurden pragmatisch wahrgenommen und bestmöglich zu nutzen versucht. Die Entscheidung zu einer dauerhaften Veränderung musste nicht gefällt werden. Während viele der Migrierenden die in der Schweiz erfahrene Qualifizierung nutzten, um sich in der Schweiz niederzulassen, verstanden es andere als Möglichkeit nach erfolgtem Auslandsaufenthalt am österreichischen Arbeitsmarkt neu und besser Fuß zu fassen. Die Mehrheit der Zurückgekehrten tat dies in den oftmals ländlichen Ausgangsregionen ihrer Migrationen.

Die Entscheidung zur Rückkehr wurde von den Migrantinnen und Migranten meist ebenso pragmatisch getroffen, wie dies bereits beim Aufbruch in die Schweiz der Fall gewesen war. Die Gründe ähnelten einander; vielfach waren es Zufälle, die zu einem endgültigen Bleiben in der Heimatregion führten. Das Kennenlernen späterer Ehepartnerinnen oder Ehepartner bei Urlauben etwa, die Aussicht auf eine attraktive Arbeitsstelle in der näheren Umgebung oder auch die plötzliche Krankheit eines Familienmitgliedes konnten Ursachen sein. Alle Interviewpartnerinnen und -partner heirateten früher oder später, gründeten Familien und durchschritten teilweise verschiedenste berufliche Karrieren. Die Monate und Jahre in der Schweiz bewirkten für die Migrierenden einen enormen Zuwachs an Wissen und Qualifikationen. Der gewonnene Erfahrungsschatz wurde auch in den Gesprächen selbstbewusst hervorgehoben, Fortgehen und Neues-Kennenlernen als geradezu unabdingbare Voraussetzung für das Erwachsenwerden interpretiert. In einem beruflichen Sinne hatten nur wenige der Betroffenen Nutzen aus dem Auslandsaufenthalt ziehen können. Die Männer hatten tendenziell mehr von ihren zusätzlichen Kenntnissen in der Berufswelt profitiert, wenn auch der Wiedereinstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt durchaus mit Schwierigkeiten und Deklassierung verbunden sein konnte. Die Frauen arbeiteten zu einem hohen Prozentanteil auch nach ihrer Rückkehr und einer Familiengründung. Ihr Einkommen wurde zumeist als Zuverdienst verstanden, beruflicher Aufstieg wurde nicht zum Teil ihrer Lebensplanung. Das Lebensziel der Frauen war – ihren Erzählungen folgend – mit der erfolgten Eheschließung erreicht worden. Die interviewten Männer wiederum waren froh geheiratet zu haben, Ehe und Familie hatten jedoch nie im selben Ausmaß, wie dies bei den Frauen der Fall gewesen war, als biografisches Ideal fungiert.

In der Rückschau zogen alle interviewten Migrantinnen und Migranten ein äußerst positives Resümee ihrer Jahre in der Schweiz. Die Migrierenden hätten durchaus die rechtliche Möglichkeit gehabt in der Schweiz zu bleiben und nach zehn Jahren um Einbürgerung anzusuchen. Ohne einen entsprechenden Partner oder eine Partnerin wurde diese Vorgehensweise jedoch nicht in Erwägung gezogen. Tatsächlich war die überwiegende Mehrheit österreichischer Migrierender, die schlussendlich in der Schweiz verblieben, mit einem Schweizer oder einer Schweizerin verheiratet.<sup>110</sup> Gerade die Frauen waren auf Grund dieser Tatsache auch mit Anfeindungen konfrontiert. Die Ausländerinnen nähmen den Schweizerinnen die Männer weg, lautete die Anschuldigung.<sup>111</sup> Zwei der interviewten Frauen zählen selbst zu der Gruppe der in der Schweiz Verbliebenen. Trotz ihrer mehrheitlich erfolgreich verlaufenen Biografien fühlten sich beide nicht als Schweizerinnen, gaben vielmehr an, in gewisser Hinsicht in der Schweiz „hängen geblieben“ zu sein und nunmehr vor allem wegen der Kinder und Enkelkinder nicht nach Österreich gehen zu können.<sup>112</sup>

Die in dieser Thematik geäußerte Kritik führte jedoch nicht zu einer Neubewertung der Schweizer Verhältnisse oder einer Neuzeichnung des positiven Schweiz-Bildes. Vor mehr als sechs Jahrzehnten entworfen, behielt es seine ideale Färbung bis in die Gegenwart bei.

Tatsächlich war die Schweiz – und blieb es in den Erzählungen bis heute – ein Traumland der Migrierenden. Somit wird offenkundig, dass auch aus ihrer Sicht die Chancenwahrnehmung als zentrales Element fungierte.<sup>113</sup>

## Resümee

Die pauschalisierte Einschätzung als Landflucht trifft nicht den Kern der nachkriegszeitlichen Arbeitsmigrationsbewegung in die Schweiz. Die komplexen Lebenserfahrungen lassen grundsätzlich derartig vereinfachende Modelle problematisch erscheinen. Doch auch die schematische Überblicksdarstellung verdeutlicht rasch, dass die Menschen nicht die Wahl zwischen ‚Land‘ und ‚Stadt‘, ‚klassischem‘ Dienst (Knechte, Mägde, Dienstmädchen) und ‚moderner‘ Industriearbeit trafen. Vielmehr ist dem Aspekt der Chancenwahrnehmung in verstärktem Ausmaß Aufmerksamkeit zu schenken: Migrierende in die Schweiz nutzten Gelegenheiten, sie nahmen jede sich bietende Chance wahr. Dabei wurden nicht langfristige Pläne verfolgt, sondern vielmehr kurzfristige Möglichkeiten der erfolgreichen Lebensgestaltung gesucht. Waren verlockende Arbeitsangebote aus der Schweiz gegeben, wurden diese genutzt – auch wenn der Arbeitsplatz ein abgelegener Berggasthof oder ein landwirtschaftlicher Betrieb war. Die Gelegenheit des besseren Verdienstes, die Möglichkeit neue Erfahrungen zu sammeln und auch der Gedanke „ein Abenteuer“ zu erleben standen im Zentrum. Die Remigrationen, die wiederum in die – ländlichen – Ausgangsregionen führten, standen unter ähnlichen Vorzeichen: Neuerlich waren es Chancen, die genutzt wurden. Soll eine Charakterisierung der Migrationsbewegung vorgenommen werden, so ist vor allem die Perspektive der Betroffenen, der migrierenden Menschen, mit einzubeziehen. Von ihrem Standpunkt aus betrachtet ist der Aspekt der Chancenwahrnehmung von zentraler Bedeutung. Es wurden nicht langfristige Pläne entworfen, sondern vielmehr pragmatisch auf Entwicklungen und Angebote reagiert. Die Ausschöpfung von Möglichkeiten ist somit als konstitutives Element der Migrationen in die Schweiz zu verstehen.

## Anmerkungen

- 1 Siehe dazu: Gerda Neyer, Auswanderungen aus Österreich. Ein Streifzug durch die „andere“ Seite der österreichischen Migrationsgeschichte, in: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien 1996, 13–29, hier 18.
- 2 Neyer, Auswanderungen, 19.
- 3 Wird der Betrachtungszeitraum von 1945 bis in die 1990er Jahre ausgedehnt, kann ein klarer Überhang inereuropäischer Migrationen konstatiert werden. Detaillierte Angaben sind grundsätzlich erst ab den 1990er Jahren möglich, da erst ab diesem Zeitpunkt eine österreichische (Aus-)Wanderungsstatistik besteht. Siehe dazu: Adelheid Bauer-Fraiji/Abderrahim Fraiji, Auswanderungen von Österreichern und Österreicherinnen nach 1945. Statistische Darstellung, in: Horvath/Neyer (Hg.), Auswanderungen, 279–320. Informationen zu den Migrationen von österreichischen Staatsangehörigen sind den Einwanderungs- und Aufenthaltsstatistiken der Aufnahmeländer zu entnehmen. Diese vermitteln folgendes Bild österreichischer Migrationen: Während 1960 in den „13 wichtigsten österreichischen ‚Auswanderungsländern‘“ rund 193.000 ÖsterreicherInnen lebten, waren es 1990 rund 323.000. Dies bedeutet eine Zunahme der „Auslandsösterreicher“ um ca. 67 Prozent. Neyer, Auswanderungen, 19. Grundsätzlich gilt es darauf hinzuweisen, dass Auswanderungen aus Österreich in der Forschung stark unterrepräsentiert sind. Dies stellt kein alleiniges österreichisches Phänomen dar und ist in engem Zusammenhang mit staatlicher (Im-)Migrationspolitik zu sehen. Vergleiche dazu Ute Sonnleitner,

- Weibliche steirische Arbeitsmigration in die Schweiz während der Nachkriegszeit, in: *Zeitgeschichte* 38 (2011) H. 5, 297–316, hier 297 f.; Irial Glynn, *Emigration, memories and immigration. Realities in Ireland and Italy*, in: Brian Fanning/Ronaldo Munck (Hg.), *Globalization, migration and social transformation. Ireland in Europe and the world*, Farnham 2011, 65–77, hier 66; Desley Deacon/Penny Russell/Angela Woollacott, *Introduction*, in: dies. (Hg.), *Transnational Lives. Biographies of Global Modernity, 1700–Present*, New York 2010, 1–11, hier 2. Zur Situation in Deutschland siehe: Jan Philipp Sternberg, *Auswanderungsland Bundesrepublik. Denkmuster und Debatten in Politik und Medien 1945–2010*, Paderborn 2012.
- 4 Den Autorinnen ist bewusst, dass die duale Frau-Mann-Kategorisierung ein gesellschaftliches Konstrukt darstellt. Da sich aber sämtliche Interviewpartnerinnen und -partner selbst eindeutig einer der beiden Kategorien zuordnen, wird in der Folge die Sprechweise einer Trennung in „Frau“ und „Mann“ vorgenommen.
  - 5 Eine Tradition österreichischer (Aus-)Wanderungen in die Schweiz besteht bereits vor 1945, wobei teilweise starke Ähnlichkeiten zur Phase zwischen 1945 und 1955 gegeben waren, womit insbesondere die Dienstmädchen-Migrationen angesprochen sind. Dennoch können die 1930er Jahre und der Zweite Weltkrieg als Zäsur verstanden werden. Die Einführung des ANAG 1931 und die Schließung der Grenzen bewirkten einen Bruch in der Tradition der österreichischen Migrationen in die Schweiz und führten zu neuen Verhältnissen. Nach 1955 ist ein Wandel in der österreichischen Migrationsbewegung in die Schweiz feststellbar: Der Anteil der Frauen nahm sukzessive ab, die Männer arbeiteten in anderen Bereichen (Baugewerbe, Industrie).
  - 6 Leider sind nähere Daten zu ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Aufenthaltsdauer nicht bekannt. Anita Pretenthaler-Ziegerhofer/Karin M. Schmidlechner/Ute Sonnleitner, „Hausochter gesucht“. Steirische Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz (*Grazer Gender Studies*, Bd. 13), Graz 2010, 25 f.; Ulrike Pröll, *Österreichische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Schweiz*, in: Horvath/Neyer (Hg.), *Auswanderungen*, 433–457.
  - 7 Karin M. Schmidlechner widmet sich in einem Kapitel ihrer Habilitation dem Thema weiblicher Auslandsarbeit. Karin M. Schmidlechner, *Frauenleben in Männerwelten: Kriegsende und Nachkriegszeit in der Steiermark* (*Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte*, Bd. 10), Wien 1997, 192–197. Weitere Beiträge beziehen sich auf das Burgenland, den Raum Wien und Kärnten als Ausgangsregionen. Pröll, *Österreichische Arbeitnehmer*; Alexandra Schmidt, *Heimatnah. Kärntner Gastarbeiterinnen in der Schweiz 1950–1965*, in: *Der Onkel aus Amerika – Aufbruch in eine Neue Welt*, Katalog zur Sonderausstellung vom 5. Mai bis 31. Oktober 2006 im Museum der Stadt Villach. Ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Villach und des Vereines Industriekultur und Alltagsgeschichte, Klagenfurt/Celovec 2006. Kurze Erwähnungen finden sich in *Arbeiten*, die sich mit der Entwicklung der steirischen Landwirtschaft in den 1950er Jahren beschäftigen. Günter R. Burkert-Dottolo, *Das Land geprägt: die Geschichte der steirischen Bauern und ihrer politischen Vertretung*, Graz 1999, 171; Karl Kaser/Karl Stocker, *Bäuerliches Leben in der Oststeiermark seit 1848*. Bd. 1: *Landwirtschaft von der Selbstversorgung zum Produktivitätszwang*, Graz 1987, 213; Mark Steininger, *Die Industrialisierung der Landwirtschaft – am Beispiel der Südoststeiermark 1945–1970*, unveröffentlichte phil. Diplomarbeit, Universität Graz 2010, 90; Franziska Stöckler, *Die Beratungs- und Bildungsarbeit der steirischen Kammer für Land- und Forstwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Bezirkskammer Weiz von 1945 bis 1970*, unveröffentlichte phil. Diss., Universität Graz 1995. Auch in der Schweiz beginnt das Interesse am Themenfeld erst allmählich zu wachsen. Vgl. hierzu die Arbeiten von Andrea Althaus, zuletzt: Andrea Althaus, *In Stellung. Die Lebens- und Arbeitswelten von Dienstmädchen und Hausangestellten*, in: Elisabeth Vavra (Hg.), *Frauenleben in Niederösterreich*, Weitra 2014, 74–79.
  - 8 Pröll, *Österreichische Arbeitnehmer*; Schmidt, *Heimatnah*.
  - 9 Projekt *Steirische Arbeitsmigration im Rahmen von: Spectro – gemeinnützige Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung GmbH*, Projektandin Dr. Ute Sonnleitner, Oktober 2011 – September 2012.
  - 10 Die Interviewpartnerinnen und -partner reagierten auf zwei Aufrufe in Tageszeitungen. Während der Aufruf zur ersten Interviewserie „Frauen, die zwischen 1945 und 1955 im Ausland gearbeitet“ hatten, fokussierte, war der zweite in einem Artikel über die Ergebnisse der ersten Projektphase eingebettet (Petra Prascsaics, *Gesucht: fleißige Mädchen*. *Grazer Historikerinnen beleuchten das Leben der Gastarbeiterinnen in der Schweiz*, in: *Kleine Zeitung Wissen* vom 16.5.2010, 16–17). Die Interviews zeigten deutliche Unterschiede: Die Interviewten nahmen in den narrativen Gesprächen Bezug auf die in dem Zeitungsartikel angesprochenen Themen. Beiden Gruppen ist gemeinsam, dass eine Beschäftigung mit dem Thema im Vorfeld noch nicht stattgefunden hatte, die Biografinnen und Biografen somit noch nicht ‚auserzählt‘ waren. Sie agierten vielmehr frei von kollektiven Vorgaben zu dem spezifischen Thema. Das Rahmenthema Migration wurde sehr wohl in gesellschaftliche Zusammenhänge gesetzt: teilweise in Form einer Distanzierung, teilweise aber auch mit Identifizierung (hier wurde in beiden Fällen vor allem auf sogenannte Ausländer in Österreich rekurriert).
  - 11 Die jeweiligen Quellen werden an entsprechender Stelle bezeichnet.

- 12 Bei dem Versuch Lokalgeschichten zu schreiben, werden die Verwobenheit und wechselseitigen Bedingtheiten verschiedener Beziehungsstrukturen und -ebenen hervorgehoben. „Das Makro beschreibt [...] nicht länger eine umfassendere oder ausgedehntere Stätte [...], sondern vielmehr einen anderen, gleichfalls lokalen, gleichfalls Mikro-Ort, der mit vielen anderen durch irgendein Medium verbunden ist.“ Bruno Latour, *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in Akteur-Netzwerk-Theorie*, Frankfurt am Main 2007, 304; vgl. dazu Margareth Lanzinger, *Das Lokale neu positionieren im actor-network-Raum – globalgeschichtliche Herausforderungen und illyrische Steuerpolitiken*, in: Beate Binder/Michaela Fenske (Hg.), *Historische Anthropologie. Standortbestimmungen im Feld historischer und europäisch ethnologischer Forschungs- und Wissenspraktiken*, in: *Historisches Forum* 14 (2012), 51–63, [http://edoc.hu-berlin.de/e\\_histfor/14](http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/14).
- 13 Gemäß dieser setzt sich der Migrationsprozess aus drei Phasen zusammen und zwar aus Phase eins, die von der Entstehung von Wanderungsbereitschaft bis zur Entscheidung zu migrieren reicht, Phase zwei, die die Reise zum gewählten Zielort umfasst, und Phase drei, die sich auf die Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft bezieht. Klaus J. Bade u.a. (Hg.), *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, 32.
- 14 Dies vor allem auch deshalb, weil in der Migrationsforschung lange Zeit die Formen permanenter Migration überbewertet wurden und angenommen wurde, dass temporäre Migrationsformen in permanente Migrationen übergehen. Dabei wurde auch nicht berücksichtigt, dass sich Wanderungsabsichten im Migrationsprozess ändern konnten und eine ursprüngliche Saison- oder Zeitwanderung zu einer dauerhaften Migration führen konnte und umgekehrt. Dirk Hoerder/Jan Lucassen/Leo Lucassen, *Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung*, in: Bade u.a. (Hg.), *Enzyklopädie Migration*, 28–53, hier 38; Jan Lucassen, *Temporal Migration from a Historical Perspective*, in: Thomas Geisen (Hg.), *Arbeitsmigration. WanderarbeiterInnen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft (Beiträge zur Regional- und Migrationsforschung, Bd. 5)*, Frankfurt am Main 2005, 37–50, hier 40. Siehe auch: Jochen Oltmer, *Migration im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 86)*, München 2010, 1. Sehr häufig handelte es sich gerade bei den ProtagonistInnen der temporären Migrationsform um unverheiratete Menschen, die noch zu jung für einen eigenen Haushalt waren, wie es auch bei den steirischen Migrantinnen, die ebenfalls temporäre, aber nicht saisonale Arbeitsmigrantinnen waren, der Fall war. Thomas Geisen, Einleitung, in: Geisen (Hg.), *Arbeitsmigration*, 7–19, hier 10.
- 15 Dazu siehe: Sylvia Hahn, *Migration-Arbeit-Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2008.
- 16 Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung dieser Theorie hatten feministische Studien, die sich seit Mitte der 1970er Jahre bei der Beschäftigung mit Individuen auf deren Geschlechterzugehörigkeit konzentriert und herausgearbeitet haben, wie durch die Geschlechterzugehörigkeit die Lebensmöglichkeiten beeinflusst werden. Daraufhin erschienen in den 1980er und 90er Jahren zahlreiche, vor allem soziologische Studien, die sich mit den unterschiedlichen Möglichkeiten für Migrantinnen, sich in ihrem neuen Leben zurechtzufinden, auseinandersetzen und ein sehr differenziertes Bild vom Alltagsleben dieser Frauen bieten. Dazu: Hahn, *Migration*.
- 17 Dazu siehe auch: Karin M. Schmidlechner, *Oral History als Methode der Historischen Frauenforschung*, in: Karin M. Schmidlechner (Hg.), *Signale (Veröffentlichungen zur historischen und interdisziplinären Frauenforschung, Bd. 1)*, Graz 1994, 9–24; Karin M. Schmidlechner, *Oral History: considerations on a never-ending story*, in: Ulrike Tischler (Hg.), *From 'Milieu de mémoire' to 'lieu de mémoire'. The cultural memory in the 20th century*, München 2006, 125–138.
- 18 Donna Gabaccia (Hg.), *Seeking Common Ground: Multidisciplinary Studies of Immigrant Women in the United States*, Westport 1992; *International Migration Review* 18 (Winter 1984).
- 19 Ingrid Oswald, *Migrationssoziologie*, Konstanz 2007, 24 f.
- 20 Oswald, *Migrationssoziologie*, 23–26.
- 21 Das heißt, die qualitative Sozialforschung beschäftigt sich mit den mikro- und mesosozialen Aspekten der gesellschaftlichen Realität und ähnelt in dem Bereich der Forschungsweise der Kulturanthropologie bzw. Ethnologie. Oswald, *Migrationssoziologie*, 25.
- 22 Der Begriff der Assimilation soll in diesem Zusammenhang vermieden und darauf hingewiesen werden, dass kein Konsens bezüglich einer einheitlichen Definition besteht. Die zahlreichen Theorien, die diesbezüglich entwickelt wurden, beziehen sich auf unterschiedliche Kriterien wie z.B. Arbeit, Familie, Religion oder Politik und können letztendlich auch nur auf gewisse allgemeine Tendenzen hinweisen, wobei die Gefahr besteht, dass die individuellen Erfahrungen unberücksichtigt bleiben.
- 23 Dieser Vorgang findet in mehreren Stufen statt und wird von mehreren Faktoren beeinflusst.
- 24 Dazu siehe auch: John Salt/James Clarke/Philippe Wanner, *International Labour Migration*, Strasbourg 2004.



- 25 Bridget Anderson, Overseas Domestic Workers in the European Union, in: Janet Henshell Momsen (Hg.), Gender, migration and domestic service. Invisible Women, London 1999, 117–133; Elisabeth Aufhauser, Geschlecht und Migration. Zur Konstruktion und Rekonstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit in der internationalen Migration, in: Karl Husa/Christoph Parnreiter/Irene Stacher (Hg.), Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Frankfurt am Main 2000; Regula Bochsler/Sabine Gisiger, Dienen in der Fremde. Dienstmädchen und ihre Herrschaften in der Schweiz des 20. Jahrhunderts, Zürich 1989; Traude Bollauff, Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39, Wien/Berlin 2010; Giovanna Campani, Women Migrants. From Marginal Subjects to Social Actors, in: Robin Cohen (Hg.), The Cambridge Survey of World Migration, Cambridge 1995, 546–550; Marianne Friese, Dienstbotin. Genese und Wandel eines Frauenberufs, in: Claudia Gather/Birgit Geissler/Maria S. Rerich (Hg.), Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel, Münster 2002, 223–237; Geisen, Arbeitsmigration; Hahn, Migration; Helma Lutz (Hg.), Migration and Domestic Work. A European Perspective on a Global Theme, Ashgate 2008; Oltmer, Migration.
- 26 Die demografische Entwicklung im gesamten Europa führte dazu, dass im Prinzip jede Familie mehr Kinder großzog als auf dem Bauernhof oder durch die Lohnarbeit ernährt werden konnten. Die schlechten ökonomischen Bedingungen zwangen einzelne Familien, in der Ferne Arbeit und Lohn zu suchen. Für die Mehrzahl von Menschen waren die europäischen Migrationen freiwillige Wanderungen. Frei gestaltete sich nämlich die Entscheidungsfindung von wandernden Familien und Individuen zur Abwanderung und zwar insofern, als entschieden werden konnte, ob Migration notwendig war und wer gehen sollte oder durfte. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts änderten sich die Migrationsziele innerhalb Europas und es ist eine Süd-Nord-Arbeitsmigration aus dem Mittelmeerraum bzw. aus Südeuropa einschließlich Jugoslawiens festzustellen. Hoerder/Lucassen/Lucassen, Terminologien und Konzepte, 31 f.
- 27 Lucassen, Temporal Migration.
- 28 Vgl. Ebd.
- 29 Thomas Geisen, Einleitung, 10.
- 30 Z.B. waren um 1700 viele norwegische Dienstmädchen in Amsterdam beschäftigt. Raffaella Sarti, The Globalisation of Domestic Service – An Historical Perspective, in: Lutz (Hg.), Migration, 77–97.
- 31 Ebd.
- 32 Dabei stammten die ausländischen Dienstboten, die in diesem Zeitraum in Westeuropa tätig waren, im Allgemeinen aus Westeuropa selbst, meistens aus den Nachbarländern, wie etwa italienische Dienstboten, die nach Frankreich, oder Deutsche, die nach Holland gingen. Dies bedeutete, dass sich diese Migrantinnen zwar dem schwierigen Prozess unterwarfen, eine neue Sprache zu lernen und unterschiedliche Sitten und Gebräuche, trotzdem war diese Migration nicht so gravierend wie jene nach Amerika, vor allem, wenn man die englische Sprache nicht beherrschte. Das ist der Grund dafür, dass es relativ umfangreiches Material über migrierende Dienstbotinnen und Dienstboten in der Vergangenheit gibt. Im Unterschied dazu gibt es nur wenig über die ‚neuen‘ Dienstboten, weil sie sehr oft illegal im Land und daher nicht dokumentiert sind. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass schon vom 19. Jahrhundert an in vielen europäischen Ländern Möglichkeiten bestanden, die Zuwanderung von Dienstpersonal zu kontrollieren. Ebd.
- 33 Für 1955 wird die Zahl der beschäftigten Österreicherinnen im europäischen Ausland auf 75.000 geschätzt, für 1963 auf 93.000. Pröll, Arbeitnehmer, 433 f.
- 34 Weibliche Arbeitskräfte konnten aber auch in Holland, Italien und Schweden einen Arbeitsplatz finden. Kleine Zeitung vom 15.10.1948. Zit. nach: Ebd.
- 35 Neue Zeit vom 4.4.1948. Zit. nach: Schmidlechner, Frauenleben.
- 36 Pröll, Arbeitnehmer, 437.
- 37 Als Vermittlungsinstanzen von migrationswilligen Arbeitskräften fungierten die Arbeitsämter. 1952 wurden vom Landesarbeitsamt Wien 104 Arbeitskräfte in die Schweiz vermittelt, davon 68 in das Hotel- und Gastgewerbe und 16 in private Haushalte. Neben den Arbeitsämtern gab es auch auf Privatinitiative zurückgehende Vermittlungen.
- 38 Die Schweizer Gesetzgebung des – in weiterer Folge zu diskutierenden – ANAG kann als Wegbereiterin und Vorbild des europäischen Gastarbeiter-Systems verstanden werden. Die spezifische Konnotation und die Schwierigkeiten des Begriffes „Gastarbeiter“ sind den Autorinnen bewusst. Er findet gewissermaßen in ‚Brechung‘ einer starren Systematik und als Hinweis für die Variabilität und Konstruiertheit von Gruppenbildungen Verwendung.
- 39 Vgl. allgemein Sonnleitner, Weibliche steirische Arbeitsmigration.

- 40 Werner Haug, „...und es kamen Menschen“. Ausländerpolitik und Fremdarbeit in der Schweiz 1914 bis 1980, Basel 1980, 43.
- 41 Ebd.
- 42 Pröll, Österreichische Arbeitnehmer, 441.
- 43 Bezugnehmend auf Volkszählungsdaten befanden sich in Frankreich im Jahr 1896 1,2 Prozent und im Jahr 1901 6,9 Prozent Hauspersonal aus dem Ausland. In Belgien betrug der Anteil zwischen 1910 und 1938 zwischen 7,6 und 7,8 Prozent. In den Niederlanden waren 1920 9.100 Dienstmädchen registriert, 1923 allein aus Deutschland bereits 40.000. In Großbritannien gab es 1911 weniger als 11 Prozent ausländisches weibliches Dienstpersonal. Nach dem Ersten Weltkrieg benötigten ausländische Arbeitskräfte eine Arbeitsgenehmigung, um angestellt werden zu können. Sarti, Globalisation.
- 44 Ebd.
- 45 Vgl. dazu: Regula Bochsler/Sabine Gisiger, Städtische Hausangestellte in der deutschsprachigen Schweiz des 20. Jahrhunderts, Zürich 1989. Nach dem Krieg gab es in Westeuropa zunächst kaum Dienstmädchen, unter anderem auch deshalb, weil Frauen dahingehend bestärkt wurden, ihre Hausarbeit selbst zu erledigen. Aber bereits 1951 arbeiteten wieder 1,8 Mio. Menschen in der Hausarbeit, davon waren 1,3 Mio. Frauen. Sarti, Globalisation.
- 46 Dieses Kapitel ist eine aktualisierte Version des veröffentlichten Beitrages von Anita Pretenthaler-Ziegerhofer, Auf ins Schlaraffenland. Die rechtlichen Bestimmungen für steirische „Gastarbeiterinnen“ in der Schweiz, in: Pretenthaler-Ziegerhofer/Schmidlechner/Sonnleitner, Haustochter, 23–33.
- 47 Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG), SR 142.20, <http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19319917/history.html> (27.4.2014).
- 48 Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer, Ausländergesetz (AuG), SR 142.20, <http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20020232/index.html> (27.4.2014).
- 49 <http://www.masseneinwanderung.ch/> (27.4. 2014).
- 50 <http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis413t.html> (27.4. 2014).
- 51 Vgl. Pretenthaler-Ziegerhofer, Auf ins Schlaraffenland, 25–26.
- 52 Siehe Regula Argast, Staatsbürgerschaft und Nation. Ausschluss und Integration in der Schweiz 1848–1933 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 174), Göttingen 2007, 315.
- 53 Pröll, Österreichische Arbeitnehmer, 435–436.
- 54 Ebd., 441.
- 55 Übereinkunft zwischen der Schweiz und Österreich betreffend den österreichischen Zolldienst in den Bahnhöfen St. Margarethen und Buchs, sowie den Durchgangsverkehr der Zollorgane über kurze ausländische Verbindungsstrecken, abgeschlossen am 30. April 1947. Von der Bundesversammlung genehmigt am 9. Dezember 1947. In Kraft getreten am 25. Februar 1948, 0.631.252.916.31.
- 56 Abkommen zwischen dem Schweizer Bundesrat und der Österreichischen Bundesregierung über die gegenseitige Aufhebung der Visums-(Sichtvermerk-)Pflicht. Abgeschlossen am 14. September 1950. In Kraft getreten am 14. September 1950, 0.142.111.638 sowie Bundesgesetzblatt (BGBl) 1951/202 und 203.
- 57 Briefwechsel vom 1. Juni 1957 zwischen der Schweiz und Österreich betreffend die gegenseitige Aufhebung des Passzwanges beim Personenverkehr an der Grenze. In Kraft getreten am 15. Juni 1957, 0.142.111.638.3 sowie BGBl. 1957/159.
- 58 Interview mit Karl L., 20.2.2012. Sämtliche Tonaufzeichnungen befinden sich im Besitz der Verfasserinnen.
- 59 Interview mit Leonhard R., 10.8.2010.
- 60 Pretenthaler-Ziegerhofer/Schmidlechner/Sonnleitner, Haustochter, 112.
- 61 Ebd., 90.
- 62 Ebd., 81, 86.
- 63 Ebd., 119.
- 64 Sonnleitner, Weibliche steirische Arbeitsmigration, 306.
- 65 Interview mit Rosa Zi., 15.1.2009; Vgl. Sonnleitner, Weibliche steirische Arbeitsmigration, 309.
- 66 Die Bezeichnung wurde von Interviewpartnerinnen und -partnern als Zeichen eines „Nicht-Dazugehörens“ interpretiert. „Östricherli“ fand oftmals im Sinne einer ‚positiven Diskriminierung‘ Verwendung: Die Österreicherinnen und Österreicher wurden pauschal als „gemütlich, fleißig, arbeitsam“ klassifiziert. Betroffene werteten die Bezeichnung als eindeutiges Signal, nicht mit „den Schweizern“ auf einer Stufe zu stehen.
- 67 Haug, „... und es kamen Menschen“, 45.
- 68 Es scheint ein überraschend geringer Austausch zwischen den Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Vorfeld der Auswanderung stattgefunden zu haben: So erzählten sämtliche Interviewpartnerinnen und -partner

- vor Antritt des Aufenthaltes in der Schweiz nichts über das Land gewusst zu haben, auch mit niemandem über Arbeitsbedingungen oder ähnliches gesprochen zu haben.
- 69 Teilweise wird in der wissenschaftlichen Thematisierung zwischen Landflucht und Abwanderung unterschieden. Landflucht bedeutet demgemäß die gänzliche Abkehr von einem ländlichen Lebensumfeld, Abwanderung wiederum umreißt die berufliche Neuorientierung bei gleichzeitigem Verbleib in der gewohnten Wohnungsgemeinschaft. (Stöckler, Beratungsarbeit, 96 f., insbesondere Fußnote 1) Die Zwischen- bzw. Sonderstellung der steirischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in diesem Zusammenhang gilt es im Folgenden zu beleuchten.
- 70 Vgl. dazu aktuelle Zeitungsmeldungen: Landflucht ist nicht zu stoppen, aber zu mildern, in: *Kleine Zeitung* vom 20.1.2014, <http://www.kleinezeitung.at/allgemein/tribuene/3525371/landflucht-nicht-zu-stoppen-aber-zu-mildern.story> (13.8.2014); Gemeinden bieten Ursachen für die Landflucht die Stirn, in: *Kurier* vom 28.4.2014, <http://kurier.at/chronik/niederoesterreich/mostviertel/gemeinden-bieten-ursachen-fuer-die-landflucht-die-stirn/62.816.882> (12.5.2014).
- 71 Die Forschung konzentrierte sich zumeist auf das Zielgebiet der Landflucht und verhandelte die ihr zugeschriebenen Konsequenzen unter dem Titel der Verstädterung. Hier zeigt sich eine interessante Analogie zur Migrationsforschung: Auch hier sind es im überwiegenden Maße die Immigrationen, die wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Vgl. Henri Lefebvre, *Die Revolution der Städte*, München 1972. Erst in den letzten Jahren gibt es wiederum verstärkte Initiativen, ländliche Regionen im Allgemeinen und die Konsequenzen von ‚ländlichen‘ Wanderungsbewegungen im Besonderen zu untersuchen: Steinbrink, *Migration*; Deborah Bryceon, *Peasant theories and smallholder policies: past and present*, in: Deborah Bryceon/Cristóbal Kay/Jos Mooiji (Hg.), *Disappearing peasantries? Rural labour in Africa, Asia and Latin America*, London 2000, 1–36.
- 72 Hans Maurer (1888–1976) war von 1945 bis 1953 Abgeordneter zum Nationalrat der ÖVP. Er war von 1913 bis 1938 als Journalist tätig, hatte Rechtswissenschaften studiert und war als Landwirt tätig. [www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01092/](http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01092/) (24.2.2014).
- 73 Hans Maurer, *Das Problem der Landflucht. Vorschläge zu seiner Lösung*, Graz 1947, 5.
- 74 Sowohl wissenschaftliche Arbeiten als auch die Printmedien nahmen sich der Thematik an. Siehe beispielsweise: Roland Treschl-Lang, *Die Landflucht in der Steiermark*, unveröffentlichte iur. Diss., Universität Graz 1953; Landflucht – Nicht zuletzt Frage der Entlohnung, in: *Kleine Zeitung* vom 8.7.1951; Landflucht zeitigt Rekordarbeitslosigkeit, in: *Kleine Zeitung* vom 10.1.1953.
- 75 Vgl. dazu: Hoerder/Lucassen/Lucassen, *Terminologien und Konzepte*.
- 76 Ebd.: Städte stellen in einem globalen und historischen Vergleich die Hauptanziehungspunkt von Migrationen dar.
- 77 Maurer, *Probleme*, 18–20.
- 78 So wurden etwa Binnenwanderungen aus den östlichen in die westlichen Bundesländer als Landflucht verstanden, obwohl in Tirol, Vorarlberg und Salzburg vornehmlich landwirtschaftliche Hilfskräfte gesucht wurden, somit in keinem Fall von einer Abwanderung in „die Stadt“ die Rede sein kann. Vgl.: Landflucht – nicht zuletzt Frage der Entlohnung, in: *Kleine Zeitung* vom 8.7.1951.
- 79 Land- und hauswirtschaftliche Arbeitskräfte wandern in die Schweiz ab, in: *Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, Informationsdienst* (1951) H. 10, 7; Vgl. Landflucht – nicht zuletzt Frage der Entlohnung, in: *Kleine Zeitung* vom 8.7.1951.
- 80 Vgl. Sonnleitner, *Arbeitsmigration*, 297 f.
- 81 Vgl. auch gegenwärtige Migrationsbewegungen: Malte Steinbrink, *Migration, Netzwerk und „Entwicklung“*. Translokale Livelihoods in Südafrika, in: *IMIS-Beiträge* H. 42 (2012), 165–203, hier 179.
- 82 Land- und hauswirtschaftliche Arbeitskräfte wandern in die Schweiz ab, in: *Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, Informationsdienst* (1951) H. 10, 7.
- 83 Ebd.: Die Statistik wies folgende Zahlen auf: Bruck/Mur (35), Leoben (62), Knittelfeld (5), Judenburg (29), Murau (19), Liezen (1), Mürzzuschlag (1), Graz (85), Leibnitz (281), Feldbach (115), Hartberg (135), Fürstenfeld (27), Radkersburg (100), Weiz (150), Deutschlandsberg (30), Voitsberg (30).
- 84 Das Lohnniveau der landwirtschaftlichen Hilfskräfte war gerade in der Steiermark besonders niedrig, in einem österreichweiten Vergleich kam ein massives West-Ost-Gefälle zum Tragen. Landflucht – nicht zuletzt Frage der Entlohnung, in: *Kleine Zeitung* vom 8.7.1951.
- 85 Stefan Karner, *Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*, Graz 2000; Hubert Steindl, *Faschismus in der „Provinz“: Der Bezirk Mürzzuschlag 1933–1938*, unveröffentlichte phil. Diss., Universität Graz 1993.
- 86 Die Finanzierung der Schulungs- und Modernisierungsprojekte erfolgte unter anderem aus Mitteln des Marshallplans (ab 1948). Karl Kaser/Karl Stocker/Beatrix Vreca, *Vom Selbstversorger zum Nebenerwerbslandwirt*.

- Das Südoststeirische Flach- und Hügelland, in: Ernst Bruckmüller/Ernst Hanisch/Roman Sandgruber (Hg.), *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Regionen – Betriebe – Menschen*, Wien 2003, 299–362; Bernhard A. Reismann, *Landwirtschaft inmitten der Industrie. Die östliche Obersteiermark*, in: Bruckmüller/Hanisch/Sandgruber (Hg.), *Geschichte*, 363–438. Zu aktueller Forschungstätigkeit siehe: Rita Garstenauer: *Diskurs ohne Praxis? Landflucht und Abwanderung aus der Landarbeit (1920er bis 1960er Jahre)*, in: dies./Erich Landsteiner/Ernst Langthaler (Hg.), *Land-Arbeit. Arbeitsbeziehungen in ländlichen Gesellschaften Europas (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes, Bd. 5)*, Innsbruck 2010, 246–254.
- 87 Ebd. 327.
- 88 Eine derartige Lösung des Problems der Frauenarbeitslosigkeit wurde nur einmal in einem Nebensatz des Arbeitsamt-Jahresberichtes 1952 angedeutet (geschrieben 1953 zum Höhepunkt der Arbeitslosigkeit), kam jedoch allem Anschein nach nicht zur Umsetzung. Arbeitsamt Jahresbericht 1952, 13.
- 89 Landesarbeitsamt Steiermark, Jahresbericht 1952, Graz 1953, 4.
- 90 Landesarbeitsamt Steiermark, Jahresbericht 1953, Graz 1954, 6.
- 91 Landesarbeitsamt Steiermark, Jahresbericht 1954, Graz 1955, 12.
- 92 Im Gegensatz zu den Migrationen nach Großbritannien oder auch Übersee – der Unterschied bestand in der aktiven Anwerbepolitik der Aufnahmeländer, die für eine verstärkte Bekanntheit der Migrationsmöglichkeiten eintraten. Vgl. Isabel Schropper, *Austrian Female Migration to Great Britain, 1945–1960. Documenting the „forgotten“ Migrants to post-war Britain*, unveröffentlichte phil. Diss., University of London 2010.
- 93 Interview mit Marianne H. (9.2.2009).
- 94 Vergleiche dazu auch Pröll, Arbeitnehmer.
- 95 Landeskammer für Land und Forstwirtschaft Steiermark, Informationsdienst (1951) H. 10, 7; Landeskammer für Land und Forstwirtschaft Steiermark, Informationsdienst (1956) H. 7, 144.
- 96 Vergleiche Klagen über Landflucht und Landarbeitermangel: Landeskammer für Land und Forstwirtschaft Steiermark, Informationsdienst (1951) H. 14, 10; Landeskammer für Land und Forstwirtschaft Steiermark, Informationsdienst (1953) H. 2, 7.
- 97 Landeskammer für Land und Forstwirtschaft Steiermark, Tätigkeitsbericht 1950/51, 198.
- 98 Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark, Jahresbericht 1952, Graz 1953.
- 99 Interviewpartner Leonhard R. beklagte sich explizit darüber, dass seine auf Erfahrungen aus der Schweiz beruhenden Vorschläge selbst bei Fortbildungsveranstaltungen in Österreich keinerlei Aufmerksamkeit erfahren hätten. Interview mit Leonhard R., 10.8.2010.
- 100 Die fehlende Bereitschaft sich der Thematik Migration zu stellen kann ebenso wie der Mangel an Anerkennung des Potentials migratorischer Arbeitskräfte als Konstante österreichischer Politik verstanden werden.
- 101 Vgl. diverse Erzählungen von Interviewpartnerinnen: Pretenthaler-Ziegerhofer/Schmidlechner/Sonnleitner, *Haustochter*.
- 102 Eine Thematisierung fand ebenfalls in Bezug auf die Landflucht statt. Die Bezahlung landwirtschaftlicher Kräfte müsse österreichweit auf dasselbe Niveau gebracht werden, wurde argumentiert. In Kärnten, Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark seien die Löhne besonders niedrig, weshalb „bereits ein Abwandern landwirtschaftlicher Arbeitskräfte nach den westlichen Bundesländern einsetzt.“ *Landflucht – nicht zuletzt Frage der Entlohnung*, in: *Kleine Zeitung* vom 8.7.1951.
- 103 Die Bedeutung von Gefühlen sollte auch in der Migrationsforschung Berücksichtigung erfahren. Vgl. Maruska Svasek (Hg.), *Moving Subjects, Moving Objects. Transnationalism, Cultural Production and Emotions*, New York/Oxford 2012.
- 104 Interview mit Hermine P., 4.3.2009.
- 105 Interview mit Edith L., 12.6.2012.
- 106 Interview mit Martha B., 23.1.2009.
- 107 Interview mit Alois K., 14.11.2011.
- 108 Interview mit Katharina K., 3.3.2009.
- 109 Dass es sich dabei tatsächlich um eine Erinnerungsprojektion handelt, beweist die Tatsache der zahlreichen in der Schweiz verbliebenen Österreicherinnen und Österreicher. Deren Migrationskonzepte hatten sich keineswegs von jenen der Rückkehrenden unterschieden.
- 110 Die Ehe mit einem Schweizer oder einer Schweizerin war von Vorteil, da damit die Einbürgerung erleichtert wurde. Siehe dazu auch Pröll, Arbeitnehmer.
- 111 Bochsler/Gisiger, *Städtische Hausangestellte*, 388 u. 399. Zur allgemeinen Sexualisierung der Dienstmädchen: Ebd., 567–578.

- 112 Telefoninterview mit Johanna W., 31.8.2010; Interview mit Christine T., 2.8.2010. Frau T. befand sich auf Besuch in der Steiermark und erzählte in Graz über ihr Leben.
- 113 Pragmatismus in der Beschreibung schlechter Migrationserfahrungen wurde auch in anderen Zusammenhängen beobachtet. Louise Ryan meint, dass emotionale Kosten der Migrationen gesamtgesellschaftlich als unwichtig eingeschätzt, Vorteile (z.B. materielle Rücksendungen) in den Vordergrund gestellt würden. Svasek, Introduction, 10 f.

„Hast das erfahren halt, dass die dort wen aufnehmen und dass du dir ein Geld verdienen kannst, weil wir selber nichts gehabt haben.“<sup>1</sup>

## Die südburgenländische Arbeitsmigration in die Schweiz von 1950 bis 1970 in lebensgeschichtlichen Interviews

„Jede Burgenländerin und jeder Burgenländer hat eine Tante oder einen Onkel in Amerika“. Diese im Burgenland gebräuchliche Aussage verweist auf die realen Verwandtschaftsverhältnisse vieler Burgenländerinnen und Burgenländer. Doch nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada waren beliebte Emigrationsziele, die Pendel- und Saisonwanderung nach Wien, Niederösterreich und in geringerem Maße in die Oststeiermark prägt das Burgenland seit der Zwischenkriegszeit. Die Überseewanderung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von einer Europawanderung abgelöst, wobei insbesondere die Schweiz als Arbeitsdestination sehr viele junge Männer und auffallend viele Frauen angezogen hat. Der anfangs zitierte Satz müsste folglich abgeändert werden in „Jede Burgenländerin und jeder Burgenländer hat eine Tante oder einen Onkel in Amerika, Wien und/oder in der Schweiz“, um die Realität der Migrationsbewegungen aus dem historisch betrachtet bedeutendstem Auswanderungsbundesland Österreichs<sup>2</sup> treffend zu beschreiben.

Der aktuelle Forschungsstand zu diesem Themenkomplex ist auf wenige Aufsätze beschränkt.<sup>3</sup> Eine erste umfassendere Darstellung der südburgenländischen Wanderungsbewegung liegt in einer von der Autorin verfassten Diplomarbeit vor, die diesem Aufsatz zugrunde liegt.

Es stellt sich die Frage, inwieweit der historische, wirtschaftliche und politische Kontext des Südburgenlandes als periphere Grenzregion, als auch die soziale und familiäre Situation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten eine Rolle für die Auswanderung gespielt haben. Zudem soll geklärt werden, welchen Einfluss die Rekrutierung durch Schweizer Unternehmen und Privathaushalte, die Vermittlungstätigkeit der burgenländischen Arbeitsämter und die sozialen Migrationsnetzwerke vor Ort für den Entschluss zur Auswanderung hatten. Ein weiterer Fokus wird auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Migrierenden im Ziel- und Herkunftsland gelegt und deren Einfluss auf den temporären, zirkulären bzw. permanenten Verbleib in der Schweiz erläutert. Neben einer theoretischen Verortung wurden Melderegisterrecherchen aus zwei südburgenländischen Gemeinden und 13 nach der Methode der Oral History geführten, leitfadengestützten, teilnarrativen Einzelinterviews mit zwischen 1952 und 1969 in die Deutschschweiz gewanderten Südburgenländerinnen und Südburgenländern in Beziehung gestellt.

# Das Burgenland als Auswanderungsregion im historischen Kontext

Im Gebiet des heutigen Burgenlandes haben Wanderungsbewegungen inner- und außerhalb der im Laufe der Geschichte wechselnden Staatsgrenzen eine lange Tradition. Als Grenzland an der Peripherie<sup>4</sup> ist das Burgenland das jüngste und zugleich wirtschaftsschwächste österreichische Bundesland. Die historischen Wurzeln dieses Entwicklungsrückstandes sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu finden, in der das westungarische Grenzgebiet von Industrialisierungsbestrebungen ausgeschlossen blieb. Hinzu kam das System der realen Erbteilungen, das zur Bildung von Kleinstlandwirtschaften führte. Ab 1875 zog es viele Menschen als Saisonarbeiterinnen und -arbeiter vor allem nach Wien und in die Industriezentren des Wiener Beckens. Die erste Hochphase der Überseewanderung stellte der Zeitraum von 1901 bis 1910 dar, wobei 1907 als das stärkste Auswanderungsjahr der ungarischen Geschichte gilt, als 209.000 der 386.000 aus der Habsburgermonarchie emigrierenden Personen aus der ungarischen Reichshälfte kamen.<sup>5</sup> Der südburgenländische Ort Kukmirn verlor im Jahre 1903 etwa zehn Prozent seiner Gesamtbevölkerung durch die Auswanderung in die USA.<sup>6</sup> Jedoch gab es in dieser Zeit auch Wanderungsbewegungen innerhalb Europas, etwa ins Deutsche Reich, nach Ungarn, Russland oder auch in die Schweiz. Von 1919 bis 1937 erfolgte die zweite Hochphase der Amerikawanderung, wobei Neyer hier neben politischen und wirtschaftlichen Faktoren das hohe Ausmaß an organisierten Gruppenwanderungen, die Unterstützung und Förderung der Emigration durch den Staat und die öffentlichen Debatten um Auswanderungen als kennzeichnende Merkmale dieser Zeit anführt.<sup>7</sup> Ökonomisch gesehen hatte das Burgenland aber auch nach dem 1921 erfolgten Anschluss an Österreich mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche Floiger wie folgt zusammenfasst: „Vom Stiefkind Ungarns zum Aschenbrödel der Republik Österreich.“<sup>8</sup> Zwei Drittel der burgenländischen Bevölkerung war in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, im heutigen südburgenländischen Bezirk Güssing lag der Anteil der Bevölkerung im Agrarsektor sogar bei 82 Prozent.<sup>9</sup> Die bis heute andauernde charakteristische Entwicklung des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles im Burgenland nimmt in dieser Zeit ihren Anfang. Bedingt durch den eklatanten Arbeitsplatzmangel und die mangelhafte infrastrukturelle Ausstattung erhöhten sich die Pendel-, als auch die Saison- und vor allem die Überseewanderungsquoten in dieser Zeit enorm. 1923 entfielen 43 Prozent der gesamtösterreichischen Auswanderung auf das Burgenland. Allein in den Jahren von 1922 bis 1924 wanderten 13.552 Burgenländerinnen und Burgenländer nach Übersee, allen voran in die Vereinigten Staaten, aus.<sup>10</sup> Dujmovits merkt hier an, dass das Burgenland in Hinsicht auf das Ausmaß der Amerikawanderung von nur wenigen peripheren Gebieten Europas übertroffen wird.<sup>11</sup>

## Wirtschaftliche Entwicklung und Auswanderung nach 1945

Das von Kriegsschäden schwer gezeichnete Burgenland befand sich in einer prekären wirtschaftlichen Lage, die durch die Errichtung des Eisernen Vorhangs und die Zugehörigkeit zur sowjetischen Besatzungszone noch verstärkt wurde, da die amerikanische Marshallplan-Hilfe dadurch nur zu einem sehr geringen Teil – bis 1954 lediglich 0,33 Prozent der gesamt-

tösterreichischen Mittel<sup>12</sup> – ins Burgenland floss. Vielmehr kam es von Seiten der bereits in die USA Ausgewanderten zu Geld- und Hilfslieferungen.<sup>13</sup> Aufgrund der ökonomisch unterentwickelten Randlage, der fehlenden Technisierung, der verkehrsgünstigen Lage, der unzulänglichen Integration in die österreichische Wirtschaft, der hohen Arbeitslosigkeit und somit verbundenen hohen Pendelwanderung wurde das Burgenland 1956 vom Sozialministerium zu 100 Prozent als Entwicklungsgebiet eingestuft.<sup>14</sup> 1950 erreichte die Arbeitslosenquote im Burgenland 15,6 Prozent, im Jahr 1953 sogar 23 Prozent. Die Quote sank erst ab 1961 kontinuierlich bis 1979, wo mit drei Prozent der bislang niedrigste Wert erreicht wurde.<sup>15</sup> Zusehends wurde in den 1960er und 1970er Jahren bedingt durch den Strukturwandel aus der stark agrarisch geprägten Wirtschaft eine Industrie- und Dienstleistungswirtschaft, wobei der Landesnorden stärker industrialisiert wurde als der Süden. 1961 arbeiteten noch 48,4 Prozent der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (1951: 63,1 Prozent), 34,9 Prozent in Industrie und Gewerbe (1951: 24,5 Prozent) und lediglich 16,7 Prozent im Dienstleistungssektor (1951: 12,4 Prozent). 1971 wies der primäre Sektor nur noch 26,6 Prozent auf, der sekundäre Sektor war auf 44,9 Prozent angestiegen und der tertiäre Sektor lag bei 28,5 Prozent.<sup>16</sup> Wenngleich der Industriesektor immer mehr an Bedeutung gewann, wurde häufig die Landwirtschaft in Klein- und Kleinstbetrieben mit starker Subsistenzorientierung im Neben- und Zuerwerb weitergeführt.

Das Hauptziel der burgenländischen Wirtschaftspolitik in den 1960er und 1970er Jahren war es jedoch, die Pendel- und Abwanderung einzuschränken, Dauerarbeitsplätze im Land zu schaffen und wirtschaftlich mit anderen Bundesländern gleichzuziehen. Faßmann und Pröll fassen dieses Prinzip wie folgt zusammen: „Arbeitsplätze sollten in die Peripherie wandern („work to men“), nicht Arbeitskräfte in die Ballungsräume („men to work“).“<sup>17</sup> In den 1960er Jahren wurden zunehmend Industriebetriebe angesiedelt, in denen vor allem junge, wenig gebildete und schlecht bezahlte Frauen arbeiteten. Der Frauenanteil in diesem Sektor war im österreichischen Vergleich sehr hoch: 1966 waren im Burgenland 60,1 Prozent der Industriearbeiterschaft Frauen (Österreich-Schnitt: 35,8 Prozent)<sup>18</sup>. Trotz der Industriesiedlung hatte das Burgenland auch in den 1960er Jahren noch mit erheblichen Strukturschwächen zu kämpfen, allerdings besserten sich der Wohnstandard, der Bildungsgrad und die Berufschancen der Bevölkerung zusehends. In den Jahren zwischen 1968 und 1974 stellten sich erste Erfolge im wirtschaftlichen Aufholprozess ein. Mit 11,5 Prozent hatte das Burgenland zum ersten Mal ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum vorzuweisen (Österreich-Schnitt: 11,3 Prozent).<sup>19</sup> Doch das „Pendlerproblem“ war im Burgenland auch in den 1970er Jahren nicht zu lösen, obwohl die Beschäftigung zunahm und die Arbeitslosenquote niedrig war. Laut Volkszählungsergebnissen gingen 24.742 (1961), 28.089 (1971) und 33.035 (1981) Burgenländerinnen und Burgenländer einer Erwerbstätigkeit in einem anderen Bundesland oder temporär im Ausland nach, wobei der Anstieg in den 1970er Jahren noch höher ausfiel als in den 1960er Jahren.<sup>20</sup>

In der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die späten 1950er Jahre wurden Auswanderungsbestrebungen von staatlichen Stellen gefördert. Die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitssuchenden im Rahmen verschiedener europäischer und amerikanischer Programme wurde von den österreichischen Arbeitsämtern zwischen 1946 und 1959<sup>21</sup> unterstützt, wenngleich im Widerspruch dazu das Abwandern von Arbeitskräften vor allem aus der Haus- und Landwirtschaft als „Gefährdung des Wiederaufbaues der österreichischen Wirtschaft“ angesehen wurde<sup>22</sup>. Die wichtigsten Zielländer österreichischer Emigrantinnen und



Emigranten stellen seit 1945 Deutschland, die Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Liechtenstein, die USA, Australien, Kanada, Südafrika, Brasilien und Argentinien dar. Im Jahr 1960 lebten rund 193.000 Österreicherinnen und Österreicher in diesen Ländern.<sup>23</sup> Um die Arbeitsmigrationen und die dafür erforderlichen rechtlichen Grundlagen zwischen europäischen Ländern einfacher zu gestalten, wurden bilaterale Verträge zwischen den Staaten abgeschlossen, in den 1950er und 1960er Jahren etwa mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein.<sup>24</sup>

Anzumerken bleibt, dass das Burgenland als einziges Bundesland Österreichs seit 1956 einen eigenen in allen Auswanderungsländern agierenden Verein besitzt, die „Burgenländische Gemeinschaft“<sup>25</sup>.

## Südburgenländerinnen und Südburgenländer in der Schweiz

Die Schweiz blickt aufgrund ihrer ökonomischen Prosperität und des damit zusammenhängenden Bedarfs an Arbeitskräften auf eine lange Tradition der Arbeitsmigration zurück. In der lang anhaltenden Wachstumsphase, die die meisten westlichen Industrieländer beginnend in den 1950er Jahren bis zum Anfang der 1970er Jahre erlebten, war die Schweiz aufgrund eklatanten Mangels an einheimischen Arbeitskräften in der Industrie, dem Baugewerbe, der Landwirtschaft, dem Gastgewerbe und dem Hausdienst<sup>26</sup> auf billige, wenig qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Ausland angewiesen. Im Rotationsprinzip wurden diese basierend auf bilateralen Abkommen zwischen den Herkunfts- und Zielländern von den Unternehmen selbst rekrutiert und sollten lediglich als Saisonarbeitskräfte in der Schweiz verbleiben. Die Schweiz beschäftigte so bis 1970 zu 75 Prozent Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus ihren Nachbarländern<sup>27</sup>, allen voran aus Italien<sup>28</sup>. Der Entschluss zur Auswanderung, als auch jener zur eventuellen Rückwanderung wird durch die geographische Nähe erleichtert, da die (Transport-)Kosten und Risiken gering ausfallen und – wenn Herkunfts- und Zielgesellschaft demselben Sprachraum angehören – auch die „sozialen“ Kosten von Aufnahme und Integration.<sup>29</sup> Der sich jedoch steigende Zustrom von ausländischen Arbeitskräften wurde vorerst von den Behörden und der Schweizer Bevölkerung als ein temporäres Phänomen betrachtet und bis 1963 mit einer liberalen Zulassungspraxis beantwortet. Jedes Jahr konnte eine neue Aufenthaltsbewilligung und schließlich nach zehn Jahren die Niederlassungsbewilligung beantragt werden. Dies verursachte zusammen mit dem erleichterten Familiennachzug in den 1960er Jahren eine Änderung der Immigrationsmuster: Die anfängliche temporäre Migration wurde zur permanenten. Wanner schätzt den Anteil der heutigen Schweizer Wohnbevölkerung, der in direktem oder indirektem Zusammenhang mit den Arbeitsmigrationen nach dem Zweiten Weltkrieg steht, auf 25 Prozent.<sup>30</sup>

Der Ausländeranteil belief sich im Jahr 1960 auf 10,8 Prozent (Gesamtbevölkerung: 5.429.061), 1970 bereits auf 17,2 Prozent (Gesamtbevölkerung: 6.269.783), wobei der Anteil der österreichischen Staatsangehörigen an der Schweizer Wohnbevölkerung 1950 bei 7,8 Prozent lag und bis 1970 auf 4,1 Prozent sank.<sup>31</sup> Tabelle 1 zeigt Zahl und Geschlechterproportion der österreichischen Wohnbevölkerung in der Schweiz, wobei hier alle Aufenthaltskategorien zusammengefasst wurden. Der Höchststand temporärer österreichischer Arbeitskräfte in der Schweiz wurde im August 1955 mit 35.441 unselbstständig Beschäf-

tigten erreicht, ab diesem Zeitpunkt jedoch sank die Anzahl auf 12.351 im August 1975. Der Rückgang erklärt sich unter anderem aus der Abnahme der Frauenbeschäftigung, die 1955 64 Prozent und 1975 nur mehr 33,3 Prozent betrug. Viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten remigrierten zudem, erhielten die Niederlassungsbewilligung oder verloren die österreichische Staatsbürgerschaft durch die Heirat mit einem Schweizer Staatsangehörigen. Bei den männlichen Arbeitskräften wurde bis ins Jahr 1964 ein Anstieg gemessen (15.626), danach begann auch dieser kontinuierlich zu sinken (1975: 8.241).<sup>32</sup>

Tabelle 1: Österreichische Staatsangehörige in der Schweiz nach Angaben des Bundesamts für Ausländerfragen und des Bundesamts für Statistik in Bern

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in Prozent
1950	22.153	5.647	16.506	74,5
1960	37.762	16.469	21.293	56,4
1970	44.734	23.772	20.962	46,9
1980	32.135	17.671	14.464	45,0
1990*	30.135	17.589	12.546	41,6

\* Ohne 37 ÖsterreicherInnen mit unbekanntem Aufenthaltsstatus, die nicht nach Geschlecht ausgewiesen sind

Quelle: Bundesamt für Ausländerfragen und BFS Bern, zitiert nach: Bauer-Fraiji/Fraiji, Auswanderung von Österreichern und Österreicherinnen nach 1945, 288.

Die Auswertung der 13 Lebensgeschichten<sup>33</sup> südburgenländischer Arbeitsmigrantinnen und -migranten zeigt, dass diese in drei Zeitperioden fallen, die mit den unterschiedlichen Phasen der Einwanderungen in die Schweiz und der sich wandelnden rechtlichen Stellung von ausländischen Arbeitskräften<sup>34</sup> einhergehen. Die erste Phase entspricht der Nachkriegswanderung bis 1954 (sechs Lebensgeschichten), die zweite Phase umfasst die Expansionsjahre mit liberaler Zulassungspraxis von 1954 bis 1963 (vier Lebensgeschichten) und die dritte Phase erstreckt sich von der Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte (Plafonierung) bis zum Höhepunkt der Arbeitsmigration in die Schweiz von 1963 bis 1970 (drei Lebensgeschichten).

Die Einordnung in diesen historischen Rahmen war für die Auswertung und Analyse der lebensgeschichtlichen Interviews von eminenter Bedeutung. Die befragten acht Arbeitsmigrantinnen und fünf Arbeitsmigranten waren zum Zeitpunkt der Abwanderung zwischen 17 und 29 Jahre alt und unverheiratet. Alle Befragten wuchsen im dörflich-bäuerlichen Sozialraum des Südburgenlandes im klein- bzw. kleinstbäuerlichen oder handwerklichen Milieu auf. Die Erinnerungen der meisten Befragten in Bezug auf ihre Kindheit und Jugend sind geprägt von der Härte der Nachkriegszeit, dem Bedauern, keine höhere Schulbildung erhalten zu haben und von der Mitarbeit am Bauernhof, um die elterliche Existenzgrundlage erhalten und für die (männliche) Nachkommenschaft sichern zu können. Elf der 13 Befragten hatten Verwandte oder Bekannte in der Schweiz und so zumeist ein soziales Netzwerk vor Ort. Lediglich drei Personen waren vor der Arbeitsmigration in die Schweiz schon einmal im Ausland gewesen. Jedoch hatten sechs Befragte in Wien, Niederösterreich oder in der Stei-

ermark Arbeitserfahrung gesammelt, zumeist als „Grünarbeiter“, also als Erntehelferinnen und -helfer bei der Zuckerrübenenernte in Niederösterreich, oder als Hausgehilfinnen. Nach Abschluss der achtjährigen Volksschule waren alle in der elterlichen Landwirtschaft oder als Hilfsarbeiterinnen in Fabriken, Privathaushalten oder Restaurants beschäftigt gewesen. Zwei Männer schlossen eine Lehre als Autoelektriker bzw. Sattler/Tapezierer/Bodenleger schon vor der Auswanderung ab, ein Befragter absolvierte in der Schweiz eine Lehre zum Käser. Zwei der acht Frauen sahen sich gezwungen, ihre Lehre aufgrund familiären Drucks abzubrechen, wobei eine Protestantin explizit von einer vorzeitigen Beendigung des Lehrverhältnisses aufgrund religiöser Differenzen mit ihren katholischen Arbeitgebern sprach. Acht der Befragten stammen aus protestantischen Haushalten, wobei von den Heimatorten der Interviewpartnerinnen und -partner besonders Kukmirn und Zahling bis heute einen sehr hohen protestantischen Bevölkerungsanteil aufweisen.

## Motive für die Arbeitsmigration in die Schweiz

Migrationsmotive sind nicht immer rational zu begründen. Zumeist war die Abwanderung keine bis ins kleinste Detail durchdachte Entscheidung, kein – wie in vielen Migrationstheorien<sup>35</sup> angesprochenes – Abwägen von Vor- und Nachteilen: „[...] man ist einfach drauflosgegangen“<sup>36</sup>:

„August war das, wo ich dann in Wien aufgehört hab’ und dann hab’ ich ihnen [der bereits in der Schweiz lebenden Schwester und Freundin] geschrieben: ‚Ich komm’ in die Schweiz.‘ [...] und ich bin rüber gefahren, hab’ keine Arbeit gehabt, kein Zimmer, nichts.“<sup>37</sup>

Für die Schweiz sprach neben der arbeitsmarktpolitischen Situation auch die geographische Nähe, die gemeinsame Sprache, Migrationsnetzwerke vor Ort und eine vergleichsweise einfache Rückwanderung. Aus den lebensgeschichtlichen Interviews ging zudem klar hervor, dass die Arbeitsmigration als nichts Außergewöhnliches betrachtet wurde:

„Es sind ja viele damals nach Kanada gefahren oder nach Amerika, da hab’ ich mir gedacht, das ist mir zu weit, ich möcht’ halt wieder heim, ich möcht’ nicht ganz im Ausland bleiben und aus dem Grund bin ich halt in die Schweiz gegangen.“<sup>38</sup>

Die Befragten wanderten in die Schweiz, um dort Arbeit – womöglich abseits der Landwirtschaft – zu finden, eigenständig Geld zu verdienen und bei Erfolg ein höheres Ansehen und/oder einen höheren Lebensstandard sowohl in der Herkunfts- als auch in der Zielgesellschaft zu erzielen. Der Reiz, etwas Neues zu erleben, und Flucht vor der Armut und der Perspektivlosigkeit des Burgenlandes der Nachkriegszeit waren weitere Motive für die Abwanderung, vor allem bis ins Jahr 1954. Gründe, die vor allem von den acht befragten Frauen genannt wurden, waren die Aussicht auf größere individuelle Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb der Enge des Dorfes, der Dorfgesellschaft und des elterlichen Haushalts und die Hoffnung, endlich ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben führen zu können:

„Irgendwie, da [im Burgenland] hat 's kein Ziel, keine Zukunft haben wir da gesehen. [...] Dann bin ich weiter weg, wo mich kein Mensch unter Kontrolle hat.“<sup>39</sup>

„Das ist halt so gewesen nach dem Krieg, nichts hat man gehabt und man wollte halt auch ein bisschen Geld haben. Na, dort [in der Schweiz] kannst du was verdienen, hat es geheißt [...] und endlich einmal ein bisschen was sehen.“<sup>40</sup>

Die Migration geschah vordergründig freiwillig, wenngleich einige Befragte es als ihre Pflicht ansahen zu migrieren, um die meist kinderreichen Familien so zumindest finanziell unterstützen zu können. Oft ging allerdings der Druck von den Eltern aus:

„Es war dreiundfünfzig [...] da sind wir bei der Zuckerrübenernte [in Niederösterreich] gewesen, dann sind wir heimgekommen [...] und da war ich arbeitslos und dann wollte meine Mutter haben, dass ich fortgehe [...]. Weil wir halt so viele Kinder waren und dann ist auch der Fränk [Franz J., ihr Bruder] mitgefahren.“<sup>41</sup>

Bereits in der Schweiz Arbeitende oder die Erzählungen von Rückgewanderten stellten zusätzliche Anreize dar. Zudem darf in Dörfern die wichtige Funktion der Mundpropaganda nicht außer Acht gelassen werden, die ausschließlich Erfolgsmeldungen der bereits in der Schweiz Fuß gefassten Südburgenländerinnen und -burgenländer brachte:

„Ich hab' schon gehört, dass so einige in die Schweiz gefahren sind und das hat mich schon ein bisschen gereizt. Ja, ich möchte auch ins Ausland. [...] Sicher auch wegen dem Geld. Also in erster Linie glaub' ich, das hat mich wirklich gereizt, einmal weg von Kukmirn.“<sup>42</sup>

## Arbeitsvermittlung und Abwanderungsjahre

Keiner der südburgenländischen Befragten hatte direkten Kontakt mit dem Arbeitsamt. Die Arbeitsvermittlung erfolgte auf Privatinitiative, über Empfehlung von bereits in der Schweiz Arbeitenden, in zehn von 13 Fällen durch Annoncen in österreichischen und schweizerischen Regionalzeitungen.<sup>43</sup> Diese wurden meist auf Anfrage von Schweizer Unternehmen durch die österreichischen Arbeitsämter geschaltet, wobei von einer indirekten Arbeitsvermittlung gesprochen werden kann.

Um die Abwanderungsjahre präziser bestimmen zu können, wurden neben den Interviews Literaturrecherchen durchgeführt und Melderegisterdaten der Marktgemeinde Kukmirn (Bezirk Güssing) und der Gemeinde Eltendorf/Zahling (Bezirk Jennersdorf) erhoben und ausgewertet. Aus Tabelle 2 geht die Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Herkunftsorten der Befragten hervor. In den Jahren von 1951 bis 1961 wanderten im Bezirk Güssing (Abkürzung: GS) 5,6 Prozent und im Bezirk Jennersdorf (Abkürzung: JE) 4,2 Prozent der Bevölkerung ab, von 1961 bis 1971 sank dieser Prozentsatz im Bezirk Güssing auf 5,1 Prozent und stieg im Bezirk Jennersdorf auf 4,3 Prozent.<sup>44</sup>

Tabelle 2: Entwicklung der Wohnbevölkerung der Heimatorte der Interviewpartnerinnen und -partner 1951–1971 nach Angaben der Volkszählungen

Ort	1951	1961	1971	Veränderung 1951–1961 in Prozent	Veränderung 1961–1971 in Prozent
Kukmirn (GS)	1.017	1.004	912	-1,3	-9,2
Limbach (GS)	526	502	466	-4,6	-7,2
Neusiedl (GS)	675	673	629	-0,3	-6,5
Eisenhüttl (GS)	245	221	208	-9,8	-5,9
Eltendorf (JE)	652	637	613	-2,3	-3,8
Zahling (JE)	615	580	509	-5,7	-12,2
Gerersdorf (GS)	713	587	575	-17,7	-2,0
Deutsch-Minihof (JE)	283	251	225	-11,3	-10,4

Quelle: Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abt. IV, Statistik, Die Bevölkerungsentwicklung im Burgenland zwischen 1923 und 1971, zitiert nach: Dieter Offterdinger/Norbert Hary, Entwicklungsprogramm Südliches Burgenland, Eisenstadt 1979 (Raumplanung Burgenland 1979/2), 25 f.

Die Anzahl der Berufstätigen im Südburgenland ging von 1951 bis 1971 stark zurück, was nach Offterdinger und Hary maßgeblich auf die hohen Wanderungsverluste zurückzuführen ist.<sup>45</sup> Inwieweit die Migration in die Schweiz für diese verantwortlich war, lässt sich anhand der Melderegisterdaten für die zwei untersuchten Gemeinden einschätzen. Im Zeitraum von 1948 bis 1971 migrierten aus der Marktgemeinde Kukmirn 69 Personen in die Schweiz, im Zeitraum von 1952 bis 1969 aus der Gemeinde Eltendorf/Zahling 55 Personen – eventuelle Hin- und Rückwanderungen identer Personen nicht berücksichtigt, wobei Frauen mit rund 60 Prozent die Mehrheit stellten. Der Zeitraum von 1952 bis 1956 markiert den Höhepunkt der Wanderungsbewegung, in welchem auch sechs der 13 Befragten abwanderten. 1953 stellte mit 26 Migrierenden, davon zehn aus der Marktgemeinde Kukmirn und 16 aus der Gemeinde Eltendorf/Zahling, das absolute Spitzenabwanderungsjahr in die Schweiz dar.<sup>46</sup>

## Ankunft in der Schweiz

Zwölf von 13 Befragten traten die Reise mit dem Zug an, wobei die erheblichen Transportkosten zumeist nicht vom Arbeitgeber rückerstattet wurden. Die Überquerung der Grenze und die Ankunft in der Grenzstation Buchs markierten den Beginn der Arbeits- und Lebensbiographie der südburgenländischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der Schweiz. Die ersten Eindrücke wurden detailgenau, ausführlich und in vielen Fällen szenisch geschildert. Bei den Grenzkontrollen in Buchs musste in der Regel die „Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt“<sup>47</sup> vorgezeigt werden. In den meisten Fällen wurde auch eine „grenzsanitarische Untersuchung“ durchgeführt, die von den Befragten als sehr unangenehm empfunden wurde, diese allerdings für den Erhalt der Aufenthaltsbewilligung obligatorisch war und zur Aufnahme in eine Krankenkasse berechtigte.<sup>48</sup>

Prägende Eindrücke bei der Ankunft, wie Abholung, Kennenlernphase, Sprachprobleme, Wohnsituation, Arbeitsantritt, wurden detailreich erinnert. Franz J. etwa war beeindruckt, dass er mit dem Auto seines Arbeitgebers abgeholt wurde (Abbildung 1).

Abbildung 1: Franz J. vor dem Auto seiner Arbeitgeber in Nottwil im Kanton Luzern



Foto: Sammlung Franz J.

[Abbildung siehe Druckfassung]

Elsa R. jedoch wurde sehr schnell von der Traumvorstellung auf den Boden der Realität zurückgeholt:

„Ich hab mir dann vorgestellt, ja in der Schweiz, da wirst du mit dem Auto abgeholt. Da bin ich mit dem Radanhänger abgeholt worden und hab’ so weit noch lang müssen, hab nichts geschlafen gehabt und nichts, und das war sehr enttäuschend. [...] Mittwochmorgen bin ich angekommen und abends hab ich schon servieren müssen.“<sup>49</sup>

Alle 13 Befragten lebten und arbeiteten in Landgemeinden oder Kleinstädten in der Deutschschweiz, wobei der Kanton Zürich<sup>50</sup> als Kernraum zu bezeichnen ist – was auch die Melderegisterdaten bestätigen – gefolgt von den Kantonen Thurgau und St. Gallen.

## Arbeits- und Lebensbedingungen

Zu Beginn der Berufstätigkeit in der Schweiz erhielten die Befragten eine Saisonierbewilligung, die auf maximal neun Monate limitiert war. Die Bewilligung wurde, wenn nicht nach einer Saison rückgewandert wurde, in den meisten Fällen in eine Jahresaufenthaltsbe-

willigung umgewandelt, die jährlich geprüft und erneuert werden musste. Letztere stellte die häufigste Bewilligungsart der österreichischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten zwischen 1955 und 1975 dar.<sup>51</sup> Nach zehnjährigem, ununterbrochenem ordnungsgemäßen Aufenthalt in der Schweiz verwandelte sich diese in eine unbefristete Niederlassungsbewilligung. Nach zwölfjährigem Aufenthalt konnte um die Staatsbürgerschaft angesucht werden, die allerdings keiner der vier Niedergelassenen beantragte. Vier der interviewten Frauen heirateten Deutschschweizer und erhielten so zwischen 1954 und 1971 automatisch die schweizerische Staatsbürgerschaft.

Mitte der 1950er Jahre arbeitete das Gros der österreichischen Arbeitskräfte in der Schweiz in gastgewerblichen Berufen (29 Prozent) und in privaten Haushalten (24,5 Prozent), wobei sich diese Struktur bis 1975 grundlegend veränderte: Während nur mehr 14,7 Prozent auf das Gastgewerbe entfielen, spielte die Tätigkeit in privaten Haushalten praktisch keine Rolle mehr (1,1 Prozent). 1970 wurden die gastgewerblichen Berufe in der Rangordnung von der Metallbearbeitung (einschließlich der Maschinenindustrie) abgelöst. Auch in der Textil- und Bekleidungsbranche sowie in der Land- und Forstwirtschaft lässt sich zwischen 1955 und 1975 eine deutliche Abnahme österreichischer Arbeitskräfte feststellen. 1975 liegt die Metallbearbeitung an erster Stelle (26,6 Prozent), gefolgt von gastgewerblichen Berufen (14,7 Prozent), kaufmännischen und Büroberufen (10 Prozent) und dem Bauwesen (9,3 Prozent). Es kann daher angenommen werden, dass Mitte der 1970er Jahre höher qualifizierte österreichische Arbeitskräfte als in den 1950er Jahren in der Schweiz tätig waren.<sup>52</sup> Diese Aufteilung geht auch konform mit den Berufsgruppen der interviewten südburgenländischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Zehn Lebensgeschichten sind im Bereich Hausdienst, Gastgewerbe und Landwirtschaft verortet, drei in der Bauwirtschaft und in technischen Berufen.

Arbeitszeit, Lohn, Kranken- und Pensionsversicherung gestalteten sich je nach Stelle und Kanton unterschiedlich, wobei etwa im Kanton Zürich erst 1959 die 14-stündige Arbeitszeit auf 11,5 Stunden herabgesetzt und auf 52 Wochenstunden beschränkt wurde. Seit der Revision 1972 gilt eine 44-Stunden-Woche.<sup>53</sup>

Arbeits- und Lebensbedingungen wurden zum Großteil positiv dargestellt. Bei zehn von 13 Interviewpartnerinnen und -partnern waren etwa Kost und Logis im Lohn inbegriffen, für viele war es das erste Mal in ihrem Leben, dass sie in einem Einzelzimmer untergebracht waren. Vor allem bei den acht Arbeitsmigrantinnen, die im Hausdienst, im Gastgewerbe oder in der Landwirtschaft beschäftigt waren, wurde im Laufe des Gesprächs allerdings auch Unzufriedenheit mit Arbeits-, Wohn- und Lebenssituation aufgrund niedriger Löhne, eines hohen Arbeitspensums, wenig freier Tage, instabiler Arbeitsbedingungen, der Funktionen als Servierkraft und Hausmädchen etc. geäußert:

„[...] das Restaurant haben wir selber putzen müssen, alles aufräumen und dann tagsüber, wenn man Zeit gehabt hat, haben wir bügeln müssen und so was. Wenn man nicht viel Arbeit gehabt hat, hat man bei der Hausarbeit mithelfen müssen. [...] Man hat am Nachmittag eine Zimmerstunde gehabt und dann am Abend, Sperrstunde ist um elf gewesen und manchmal ist es halt auch zwölf geworden, wie die Gäste halt gegangen sind und am Wochenende ist es immer ein bisschen länger gegangen. Einen Tag in der Woche hat man frei gehabt und einen Sonntag im Monat.“<sup>54</sup>

In der Landwirtschaft jedoch wurde die Arbeit als leichter eingestuft als im Südburgenland, da hier bereits technische Hilfsmittel zum Einsatz kamen, wie etwa Traktoren und Melkmaschinen, im Haushalt Waschmaschinen und Staubsauger:

„Mir ist es gar nicht so vorgekommen ich wäre auf einer Arbeit. Mir ist vorgekommen ich bin auf einer Erholung, weil wir ja auch sehr schwere Arbeit gewohnt gewesen sind.“<sup>55</sup>

Die Arbeitsbelastung war aber auch hier sehr hoch, oft wurde auf freie Tage verzichtet, was einige Arbeitgeber zum Anlass nahmen, die Bediensteten für ihren Fleiß mit Wochenendausflügen, Lohnzulagen, Kleidung, Schuhen, bisher unbekanntem Lebensmitteln wie Bananen oder mit Restaurantbesuchen zu vergüten. Diese Verknüpfung von Arbeits- und oftmals auch Privatleben wurde in erster Linie von den Frauen erinnert, mit Aussagen wie „Ich bin aufgenommen worden wie eine eigene Tochter“<sup>56</sup>.

Die drei in der Bauwirtschaft und in technischen Berufen arbeitenden Männer waren – trotz hoher Arbeitsbelastung – voll des Lobes für ihre Arbeitgeber, die modernen Maschinen und die in der Schweiz herrschende Arbeitsweise. Ein Migrant führte zu Beginn seiner Tätigkeit ein Stundenbuch, das belegt, dass er in den ersten zwei Wochen in der Schweiz insgesamt 127 Stunden gearbeitet hat. Zwei der Männer machten sich schließlich als Autoelektriker bzw. Bodenleger selbstständig.

## Heimat- und Fremdheitsgefühle

Der Diskurs zu Heimat und Fremde, zur eigenen Identität, zu sozialer und kultureller Zugehörigkeit und der stark ausgeprägte Wille zur Integration und Assimilation stellten Leitlinien des Erzählens dar, vor allem bei den über längere Zeit permanent oder zirkulär in der Schweiz Verbleibenden. Dem Vorurteil des faulen, vergnügungssüchtigen Ausländers wurde mit einer außerordentlichen Arbeitsleistung und Anpassung im beruflichen als auch im privaten Bereich entgegengewirkt.

Der Kontakt zu sozialen Heimatnetzwerken in der Schweiz war insbesondere in der Anfangszeit sehr eng. Im Kanton Zürich, dem Zentrum der südburgenländischen Arbeitswanderung, lebten und arbeiteten neun der 13 Befragten. Am Wochenende traf man sich in der Stadt Zürich, um sich auszutauschen, zu spazieren, einzukaufen und tanzen zu gehen. Die These Maseys „[...] that immigrants tend to go to places and settle in cities where prior immigrants from the same country have concentrated“<sup>57</sup> trifft folglich auch hier zu.

Einige Arbeitsmigrantinnen zogen im Verlaufe ihrer Tätigkeit vom ländlichen Raum in eine Kleinstadt und verglichen das soziale Leben und die Integrationsbestrebungen an ihrem ersten Arbeitsort mit jenen im kleinstädtischen Raum. Die Ungleichheit zwischen der Integration im kleineren dörflichen und schließlich im größeren kleinstädtischen Rahmen wurde von allen länger als eine Saison in der Schweiz Verbleibenden hervorgehoben. Der Kontakt zur Schweizer Gesellschaft gestaltete sich anfangs vor allem in ländlichen Gegenden als schwierig:



„Integriert hätt' ich auch nicht können sagen, dass du gleich bist. Wie ich in dem kleinen Dorf gewesen bin [...] da herrscht noch der Dorfgeist und du bist wie ein Fremdkörper da drinnen. Du musst dich anpassen, ansonsten hast du Mühe.“<sup>58</sup>

Vollends integriert in die Schweizer Gesellschaft sahen sich die befragten Arbeitsmigrantinnen meist erst durch den beruflichen Aufstieg des – in drei Fällen Schweizer – Ehemannes und durch die Kontakte, die sie durch die Heirat und Kinder aufbauten. Hatte die Migration bei den jungen Südburgenländerinnen ein Gefühl der Befreiung, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ausgelöst, so wurde meist nach der Heirat wieder eine traditionelle Rollenverteilung – mit dem Rückzug der Frauen aus dem Arbeitsleben – eingegangen.<sup>59</sup>

Die Frage der Identität, der sozialen und kulturellen Zugehörigkeit, stellte einen weiteren zentralen Aspekt in den Erzählungen dar. Das in der Schweiz erwirtschaftete Kapital floss in Form von Geld- oder Lebensmittelsendungen an den elterlichen Haushalt zurück. Zirkulär oder permanent Abgewanderte erzählten von Versuchen, die burgenländische, österreichische und schweizerische Identität zu vereinen, aber „[...] Du bist dort nicht und dort nicht [daheim].“<sup>60</sup> Dies deckt sich auch mit den Aussagen von Franz und Anna D.,<sup>61</sup> die die Sommermonate seit 30 Jahren im Ferienhaus im Burgenland verbringen und demnach auch als Transmigrierende<sup>62</sup> bezeichnet werden können: „Es ist schwierig, es ist ein anderer Kulturkreis. Wenn man dort ist, ist man dort daheim, wenn man da ist, ist man da daheim.“<sup>63</sup>

Interessanterweise suchte keine und keiner der Niedergelassenen nach zwölfjährigem Aufenthalt um die Einbürgerung an, um die österreichische Staatsbürgerschaft nicht zu verlieren. Die Frage nach der Zugehörigkeit wird auch auf die zweite und dritte Generation ausgedehnt und auf Verbindungselemente in Form von Traditionen, Küche, Kultur, Sprache und Burgenlandbesuche ausgeweitet. Der Staatsangehörigkeits- bzw. Heimatdiskurs stellte in einigen Interviews ein wichtiges, sehr emotional besetztes Thema dar. Für Walter R. war die Frage nach der Zugehörigkeit eine, die sich durch sein ganzes Leben zog und die er erst kurz vor seinem Tod im Jänner 2005 endgültig für sich klären konnte:

„Also, er war schon sehr verbunden mit dem Burgenland, absolut. In seinem Herzen war er immer Österreicher, immer und auch Burgenländer. Er ist jetzt auch hier begraben, er wollte hier zurück. [An seinem Todestag] hat er gesagt in der Früh, [...] dass er dort zurück möchte, woher er gekommen ist. Ich denk', das sagt schon viel aus.“<sup>64</sup>

## Remigration oder permanente Migration

Eine permanente Abwanderung in die Schweiz war in keinem Fall explizit geplant, vielmehr eine Aufenthaltsdauer von einer Saison bis zu zwei Jahren, was aber zehn der 13 Interviewpartnerinnen und -partner nicht einhielten. Vier Personen kehrten nach Saisonarbeitsaufenthalt zwischen acht und achtzehn Monaten ins Burgenland zurück. Für die Remigration ausschlaggebend waren überwiegend soziale Faktoren – meist Heimweh, fehlende soziale Integration, Heirat, familiärer Druck oder aber Krankheits- und Todesfälle in der Familie – oder ökonomische Motive: die Erreichung der Zielsetzung, erfolgreiche Kapital-

akkumulation, der Ablauf des Vertrags.<sup>65</sup> Eine Arbeitsmigrantin wanderte nach dem Aufenthalt in der Schweiz nach Niederösterreich ab und resümierte:

„Sicher, sicher, das [der Aufenthalt in der Schweiz] hat mein Leben bereichert. Es gibt dort viel, das hätt' ich nirgendwo erlebt und du lebst auch viel schöner und besser, wenn du fort bist und allerhand siehst. Und du tust dir das aneignen [...], weil als ich heimgefahren bin, war ich ein moderner Mensch.“<sup>66</sup>

Drei der Befragten waren zirkuläre Wanderer, die mehrfach zwischen der Schweiz und dem Burgenland migrierten, was mit einer inneren Zerrissenheit einherging:

„Vierundsiebzig im Sommer bin ich zurück. [...] wir waren ja keine so große Landwirtschaft damals, wir haben ja nur einen Traktor gehabt und wenig Viecher und wenig Grund. Und unsere Leut', meine Eltern [...] waren schon älter, jetzt haben sie gesagt: ‚Entweder gehst du heim oder sonst... wir können nicht mehr weiter.‘ Für mich war es eine schwere Entscheidung, draußen haben sie dann gesagt: ‚Bleib da, bleib da‘ [...] das war ja ein schwerer Entschluss und heut bereu' ich es natürlich eh. Jetzt hätt' ich eine schöne Rente von der Schweiz.“<sup>67</sup>

Einer der Männer kehrte lediglich für ein Jahr ins Südburgenland zurück und beabsichtigte als Pensionist wiederzukommen, zwei Männer kamen immer wieder für eine Saison und schließlich nach fünf bzw. 41 in der Schweiz verbrachten Jahren auf Dauer zurück.

„Und ich bin heut' froh, dass ich das [Remigration nach 41 Jahren] gemacht hab', weil der Stress und die Hektik ist draußen ganz anders, dort ist alles so eng besiedelt. Da lebt man halt ruhiger.“<sup>68</sup>

Sieben der 13 Befragten wanderten permanent in die Schweiz ab, halten aber engen Kontakt zu Verwandten und Freunden und kommen jedes Jahr zu Besuch ins Burgenland. Das Tor zu einer eventuellen Rückwanderung wird in vielen Fällen offen gehalten, wengleich diese in den meisten Fällen keine Option mehr darstellt. Diese duale Orientierung zwischen Sender- und Empfängerregion stellte in vielen Gesprächen ein Leitmotiv dar:

„Wenn sie drüben leben, und es ist heut' nicht mehr so wie früher, früher war es das Paradies vom Verdienst her und allem gegenüber Österreich, aber heut' hat sich das auch so ausgeglichen, dass man hier in Österreich genauso gut lebt.“<sup>69</sup>

## Schlussbetrachtung

Subjektive Gründe für die Arbeitsmigration in die Schweiz, die Rolle sozialer (Migrations-) Netzwerke in einer individuellen Lebensbiographie, Vorstellungen, Um- und Neuorientierungen im Alltags-, Berufs- und Privatleben sowie die Entwicklung neuer Lebens- und Denkmuster, das Dasein in zwei verschiedenen Kulturen, die sich zwar ähnlich, in manchen Bereichen aber durchaus fremd sind, können durch „offizielle“ Quellen allein nicht

ausreichend dargestellt und erhoben werden. Das Aufbrechen, Arbeiten und Ankommen in der Schweiz wurde von 13 südburgenländischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in ihrem Dialekt erinnert. Jedes Interview ist die Geschichte eines Lebens, mit positiven und negativen Erinnerungen, vielfältig und mit diversen Irrungen und Wirrungen, mit Verflechtungen mit anderen Lebensgeschichten, mit subjektiven Anschauungen, Verzerrungen, Übertreibungen, Ausschmückungen, Erfahrungen, aber dabei nie frei von Widersprüchen. Diese individuellen lebensgeschichtlichen Erinnerungen wurden analysiert, reflektiert und ins historische Makrogeschehen eingeordnet. Inwieweit durch die Sichtbarmachung gemeinsamer Merkmale stichhaltige, objektive Aussagen getroffen werden können, die auf die Gesamtheit der südburgenländischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten umgelegt werden können, bleibt offen.

## Anmerkungen

- 1 Interview mit Franz J. (geb. 1933, †) am 4. August 2005 in Gerersdorf bei Güssing, in: Nina Kulovics, Die südburgenländische Arbeitswanderung in die Schweiz von 1950 bis 1970, unveröffentlichte phil. Diplomarbeit, Universität Wien 2009 (auf Tonband). Originalzitat: „Host deis erfoahn holt, dass die duat wen aufnehma und dass d' a kaunnt a Göd vadianan, weil mia sölba nix ghobt hobm.“
- 2 Vgl. Walter Dujmovits, Die Amerikawanderung der Burgenländer, 3. Aufl., Berlin 2012, 11.
- 3 Vgl. Gerda Neyer/Traude Horvath/Eva Müllner, Leben in der Fremde – Leben mit Fremden. Österreichische RückwanderInnen: Ihre Erfahrungen als Fremde im Ausland und mit Fremden in Österreich, in: Karin Liebhart/Elisabeth Menasse/Heinz Steinert (Hg.), Fremdbilder-Feindbilder-Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Bd. 5), Klagenfurt 2002, 123–151; Anita Pretenthaler-Ziegerhofer/Karin Maria Schmidlechner-Lienhart/Ute Sonnleitner, „Haustochter gesucht“. Steirische Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz (Grazer Gender Studies, Bd. 13), Graz 2010; Ulrike Pröll, Österreichische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Schweiz. „Für mich war Ausland immer dort, wo man mich nicht versteht.“, in: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien 1996, 433–456.
- 4 Vgl. Maximilian Graf/Alexander Lass/Karlo Ruzicic-Kessler (Hg.), Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert, Wien 2012; Roland Widder (Hg.), Burgenland. Vom Grenzland im Osten zum Tor in den Westen (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien, Salzburg, Bd. 6/5), Wien 2000.
- 5 Vgl. Hans Chmelar, Zur österreichischen Auswanderungsforschung, in: Willi Paul Adams (Hg.), Die deutschsprachige Auswanderung in die Vereinigten Staaten. Berichte über Forschungsstand und Quellenbestände (John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, Materialien, Bd. 14), Berlin 1980, 171–181, hier 172.
- 6 Vgl. Dujmovits, Die Amerikawanderung der Burgenländer, 52.
- 7 Vgl. Gerda Neyer, Auswanderungen aus Österreich. Ein Streifzug durch die „andere“ Seite der österreichischen Migrationsgeschichte, in: Horvath/Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich, 13–29, hier 26.
- 8 Michael Floiger/Oswald Gruber/Hugo Huber, Geschichte des Burgenlandes. Lehrbuch für die Oberstufe. Festgabe an die Schüler der höheren Schulen anlässlich des Jubiläums 75 Jahre Burgenland, Wien 1996, 208.
- 9 Ebd., 210.
- 10 Vgl. Felix Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, 103.
- 11 Vgl. Dujmovits, Die Amerikawanderung der Burgenländer, 24.
- 12 Vgl. Wolfgang Jandrisits/Karl Pratscher, Die Wirtschaft des Burgenlandes, in: Widder, Burgenland, 527–582, hier 532.
- 13 Vgl. Dujmovits, Die Amerikawanderung der Burgenländer, 74–78.
- 14 Vgl. Jandrisits/Pratscher, Die Wirtschaft des Burgenlandes, 537.
- 15 Ebd., 533.
- 16 Ebd., 542.

- 17 Heinz Faßmann/Ulrike Pröll (Hg.), Standort Burgenland. Probleme und Entwicklungschancen der Peripherie. Eisenstadt 1990, 2.
- 18 Vgl. Jandrisits/Pratscher, Die Wirtschaft des Burgenlandes, 549.
- 19 Ebd., 539.
- 20 Ebd., 545 f.
- 21 Zur Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter vgl. Pröll, Österreichische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Schweiz, 437–441.
- 22 Arbeitsgemeinschaft der Landesarbeitsämter Österreichs (Hg.), Arbeitsvermittlung, (Schulungshefte, Bd. 1), Wien 1948, 54, zit. nach Pröll, Österreichische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Schweiz, 437.
- 23 Vgl. Adelheid Bauer-Fraiji/Abderrahim Fraiji, Auswanderung von Österreichern und Österreicherinnen nach 1945. Statistische Darstellung, in: Horvath/Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich, 279–321, hier 311.
- 24 Zu den rechtlichen Bestimmungen der europäischen Arbeitsmigrationen und zu bilateralen Verträgen vgl. Heidi Armbruster, Der rechtliche Rahmen. Einwanderungsbestimmungen einiger Zielländer österreichischer Nachkriegsemigration, in: Horvath/Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich, 323–359, hier 340–359.
- 25 <http://www.burgenlaender.com/BG/IndexE.html> (29.5.2014).
- 26 Zur langen Tradition der Hausangestellten vgl. Regula Bochsler/Sabine Gisiger, Dienens in der Fremde. Dienstmädchen und ihre Herrschaften in der Schweiz des 20. Jahrhunderts, Zürich 1989.
- 27 Vgl. Philippe Wanner, Eidgenössische Volkszählung 2000. Migration und Integration. Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, Neuchâtel 2004, 10.
- 28 Zur italienischen Einwanderung in die Schweiz vgl. Lucio Boscardin, Die italienische Einwanderung in die Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1946–1959 (Staatswissenschaftliche Studien, Neue Folge, Bd. 46), Zürich 1962; Sabine Falch, Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), Innsbruck u.a. 2002.
- 29 Vgl. Heinz Faßmann/Rainer Münz, Europäische Migration – ein Überblick, in: Heinz Faßmann/Rainer Münz (Hg.), Migration in Europa: historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen, Frankfurt am Main/New York 1996, 13–52, hier 45.
- 30 Vgl. Philippe Wanner, Einwanderung in die Schweiz. Demographische Situation und Auswirkungen, Neuchâtel 2001, 65.
- 31 Vgl. Wanner, Eidgenössische Volkszählung 2000, 72 f.
- 32 Vgl. Felix Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, 205.
- 33 Zur Kurzvorstellung der einzelnen Lebensgeschichten vgl. Kulovics, Die südburgenländische Arbeitswanderung, 133–144.
- 34 Vgl. Komitee Schweiz 80 (Hg.), Handbuch zur Ausländerpolitik. Tatsachen und Fakten, Zürich 1973, 15–21.
- 35 Zu Migrationstheorien in der interdisziplinären Forschungslandschaft vgl. Sylvia Hahn, Historische Migrationsforschung (Historische Einführungen, Bd. 11), Frankfurt am Main 2012, 24–70; Christof Parnreiter, Theorien und Forschungsansätze zu Migration, in: Karl Husa/Christof Parnreiter/Irene Stacher (Hg.), Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?, (Historische Sozialkunde, Bd. 17: Internationale Entwicklung), Wien 2000, 25–52.
- 36 Interview mit Herta S.-D. (geb. 1940), am 15. September 2005 in Zahling (auf Tonband).
- 37 Interview mit Franz D. (geb. 1932), am 18. August 2005 in Gerersdorf bei Güssing (auf Tonband). Originalzitat: „August woa deis, wo i dann in Wien aufgheat hob und dann hob i ihna gschriebm: ‚I kumm in d' Schweiz.‘ [...] und bin übare gfoahn, ka Orbeit ghobt, ka Zimma, nix.“
- 38 Interview mit Erna F. (geb. 1931), am 18. August 2005 in Kukmirn (auf Tonband). Originalzitat: „Es sein jo vülle domols noch Kanada gfoahn oder noch Amerika, do hob i ma deinkt deis is ma zu weit, i meichat wieda holt huam, i meichat net fia gaunz wo in am Ausland bleim und aus dem Grund bin i holt in die Schweiz gaungan.“
- 39 Interview mit Anneliese W. (geb. 1949), am 9. September 2005 in Kukmirn (auf Tonband). Originalzitat: „Irgendwie, do hot's ka Ziel, ka Zukunft hobm ma do gsegn. [...] Dann bin i weita weig, wo mi kua Mensch unta Kontrolle hot.“
- 40 Interview mit Gabriella W. (geb. 1929), am 19. August 2005 in Kukmirn (auf Tonband). Originalzitat: „Deis is holt so gwein, nochn Kriag dei Johre, nix host ghobt und host holt ah a bissl a Göd meign. Na, duat kaunnst da was vadianan, hot's hoafn. [...] und a bissl wos gsegn amol.“
- 41 Interview mit Maria L. (geb. 1934), am 17. August 2005 in Ebreichsdorf (auf Tonband), Transkript, in: Kulovics, Die südburgenländische Arbeitswanderung in die Schweiz von 1950 bis 1970, Anhang 2, 266–281. Originalzitat: „Es woa dreiaufchz [...] do san ma auf die Ruam gweissn, dann san ma hamkumman [...] und

- do woa i arbeitslos und dann hot die Mam wulln hobm, dass i furtgeh [...] Weil ma holt so vü Kinda woan und is dann da Fränk ah gfoahn.“
- 42 Interview mit Erna F. (geb.1931), am 18. August 2005 in Kukmirn (auf Tonband). Originalzitat: „I hob scha gheat, dass so einige sein in die Schweiz gfohn und deis hot mi scha a bissl greizt. Jo, i meichat ah ins Ausland. [...] Sicher weign an Göd ah. Also erster Linie glaub i, deis hot mi wirkli greizt, uamol weig va Kukmirn.“
- 43 Pröll spricht neben Zeitungsinseneraten auch von Rundfunkdurchsagen, vgl. Pröll, Österreichische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Schweiz, 441.
- 44 Volkszählungen 1951, 1961, 1971, in: Dieter Offterdinger/Norbert Hary, Entwicklungsprogramm Südliches Burgenland (Raumplanung Burgenland 1979/2), Eisenstadt 1979, 23.
- 45 Ebd., 34.
- 46 Melderegisterdaten der Marktgemeinde Kukmirn und der Gemeinde Eltendorf/Zahling, in: Kulovics, Die südburgenländische Arbeitswanderung in die Schweiz von 1950 bis 1970, 160.
- 47 Vgl. Armbruster, Der rechtliche Rahmen, 344. Für die Arbeitswanderung vor 1951 herrschte Visumpflicht, danach waren Ansuchen um Aufenthaltbewilligungen Sache der kantonalen Arbeitsämter.
- 48 Vgl. Boscardin, Die italienische Einwanderung in die Schweiz, 52–54; Komitee Schweiz, Handbuch zur Ausländerpolitik, 16.
- 49 Interview mit Elsa R. (geb.1933, †), am 14. Mai 2005 in Kukmirn (auf Tonband). Originalzitat: „I hob ma dann voagstölt, jo in da Schweiz, do wirst mit'n Auto obghult. Do bin i mit'n Aunhंगा mit'n Radl obghult gwoatn und hob so weit nau laung muissn, hob nix gschlofm ghobt und nix, und deis woa sehr enttäuschend. [...] Mittwochmorgens bin i aukemman und obnds hob i scha muissn serviern.“
- 50 Zu Migration, Sozialstruktur, Lebenslage und kommunaler Einwanderungspolitik in der Stadt bzw. dem Kanton Zürich vgl. Peter Franz Lenninger, Lebenslagen von Migranten und Soziale Arbeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung der Städte Mannheim, Wien und Zürich, Freiburg im Breisgau 2003, 195–204.
- 51 Vgl. Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, 205.
- 52 Ebd., 206.
- 53 Vgl. Bochsler/Gisiger, Dienen in der Fremde, 82.
- 54 Interview mit Herta S.-D. (geb. 1940), am 15. September 2005 in Zahling (auf Tonband). Originalzitat: „[...] as Restaurant hätt' ma selba miassa putza, alles aufräuma und dann am Tag durch, wenn ma Zeit hätt' gho, hätt' ma müassa bügl'n und so wos macha. Wenn ma net viel Orbeit hätt' gho, so Hausarbeit hätt' ma ah müssn mithelfa. [...] Man hätt' am Nachmittag a Zimmastund gho und dann am Obnd, Sperrstund is gweissn um elfi und maunchmol is holt zwelfi wuan, wia die Gäscht holt gaunga sin und am Wochenende is imma a bissl länga gaunga. Ein Tag hätt' ma in da Woche frei gho und ein Sunntig im Monat.“
- 55 Interview mit Erna F. (geb.1931), am 18. August 2005 in Kukmirn (auf Tonband). Originalzitat: „Mia is goa net voakemman i woa auf na Orbeit. Mia is voakemman, i bin auf na Erholung, weil mia sein jo ah sehr schwere Orbeit gwohnt gwein.“
- 56 Interview mit Anneliese W. (geb. 1949), am 9. September 2005 in Kukmirn (auf Tonband).
- 57 Douglas S. Massey u.a., Worlds in Motion. Understanding International Migration at the End of the Millennium, Oxford 2002, 130.
- 58 Interview mit Herta S.-D. (geb. 1940), am 15. September 2005 in Zahling (auf Tonband). Originalzitat: „Integriert hätt' i jetzt a net können saga, dass du glei bischt. Wia i in dem klinan Dorf bin gweissn [...] do herrscht nau da Dorfgeischt und du bischt wia a Fremdkörper drinn. Du muascht dich aunpassa und sunst hascht du Müah.“
- 59 Vgl. Marita Krauss, Frauen und Migration. Eine einleitende Problemskizze, in: Marita Krauss/Holger Sonnabend (Hg.), Frauen und Migration (Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung, Bd. 5), Stuttgart 2001, 9–19.
- 60 Interview mit Lillian J.-I. (geb. 1950), am 14. Mai 2006 in Kukmirn (auf Tonband).
- 61 Interview mit Anna D. (geb. 1937), am 18. August 2005 in Gerersdorf bei Güssing (auf Tonband).
- 62 Zur Theorie der transnationalen Räume und Identitäten vgl. Michael Bommers, Migration, Raum und Netzwerke. Über den Bedarf einer gesellschaftstheoretischen Einbettung der transnationalen Migrationsforschung, in: Jochen Oltmer (Hg.), Migrationsforschung und Interkulturelle Studien: Zehn Jahre IMIS (IMIS-Schriften, Bd. 11), Osnabrück 2002, 91–105.
- 63 Interview mit Franz D. (geb. 1932), am 18. August 2005 in Gerersdorf bei Güssing (auf Tonband). Originalzitat: „Es is schwierig, es is a aundara Kulturkreis. Wenn ma duat is, is ma duat daham, wenn ma do is, is ma do daham.“
- 64 Interview mit Walter R.s (geb. 1936, †) Tochter und Nichte, am 4. August 2005 in Kukmirn (auf Tonband).

- 65 Zur Remigration vgl. Edda Currle, Theorieansätze zur Erklärung von Rückkehr und Remigration, in: soFid. Migration und ethnische Minderheiten (2006), H. 2, 7–23, [http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Migration\\_2006-2.pdf](http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Migration_2006-2.pdf) (15.09.2014); Ney-er/Horvath/Müllner, Leben in der Fremde, 123–151.
- 66 Interview mit Maria L. (geb. 1934), am 17. August 2005 in Ebreichsdorf (auf Tonband). Originalzitat: „Sicher, sicher, das hat mein Leben bereichert. Es gibt duat vü, deis hätt’ i nirgendwo daleibt und du leibst ah vü scheiner und beissa, wennst wo fuat bist und ollerhaund siachst. Und du tuast da deis auneigen [...] weil wia i hamgfoahn bin, woa i a moderner Mensch.“
- 67 Interview mit Werner M. (geb. 1940), am 19. August 2005 in Zahling (auf Tonband). Originalzitat: „Vier- asiebzg im Summa bin i zruck. [...] mia woan jo net so a große Laundwirtschaft domols, mia hobm jo nua an Traktor ghobt und weinig Viecha und weinig Grund. Und unsare Leit, meine Öltan [...] woan scha öltan, jetzt hobms gsogt: ‚Entweder gehst du huam oder sonst... mia kennan niema weita.‘ Fia mi woas a schwere Entscheidung, daußt hobm’s gsogt dann: ‚Bleib do, bleib do‘ [...] deis woa jo a schwerer Entschluss und heit berei i’s natürlich eh. Jetzt hätt’ i a scheine Rentn va da Schweiz.“
- 68 Interview mit Johann L. (geb. 1940), am 2. November 2005 in Deutsch Minihof (auf Tonband). Originalzitat: „Und i bin heit froh, dass i deis gmocht hob, weil da Stress und die Hektik is draußtn gaunz aundas, do is olls so eng besiedlt. Do leibt ma holt ruhiga.“
- 69 Interview mit Franz D. (geb. 1932), am 18. August 2005 in Gerersdorf bei Güssing (auf Tonband). Originalzitat: „Wenn sie drüben leben, und es is heit nimmermehr a mehr so wie früher, früher woas as Paradies vam Verdienst her und ollas gegnüba Österreich, oba heit hot sie dos ah so ausglichen, dass ma do in Österreich genauso guat lebt.“

# Geschichte der Arbeitsmigration Tirols 1945–2013

## Einleitung

Die Historische Migrationsforschung ist in vielen Ländern – und nicht nur in jenen mit einer lange zurückreichenden Aus- und Einwanderungsgeschichte – eine fest verankerte Wissenschaftsdisziplin, stellt Klaus Bade fest und zieht den Vergleich zu Deutschland, wo es die „Historische Migrationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland lange nicht mehr gab“, mit wenigen Ausnahmen. Das habe nach Bade „mit Spezifika der jüngeren deutschen Politik- und Wissenschaftsgeschichte, dem langem Schatten [der NS-Zeit] zu tun“<sup>1</sup>, der Desavouierung der Bevölkerungslehre, damit der Bevölkerungsgeschichte, der die historische Bevölkerungs-, Migrations- und Arbeitsmarktforschung zugeordnet war. Die Reserviertheit der Geschichtswissenschaften war aber auch auf die „Zurückhaltung des Faches gegenüber sozialwissenschaftlichen Fragestellungen und quantitativen Methoden der historischen Sozialforschung“<sup>2</sup> zurückzuführen. Dies hätte sich nach Bade in den 1970er Jahren geändert, es sei zur „Intensivierung der Historischen Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und Migrationsforschung“<sup>3</sup>, gekommen und „heute [2002] ist die Historische Migrationsforschung in Deutschland teils im Bereich der Demographie re-etabliert, teils als stark interdisziplinär orientierte Forschungsrichtung neu etabliert, mit starkem Anteil auch des Faches Geschichte.“<sup>4</sup>

Im Vergleich dazu kann für Österreich und Tirol konstatiert werden, dass zumindest die jüngere Historische Migrationsforschung im Fach Geschichte in den Kinderschuhen steckt. Man hinkt selbst den Verhältnissen in Deutschland um Jahrzehnte nach. 2004 hat Michael John festgestellt, dass es den Fächern Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Zeitgeschichte

„nicht gelungen [ist], sich entsprechend ihrer inhaltlichen Bedeutung in den Gesamtkontext von Migrationsforschung in Österreich einzuklinken. [...] Da keine entsprechenden Überblicks- und Grundlagenarbeiten seitens der Historie öffentlich zugänglich sind, wird Migrationsgeschichte von Nicht-Historikern mitunter oberflächlich geschrieben. Dabei wird bisweilen mit Maßstäben des Belegs gearbeitet, die für die historischen Wissenschaften unüblich sind. Andererseits sind wichtige gesellschaftliche Prozesse wie Einwanderung/Auswanderung, Integration/Assimilation in historischen Überblickswerken zum 20. Jahrhundert (nach der Monarchie) kaum vorhanden.“<sup>5</sup>

Zu einem ähnlichen Befund kommen selbst noch zehn Jahre später die HistorikerInnen Dirk Rupnow<sup>6</sup> sowie Sylvia Hahn und Georg Stöger<sup>7</sup>. Eine Recherche der Kommission für Migrations- und Integrationsforschung an der Akademie der Wissenschaften bestätigt diese

Einschätzung: Der disziplinären Verteilung nach entfallen in der Literaturliteraturdatenbank zur Migrations- und Integrationsforschung in Österreich lediglich 94 von 3.131 Titeln auf die Geschichtswissenschaft.<sup>8</sup> Dies verwundert umso mehr, da Migration „sicherlich eines der entscheidendsten Elemente zum Verständnis der europäischen Nachkriegsgeschichte und Gegenwart [ist] – und vielleicht gegenwärtig die größte gesellschaftliche Herausforderung.“<sup>9</sup>

## Historische Migrationsforschung in Tirol: Forschungsstand und universitäre Verankerung

Das Thema Migration hat in Tirol in den Geschichtswissenschaften nach 1945 praktisch keine Rolle gespielt und hat erst in den letzten Jahren an der Zeitgeschichte Innsbruck etwas Boden gewonnen. Die Betonung liegt dabei auf Arbeitsmigration, da in historischen Werken zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte Displaced Persons (DPs), Zwangs- und FremdarbeiterInnen, Vertriebene und Flüchtlinge aus Ungarn des Jahres 1956 berücksichtigt werden, die Fluchtmigration in den Jahrzehnten danach allerdings nicht mehr. In einschlägigen Werken zur Landesgeschichte wird Migration – wenn überhaupt – nur am Rande erwähnt. Dies trifft besonders auf zwei Publikationen von Michael Forcher<sup>10</sup> zur Geschichte Tirols zu, wobei *Tirols Geschichte in Wort und Bild* bei den JungbürgerInnenfeiern überreicht wird und damit stilbildend für das Geschichtsbild des Landes wirkt. Die Publikationen von Michael Gehler *Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Tirol* und *Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion*<sup>11</sup> verzichten auf Arbeitsmigration als relevantes Thema, ebenso die *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Tirols: 1945–1985* von Josef Nussbaumer.<sup>12</sup>

Was für die Geschichtswissenschaft als Fachdisziplin gilt, trifft allerdings auf andere Fächer nicht gleichermaßen zu. Da Migration alle Lebensbereiche durchdringt, wie Bade schreibt, „braucht Migrationsforschung grundsätzlich inter- und transdisziplinäre Forschungsansätze. Sie reichen je nach Fragestellung unterschiedlich weit in fast alle Humanwissenschaften hinein und zum Teil auch darüber hinaus.“<sup>13</sup> Bade geht von einer

„durch alle Humanwissenschaften reichende[n] interdisziplinäre[n] Breite der Migrationsforschung [aus, die] eben keine separate Disziplin ist, [...] gerade weil Migrationsgeschichte immer nur ein – wenngleich historisch konstitutiver und deshalb auch historiographisch zentraler – Aspekt der allgemeinen Geschichte ist.“<sup>14</sup>

Zieht man diese weite Definition zur Historischen Migrationsforschung heran, sieht die wissenschaftliche Forschung zu Migration in Österreich und auch Tirol vergleichsweise besser aus, wie auch ein Blick in das *KMI Working Paper Nr. 18* bestätigt. Dazu hat auch ein seit 1992 an der Erziehungswissenschaft Innsbruck bestehender Schwerpunkt zu Migration und Bildung beigetragen. Der langjährigen Aufbauarbeit ist es zu verdanken, dass 2008 eine der ganz wenigen Professuren in Österreich zur Migrationsforschung eingerichtet wurde. Im Rahmen eines Forschungsprojektes des *Zentrums für MigrantInnen in Tirol (ZeMiT)* hat Stephan Blaßnig 2009 eine umfangreiche Recherche mit inhaltlicher Sichtung der Diplomarbeiten und Dissertationen des Zeitraums 1960er Jahre bis 2009 vorgenommen, eine Aktualisierung mit Stand März 2014 erfolgte von Marcel Amoser.<sup>15</sup> Es wurden 92 Arbeiten



eruiert, davon 77 Diplomarbeiten und 15 Dissertationen zu den Themen Migration und Integration, die einen expliziten Tirolbezug haben. 64 Arbeiten wurden seit 2001 verfasst, 15 zwischen 1991 und 2000, neun in den drei Jahrzehnten davor. Die erste wissenschaftliche Qualifikationsarbeit zum Thema Arbeitsmigration wurde 1962 von Gernot Wörner verfasst.<sup>16</sup> Die meisten Arbeiten wurden von DiplomandInnen und DissertantInnen der Erziehungswissenschaft (37) verfasst, davon sechs Dissertationen, gefolgt von der Politikwissenschaft (zwölf), darunter zwei Dissertationen, je acht in der Geographie und den Geschichtswissenschaften, die erst in den letzten Jahren sich verstärkt dem Thema stellen. Die übrigen Arbeiten verteilen sich auf die Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Psychologie, Kulturwissenschaften und ‚Sonstige‘. „Betrachtet man die 92 wissenschaftlichen Arbeiten nach einzelnen Themenbereichen [...] so lässt sich feststellen, dass die Bereiche Integration/Gesellschaft/soziale Beziehungen (27) sowie Bildung (18) und Wirtschaft (13) dominieren.“<sup>17</sup> Hervorstreichen sind sieben Arbeiten zum Thema Rassismus. 70 Prozent der Arbeiten wurden von Frauen verfasst. Die Verfasser der Studie stellen resümierend fest, dass „überproportional viele Arbeiten [...] die Situation von MigrantInnen türkisch/kurdischer Herkunft (21)“<sup>18</sup> und nur vier Arbeiten die von MigrantInnen aus den Nachfolgestaaten Jugoslawien beschreiben und analysieren. Im Anhang der Studie finden sich alle 92 Arbeiten gegliedert nach Fachbereichen, Diplomarbeiten und Dissertationen. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, dürfte aber mit wenigen Ausnahmen alle einschlägigen Arbeiten zu Migration und Integration mit Schwerpunkt Tirol umfassen, wozu die Sichtung jeder einzelnen Arbeit erforderlich war.<sup>19</sup> Angesichts dieser Fakten wird nicht wirklich nachvollziehbar, wie die Autoren Exenberger/Nussbaumer in ihrem historischen Überblicksbeitrag in dem von Karhofer und Pallaver herausgegebenen Sammelband *Politik in Tirol. Jahrbuch 2011* mit dem Schwerpunkt Migration und Integration zum Befund kommen, dass es in der Migrationsforschung Tirols nur sechs einschlägige Diplomarbeiten und Dissertationen gäbe.<sup>20</sup>

Zu den wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten kommen etwa 20 überwiegend nicht publizierte Forschungsberichte mit Fokus Tirol im Feld der anwendungsbezogenen Migrationsforschung, die in der Regel von außeruniversitären Einrichtungen Tirols im Auftrag verschiedener Institutionen verfasst wurden.<sup>21</sup> Dazu kommen Artikel in Büchern und Zeitschriften.<sup>22</sup> Der erste migrationspezifische Sammelband erschien 1991, Herausgeber waren die *Gesellschaft für politische Aufklärung* und der *Verein zu Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol*.<sup>23</sup> Ganz im Sinne einer weiten, interdisziplinär angelegten Fassung Historischer Migrationsforschung nach Bade steuern diese Beiträge zur Historischen Migrationsforschung bei, wenn man diese in den Geschichtswissenschaften sehen will und anerkennt. Allerdings ist eine Historische Migrationsforschung ohne Beteiligung von Fachhistorikern unvollständig. So ist es erfreulich, dass es an der Zeitgeschichte Innsbruck, initiiert von Dirk Rupnow, seit 2011 zu einer sukzessiven Schwerpunktsetzung kommt, mit ersten Diplomarbeiten, einer Dissertation und einigen Forschungsprojekten.<sup>24</sup>

## Periodisierung

Historisch plausible Zäsuren der Geschichte und Migrationsgeschichte Österreichs bilden die Gliederung der nachfolgenden Kapitel, wie das Ende des Zweiten Weltkriegs, die

„Fremdarbeiter-Vereinbarung“ des Raab-Olah-Abkommens 1961, die sogenannte erste Ölkrise 1973/74 als Ausdruck der ersten weltweiten Wirtschaftskrise am Ende der Ära des Fordismus, das Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 (AuslBG 1975), der Fall der Berliner Mauer 1989 gefolgt vom EU-Beitritt Österreichs 1995 und die Weltwirtschaftskrise ab 2007. Gliederungen sind wie Raster, die Zusammenhänge sichtbar machen, andere verdecken können. Obwohl auch die ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse in den Herkunftsländern der MigrantInnen eine nicht unwesentliche Rolle für Arbeitsmigration und Fluchtgeschehen spielten und spielen und in der Analyse mit zu berücksichtigen sind, dominierten aus der hier gewählten Perspektive die Verhältnisse in den Anwerbeländern das Migrationsgeschehen, wie etwa das Arbeitskräftebegehren in den boomenden westeuropäischen Ländern im *Golden Age*<sup>25</sup> der Nachkriegszeit, gesteuert über Anwerbeposten der Bundeswirtschaftskammer im Fall Österreichs, belegt.

Kern dieses Beitrags ist die Arbeitsmigration und nicht die Fluchtgeschichte der letzten 70 Jahre. Die Krisen in Ungarn 1956, jene der Tschechoslowakei 1968 und in Polen 1981 mit zehntausenden Flüchtlingen blieben gemessen an der Jugoslawienkrise in den 1990er Jahren und an ihrer internationalen politischen Bedeutung weitgehend folgenlos für Österreich, da es zu keiner nennenswerten Niederlassung der Flüchtlinge kam. Österreich konnte sich allerdings als Asylland par excellence präsentieren und im Verhältnis zu den zu tragenden Lasten unverhältnismäßig billigen politischen Mehrwert einstreifen.<sup>26</sup>

Fluchtgeschehen von Migration zu trennen ist zwar methodisch und in der Darstellung notwendig, doch greifen beide Geschehen in der Regel ineinander, wie das anschaulich am Beispiel der Jugoslawienkrise in den 1990er Jahren und, wenn auch weniger bekannt, am Schicksal zahlreicher MigrantInnen aus der Türkei in den 1980er Jahren wird. Nach dem Putsch des Militärs unter General Evren in der Türkei am 12. September 1980 folgten systematische Verfolgungen politischer Oppositioneller aus dem gemäßigt linken bis linksradikalen Lager. Es gab zahllose Fälle gewalttätiger Übergriffe der Sicherheitskräfte, systematischer Folter und Exekutionen ohne Gerichtsverfahren. Dies führte zu Flucht bzw. Absetzbewegungen Verfolgter und potenziell Verfolgter ins Ausland, wobei schwer zwischen Migration und Flucht zu unterscheiden war. Aus zahlreichen türkischen StaatsbürgerInnen, die bereits in den 1970er Jahren aus sozialen und politischen Gründen den Weg ins Ausland als ‚Gastarbeiter‘ gewählt hatten, wurden in den 1980er Jahren Flüchtlinge, da die Türkischen Konsulate und Botschaften die Pässe missliebiger Kritiker und Oppositioneller nicht verlängerten. Die Auswirkungen auf türkische und ethnisch kurdische MigrantInnen führten zur Ausbildung einer türkischen und kurdischen politischen Diaspora in den 1980er Jahren in den Aufnahmeländern mit einer zersplitterten politischen Vereinslandschaft, die zu einem nicht vernachlässigbaren Teil die politischen Verhältnisse in der Türkei widerspiegelten.<sup>27</sup> Wenn in diesem Beitrag von türkischen Staatsangehörigen und MigrantInnen gesprochen wird, so sind immer auch Kurden und Kurdinnen, Armenier und Armenierinnen gemeint, um nur zwei der zahlreichen Minderheiten in der Türkei zu nennen. Beinahe zwangsläufig ist die Perspektive der Darstellung von ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Aspekten orchestriert. Dies ist der Quellenlage und hegemonialen ökonomistischen *top-down*-Sichtweise und -Darstellungsform in Medien, Politik, Öffentlichkeit, Wirtschaft und Wissenschaften der ersten Jahrzehnte der jüngeren Migrationsgeschichte geschuldet, aber auch der Tatsache, dass es als Quellengrundlage kaum zugängliche, aufbereitete und erhaltene Zeugnisse einer *bottom-up*-Perspektive gibt. Zur Verfügung stehen in den ersten Jahrzehnten

ten der jüngeren Migrationsgeschichte primär Verwaltungsakten, statistisches Material, die Jahresberichte des Landesarbeitsamtes Tirol von 1950 bis 1993 und die des Arbeitsmarktservice von 1994 bis heute, sowie wenige Publikationen, Studien und Dissertationen. Ein gravierendes Manko beruht darauf, dass die Statistiken vor allem in den ersten Jahrzehnten selten nach Geschlecht aufgeschlüsselt wurden. Seit den 1990er Jahren hat sich langsam die Perspektive verändert und es treten andere Zusammenhänge in den Vordergrund, die Geschichte von unten wird lebendiger.

## Von 1945 bis zur „Fremdarbeiter-Vereinbarung“ 1961

Die Nachkriegsjahre waren von gravierenden Versorgungsgapen und Ernährungsproblemen geprägt. Dazu kamen die unmittelbaren Kriegsschäden an Verkehrsinfrastruktur, Produktionsstätten, öffentlichen und privaten Wohngebäuden, die zu 80 Prozent Innsbruck und einige wichtige Verkehrsknotenpunkte wie Hall, Jenbach, Wörgl und Mauterndorf betrafen.<sup>28</sup> Die Wirtschaft erholte sich bis Mitte der 1950er Jahre zudem nur sehr langsam. In Tirol schätzte man die Zahl der Displaced Persons (DPs) und Flüchtlinge im Sommer 1945 auf 110.000 bis 120.000 Personen, darunter 25.000 Deutsche, 38.000 SüdtirolerInnen und 25.000 österreichische Flüchtlinge.<sup>29</sup> Die Anzahl der „Volksdeutschen“ war in der französischen Zone (Nord-Tirol und Vorarlberg) im Vergleich zu den anderen Besatzungszonen gering. Im Februar 1946 wurden 9.797 „Volksdeutsche“ gezählt, im Sommer 1946 war diese Zahl bereits auf rund 5.000 Personen gefallen.<sup>30</sup> Die katastrophale Ernährungslage förderte – oberflächlich betrachtet – die ablehnend feindliche bis rassistische Haltung in weiten Teilen der Bevölkerung. Wesentlicher erscheint aber, dass die Politik die Einstellungen in der Bevölkerung bestärkte, wie Oliver Rathkolb treffend illustriert, etwa am Beispiel von Bundeskanzler Leopold Figl, der im Ministerrat die ausnahmslose Abschiebung von „Sudetendeutschen“ und „Volksdeutschen“ forderte: bei 160.000 bis 180.000 abgeschobenen Personen würde das die Ernährungslage erleichtern, argumentierte Figl.<sup>31</sup> Die Medien zeichneten zudem ein außerordentlich nachteiliges Bild der ‚Fremden‘. In der Tiroler Tageszeitung von 1945 bis 1949 finden sich 135 Artikel zum Themenbereich Migration und Flucht, darunter 73 Artikel zum Stichwort „DPs/Flüchtlinge“ und zwölf Artikel zum Stichwort „Volksdeutsche“. Die Prioritäten von Medien, Politik und Bevölkerung im Umgang mit den ‚Fremden‘ wird plastisch erkennbar, da es thematisch in den 135 Artikeln der Tiroler Tageszeitung 39 Mal um „Kriminalität“, 23 Mal um das Thema „Belastung“ und 29 Mal um „Repatriierung“ ging, womit die Kernthemen der öffentlichen Diskussion zu Migration und Flucht bezeichnet sind.<sup>32</sup> Erstaunlicherweise wird aber im Zeitraum 1945 bis 1960 der durch den Kontext der NS-Zwangsarbeit geprägte Begriff ‚Fremdarbeiter‘ nicht verwendet.

Selbst das erste Industrieprogramm der Tiroler Handelskammer im Jahr 1945 blieb von Vorbehalten nicht unberührt. Es gab Klein- und Mittelbetrieben vor „rauch-, staub- und lärmentwickelnden Großbetrieben“ den Vorrang, mit Blick auf den „Erholungsreisendenverkehr“ und den „urtümlichen Bauernlandcharakter Tirols“,<sup>33</sup> mit der Schlussfolgerung, dass „die Arbeiterschaft möglichst der einheimischen Bevölkerung zu entnehmen [ist]. Der Landfremde ist auf Kräfte zu beschränken, die wegen besonderer Spezialausbildung in unserem Lande selbst nicht zur Verfügung stehen.“<sup>34</sup> Massiven Widerstand des Gemeinderates<sup>35</sup>

und Bauernbundes<sup>36</sup> gab es 1947 gegen die Errichtung einer Niederlassung für die aus der Tschechoslowakei ausgewiesene Gablonzer Schmuckwarenindustrie in Stams. Bei der Ablehnung musste einerseits die Ernährungslage als Argument herhalten, jeder Flecken Boden müsse prioritär für die agrarische Produktion genützt werden, andererseits sei durch die Ansiedelung eines Großbetriebs eine verstärkte Landflucht von Arbeitskräften zu befürchten und zugleich „fürchteten die Sprecher der Bauern auch eine Überfremdung des Landes, zumal ein solcher Betrieb ‚Hunderte landfremder Esser‘ ins Dorf bringen würde.“ Die Glashütte wurde schließlich in Kufstein errichtet.<sup>37</sup>

Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern war in Tirol trotz Kriegsverlusten in Höhe von grob geschätzten 20.000 Personen die Bevölkerungszahl höher als vor dem Krieg.<sup>38</sup> Auch die Anzahl der jährlichen SchulabgängerInnen war in Tirol nicht zurückgegangen. Es erhöhte sich das Arbeitskräfteangebot somit stetig, das Arbeitsplatz- und Lehrstellenangebot konnte damit aber nicht Schritt halten. An den steigenden Arbeitslosenzahlen der Jahre 1949 bis 1953 lässt sich dieser Trend deutlich ablesen, obwohl sich die wirtschaftliche Lage insgesamt langsam verbesserte. Der harte Winter 1953/54 brachte noch einmal eine Rekordwinterarbeitslosigkeit mit 17.681 Arbeitssuchenden im Februar 1954, die Arbeitslosenrate lag über 14,5 Prozent. Dazu kam eine „deutliche Stagnation des gesamten Binnenmarktes“<sup>39</sup>. Zur Überraschung aller Beteiligten und Handelnden setzte noch im Jahr 1954 ein beispielloser Konjunkturaufschwung ein, der 1956/57 einen ersten Höhepunkt erreichte. Bereits 1955 war die strukturelle Arbeitslosigkeit eingedämmt. Wegen der „Vollbeschäftigung des Jahres 1955“<sup>40</sup> machte das Landesarbeitsamt Tirol (LAAT) bei der Förderung der Auswanderung eine Kehrtwende. Im Sommer 1955 wurden „von den höchsten Regierungsstellen Maßnahmen zur Abdämpfung der ‚überhitzten‘ Baukonjunktur“ ergriffen, ohne großen Erfolg, schreibt das LAAT, zudem sei „eine gewisse Abwanderungstendenz von Fachkräften nach Deutschland und in die Schweiz festzustellen“.<sup>41</sup> Bis 1958 gelang es, alle Schulabgänger und Lehrstellensuchenden in den Arbeitsmarkt einzugliedern. 1959 war erstmals der Lehrbedarfsbedarf nicht mehr vollständig abdeckbar. Waren 1948 im Jahresdurchschnitt knapp über 103.000 Männer und Frauen in Tirol unselbständig beschäftigt, so stieg diese Zahl bis 1960 auf 137.300 an. Die umfassende Konjunktur in beinahe allen Wirtschaftszweigen, verbunden mit beträchtlichen Produktionssteigerungen, führte 1960 zur Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven. Das Landesarbeitsamt Tirol stellte zur Arbeitsmarktlage im Sommer 1960 fest, dass fast nur noch beschränkt vermittelbare Arbeitslose bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren. Die innerösterreichische Anwerbung von Arbeitskräften wurde forciert, doch spielte im Vergleich der Bundesländer in Tirol der Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Bundesländern in Relation zum Zuzug von ausländischen Arbeitskräften die geringste Rolle.<sup>42</sup> Die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe, verstärkt durch beträchtliche öffentliche Investitionen, waren Motoren der Entwicklung, wie auch in etwas geringerem Ausmaß das Gastgewerbe.<sup>43</sup> Trotz aller Maßnahmen konnten zahlreiche offene Arbeitsstellen nicht mehr besetzt werden. Der Druck erhöhte sich zusätzlich durch die Abwanderung von Einheimischen in das benachbarte Ausland.

Die ersten verfügbaren, aber wenig aussagekräftigen Zahlen zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften liegen für das Jahr 1950 vor, da die statistische Ausgangsbasis nicht offen gelegt wird und laut Jahresbericht des LAAT von „arbeitssuchend vorgemerkten Ausländern“ ohne Angabe einer Zahl gesprochen wird, von denen „2.875 in Arbeit vermittelt“<sup>44</sup> wurden. Zugleich wird von insgesamt 3.530 erteilten Beschäftigungsbewilligungen

bzw. Beschäftigungsgenehmigungen berichtet, wobei die Zahl der Genehmigungen in der Regel immer wesentlich über jener der tatsächlich Beschäftigten lag.<sup>45</sup> Der Anteil ausländischer Personen an den in Tirol Beschäftigten lag bei 2,9 Prozent. Bei den Männern nahmen die „Genehmigungen für Baufach- und Hilfsarbeiter, für Metall- und Holzarbeiter sowie landwirtschaftliche Arbeiter die größte Zahl ein, während bei den Frauen die Genehmigungen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Textilarbeiterinnen, Hilfsarbeiterinnen, Hausgehilfinnen und Angestellte im Vordergrund“<sup>46</sup> standen.

Im Jahr 1954 wurde mit 2.029 erteilten Beschäftigungsbewilligungen der niedrigste Wert der 1950er Jahre festgestellt. Der AusländerInnenanteil lag unter zwei Prozent. Die hohe Arbeitslosigkeit im Winter 1953/54 mit dem Rekordwert von 14,5 Prozent im Februar 1954 schlägt sich in der niedrigen Zahl der Genehmigungen nieder. Zu aller Überraschung wurde aber nur einige Monate nach der festgestellten Rekordarbeitslosigkeit der zunehmende Mangel an Arbeitskräften Anlass für die sukzessiv höhere Beschäftigung von MigrantInnen, die noch im selben Jahr einsetzte. Dieser Trend sollte sich in den folgenden Jahren fortsetzen. Im Jahr 1957 wurde ein erster Höchststand mit 3.862 Beschäftigungsbewilligungen erreicht, zum Teil weil

„die ungarischen Flüchtlinge neu dazukamen und für diese die Beschäftigungsgenehmigungen jeweils nur für die Höchstdauer von 4 Monaten erteilt werden durften, sodaß die meisten ungarischen Flüchtlinge im Laufe des Berichtsjahres mehrere Beschäftigungsgenehmigungen benötigten.“<sup>47</sup>

Der überwiegende Teil der MigrantInnen der 1950er Jahre waren aber SüdtirolerInnen, mit Ausnahme des kaum zwei Jahre dauernden Intermezzos der ungarischen Flüchtlinge, die in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht in Tirol blieben. Das LAAT berichtet 1957, dass sich „die Fälle [mehrten], in denen für deutschsprachige Südtiroler um die Arbeitsbewilligung angesucht wurde, da diese in Südtirol keine dauernde Verdienstmöglichkeit finden konnten.“<sup>48</sup> Die Zahl der Genehmigungen blieb aber bis 1960 bei rund 3.800, um dann sprunghaft im Jahr 1961 mit 5.202 erteilten Beschäftigungsbewilligungen den ersten Höhepunkt in der Nachkriegsgeschichte Tirols zu erreichen.<sup>49</sup> Das 1961 bewilligte Kontingent von 1.400 ausländischen Bauarbeitern verteilte sich auf „494 deutschsprachige Bauarbeiter aus Südtirol, 546 Bauarbeiter aus dem Trentino, 156 Bauarbeiter aus Altitalien, 22 Bauarbeiter aus der Schweiz und 5 Bauarbeiter aus Jugoslawien.“<sup>50</sup>

## Auswanderung – eine verborgene Facette des Arbeitskräftebegehrens

Die Arbeitsmarktverwaltung hatte aber auch ein Auge auf weniger beachtete Facetten des Arbeitsmarktes. So wurden in den Nachkriegsjahren die Auswanderung und Auslandsvermittlung vom LAAT gefördert und in allen Jahresberichten bis in die 1960er Jahre darüber berichtet. Im Jahresbericht 1954 wird festgestellt, „daß die Auswanderungen und Stellenannahmen im Ausland eine beachtliche Höhe aufweisen und die steigende Tendenz anhält“<sup>51</sup>, doch schon 1955 wurde die Auswanderung wegen des generellen Konjunkturaufschwungs

nicht mehr unterstützt, obwohl im Jahresbericht 1956 festgestellt wird, dass „unter der Bevölkerung immerhin ein großes Interesse für Auswanderung besteht“<sup>52</sup> England, Kanada und Australien waren die Hauptaufnahmeländer. 1960 stellt das LAAT fest, dass „eine Vermittlung ins Ausland im engeren Sinne überhaupt nicht mehr in Frage“<sup>53</sup> kommt. 1962 wird davon gesprochen, dass nur jene österreichischen Arbeitskräfte vermittelt wurden, „die unbedingt die Arbeitsaufnahme im Ausland anstrebten und gegebenenfalls auch ohne Beratung durch das Arbeitsamt eine Auslandstätigkeit aufgenommen hätten.“<sup>54</sup> Der Inländerprimat der österreichischen Ausländerbeschäftigungspolitik wurde ergänzt durch den Versuch der Kontrolle der Auswanderung einheimischer Arbeitskräfte. Es ging um die Verwaltung eines nationalen Arbeitskräftepools. In den Berichten des LAAT findet sich für dieses primär an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientierte Interesse ein weiterer Beleg: In den 1950er und Anfang der 1960er Jahre wird in einer eigenen Rubrik der Jahresberichte des LAAT die Anzahl der abgegebenen Stellungnahmen zu Staatsbürgerschaftsansuchen aufgelistet, die jährlich von der Tiroler Landesregierung dem LAAT zur arbeitsmarktpolitischen Beurteilung vorgelegt wurden. In den 1950er Jahren war das immer eine relativ hohe Anzahl von Ansuchen.

„Das Amt der Tiroler Landesregierung hat im Jahre 1957 dem Landesarbeitsamt insgesamt 558 Ansuchen um Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft zur Stellungnahme vom arbeitsmarktvermittlungsmäßigen Standpunkt aus vorgelegt und zwar 389 Männer und 169 Frauen. Davon wurden 526 Ansuchen befürwortet. Von den Einbürgerungswerbern waren 80% deutschsprachige Südtiroler.“<sup>55</sup>

Im Jahresbericht 1960 wird jedoch festgestellt, dass „nur mehr 17“<sup>56</sup> zur Beurteilung vorgelegt wurden. Im selben Jahr wurde aber 365 Antragstellern die Staatsbürgerschaft verliehen. Ab 1963 sind keine Stellungnahmen vermerkt.<sup>57</sup> Das nationale Interesse entpuppt sich als dehnbare Begriff. Besonders deutlich tritt das Arbeitskräftebegehren im Berichtsteil des LAAT zur „Genehmigung von Inseraten“ hervor, über die in den Jahresberichten von 1960 beginnend bis letztmalig 1973<sup>58</sup> regelmäßig berichtet wurde. Entscheidungsgrundlage war die aus ständestaatlicher Zeit stammende *Verordnung über Vermittlung, Anwerbung und Verpflichtung von Arbeitnehmern nach dem Auslande* vom 28.6.1935<sup>59</sup> zum Schutz der inländischen Wirtschaft bei Mangelberufen. Von 143 Inseraten wurden nur 21 bewilligt, „es handelt sich überwiegend um Stellen in der Hauswirtschaft, besonders in Verbindung mit der Erlernung fremder Sprachen oder um Stellen in österreichischen Diplomatenhaushalten im Ausland.“<sup>60</sup> Von den 61 schriftlich abgelehnten Zeitungsinseraten waren 40 für Stellen in der Bundesrepublik Deutschland, 14 für die Schweiz, vier für England, je eine für die USA und Italien bestimmt. Im Arbeitsmarktförderungsgesetz 1968 kam es nicht etwa zur Aufhebung der aus heutiger Sicht anachronistisch anmutenden Verordnung, sondern zur Neuregelung. 1970 wurden 95 schriftliche und 150 mündliche Anträge eingebracht. 64 Inserate wurden bewilligt.<sup>61</sup> Mit den veränderten ökonomischen Bedingungen ab 1974 kamen diese Ansuchen zum Erliegen.

## Von der „Fremdarbeiter-Vereinbarung“ 1961 zur Weltwirtschaftskrise 1973/74

In Deutschland wurde bereits Mitte der 1950er Jahre drückender Arbeitskräftemangel spürbar. Mit dem 1955 abgeschlossenen deutsch-italienischen Anwerbeabkommen wurde nach gut begründeter Einschätzung von Roberto Sala zugleich jene Grundlage geschaffen, die für die „Massenanwerbung in Spanien, Griechenland, der Türkei und Jugoslawien mehr als dies in den bisherigen Forschungen zum Ausdruck kommt“<sup>62</sup> maßgeblich war. Österreich folgte dem Vorbild der BRD. Der Arbeitskräftemangel führte 1961 nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Sozialpartnerorganisationen zur „Fremdarbeiter-Vereinbarung“. Sie war Teil des sogenannten Raab-Olah-Abkommens zwischen Bundeswirtschaftskammer und ÖGB.<sup>63</sup> Kern der Vereinbarung war die jährliche sozialpartnerschaftliche Festlegung von ‚Fremdarbeiter‘-Kontingenten für ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten Branchen, die von der Arbeitsmarktverwaltung zu exekutieren war. Mit Hilfe von Anwerbeabkommen und speziell von der Bundeswirtschaftskammer eingerichteter Anwerbbestellen wurde systematisch die organisierte Anwerbung von zumeist unqualifizierten ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern betrieben. 1962 wurde eine Anwerbestelle der Bundeswirtschaftskammer in Spanien eingerichtet. In der Fachliteratur wird ein Anwerbeabkommen auf 1962<sup>64</sup> datiert, unterzeichnet bzw. ratifiziert wurde das Anwerbeabkommen mit Spanien<sup>65</sup> aber erst 1964. Kurt Büchelmann, der Leiter der Anwerbestelle der Bundeswirtschaftskammer in Spanien,<sup>66</sup> hat in einem Interview darauf verwiesen, dass es bereits davor ein ausgearbeitetes Anwerbeabkommen mit Italien gegeben habe,<sup>67</sup> und er zuerst als „zweiter Mann“, dann als Leiter der Stelle in Rom designiert gewesen war<sup>68</sup>. Dieses Abkommen kam laut Büchelmann aber wegen eines vom italienischen Geheimdienst aufgedeckten Terrornetzwerks, in dem nach Angaben Italiens auch ein Tiroler Landesrat verstrickt war<sup>69</sup>, nicht zustande. Der Vertragstext mit Italien sei dann für Spanien bis auf wenige Änderungen eins zu eins übernommen worden. Welchen zwischenstaatlichen Charakter das Abkommen 1962 hatte und wie es zur sehr späten Ratifizierung oder Unterzeichnung 1964 kam, wurde im Interview nicht geklärt. Man sei in Beratungen in der Bundeswirtschaftskammer, an denen Büchelmann teilnahm, auf Spanien gekommen, da Tito ein Abkommen mit Jugoslawien (vorerst) abgelehnt habe.<sup>70</sup> Die Anwerbestelle war nicht gänzlich erfolglos, wie auch an der Statistik des LAAT in den Jahresberichten ablesbar ist.<sup>71</sup> Statistisch erfasst sind 97 Beschäftigungsgenehmigungen im Jahr 1962 und 255 im Jahr 1963. Im Jahr 1964 ist bereits wieder ein Rückgang feststellbar. Die Zahl der Angeworbenen war am Bedarf gemessen vernachlässigbar. Als Gründe dafür, dass die Anwerbung nicht wirklich in die Gänge kam, führt Büchelmann vor allem die im Vergleich zu anderen Ländern zu niedrigen Löhne in Österreich an, das fehlende Sozialversicherungsabkommen mit Spanien, Sprachprobleme und fehlende Angebote von Deutschkursen, die fehlende Flexibilität der Unternehmer in Österreich, mit Ausnahme jener in Vorarlberg.<sup>72</sup> Ein Grund könnte auch an einer finanziellen Hürde des Verfahrens für die Betriebe liegen: Teil des Prozedere der Anwerbung war die Ausstellung einer Sicherheitsbescheinigung mit Verpflichtungserklärung des Arbeitgebers zur Deckung der Kosten der Rückreise.<sup>73</sup> Die Anwerbekommission wurde in Spanien noch vor der Ratifizierung des Anwerbeabkommens wieder geschlossen. Ebenfalls im Jahr 1964 wurde das Anwerbeabkommen mit der Türkei<sup>74</sup> abgeschlossen. Es brachte aber ebenfalls nicht sofort den erwarteten und erforderlichen

Zustrom von Arbeitskräften. Tirols Unternehmen hatten zudem eine billigere und leichter handhabbare Quelle gefunden. Ab 1963 kam es zur Zuwanderung von Arbeitskräften aus Jugoslawien, die im Jahresbericht des LAAT als drittstärkste Gruppe nach „Italiener[n] (größtenteils Südtiroler)“ und Deutschen ausgewiesen wurden.<sup>75</sup> 1965 waren jugoslawische Staatsangehörige bereits die größte Gruppe ausländischer Beschäftigter. Das Anwerbeabkommen mit der Volksrepublik Jugoslawien<sup>76</sup> wurde 1966 abgeschlossen, sanktionierte aber de facto nur die bereits bestehende Praxis. Der Anteil der den Unternehmen für jugoslawische Staatsbürger erteilten Bewilligungen stieg zwischen 1962 und 1970 von annähernd null auf 68 Prozent, jener für türkische Staatsbürger auf 15,7 Prozent.<sup>77</sup>

Aus der zeitnahen Perspektive von Gernot Wörner, der seine Diplomarbeit 1961/62 verfasste, lag in der verspätet aufgenommenen Anwerbepolitik Österreichs die Ursache dafür, dass es für Österreich nur noch „eine beschränkte Auswahl an Hilfskräften in Spanien, Griechenland und Türkei“ gegeben hat,<sup>78</sup> wobei Tirol wenig betroffen sei, da Tirol bei Hilfs- und Anlernkräften „auf seine traditionellen Stammgebiete in Südtirol, Trentino und in der Provinz ‚Belluno‘ zurückgreifen“ könne.<sup>79</sup> Wörners erste Einschätzung ist durchaus plausibel und deckt sich mit der von Büchelmann, die zweite sollte sich innerhalb weniger Monate als Irrtum entpuppen. 1962 wurden zwar noch 64 Prozent der 6.039 Beschäftigungsgenehmigungen für „Italiener (größtenteils Südtiroler)“ und 21 Prozent für „Deutsche“<sup>80</sup> ausgestellt, insgesamt also 85 Prozent, doch bereits 1963 sank der Anteil der den Unternehmen für italienische Arbeitskräfte erteilten Bewilligungen auf 45,2 Prozent und erstmals werden Arbeitskräfte aus Jugoslawien extra ausgewiesen.<sup>81</sup> Obwohl vom 29. Jänner bis 9. Februar 1964 die IX. Olympischen Winterspiele in Tirol stattfanden und ein „Sonderarbeitsamt“<sup>82</sup> eingerichtet wurde, sank der Anteil der italienischen Beschäftigten auf 39 Prozent und die den Unternehmen für jugoslawische Arbeitskräfte erteilten Beschäftigungsgenehmigungen stiegen deutlich von 12 Prozent 1963 auf 19,6 Prozent im Jahr 1964 an, obwohl kein Anwerbeabkommen mit Jugoslawien vorlag. Erstmals werden auch türkische Staatsangehörige mit 387 erteilten Bewilligungen aufgelistet, die über das Anwerbeabkommen mit der Türkei rekrutiert wurden. Der Anteil der Südtiroler (Italiener) reduzierte sich bis zum Jahr 1970 auf 5,5 Prozent.<sup>83</sup> Nähere Informationen darüber, warum Südtiroler bzw. Trentiner nicht im Lande zu halten waren, fehlen. Es könnten auch die politischen Auseinandersetzungen um das Autonomiestatut Südtirols in den 1960er Jahren eine gewisse Rolle gespielt haben, wie die Äußerungen von Kurt Büchelmann nahe legen. Die gravierendsten Auswirkungen hatte aber sicher die ab 1962 bestehende „Liberalisierung der Arbeitsmigration in der EWG [...], weshalb [...] [Italiener] viel einfacher, unabhängig von der staatlichen Rekrutierung, in die Bundesrepublik einreisen konnten.“<sup>84</sup>

Die 1960er Jahre standen in Tirol völlig im Zeichen von Hochkonjunktur und permanenter Vollbeschäftigung. Die Nachfrage übertrafe um „ein Vielfaches“ das Arbeitskräfte-reservoir, heißt es im LAAT 1964. Es wurden bemüht bis verzweifelt klingende Gegenmaßnahmen skizziert:

„Die Berufsbildung der vorgemerkten Arbeitslosen zur Erhöhung ihrer beruflichen Mobilität, die Intensivierung des regionalen und zwischenbezirklichen Ausgleichs, die Werbung zusätzlicher Arbeitskräfte durch den Rundfunk und Zeitungsanzeigen, nicht zuletzt die beratende Aufklärung der Arbeitskräfte zur Verhinderung der Abwanderung aus ihren Berufen, aus ihren Arbeitsstellen oder in das Ausland, sind Sonderaufgaben, ohne die eine moderne Arbeitsmarktverwaltung nicht mehr bestehen könnte.“<sup>85</sup>



Es wurde versucht über die sogenannte „Ausgleichsvermittlung“ Arbeitskräfte aus anderen Bundesländern anzuwerben:

„Im Jahre 1969 konnten auf diesem Wege insgesamt 2.459 Arbeitskräfte gewonnen werden. Die Tätigkeit der Ausgleichsvermittlung erweist sich von Jahr zu Jahr immer schwieriger. Ihre Erfolge werden mit den intensiven Bemühungen der Abgabebundesländer um eigene Saisonen immer geringer. Daraus erklärt sich auch der sehr spürbare Rückgang des Umfanges der Ausgleichsvermittlung innerhalb des letzten Jahres um etwas mehr als 20 Prozent.“<sup>86</sup>

Die Teilzeitbeschäftigung für Frauen wurde propagiert und der Versuch unternommen, einen Babysitterdienst zu organisieren. Die Ferial- und Studentenvermittlung wurde forciert. Aber alle Mühen reichten nicht aus. Weitere ausländische Arbeitskräfte mussten angeworben werden. Rasch verselbständigte sich die Anwerbepolitik durch Eigeninitiativen der Unternehmen und ausländischen Beschäftigten, wie weiter unten noch näher ausgeführt wird.<sup>87</sup>

1973 wurde der Höchststand mit 34.920 erteilten Beschäftigungsgenehmigungen erreicht. Nach Staatsbürgerschaft wurden 70 Prozent der Genehmigungen an jugoslawische, 19 Prozent an türkische, je drei Prozent an italienische und bundesdeutsche Arbeitskräfte ausgegeben. Die übrigen sechs Prozent ergingen an Angehörige unterschiedlicher Staaten.<sup>88</sup> Nach Berufsgruppen wurden 63 Prozent für „Produktionsberufe in Bergbau, Industrie, Gewerbe“ erteilt, darunter 23 Prozent für Bauberufe und 29 Prozent für Dienstleistungsberufe, davon allein 19 Prozent für „Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe“.<sup>89</sup> Nach Bezirken ergibt sich eine Konzentration von 55 Prozent der ausländischen Beschäftigten in Innsbruck mit dem Bezirk Innsbruck-Land, an der zweiten Stelle folgt der Bezirk Kufstein mit elf Prozent, gefolgt von Kitzbühel mit acht Prozent und Reutte mit sieben Prozent.<sup>90</sup> Im Jahresbericht 1972 stellt das Landesarbeitsamt rückblickend fest:

„An Hand dieser von Jahr zu Jahr erfolgten Steigerung kann ersehen werden, wie sehr Tirols Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist, da leider das einheimische Kräftepotential, sei es durch die feste Eingliederung in die heimische Wirtschaft oder durch Arbeitsaufnahme im Ausland, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, ausgeschöpft ist.“<sup>91</sup>

## Berichte zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften

1964, 1965 und 1966 führte das Landesarbeitsamt Tirol bei größeren Betrieben des Bauwesens, der Metallindustrie und im Fremdenverkehr (1966) Untersuchungen über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften durch.<sup>92</sup> Im Baugewerbe war demnach 1966 beinahe die Hälfte aller MigrantInnen beschäftigt, ihr Anteil an den Beschäftigten hatte sich von 1964 mit 4,7 Prozent auf 11,3 Prozent im Jahr 1966 erhöht. 1964 waren in der Metallindustrie 1,7 Prozent beschäftigt, 1966 bereits 4,8 Prozent. In beiden Branchen stellten jugoslawische Staatsangehörige die Mehrheit der ausländischen Arbeitskräfte.<sup>93</sup> Während im Bauwesen und im Fremdenverkehr überwiegend Hilfsarbeiter beschäftigt wurden, waren

es in der Metallindustrie Facharbeiter.<sup>94</sup> Das LAAT hat 1964 in einem eigenen Unterkapitel „Probleme der Fremdarbeiterbeschäftigung“ festgehalten:

„Die Hereinnahme von ausländischen Arbeitskräften verursacht dem Unternehmer zusätzliche Mehrkosten. Für Unterkunft und Verpflegung wurde von den Firmeninhabern zur Zufriedenheit gesorgt. Die Fremdarbeiter, vor allem Türken, sind meist ungelernete Kräfte und werden fast ausschließlich als Hilfsarbeiter verwendet. Allgemein wurden, abgesehen von wenigen Ausnahmen, mit ausländischen Arbeitern gute Erfolge erzielt. Ihr Verhältnis zur inländischen Arbeitskraft kann als gut bezeichnet werden, wenn auch vereinzelt die Leistungen der Fremdarbeiter herabgesetzt werden. Erfreulich ist die Tatsache, daß die Fluktuation ausländischer Arbeiter weit geringer ist als die der einheimischen. Die vorerst bestehenden Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten konnten durch zeitweilig eingestellte Dolmetscher beseitigt werden. Nicht zuletzt sind die Fremdarbeiter von sich aus bestrebt, möglichst rasch die deutsche Sprache zu erlernen. Die Ausländer kehren mit Saisonende in ihre Heimat zurück.“<sup>95</sup>

1966 werden auch die Wohnverhältnisse skizziert und festgestellt, dass die Frage

„im allgemeinen gut gelöst [sei]. Die Möglichkeiten reichten hier von der einfachen Baubaracke bei Baubetrieben, bis zu komfortablen Gemeinschaftsquartieren in Betriebswohnungen, ja sogar bis zur Anmietung von Privatzimmern.“<sup>96</sup>

Ob diese Einschätzung tatsächlich auch jener der MigrantInnen entsprach, sei dahingestellt. Die spärlichen Quellen für die frühe Phase der Anwerbung deuten eher in eine andere Richtung.<sup>97</sup> Sprachliche Verständigungsprobleme gab es 1966 bei Jugoslawen keine mehr, wird im Jahresbericht festgehalten, da zumeist auf einen „Sprachkundigen, der als Dolmetscher fungieren kann“, zurückgegriffen werden konnte. Bei Türken gäbe es Sprachprobleme. Die Betriebe würden daher Dolmetscher einsetzen, zudem hätten

„inländische Arbeiter den Fremdarbeitern einfache Handgriffe, Arbeitsvorgänge und aufgetragene Arbeiten nach Möglichkeit erklärt. Anlernzeiten über das normale Maß hinaus kommen kaum vor, in den meisten Fällen finden sich ausländische Arbeitskräfte schnell zurecht.“<sup>98</sup>

Aus der Perspektive der Arbeitgeber werden auch 1966 besondere Problemfelder skizziert:

„Ihre Ordnungs- und Sauberkeitsliebe ließ vorerst in verschiedenen Fällen zu wünschen übrig. Aber auch hier wurden nach und nach Fortschritte erzielt, die erforderliche Ordnung konnte fast durchwegs hergestellt werden. Gründe für anfängliche Schwierigkeiten waren wohl nicht Absicht, sondern Gewohnheit; für Menschen, die mancherorts in sehr dürftigen Verhältnissen gelebt haben, bedeutet es sicherlich eine zusätzliche Belastung, auf Sauberkeit und Ordnung zu achten.

Es konnte immer wieder festgestellt werden, daß unsere Unternehmer im allgemeinen [sic!] im Umgang mit Fremdarbeitern keine schlechten Erfahrungen gemacht haben.

Dies umso mehr als gerade den Fremdarbeitern gegenüber großzügig und verständnisvoll gehandelt wird, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich möglichst rasch in einem fremden Land einzuleben. Heimwehgefühle können damit relativ rasch unterdrückt werden. Auch die Unfallhäufigkeit kann dadurch ziemlich niedrig gehalten werden. Sie ist ohnedies nicht höher als bei den inländischen Arbeitskräften. Von besonderer Wichtigkeit ist die Freizeitgestaltung. Hier weichen die Ansichten stark von einander ab. Vielfach bleiben die Fremdarbeiter in ihrer Freizeit sich selbst überlassen.“<sup>99</sup>

Einige Betriebe bemühten sich zudem um eine aktive Freizeitgestaltung, wodurch es gelinge, „Ausländer an den Betrieb zu binden und die für die Volkswirtschaft ungesunde Fluktuation zu hemmen. Der Arbeitsplatzwechsel ist auch im Gegensatz zu früheren Jahren stark zurückgegangen.“<sup>100</sup> Die festgestellte niedrigere Fluktuation bei den ausländischen Arbeitskräften im Vergleich zu den Einheimischen kann als Indiz gewertet werden, dass schon sehr früh jene Tendenzen bemerkbar wurden, die das Prinzip der Rotation und Substitution partiell unterliefen. Die Unternehmen waren überwiegend an einer gut ausgebildeten und integrierten Stammbesetzung interessiert. Auch ein Teil der MigrantInnen bevorzugte offenbar von Anfang an eine längerfristige Beschäftigungsperspektive, obwohl die Mehrheit der ausländischen Beschäftigten selber nur einen befristeten Aufenthalt geplant hatte.

Zwar wird in den drei Untersuchungen nur aus der Perspektive der Arbeitsmarktverwaltung bzw. der Unternehmen berichtet, es fehlt die Perspektive der Betroffenen, doch ist bemerkenswert, dass es sich um die einzigen Belege in den Jahresberichten 1950 bis 1993 des LAAT und denen des Arbeitsmarktservice Tirol von 1994 bis 2013 handelt, die andere als rein arbeitsmarktpolitische und vor allem statistische Aspekte der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte berücksichtigen. Die nicht zu übersehenden Stereotype in den Berichten können im Rahmen dieses Beitrags nicht näher analysiert werden.

## Betriebliche Anwerbepolitik am Beispiel der Tiroler Textilindustrie

Eine wahre Fundgrube für einen durchaus kritischen Blick hinter die Werkstüre von Industriebetrieben in den 1960er Jahren und Anfang der 1970er Jahre bietet die Studie *Das Fremdarbeiterproblem in Innsbrucker Textil- und Bekleidungsbetrieben* von Franz Rauter, die in den *Beiträgen zur alpenländischen Wirtschafts- und Sozialforschung* 1972 erschienen ist. Sie zeichnet ein sehr schlüssiges Bild der Anwerbung durch Unternehmen in Tirol. Rauter konnte auf Unterlagen zurückgreifen, die ihm von drei Betrieben der Textilindustrie in Innsbruck zur Verfügung gestellt wurden. Es handelte sich um die Vereinigten Tuchfabriken Baur-Foradori, die Innsbrucker Spinnfabrik Herrburger & Rhomberg sowie die Firma Seidensticker – Wäschefabrik Gesellschaft m.b.H. Nach Rauter gab es in Österreich 502 Textilbetriebe, konzentriert vor allem im Wiener Becken, Vorarlberg und Westtirol. 34 dieser Betriebe hatten ihren Sitz in Tirol. Der zahlenmäßige Anteil sei zwar gering, stellt Rauter fest, nach Betriebsgröße habe aber ein Viertel aller österreichischen Großbetriebe der Baumwoll- und Wollindustrie ihren Sitz in Tirol. Im Bundesgebiet waren in der Textilindustrie durchschnittlich 26 Prozent ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, in der Tiroler Industrie waren es 19 Prozent.<sup>101</sup> 5.000 ArbeitnehmerInnen fanden Beschäftigung, das waren 16 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten in Tirol.<sup>102</sup> In den frühen 1960er Jahren sei

der Anteil der ‚Fremdarbeiter‘ noch unbedeutend gewesen, auch weil „starke Skepsis darüber bestand, ob man ausländische Arbeitskräfte mit Erfolg in das Betriebsgefüge eingliedern kann.“<sup>103</sup> Ab Mitte der 1960er Jahre waren die Betriebe „unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen, in zunehmendem Maße Fremdarbeiter einzustellen.“<sup>104</sup> Der Anteil stieg beispielsweise bei Herrburger & Rhomberg, dem größten der drei von Rauter untersuchten Betriebe, „von 4 % 1964 auf 12 % und 1965 auf 23 %.“<sup>105</sup> Ausführlich werden im Beitrag von Rauter die rechtlichen Grundlagen dargestellt. Das korrekte und legale Prozedere mit einem sogenannten A-Visum, das zur Arbeitsaufnahme berechtigt und vor der Einreise im Herkunftsland beantragt werden musste, sei zu langwierig und umständlich, daher würden „nur wenige Anwerbungen im offiziellen Weg durchgeführt.“<sup>106</sup> Es habe sich „der am Rande der Legalität liegende ‚Dritte Weg‘ durchgesetzt. Die Fremdarbeiter reisen als Touristen nach Österreich ein und beantragen erst hier die Ausstellung des A-Visums. [...] In den 3 Berichtsbetrieben zeigt sich die Vorliebe für die zeit- und kostensparende dritte Methode.“<sup>107</sup> Voraussetzung dafür war die „Visafreiheit für touristische Aufenthalte bis drei Monate, die mit der Türkei schon seit 1955 bestand und mit Jugoslawien im Jahr 1965 vereinbart wurde.“<sup>108</sup> Zwar wären die als TouristInnen einreisenden MigrantInnen auszuweisen, doch würde das Fremdenpolizeigesetz wegen der „angespannten Arbeitsmarktlage“<sup>109</sup> nur sehr milde angewendet. Statt einer möglichen Geldstrafe in Höhe von „bis zu 30.000 S [...]“, wird der Strafsatz zur Zeit meist mit 500 S bemessen, ein Betrag, der von den Betroffenen nicht als Strafe, sondern als Gebühr für die Erteilung des Sichtvermerkes verstanden wird.“<sup>110</sup> Lediglich bei Herrburger & Rhomberg würden wegen des erhöhten Arbeitskräftebedarfs auch zusätzlich Anwerbungen über die Bundeskammer vorgenommen.<sup>111</sup> Bei der Firma Baur-Foradori wurden Beschäftigte ersucht,

„brieflich oder während eines Urlaubes in der Heimat Verwandten oder Bekannten nahe zu legen, als Touristen nach Österreich zu kommen und in den Betrieb einzutreten. Diese Methode hat Erfolg, bei Baur-Foradori arbeitet über die Hälfte der Fremdarbeiter zusammen mit ihren Ehegatten oder anderen Verwandten im Betrieb, zum Teil haben sich ganze Sippschaften zusammengefunden.“<sup>112</sup>

Bei Herrburger & Rhomberg gehe man ähnliche Wege, schreibe Interessenten in Jugoslawien an „und verweist auf die Möglichkeit, als Tourist nach Österreich einzureisen, die Firma werde alle Formalitäten erledigen.“<sup>113</sup> Zudem werbe man neu Ankommende „gleich bei ihrer Ankunft am Bahnhof“ an.<sup>114</sup>

Rauter führt eine Reihe von Vorteilen dieses Vorgehens der Unternehmen an:

„Es muß vermerkt werden, daß die offiziellen Anwerbungen auch eine beträchtliche finanzielle Belastung darstellen. Für jeden über die Kommission [sic!] angeworbenen Jugoslawen sind 900 S, für jeden Türken 1200 S Pauschale für Reisekosten, Verpflegung und ärztliche Untersuchung zu bezahlen.“<sup>115</sup>

Die Anwerbung von Bekannten und Verwandten aus den gleichen Regionen habe auch den Vorteil, dass Konflikte zwischen „Angehörige[n] verschiedener uneiniger Volksgruppen, z.B. Serben und Kroaten“, vermieden werden, sich „landsmannschaftliche Gruppierungen“<sup>116</sup> bilden und die Integration in und außerhalb der Betriebe sehr viel schneller erfolgt.

## Vom Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989

Max Frisch beginnt das Vorwort zu *Siamo italiani* 1965 mit dem berühmt gewordenen Satz: „Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr: Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“<sup>117</sup> Die weltweite Wirtschaftskrise 1973/74 wirkte sich in Tirol nur in Teilarbeitsmärkten und zeitversetzt aus, was daran ablesbar ist, dass die Gesamtzahl der in der Tiroler Wirtschaft beschäftigten unselbständig Erwerbstätigen 1974 „auf eine neue Rekordhöhe“<sup>118</sup> stieg, „obwohl erstmals auf Grund der strengeren Richtlinien im Ausländerverfahren die Zahl der Gastarbeiter wesentlich verringert wurde“,<sup>119</sup> wie das Landesarbeitsamt Tirol feststellte. Auch im Jahr 1975 kam es zu einem Anstieg der im Jahresdurchschnitt in Tirol Beschäftigten um 1,4 Prozent, obwohl zugleich um rund 21 Prozent weniger ausländische Arbeitskräfte beschäftigt wurden. Die Arbeitslosenzahlen signalisierten 1975 mit 2,4 Prozent zudem Vollbeschäftigung.<sup>120</sup> In den Jahresberichten des LAAT 1982 und 1990 finden sich nachfolgende Zahlen der unselbständig beschäftigten In- und AusländerInnen von 1973 bis 1982 (Abbildung 1).

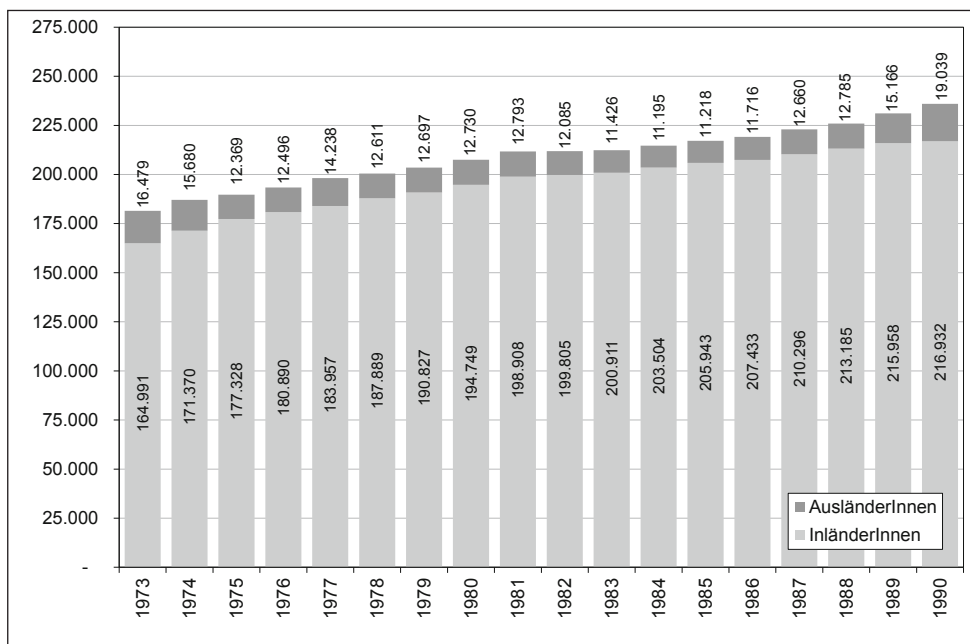
Die den ausländischen Arbeitskräften zuge dachte, gesetzlich und im Bewilligungsverfahren verankerte Funktion eines Konjunkturpuffers bewirkte deren Abbau in wirtschaftlich stagnierenden Branchen. Eine der wirkungsvollsten Maßnahmen war beispielsweise die Herausnahme des Baugewerbes 1975 aus dem Kontingentverfahren. Die Bewilligungen wurden daraufhin wieder im Normalverfahren erteilt.<sup>121</sup> Das zog die genaue Prüfung der Arbeitsmarktlage und die Möglichkeit zur Substitution durch Einheimische in jedem einzelnen Fall nach sich. Da aber nach wie vor Vollbeschäftigung herrschte, hätte die Reduktion leicht in anderen Branchen kompensiert werden können. Das war aber nicht vorgesehen und auch nicht beabsichtigt, so fiel der Abbau in den Jahren 1974 und vor allem 1975 durch verschärfte administrative Regelungen<sup>122</sup> stärker aus als ökonomisch bei Vollbeschäftigung geboten. In Tirol kam es somit schon 1975 zur gewünschten Reduktion ausländischer Arbeitskräfte, noch bevor das Ausländerbeschäftigungsgesetz 1976 in Kraft trat. Trotz des weiter expandierenden Arbeitsmarktes, der Zunahme der Beschäftigtenzahlen und der bis 1981 weiter herrschenden Vollbeschäftigung sahen die arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramme der Jahre 1978 bis 1980 weitere Reduzierungen vor, da ein verstärkter Zustrom geburtenstarker Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt erwartet wurde. Zu einer deutlichen Reduktion kam es jedoch nur im Jahr 1978. Erst die rezessive Phase von 1980/82 führte zu einem weiteren, sich über mehrere Jahre hinziehenden Abbau ausländischer Arbeitskräfte.

Arbeitslosigkeit mit Arbeitslosenbezug von MigrantInnen war im ‚Gastarbeiter‘-System der 1960er Jahre mit Kontingenten nicht wirklich vorgesehen und führte in der Regel zur Beendigung des Aufenthalts. Es verwundert daher nicht, dass sich in den Jahresberichten bis 1973 keine Information über arbeitslose MigrantInnen findet. Im Jahresbericht 1974 gibt es erstmals die Information, dass „229 ‚Gastarbeiter‘ im Jahresdurchschnitt arbeitssuchend vorgemerkt“ sind.<sup>123</sup> Die Arbeitslosenrate der ausländischen Beschäftigten stieg zwar in den Folgejahren kontinuierlich, sie lag aber immer unter jener der Einheimischen. Ein Grund war darin zu suchen, dass sich Zugewanderte Arbeitslosigkeit kaum leisten konnten, da es für ausländische Staatsangehörige nach Ende des Arbeitslosenbezugs, sofern sie überhaupt ein Anrecht darauf hatten, keinen Zugang zur Notstandshilfe gab und fehlende Mittel zum

Lebensunterhalt den Verlust des Aufenthaltsrechts nach sich zogen. Erst Ende der 1980er Jahre sollte sich dieses Verhältnis auf Dauer umkehren, die Arbeitslosenrate lag seither immer über jener der Einheimischen. Darin bildete sich realistisch die im Vergleich zu den Einheimischen überproportional starke Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten sowie Saisonberufen ab, jenen Beschäftigungen, die mit regelmäßigen und häufigen Episoden von Arbeitslosigkeit einhergehen. Zugleich verweist dies auf die stärkere Aufenthaltsverfestigung durch Befreiungsschein, Arbeitserlaubnis und Zugehörigkeit zur Stammebelegschaft, wodurch der ‚Export‘ der arbeitslosen ausländischen Beschäftigten durch Verlust des Aufenthaltsrechts leichter verhindert und Phasen von Arbeitslosigkeit durch Verbleib im Inland überbrückt werden konnten.

Zwischen den Herkunftsgruppen gab es eine prozentuelle Verschiebung zugunsten türkischer Staatsangehöriger. Die Beschäftigten aus Jugoslawien waren vom Abbau am stärksten betroffen. Stammen 1977 noch 56,8 Prozent oder 8.084 der ArbeitnehmerInnen aus Jugoslawien und 3.123 (21,8 Prozent) aus der Türkei<sup>124</sup>, waren es 1981 im Vergleich dazu 5.768 (45,1 Prozent) aus Jugoslawien und 3.131 (24,5 Prozent) aus der Türkei.<sup>125</sup>

Abbildung 1: Die Zahlen der unselbständig Beschäftigten in Tirol 1973 bis 1982 (Jahresdurchschnittswerte)



Quelle: Landesarbeitsamt Tirol, Jahresbericht 1982, 9; dass., Jahresbericht 1990, 11

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Beschäftigung von MigrantInnen in vielfacher Hinsicht positive ökonomische Effekte und die Funktion eines Konjunkturpuffers in der Weltwirtschaftskrise 1973/74 und der zweiten Ölkrise 1979 hatte. Neben anderen Maßnahmen unter dem Vorzeichen des „Austro-Keynesianismus“ trug nach Stephan Schulmeister

„die Dämpfung des Arbeitsangebots durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden im Jahr 1975 [...], durch die Verlängerung des Mindesturlaubs auf 4 Wochen sowie durch die Reduktion der Ausländerbeschäftigung [...] zum Erhalt der Vollbeschäftigung bei. [...] Während die Arbeitslosenquote in der Eurozone ab 1974 stark anstieg und 1983 8,4% erreichte, blieb sie in Österreich bis 1980 nahezu konstant niedrig und lag im Durchschnitt 1970/83 bei lediglich 1,6%.“<sup>126</sup>

Das änderte sich ab 1981/82. Die Arbeitslosenrate stieg in Tirol im Zeitraum von 1981 bis 1987 von 2,2 Prozent auf 5,1 Prozent. Der ‚Abbau‘ von ausländischen Arbeitskräften wurde versucht, gelang aber nur in einem beschränkten Maße, da der höhere Grad der Integration der Zugewanderten dagegen stand, wie in den Berichten des LAAT dieser Zeit festgestellt wird.

„Da das Einströmen inländischer Arbeitskräfte auf den heimischen Arbeitsmarkt unvermindert anhielt, war es auch im Jahre [...] nicht möglich, neu einreisenden ausländischen Arbeitskräften eine Beschäftigungsbewilligung zu erteilen. Dessen ungeachtet konnten aber unter Wahrung der sozial-humanitären Gesichtspunkte bereits länger in Tirol lebende bzw. beschäftigte Ausländer und ihre Angehörigen, insbesondere die der zweiten Generation, weiterhin damit rechnen, eine Beschäftigungsbewilligung erteilt zu bekommen.“<sup>127</sup>

Die ‚Gastarbeiter‘ der ersten Jahrzehnte waren vorwiegend junge Männer, die zwischen 20 und 30 Jahre alt waren. Anfang der 1970er Jahre kamen auch vermehrt junge Frauen. Auf einen bedeutenden Teil dieser Zugewanderten trifft zu, dass ihre Absicht ein befristeter Aufenthalt war und sie aus sozialen und ökonomischen Gründen den Weg in das Ausland gesucht hatten, um mit erspartem Geld nach der Rückkehr in der Heimat eine bessere Existenz finanzieren zu können. Dazu kam eine nicht zu unterschätzende Gruppe von Zugewanderten, die zudem auch politische Gründe hatten, den Herkunftsstaat zu verlassen. Der neue Wohnort wurde aber mit der Dauer des Aufenthalts in vielfacher Hinsicht, sozusagen hinter dem Rücken der ‚Gastarbeiter‘, sukzessive zum Mittelpunkt der Lebensinteressen, mit einer langfristigen Lebensperspektive, die an einen Verbleib gebunden war. Logische Konsequenz davon war, dass zuerst die Ehefrau oder der Ehemann, danach die Kinder sowie Verwandte, Brüder und Schwestern, Onkeln und Tanten, Schwager und Schwägerinnen nachgeholt wurden, denen Bekannte und Freunde folgten (*Kettenmigration*). An der zunehmenden Zahl der PflichtschülerInnen<sup>128</sup> und MigrantInnen mit einem Befreiungsschein oder einer Arbeitserlaubnis, die als Indikatoren verfestigter Beschäftigungsverhältnisse gelten können, lässt sich der Prozess der fortschreitenden Integration und des Familiennachzuges gut ablesen.

Die Anzahl der erteilten Befreiungsscheine<sup>129</sup> kann als Indikator für fortschreitende Arbeitsmarktintegration gesehen werden, wie am kontinuierlichen Anstieg zwischen 1976 und 1988 gut ablesbar ist, da zugleich die Zahl der Beschäftigten beinahe konstant blieb; dies trotz überaus restriktiver rechtlicher Voraussetzungen für die Erteilung. Das ‚Gastarbeiter‘-System der 1960er/70er Jahre mit der beabsichtigten nur befristeten Beschäftigung von MigrantInnen ohne dauerhafte Integrationsmöglichkeit kam an sein Ende. Novellen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG) 1988<sup>130</sup> und 1990<sup>131</sup> mit deutlichen Erleichterungen beim Erwerb des Befreiungsscheins führten zu einem weiteren Anstieg. Dazu kam mit der Novelle 1990 die Möglichkeit zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis nach vierzehn Monaten Beschäftigung. Die Zahl der erteilten Arbeitserlaubnisse stieg von 322 im Jahr 1990 auf

4.772 im Jahr 1993. Werden Befreiungsscheine und Arbeitserlaubnisse zusammengezählt, so konnten 1993 bereits 55 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte als relativ gut am Arbeitsmarkt integriert angesehen werden.

Tabelle 1: Ausländische Beschäftigte mit Befreiungsschein oder Arbeitserlaubnis 1976 bis 1993

Jahr	Ausländische Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	Ausgegebene Befreiungsscheine (BS)	Anteil der ausländischen Beschäftigten mit BS	Erteilte Arbeitserlaubnisse (AE)	Anteil der ausländischen Beschäftigten mit BS oder AE
1976	12.469	1.250	10%	–	–
1981	12.793	2.857	22%	–	–
1984	11.195	4.234	38%	–	–
1985	11.216	4.397	39%	–	–
1987	12.660	4.750	38%	–	–
1988	12.785	5.207	41%	–	–
1989	15.166	5.697	38%	–	–
1990	19.039	5.478	29%	322	30%
1991	22.470	7.928	35%	784	39%
1992	23.208	8.085	35%	2.683	46%
1993	23.791	8.224	35%	4.772	55%

Quelle: Jahresberichte des Landesarbeitsamtes Tirol und des Arbeitsmarktservice Tirol von 1976 bis 1993

Ein weiteres deutliches Signal der Integration der ehemaligen ‚Gastarbeiter‘ waren die rasch steigenden Zahlen der PflichtschülerInnen von 1.747 im Schuljahr 1985/86 auf 3.080 SchülerInnen im Schuljahr 1990/91. Erleichtert hatte die Familienzusammenführung und damit den Nachzug der Kinder ein Erlass des Bundesministeriums für Inneres vom 14. November 1985.<sup>132</sup> Der Zuzug und die Integration zugezogener EhepartnerInnen und Kinder in den Arbeitsmarkt waren dennoch eine nicht leicht zu nehmende Hürde. Zunächst musste genügend Wohnraum nach ortsüblichen Maßstäben zur Verfügung stehen – ein dehnbarer Begriff, wie sich in der Praxis zeigte – sowie ein ausreichendes Einkommen. Dazu kamen Schikanen nach der Niederlassung, da der Zugang zum Arbeitsmarkt außerordentlich erschwert wurde. Es war bis 1988/89 üblich, dass EhegattInnen von langjährig in Tirol lebenden ausländischen Arbeitskräften nur im Rahmen begrenzter Kontingente befristete Bewilligungen für die Sommer- bzw. Wintersaison erhielten. Im Arbeitsamtsbereich Innsbruck waren dies beispielsweise nur 100 Bewilligungen. Die Beschäftigungsbewilligungen wurden in ihrer Laufzeit aber bewusst jeweils so befristet, dass die Betroffenen auch nach mehreren Beschäftigungsverhältnissen nicht zu einer entsprechenden Beschäftigungsdauer für einen Anspruch auf Arbeitslosenbezug kamen. Ein Arbeitslosenbezug hätte zudem ein Anrecht bzw. die Verpflichtung der Arbeitsverwaltung auf Vermittlung und damit auch auf erleichterte Erteilung einer weiteren Beschäftigungsbewilligung und die volle Integration in den Arbeitsmarkt bedeutet.<sup>133</sup>



Die in Tabelle 1 ausgewiesene annähernde Verdoppelung der Anzahl ausländischer Beschäftigter von 1988 bis 1993 war primär durch einen weltwirtschaftlichen Aufschwung bedingt, den ab 1989 eine Sonderkonjunktur verstärkte. Diese wurde durch die verbesserten Exportchancen nach Osteuropa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zusammenbruch der wenig konkurrenzfähigen DDR ausgelöst. Das kombinierte Wirtschaftswachstum führte zu einem verstärkten Arbeitskräftebegehren. Das Ringen der Sozialpartner um die formal geregelte Öffnung des Arbeitsmarktes, begleitet von einer mangelhaften politischen Steuerung der Zuwanderung, führte ab dem Winter 1988/89 zu einer informellen Öffnung der Grenzen. Die schon in den 1960er Jahren praktizierte Methode der Einreise als TouristIn mit nachträglicher Legalisierung für den Einstieg in den Arbeitsmarkt lebte wieder auf. Das begünstigte auch den Familiennachzug. Der Anteil türkischer und jugoslawischer Staatsangehöriger an den ausländischen Staatsangehörigen stieg überproportional von 55 Prozent im Jahr 1981 auf 65,9 Prozent im Jahr 1994. Der Anteil der sonstigen Staatsangehörigen lag 1994 damit bei 34,1 Prozent. Das Verhältnis sollte sich ab 1996 nach dem EU-Beitritt sukzessive umkehren. Staatsangehörige aus der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens ohne Slowenien stellen 2013 nur noch ein Drittel oder 33,6 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung, wobei allerdings die überproportional hohe Zahl eingebürgerter türkischer und ehemals jugoslawischer Staatsangehöriger im Vergleich zu den sonstigen ausländischen Staatsangehörigen zu berücksichtigen ist, wie weiter unten noch ausgeführt wird.

## Migration und Integration in der Gesetzgebung seit den 1990er Jahren

Anfang der 1990er Jahre war das Ende der Sonderkonjunktur in Deutschland und Österreich absehbar, ein Konjunkturreinbruch kündigte sich an und die Arbeitslosenzahlen stiegen. Dazu kamen die sich akkumulierenden, langfristigen sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen der *Crisis Decades* seit 1973/74, erkennbar etwa an einer ständig steigenden Sockelarbeitslosigkeit. Integration, auf Arbeitsmarktintegration beschränkt, konnte nicht länger die beinahe ausschließliche Antwort auf den verstärkten Zuzug von MigrantInnen sein. Dazu kamen die Flüchtlingsdramen in Folge der Kriege im zerfallenden Jugoslawien ab 1991<sup>134</sup> mit bis zu 100.000 Flüchtlingen in Österreich. Verschärfend wirkte, dass die Themen Flüchtlinge und ‚Ausländer‘ ein

„politisch heißes Thema [wurden], doch die populistische Medienstrategie verschärfte das Problem nur noch und löste das Grundproblem nicht. Vor allem die Massenmedien – allen voran, aber keineswegs exklusiv die *Kronzeitung* – steigerten Ängste und Vorurteile mit weit übertriebenen Zahlenangaben und Einzelgeschichten.“<sup>135</sup>

Für die FPÖ und ihren Parteiohmann Jörg Haider war dies der ideale Ausgangspunkt, um aus der komplexen Verzahnung gesellschaftspolitischer Krisen im skizzierten Rahmen politisches Kapital zu schlagen, vor allem bei Wahlen, bei denen die Partei in den 1990er Jahren von Erfolg zu Erfolg eilte,<sup>136</sup> bis sie im Jahr 2000 Regierungspartei wurde. Die FPÖ organisierte zudem 1993 das Volksbegehren „Österreich zuerst“, das von 416.531 Österreicher-

Innen unterschrieben wurde.<sup>137</sup> Die gesellschaftlichen Verwerfungen wurden und werden dem Wahlvolk populistisch verbrämt als ethnische, später als interreligiöse Probleme ‚serviert‘, die darunter liegenden soziopolitischen Krisen kaschiert.<sup>138</sup> Das „Ausländerproblem“ hat seither einen zentralen propagandistischen Stellenwert in der Agenda rechtsgerichteter Parteien und Dauerkonjunktur in der politischen und öffentlichen Arena.<sup>139</sup>

Bei einer EU-weiten Befragung im Internationalen Jahr gegen Rassismus lag Österreich

„an dritter Stelle auf der Negativskala der EU, mit ‚sehr rassistischen Einstellungen‘ bei 14 Prozent der Bevölkerung. In der Skala ‚quite racist‘ schien Österreich mit 28 Prozent an vierter Stelle auf [...]. Niedrigere Quoten für ausgewiesene Nichtassistenten (26 Prozent in Österreich) gab es nur in“ fünf Ländern (Dänemark, Belgien, Finnland, Niederlanden und Frankreich).<sup>140</sup>

Die jeweiligen Regierungskoalitionen und die immer noch für die Migrationspolitik mitverantwortlichen Sozialpartner reagierten bis Ende der 1990er Jahre mit bloß rechtlichen Steuerungsversuchen.

Kern der Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes 1990 war einerseits der erleichterte Zugang von MigrantInnen zum Arbeitsmarkt durch Einführung einer zwei Jahre gültigen Arbeitserlaubnis und die Verlängerung der Laufzeit des Befreiungsscheins auf fünf statt bisher drei Jahre. Andererseits wurden Bundes- und Landeshöchstzahlen eingeführt: Maximal zehn Prozent der Beschäftigten durften ausländische Arbeitskräfte sein, ab 1994 schließlich nur noch acht Prozent.<sup>141</sup> 1990 wurde die Sichtvermerkspflicht für türkische, rumänische und polnische Staatsangehörige eingeführt.<sup>142</sup> Als Maßnahme gegen den unkontrollierten Zuzug und als Vorleistung auf den Beitritt zur EU kam es schon ab September 1990 zum Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheers zur Grenzüberwachung, paradoxerweise und sehr symbolträchtig unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, der nun vom freien demokratischen ‚Westen‘ rekonstruiert wurde.<sup>143</sup> Mitten im Bürgerkrieg wurde für jugoslawische Staatsangehörige die Visumpflicht eingeführt. Der Abwehr von Asylsuchenden und Neuzuwandernden dienten das Asylgesetz 1991<sup>144</sup> und das Fremdenengesetz (FrG) 1992,<sup>145</sup> das mit 1. Jänner 1993 in Kraft trat, in dem eine jährliche Gesamtquote der möglichen Zuwanderung festgelegt wurde.<sup>146</sup>

Erst mit dem Fremdenengesetz 1997 (FrG)<sup>147</sup> änderte sich für die bereits im Inland lebenden MigrantInnen Substantielles zum Positiven, allerdings partiell konterkariert durch Verschärfungen. Die schon von Bundesminister Alfred Dallinger geprägte Formel „Integration vor Neuzuzug“, wie beispielsweise in der Rede Dallingers am 3.7.1985 zur Eröffnung des Zentrums für MigrantInnen in Tirol vorgetragen,<sup>148</sup> war nach wie vor Leitlinie. Ziel war gemäß den Erläuterungen zum Gesetzestext die „Verbesserung der Rechtsstellung für alle in Österreich niedergelassenen Fremden mit den Mitteln der Aufenthaltsverfestigung und des Familiennachzuges“, aber zugleich die Reduktion der Neuzuwanderung, auch bei der Familienzusammenführung, mittels jährlich festgelegter Quoten. „Die Zuwanderungsquote für ‚normale‘ Erwerbstätige wurde in den folgenden Jahren auf Null gesetzt.“<sup>149</sup> Als Ersatz wurde das Modell der kontingentierten kurzfristigen Saisonbeschäftigung ohne Verlängerungs- und dauerhafter Integrationsmöglichkeit eingeführt. Positiv am Paket war die Verbesserung des Rechtsstatus von Jugendlichen und bereits länger rechtmäßig ansässigen MigrantInnen. Nach acht Jahren Niederlassung kam es zur Aufenthaltsverfestigung und hoher Aufenthalts-

sicherheit. Hauptkritikpunkt von ExpertInnen war die weiter fehlende Bewilligung für Aufenthalt und freien Arbeitsmarktzugang. Die Staatsbürgerschaftsnovelle 1999 erleichterte die vorzeitige Erteilung der Staatsbürgerschaft. Mit dem Integrationserlass des Jahres 2000 verbesserte sich der Zugang zum Arbeitsmarkt für Familienangehörige. Mit den 2003 in Kraft tretenden Novellen des Fremdenengesetzes und des Ausländerbeschäftigungsgesetzes kam es einerseits wieder zu einer gravierenden Verschärfung durch die so genannte Integrationsvereinbarung, die den Nachweis von Deutschkenntnissen auf einem festgelegten Sprachniveau verlangte<sup>150</sup>. Andererseits wurde jetzt endlich die österreichische Variante einer *Green Card* eingeführt, die einem Großteil der niedergelassenen Drittstaatsangehörigen zugutekam.<sup>151</sup> Das Fremdenrechtspaket 2005<sup>152</sup> mit dem Asylgesetz 2005, dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz 2005 (NAG) und dem Fremdenpolizeigesetz 2005 (FPG), mit dem das Fremdenengesetz 1997 aufgehoben wurde, schloss Rechtslücken und berücksichtigte höchstgerichtliche Entscheidungen des Österreichischen Verfassungsgerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs, Richtlinien der Europäischen Kommission sowie die Europäisierung dieses Rechtsbereichs. Mit dem NAG wurde eine völlige Neuregelung des Aufenthalts vorgenommen. Kern des Gesetzes ist die unbefristete Niederlassung mit wesentlich verbesserter Rechtsstellung nach einem Aufenthalt von fünf Jahren. Von einem Paradigmenwechsel in Richtung „Einwanderungsland“ Österreich kann dennoch nicht gesprochen werden, da es, wie in den vergangenen Jahrzehnten üblich, zu einer gleichzeitigen gravierenden Verschärfung mit der Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 2005<sup>153</sup> kam, die primär Drittstaatsangehörige schlechterstellte.<sup>154</sup> Nach dem EU-Beitritt Österreichs hatte ja eine Einbürgerung für EU-BürgerInnen wegen der Niederlassungsfreiheit und dem unbegrenzten Zugang zum Arbeitsmarkt keine nennenswerte Bedeutung mehr.

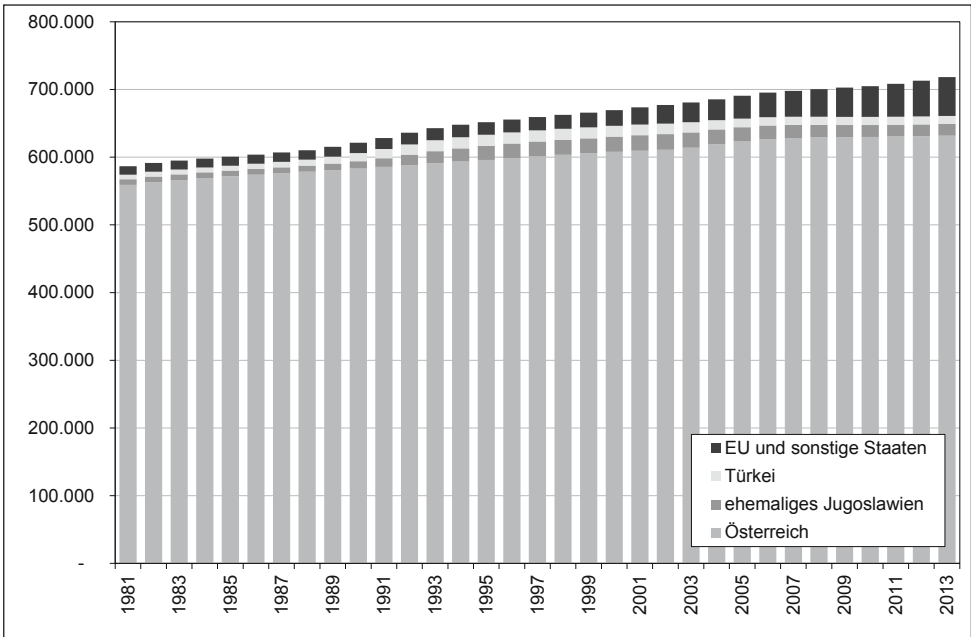
## Demographische Entwicklung und Einbürgerung 1995 bis 2013

Österreich wurde 1995 EU-Mitglied. In den ersten Jahren nach dem Beitritt kam es zu keiner nennenswerten Zuwanderung aus den EU-Ländern nach Tirol. Im Jahr 2000 waren MigrantInnen aus den traditionellen Anwerbeländern Türkei und Ex-Jugoslawien, verstärkt durch die Flüchtlinge aus beinahe allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, mit 62,4 Prozent nach wie vor die dominierenden Gruppen. Dies sollte sich in den Jahren nach der Jahrtausendwende durch Zuzug aus dem EU-Raum gravierend ändern. Die Zahl der MigrantInnen aus Drittstaaten stagnierte, wohingegen die Zahl jener aus Mitgliedsländern der Europäischen Union und insbesondere aus Deutschland deutlich anstieg und die der Zuwanderer aus Drittstaaten sogar überflügelte.

Im Jahr 2013 lebten 86.660 ausländische Staatsangehörige in Tirol (11,5 Prozent der Bevölkerung). Zwei Drittel stammten aus EU-Ländern und ein Drittel aus der Türkei und Ex-Jugoslawien (33,6 Prozent).

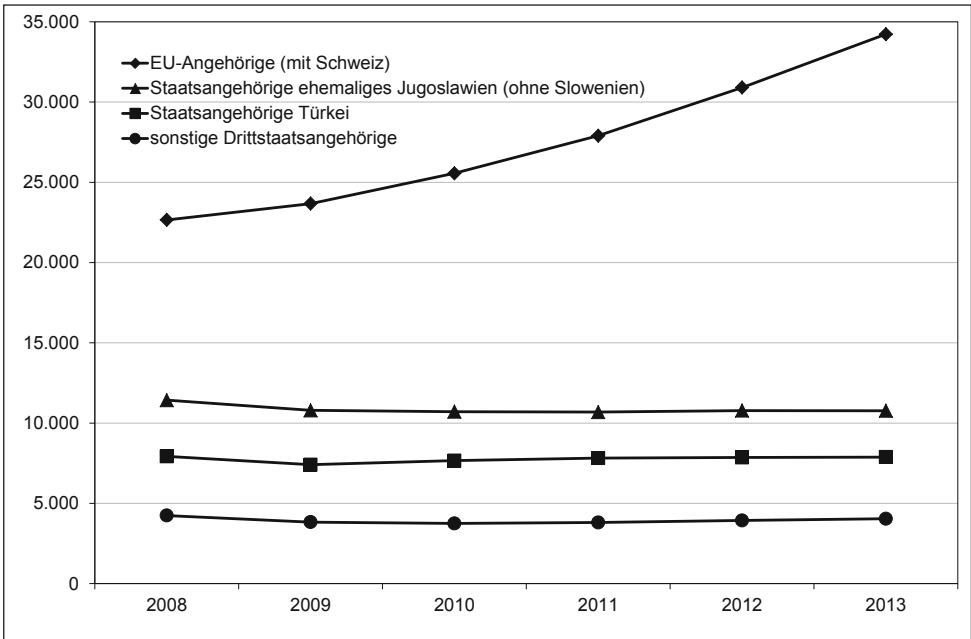
Auch an der Verteilung der unselbständig Beschäftigten sind die gravierenden Veränderungen ablesbar, allerdings sind laut Auskunft des AMS Tirol wegen eines sogenannten Datenbruchs nur die Zahlen ab 2008 wirklich verlässlich. 2008 waren absolut 22.656 Personen aus der Europäischen Union beschäftigt und 2013 bereits 33.829. Der Anteil türkischer Beschäftigter und jener aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien), ebenso wie jener der sonstigen Drittstaatsangehörigen, ging im Vergleichszeitraum leicht zurück.

Abbildung 2: Bevölkerung Tirols nach Staatsangehörigkeit 1981–2013 (Jahresdurchschnittswerte)



Quelle: Landesstatistik Tirol

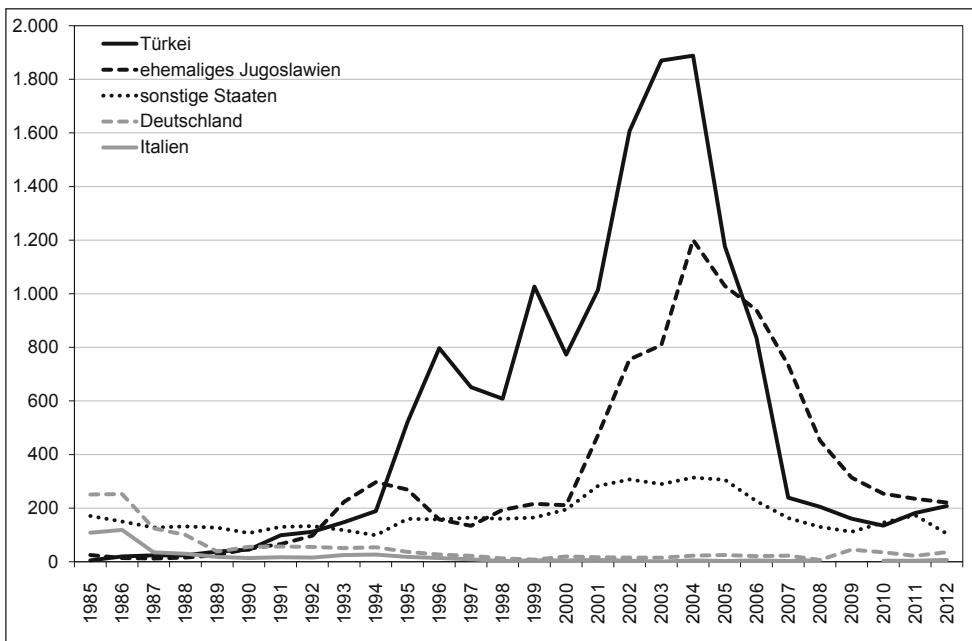
Abbildung 3: Unselbständige ausländische Beschäftigte in Tirol



Quelle: Arbeitsmarktservice Tirol

Ab Mitte der 1990er Jahre stellten türkische Staatsangehörige verstärkt Einbürgerungsanträge und erst nach der Jahrtausendwende zogen Personen aus den jugoslawischen Nachbarstaaten nach. Bei den türkischen Staatsangehörigen erklärt sich das durch eine 1996 erfolgte Änderung im türkischen Recht. Es wurden wesentliche Nachteile beim Erwerb einer anderen Staatsbürgerschaft beseitigt, wie etwa den Verlust des Erbrechts und des Rechts auf Grunderwerb.<sup>155</sup> Bei den Personen aus der zerfallenen jugoslawischen Republik ist der Grund in den immer weniger attraktiv erscheinenden Rückkehroptionen zu suchen, den Nachwirkungen des Bürgerkriegs und den schwierig gewordenen Lebensverhältnissen im Herkunftsland. Weitere Ursachen für den Anstieg der Einbürgerungszahlen waren in der restriktiven Gesetzgebung und den Schwierigkeiten beim Familiennachzug zu suchen. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft versprach Sicherheit und eine Chance auf Familiennachzug. Die Staatsbürgerschaftsrechtsnovelle 2005 führte hingegen zu einem deutlichen Rückgang der Einbürgerungszahlen. Die Voraussetzungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft wurden wesentlich umfangreicher, beispielsweise die Bestimmungen beim Nachweis des gesicherten Lebensunterhalts, der Unbescholtenheit und der Sprachkenntnisse. Ein weiteres wichtiges Ziel der Gesetzesnovelle war es, den mit der österreichischen Staatsbürgerschaft verbundenen erleichterten Nachzug von im Ausland lebenden Familienangehörigen zu erschweren.

Abbildung 4: Einbürgerungen in Tirol 1985 bis 2012 nach Nationalität



Quelle: Landesstatistik Tirol

Die Einbürgerungszahlen verringerten sich wie vom Gesetzgeber intendiert dramatisch, wie wesentlich deutlicher noch als in Tirol an den Zahlen für das Bundesgebiet erkennbar ist. Im Jahr 2003 wurden in Österreich noch 45.694 Personen eingebürgert, das entspricht einer Einbürgerungsrate von sechs Prozent. Im Jahr 2010 waren es nur noch 6.135 Perso-

nen, womit die Einbürgerungsrate mit 0,7 Prozent auf den niedrigsten Stand der Zweiten Republik überhaupt fiel. Die restriktive Gesetzgebung wirkte wie erwünscht nachhaltig, nur nicht integrativ.

## Integration als Agenda

Selbstorganisationsstrukturen haben schon sehr früh eine wichtige integrative Rolle gespielt.<sup>156</sup> Vereine oder in vereinsähnlichen Strukturen kooperierende Gruppierungen gaben den neu zuwandernden ‚Gastarbeitern‘ und Flüchtlingen Rückhalt und eine erste Orientierung im ‚Gastland‘. Einer der ersten Vereine war der *Ungarisch-Österreichische Kultur- und Schulverein*, der 1957 mit Sitz in Innsbruck gegründet wurde.<sup>157</sup> Am 27. März 1972 wurde der *Jugoslawische Kultur- und Sportverein „Bratstvo“ in Tirol* mit Sitz in Innsbruck<sup>158</sup> als erste Anlaufstelle für jugoslawische Staatsangehörige gegründet, weitere Vereinsgründungen in anderen Bezirken Tirols folgten. Die Vereine schlossen sich im Jahr 1986 zum *Dachverband der Jugoslawischen Vereine in Tirol* zusammen.<sup>159</sup> In die 1970er Jahre fällt auch die Gründung erster Vereine türkischer Staatsangehöriger. Der *Bund türkischer Arbeiter in Tirol* wurde 1978 gegründet.<sup>160</sup> 1980 wurde offiziell der Verein *Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich, Tirol (ATIGF)*<sup>161</sup> gegründet, der bis heute aktiv ist. 1986 schlossen sich KurdInnen aus der Türkei zur Gruppe *Sozialistische Einheit Kurdistans (YSK)*<sup>162</sup> zusammen. Eine Reihe von religiös orientierten Vereinen entstanden bereits in den 1970er Jahren, wobei die Grenze zur politischen Rechten in der Türkei fließend war. Beispielsweise wurde 1976 der Verein *Kulturelle Moslemische Jugendunion Innsbruck (Ensar Camii)* gegründet, 1979 der *Türkische Kulturverein*, 1981 das *Islamische Kulturzentrum (Valide Sultan Camii)* und 1987 der Verein *Selmiye Camii*.<sup>163</sup>

Vereine waren Orte der Begegnung in der Freizeit, eine informelle Börse für Wohnungen und Arbeit, Hilfsnetz in sozialen Problemlagen und Informationsdrehscheibe. Sie sorgten für Integration, da die staatlichen Stellen diese Funktion zunächst nicht wahrnahmen. In die 1990er Jahren fiel der gravierendste Wandel: Durch den Krieg zerbrachen die jugoslawischen Vereine oder richteten sich national-ethnisch neu aus. Dabei verloren sie ihre alte Stärke und Relevanz. Auch der Niedergang linker und sozialistischer Ideologien sowie der Übergang der Türkei von der Militärdiktatur der 1980er Jahre zu demokratischen Verhältnissen mit einer prosperierenden Wirtschaft spiegelten sich auch im Spektrum der Vereine türkischer Staatsangehöriger wider. In kritischer Opposition zur Politik der Türkei stehende Vereine verloren Bedeutung und Mitglieder. Stattdessen gewannen verstärkt ethnisch orientierte Vereine und religiöse Gemeinden an Boden. Dazu kamen die Vereine von neu zugewanderten Gruppen, die sich zumeist ebenfalls ethnisch-national ausrichteten.<sup>164</sup> Abgesehen von der Hilfe für Flüchtlinge, primär für jene aus dem ehemaligen Jugoslawien, gab es in den 1990er Jahren für MigrantInnen weder vom Land Tirol noch von der Landeshauptstadt Innsbruck oder den Gemeinden nennenswerte integrative Maßnahmen, geschweige denn Zuständigkeiten oder Budgets. Dies trifft beinahe uneingeschränkt auch auf die Sozialpartnerorganisationen zu. Die Arbeiterkammer Tirol leistete sich ein Gastarbeiterreferat mit einem Beschäftigten und im ÖGB gab es fallweise Sprechstunden. Ansätze zur interkulturellen Öffnung von Verwaltung, Gebietskörperschaften, Parteien, Verbände usw. gab es keine. Es wurde lediglich die *Schulberatungsstelle*

für AusländerInnen/MigrantInnen im Landesschulrat Tirol eingerichtet. Soziale Arbeit mit MigrantInnen wurde in den 1990er Jahren kaum gefördert, wie sich an der spärlichen Anzahl von NGOs ablesen lässt, die in den 1990er Jahren Integration von MigrantInnen auf ihrer Agenda hatten.<sup>165</sup>

Erst mit der Jahrtausendwende wurde Integration als relevante Aufgabe der öffentlichen Hand, der Gebietskörperschaften und Gemeinden erkannt. Der entscheidende Impuls ging von der Initiative einiger NGOs aus, die eine Integrationsstelle, eine(n) Integrationsbeauftragte(n), einen Integrationsbeirat und ein Integrationsbudget des Landes forderten. Auf Beschluss des Landtags vom 7. Oktober 1999 wurde eine Projektgruppe mit der Ausarbeitung der Grundlagen für die Integrationsarbeit des Landes betraut, das Ergebnispapier lag Ende 2000 vor.

„Als direkte Folge der Empfehlungen dieser Projektgruppe richtete die Tiroler Landesregierung mit Regierungsbeschluss vom 17. Juli 2001 in der Abteilung JUFF ein Integrationsreferat als Koordinationsstelle für die Integration von AusländerInnen ein. Es wurde mit zwei Planstellen für Leitung und Sekretariat sowie einem Budget von öS 5 Mio. (€ 363.364,17) ausgestattet.“<sup>166</sup>

Zusätzlich wurde 2001 ein Integrationsbeirat des Landes Tirol eingerichtet. 2006 wurde nach vierjähriger Arbeit das Integrationskonzept des Landes Tirol präsentiert – das erste in Österreich.<sup>167</sup> Es umfasst 43 Maßnahmenvorschläge in acht Themenbereichen: Bildung, Sprachförderung, Wirtschaft und Arbeit, Verwaltung, Gesundheit und Soziales, Wohnen und Raumplanung, Öffentlichkeitsarbeit und Antidiskriminierung, Sport – Freizeit – Kultur.<sup>168</sup> Das Referat *Fachbereich Integration*, wie es sich seit 2010 nennt, setzte eine Reihe von Aktivitäten, darunter einige Ausstellungen und Tagungen. Die Homepage des Fachbereichs bietet einen entsprechenden Überblick.<sup>169</sup> Seit einigen Jahren hat auch die Stadt Innsbruck ein eigenes (bescheidenes) Budget und eine für integrative Fragen zuständige Anlaufstelle. Im zivilgesellschaftlichen Bereich entstanden neben den schon in den 1990er Jahren aktiven Vereinen und Initiativen weitere.<sup>170</sup> Alle diese Organisationen und Einrichtungen haben sich 2012 zum *Verein Integrationsforum Tirol* zusammengeschlossen. Das Integrationsforum ist mit drei VertreterInnen im Integrationsbeirat des Landes vertreten. Fördermittel der EU ermöglichen diesen Initiativen neben einer gewissen Basisfinanzierung durch Gemeinden, Stadt und Land eine Reihe von integrativen Projekten.

Dieser kursorische Überblick zu integrativen Initiativen und Aktivitäten in Tirol vermittelt auf den ersten Blick den durchaus berechtigten Eindruck, dass man in Tirol in Sachen Integrationsförderung auf einem guten Weg ist. Ein zweiter Blick legt aber auch Defizite offen. Integration ist nämlich nur in wenigen Gemeinden Tirols ein relevantes Thema. War Tirol beim Integrationsleitbild in Österreich noch Spitzenreiter, so haben inzwischen viele Bundesländer nachgezogen und vor allem ein wesentlich größeres Budget zur Verfügung gestellt. Das Budget des Fachbereichs Integration stagnierte lange auf dem Niveau von 2001 und wurde erst im Jahr 2014 um etwa 50 Prozent erhöht. Eine interkulturelle Öffnung der Sozialpartnerorganisationen, politischer Parteien oder der Verwaltung lässt auf sich warten. Die im Landtag vertretenen Parteien bieten Menschen mit Migrationshintergrund – wenn überhaupt – auf ihren Landeslisten nur Plätze auf den hinteren Rängen an, mit Ausnahme der Grünen. In den vergangenen Jahren zählt man in Tirol einige wenige Gemeinderäte

(Jenbach, Hall in Tirol, Innsbruck, Landeck, Wörgl, Telfs),<sup>171</sup> einen Landtagsabgeordneten (Ahmet Demir) und eine Nationalrätin (Aygül Berivan Aslan) mit Migrationshintergrund,<sup>172</sup> obwohl 16,2 Prozent der Bewohner Tirols gemäß Registerzählung 2011 einen Migrationshintergrund haben.<sup>173</sup>

## Zusammenfassung

Dieser Beitrag ist die erste historische Überblicksarbeit zur jüngeren Migrationsgeschichte Tirols. Zu vielen Detailfragen kann allerdings nur ein fragmentarischer und kursorischer Einblick geboten werden, da Primärquellen sehr verstreut sind, kaum einschlägige Publikationen vorliegen und in den Standardwerken zur Geschichte Tirols die jüngere Migrationsgeschichte Tirols nur in Randnotizen abgehandelt oder völlig ignoriert wird. Erst in den letzten Jahren befasst sich die Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck intensiver mit der Migrationsgeschichte Österreichs und Tirols, doch liegt bisher nur eine Qualifikationsarbeit über dem Level von Diplomarbeiten vor.<sup>174</sup> In der Nachkriegsgeschichte bis 1960 war Arbeitsmigration kein Thema der öffentlichen Wahrnehmung, es dominierten die Themen Displaced Persons, Volksdeutsche und Flüchtlinge. Erst in den 1960er und 1970er Jahren sollte sich dies durch den verstärkten Zuzug von MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei mit einem ersten Höhepunkt Anfang der 1970er Jahre ändern. Die Zäsur zu einer Phase des Abbaus und der Stagnation der Beschäftigtenzahlen ausländischer Arbeitskräfte bis 1988 waren in Tirol wie in Österreich generell die Jahre von der Ölkrise 1973/74 zum Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975. Diese Zäsur bezeichnet auch den langsamen, sich über zwei Jahrzehnte ziehenden Übergang vom ‚Gastarbeiter‘-System zum Integrations-System mit ersten – allerdings nicht sehr weitreichenden – Ansätzen schon Mitte der 1980er Jahre, wofür die Ära von Alfred Dallinger als Bundesminister für Soziales steht. Hinter dem Rücken von Politik und Sozialpartner kam es unabhängig davon zur Etablierung Österreichs als Einwanderungsland. Zur Kenntnis genommen hat man das in Österreich und Tirol sehr lange nicht oder nur halbherzig. Zögerlich stellte man sich in Bund und Ländern den sozialen Problematiken, die in der öffentlichen und medialen Präsentation meist den Zugewanderten als „Ausländerprobleme“ unterschoben werden. Primär handelte es sich dabei um die Folgen der seit Jahrzehnten fehlenden aktiven und anerkennenden Politik gegenüber den sehr berechtigten Anliegen der ausländischen Bevölkerung, die sich nicht auf ein jederzeit disponibles Arbeitskräftereservoir reduzieren lassen wollte und die sich vielfach aus eigenen Kräften im Lande als nicht zu ignorierender Teil der Gesellschaft etablierte. Erst seit der Jahrtausendwende reagierte die Politik in Tirol, früher als in den meisten übrigen Bundesländern, doch in vielfacher Hinsicht weniger konsequent.



# Anmerkungen

- 1 Klaus J. Bade, Einführung: Migration in der europäischen Geschichte seit dem späten Mittelalter, in: IMIS-Beiträge, H. 20 (2002), 7–20, hier 7.
- 2 Ebd., 12.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., 13.
- 5 Michael John, Migrationsforschung aus der Sicht der Sozialgeschichte, in: Rainer Bauböck/Bernhard Perchinig, Migrations- und Integrationsforschung in Österreich – Ansätze, Schnittstellen, Kooperationen (KMI Working Paper Series, Working Paper 1/2004), Wien, 35–38, hier 36, <http://www.oeaw.ac.at/kmi/working-papers.htm> (5.7.2014).
- 6 Dirk Rupnow, Deprovincializing Contemporary Austrian History. Plädoyer für eine Geschichte Österreichs als Migrationsgesellschaft in transnationaler Perspektive, in: *Zeitgeschichte* 40 (2013) H. 1: Arbeitsmigration in Österreich. Historische Perspektiven und methodische Herausforderungen, 5–21.
- 7 Vgl. dazu auch: Sylvia Hahn/Georg Stöger, 50 Jahre österreichisch-türkisches Anwerbeabkommen, Salzburg 2014, 8, [http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user\\_upload/bmeia/media/Integration/Studien/Studie\\_Anwerbeabkommen\\_-\\_Uni\\_Salzburg.pdf](http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/Integration/Studien/Studie_Anwerbeabkommen_-_Uni_Salzburg.pdf) (10.8.2014).
- 8 Wiebke Sievers u.a., Migrations- und Integrationsforschung in Österreich: Literaturdatenbank und Forschungsstand (KMI Working Paper Series, Working Paper 18/2012), Wien, 13, <http://www.oeaw.ac.at/kmi/working-papers.htm> (5.7.2014). Es wird von den AutorInnen kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben und darauf verwiesen, dass im Feld der Geschichtswissenschaft die Zahl der Titel höher sein müsste, wenn der Zeitraum vor 1945 stärker berücksichtigt wird. Für das geringe Interesse an der jüngeren Migrationsgeschichte ist die genannte Zahl aber durchaus ein tauglicher Indikator, da der Schwerpunkt der Erhebung auf der Gegenwart lag, wie ebenfalls festgestellt wird (ebd., 8).
- 9 Rupnow, *Deprovincializing*, 15.
- 10 Michael Forcher, *Kleine Geschichte Tirols*, Innsbruck 2006; Michael Forcher, *Tirols Geschichte in Wort und Bild*, Innsbruck 2000.
- 11 Michael Gehler, *Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion*, Innsbruck/Bozen 2008; ders. (Hg.), *Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Tirol*, Wien/Köln/Weimar 1999.
- 12 Josef Nussbaumer, *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Tirols 1945–1985*, Innsbruck 1992.
- 13 Bade, *Migration*, 21.
- 14 Ebd., 14.
- 15 Stephan Blaßnig/Marcel Amoser, *Wissenschaftliche Arbeiten an der Universität Innsbruck zu den Themen Migration und Integration mit Tirol-Bezug (IMZ-Publikation)*, Innsbruck, März 2014, [http://www.imz-tirol.at/images/stories/studien/IMZ\\_studien\\_mit\\_tirolbezug\\_2014.pdf](http://www.imz-tirol.at/images/stories/studien/IMZ_studien_mit_tirolbezug_2014.pdf) (11.2.2015).
- 16 Gernot Wörner, *Die Beschäftigung von Fremdarbeitern in der gewerblichen Wirtschaft Tirols*, unveröffentlichte sozialwissenschaftliche Diplomarbeit, Universität Innsbruck 1962.
- 17 Ebd., 3 f.
- 18 Ebd., 6.
- 19 Ebd.
- 20 Andreas Exenberger/Josef Nussbaumer, *Immigration in Tirol. Eine historisch beschreibende Einordnung der Gegenwart (Politik in Tirol. Jahrbuch 2011)*, Innsbruck 2010, Fußnote 1, 29.
- 21 Ein Teil dieser Arbeiten sind als pdf über <http://www.imz-tirol.at/leitbilder-artikel-interviews-uvvm.html> (5.7.2014) abrufbar, ein weiterer über <http://www.amg-tirol.at/content/arbeitsmarktforschung> (5.7.2014).
- 22 Zu den AutorInnen von Beiträgen mit Bezug zu Tirol, die aber nur zum Teil im KMI Working Paper 18/2012 erfasst sind, zählen ohne Anspruch auf Vollständigkeit Erna Appelt, Ljubomir Bratic, Paul Delazer, Andreas Egger, Lisa Gensluckner, Reinhold Gärtner, Gerhard Hetfleisch, Paul Mecheril, Roberta Medda-Windischer, Oscar Thomas-Olalde, Michaela Ralser, Isabella Reifer, Horst Schreiber, Michael Schratz, Eveline Viehböck.
- 23 Gesellschaft für Politische Aufklärung/Verein zur Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol (Hg.), *Integration oder Assimilierung*, Innsbruck 1991.
- 24 Institut für Zeitgeschichte, <http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/index.html.de> (15.6.2014).
- 25 Eric Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1995.
- 26 Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010*, Wien 2005, 32.

- 27 Eveline Viehböck, Die kurdische und türkische Linke in der Heimat und Migration: kurdische und türkische Widerstandsorganisationen in der Türkei und im deutschsprachigen Raum unter besonderer Berücksichtigung von Tirol im Zeitraum von 1960 bis 1990, unveröffentlichte phil. Diss., Universität Innsbruck 1990.
- 28 Nussbaumer, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 14 f.
- 29 Klaus Eisterer, Französische Besatzungspolitik in Tirol und Vorarlberg. Aspekte der sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklung 1945/46, Innsbruck 1990, 108.
- 30 Eisterer, Besatzungspolitik, 144.
- 31 Rathkolb, Republik, 29 f., 40–42, 310–312.
- 32 Brigitte Berger, Die Tagespresse und ihr Umgang mit dem Themenkomplex „AusländerInnen“. Eine empirische Untersuchung der Jahre 1945–1995 im Auftrag des Zentrums für MigrantInnen in Tirol, unveröffentlichte Studie, Innsbruck [1996], 14.
- 33 Helmut Alexander, Geschichte der Tiroler Industrie. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung, Innsbruck 1992, 190 f.
- 34 Ebd., 191.
- 35 Nussbaumer, Sozialgeschichte, 120.
- 36 Alexander, Industriegeschichte, 189.
- 37 Ebd.; Nussbaumer, Sozialgeschichte, 120.
- 38 Exenberger/Nussbaumer, Immigration, 33 f.
- 39 Landesarbeitsamt Tirol (LAAT), Jahresbericht (JB) 1954, 8.
- 40 LAAT, JB 1955, 27.
- 41 Ebd.
- 42 Exenberger/Nussbaumer, Immigration, 39.
- 43 Im Jahr 1955 war laut Jahresbericht 1955, 16 des Landesarbeitsamtes Tirol (LAA) „die größte Baustelle des Landes [...] der Innkraftwerksbau Prutz-Imst“ mit durchschnittlich 2.000 Beschäftigten. Gegen Ende 1958 wurde mit dem Bau am Kaunertalkraftwerk begonnen. Bis zu 2.000 Beschäftigte sollten in Phasen der intensivsten Bautätigkeit Arbeit finden (LAA, JB 1958, 19). 1959 setzten die Vorarbeiten für die Olympischen Winterspiele 1964 ein.
- 44 LAAT, JB 1950, 15.
- 45 In den einzelnen Jahresberichten des LAAT finden sich bis 1972 ausschließlich statistische Werte zu erteilten Beschäftigungsbewilligungen und nicht zu den jährlich durchschnittlich beschäftigten Personen. Da eine Beschäftigungsbewilligung für maximal 12 Monate ausgestellt wurde, ein Betrieb für ein und dieselbe Person im Jahr auch mehrere erhalten konnte, etwa bei Saisonbetrieben im Gastgewerbe, und bei Wechsel des Betriebs eine neue ausgestellt werden musste, liegt die Zahl immer über der Anzahl der tatsächlich beschäftigten Personen, die daher nur geschätzt werden kann.
- 46 Ebd.
- 47 LAAT, JB 1957, 33.
- 48 Ebd.
- 49 LAAT, Jahresberichte 1958, 1959, 1960.
- 50 LAAT, JB 1961, 18.
- 51 LAAT, JB 1954, 25.
- 52 LAAT, JB 1956, 30.
- 53 LAAT, JB 1960, 35.
- 54 LAAT, JB 1962, 20.
- 55 LAAT, JB 1957, 34.
- 56 LAAT, JB 1960, 35.
- 57 LAAT, JB 1963, 37.
- 58 LAAT, JB 1973, 19.
- 59 LAAT, JB 1963, 38; LAAT, JB 1966, 53.
- 60 LAAT, JB 1962, 21.
- 61 LAAT, JB 1970, 40 f.
- 62 Roberto Sala, Vom „Fremdarbeiter“ zum „Gastarbeiter“. Die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft (1938–1973), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 55 (2007) H. 1, 93–120, hier 94.
- 63 Das Fremdarbeiter-Kontingent in Österreich, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (MOBE) 38 (1963) H. 11, 411–415, [http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1963Hef11\\_411\\_415.pdf](http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1963Hef11_411_415.pdf) (14.6.2014).

- 64 Hahn/Stöger, 50 Jahre, 13; Hannes Wimmer, Zur Ausländerbeschäftigungspolitik in Österreich, in: Hannes Wimmer (Hg.), *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*, Frankfurt/Main 1986, 12; Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen, [http://medienserviceestelle.at/migration\\_bewegt/2014/05/07/anwerbe-abkommen-mit-tuerkei-geschichtlicher-hintergrund/](http://medienserviceestelle.at/migration_bewegt/2014/05/07/anwerbe-abkommen-mit-tuerkei-geschichtlicher-hintergrund/) (30.6.2014).
- 65 Abkommen zwischen der Republik Österreich und Spanien über die Anwerbung spanischer Arbeitskräfte und deren Beschäftigung in Österreich, 15.7.1964, BGBl. Nr. 26/1969.
- 66 Interview mit Kurt Büchelmann, 7.5.2014, im Rahmen des Projekts Erinnerungskulturen – Dialog über Migration und Integration in Tirol und des Projekts Deprovincializing Contemporary Austrian History. Interviewerinnen: Christina Hollomey-Gasser (ZeMiT), Vida Bakondy (Universität Innsbruck).
- 67 Ebd., 163–166.
- 68 Ebd., 180–182.
- 69 Ebd., 172–175.
- 70 Ebd., 264–265.
- 71 LAAT, JB 1962, 17; LAAT, JB 1963, 29; LAAT, JB 1964, 35.
- 72 Interview Kurt Büchelmann, 468–470, 511–515, 780–781.
- 73 Gernot Wörner, *Die Beschäftigung von Fremdarbeitern in der gewerblichen Wirtschaft Tirols*, unveröffentlichte sozialwissenschaftliche Diplomarbeit, Universität Innsbruck 1962, 65.
- 74 Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik über die Anwerbung von türkischen Arbeitskräften und deren Beschäftigung in Österreich, 15.5.1964, BGBl. Nr. 164/1964.
- 75 LAAT, JB 1963, 29.
- 76 Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Regelung der Beschäftigung jugoslawischer Dienstnehmer in Österreich, 19.11.1965, BGBl. Nr. 42/1966.
- 77 LAAT, JB 1970, 28.
- 78 Wörner, *Fremdarbeiter*, 30.
- 79 Ebd., 36.
- 80 LAAT, JB 1962, 17.
- 81 LAAT, JB 1963, 29.
- 82 LAAT, JB 1964, 30.
- 83 LAAT, *Jahresberichte 1962 und 1970*.
- 84 Sala, *italienische Arbeitskräfte*, 94.
- 85 LAAT, JB 1964, 21.
- 86 LAAT, JB 1969, 20.
- 87 Vgl. den Abschnitt Betriebliche Anwerbepolitik am Beispiel der Tiroler Textilindustrie.
- 88 Ebd., 17.
- 89 LAAT, JB 1973, 17.
- 90 Ebd., 16.
- 91 LAAT, JB 1972, 15.
- 92 LAAT, JB 1965, 36; LAAT, JB 1966, 40–42.
- 93 LAAT, JB 1966, 41.
- 94 Ebd., 42.
- 95 LAAT, JB 1964, 36.
- 96 LAAT, JB 1966, 41.
- 97 Hannes Wimmer, *Wohnverhältnisse der ausländischen Arbeiter in Österreich*, in: Wimmer, *Ausländische Arbeitskräfte*, 281–306.
- 98 LAAT, JB 1966, 42.
- 99 Ebd.
- 100 Ebd.
- 101 Franz Rauter, *Das Fremdarbeiterproblem in Innsbrucker Textil- und Bekleidungsbetrieben (Beiträge zur alpenländischen Wirtschafts- und Sozialforschung, Folge 145)*, Innsbruck 1972, 12.
- 102 Ebd., 7 f.
- 103 Ebd., 27.
- 104 Ebd.
- 105 Ebd.
- 106 Ebd., 17.
- 107 Ebd., 44.

- 108 August Gächter, Migrationspolitik in Österreich seit 1945 (Arbeitspapier Migration und soziale Mobilität Nr. 12), 2008, 4.
- 109 Rauter, Fremdarbeiterproblem, 17.
- 110 Ebd.
- 111 Ebd., 44 f.
- 112 Ebd., 47.
- 113 Ebd.
- 114 Ebd.
- 115 Ebd., 46.
- 116 Ebd.
- 117 Max Frisch, Öffentlichkeit als Partner, Frankfurt am Main 1967, 100.
- 118 LAAT, JB 1974, 5.
- 119 Ebd.
- 120 LAAT, JB 1975, 12.
- 121 Ebd., 19.
- 122 Ebd., 9.
- 123 LAAT, JB 1974, 11.
- 124 LAAT, JB 1977, 9.
- 125 LAAT, JB 1981, 9.
- 126 Stephan Schulmeister, Anmerkungen zu Wirtschaftspolitik und Wachstumsdynamik in Österreich seit 1955, [http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage\\_schulmeister/files/AnmerkungenZuWirtschaftspolitik1955.pdf](http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/AnmerkungenZuWirtschaftspolitik1955.pdf) (14.8.2014).
- 127 LAAT, JB 1985, 11.
- 128 Gerhard Hetfleisch, Rotation statt Integration? AusländerInnen Gesetze in Österreich und AusländerInnenbeschäftigungspolitik am Beispiel Tirols, in: Gesellschaft für Politische Aufklärung/Verein zur Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol (Hg.), Integration oder Assimilierung, Innsbruck 1991, 30–89, hier 69–75.
- 129 Der Befreiungsschein wurde im Gegensatz zur Beschäftigungsbewilligungen den antragstellenden MigrantInnen erteilt, nicht den Betrieben. Der Befreiungsschein berechtigte zur Arbeit im Bundesgebiet, zum uneingeschränkten Arbeitsplatzwechsel. Die Gültigkeit war auf keine Branche eingeschränkt. Bis 1975 wurde er nach zehn Jahren ununterbrochener Beschäftigung auf zwei Jahre befristet erteilt. Ab 1976 wurde er nach acht Jahren ununterbrochener Beschäftigung auf drei und später fünf Jahre befristet ausgestellt. Es gab Ausnahmen für die Ausstellung und Verlängerung für Angehörige von österreichischen Staatsbürgern und für Jugendliche der zweiten Generation.
- 130 Novelle AuslBG, BGBl 231/1988.
- 131 Novelle AuslBG, BGBl 490/1990.
- 132 Erlass des Bundesministeriums für Inneres, Zl. 79.030/10-II/14/85, 14.11.1985.
- 133 Hetfleisch, Rotation, 67.
- 134 1991 erfolgte der Kriegsbeginn in Slowenien und Kroatien, 1992 in Bosnien.
- 135 Rathkolb, Republik, 32.
- 136 Bei den Nationalratswahlen 1990 erhielt die FPÖ 16,6 Prozent der Stimmen und 33 Mandate, 1994 bereits 22,5 Prozent und 42 Mandate, bei der Wahl 1995 geringfügig weniger und bei der Nationalratswahl 1999 26,91 Prozent und 52 Mandate, [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/start.aspx) (15.8.2014).
- 137 Bundesministerium für Inneres, Alle Volksbegehren der zweiten Republik (sic!), [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/voelksbegehren/Alle\\_Voelksbegehren.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/voelksbegehren/Alle_Voelksbegehren.aspx) (15.8.2014).
- 138 John Bunzl/Farid Hafez (Hg.), Islamophobie in Österreich, Innsbruck/Wien/Bozen 2009.
- 139 Fritz Plasser, Populistische Redaktionslogik in österreichischen Massenmedien, in: Helmut Reinalter u.a., Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung, Innsbruck/Wien 1998, 290–321.
- 140 Rathkolb, Republik, 40.
- 141 AuslBG, 26.7.1990, BGBl. Nr. 450/1990.
- 142 Heinz Fassmann/Irene Stacher (Hg.), Zweiter Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt/Celovec 2007; Gerhard Hetfleisch/Franko Petri/Sabine Wartha (Hg.), Das österreichische Ausländerrecht. Ein praktischer Wegweiser mit kritischen Betrachtungen, Wien 1995.
- 143 Beschluss des Ministerrates vom 4. September 1990. Weitere Informationen zum Grenzeinsatz unter <http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=2083> (11.2.2015).
- 144 Asylgesetz 1991, BGBl. Nr. 8/1992.

- 145 Erlassung des Fremdenengesetzes und Änderung des Asylgesetzes 1991 sowie des Aufenthaltsgesetzes, BGBl. Nr. 838/1992.
- 146 Vgl. dazu auch Hahn/Stöger, 50 Jahre, 53.
- 147 Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdenengesetz 1997 – FrG), 14.7.1997, BGBl. I 75/1997.
- 148 Bundesminister Alfred Dallinger, Eröffnungsrede ZeMiT – Zentrum für MigrantInnen in Tirol, 2.7.1985, <http://www.zemit.at/de/aktuelles/page-12.html> (15.8.2014).
- 149 Ingrid Nowotny, Das Ausländerbeschäftigungsgesetz: Die Regelung des Zugangs von AusländerInnen zum österreichischen Arbeitsmarkt, in: Heinz Fassmann/Irene Stacher (Hg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006, Klagenfurt/Celovec 2007, 47–73, hier 51.
- 150 Im NAG von 2005 wurde vor allem der Kreis der verpflichteten Personen erweitert (z.B. Angehörige von österreichischen Staatsbürgern).
- 151 FrG-Novelle 2002, BGBl. I Nr. 126/2002.
- 152 Fremdenrechtspaket 2005, 16.8.2005, BGBl. I Nr. 100/2005, [https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBLA\\_2005\\_I\\_100](https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBLA_2005_I_100) (14.8.2014).
- 153 Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 2005, 22.3.2006, BGBl. I 37/2006.
- 154 Bernhard Perchinig, Von der Fremdarbeit zur Integration? Migrations- und Integrationspolitik in Österreich nach 1945, in: Initiative Minderheiten (Hg.), Viel Glück! Migration Heute. Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul, Wien 2010, 142–159.
- 155 Dilek Cinar, Integration vor Einbürgerung: die Staatsbürgerschaftsrechtsnovelle 2005, in: Heinz Fassmann/Irene Stacher (Hg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006, Klagenfurt/Celovec 2007, 41–46, hier 42.
- 156 Harald Waldrauch/Karin Sohler, MigrantInnenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien (Europäisches Zentrum Wien, Band 14), Frankfurt/New York 2004.
- 157 Miklos Aniko, Das Ungarische Gymnasium in Innsbruck und seine Rolle in der Integration, Universität Innsbruck, Diplomarbeit, 2007, 65.
- 158 ZVR-Zahl: 050851185, Vereinsregisterauszug zum Stichtag 14.4.2014.
- 159 KJR Bratstvo (Innsbruck), KJR Sloga (Hall), KJR 25 Maj (Wattens), KJR Bratstvo (Jenbach), KJR Nas Svijet (Reutte), KJR Nasa Domovina (Neustift), KJR Jedinstvo (Wörgl), KJR Mladost (Tannheim), KJR Jugoslavija (Kufstein), KJR Sloga (Kitzbühel).
- 160 Viehböck, Vereine, 637.
- 161 Ebd., 607.
- 162 Ebd., 675.
- 163 Ebd., 549–585.
- 164 Das Spektrum der überwiegend jungen neuen MigrantInnen-Organisationen umfasst u.a. das Anatolische Kulturzentrum Innsbruck, Akademie Kufstein, Verein Forum Musliminnen in Tirol, Demokratischer ImmigrantInnen Verein, Frauenverein Lilie für Bildung und Kultur, Urban Street Connection, ARANEA – Verein zur Förderung von feministischer und transkultureller Mädchenarbeit, Verein Initiative zur gelebten Integration.
- 165 Zentrum für MigrantInnen und MigrantInnen in Tirol (gegründet 1985), Initiative Minderheiten Tirol (gegründet 1991), Verein Multikulturell (gegründet 1993), ARGE Schubhaft Tirol (1997), Caritas Integrationshaus (gegründet 1998).
- 166 Gstir, Integrationspolitik, 61.
- 167 Ebd., 66.
- 168 Auf der Homepage des Referats für Integration gibt es Berichte zur Umsetzung des Integrationskonzepts, <https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/integration/integrationskonzept/> (15.8.2014).
- 169 <https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/integration/unterlagen-materialien/> (15.8.2014).
- 170 Frauen aus allen Ländern, Tiroler Frauenhaus, Komm!unity, Corriente Latina, Haus der Begegnung, Ankyra – Zentrum für interkulturelle Psychotherapie des Diakonie-Flüchtlingsdienstes, Verein Integrationsbüro, Integrationszentrum Wörgl, Innovia.
- 171 Gstir, Integrationspolitik, 71.
- 172 Medien-Servicestelle Neue ÖsterreicherInnen, [http://medienservicestelle.at/migration\\_bewegt/2013/10/29/politikerinnen-mit-migrationshintergrund-2013/](http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2013/10/29/politikerinnen-mit-migrationshintergrund-2013/) (14.8.2014).
- 173 Amt der Tiroler Landesregierung/Sachgebiet Landesstatistik und tiris, Die Tiroler Bevölkerung. Ergebnisse der Registerzählung 2011, 34, <https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/statistik-budget/statistik/downloads/VZ2011.pdf> (11.2.2015).
- 174 Blaßnig/Amoser, Wissenschaftliche Arbeiten.

# Migration sichtbar und erzählbar machen

## Zeithistorische Migrationsforschung in einer Tiroler Kleinstadt

Hall in Tirol ist eine Kleinstadt in ländlicher Umgebung, deren Industrie seit den 1960er Jahren verstärkt ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter anzog. Obwohl diese Migrationsgeschichte im Stadtalltag omnipräsent ist, ist sie in der Geschichte der Stadt nicht sichtbar. Das vom österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFV) geförderte Sparkling Science-Projekt „Spurensuche: Hall in Bewegung“, dessen Ergebnisse diesem Aufsatz zugrunde liegen, hatte zum Ziel, im Rahmen einer Kooperation von Schulen und Wissenschaft Geschichten zu erforschen, mit denen die Lücke Migrationsgeschichte im Stadtgedächtnis geschlossen werden kann. Mit der Zusammenlegung von Forschung, Überlieferung und Erinnerungsarbeit innerhalb des Forschungsprojekts verschwimmen die Grenzen eigentlich verschiedener Tätigkeitsbereiche in der historischen Arena. Neben die vorrangig an Universitäten stattfindende Forschung tritt die Überlieferung der Geschichte in einer Ausstellung – ein Auftrag, der normalerweise Museen und Archiven zukommt. Indem die Ausstellung öffentlich zugänglich ist und zudem systematisch mit Schülerinnen und Schülern gearbeitet wurde, leistet das Projekt – drittens – Erinnerungsarbeit – diese Aufgabe wird herkömmlicherweise von Museen und Medien übernommen. Die Vermischung dieser Rollen und Funktionen ist charakteristisch für die Auseinandersetzung mit Migrationsgeschichte: Auffallend häufig gingen wichtige Publikationen zur Migrationsgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus Ausstellungsprojekten hervor, wie im anschließenden Abschnitt über den Forschungsstand deutlich wird. Das transdisziplinäre Setting eines Sparkling Science-Projektes, angesiedelt zwischen dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, drei Schulen aus Hall und Umgebung sowie dem Stadtarchiv und Stadtmuseum von Hall als Kooperationspartnern, passt deshalb gut zur Agenda von „Feldforschung und Ausstellung der Geschichte der Arbeitsmigration“. Gleichzeitig zeigen diese Rollenwechsel die Grenzen der Reichweite geschichtswissenschaftlicher Forschung und öffentlicher Geschichtsrepräsentation aber umso deutlicher auf. Fragen nach der Funktion von Forschung, von Archiven und jener von Mitgliedern der breiteren Öffentlichkeit begleiteten sowohl den Forschungsprozess als auch die Überlegungen dieses Artikels. Das Anliegen des vorliegenden Textes ist es, die spezifische Schwierigkeit darzustellen, Migration als Teil einer Stadtgeschichte im ländlichen Raum sichtbar und erzählbar zu machen sowie die Herausforderung, eine Geschichte zu schreiben, deren Quellen, wenn nicht schon vernichtet, dann zumindest nicht systematisch gesammelt wurden, greifbar zu machen. Mit dieser Art Migrationsgeschichte geht ein emanzipatorischer Anspruch einher: Die Akteurinnen und Akteure der Geschichte sollen als solche sichtbar und als Subjekte ihres Handelns erkennbar werden und nicht als Objekte staatlicher Verwaltung und ökonomischen Nutzens reproduziert werden. Nach einer Einführung in das Forschungsfeld der Migrationsgeschichte, das sich seit einigen Jahren im Aufwind befindet, beschreibt der Aufsatz die spezifische Unsicht-

barkeit von Migration im Gedächtnis der Stadt Hall, um anschließend die Quellen, die die Gegenwart noch bereithält, zu diskutieren.

## Forschungsstand

Migration ist als ein die gegenwärtigen westeuropäischen Gesellschaften konstituierendes Phänomen omnipräsent – auch die österreichische Gesellschaft ist ohne Migration nicht denkbar. Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich mittlerweile weitgehend die Einsicht durchgesetzt, dass wir in einer „Migrationsgesellschaft“ leben, dass Migration in entscheidendem Maße gesellschaftliche Wirklichkeit betrifft und bestimmt.<sup>1</sup> Die Anzahl an wissenschaftlichen Veröffentlichungen, insbesondere zu städtischen Migrationsgeschichten, wächst, da Stadtgeschichte immer auch Migrationsgeschichte ist und Migration seit jeher wesentlich für die Entwicklung von Städten war.<sup>2</sup> Durch pädagogische, soziologische, politikwissenschaftliche oder geografische Schwerpunktsetzungen wird Migration dabei jedoch stark gegenwartsbezogen verstanden und tritt als Phänomen des Jetzt, losgelöst von seinen historischen Bedingungen, auf. Deziert historisierende Betrachtungen zeitgeschichtlicher Migrationsbewegungen entstanden erst in den letzten Jahren, wobei diese Entwicklung in Deutschland früher einsetzte als in Österreich. Ein historischer Blick ist geeignet, aktuellen Debatten, in denen Migration häufig untrennbar mit einem Integrationsimperativ verknüpft diskutiert wird, eine Tiefenschärfe zu verleihen, indem Entwicklungen in ihrer Komplexität und Pfadabhängigkeit nachgezeichnet werden.

So veröffentlichte Karin Hunn 2005 eine umfassende Studie zur Geschichte der türkischen Gastarbeitsmigration in die Bundesrepublik,<sup>3</sup> die Migration nach München stand und steht im wissenschaftlichen Fokus des Münchner Stadtmuseums,<sup>4</sup> der Verein *Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland* (DOMiD) widmet sich bereits seit 25 Jahren dem Sammeln, Bewahren und Ausstellen sowie der wissenschaftlichen Bearbeitung von zeithistorischen Migrationsgeschichten.<sup>5</sup> In Österreich gaben das Ausstellungsprojekt „Gastarbeiteri. 40 Jahre Arbeitsmigration“ (2004) und der gleichnamige Sammelband einen wichtigen Impuls,<sup>6</sup> konnten jedoch keine nachhaltige Institutionalisierung der Erinnerungsarbeit sicherstellen. Das FWF-Projekt „Deprovincializing Contemporary Austrian History. Migration und die transnationalen Herausforderungen an nationale Historiographien (ca. 1960–heute)“ (Projektleitung: Dirk Rupnow) schließt personell teilweise daran an und sucht seit 2013 nach Quellen in Österreich, in der Türkei und im ehemaligen Jugoslawien, um damit eine transnationale Geschichte Österreichs als Migrationsgesellschaft zu schreiben.<sup>7</sup> Aktuell beschäftigen sich in Westösterreich mehrere Forschungsprojekte mit dem in der Geschichtswissenschaft bis vor Kurzem marginalisierten Thema: das *vorarlberg museum* mit der „Sammlung und Dokumentation der Migrationsgeschichte Vorarlbergs (zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts)“<sup>8</sup>, der Verein *Bodensee Amateur Fotografen* bzw. das *Vielfaltenarchiv Dornbirn*,<sup>9</sup> das *Zentrum für MigrantInnen in Tirol* mit dem vom Europäischen Integrationsfonds geförderten Projekt „Erinnerungskulturen. Dialoge über Migration und Integration in Tirol“<sup>10</sup> sowie das BMWF/Sparkling Science-Projekt „Spurensuche: Hall in Bewegung. Feldforschung und Ausstellung zur Arbeitsmigration in Hall und Umgebung (1960er Jahre bis heute)“.<sup>11</sup> Die Besonderheit des letztgenannten Projekts, dessen Forschungsergebnisse diesem Aufsatz zugrunde liegen, ist sein ländlicher Bezugsrahmen. Die meisten der ge-

nannten zeithistorischen Studien konzentrieren sich auf größere Städte, wobei der räumliche Untersuchungsschwerpunkt in Österreich auf Wien und in Deutschland auf den großen westdeutschen (Industrie-)Städten liegt. Migrationsgeschichte spielt sich jedoch nicht nur in Großstädten ab, auch der ländliche Raum und die ihn strukturierenden Klein- und Mittelstädte wurden durch Migration insbesondere in den letzten 50 Jahren substantiell verändert, weshalb sie zu wichtigen historischen Schauplätzen wurden.

## Migrationsgeschichte in Hall in Tirol

Hall in Tirol, nach der Einwohnerzahl (12.000) eine Kleinstadt nahe der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck und der Bezugsrahmen des Forschungsprojekts, ist aufgrund seines wirtschaftlich bedeutenden Industriegebiets über Tirols Grenzen bekannt. Die Stadt kann auf eine lange Geschichte der Migration zurückblicken: Die Saline war vom 13. Jahrhundert bis in die 1960er Jahre in Betrieb und auch für Migrantinnen und Migranten eine wichtige Arbeitgeberin. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts intensivierte sich die Migration generell, wofür neben politischen Entwicklungen vor allem ökonomische Faktoren ausschlaggebend waren: Sylvia Hahn identifiziert „die forcierte Internationalisierung von Produktion und Handel, den Ausbau der Verkehrsverbindungen und die Verbesserung der Transportmöglichkeiten“ als Migration begünstigende Faktoren, wobei sie sich auf Wanderungsbewegungen innerhalb Europas und transatlantische Auswanderungen bezieht.<sup>12</sup> Die Quellen des Stadtarchivs von Hall unterstreichen diesen Befund: Im „Verzeichnis derjenigen Haller, die in anderen Gemeinden das Heimatrecht erworben haben“ werden zwischen 1902 und 1922 vor allem Migranten und Migrantinnen angeführt, deren Wege – verglichen mit der sogenannten Gastarbeitsmigration der 1960er bis 1980er Jahre – sehr kurz waren; sie kamen von Innsbruck, Lustenau, Kirchbichl, Augsburg, Wien oder Meran.<sup>13</sup> Nachdem die Saline 1967 geschlossen wurde, zogen Menschen aufgrund der Metall-, Maschinen- und Textilindustrie nach Hall, um Arbeit zu finden bei den Tiroler Röhren- und Metallwerken (TRM), den Haller Textilwerken oder den Baufirmen Pümpel & Söhne, Eduard Fröschl und Innerebner & Meyer. Wegen Konjunkturaufschwung, Abwanderung nach Deutschland und der Verlängerung der Schulpflicht kam es Anfang der 1960er Jahre zu einer Arbeitskräfteverknappung. Der Zuzug von ausländischen Arbeitnehmerinnen und -nehmern, geregelt durch das Raab-Olah-Abkommen zwischen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Wirtschaftskammer im Dezember 1961 und die ihm folgenden jährlichen Kontingentvereinbarungen sowie die zwischenstaatlichen Anwerbeabkommen, wurde zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Faktor.

Günter Hagen veröffentlichte 2003 eine geografische Studie über Hall, die sich auf die statistische Bevölkerungsentwicklung konzentriert.<sup>14</sup> Hagen strebt keine historische Migrationsforschung an; er verbindet Fragen der Stadtentwicklung mit jenen der Einwanderung und konzentriert sich dabei auf Wohnverhältnisse. Als Geograf arbeitet er zwar verstärkt mit demografischen Methoden; dennoch ist seine Publikation als Ausgangsstudie wichtig, da er zum ersten Mal Wissen über die Migrationsgeschichte Halls zusammengetragen und gesichert hat. Ihm zufolge blieb zwischen 1951 und 1961 die Anzahl der gemeldeten nicht-österreichischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen relativ konstant bei etwa 500, wohingegen 1971 schon fast 2.000 Menschen anderer Staatsangehörigkeit in Hall gemeldet waren.



Hatten 1971 14,7 Prozent der Wohnbevölkerung keinen österreichischen Pass, pendelte diese Prozentzahl in den folgenden Jahrzehnten zwischen 15 und 18. Verglichen mit anderen Gemeinden in Tirol ist diese Zahl relativ hoch: 1999 konnten nur in Kufstein (16,7 Prozent) und Reutte (19,6 Prozent) höhere Prozentsätze verzeichnet werden.<sup>15</sup>

Migration bedeutet „die biografisch relevante Überschreitung kulturell, juristisch, lingual und (geo-)politisch bedeutsamer Grenzen“.<sup>16</sup> Ab wann und ob ein grenzüberschreitender Aufenthalt als biografisch relevant angesehen wird, liegt in den Augen des Betrachters, ist demnach stark subjektiv. Die Staatsangehörigkeit gibt unabhängig von Selbst- und Fremdwahrnehmung administrativen Aufschluss über Migration. Ihre Verlässlichkeit ist jedoch ebenfalls begrenzt, weil sie sich mit längerem Aufenthalt ändern kann. Die für Hall verfügbaren Zahlen bringen genau diese Schwierigkeit der Zuschreibungen zum Ausdruck. Wenn Hagen 2003 von einem „Ausländeranteil“ von 15,7 Prozent der Wohnbevölkerung spricht, diesem aber unmittelbar die zwischen 1981 und 2000 eingebürgerten ehemals jugoslawischen und türkischen Staatsangehörigen hinzurechnet, wodurch sich der Prozentsatz auf 18,6 Prozent erhöht, wird klar, dass Migranten und Migrantinnen (noch) nicht als selbstverständlicher Bestandteil der Haller Bevölkerung gesehen werden.<sup>17</sup> Das explizite Nichtzugestehen von Zugehörigkeit, die staatsbürgerrechtlich bereits hergestellt ist, gibt Auskunft über die Definitionsmacht der Mehrheitsgesellschaft, deren exklusive Auffassung der österreichischen Gesellschaft hier zum Ausdruck kommt. Zugute zu halten ist Hagen, dass diese ‚Rückrechnung‘ österreichischer Staatsangehöriger in den „Ausländeranteil“ die Dimension der gesellschaftlichen Veränderung fassbar macht und damit implizit den historischen Prozess der Annahme der Staatsbürgerschaft beschreibt.

Hall ist stolz auf seine Geschichte. Dies zeigt sich in der Schwerpunktsetzung des offiziellen Internetauftritts und wird durch eine zusätzliche Homepage, die sich der 700-jährigen Geschichte der Kleinstadt zuwendet, unterstrichen.<sup>18</sup> Die aufwändige Inszenierung von Stadtjubiläen, der Antrag auf Aufnahme in das UNESCO-Weltkulturerbe und der Aufbau der Altstadt zum Tourismusmagnet bringen darüber hinaus ein großes Geschichtsbewusstsein zum Ausdruck.<sup>19</sup> Der folgende Abschnitt diskutiert die Selbstrepräsentation Halls auf den offiziellen Homepages der Stadt. Gerade weil Geschichte eine wichtige Rolle für die Selbstwahrnehmung der Stadt zu spielen scheint, ist der Kontext der Nennungen von Migration bzw. deren spezifische Unsichtbarkeit aussagekräftig. Die offizielle Homepage von Hall zeichnet ein traditionelles, bäuerliches Bild, das im Einklang mit der landwirtschaftlich geprägten Umgebung von Hall steht: Fast wöchentlich findet der „Haller Bauernmarkt“ statt, es gibt ein „Haller Radieschenfest“,<sup>20</sup> als Jahreshighlights werden der „Haller Töpfermarkt“, das „Bio-Bergbauernfest“ und der „Haller Adventmarkt“ angeführt.<sup>21</sup> Das Geschichtsbild und das präsentierte Image der Kleinstadt sind selektiver Art: Migration findet darin keinen Platz. Unter dem Reiter „Hall in der Geschichte“ findet sich eine Auflistung von zahlreichen Ereignissen, die für erwähnenswert befunden wurden: die erstmalige urkundliche Erwähnung der Stadt 1256, die Gründung des Spitals 1342, die Bedeutung des Im- und Exports über den Wasserweg sowie die der Münzprägung, heftige Erdbeben und Brandkatastrophen im 16. und 17. Jahrhundert, die Altstadtsanierung 1973, sogar der zweite Platz beim „Europäischen Blumenschmuckwettbewerb“ 1993.<sup>22</sup> Migration als Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung kommt in keinem Zusammenhang vor.

Die ebenfalls online zur Verfügung gestellten Presstexte des Haller Stadtmarketings sind hinsichtlich der Bewertung von Migration besonders hervorzuheben:<sup>23</sup> Es wird ein „Pool

an interessanten Informationen über die Stadt Hall“ präsentiert, der sich in elf Kategorien gliedert (Einkaufsstadt, Geschenkmünze, Wirtschaftsraum Hall, Hall statistisch, Gaumenfreuden, Drehort Hall, Kuriositäten, Kulturstadt, Stadt der Türme, Haller Altstadt und Stadtarchäologie).<sup>24</sup> Migration kommt lediglich bei der Statistik über die Einwohner und Einwohnerinnen und im Kapitel „Gaumenfreuden“ vor. 2011 hatten demnach fast 13.000 Menschen in Hall ihren Hauptwohnsitz.

„Von den mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen besitzen 10.782 die österreichische Staatsbürgerschaft, 1.923 stammen aus dem Ausland, wobei die Türkei mit 479 den größten Ausländeranteil stellt. Weitere Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind nach Zahlen geordnet: Kroatien mit 326, Deutschland mit 291, Bosnien-Herzegowina mit 117, sowie Serbien mit 94. Der Rest verteilt sich auf Länder aus der gesamten Welt. Die Religionszugehörigkeit teilt sich auf in römisch-katholisch mit 5.587, islamisch mit 1.373 und 4.145 Personen mit unbekanntem Religionsbekenntnis.“<sup>25</sup>

Durch diese Aneinanderreihung von Zahlen, deren Objektivität gemeinhin nicht hinterfragt wird, ergeben sich ähnliche problematische Kategorisierungen wie bei dem oben angesprochenen „Ausländeranteil“.<sup>26</sup> Die Formulierung „stammen aus dem Ausland“ bleibt unscharf, da etwa Kinder türkischer Staatsangehörigkeit, die jedoch in Österreich geboren wurden und aufwuchsen, fälschlicherweise als aus dem Ausland „stammend“ gekennzeichnet werden. Wie bei der Kategorie der Staatsbürgerschaft handelt es sich um auf den ersten Blick eindeutige und objektive Unterscheidungen, die einer genaueren Betrachtung jedoch nicht standhalten.

Im Kapitel über „Gaumenfreuden“ werden Migrantinnen und Migranten lediglich im Sinne einer „multikulturellen Bereicherung“ erwähnt.<sup>27</sup> Ihnen wird die Aufgabe zugesprochen, Österreich „durch kulturelle Konsumangebote und ökonomische Dienstleistungen“ zu bereichern. Die „gesellschaftliche Akzeptanz der Einwanderung“ wird somit „von Vorteilen“ für Österreich abhängig gemacht.<sup>28</sup> Auf der Homepage werden der „südländische Einfluss“ auf das „Gastgartenangebot in Hall“ und „südländische Spezialitäten wie Pizza, Meeresfische oder türkische Gerichte auf den diversen Speisekarten“ hervorgehoben.<sup>29</sup>

Das Ergebnis der Suche nach Migranten und Migrantinnen, die mit ihren Erfahrungen und Geschichten die Haller Gesellschaft präg(t)en, ist in der offiziellen Selbstdarstellung der Stadt somit weder ertragreich noch inklusiv. Eine Ausnahme lässt sich jedoch finden: Auf der historischen Vertiefungshomepage im Kapitel „Haller über Hall“ wird Jackson Randu, ein Koch, interviewt. Er äußert sich lobend über die Leute in Hall, sie seien „netter“ als die in Innsbruck.<sup>30</sup>

„Sofern migrantische Lebenswelten nicht dethematisiert werden, ist ihre Repräsentation häufig von kulturalisierend-exotisierenden, kriminalisierenden oder viktimisierenden Problem-, Defizit- oder Bedrohungsrhetoriken geprägt“, konstatiert Natalie Bayer für das nationale Selbstverständnis Deutschlands.<sup>31</sup> Dies trifft auch auf das offizielle historische Selbstverständnis der Stadt Hall zu. Kommt Migration vor, und dies ist auf beiden genannten Webseiten selten und selektiv der Fall, gewinnen diese sporadischen Erwähnungen an Bedeutung: Migrantinnen und Migranten treten lediglich aufgrund ihrer *anderen* Staatsbürgerschaft und ihrer *anderen* kulinarischen Traditionen in Erscheinung. Sie fehlen als Kulturschaffende,<sup>32</sup> als Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Unternehmer und Unternehmerinnen.<sup>33</sup>

Trotz der aufgrund von Salzbergbau, Handel, Markt und Industrie kontinuierlichen Geschichte der (Arbeits-)Migration nach Hall taucht Migration nicht als zentrales Moment der gesellschaftlichen Entwicklung auf. Gerade die Migrationsgeschichten des 20. Jahrhunderts bleiben, obwohl im Stadtalltag nicht zu übersehen, in der offiziellen Erinnerung der Stadt unsichtbar. Hierin unterscheidet sich der ländliche Raum von großen Städten und Metropolen, die Migration zunehmend als wesentlichen Teil ihrer selbst begreifen und darstellen, wie die einleitend angesprochenen Buch- und Ausstellungsprojekte in Köln, München oder Wien zeigen. Das Geschichtsbild ländlicher Kleinstädte ist im Gegensatz dazu weitgehend statisch und ethnisch eindimensional formatiert. Da dies aber auch dort nicht länger zur gesellschaftlichen Realität passt und die historische Leerstelle zunehmend als Desiderat erkannt wird, widmen sich die folgenden Abschnitte der oft problematischen Quellenlage zeithistorischer Migrationsgeschichte, zeigen aber auch auf, welche anderen Wege der Quellengenerierung eingeschlagen werden können.

## Quellenlage

Um Geschichte schreiben zu können, braucht es Quellen – für Migrationsgeschichte möglichst solche, die ein multiperspektivisches Erzählen möglich machen, da bisher vorwiegend aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft erzählt wurde. Migrantinnen und Migranten kamen dabei kaum als gleichberechtigt teilhabende und vor allem mitgestaltende Akteure und Akteurinnen vor. Die Chance einer originär historischen Migrationsforschung ist ihr Abstand zum aktuellen Diskurs und den damit verknüpften Stereotypen, indem sie zurück zu den historischen Quellen geht und diese unter der Prämisse, eine bisher unsichtbare Geschichte zu erschließen, auswertet. Die Perspektive der Migration als Ergänzung und Nachtrag zu einer österreichischen Zeitgeschichte ist jedoch nicht ohne Weiteres zu finden, da bisher kaum relevantes Quellenmaterial zu dieser Geschichte gesammelt wurde. Darin kommt wiederum zum Ausdruck, dass Eingewanderte bisher nicht als Teil der österreichischen Geschichte gedacht wurden.<sup>34</sup> Um diesen Teufelskreis der Unsichtbarkeit zu durchbrechen, wird aktuell versucht, ein neues Archiv in Österreich aufzubauen und zeitgleich historische Migrationsforschung zu praktizieren. Der Arbeitskreis *Archiv der Migration* um Arif Akkılıç, Vida Bakondy, Ljubomir Bratić, Li Gerhalter, Wladimir Fischer, Belinda Kazeem und Dirk Rupnow will durch die Institutionalisierung eines Archivs, das gezielt zur Geschichte der Migration in Österreich sammelt, die Lücke zwischen der bisherigen Gedächtnispolitik und der eigentlichen Geschichte schließen und eine Basis für zukünftige Forschungen bieten.<sup>35</sup> Die im folgenden Abschnitt besprochene Quellenlage zu zeithistorischen Migrationsgeschichten im Stadtarchiv von Hall ist – symptomatisch für lokale Migrationsgeschichten in Österreich – lückenhaft. Private Quellenbestände, deren Bedeutung angesichts der stiefmütterlichen Behandlung in österreichischen Archiven zentral ist, müssen jetzt erschlossen werden, da der Zugang zu den Quellen vorwiegend über die erste Generation der im Zuge der „Gastarbeitsmigration“ nach Österreich Gekommenen erfolgt und diese mittlerweile im fortgeschrittenen Alter ist – für erzählte Erinnerungen gilt dieses Argument noch mehr.

Selbst wenn Konsens darüber erreicht werden kann, dass es Zeit für eine österreichische Migrationsgeschichte ist, bleibt unklar, welche Quellen idealiter in einem Archiv der Migra-

tion gesammelt werden. Die Bandbreite der Objekte und Dokumente, die unter das Schlagwort „Migrationsgeschichte“ fallen können, ist groß. Nach Lorraine Bluche und Frauke Mira, die im Rahmen des Projekts „NeuZugänge. Museen, Sammlungen und Migration“ dem kulturellen Erbe der Einwanderung in Deutschland nachgingen, ist partizipatives Sammeln in der Einwanderungsgesellschaft vielfältig. Es kann die Migrationsgeschichte der Objekte selbst im Vordergrund stehen, die Objekte können aber auch Auskunft über ihre Besitzerinnen und Besitzer geben oder Zeugen prozesshafter Veränderung in der Stadt sein.<sup>36</sup> Aufgrund dieser Variabilität ist es wichtig, den Bedeutungszusammenhang der Objekte zu erfassen, um ihre jeweils spezifische historische Aussagekraft zu bewahren. Das Einfügen und Nachtragen der Migrationsgeschichte in etablierte Geschichtsbilder funktioniert im Zusammenspiel der verschiedenen Institutionen, Forschungen, Museen und Archive. Diese haben unterschiedliche Funktionslogiken, die Chance und Herausforderung zugleich sind. Während Museen Objekte nach ihrer Ausstellbarkeit sammeln, bewahren Archive vorwiegend administrative Dokumente auf. Letztere sind außerdem untrennbar mit Herrschaftstraditionen verknüpft, da Archive geschaffen wurden, um Herrschaftsansprüche zu legitimieren und langfristig Rechtsansprüche durchzusetzen. Die Sammlungspraxis richtete sich lange Zeit ausschließlich danach; Quellenbestände, die hierfür nicht dienlich waren, wurden systematisch vernichtet. Die zunehmende Bedeutung von Privatarchiven und die Aufwertung von Privatnachlässen von Menschen ohne öffentlichem Ansehen ist noch immer eine neue Entwicklung, auf die sich die traditionellen Institutionen einstellen müssen. Da die geschichtswissenschaftliche Nachfrage danach seit den 1970er Jahren im Steigen begriffen ist, reagieren die Archive langsam darauf. Der Großteil der Sammlungspraxis orientiert sich jedoch nach wie vor an der Kernaufgabe, der Archivierung von Dokumenten der öffentlichen Verwaltung und Politik. In Österreich werden Archive in erster Linie von Gebietskörperschaften geführt, weswegen es strukturell erklärbar ist, dass Migrantinnen und Migranten als rechtlich prekär gestellte Gruppe in diesen Archiven vor allem als Verwaltungsobjekte vorkommen. Die Quellenlage im Haller Stadtarchiv verdeutlicht, was eine derartige Sammlungspraxis für das Schreiben von Migrationsgeschichte bedeutet.

## Das Haller Stadtarchiv

Die Quellenlage zu Migrationsgeschichten im Stadtarchiv von Hall, einem „der größten Kommunalarchive Österreichs“,<sup>37</sup> ist lückenhaft: Es gibt weder private Nachlässe von Migrantinnen und Migranten noch von migrantischen Vereinen, obwohl das Archiv, so sein Internetauftritt, auch „private Nachlässe von stadtdenkmaltreue Interesse“ sammelt.<sup>38</sup> Allein in der Stadtzeitung, dem *Haller Lokalanzeiger*, und der Stadtchronik können vereinzelt zeithistorische Migrationsspuren gefunden werden; allerdings wird darin der mehrheitsgesellschaftliche Blick auf Migrationsbewegungen perpetuiert.

Die Stadtchronik wurde zwischen 1966 und 1985 vom Volksschuldirektor Gottfried Kößl (1901 in Vils geboren, 1989 in Hall gestorben) verfasst. Kößl notierte handschriftlich, was ihm als für Hall erinnerenswert erschien. Die gefundenen Einträge, die Migration thematisieren, nur zehn Stück, beschäftigen sich mit Zahlen und Statistiken, übermitteln darüber hinausgehende Informationen (etwa über „Sonderzüge“ für „Gastarbeiter“<sup>39</sup> oder „Muttersprache Zusatz Unterricht für Jugoslawen u. Türken“<sup>40</sup>) oder sind inhaltliche Kommentare

des Chronisten. Fast 70 Prozent der Einträge nennen lediglich Zahlen. Diese basieren auf Informationen des Haller Melde- bzw. Standesamtes oder auf Haller Gendarmerieberichten, ein Eintrag verweist auf die *Tiroler Tageszeitung*. Es wird aufgezählt, wie viele „Ausländer“ aus welchen Staaten in Hall gemeldet sind und wie viele Eheschließungen, Geburten sowie Sterbefälle erfasst wurden. Solche statistischen Daten sind nur für die Jahre 1969, 1975, 1977, 1978 und 1979 angegeben, wobei die Einträge unterschiedlich ausführlich und aussagekräftig ausfielen; die Zahlen in dem kurzen Eintrag von 1969 beispielsweise beziehen sich auf ganz Tirol, nicht auf Hall, weswegen sie in der folgenden Tabelle unberücksichtigt blieben.<sup>41</sup>

Tabelle 1: Statistische Angaben zu Meldewesen, Eheschließungen und Bevölkerungsentwicklung in der Stadtchronik von Hall in Tirol 1975–1979

	Meldestatistik	Ehen	Bevölkerungsentwicklung
1975	„Anmeldungen: 1.730 Ummeldungen: 795 Abmeldungen: 1.559“	„13 Österreicher heirateten Ausländerinnen 3 Österreicherinnen Ausländer“	
1977	„1.761 Ausländer aus 32 Staaten leben in Hall“	„9 Österreicher heiraten Ausländerinnen, davon 1 Italienerin, 3 Deutsche, 1 Jamaikanerin, 1 Engländerin, 1 Finnin, 1 Jugoslawin, 1 Dänin 5 Ausländer heiraten Österreicherinnen, davon 3 deutsche, 1 Italiener, 1 Syrer“	„143 Neugeborene, 178 Verstorbene, 58 Ehen, 35 Scheidungen 1. Geburt des Jahres 1977 im Krankenhaus Hall sind Zwillinge. am 1.1. 0 <sup>01h</sup> Mustafa Polat u. 0 <sup>05</sup> Murat Polat des türkischen Paares Ali und Celi Polat“
1978	„12.885 Einwohner, davon 1.679 (ca. 13 Prozent) Ausländer aus 24 Staaten, davon 780 Jugosl., 612 Türken, 127 Italiener, 138 Deutsche u.a.“	„138 Eheschließungen, davon 6 Ausländer“	„116 Geburten, davon 38 Ausländer 523 Sterbefälle, davon 7 Ausländer“
1979		„47 Eheschließungen, davon 7 mit Ausländern und Ausländerinnen 2 Philippen [sic!], 3 Italienern, 1 Jugosl. und 145 Sterbefälle“	„11.960 Einwohner, davon 11.334 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. 119 Geburten, davon 32 Ausländer 145 Sterbefälle“

Quellen: 1975: Stadtarchiv Hall in Tirol, Chronik der Stadtgemeinde Solbad Hall, 1974-1975-1976, 30.11.1975, 108; 1977: ebd., Stadtchronik Hall in Tirol, 1977, 66 f.; 1978: ebd., Stadtchronik Hall in Tirol, 1977, 50 f.; 1979: ebd., Chronik Hall in Tirol, 1977, 109 f.

Die namentliche Vorstellung der beiden Neujahrsbabys des Jahres 1977 ist bemerkenswert, da es die einzige namentliche Nennung von Migrantinnen und Migranten in der gesamten Stadtchronik ist. Gerade bei diesem Eintrag der ersten Geburt 1977 schimmert durch, dass sich Hall grundlegend wandelt, er lässt die entstehende Migrationsgesellschaft erahnen. Allerdings kann mit den Eintragungen der Stadtchronik, die sich mit der statistischen Seite der Migration beschäftigen, nicht nachgezeichnet werden, wie sich die Anzahl der Migrantinnen und Migranten zwischen 1966 und 1985 veränderte, da keine jährlichen Zahlen und zudem völlig unterschiedliche Aspekte der entstehenden Migrationsgesellschaft notiert wurden.

Besonders aussagekräftig sind jene Einträge, die darüber hinausgehende Auskünfte liefern oder als Kommentare des Chronisten kategorisiert werden können. Der erste kommentierende Eintrag wurde 1970 notiert, zu sehen in Abbildung 1:

„Fremdarbeiter – Jugoslawen und Türken beleben unsere Straßen und Parkplätze bzw. Anlagen, sie füllen auch die Ordinationen unserer Ärzte u. den ambulanten Dienst des Bezirks-Krankenhauses. Ohne Fremdarbeiter könnte unsere Industrie nicht mehr bestehen. Auch unter ausländischen Arbeitern, die von österr. Stellen Arbeitsbestätigungen erbringen können, ist ein spekulatives, oft organisiertes Abwandern ins zahlungskräftigere Ausland bemerkbar.“<sup>42</sup>

Abbildung 1: Auszug aus der Stadtchronik Hall

[Abbildung siehe Druckfassung]



Quelle: Stadtarchiv Hall in Tirol, Chronik der Stadt Solbad Hall, ab 1. Okt.1966 bis 31. Dez. 1970, 1970, 165

Dabei fällt der historisch belastete Begriff „Fremdarbeiter“ auf. Zwar wurde er bereits vor der NS-Zeit verwendet, erlangte in diesem Zusammenhang aber erstmals größeren Bekanntheitsgrad. Mit Vida Bakondy und Renée Winter kann von einer sprachlichen Kontinuität im Gebrauch des Begriffes „Fremdarbeiter“ wie auch von „Gastarbeiter“ gesprochen werden.<sup>43</sup> Bei gegenwärtigen Debatten zu Migrationsfragen sollte deshalb an die historischen Voraussetzungen erinnert werden: Es ist noch nicht so lange her, dass die Wirtschaft „von einer erzwungenen Arbeitsmigration profitiert hat“.<sup>44</sup> Die „Menschen- und Weltbilder des Nationalsozialismus“ sind wie auch die Erfahrungen vorherrschender kolonialer Diskurse in der Gegenwart präsent. Die „darin erzeugten Bilder“ der sogenannten Anderen wirken nach, wie die bruchlose Weiterverwendung der Begrifflichkeiten zeigt.<sup>45</sup> Der Begriff „Fremdarbeiter“ wurde in den Anfangsjahren der Arbeitsmigration nach 1945 parallel mit jenem des „Gastarbeiters“ verwendet – beide Begriffe wurden in der NS-Zeit verwendet und spiegeln falsche Tatsachen vor: Gäste werden willkommen geheißen, sind gleichzeitig nur für einen kurzen Aufenthalt erwünscht und müssen in dieser Zeit normalerweise nicht arbeiten. Der Begriff verstärkt die zeitlich begrenzte Akzeptanz der ‚Gäste‘ und schreibt ihnen eine Funktion beschränkt auf ihre Arbeitskraft zu.

Erstaunlich ist, dass die hier erwähnten Migranten – abgesehen von ihrer Benennung – nicht in erster Linie unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Sie „beleben unsere Straßen“, „sie füllen auch die Ordinationen unserer Ärzte“, sie sind im Alltag von Hall präsent, nicht nur als stumme Arbeitskraft in der Fabrik. Der Tenor der Quelle ist dennoch ambivalent: Das Beleben der Straßen und die Bedeutung der Migration für die Industrie sind positive Bewertungen, das Füllen der Arztpraxen kann zumindest zwiespältig gelesen werden und der Verweis auf ein „spekulatives, oft organisiertes Abwandern“ klingt negativ, wenn nicht sogar kriminalisierend.<sup>46</sup>

In einem herabwürdigenden Sinne herausragend ist ein kleiner Eintrag 1973 (siehe Abbildung 2): „Die baufällige Veranda des Gasthofes Engl wird abgetragen. Der gänzlich verwaahrloste Bau diente die letzten Jahre dem Ausschank an Gastarbeiter, dann ihrem und der Ratten Liebesleben.“<sup>47</sup>

Abbildung 2: Auszug aus der Stadtchronik Hall

[Abbildung siehe Druckfassung]



Quelle: Stadtarchiv Hall in Tirol, Chronik der Stadt Solbad Hall, 1971–1972–1973, 4.7.1973, 138

Hier wird das „Liebesleben der Gastarbeiter“ mit jenem von Ratten gleichgesetzt, das Bild der „Gastarbeiter“ als sexuell aktiv und triebgesteuert wird festgeschrieben. Es ist von einer herablassenden Verdinglichung, sogar von einer „*Animalisierung*“ zu sprechen.<sup>48</sup> Migration

wird, dies ist erneut zu betonen, in neunzehn Jahren der Chronik an nur zehn Stellen thematisiert. Das verleiht dieser entmenschlichenden Notiz einen prominenten Stellenwert und der Thematisierung von Migration eine klare Schlagseite.

Die migrationsrelevanten Artikel im *Haller Lokalanzeiger* sind umfangreicher und komplexer als die Einträge in der Stadtchronik, eine Kategorisierung schwieriger. Im Zeitraum von 1960 bis 1986 stehen etwa 150 Artikel im Zusammenhang mit Migration. Eingang in die Zeitungsanalyse fanden sowohl Artikel, die Migration nach Hall eindeutig thematisieren, wie Wohnungsrazzien bei „Gastarbeitern“ in den 1970er Jahren,<sup>49</sup> als auch Beiträge, die koloniale Andere beschreiben, wie in „Das neue selbständige Afrika“ von 1960.<sup>50</sup> Koloniale Diskurse waren historische Voraussetzungen und oftmals Ursprünge der damaligen Debatten um Migration: Die „Konstruktion von inferiorer ‚Andersartigkeit‘“, eines der von Jürgen Osterhammel identifizierten Grundelemente kolonialistischen Denkens,<sup>51</sup> findet sich auch im *Haller Lokalanzeiger*. Im Überblick lässt sich feststellen, dass in den 1960er Jahren ein ausschließlich paternalistisches und kriminalisierendes Schreiben vorherrschte. Schriebe man die Migrationsgeschichte Halls nur mit diesen Quellen, entstünde das Bild unselbstständiger Fremder, um die man sich führend kümmern müsse und die, wenn ersteres ausbleibt, gewalttätig würden.

„Im Gastland sollte man sich anders verhalten!“, forderte der *Haller Lokalanzeiger* 1960 von Vilmos V. aus Ungarn, der sich in betrunkenem Zustand nicht eines Lokals verweisen lassen wollte.<sup>52</sup> Migration ist vor allem dann Thema, wenn Zugewanderte negativ – stehend, prügelnd oder betrunken – auffallen. Es sind allein die Nationalitäten, die sich in den drei Jahrzehnten ändern: In den 1960er Jahren kamen die Menschen hauptsächlich aus Ungarn und Italien, genauer Südtirol, ab den späten 1960er Jahren werden Jugoslawien und die Türkei bedeutender. Migrantinnen kommen in sämtlichen Artikeln lediglich zweimal vor: Dabei ist von einer „Rauferei zwischen Jugoslawinnen“<sup>53</sup> und einem steirischen „Türkenliebchen“<sup>54</sup> die Rede. Der inhaltliche Schwerpunkt bleibt aber auch unter den in den 1970er Jahren stärker im Fokus stehenden Personen aus Jugoslawien und der Türkei gleich; es geht zum übergroßen Teil um Diebstähle und Schlägereien. Migration wird stark mit kriminellen Handlungen in Verbindung gebracht, Migranten und Migrantinnen werden kriminalisiert. Ein Vorfall, der diesem Vorurteil widersprach, wurde explizit als solcher ausgewiesen: Ein „jugoslawischer Gastarbeiter“ wird ausdrücklich gelobt, weil er nichts stahl, sondern eine Geldtasche fand und sie ablieferte.<sup>55</sup>

Bemerkenswert wegen Inhalt und Länge ist ein Artikel über Wohnungsrazzien, die bei „Gastarbeitern“ durchgeführt wurden.<sup>56</sup> Die Haller Altstadt liegt zentral und ist überschaubar; die Wohnungsrazzien wurden vermutlich von vielen Anwohnern und Anwohnerinnen registriert. Der ausführliche Artikel beschreibt die Schwierigkeit insbesondere für „Gastarbeiterfamilien“, eine menschenwürdige Unterkunft zu finden. Nicht selten waren Wohn-, Schlaf-, Koch- und Waschräume ein und derselbe, die feuerpolizeiliche Situation deshalb bedenklich. Darüber hinaus kommt die staatliche Übermacht der Beamten zur Sprache, die nächstens in privaten Wohnraum eintraten und die rechtliche Situation überprüften. Der Artikel schreibt gegen die prekären Wohnverhältnisse an, die „das Gesundheitsamt und die amtsärztliche Gesundheitspolizei interessieren müsste[n].“<sup>57</sup> Es ist im Kontext der üblichen Berichterstattung besonders bemerkenswert, dass hier Partei für Migrantinnen und Migranten ergriffen und Empathie zum Ausdruck gebracht wurde. Wie die Razzien im Detail abliefen, wer beteiligt war und welche Folgen sie hatten, geht aus dem Artikel nicht hervor. Aufgrund der schlechten Forschungslage können nähere Umstände nur von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen erfragt werden.



In den 1980er Jahren zeigt sich, dass die österreichische Migrationsgesellschaft Form annimmt, dass sich die Haller Gesellschaft in einem Wandlungsprozess befindet und dass sie diesem nicht länger ausschließlich negativ begegnet. Der Tiroler Landesverband der Elternvereine plädiert für kleinere Klassen und Förderunterricht für „fremdsprachige Gastarbeiterkinder in den Schulen“, um eine „bessere Integration“ und die „Ueberwindung der Sprachbarrieren“ zu erreichen.<sup>58</sup> Damit berichtet der *Haller Lokalanzeiger* zum ersten Mal, sieht man von Deutschkursen „für Ausländer“, die von der Volkshochschule Hall seit 1978 beworben werden, ab, über eine konstruktive Herangehensweise von österreichischer Seite.<sup>59</sup> Für dasselbe Jahrzehnt ist ein zweiter Artikel hervorzuheben, weil er aus einer migran-tischen Perspektive geschrieben wurde und damit in allen drei Jahrzehnten des Untersu-chungszeitraums eine Ausnahme darstellt: Der „Jugoslawische Arbeiterclub SLOGA Hall“ schreibt über „sportliche jugoslawische Gastarbeiter“; eine vereinsinterne Kegelmeister-schaft wurde durchgeführt, die Klassensiegerinnen und -sieger namentlich genannt und auf einem Foto festgehalten.<sup>60</sup>

Abbildung 3: „Sportliche jugoslawische Gastarbeiter“



Quelle: Haller Lokalanzeiger 19/1985, 3

[Abbildung siehe Druckfassung]

## Migration sichtbar und erzählbar machen: Strategien in Hall in Tirol

Mit den Quellen des Haller Stadtarchivs kann kaum eine Geschichte, die über die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft hinausgeht, erzählt werden. Ausgehend von den im Stadtarchiv identifizierten Leerstellen ist das BMWFW/Sparkling Science-Projekt „Spurensuche: Hall in Bewegung“ im Zusammenspiel von Wissenschaft (Universität Innsbruck, Projektleitung: Dirk Rupnow) und Schule (NMS Rum, HAK Hall, Franziskanergymnasium Hall) auf der Suche nach neuen Quellen der kleinstädtischen Migrationsgeschichte. Die Spurensuche führte neben dem Stadtarchiv als klassischer Erinnerungsinstanz zu den Betrieben der Stadt Hall wie den TRM oder den Haller Textilwerken. Unternehmen waren vor allem im Kontext der strukturierten Arbeitsmigration aus der Türkei und Jugoslawien wichtige Akteure. Den Arbeitgebern kamen in den Anfangsjahren der Einwanderung nach Österreich aufgrund fehlender staatlicher und privater Infrastruktur große Bedeutung zu. Sie waren oft Ansprechpartner in sämtlichen Fragen des Lebens, die weit über die eigentliche Arbeit hinausgingen. Migrantinnen und Migranten waren bis Ende der 1970er Jahre häufig in sogenannten Ledigenheimen des Arbeitgebers untergebracht, was dessen große Bedeutung und weitreichende Zuständigkeit zum Ausdruck bringt. Die Erinnerungen ehemaliger Angestellter, vor allem aus der Personalabteilung, sind hilfreich für die Rekonstruktion der Arbeitswelt. Das Generieren neuer Quellen durch das Erfassen mündlicher Überlieferungen von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen ist insbesondere für Informationen zur Freizeitgestaltung eine gewinnbringende und unverzichtbare Ressource, weil das Leben jenseits der Arbeit im gängigen Stereotyp des „Gastarbeiters“ unterrepräsentiert und deshalb mehr noch als die Arbeitswelt ein blinder Fleck der österreichischen Zeitgeschichte ist. In Hall wurde versucht, die Geschichte migrantischer Vereine zu rekonstruieren, die Situation in Gasthäusern und Cafés nachzuzeichnen und die Bedeutung des Sports zu erschließen. Interviews spielten in allen Untersuchungsbereichen eine wichtige Rolle, zum einen wegen der wenigen schriftlichen Hinterlassenschaften, zum anderen, weil die persönlichen Erinnerungen der heute älteren Generation jetzt oder in sehr naher Zukunft gesammelt werden müssen, da nicht zuletzt aufgrund der vielerorts außergewöhnlich schweren Arbeit viele Zeitzeugen und Zeitzeuginnen der sogenannten ersten Generation in schlechter gesundheitlicher Verfassung sind. Die Interviews bringen vor allem eines zu Tage: Trotz struktureller Gemeinsamkeiten ist jede Migrationsgeschichte einzigartig. Das neue Wissen zur Stadtgeschichte von Hall wurde in einer das Forschungsprojekt abschließenden Ausstellung im Herbst 2014 einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Präsenz im öffentlichen Raum ist ein Beitrag zur Schließung der Lücke Migrationsgeschichte im öffentlichen Gedächtnis der Stadt und bringt abermals das Verschwimmen der Grenzen zwischen Forschung, Überlieferung und Erinnerungskultur zum Ausdruck.

### Ressource Firmenarchiv: Eigeninitiative in Personalakten

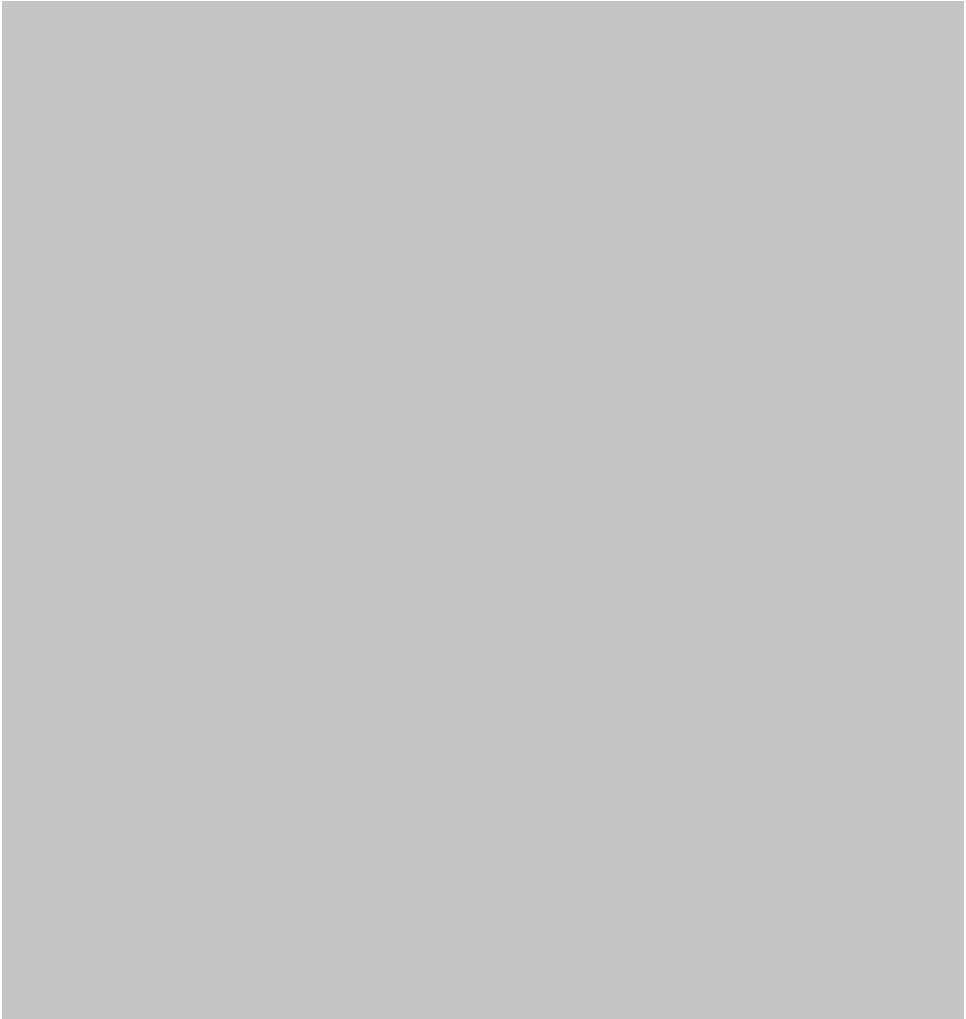
Die bereits erwähnten Tiroler Röhren- und Metallwerke (TRM), bis Mitte der 1980er Jahre der größte Arbeitgeber in Hall, hatten eine wichtige Rolle bei der Beschäftigung von auslän-

dischen Arbeitnehmern und – in deutlich geringerem Ausmaß – Arbeitnehmerinnen während des Gastarbeiterregimes.<sup>61</sup> Im Archiv des Unternehmens sind heute fast ausschließlich Personalakten überliefert. Personalakten von Firmen privater Trägerschaft sind im alleinigen Besitz des Unternehmens und unterliegen grundsätzlich einer nur siebenjährigen Aufbewahrungsfrist nach Ausscheiden aus dem Betrieb. Der Zugang zu historischen Personalakten, die sich nach wie vor in Firmenbesitz befinden, hängt demnach von der Aufbewahrungspraxis des Unternehmens sowie von dessen Bereitschaft, sein Archiv zu öffnen, ab. In jedem Fall gilt für die persönlichen Informationen, die Personalakten bereithalten, höchste Sensibilität. Sämtliche Auszüge sind strikt zu anonymisieren und dürfen gerade in einer ländlich strukturierten Kleinstadt, in der man sich gegenseitig kennt, keine personellen Rückschlüsse erlauben.

Die einzelnen Personalakten der TRM gleichen zufälligen Zusammenstellungen verschiedener Informationen. Sie können deshalb schlecht seriell ausgewertet werden, halten aber immer wieder überraschende Funde bereit, weshalb eine qualitative Betrachtung lohnt. Personalakten, deren Inhalt sich jeweils auf eine einzelne Person konzentriert, eröffnen im Zusammenhang der Gastarbeitsmigration eine für die angestrebte Multiperspektivität wichtige Möglichkeit, da die in den Akten enthaltenen Schriftstücke Migranten und Migrantinnen als handelnde Personen in Erscheinung treten lassen – anders als im offiziellen Schriftverkehr, der über weite Strecken den Eindruck einer verobjektivierten Verschubmasse am Arbeitsmarkt erweckt.<sup>62</sup> Ihnen persönlich wird zu Dienstjubiläen gratuliert, sie suchen um Sterbegeldhilfe an oder initiieren ihre (Wieder-)Beschäftigung in Tirol selbst. Letzteres geschah, indem sich Arbeitssuchende aus der Türkei oder Jugoslawien direkt an die TRM wandten. Herr K. beispielsweise leitete 1972 seine Wiederbeschäftigung in die Wege (Abbildung 4). Wegen des Militärdienstes musste er nach seiner ersten Anstellung in Hall zurück in die Türkei, nun sei er „wieder frei“ und auf der Suche nach „einer Arbeitsstelle“. Er war gut über das *Procedere* informiert und bat die TRM um seine namentliche Anforderung durch das zuständige Arbeitsamt. Seinem Brief wurde handschriftlich ein „Guter Eindruck!“ konstatiert.<sup>63</sup> Dass der Weg der Anwerbung auch von der anderen Seite, der Seite des Arbeitnehmenden aus, begangen wurde, offenbart keine andere Quelle. Diese Geschichte der Eigeninitiative konterkariert das gängige Bild der namenlosen, unmündigen und nur manuell nützlichen ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die in den Personalakten erhaltenen ausländer- und beschäftigungsrechtlichen Dokumente erlauben außerdem, den normativen Rahmen nachzuzeichnen. Das Strukturprinzip des Inländerprimats schimmert durch die in den Akten überlieferten „Ausländer-Arbeiterkarten“, Arbeitserlaubnisse oder Anträge auf Beschäftigungsbewilligung durch, dessen rechtliche Grundlage die „Deutsche Reichsverordnung über ausländische Arbeitnehmer“ vom 23. Jänner 1933 war, die 1941 in Österreich in Kraft trat und mit dem Reichsüberleitungsgesetz 1945 seine Gültigkeit bis zum Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1975 behielt.<sup>64</sup> Zwar entfiel wegen der im Raab-Olah-Abkommen vereinbarten Kontingentfestsetzungen die doppelte Bewilligungspflicht für Arbeitgeber und -nehmer im Einzelfall; dennoch war der Arbeitsmarktzugang für Ausländer und Ausländerinnen restriktiv kontrolliert.<sup>65</sup> Das dahinterstehende Ziel war ein größtmöglicher wirtschaftlicher Nutzen. Die Vorstellung einer Reservearmee, die je nach konjunkturellen Bedürfnissen einsetzbar ist, dominierte die diesbezügliche Gesetzgebung.<sup>66</sup>

Abbildung 4: Brief von Herrn K. aus der Türkei an die Tiroler Röhrenwerke in Solbad Hall, 4.12.1972



Quelle: Archiv der Tiroler Rohre GmbH

[Abbildung siehe Druckfassung]

## Oral History: Leben in Hall jenseits der Arbeit

Die in den vorangegangenen Abschnitten umrissene Quellenlage der Migrationsgeschichte von Hall in Stadt- und Firmenarchiv lässt viele Fragen offen und steigert damit die Bedeutung der Generierung neuer Quellen durch Interviews. Oral History-Quellen erfordern jedoch besondere Sensibilität bei der Quellenkritik. Person, Ort und Abstand zum Geschehen sind nur die wichtigsten die Forschungsergebnisse beeinflussenden Faktoren. Erinne-

rungen, die rückblickend zu einer autobiografischen Geschichte werden, sind Konstrukte, die mitunter weniger mit der vergangenen Wirklichkeit zu tun haben als mit dem Hier und Jetzt der Interviewsituation. Um der migrantischen Lebenswelt jenseits der Arbeit der 1960er und 1970er Jahre näher zu kommen, stand jedoch ausschließlich Oral History zur Verfügung. Stadtchronik, Lokalzeitung und Arbeitgeberseite hielten dafür keine aussagekräftigen Quellen bereit. Nachdem ein Interviewpartner zufällig über das Café Kasenbacher berichtete, das das einzige Café in Hall war, wo man als „Gastarbeiter“, „Fremder“ oder „Ausländer“ weder des Platzes verwiesen noch nicht bedient wurde, konnte diesem – für die Haller Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte nicht unwesentlichen – Schauplatz in weiteren Interviews gezielt nachgegangen werden. Und tatsächlich war der „Kasenbacher“ ein zentraler Ort für in Hall lebende Migranten und Migrantinnen. Neben dem „besten Cappuccino der Stadt“, der dort serviert wurde, erfährt man in den Interviews auch von „Türkischen Abenden“, die der Sänger Arif Yildirim mit seiner Band organisierte.<sup>67</sup>

In den 1970er Jahren fanden in der Haller Altstadt sogenannte Wohnungsbegehungen statt, wie der kritische Zeitungsartikel aus dem Jahre 1978 verriet. Der Bericht hält jedoch keine Information über beteiligte Akteure, Durchführung und Folgen bereit. Auch hier war Oral History der einzige Weg, die Lücken zu schließen, da die polizeilichen Protokolle der „Wohnungsbegehungen“ wegen Datenschutzes der damaligen Bewohner und Bewohnerinnen nicht zugänglich sind. Der ehemalige Leiter des Wohnungs- und Sozialamtes der Stadt Hall, der die Razzien zu Beginn seiner Dienstzeit begleitete, gibt Auskunft darüber, dass die Überprüfungstermine „unter strenger Geheimhaltung“ von der Bezirkshauptmannschaft angeordnet und von Gendarmerie, Fremdenpolizei, Baupolizei, Sanitätspolizei und Amtsarzt durchgeführt wurden.<sup>68</sup> Insgesamt „zwölf Mann“, zum Teil bewaffnet, riegelten zuerst Straßenzüge in der Altstadt ab, da die kleinen Gassen alle miteinander vernetzt und von mehreren Seiten zugänglich waren und gingen dann in von „Gastarbeitern“ bewohnte Wohnungen und Zimmer, um diverse Kontrollen durchzuführen, jeweils zu später Stunde.<sup>69</sup> „Man wollte also wissen, wer ist da, woher kommen die Leute, haben die Leute eine entsprechende Aufenthaltsbewilligung, haben die Leute eine entsprechende Arbeitsbewilligung“; die Sanitätspolizei ging vermuteten gesundheitlichen Gefahrenquellen nach und die Baubehörde überprüfte „bauliche Eignung“ und „feuerpolizeiliche Mängel“.<sup>70</sup> Ziele und Beteiligte der „Wohnungsbegehungen“ waren vielfältig, die angenommenen Bedrohungsszenarien ebenfalls. Greifbar wird hier die Kriminalisierung der Bewohner und Bewohnerinnen. Da die öffentliche Wahrnehmung Migrantinnen und Migranten unterstellte, dass von ihnen vielfältige Bedrohungen ausgingen, regte sich kein Widerstand gegen das wiederholte gewaltsame Eindringen geballter Staatsmacht in oft zu überhöhten Preisen vermieteten Wohnraum zu einer Tageszeit, die gerade nach schwerer körperlicher Arbeit der Erholung dienen sollte. Konnte eine Person keine aufenthaltsrechtlichen Papiere vorweisen, wurde sie unmittelbar in dem dafür bereitgestellten Gitterwagen zur Bezirkshauptmannschaft Innsbruck verbracht und von dort weiter abgeschoben. Wurden hingegen Mängel an der Unterbringung festgestellt, wie zu wenig Wohnraum pro Person, kein Fenster oder eine offene Feuerstelle, erging ein Bescheid an den Vermieter oder die Vermieterin, der jedoch auch bei Missachtung keine weiteren rechtlichen Folgen hatte.<sup>71</sup>

## Schlussbetrachtung

Ausgehend von der spezifischen historischen Unsichtbarkeit von Migration in einer ländlichen Kleinstadt diskutierte der Aufsatz, nahe an Forschungspraxis und -ergebnissen des BMWFW/Sparkling Science-Projektes „Spurensuche: Hall in Bewegung“, jene Quellen, die die Gegenwart (noch) bereithält, um sich der nicht nur in Hall in Tirol offensichtlichen historiografischen Blindstelle Migrationsgeschichte anzunehmen. Das institutionalisierte Gedächtnis Halls, das in den im Stadtarchiv überlieferten Quellen greifbar wird, gibt ausschließlich Auskunft über den Blickwinkel der Mehrheitsgesellschaft. Migrantische Perspektiven auf die gemeinsame Geschichte der letzten 50 Jahre fehlen, obwohl mehr als jede siebte heute in Hall lebende Person eine eigene Migrationsgeschichte erzählen könnte. Mit Lokalzeitung und Stadtchronik, den aussagekräftigsten Quellen des Stadtarchivs, kann zwar der Diskurs nachgezeichnet werden, der die neue Dimension einer entstehenden Migrationsgesellschaft einer ländlichen Kleinstadt begleitet. Um eine Geschichte schreiben zu können, die über den Blick der Mehrheitsgesellschaft und die Verwaltung der Migration hinausgeht, muss verstärkt auf Oral History zurückgegriffen werden. Da viele Haller Migrationsgeschichten ihren Anfang in der strukturierten Arbeitsmigration nahmen, die bei genauerem Hinsehen so strukturiert nicht war, kommt den Arbeitgebern und deren Quellenbeständen zusätzliche Bedeutung zu. Die Aussagekraft der Firmenarchive ist für das Leben jenseits der Arbeit jedoch wiederum begrenzt, weshalb Interviews mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen zentrale Instrumente der Erkenntnisgewinnung sind. Neue, durch Oral History generierte Quellen, geben mit ihren spezifischen Chancen und Risiken Auskunft über Strukturen und Abläufe des Lebens in einer ländlichen Kleinstadt, deren Zusammensetzung und Funktionsweise sich durch Migration in einem bisher nicht gekannten Maße veränderten. Ein Quellen- und Methodenmix ist nötig, um dieser unsichtbaren Geschichte auf die Spur zu kommen. Multiperspektivität ist damit nicht nur Ziel der neuen, inklusiven Stadtgeschichte, sie ist auch forschungspragmatisches Werkzeug.

Wie weit historische Forschung dabei über ihre klassischen Formen hinausgeht, zeigte die Veranstaltung „Wo trinken Sie Ihren Kaffee? ... und ab wann ist man Teil der Geschichte von Hall?“ im März 2014, die den Dialog mit der Haller Bevölkerung suchte, indem sowohl geladenen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen als auch zufälligen Passanten bisherige Forschungsergebnisse präsentiert wurden. Ziel war es, neue Quellen zu erschließen, die die Haller Migrationsgeschichte erzählen können und bisher in Privatbeständen lagerten. Eine interaktive Installation verknüpfte deshalb die Stadtgeschichte Halls mit der jeweils eigenen Lebensgeschichte und ließ so den unübersehbar von Migration geprägten Lebenslauf der Stadt Hall sichtbar werden. Gleichzeitig wurde der persönliche Beitrag zu dieser Geschichte erkennbar. Ort und Titel der Veranstaltung nahmen Bezug auf die erzählte Geschichte des Cafés Kasenbacher, eines zentralen Ortes der Migrationsgeschichte Halls. Diese Geschichte ist symptomatisch für die spezifische historische Unsichtbarkeit von Migration in einer Kleinstadt und damit für sehr viele Geschichten, auf die das Forschungsprojekt gestoßen ist: Den „Kasenbacher“ in seiner damaligen Form gibt es heute nicht mehr. Nirgendwo ist öffentlich sichtbar, dass dieses Café existierte und eine besondere Bedeutung für Zugewanderte aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien hatte, obwohl diese Geschichte Teil der Erinnerungen der Stadtbewohner und -bewohnerinnen ist. Noch also kann eine zeithistorische Migrationsgeschichte von Hall, die sensibel auf diese vorgefundenen Lücken eingeht, geschrieben werden.

Abbildung 5: Veranstaltung „Wo trinken Sie Ihren Kaffee?“ im März 2014 in Hall



Foto: StiftungFREIZEIT

[Abbildung siehe Druckfassung]

## Anmerkungen

- 1 Paul Mecheril u.a. (Hg.) Migrationspädagogik (Bachelor/Master), Weinheim/Basel 2010, 11.
- 2 Siehe u.a.: Marc Engels/Christoph Rass, Deine Stadt in Bewegung. Mit einer Ausstellung Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte erzählen, in: Elke Ariens/Emanuel Richter/Manfred Sicking (Hg.), Multikulturalität in Europa. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft, Bielefeld 2013, 165–207; Ernst Karpf, Eine Stadt und ihre Einwanderer. 700 Jahre Migrationsgeschichte in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2013; Hedwig Richter/Ralf Richter, Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg, Paderborn/Wien 2012.
- 3 Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. XI), Göttingen 2005.
- 4 Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion, Zur Geschichte der Gastarbeiter in München. „Für 50 Mark einen Italiener“, München 2000; Forschungsprojekt des Stadtmuseums München: „Migration bewegt die Stadt. Migration als Aufgabe der kommunalen Erinnerungspraxis in München“, <http://www.muenchner-stadtmuseum.de/sammlungen/forschung/migration.html> (10.4.2014); Natalie Bayer/Andrea Engl/Sabine Hess/Johannes Moser (Hg.), Crossing Munich. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus, München 2009.
- 5 DOMiD, Vereinsgeschichte, <http://www.domid.org/de/vereinsgeschichte> (13.3.2014).
- 6 Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Matzl (Hg.), Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004.
- 7 Deprovincializing Contemporary Austrian History. Migration und die transnationalen Herausforderungen an nationale Historiographien (ca. 1960–heute), [http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/aktuelles/deprovincializing\\_projekt.pdf](http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/aktuelles/deprovincializing_projekt.pdf) (19.3.2014); Dirk Rupnow, Deprovincializing Contemporary Austrian History. Plädoyer für eine transnationale Geschichte Österreichs als Migrationsgesellschaft, in: Zeitgeschichte 40 (2013) H. 1, 5–21.
- 8 Elmar Hasović, Vorarlberg Museum – Sammlungsrecherche Migrationsgeschichte Vorarlbergs der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, Juni 2013, <http://www.okay-line.at/deutsch/wissen/migrationsgeschichte-vorarlbergs/>

- vorarlberg-museum-a-sammlungsrecherche--migrationsgeschichte-vorarlbergs-der-2.-hlfte-des-20.ajahr-hunderts.html (4.4.2014).
- 9 Projekt „Dokumentationsstelle zur Migrationsgeschichte Vorarlbergs“ des Vereins BAF (Bodensee Amateur Fotografen), <http://www.okay-line.at/deutsch/wissen/migrationsgeschichte-vorarlbergs/projekt-dokumentationsstelle-zur-migrationsgeschichte-vorarlbergs-des-vereins-baf-bodensee-amateur-fotografen.html> (4.4.2014); Fatih Özçelik, Projektleiter „Dokumentationsarchiv zur Migrationsgeschichte in Vorarlberg“, im *Stimme-Gespräch*, von Vida Bakondy und Gamze Ongan, „Es geht nicht um ein Archiv über Außerirdische“, in: *Die Stimme* 89 (2013), 24–27.
  - 10 <http://www.zemit.at/hr/projekti/erinnerungskulturen.html> (4.4.2014).
  - 11 <http://www.sparklingscience.at/de/projekte/520-spurensuche-hall-in-bewegung/> (4.4.2014).
  - 12 Sylvia Hahn, *Historische Migrationsforschung (Historische Einführungen, Bd. 11)*, Frankfurt am Main/New York 2012, 152.
  - 13 Stadtarchiv Hall in Tirol, Verzeichnis derjenigen Haller die in anderen Gemeinden das Heimatrecht erworben haben (1902–1922).
  - 14 Vgl. Günter Hagen, Hall in Tirol. Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Altstadterneuerung und Ausländersituation (Innsbrucker Geographische Studien, Bd. 34), Innsbruck 2003.
  - 15 Ebd., 143 f.
  - 16 Maria do Mar Castro Varela/Paul Mecheril, Grenze und Bewegung. Migrationswissenschaftliche Erklärungen, in: Paul Mecheril u.a. (Hg.), *Migrationspädagogik*, Weinheim/Basel 2010, 23–53, hier 35.
  - 17 Hagen, Hall in Tirol, 124.
  - 18 Hall – 700 Jahre multimedial, hg. v. Heinz Moser (Leiter des Stadtarchivs Hall in Tirol), 2004, <http://www.hallmultimedial.at/themen/index.html> (16.4.2014).
  - 19 <http://www.hall-in-tirol.at/de/hall-in-tirol/weltkulturerbe/2642-weltkulturerbe-hall-in-tirol.html> (16.4.2014).
  - 20 <http://www.hall-in-tirol.at/de/veranstaltungen.html> (16.4.2014).
  - 21 <http://www.hall-in-tirol.at/de/veranstaltungen/jahreshighlights.html> (16.4.2014).
  - 22 <http://www.hall-in-tirol.at/de/hall-in-tirol/hall-in-der-geschichte/358-hall-in-der-geschichte.html> (16.4.2014).
  - 23 <http://www.hall-in-tirol.at/de/stadtmarketing/presstexte.html> (16.4.2014).
  - 24 <http://www.hall-in-tirol.at/de/stadtmarketing/presstexte.html> (16.4.2014).
  - 25 <http://www.hall-in-tirol.at/de/stadtmarketing/presstexte/hall-statistisch/147-hall-in-tirol-statistisch-gesehen--stand-august-2011.html> (16.4.2014).
  - 26 Hagen, Hall in Tirol, 124.
  - 27 Kien Nghi Ha, Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik, in: Hito Steyerl/Encarnación Rodríguez (Hg.), *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Münster 2012, 56–107, hier 92.
  - 28 Ebd.
  - 29 <http://www.hall-in-tirol.at/de/stadtmarketing/presstexte/gaumenfreuden.html> (16.4.2014).
  - 30 [http://www.hallmultimedial.at/themen/12\\_index.html](http://www.hallmultimedial.at/themen/12_index.html) (16.4.2014).
  - 31 Natalie Bayer, Blicke stören und Sichtbarkeit herstellen. Migration ins Narrativ der Stadt einschreiben, in: *Kulturen. Volkskunde in Niedersachsen, Themenausgabe „Grenze“* (2013) H. 2, 52–62, hier 52.
  - 32 <http://www.hall-in-tirol.at/de/stadtmarketing/presstexte/kulturstadt.html> (16.4.2014).
  - 33 <http://www.hall-in-tirol.at/de/stadtmarketing/presstexte/wirtschaftsraum-hall.html> (16.4.2014).
  - 34 Rupnow, *Deprovincializing Contemporary Austrian History*.
  - 35 <http://www.archivdermigration.at/de> (11.5.2014).
  - 36 Lorraine Bluche/Frauke Miera, Partizipatives Sammeln in der Einwanderungsgesellschaft, in: Lorraine Bluche u.a. (Hg.), *Neuzugänge. Museen, Sammlungen und Migration. Eine Laborausstellung*, Bielefeld 2013, 23–38, hier 29.
  - 37 <http://www.hall-in-tirol.at/de/stadtamt/stadtarchiv.html> (2.5.2014).
  - 38 Ebd.
  - 39 Stadtarchiv Hall in Tirol, *Chronik der Stadt Solbad Hall*, ab 1. Okt. 1966 bis 31. Dez. 1970, 1969, 122.
  - 40 Stadtarchiv Hall in Tirol, *Chronik Hall in Tirol*, 1979, 115.
  - 41 Stadtarchiv Hall in Tirol, *Chronik der Stadt Solbad Hall*, ab 1. Okt. 1966 bis 31. Dez. 1970, 1969, 91.
  - 42 Stadtarchiv Hall in Tirol, *Chronik der Stadt Solbad Hall*, ab 1. Okt. 1966 bis 31. Dez. 1970, 1970, 165.
  - 43 Vida Bakondy/Renée Winter, Schweigen und Profitieren. Überlegungen zur Fortwirkung von Strukturen nationalsozialistischer Zwangsarbeit nach 1945, in: Thomas Schmidinger (Hg.), *Vom selben Schlag... Migration und Integration im niederösterreichischen Industrieviertel*, Wiener Neustadt 2008, 57–64, hier 63 f.



- 44 Ebd., 57.
- 45 Astrid Messerschmidt, Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus, in: *Peripherie* 28 (2008) Nr. 109, 42–60, hier 42.
- 46 Stadtarchiv Hall in Tirol, Chronik der Stadt Solbad Hall, ab 1. Okt. 1966 bis 31. Dez. 1970, 1970, 165.
- 47 Stadtarchiv Hall in Tirol, Chronik der Stadt Solbad Hall 1971-1972-1973, 4.7.1973, 138.
- 48 Kien Nghi Ha, Arbeitsmigrationspolitik, 80 (Hervorhebung im Original).
- 49 Haller Lokalanzeiger (1978), H. 7, 2.
- 50 Haller Lokalanzeiger (1960), H. 11, 1.
- 51 Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen, München 2009, 113.
- 52 Haller Lokalanzeiger (1960), H. 49, 2.
- 53 Haller Lokalanzeiger (1966), H. 17, 2.
- 54 Haller Lokalanzeiger (1969), H. 7, 7.
- 55 Haller Lokalanzeiger (1979), H. 46, 2.
- 56 Haller Lokalanzeiger (1978), H. 7, 2.
- 57 Ebd.
- 58 Haller Lokalanzeiger (1980), H. 45, 3.
- 59 Haller Lokalanzeiger (1978), H. 33, 3.
- 60 Haller Lokalanzeiger (1985), H. 19, 3.
- 61 Die Logik des wirtschaftlichen Nutzens kennzeichnet das Migrationsregime der sogenannten Gastarbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre: Ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern wurde der Aufenthalt lediglich solange erlaubt, solange sie gebraucht wurden. Vgl. Jenny Pleinen, *Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2012, 100.
- 62 Vida Bakondy, Bitte um 4 bis 5 türkische Maurer. Eine Analyse von Anwerbeakten der österreichischen Wirtschaftskammer, in: Vida Bakondy u.a. (Initiative Minderheiten) (Hg.), *Viel Glück! Migration Heute*. Wien u.a. 2010, 68–79, hier 77.
- 63 Brief von Herrn K. aus der Türkei an die Tiroler Röhrenwerke in Solbad Hall, 4.12.1972, Archiv der Tiroler Rohre GmbH.
- 64 Hannes Wimmer, *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*, Frankfurt am Main 1986, 7.
- 65 Ulrike Davy/Dilek Çınar, Österreich, in: Ulrike Davy (Hg.), *Die Integration von Einwanderern. Rechtliche Regelungen im europäischen Vergleich (Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Bd. 9.1)*, Wien 2001, 567–708, hier 592.
- 66 Der Befund von Jenny Pleinen für die Bundesrepublik Deutschland kann auch für Österreich angenommen werden. Vgl. Pleinen, *Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik*, 100.
- 67 Interview mit Muharrem Ayanlar, 2.9.2013 (Interviewerin: Veronika Settele).
- 68 Interview mit Wolfgang Reismann, 8.5.2013 (Interviewer: Matthias Breit), Transkript, 1.
- 69 Ebd., 2.
- 70 Ebd., 1.
- 71 Ebd., 1.

# Der Traum von der Melange

## Ein Beitrag zur Geschichte der Rückkehr der jugoslawischen ArbeitsmigrantInnen<sup>1</sup>

Dieser Beitrag versucht anhand unveröffentlichter jugoslawischer Archivadokumente, von Zeitungsartikeln, Sekundärliteratur und Oral-History-Interviews die Migrationspolitik der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) in Bezug auf die Rückkehr jugoslawischer Arbeitsmigranten und -migrantinnen zu beleuchten. Auch wenn es auf den ersten Blick scheint, dass zu ihrer Rückkehr schon viel geschrieben wurde, so ist dem – zumindest was die zurückgewanderten Arbeitskräfte aus Jugoslawien betrifft – nicht so. Bisher haben sich aus der Perspektive der Geschichte nur Ulf Brunnbauer und Sara Bernard ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt. Die Beiträge von Jenni Winterhagen beziehen sich indirekt auf die Rückkehr, da sie sich vor allem mit Investitionen der Ersparnisse von jugoslawischen Arbeitern und Arbeiterinnen in die Wirtschaft Jugoslawiens und mit der Eröffnung der ersten sogenannten „Devisenfabriken“ beschäftigt hat.<sup>2</sup>

Wie andere Sphären der jugoslawischen Gesellschaft wurden auch Migrationen in vielerlei Hinsicht von der regierenden politischen Elite bestimmt. Angesichts der Tatsache, dass die bisherige Thematisierung von Arbeitsmigrationen hauptsächlich vom Standpunkt der sogenannten Aufnahmeländer aus vorgenommen wurde, versucht dieser Beitrag durch einen transnationalen Ansatz die jugoslawische Perspektive und die länderübergreifende Lebenspraxis der Migrierenden einzubeziehen. Das Phänomen der Abwanderung von Jugoslawen zur – aus Sicht des Staates – „vorübergehenden Arbeit“ in westeuropäische Länder, vor allem nach Österreich und in die BRD, nahm vielfach Einfluss sowohl auf die Geschichte Jugoslawiens und seiner Nachfolgestaaten als auch auf die Geschichte der Aufnahmeländer. In Anbetracht des Mangels an Literatur soll diese Arbeit einen historischen Überblick zu den Rückkehrwellen nach Jugoslawien geben und ebenso die Strategien des jugoslawischen Staates für die Integration der Rückkehrenden beleuchten. Die Arbeit versucht Antworten darauf zu finden, welche Integrationsmodalitäten es für die Heimgekehrten gab und welchen Einfluss die politischen Akteure respektive die Regierungspartei, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), auf die Rückkehr hatten. Welche Chancen eröffneten sich für die Ausgewanderten, welche Perspektive und Motive hatten die Rückkehrer? Ebenso soll der Einfluss der Zurückgekehrten auf die Lebensweise in ländlichen Regionen und ihr Verhältnis zur eingewachsenen Dorfbevölkerung untersucht werden. Der erste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit formalen rechtlichen Grundlagen und Strategien des Staates bezüglich der Rückkehr jugoslawischer Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Ausland, während der zweite Teil die migrantische Perspektive fokussiert und sich vor allem auf jene konzentriert, die sich in den letzten Jahren zu einer Rückkehr entschieden haben. Daher finden auch Interviews, die kürzlich im Dorf Donja Livadica in Zentralserbien geführt wurden, Eingang in diese Arbeit.

Anfang der 1960er Jahre begann die verstärkte Beschäftigung jugoslawischer Arbeitskräfte im Ausland. Dabei muss man bedenken, dass Jugoslawien das einzige sozialistische Land war, das sich dazu entschieden hatte, Arbeitskräfte zu entsenden und so laut auszusprechen, dass es im sozialistischen „Paradies“ keine Arbeitsplätze für alle gab. Als erster gesetzgebender Akt, mit dem die Anstellung der Arbeitskräfte im Ausland geregelt wurde, gilt die 1963 erlassene *Verordnung über das Verfahren für die Auslandsbeschäftigung von Arbeitern*.<sup>3</sup> In den folgenden zehn Jahren fanden über eine Million jugoslawische Staatsangehörige eine Anstellung in den westeuropäischen Ländern. Davon waren etwa 80 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich beschäftigt, wo die Menschen aus Jugoslawien die stärkste Gruppe unter den sogenannten „Gastarbeitern“ bildeten. Die SFRJ unterschrieb 1965 auf österreichische Initiative hin das Abkommen über die Anwerbung von Arbeitskräften. Im selben Jahr wurden auch mit Frankreich und Schweden solche Abkommen geschlossen, 1968 dann mit der Bundesrepublik Deutschland.<sup>4</sup>

Am 5. Februar 1973 änderte die jugoslawische Regierung erneut die Richtlinien für die Migrationspolitik, diesmal mit dem Ziel, die allmähliche Rückkehr der Arbeitsmigranten und -migrantinnen und ihre Eingliederung in das jugoslawische Wirtschaftsleben einzuleiten.<sup>5</sup> Diese Richtlinien fanden im *Gesetz über die Rahmenbedingungen für die zeitweilige Beschäftigung und den Schutz der jugoslawischen Arbeiter im Ausland*<sup>6</sup> vom Juni 1973 ihren Ausdruck. Faktisch führte die neue Politik dazu, dass die Anwerbung jugoslawischer Arbeitnehmer gestoppt wurde.

Zur Verabschiedung des Gesetzes hatten vor allem Überlegungen zur inneren Sicherheit und zur Landesverteidigung geführt: Jugoslawien sah sich nach der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei und der inneren Krise 1971/72 von außen wie von innen bedroht. In dieser Situation stellte die jugoslawische Führung fest, dass sich – im übertragenen Sinn – die gesamte dritte Armee der Militärpflichtigen bei der Arbeit im Ausland befand und also im Krisen- oder Kriegsfall ein bedeutender Teil des militärischen Potentials nicht verfügbar sein würde.<sup>7</sup>

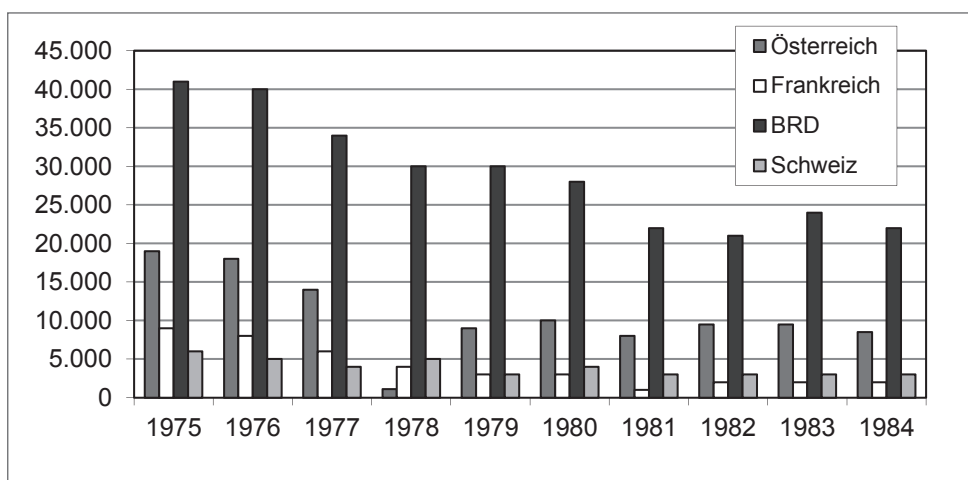
## Die Rückwanderungswellen der jugoslawischen ArbeitsmigrantInnen

Chronologisch betrachtet kann man die Rückkehr der jugoslawischen Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Ausland in mehrere Phasen einteilen. Als erste Phase lassen sich die 1970er Jahre festmachen, als eine große Zahl aufgrund der Unmöglichkeit, im Ausland zu bleiben, zurückkam. Diese Phase ist charakterisiert durch die Suche nach Möglichkeiten, die Rückkehrenden in das wirtschaftliche Leben des Landes zu integrieren, sowie nach Modalitäten, wie man deren Ersparnisse bestmöglich in die Volkswirtschaft einbringen könnte. Die zweite Phase bilden die 1980er Jahre, die sich durch die freiwillige Rückkehr der Arbeitsmigranten und -migrantinnen und die Investition in Kleinunternehmen auszeichnen. Die dritte Phase kann man als Phase der erneuten Emigration bezeichnen. Sie setzte Ende der 1980er Jahre ein, als sich eine große Zahl der Zurückgekehrten dazu entschloss, erneut das Land zu verlassen – anfangs als Folge der wirtschaftlichen Krise, danach wegen der Kriege um das „jugoslawische Erbe“. Seit Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts kann

man dann von der Phase der neuen transkulturellen Rückkehr sprechen, in der die meisten Migrierenden, die bereits eine Altersrente erhielten, versuchen, dauerhaft in ihre Herkunftsorte am Balkan zurückzukehren. All diese Phasen sind bedingt durch persönliche Motive, durch die wirtschaftliche und vor allem auch politische Situation sowohl (Ex-)Jugoslawiens als auch der Aufnahmeländer.

Wie auch die migrierten Arbeitskräfte aus anderen Ländern kehrten die jugoslawischen „Gastarbeiter“ – wie die aufgrund von Anwerbeabkommen zeitlich befristet aufgenommenen ausländischen Arbeitskräfte im deutschsprachigen Raum genannt wurden – gleich nach dem ersten Anwerbestopp in großer Zahl zurück. Das Tempo der Rückkehr verlangsamte sich nach 1978 und pendelte sich bei etwa 40.000 Personen ein, die bis 1986 jährlich nach Jugoslawien zurückkehrten.<sup>8</sup> Doch trotz der deutlich geringeren Abwanderung aus Jugoslawien und der relativ hohen Zahl an Rückkehrern ins Land blieb durch Familienzusammenführungen die Zahl der jugoslawischen Bürger und Bürgerinnen im Ausland auch weiterhin hoch. Auswertungen zufolge war die Zahl der jugoslawischen Arbeitskräfte in den westeuropäischen Ländern Mitte der 1980er Jahre auf knapp 600.000 gefallen, dafür erhöhte sich aber die Zahl der Familienmitglieder auf etwa 400.000, so dass insgesamt immer noch etwa eine Million jugoslawische Staatsangehörige im westeuropäischen Ausland lebten.<sup>9</sup> Laut den Auswertungen des jugoslawischen Bundesbüros für Arbeitsfragen sind bis 1984 526.000 Personen nach Jugoslawien zurückgekehrt, die meisten davon aus der BRD (292.000) und Österreich (107.000). Durch die steigende Inflation und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den späten 1980er Jahren entschied sich eine große Zahl der Rückkehrer dafür, wieder ins Ausland zu gehen.

Abbildung 1: Anzahl der nach Jugoslawien zurückgekehrten ArbeitsmigrantInnen nach Aufenthaltsstaaten 1975–1984



Quelle: Oslobođenje, Devizne milijarde pred bedemom predrasuda, 22.6.1986

Die allgemeine Verringerung der Abwanderung und der Gesamtumfang der Rückkehr sind nicht nur das Resultat von Maßnahmen der Aufnahmeländer. So stieg zum Beispiel die Beschäftigungsquote in Jugoslawien in den 1970er Jahren sehr schnell, jährlich um etwa vier

bis fünf Prozent. Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen waren sehr günstig. Dies führte auch dazu, dass in der Bevölkerung seltener das Bedürfnis zur Abwanderung auftrat. Gleichzeitig förderte dies die Rückkehr von abgewanderten Menschen ins Land.<sup>10</sup>

Bezüglich der Struktur der Gruppe der Zurückgekehrten zeigt die Volkszählung aus dem Jahr 1981 folgende Daten: Die Mehrheit jener, die nach Jugoslawien zurückgekehrt war, stand im Berufsleben (81,7 Prozent), wogegen 10,2 Prozent vom Staat abhängig waren. 76,5 Prozent der wirtschaftlich aktiven Rückkehrer waren im nicht-landwirtschaftlichen Sektor tätig. Der Großteil jener, die vor ihrer Abwanderung in der Landwirtschaft arbeiteten, hatte danach ein Betätigungsfeld außerhalb des Agrarsektors gewählt. So kam es zu einer besonderen Migrationsbewegung der Bevölkerung aus landwirtschaftlich geprägten Wirtschaftszweigen in die Industrie. Etwa 70 Prozent der Zurückgekehrten fanden eine Anstellung in staatlichen Unternehmen.<sup>11</sup>

Laut der Volkszählung aus dem Jahr 1971 hatten die Ausgewanderten zu 55 Prozent eine ländliche Herkunft.<sup>12</sup> Der Großteil der Rückwanderer mit ländlicher Herkunft ließ sich wiederum in ländlichen Gebieten nieder (61,7 %).<sup>13</sup> Der Rest hat einen urbanen Lebensort gewählt. Somit verstärkte die Rückkehrbewegung die Urbanisierung in Jugoslawien, die in den 1950er Jahren verstärkt einsetzte. Dementsprechend ist die Zahl der Bevölkerung in den ruralen Gegenden stark gesunken.<sup>14</sup>

## Die formal-rechtlichen Grundlagen für die Rückkehr jugoslawischer Arbeitskräfte und ihre Integration in die Gesellschaft

Im Laufe der 1970er Jahre wurden viele gesetzliche Regulative beschlossen, in denen die neue Migrationspolitik des jugoslawischen Staates formuliert wurde. Dadurch kam es auch zur Schaffung einer formal-rechtlichen Grundlage für die Rückkehr der abgewanderten jugoslawischen Arbeitskräfte. Dabei zeichnete sich die neue Migrationspolitik vor allem dadurch aus, dass versucht wurde, die besten Wege zur Investition der von ihnen angehäuften Ersparnisse zu finden. So sollte die Konjunktur gestärkt werden und die Rückwanderer gleichzeitig in das gesellschaftliche und wirtschaftliche System integriert werden. Man muss dabei bedenken, dass es sich um ein sozialistisches System der Selbstverwaltung handelte, in dessen Rahmen man Raum für die Eröffnung neuer Fabriken und kleiner Betriebe in Privatbesitz schaffen musste.

Der Begriff der zeitlichen Begrenzung war in der jugoslawischen Migrationspolitik ständig präsent. Jene Arbeitskräfte, die ins Ausland gegangen waren, wurden in der jugoslawischen Presse „Arbeiter zur vorübergehenden Arbeit“ genannt. Daher verwundert es auch nicht, dass die Regierung noch 1972 die Meinung vertrat, es müsse zu einer Rückkehr aller jugoslawischen Arbeitskräfte aus dem Ausland kommen.<sup>15</sup> Die im Februar 1973 beschlossenen neuen Richtlinien der jugoslawischen Integrationspolitik beinhalteten die schrittweise Rückkehr dieser Werkstätigen und ihre stufenweise Eingliederung in das Wirtschaftsleben des Landes. Diese Frage gewann noch mehr an Aktualität, als es Ende 1973 offiziell zum Anwerbestopp von Seiten der westeuropäischen Länder kam. Anfangs war niemandem klar, ob dies nun zu einer massenhaften Remigration der jugoslawischen Arbeitskräfte führen würde. Aber auch ohne Rücksicht darauf musste die neue Politik implementiert

werden, die im *Gesetz über die Rahmenbedingungen für die zeitweilige Beschäftigung und den Schutz der jugoslawischen Arbeiter im Ausland*<sup>16</sup> und im *Gesellschaftsvertrag über die zeitweilige Beschäftigung jugoslawischer Arbeiter im Ausland und die Rückkehr jugoslawischer Bürger von der Arbeit im Ausland*<sup>17</sup> formuliert war. Durch die neuen gesetzlichen Vorschriften wurden alle Verpflichtungen der zuständigen Instanzen (von Gemeinden über Arbeiterorganisation und Institutionen der Republik und des Bundes) für die Schaffung der Bedingungen für die schrittweise Rückkehr und die Eingliederung der Rückwanderer in das wirtschaftliche und soziale Leben Jugoslawiens festgelegt. Um dies möglichst organisiert durchzuführen, erließ der Bundesexekutivrat<sup>18</sup> 1976 das *Maßnahmen- und Aktionsprogramm für die schrittweise Rückkehr der jugoslawischen Arbeiter von der vorübergehenden Beschäftigung im Ausland und ihre Arbeitsbeschäftigung im Land*.<sup>19</sup> Ziel dieses Dokuments war es, die Aktionen aller zuständigen Organe zu koordinieren, gleichzeitig sollte es die Basis für weitere Vorschriften und Bestimmungen der entsprechenden Maßnahmen- und Aktionsprogramme der Republiken und autonomen Provinzen, Gemeinden und Firmen sein.<sup>20</sup> 1980 wurde basierend auf diesem Programm das neue *Gesetz über den Schutz der jugoslawischen Arbeiter bei vorübergehender Beschäftigung im Ausland*<sup>21</sup> erlassen, das die Bedingungen für den Anstieg der Beschäftigung und die Anstellung der remigrierten Bürger und Bürgerinnen schaffte.

Durch diese gesetzlichen Vorschriften wurde eine Assoziierung des Staatskapitals mit den Ersparnissen der Arbeitsmigranten und -migrantinnen ermöglicht. Da in Jugoslawien die Gründung von Aktiengesellschaften nicht erlaubt war – dies war nicht im Einklang mit dem sozialistischen System der Selbstverwaltung des Landes –, mussten andere Modalitäten gefunden werden, um diese Ersparnisse zu nutzen, neue Arbeitsplätze für die Zurückkehrten zu schaffen und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Eine dieser neu geschaffenen Modalitäten entstand aus der Idee, mit Devisenersparnissen Arbeitsplätze zu schaffen. Die Verfassung von 1974 sanktionierte dann auch diesen in die Praxis umgesetzten Leitgedanken, indem sie besagte, dass die finanziellen Mittel der Bürger und Bürgerinnen, auch Devisen, mit dem Ziel der Beschäftigung verwendet werden dürfen.<sup>22</sup> Noch genauer wurde dies dann durch das *Gesetz zur gemeinschaftlichen Arbeit* aus dem Jahr 1976 reguliert.<sup>23</sup> Einige Republiken, wie zum Beispiel Kroatien, gingen noch einen Schritt weiter und garantierten den Arbeitern und Arbeiterinnen im Ausland dieses Recht dezidiert durch ein besonderes Gesetz. Es handelte sich konkret um die Praxis, dass die Arbeitnehmenden Anleihescheine einzelner Firmen zu einem bestimmten Betrag kauften, um damit eine Anstellung für sich zu garantieren.<sup>24</sup> Viele Fabriken bevorzugten diese Art der Finanzierungsbündelung, da sie so schneller und einfacher an erforderliche Devisenmittel kamen, wodurch sie die Einfuhr von Maschinen und die Modernisierung der Produktion sichern konnten.

Den Rückkehrern kam diese Rechtslage entgegen, da viele eine Anstellung im staatlichen Sektor anstrebten. Es gab dabei viele Vorteile: täglich und wöchentlich geregelte Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch, Schutz am Arbeitsplatz und eine Reihe von garantierten Rechten, die durch das Arbeitsverhältnis bedingt waren. Am bedeutendsten war sicher die soziale Sicherheit, die eine Anstellung mit sich brachte: War das Arbeitsverhältnis einmal eingegangen, wurde es fast ausschließlich durch den eigenen Wunsch des Arbeitnehmers wieder beendet. Die persönlichen Einkünfte waren nicht nur garantiert und basierten nicht nur auf der Entlohnung der Arbeit, sondern es gab auch weitere soziale Elemente, die dem Werk-

tätigen zusätzliche monatliche Einkünfte sicherten. Viele hatten die SFRJ ja gerade deshalb verlassen, da sie keine Anstellung im staatlichen Sektor hatten finden können. Die Idee „Mit Devisensparnissen zum Arbeitsplatz“ war unter den Arbeitsmigrantinnen und -migranten daher sehr gut aufgenommen worden.<sup>25</sup>

Im Laufe der 1970er Jahre gab es viele solcher Beispiele des „erkauften Arbeitsplatzes“. Es ist aber unmöglich, die genaue Zahl der Arbeitskräfte aus dem Ausland oder ihrer Familienmitglieder festzustellen, die auf diese Weise eine Anstellung bekommen haben. Die jugoslawische öffentliche Meinung sah diese Praxis des Kaufens von Arbeitsplätzen in jedem Fall mit Empörung, da es oft zu Missbrauch von Seiten der Firmendirektoren kam, die das Geld in die eigene Tasche steckten. Dieses Problem wurde auch im Film *Tesna koža* (deutsch: Enge Haut) thematisiert, der in der SFRJ sehr populär war. Die Hauptfigur, der junge Referent Pantić, angestellt in einer staatlichen Firma, die unter der Leitung des korrupten Direktors Šojić steht, versucht im Dienst aufzusteigen, schafft es aber nicht, da ein Rückkehrer aus dem Ausland den für ihn vorgesehenen Arbeitsplatz kauft.<sup>26</sup>

## Das Kleingewerbe als wichtiges Betätigungsfeld der Remigrierenden

Als zweites wichtiges Element der staatlichen Strategien für die Rückkehr der Arbeitskräfte aus dem Ausland kann das Kleingewerbe festgemacht werden. Im sozialistischen System der Selbstverwaltung galten als Kleingewerbe jene Tätigkeiten, die in selbstständiger persönlicher Arbeit mit eigenen Mitteln der Bürgerinnen und Bürger ausgeführt wurden, sowie alle Formen der Organisation von selbstständiger Arbeit und Eigenmitteln im Arbeitszusammenschluss mit der Tätigkeit anderer etwa in Handwerks- oder anderen Genossenschaften.<sup>27</sup> Mit anderen Worten, kleine Handwerksbetriebe, Lokale und Fabriken sollten die Anstellung von Arbeitskräften ermöglichen und die häufigen Engpässe in der Produktion beseitigen, um die Devisenmittel, die für die Einfuhr von Waren gedacht waren, zu sparen. Die zurückgekehrten Arbeitsmigranten und -migrantinnen sollten angestellt und ihre Ersparnisse gebunden werden und dadurch der Antrieb für den Aufschwung unterentwickelter Wirtschaftsbereiche werden. Alle nötigen Voraussetzungen für die ungestörte Entwicklung der sogenannten persönlichen Arbeit als wichtigem Faktor des Kleingewerbes wurden durch das Erlassen der Verfassung der SFRJ 1974 und der Verfassungen der Republiken und Provinzen wie auch des Gesetzes über die gemeinschaftliche Arbeit<sup>28</sup> geschaffen.<sup>29</sup> Gleichzeitig förderten einige Aufnahmestaaten diesen Wirtschaftszweig, indem sie den jugoslawischen Rückwanderern Anreiz-Kredite gaben, damit in den unterentwickelten Bereichen neue wirtschaftliche Impulse gesetzt werden und neue Arbeitsplätze entstehen. So wurde die Rückkehr der Arbeitskräfte in die Heimaterorte gefördert und ihre Zahl im Aufnahme-land verringert. Neben diesen Maßnahmen haben einige Länder während der 1980er Jahre sogenannte „Rückkehrprämien“ als Anreiz zur „freiwilligen“ Rückkehr der ausländischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gezahlt. Anfangs stiegen die Niederlande in dieses Programm ein, dann sandten auch Frankreich und Deutschland gezielt finanzielle Mittel an Jugoslawien. Gleichzeitig war Jugoslawien Teil des OECD-Programms. In Österreich fehlten solche speziellen Förderprogramme.<sup>30</sup>

Ab 1977 begann der Staat die Eröffnung von Handwerksbetrieben zu fördern. Im Rahmen der Gesetze zum Handwerkerwesen wurde auch das *Gesetz über Vertragsorganisationen der gemeinschaftlichen Arbeit*<sup>31</sup> erlassen. Die „Vertragsorganisationen der gemeinschaftlichen Arbeit“ stellten gewissermaßen die Vorläufer von Aktiengesellschaften auf dem Gebiet der SFRJ dar; den Rückkehrern wurde das Recht eingeräumt, kleine Fabriken zu eröffnen.<sup>32</sup> Dies war gewissermaßen die Antwort des Staates auf die Forderung der gesellschaftlich-politischen Organisationen, man möge die direkte Investition der Ersparnisse von „Gastarbeitern“ ermöglichen.<sup>33</sup> Die Wirtschaftskammern begannen solche Vertragsorganisationen zu unterstützen, deren Gründer aus dem Ausland zurückgekehrt waren. Man war der Ansicht, dass diese Betriebsform bedeutende Möglichkeiten bieten würde, da hier die Zahl der Angestellten nicht begrenzt war.<sup>34</sup> Die erste Vertragsorganisation der gemeinschaftlichen Arbeit wurde in Serbien, im Dorf Klobušnica in der Nähe von Negotin, ins Leben gerufen. Dragoljub Marković, der mit seiner Frau neun Jahre in der BR Deutschland gearbeitet hatte, wollte in die SFRJ zurückkehren. Der ursprüngliche Gedanke der beiden war, zusammen eine Schneiderwerkstätte zu gründen. Aber nach einem Beratungsgespräch mit einem Juristen erkannten sie die Möglichkeit, Finanzmittel zusammenzuführen und eine Textilfabrik zu errichten.<sup>35</sup> In Belgrad gab es 1978 schon acht Vertragsorganisationen, auf dem gesamten Gebiet der SRFJ bis 1981 insgesamt 104.<sup>36</sup>

Viele der jugoslawischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die über die Weihnachtsfeiertage ihre Herkunftsorte besuchten, begannen sich durch Gespräche und Treffen für die Programme in Bezug auf Kleinbetriebe zu interessieren, doch dachten viele dabei an eigenständige Gastgewerbebetriebe oder Werkstätten. Das Handwerk und die Kleinbetriebe stellten eine sehr attraktive Investitionsmöglichkeit für Remigrierende dar, aber diese Möglichkeit wurde nicht maximal ausgenutzt. Durch den Anstieg des Lebensstandards in Jugoslawien konnten sich viele beispielsweise Haushaltsgeräte leisten, die gelegentlich auch jemand reparieren musste, wodurch die Nachfrage nach Handwerkern aller Arten sehr groß war.

„Ich hatte auch eine Werkstatt, bevor ich in die Welt aufgebrochen bin, aber es ging nicht gut. Es gab noch nicht genügend Autos, zu wenige Kunden, die Arbeit eines Meisters wurde nicht so geschätzt und geringer bezahlt. Ich hab als Reifenmechaniker mein Geld verdient und bin wieder zurückgegangen. Aber ich bin noch nicht zufrieden. Ich will, dass auch andere fähige Meister eine Werkstatt haben. Petrovac hat 10.000 Autos, aber keinen einzigen Mechaniker, keinen Lackierer. Die Leute fahren für kleine Reparaturen nach Smederevo.“<sup>37</sup>

Jeder fünfte Rückkehrende kam mit dem Ansuchen nach einer Genehmigung für die Eröffnung eines Cafés oder Restaurants in die Wirtschaftskammer Belgrad. Ihre Zahl war so groß, dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Meinung vorherrschte, sie wären nur in diesem Beschäftigungsfeld tätig.

Die Landwirtschaft war ein besonderer Sektor, für den man die Rückkehr der Arbeitskräfte nachhaltig stimulieren musste. Die staatlichen Organe waren der Ansicht, dass der Großteil der Arbeitsmigranten und -migrantinnen, die ihr Dorf verlassen hatten, gerade in diesen Wirtschaftszweig zurückkehren wollte. Auch wenn einige den Wunsch äußerten, eine Landwirtschaft zu eröffnen, so war doch die Mehrheit gerade deshalb ins Ausland gegangen, um nicht mehr in der Landwirtschaft arbeiten zu müssen. Man war sich bewusst,



wie unsicher die Situation in diesem Wirtschaftssektor, etwa der Absatz der Agrarprodukte, war. Auch die Auszahlung der Löhne verzögerte sich oft. Trotzdem war die Nachfrage der Betriebe nach Maschinen beträchtlich, so dass fast jeder bäuerliche Haushalt in den Dörfern einen Traktor oder Mähdrescher oder sogar beides hatte. Alleine 1976 wurden 31.000 Traktoren und andere Landwirtschaftsmaschinen eingeführt.<sup>38</sup> Auf die Frage, warum er zwei identische Mähdrescher der Firma Volvo habe, antwortete ein ehemaliger Landwirt, dies sei wegen der Ersatzteile, „wenn bei einem eine Schraube kaputt ist, nehme ich sie von der anderen Maschine“.<sup>39</sup> Die Zahl der Landwirtschaftsgeräte war unwirtschaftlich, da nur eine kleine Hektarzahl auf eine Maschine kam. Die jugoslawische Regierung setzte in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre den Grünen Plan in Kraft,<sup>40</sup> der Investitionen in der Landwirtschaft erleichtern und den Rückkehrern eine Beschäftigung in diesem Segment ermöglichen sollte. Trotzdem blieb dieser Wirtschaftszweig unterentwickelt. Außer einigen wenigen Einzelfällen von Investitionen zur Mechanisierung, die aber wegen der fehlenden Arbeitskräfte nicht genutzt wurden, gab es in diesem Bereich keine nennenswerten Investitionen, besonders nicht durch Ersparnisse aus Auslandsarbeit in irgendeiner Form.<sup>41</sup>

Durch die Emigration vieler jugoslawischer Bürger und Bürgerinnen zur „vorübergehenden Arbeit“ ins Ausland kam es in nur wenigen Jahren zu einer verstärkten sozialen Differenzierung der sozialistischen Gesellschaft, in der die gleichen Rechte für alle proklamiert worden waren. Die staatliche Führung hatte nicht mit solchen Folgen gerechnet. Die im Ausland Beschäftigten kehrten in Autos in ihre Dörfer zurück, wo es bis dahin nur Pferdefuhrwerke gegeben hatte, und demonstrierten so den neuen Reichtum. Bald wurden auch prächtige Häuser gebaut, und es kam in vielen Orten gewissermaßen zu einem Wettstreit unter der Dorfbevölkerung. Die Menschen hatten plötzlich Geld und wollten es für all jene materiellen Dinge ausgeben, die für sie bis dahin unerreichbar waren. Doch mit der Zeit wuchsen die Ersparnisse und die finanzielle Zuwendung im Land wurde stärker.

## Die „goldenen Achtziger“

Anfang der 1980er Jahre setzte sich der Trend zur Rückkehr von jugoslawischen Arbeitsmigranten und -migrantinnen fort, auch wenn die Zahl der Zurückgekehrten nur halb so groß war als noch Mitte der 1970er Jahre. Trotz der wirtschaftlichen Krise, die nach dem Tod von Josip Broz in Jugoslawien herrschte, handelte es sich jedoch nunmehr größtenteils um eine freiwillige Rückwanderung. Die Zeit zwischen 1981 und 1990 ist sicher eine der schwierigsten und kritischsten Zeiten für die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen SFRJ. Die Wirtschaft erlebte eigentlich seit 1981 und bis zum Zerfall Jugoslawiens eine zehnjährige Stagnation. Es kam in dieser Periode jährlich zu einem Abfall der Produktivitätsrate um ein Prozent. Die Investitionen sanken und fast jegliche Einfuhr von Kapitalanlagen wurde ausgesetzt. Diese große und in vielerlei Hinsicht schwierige und spezifische wirtschaftliche Krise führte in jenem Jahrzehnt auch zu einer Verringerung der tatsächlichen persönlichen Einkünfte und Ausgaben in der Bevölkerung. Das bereits chronische Problem der Arbeitslosigkeit wurde dadurch verschärft. 1982 vermeldete die jugoslawische Regierung den Staatsbankrott. Es folgte die Rationierung von Strom, Kaffee und Benzin. Trotzdem war eine große Zahl der Arbeitsmigranten und -migrantinnen der Ansicht, dies sei die beste

Zeit für eine Rückkehr. Einerseits hätten sie nun die Ziele erreicht, wegen derer sie emigriert waren; andererseits ermöglichte die Politik der jugoslawischen Regierung den Rückkehrenden, relativ leicht ohne Zoll Produktionsmittel einzuführen und ohne größere Hürden ein Kleingewerbe oder einen Handwerksbetrieb zu eröffnen. Selbständig zu sein war dabei viel attraktiver als in der Fremde einer unselbständigen Arbeit nachzugehen. Gab es dann auch noch die Möglichkeit, einen Job in staatlichen Unternehmen zu bekommen, erschien die Rückkehr als perfekte Option.<sup>42</sup>

„1983 entschied ich mich, aus Wien zurück nach Hause, nach Donja Livadica zu gehen, denn ich hatte schon genug dort. Damals waren sie ja hier [in Jugoslawien] viel fortschrittlicher als wir dort [in Österreich]. Was den Standard betrifft, so waren die 1980er die besten Jahre Jugoslawiens. Es zeigte sich die Möglichkeit für einen Job, ich sollte einen Kollegen im Kino in Velika Plana vertreten.“<sup>43</sup>

Man muss dabei natürlich bedenken, dass die Ausgewanderten die ganze Zeit mit ihrem Herkunftsland verbunden waren. Dies zeigte sich durch regelmäßige Besuche in der Heimat ebenso wie durch Besuche von verschiedenen Konzerten und Tourneen von jugoslawischen Musikschaffenden im Ausland sowie das Hören einheimischer Musik über verschiedene Radiosender.<sup>44</sup>

Durch die massenhafte Rückkehr der Auslandsbeschäftigten begann sich auch das Aussehen der Dörfer genauso wie die wirtschaftliche Ausrichtung ihrer Bewohner zu ändern. Früher war man noch von den Launen des Wetters abhängig, die Landwirtschaft bildete die Lebensgrundlage der Menschen und die Bauern werteten einen etwas größeren Bauch als Zeichen für ausreichende Lebensmittelversorgung und damit Reichtum. Durch die Immigration veränderte sich nun das äußerliche Bild der Dörfer, aber auch das Innenleben ihrer Bewohner und Bewohnerinnen. Land- und Viehwirtschaft waren nicht mehr die Hauptwirtschaftszweige, von denen die meisten Familien lebten. Die Dörfer bekamen Fabriken, Molkereien und Silos.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen kehrten aus dem Ausland zu ihren bereits erwachsenen Kindern, Familien und gealterten Eltern zurück. Gerade sie begannen, ihre Ersparnisse in die Eröffnung von Produktionsstätten bzw. Firmen zu investieren. Das war, wie bereits erwähnt wurde, ein Spezifikum im sozialistischen Jugoslawien. Nicht nur die Rückkehrenden fanden in diesen kleinen Fabriken eine Beschäftigung, sondern auch die eingesessene Dorfbevölkerung, meist ihre Verwandten. Anfangs wurden die Unternehmen als sogenannte Devisenfabriken gegründet. Sie gehörten seit Anfang der 1970er Jahre zum wirtschaftlichen System. Die erste Devisenfabrik wurde im Dorf Aržano im Bezirk Imotski gegründet.<sup>45</sup> Remigrierte Arbeiter und Arbeiterinnen führten einfach ihre Mittel zusammen und bauten damit die Strickwarenfabrik Pionirka auf. Etwa 20 solcher Devisenfabriken wurden in ganz Jugoslawien eröffnet. Im Verständnis des selbstverwalteten jugoslawischen Sozialismus war die Arbeiterschaft im Besitz der Unternehmen. Dementsprechend konnte sie, noch bevor die entsprechenden Gesetze verabschiedet worden waren, in den neuen Fabriken ihr Geld investieren. Allerdings war die öffentliche Meinung überwiegend streng dagegen, weil die Heimgekehrten auf diese Art und Weise Arbeitsplätze für ihre eigenen Verwandten sicherten. Deswegen wurde nach einiger Zeit diese Art von Investitionen vom Staat nicht mehr gefördert und neue Modalitäten eingeführt.

Die Rückwanderung aus dem Ausland änderte die gesellschaftlichen Verhältnisse im ländlichen Jugoslawien wesentlich. Auf viele hatte das Leben in der Stadt Einfluss genommen. Die Wahrnehmung von Raum und Zeit hatte sich grundlegend verändert, wodurch es zu einer Urbanisierung der Lebensweise kam. Das Leben im Dorf war nicht mehr zwingend an die Landwirtschaft gebunden. In den Dörfern der Rückwanderer waren viele westeuropäische Autos zu sehen. Schon allein dadurch erhöhte sich die Mobilität, ließen sich räumliche Distanzen schneller überwinden. Die Fahrt ins Nachbardorf oder in die nächstgelegene Stadt wurde nun nicht mehr in Stunden, sondern in Minuten gemessen, wodurch auch eine Anstellung in nichtlandwirtschaftlichen Berufen eher möglich wurde. Durch die Initiative der Rückkehrenden kam es gerade in den 1980er Jahren bei den Kleingewerbebetrieben zu einer wahren Gründungswelle. Durch die Einfuhr von Maschinen, den allgemeinen Modernisierungsschub, den Wunsch nach Konsum und urbaner Lebensart gab es bald in jedem Dorf ein Geschäft, das einem Neuankömmling gehörte. So schrieb ein Heimkehrer aus dem Dorf Dobrinje an die Gemeinde Petrovac:

„Mein Leben lang wollte ich ein Händler mit einem kleinen Laden sein. Es gibt keinen Laden in unserem Dorf, auch nicht drei Dörfer weiter. Ich habe Geld, und will es in einen schönen Betrieb investieren, daher möchte ich in diesem Betrieb Händler sein, geht das, liebe Genossen? Ich glaube, ich verlange nichts Großes und Unmögliches.“<sup>46</sup>

Gleichzeitig wurden auch kleine Handwerkstätten oder Betriebe zur Reparatur verschiedener Haushaltsgeräte und Autos eröffnet. So wurden Elektro-Service-Werkstätten, Reifen- und Automechaniker ein Teil des dörflichen Alltags, sodass die ländliche Bevölkerung für kleine Reparaturen nicht mehr kilometerweit fahren musste.

Durch die Veränderung des Freizeitverhaltens und des Heranwachsens einer neuen jungen Generation, die nach neuen Unterhaltungsmöglichkeiten abseits von Dorffesten und -tänzen verlangten, kam es Anfang der 1980er Jahre in ländlichen Gegenden zur Eröffnung vieler Lokale wie Kneipen, Cafés und auch Diskotheken. Zum Teil versuchte man dabei, innerhalb der Dörfer ganze ‚Städte‘ aufzubauen, wie dies zum Beispiel beim Unterhaltungszentrum der Familie Tomsic im Dorf Zimonic der Fall war. Neben dem Motel, das etwa 20 Zimmer, ein Restaurant und eine Diskothek umfasste, wurden auch Räumlichkeiten für Geschäfte, einen Fleischer und eine Autowaschanlage sowie Zufahrtsstraßen gebaut. Außerdem sollte auf dem Areal noch eine kleine Fabrik entstehen. Nach den Worten des Besitzers war das Motiv für den Aufbau dieses Baukomplexes die Sicherung von Arbeitsplätzen.<sup>47</sup> Viele der Zurückgekehrten eröffneten Cafés und Restaurants. Oft führten sie die Gaststätten nicht im eigenen Namen, da ihnen die dafür erforderliche Ausbildung fehlte. Sie halfen sich mit sogenannten Konzessionen, wobei das Lokal fiktiv von einer anderen Person geführt wurde.

Das Dorfleben begann sich also zu verändern. Einerseits passierte dies durch den Einfluss der Rückkehrenden, andererseits auch durch die Veränderungen im Freizeitverhalten und die liberalere Einstellung den eigenen Kindern gegenüber. Den Worten der Rückkehrer nach waren die 1980er Jahre „goldene Jahre“. Man konnte nun im eigenen Land all das erleben, was in der Fremde nicht möglich gewesen war, wie zum Beispiel eine Flugreise. Außerdem war das Gefühl des persönlichen Erfolges immer vorhanden. Die Rückwanderer berichten von der Befriedigung des Bedürfnisses nach Zugehörigkeit<sup>48</sup>, die im Emigrationsland nicht erreicht oder zumindest nicht so wahrgenommen wurde.<sup>49</sup>

Doch die Remigrierten sahen nach den ersten Jahren des Aufschwungs, dass die wirtschaftliche Krise andauerte. Gerade die Hyperinflation, die das Leben in Jugoslawien ab 1987 ständig begleitete, war hier entscheidend. Ein Großteil der Arbeitnehmer und -nehmerinnen im staatlichen Sektor konnte vom eigenen Lohn nicht mehr leben:

„Anstatt mehr zu verdienen, wurde mein Gehalt immer geringer. Der Tagessatz, die warme Mahlzeit wurde eingestellt. Ich kann mit einem armseligen Gehalt nicht einmal mich selbst erhalten. Daher kam schnell – zurück nach Wien“.<sup>50</sup>

Seit dem Ende der 1980er Jahre kann man dann von einer Re-Emigration sprechen, die in den meisten Fällen gezwungenermaßen erfolgte. Gerade durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kehrten viele, die konnten, wieder in jenes Land zurück, in das sie einst auswanderten. Auch wenn sich die wirtschaftliche Situation im Laufe der 1990er Jahre wieder verbesserte, so verursachten die Kriege um das „jugoslawische Erbe“ eine weitere Welle der zwangsweisen Re-Emigration. Diesmal verließen die vormalig Zurückgekehrten die Dörfer in Richtung Ausland, um das eigene Leben zu retten. Die Zahl der Ausgewanderten kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, sodass Schätzungen spekulativ bleiben.

## Ein Fremder hier, ein Fremder da

Wenn die Gründe für eine Verlängerung des Auslandsaufenthalts wegfallen (Schulbesuch der Kinder, Hausbau, Autokauf, Pension), ist für viele Arbeitsmigranten und -migrantinnen die Rückkehr ins heimatliche Dorf nach der Pensionierung der natürliche Endpunkt des Migrationsprozesses. In den meisten Fällen blieben jedoch ihre Kinder im Ausland. Auch wenn scheinbar alle Voraussetzungen für eine geglückte Heimkehr bestehen, sieht die Realität meist anders aus und eine gesplittene Identität kommt zum Vorschein.

Die Gründe für eine Rückkehr waren nicht nur das in Häuser und Infrastruktur investierte Geld, sondern es gab auch emotionale Motive. Dafür spricht auch, dass viele im Ausland Beschäftigten wollen, dass sie im Geburtsort begraben werden. In Zentralserbien sind so „Gastarbeiter-Friedhöfe“ entstanden. Ein Großteil begann schon zu Lebzeiten, Gräber zu bauen, in denen sie später beigesetzt werden sollten. Manche davon haben Dimensionen eines kleinen Häuschens und sind mit verschiedensten Ornamenten verziert.<sup>51</sup> Für Migrierende stellt die Rückkehr zur heimatlichen Erde, im wahrsten Sinne des Wortes, den Schlusspunkt des Migrationsprozesses dar.<sup>52</sup> Zunächst steht aber das Anliegen im Vordergrund, die Lebensphase nach der Pensionierung gut zu verbringen. So sagte ein Rückkehrer, er wollte weg aus der Stadt, aus dem Lärm. Er wollte sein Haus und seinen Garten, ohne Nachbarn über und unter ihm. Er träumte davon, den Garten zu pflegen und seine Freizeit mit Freunden und Nachbarn zu verbringen. Daher wollte er auch keine Wohnung in der Stadt kaufen. Der Wunsch nach einer Rückkehr war so stark, dass er sogar das Angebot einer Sozialbauwohnung in Wien ablehnte, da er hier nicht mehr bleiben wollte.<sup>53</sup> Die Realität in Serbien war aber nach ein paar Monaten eine andere: So sehr er sich auch bemühte, er konnte sich in der neuen dörflichen Gesellschaft nicht zurechtfinden. Die Umgebung und die Menschen hatten sich verändert. Durch die Transition und die wirtschaftliche Krise

kam es zu einer Verarmung der ländlichen Regionen und auch der Kleinstädte in Serbien. Man schaute mit einer großen Portion Eifersucht auf die Zurückgekehrten. Wieder wurden diese – wie im Aufnahmestaat nach der Emigration – von der Gesellschaft, in der sie sich befanden, diskriminiert. In beiden Fällen kann man die Herkunft als Grund ausmachen. Sie fingen an, sich in ihrem Heimatland als Fremde zu fühlen:

„Wir sind Fremde, die aus dem Ausland zurückgekehrten Pensionisten, so sehr sich die Umgebung auch bemüht, freundlich zu sein, es wird immer mit einem Grinsen, mit Ironie gesprochen. Wenn sie sehen, dass du gefallen bist, strecken sie dir nicht die Hand hin, damit du aufstehen kannst. ‚Er besitzt ja genug, soll er zahlen, was macht euch das aus, ihr habt verdient.‘ Am Anfang konnten wir das nicht bemerken, aber mit der Zeit haben wir es verstanden.“<sup>54</sup>

Die Eifersucht war ständig präsent. Seit ihrer Abwanderung wurden die Arbeitsmigranten und -migrantinnen „Jugo-Svabe“ genannt und bis heute herrscht das Bild vor, sie hätten viel Geld. Allerdings haben die Betroffenen selbst auch zu diesem Stereotyp beigetragen, indem sie oft mit teuren Autos zu Besuch kamen und große Häuser bauten. Viele der Rückgewanderten spürten nun eine stärkere soziale Isolation als im Ausland:

„Wir mussten uns zurückziehen, du hast keine Gesellschaft hier, keine Freunde, um mit ihnen zu scherzen, um zu lachen, um auszugehen. Ich gehe zu einer Nachbarin, und sie sagt mir: ‚Ha, du hast es leicht, du bist eine dicke Pensionistin, und was soll ich mit meiner kleinen Pension.‘ Wir sind gekommen, um zu reden, um zu lachen, was macht es da aus, wer wie viel verdient. Ich habe gesehen, dass mir das immer vorgeworfen wird, egal wann ich hingehge, und da habe ich mich zurückgezogen. Ich fühle mich nicht gut. Ich darf nicht klagen, nicht sagen [...], dass auch mir was fehlt, denn für mich ist es ‚leicht‘. Wir haben hier genug Ausgaben. Wir haben keine Hühner, keine Kühe, keine Felder. Und außerdem haben wir eine Tochter, die wir unterstützen.“<sup>55</sup>

Die Rückkehr ins Dorf bedeutete nicht unbedingt eine Veränderung in der Lebensweise. Auch wenn viele eigene Felder besaßen, passten Landwirtschaft und Viehzucht nicht mehr zu ihrem Lebensentwurf. Viele von ihnen waren ja gerade deswegen als „Gastarbeiter“ ausgewandert, um der Feldarbeit zu entgehen. Bei der Rückkehr ins Dorf wurden sie nun mit vielen Problemen konfrontiert, derer sie sich davor nicht bewusst waren. Eines davon war die Unsicherheit, an die sie nicht gewöhnt waren.

„Das Volk hat kein Geld. Du bist ein Span im Auge. Ein alter Mann im Dorf wurde ausgeraubt. Wir leben jetzt in Angst, und ich überlege, Kameras zu installieren. Das passiert oft, sie verfolgen Leute, die eine Devisen-Pension haben. Diese Unsicherheit kennen wir in Wien nicht. Wir sind es nicht gewohnt, so zu leben. Hier ist unser Leben in Gefahr und niemand beschützt dich.“<sup>56</sup>

Das Misstrauen in das System und die Institutionen ist bei den Remigrierten allgegenwärtig. Bereits bei den Ansuchen an der Gemeinde um einfachste Papiere tauchen Probleme auf.

Die Zurückgekehrten schildern das Gefühl, dass das Recht des Stärkeren vorherrscht und sie dabei machtlos sind. Diese Wahrnehmung beruht vermutlich auch darauf, dass die bürokratischen Systeme von Land zu Land verschieden sind. Die größte Unsicherheit herrscht bezüglich des Gesundheitssystems. Viele der Rückwanderer sind bereits im dritten Lebensabschnitt und brauchen oft gesundheitliche Hilfe. Auch wenn viele von ihnen über eine Krankenversicherung verfügen, die sie durch verschiedene Umstände bekommen haben, fahren sie zur Behandlung meist ins Emigrationsland zurück:

„Ich habe Angst, wenn ich hier zum Arzt gehe. Irgendeine Behandlung, ich misstrauere ihnen hier, und allem, was sie dir geben. Überall irgendwelche Nadeln, Gott bewahre. Die Kinder weinen und haben Angst.“<sup>57</sup>

Die Veränderungen in der Identität der Migranten und Migrantinnen und die Tatsache, dass sie mental nicht mehr Teil jener Gesellschaft sind, aus der sie einmal ausgewandert waren, sieht man vor allem auch bei den Essgewohnheiten. Lebensmittel, Speisen, Speisenfolge und allgemein die Ernährung stellen eine Repräsentation, ein Bild eines bestimmten Landes oder eines Menschen dar. Gerade durch das Essen versuchen wir Teil eines gewissen geografischen Raumes zu werden, den wir uns vorstellen, den wir dechiffrieren und erleben.<sup>58</sup> Unsere Repräsentationswelt entsteht nie von alleine. Wir geben ihr Sinn, durch Sprache, Symbole, Bilder, die oft erdachte Bilder, aber auch Relikte einer vergangenen Zeit sind. Solche Repräsentationen werden besonders in Zeiten schneller Veränderungen, in Umbruchphasen oder Krisensituationen sichtbar.<sup>59</sup> Im Leben der jugoslawischen Arbeitsmigranten und -migrantinnen stellte gerade die Rückkehr in die ‚alte‘ Heimat solch einen Umbruch dar. Dann zeigen sich bei der Betrachtung der neuen Umgebung neue Repräsentationen des Landes oder der Stadt, wohin man einst emigrierte und wo man auch den größten Teil seines Lebens verbracht hat. Diese Repräsentationen zeigen sich dann in erster Linie durch das Essen, was auf einen Identitätswechsel deutet. Psychologisch betrachtet stellt das Essen eine Verbindung mit einem bestimmten geografischen Raum dar.<sup>60</sup>

Während die „Gastarbeiter“ früher das Auto mit Lebensmitteln aus dem Herkunftsland gefüllt hatten, war die Situation nun umgekehrt.<sup>61</sup> Viele vermischen nun das Nahrungsmittelangebot der österreichischen Supermärkte.

„Wir können uns nicht an das Essen gewöhnen. Uns stört der Geschmack, vor allem der Feinkost. Sie haben keinen Geschmack. Es ist nicht kontrolliert, unsicher. Wir Fremden sagen einander, wenn es eine Salami gibt. Wir haben eine Wiener Salami entdeckt. Für sie wartet man in der Schlange. In Roda gibt es einen älteren Mann, der früher mal in Österreich oder Deutschland gearbeitet hat, der schneidet die Salami und er schneidet sie gut. Wenn sie uns woanders 200 Gramm aufschneiden, bekommen wir nur zehn Scheiben dafür.“<sup>62</sup>

In Regionen, wo die Zahl der Rückgewanderten relativ hoch ist, führen Supermärkte in größeren Städten interessanterweise österreichische Produkte. Man kann dort zum Beispiel österreichische Würste kaufen (Cabanossi, Burenwurst, Käsekrainer, Berner Würstel), die sonst nicht Teil des Standardsortiments serbischer Supermärkte sind.<sup>63</sup>

Auch wenn die Dörfer einige wichtige infrastrukturelle Einrichtungen aufweisen, wie zum Beispiel Wasserversorgungsanlagen, Kanalisation, Arztpraxen, Kultureinrichtungen, Folklorevereine oder auch Jagdhäuser, war der Unterschied zum vormaligen Leben in oft städtischen Regionen der Aufnahmestaaten doch gewaltig.

„Mir fehlt die Stadt, dieses Dorf ist doch nur Provinz. Hier sieht man alles [im Sinne einer gegenseitigen sozialen Kontrolle]. Mir fehlt die Disziplin, die Sauberkeit. Mich stört der Müll auf der Straße. Man kann Wien nicht mit Belgrad vergleichen, und Wien mit Livadica schon gar nicht. Das dort ist eine Kaiserstadt, dort gibt es alles. Und von den Hotels, Museen, Parks, dem Zoo wollen wir gar nicht reden. Mir fehlt das Rathaus, mir fehlt das Parlament. Ich habe angefangen zu träumen. Wenn du über die Mariahilfer Straße, den Graben, die Kärntner Straße gehst, und die ganzen Cafés, und wenn du willst, dann setzt du dich einfach hin, wo soll ich hier hin. Jetzt kommt das, ich brauche es, es fehlt mir. Sie und ich können in den Prater gehen, aber nicht nur das. Der Währinger Park bei uns, das sind schöne Parks, bis zur Perfektion gepflegt.“<sup>64</sup>

Die in ihre ‚Heimat‘ zurückgekehrten Migranten und Migrantinnen fühlen sich wegen des sozialen Drucks ihrer dörflichen Umgebung den eigenen Worten nach nicht frei. Und gerade der individuelle Freiheitsgewinn war es, den ihnen das Leben in der Stadt geboten hatte und auf den sie nun schwer verzichten können, wenn sie ein Teil der dörflichen Gesellschaft werden wollen. Folglich sitzt die Mehrheit der Rückgewanderten noch immer zwischen zwei Stühlen. Jene aus dem erwähnten Dorf Donja Livadica überwintern im Migrationsland, also Österreich, und kehren für den Sommer in ihr Heimatdorf zurück. So befriedigt man das Bedürfnis nach beiden Lebensarten. Dabei stellt sich die Frage, wie viel sich wirklich im Leben der Rückkehrer verändert hat. Die durchgeführten Interviews offenbaren Merkmale der Transkulturalität und zwangsläufigen Transmigration. Die Remigranten und Remigrantinnen sind sowohl Teil der einen Kultur, deren kulturelle Matrix sie in der Zeit der Sozialisation kennengelernt haben, als auch Teil der anderen Kultur, an deren Matrix sie sich später gewöhnt und die sie angenommen haben. In diesem Kontext muss man auch von Transmigration sprechen. Diese Lebensweise war und bleibt charakteristisch für jugoslawische Arbeitsmigranten und -migrantinnen in Österreich. Da es sich hier um relativ leicht zu überbrückende Distanzen handelt, konnten die jugoslawischen „Gastarbeiter“ oft nach Hause fahren. Diese Aufenthalte waren nie länger als einige Wochen, daher konnten und wollten sie sich auch nicht ein realistisches Bild von der Situation nach der Rückkehr machen. In der Vorstellung von der Rückkehr idealisierte man den Heimatort, den man darüber hinaus während des Urlaubs besuchte, wodurch die Verklärung begünstigt wurde. Auch nach einer Rückkehr verbringen die meisten längere Zeitspannen sowohl im Herkunftsland als auch im ehemaligen Aufnahmeland. Keiner meiner Interviewpartner und -partnerinnen hat die Wohnung und den Aufenthaltsort im Migrationsland abgemeldet.<sup>65</sup> Sie sind durch Kinder und Enkelkinder, die weiterhin im Ausland leben, an die neue Heimat gebunden. Diejenigen, die ihre Kinder bei den Großeltern im Heimatdorf gelassen haben, versuchen jetzt ihre Enkelkinder ins Ausland zu bringen, um ihnen bessere Lebensmöglichkeiten zu bieten.

# Konklusion

Das Thema der Rückwanderung von Arbeitsmigranten und -migrantinnen stellt – gerade wenn es um die Rückkehr in das ehemalige Jugoslawien geht – eine Forschungslücke dar. Man sprach im Laufe der 1970er und 1980er Jahre in der jugoslawischen soziologischen und politischen Literatur oft über den wirtschaftlichen Aspekt der Investitionen von Ersparnissen der „Gastarbeiter“ aus Jugoslawien und nur in diesem Kontext über die Rückwanderung aus dem Ausland. Die 1990er Jahre brachten dann eine neue Migrationswelle, die vor allem durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien bedingt war. Dieser kurze Überblick zur aktuell begonnenen Forschung zeigt, dass die staatlichen Stellen Jugoslawiens versuchten, formal-rechtliche Rahmenbedingungen für die Rückkehr der Arbeitsmigranten und -migrantinnen zu schaffen bzw. im sozialistischen Verwaltungssystem die Bedingungen für den Aufschwung einiger Wirtschaftszweige zu schaffen. Allerdings wurde diese Richtung nicht weit verfolgt, da vor allem die staatliche Nomenklatur nicht daran interessiert war, aber auch die Rückwanderer selbst eher die Gründung kleinerer Läden als größerer Produktionsstätten anstrebten. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, dass der Großteil weder unternehmerischen Geist noch die entsprechende Ausbildung hatte. Die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien haben keine klare Politik bezüglich der Rückkehr. Im Moment kommen vor allem jene zurück, die bereits im Pensionsalter sind und die sich nun an einen ganz anderen Lebensstil zu gewöhnen versuchen. Wie die Forschung am Beispiel des Dorfes Donja Livadica gezeigt hat, sind die Rückkehrenden mit vielen Problemen konfrontiert, die die Integration in die neue Umgebung erschweren. Sie führen auf Grund einer besonderen Form der Diskriminierung, der angelernten neuen kulturellen Muster und der familiären Beziehungen auch weiterhin ein transterritoriales Leben, genauso wie auch zu Zeiten ihres Aufbruchs zur „vorübergehenden Arbeit“, mit dem Unterschied, dass ihnen die Pension nun längere Aufenthalte in dem einen oder dem andern Land ermöglicht.

# Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Aufsatz entstand als Teil des FWF-Projekts P 24468-G18 „Deprovincializing Contemporary Austrian History. Migration und die transnationalen Herausforderungen an nationale Historiographien (ca. 1960–heute)“, das am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck angesiedelt ist (11/2012-10/2015) und von Dirk Rupnow geleitet wird.
- 2 Sara Bernard, *Developing the Yugoslav Gastarbeiter Reintegration Policy. Political and Economic Aspects (1969–1974)* (Center for Southeast European Studies, Working paper, Nr. 5), 2012, [http://www.academia.edu/4214304/Developing\\_the\\_Yugoslav\\_Gastarbeiter\\_Reintegration\\_Policy\\_Political\\_and\\_Economic\\_Aspects\\_1969-1974\\_](http://www.academia.edu/4214304/Developing_the_Yugoslav_Gastarbeiter_Reintegration_Policy_Political_and_Economic_Aspects_1969-1974_) oder <http://www.suedosteuropa.uni-graz.at/sites/default/files/publications/0.%20WP5%20Bernard.pdf> (2.7.2014); Ulf Brunnbauer, *Labour Emigration from the Yugoslav Area from the late 19th Century until the End of Socialism: Continuities and Changes*, in: Ders. (Hg.), *Transnational Societies, Transterritorial Politics. Migrations in the (Post-)Yugoslav Region, 19th-21st Century* (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 141), München 2009, 17–50; Jenni Winterhagen, *Vom ‚Gastarbeiter‘ zum ‚transnationalen‘ Modernisierer. Die Verwaltung vom Remittances am Beispiel des ehemaligen Jugoslawien* (unveröffentlichte Dipl. Arb., Freie Universität Berlin 2006); Jenni Winterhagen, *Die Pioniere von Imotski. Die Verwendung von Remittances am Beispiel Jugoslawiens*, in: Ulf Brunnbauer/Karolina Novinščak/Christian Voß (Hg.): *Gesellschaften in Bewegungen. Emigration aus und Immigration nach Südosteuropa in Vergangenheit und Gegenwart* (Südosteuropa-Jahrbuch, Bd. 38), München 2011, 61–92.



- 3 Upustvo o postupanju pri zapošljavanju radnika u inostranstvu. Zur jugoslawischen Migrationspolitik siehe: Vladimir Ivanovic, Mehr Wagen als Kühe – Jugoslawische Migrationspolitik bezüglich der Abwanderung auf vorübergehende Arbeit ins Ausland, in: Jörn Nuber/Angelika Welebil (Hg.), Gastarbeit. Gehen – Bleiben – Zurückkehren. Positionen zur Arbeitsmigration im Raum Ex-Jugoslawien (Im Prisma, Bd. 3), Wien 2012, 17–51.
- 4 Vladimir Ivanovic, Die Beschäftigung jugoslawischer Arbeitskräfte in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren, in: Dirk Rupnow/Ingrid Böhrer (Hg.), Arbeitsmigration in Österreich – Historische Perspektiven und methodische Herausforderungen (Zeitgeschichte 1/2013), Innsbruck 2013, 35–48.
- 5 Arhiv Jugoslavije (Archiv Jugoslawiens, AJ) Fond -803- fascikla-11, Zajednička sednica Predsedništva SFRJ i SKJ [Gemeinsame Sitzung des Vorstandes der SFRJ und SKJ], 5.3.1973.
- 6 Zakon o osnovnim uslovima za privremeno zapošljavanje i zaštiti jugoslovenskih gradana na radu u inostranstvu.
- 7 AJ-803-390, Vojni obveznici na radu u inostranstvu, decembar 1972 [Wehrpflichtige bei Arbeit im Ausland, Dezember 1972].
- 8 Povratak jugoslovenskih gradana s privremenog rada u inostranstvu [Die Rückkehr der jugoslawischen Bürger von der vorübergehenden Arbeit im Ausland], in: Jugoslovenski pregled [Jugoslawische Rundschau] 1986, Nr. 11, 535–540, hier 535.
- 9 Tripartitni sastanak o reintegraciji druge generacije migranata u slučajevima dobrovoljnog povratka: Beograd, 17–19 oktobra 1984, Bilten Savezni biro za poslove zapošljavanja, br. 72, Beograd 1972, 116.
- 10 Povratak jugoslovenskih gradana s privremenog rada u inostranstvu, in: Jugoslovenski pregled 1986, Nr. 11, 538; vgl. Marie-Janin Calic, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010; Holm Sundhussen, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, Wien 2012.
- 11 Savezni zavod za statistiku, Popis stanovništva, domaćinstva i stanova 1981 [Bundesanstalt für Statistik, Zählung der Bevölkerung, Haushalte und Wohnungen 1981], Beograd 1983.
- 12 Ivo Baučić, Radnici u inozemstvu prema popisu stanovništva Jugoslavije 1971 [Jugoslawische Arbeitskräfte im Ausland laut Volkszählung 1971], Zagreb 1973, 69.
- 13 Savezni zavod za statistiku, Popis stanovništva, domaćinstva i stanova 1981 [Bundesanstalt für Statistik, Zählung der Bevölkerung, Haushalte und Wohnungen 1981], Beograd 1983.
- 14 Vgl. Ivana Dobrivojević, Selo i grad: transformacija agrarnog društva Srbije 1945–1955 [Dorf und Stadt: Transformation der Agrargesellschaft Serbiens 1945–1955], Beograd 2013.
- 15 Noch immer kann man für Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die in den westeuropäischen Ländern leben, in den Medien das Stigma des „Gastarbeiters“ feststellen. Bei jenen MigrantInnen, die in außereuropäische Länder gegangen sind, wird meist der Begriff Diaspora benutzt.
- 16 Zakon o osnovnim uslovima za privremeno zapošljavanje i zaštiti jugoslovenskih gradjana na radu u inostranstvu.
- 17 Društveni dogovor o privremenom zapošljavanju jugoslovenskih gradana u inostranstvu i vraćanja jugoslovenskih gradana iz inostranstva.
- 18 Der Bundesexekutivrat stellt die Regierung der SFRJ dar.
- 19 Program mera i akcija za postepeno vraćanje jugoslovenskih radnika s privremenog rada u inostranstvu i njihovo radno angažovanje u zemlji.
- 20 Zaključci o ostvarivanju politke povratka radnika sa privremenog rada u inostranstvu [Beschlüsse zur Durchführung der Politik betreffend der Rückkehr von Arbeitern von der vorübergehenden Arbeit im Ausland], in: Borba [Der Kampf] vom 24.5.1976.
- 21 Zakon o zaštiti jugoslovenskih gradana na radu u inostranstvu.
- 22 Ustav SFRJ [Verfassung SFRJ], Službeni list [Amtsblatt] SFRJ 9/74, XXX, Beograd 1974.
- 23 Zakon o udurženom radu [Gesetz zur gemeinschaftlichen Arbeit], Službeni list [Amtsblatt] SFRJ 23/76, Beograd 1976.
- 24 Boško Tadić, Spoljna migracija radne snage Jugoslavije sa osvrtom na transfer deviznih doznaka i njihovo korišćenje [Außenmigration von Arbeitskräften Jugoslawiens mit Blick auf den Transfer von Devisenzuschüssen und ihre Verwendung], juristische Dissertation Universität Belgrad 1983.
- 25 Od privatnog do društvenog [Vom Privaten zum Gesellschaftlichen], Ekonomska politika [Wirtschaftspolitik] vom 24.10.1977.
- 26 Tesna koža, Regie: Mića Milošević, 1982.
- 27 M. Milović/P. Vukelić/Lj. Smiljanić, Kako da otvorim i vodim samostalnu zanatsku radnju [Wie eröffne und leite ich einen selbstständigen Handwerksbetrieb], Mala privreda [Kleingewerbe], Beograd 1978.

- 28 Zakon o udruženom radu.
- 29 AJ-142/II-703, Aktivnost SFRJ na prikupljanju i proizvodnom ulaganju deviznih ušteta radnika migranata [Die Aktivität der SFRJ bei der Sammlung und Produktivitätsinvestition der Devisenersparnisse von Arbeitsmigranten].
- 30 AJ-142/II-770, Izveštaj o radu Fond aza finansiranje povećanja zaposlenosti u privredno nedovoljno razvijenim i izrazito emigracionim područjima SFRJ [Bericht über die Arbeit am Fonds für die Finanzierung der Erhöhung der Beschäftigung in wirtschaftlich unterentwickelten und besonderen Auswanderungsgebieten der SFRJ], 25.11.1981.
- 31 Zakon o ugovornim organizacijama udruženog rada (UOUR).
- 32 Milena Davidović-Primorac, O povratku naših radnika iz inostranstva [Zur Rückkehr unserer Arbeiter aus dem Ausland], in: Sociološki pregled [Soziologische Rundschau] 16 (1982) H. 1–2, 5–45.
- 33 Zur Investition der jugoslawischen Migranten in die jugoslawische Wirtschaft siehe: Vladimir Ivanović, Durch Ersparnisse zum Arbeitsplatz. Investitionen der Gastarbeiter in die Wirtschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, in: Vida Bakondy u.a. (Hg.), Viel Glück! Migration Heute. Wien, Belgrad, Zagreb und Istanbul, Wien 2010, 90–101.
- 34 Zakon o ugovornim organizacijama udruženog rada [Gesetz über Vertragsorganisationen der gemeinschaftlichen Arbeit], Službeni list [Amtsblatt] SFRJ 19/77, Beograd 1977.
- 35 Fabrika od ušteđevine [Fabriken von Ersparnissen], in: Politika [Politik] vom 23.5.1977; Uštedeli za fabriku [Sie haben für die Fabrik gespart], in: Ilustrovana politika [Illustrierte Politik] vom 13.9.1977.
- 36 Davidović-Primorac, O povratku naših radnika iz inostranstva, 8.
- 37 Ne možemo svi u kafedžije [Wir können nicht alle Lokalbesitzer werden], in: Ilustrovana politika [Illustrierte Politik] vom 22.3.1978.
- 38 Mogućnosti za unapredjenja male privrede [Möglichkeit für den Fortschritt des Kleingewerbes], in: Borba [Der Kampf] vom 17.10.1977.
- 39 Zitiert nach: Davidović-Primorac, O povratku naših radnika iz inostranstva, 44.
- 40 AJ-142/II, 771, Oponoćstvo izvršnog komiteta Predsedništva CK SKJ: Izveštaj o radu između desetog i jedanaestog kongresa SKJ i Analiza aktuelnih društveno-ekonomskih i idejno političkih pitanja položaja naših gradjana na privremenom radu, mart 1978 [Beauftragte des ausführenden Komitees des Vorsitzes des ZK SKJ: Bericht über die Arbeit zwischen dem 10. und 11. Kongress der SKJ und Analyse der aktuellen sozio-ökonomischen und ideellen politischen Fragen zur Lage unserer Bürger bei vorübergehender Arbeit, März 1978].
- 41 Povratak njivama [Die Rückkehr zu den Feldern], in: Borba [Der Kampf] vom 25.10.1978.
- 42 Eine ausführliche Befragung bezüglich der Rückkehr wurde unter den jugoslawischen MigrantInnen in der BRD Mitte der 1980er Jahren durchgeführt. Mehr dazu: Ivo Baučić/Bernd Groß, Rückkehr und Reintegration jugoslawischer Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland: deutsch-jugoslawische Untersuchung der Zukunftspläne jugoslawischer Arbeitsmigranten und ihrer Realisierung nach der Rückkehr. Endbericht einer empirischen Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Nürnberg 1987.
- 43 Interview mit M.R., Donja Livadica/Serbien, am 12.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 44 Mehr dazu: Vladimir Ivanović, „Nostalgija za prugom“. Das Freizeitverhalten jugoslawischer Gastarbeiter in der BRD und Österreich, in: Hannes Grandits/Holm Sundhaussen (Hg.), Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat?, Wiesbaden 2013, 135–156.
- 45 Winterhagen, Die Pioniere von Imotski.
- 46 Ne možemo svi u kafedžije [Wir können nicht alle Lokalbesitzer werden], in: Ilustrovana politika [Illustrierte Politik] vom 23.3.1978.
- 47 Tomšići grade grad [Die Familie Tomšić baut eine Stadt], in: Večernje novosti [Abendnachrichten] vom 24.2.1983.
- 48 Das Motiv der Zugehörigkeit manifestiert sich als Wunsch des Einzelnen, in der Gesellschaft anderer zu sein, man kann aber auch von einem Motiv der Selbstbestätigung sprechen. Dabei manifestiert es sich vor allem im Wunsch des Einzelnen, von der Gesellschaft, in der er lebt, akzeptiert zu werden.
- 49 Interview mit M.R., Donja Livadica/Serbien, am 13.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband); Interview mit S.R., Donja Livadica/Serbien am 16.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 50 Interview mit M.R., Donja Livadica/Serbien, am 13.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 51 So zum Beispiel der Friedhof an der Quelle des Flusses Mlava in Zentralserbien. Der Bau von Mausoleen oder großer Gräfte ist kein Teil der Bestattungskultur. Mehr dazu: Ivan Čolović, Književnost na groblju: zbirka novih epitafa, Beograd 1983.

- 52 Salman Akhtar, *Immigration und Identität. Psychosoziale Aspekte und kulturübergreifende Therapie*, Giessen 2007, 106.
- 53 Interview mit M.R., Donja Livadica/Serbien, am 13.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 54 Interview mit S.R., Donja Livadica/Serbien, am 16.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 55 Interview mit S.R., Donja Livadica/Serbien, am 16.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 56 Interview mit M.R., Donja Livadica/Serbien, am 13.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 57 Ebd.
- 58 Siehe: B.W. Higman, *How Food made History*, Chichester, West Sussex/Malden, Mass. 2012.
- 59 Zur Theorie der Repräsentationen siehe: Jörg Baberowski, Was sind Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel? Anmerkungen zu einer Geschichte interkultureller Begegnungen, in: Ders. (Hg.), *Arbeit an der Geschichte. Wie viel Theorie braucht die Geschichtswissenschaft?*, Frankfurt am Main 2009, 7–18, hier 8.
- 60 Mehr dazu: Konrad Köstlin, *Heimat geht durch den Magen oder: Das Maultaschensyndrom – Soul-Food in der Moderne*, in: *Beiträge zur Volkskultur in Baden-Württemberg*, Bd. 4, Stuttgart 1991, 147–164; Mahren Möhring, *Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland*, München 2012; Lars Amenda/Ernst Langthaler (Hg.), *Kulinarische „Heimat“ und „Fremde“. Migration und Ernährung im 19. und 20. Jahrhundert (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 10)*, Innsbruck/Wien/Bozen 2014.
- 61 Interview mit M. S., Berlin/Deutschland, am 29.4.2013, Interviewer: Vladimir Ivanović/R. Fotiadis (auf Tonband).
- 62 Interview mit S.R., Donja Livadica/Serbien, am 16.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 63 Z.B. im Supermarkt DIS in Velika Plana/Serbien, 13.5.2014.
- 64 Interview mit M.R., Donja Livadica/Serbien, am 13.5.2014, Interviewer: Vladimir Ivanović (auf Tonband).
- 65 Ebd.

# Schlüsselfaktor Zuwanderung

## Migration in ländlichen Regionen Österreichs

### Einleitung

Wanderungsbewegungen, ob aus dem Ausland oder Wanderungen innerhalb eines Staatsgebietes, gestalten die Entwicklung und das soziale Leben der einzelnen Regionen auf umfassende Weise. In Westeuropa werden internationale Migrationswellen aufgrund wirtschaftlicher, politischer oder ökologischer Gründe hauptsächlich als Herausforderung städtischer Regionen wahrgenommen und im städtischen Zusammenhang untersucht. Weniger bekannt ist jedoch die Tatsache, dass auch viele ländliche Regionen, insbesondere in Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, der Schweiz, aber auch in Österreich, seit vielen Jahren von einer Zuwanderung aus dem Ausland profitieren und der Anteil der ausländischen Bevölkerung auch in den ländlichen Regionen kontinuierlich steigt.<sup>1</sup> Diese Veränderung ist spätestens seit dem Beitritt der östlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 für viele Bewohner und Bewohnerinnen ländlicher Regionen sichtbar und findet politisch im viel diskutierten Thema der Integration von zugewanderten Personen seinen Ausdruck.<sup>2</sup> Nur zum Teil wird in den jeweiligen nationalen Diskussionen in den EU-Ländern auf den weltweiten Zusammenhang einer global erhöhten Migration in Folge der wirtschaftlichen und kulturellen Vernetzung eingegangen. Dabei sind die Wohlstandsunterschiede und unterschiedlichen Entwicklungschancen zentrale Ursachen für die Verstärkung von Migrationsströmen, auch über größere Distanzen. Migration wird daher als ein entscheidendes und aktuelles globales Problem eingeschätzt,<sup>3</sup> das die regionalen Lebensbedingungen markant verändern kann.

Während in vielen Empfängerländern Ängste vor einer „Überfremdung“ überwiegen, verweisen wissenschaftliche Studien und zahlreiche Initiativen auf die positiven Effekte und das Potenzial, das durch Zuwanderung geschaffen werden kann.<sup>4</sup> Eine Fülle an gesellschaftlichen und institutionellen Hindernissen<sup>5</sup> verhindert aber, dass die Fähigkeiten von zugewanderten Personen ausreichend anerkannt und ihr Potenzial umfassend genutzt wird. In Reaktion auf diese Defizite und auf Grund von beispielhaften Initiativen wird vermehrt eine „Willkommenskultur“ der Zuwanderung<sup>6</sup> gefordert, die die Schwächen des (einseitigen) Integrationskonzeptes überwinden soll. Auch in Österreich wurde die Relevanz der Zuwanderung in ländlichen Regionen für die Förderung der „gesellschaftlichen Vielfalt am Land“<sup>7</sup> erkannt. Viele lokale Praxisbeispiele aus ländlichen Gemeinden belegen, dass die aktive Gestaltung des Zusammenlebens von Einheimischen und Zuwanderern ein weitverbreitetes Anliegen ist.<sup>8</sup> Dies schlägt sich in der Diskussion regionalpolitischer Konzepte und Programme nieder, wie in der ÖREK-Partnerschaft<sup>9</sup> oder in der Verankerung des Themas Zuwanderung in den LEADER-Maßnahmen des Programms für ländliche Entwicklung in Österreich 2014–2020 (LE2020). Sie alle haben das Ziel, Potenziale, die durch strukturelle, soziale und kulturelle Hindernisse verdeckt werden, besser zur Entfaltung zu bringen.<sup>10</sup>

Um die historische Bedeutung der aktuell erhöhten Wanderungsströme in Österreich beurteilen zu können, ist es erforderlich die Dimensionen der Wanderungsbewegungen differenziert zu erfassen. In diesem Beitrag wird daher zunächst die langjährige Entwicklung des Anteils der ausländischen Staatsangehörigen nach unterschiedlichen Kategorien (Alter, Herkunft, Raumtyp) analysiert, um anschließend auf die Zu- und Abwanderungsströme im Zeitraum 2002–2012 detaillierter einzugehen. Um Aussagen über räumliche Migrationsmuster treffen zu können, werden Wanderungsbewegungen getrennt nach den Raumtypen *städtisch*, *Zwischengebiete (intermediär)*, *ländlich stadtnah* und *ländlich peripher*<sup>11</sup> dargestellt (siehe Abbildung 1). Es wird hier bewusst auf die von der OECD vorgenommene Typisierung, die auch seit langer Zeit von der EU-Kommission zur Charakterisierung räumlicher Entwicklungen angewandt wird, zurückgegriffen. Dabei wird der Beitrag der internationalen Wanderungsströme (Außenwanderung) besonders hervorgehoben, da dieser in den Summendarstellungen der Wanderungsbilanz (Binnen- und Außenwanderung) nicht zum Ausdruck kommt. Der zweite Teil der Wanderungsströme, die Binnenwanderung, ist quantitativ weit umfangreicher und bestimmt sehr oft die Diskussion von Zu- und Abwanderung. Der vorliegende Beitrag behandelt die Entfernungskategorien und die Wanderungintensität als zentrale Indikatoren im Vergleich des Wanderungsverhaltens ausländischer und inländischer Staatsangehöriger.

Abbildung 1: Stadt-Land-Typologie der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung der Erreichbarkeit nach NUTS3-Regionen



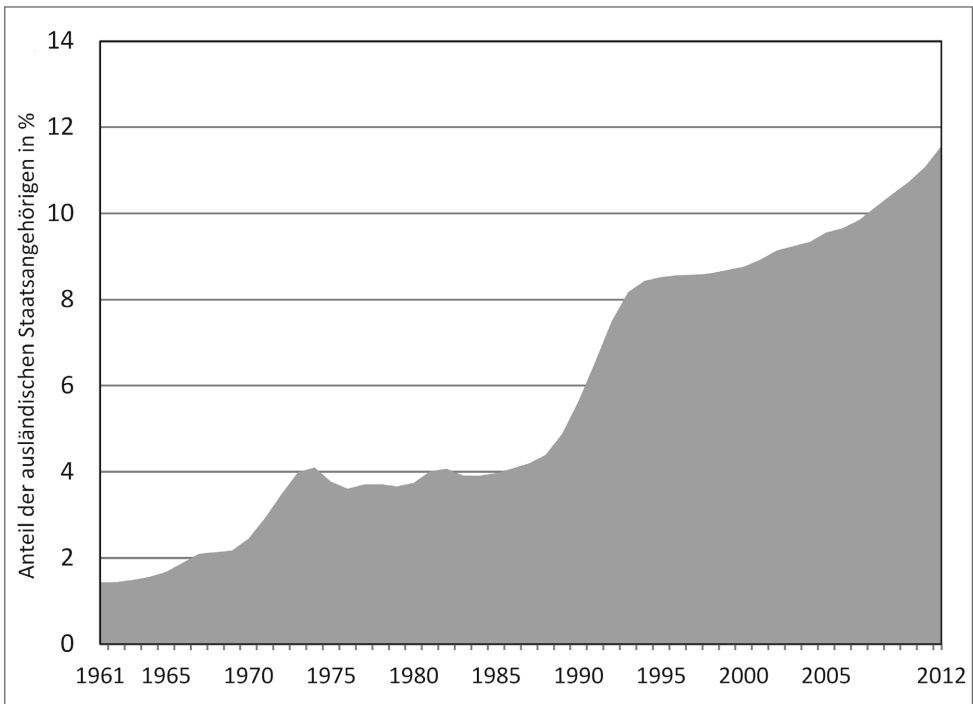
Quelle: Dijkstra/Poelman, Regional typologies, 2–3

[Abbildung siehe Druckfassung]

# Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung

Der Einfluss der internationalen Migration auf die demografische Entwicklung Österreichs ist seit Jahrzehnten von zentraler Bedeutung. Waren bis in die 1960er Jahre positive Geburtenraten und eine negative Wanderungsbilanz mit dem Ausland die bestimmenden Faktoren für die Entwicklung der Bevölkerung, wurde die Zuwanderung aus dem Ausland ab den 1960er Jahren immer wichtiger. Von 1961 bis 2012 wuchs die Einwohnerzahl Österreichs aufgrund von Wanderungsgewinnen um 914.400 Personen,<sup>12</sup> das bedeutet eine Erhöhung der Bevölkerungszahl um 12,9 Prozent alleine aufgrund der positiven Wanderungsbilanz. Der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit hat dabei, bis auf relativ kurze Phasen Mitte der 1970er und Mitte der 1980er Jahre, teils sprunghaft, zumeist jedoch kontinuierlich zugenommen (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Entwicklung der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich 1961–2012



Quelle: Statistik Austria 2013, Statistik des Bevölkerungsstandes

1961 lag der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen mit knapp 100.000 Personen bei rund 1,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Aufgrund der Gastarbeiteranwerbung aus Jugoslawien und der Türkei (das bilaterale Anwerbeabkommen mit der Türkei wurde 1964, jenes mit Jugoslawien 1966 abgeschlossen) stieg ihr Anteil in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bis 1973/74 auf vier Prozent an. Es profitierten zunächst hauptsächlich die westlichen Bundesländer und Wien von der internationalen Zuwanderung, während in den anderen

Bundesländern (vor allem Burgenland, Steiermark und Kärnten) noch Wanderungsverluste an das Ausland dominierten. Allerdings setzten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (ausgelöst durch die Ölkrisen 1973 und 1979) der aktiven Gastarbeiteranwerbung ab Mitte der 1970er Jahre ein jähes Ende. Durch den verstärkten Familiennachzug blieb die Zahl der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit trotz restriktiver Neubewilligungen jedoch weitgehend konstant.<sup>13</sup> Zwischen 1988 und 1993 setzte mit der Ostöffnung und durch die Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien wieder eine Phase ausgeprägter Zuwanderung ein, die in allen Bundesländern, vor allem jedoch im Osten zu positiven Wanderungsbilanzen führte und den Anteil der ausländischen Staatsangehörigen nahezu verdoppelte. 1993 lag er bereits bei über acht Prozent. Von 1994 bis 2000 folgte eine Phase restriktiver migrationspolitischer Regelungen, die gemeinsam mit der Rückwanderung von Flüchtlingen in das ehemalige Jugoslawien dazu führte, dass die Zahl der ausländischen Bevölkerung stagnierte. Seit der Jahrtausendwende sind in Österreich wieder starke internationale Zuwanderungsgewinne zu verzeichnen, die verstärkt auf die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU zurückzuführen sind – aus den „alten“ Mitgliedsstaaten, insbesondere aus (Ost-)Deutschland, und seit 2004 auch aus den „neuen“ Mitgliedsstaaten. Der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung liegt zu Beginn des Jahres 2014 bei 12,5 Prozent.<sup>14</sup> Berücksichtigt man die zugewanderten Personen der ersten und zweiten Generation, so zeigt sich, dass bereits 19,4 Prozent der österreichischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben. In den nachfolgenden Berechnungen wird jedoch durchgehend auf Personen ausländischer Staatsangehörigkeit Bezug genommen, da für die Personen mit Migrationshintergrund nicht für alle relevanten Kategorien Daten zur Verfügung stehen.

Während die natürliche Bevölkerungsbilanz (Geburten und Sterbefälle) als Einflussfaktor für die Bevölkerungsveränderung seit den 1970er Jahren stark an Bedeutung verlor und nunmehr aufgrund sehr geringer Salden nahezu vernachlässigbar ist, stellt die internationale Wanderung den entscheidenden demografischen Faktor in Österreich dar. Auch in Zukunft wird entsprechend der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria die Zuwanderung bei ähnlichen Wanderungs- und Geburtenniveaus weiterhin die dominierende Komponente der Bevölkerungsentwicklung darstellen.<sup>15</sup>

## Differenzierung ausländischer Staatsangehöriger nach Altersgruppen und Herkunftsländern

Der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen ist nach einzelnen sozialökonomischen Kategorien und Regionen Österreichs sehr unterschiedlich. Bei Betrachtung der Altersgruppen, nach groben Kategorien differenziert (Personen unter 30 Jahren, Personen zwischen 30 und 59 Jahren und Personen über 60 Jahren), wird deutlich, dass 2012 ausländische Staatsangehörige im Schnitt deutlich jünger waren als österreichische Staatsangehörige (siehe Tabelle 1). Während bei den österreichischen Staatsangehörigen ein Viertel der Personen das 60. Lebensjahr überschritt, betrug dieser Anteil bei den ausländischen Staatsangehörigen nur zehn Prozent. Dementsprechend sind bei letzteren die beiden jüngeren Altersgruppen weit stärker vertreten und machen in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen knapp 40 Prozent und in der Altersgruppe der 30- bis 59-Jährigen 50 Prozent der Personen aus.

Tabelle 1: Österreichische und ausländische Staatsangehörige nach Altersgruppen 2012 (in Prozent)

	Österreichische Staatsangehörige	Ausländische Staatsangehörige
0–29 Jahre	32,4	39,9
30–59 Jahre	42,4	50,0
60+ Jahre	25,2	10,1

Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, <http://statcube.at/statistik.at/ext/superweb/login.do?guest=guest> (Mai 2014), eigene Berechnungen

Beim Geschlechterverhältnis gibt es bei den ausländischen Staatsangehörigen einen minimalen Überhang der Männer (50,3 Prozent), während bei den österreichischen Staatsangehörigen der Frauenanteil überwiegt und der Männeranteil nur 48,5 Prozent ausmacht. Durch die internationale Zuwanderung wird die Bevölkerung Österreichs also entsprechend jünger und in der Tendenz männlicher.

Abbildung 3: Ländergruppen der ausländischen Staatsbürgerschaft 2012 nach NUTS3-Regionen



Quelle: Machold/Dax/Strahl, Potenziale entfalten, 33, aktualisiert [Abbildung siehe Druckfassung]

Wird die regionale Verteilung der ausländischen Staatsangehörigen nach Herkunftsländern bzw. Ländergruppen differenziert (siehe Abbildung 3), so zeigt sich, dass sich im Westen und Süden Österreichs vor allem Personen aus den „alten“ EU-Mitgliedsstaaten (EU-14), dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz (CH) als stärkste Zuwanderergruppe angesiedelt haben, wohingegen im Osten des Landes (vor allem im Burgenland und dem nördlichen Niederösterreich) die zugewanderten Personen aus den neuen Mitgliedsstaaten überwiegen. Diese räumliche Unterscheidung unterstreicht die Bedeutung der geografischen Lage für die Wohnortwahl der Zuwanderer. In den übrigen



Regionen Österreichs (in Salzburg, in weiten Teilen der Steiermark und Oberösterreichs, im südlichen Niederösterreich und im Zentralraum Wien) überwiegend Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

## Entwicklung der regionalisierten Wanderungsströme in Österreich seit 1971

Über die nationale Bedeutung der Zuwanderung hinaus, wird im Folgenden auf die regionale Verteilung eingegangen. Die Zunahme der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist nicht nur den städtischen Regionen und den Zwischengebieten vorbehalten. Eine Auswertung der Volkszählungsdaten macht deutlich, dass sich auch die ländlichen Regionen seit 1971 durch einen stetig wachsenden Anteil der ausländischen Bevölkerung auszeichnen. Ausgehend von einem sehr geringen Niveau 1971 verfünffacht sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung in den ländlich peripheren Regionen und ist 2011 mit 6,3 Prozent sogar etwas höher als jener in den ländlich stadtnahen Regionen (6,0 Prozent) (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit 1971–2011 (in Prozent)

Regionen	1971	1981	1991	2001	2011
städtisch	4,5	7,2	11,3	13,6	16,9
intermediär	3,0	3,2	5,8	8,4	10,2
ländlich stadtnah	1,4	1,6	3,5	5,2	6,0
ländlich peripher	1,3	1,4	3,0	5,4	6,3
Österreich	2,8	3,9	6,6	8,9	10,9

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Interessanterweise steigt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in allen Raumtypen vor allem in den Jahren von 1981 bis 1991 (vgl. Tabelle 3), wobei in diesem Zeitabschnitt der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen in den ländlich stadtnahen Regionen besonders stark zunimmt (8,1 Prozent jährlich). Dagegen weisen die ländlich peripheren Regionen im Zeitabschnitt 1991 bis 2001 mit 6,1 Prozent die – verglichen mit den anderen Regionen – höchsten jährlichen Zuwächse auf. Die niedrigsten Zuwächse sind im selben Zeitraum in den städtischen Regionen zu beobachten. Demnach profitierten vor allem die ländlichen Regionen von der Zuwanderung nach der Ostöffnung, aber auch von der Flüchtlingswelle während den Jugoslawienkriegen von 1988 bis 1993. Von 2001 bis 2011 überwiegt der Zugewinn wieder in den städtischen Regionen (2,2 Prozent jährlich), die Unterschiede zwischen den einzelnen Raumtypen verringern sich jedoch im Vergleich zu den Jahrzehnten davor. Auch die ländlich stadtnahen Regionen haben in diesem Zeitraum eine jährliche Zuwanderungsrate von 1,4 Prozent, die ländlich peripheren Gebiete erreichen sogar 1,6 Prozent.

Tabelle 3: Jährliche Zuwanderungsraten der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Zehnjahresschritten 1971–2011 (in Prozent)

Regionen	1971–1981	1981–1991	1991–2001	2001–2011
städtisch	4,81	4,61	1,87	2,20
intermediär	0,65	6,13	3,77	1,96
ländlich stadtnah	1,34	8,14	4,04	1,44
ländlich peripher	0,74	7,92	6,05	1,55
Österreich	3,37	5,40	3,03	2,05

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

## Außenwanderung – Wanderungsbewegungen mit dem Ausland

Österreich kann seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Einwanderungsland bezeichnet werden. Es zählt seit einigen Jahren zu jenen Staaten Europas, welche die höchsten Zuwanderungsraten verzeichnen.<sup>16</sup> Die Zuwanderung konzentriert sich dabei in den letzten Jahren verstärkt auf Personen aus anderen EU-Staaten. Diese stellten von 2010 bis 2012 60 Prozent der Immigrantinnen und Immigranten. Das Wanderungsmuster folgt damit dem europaweiten Trend und unterstreicht die erhöhte Mobilität innerhalb der EU.<sup>17</sup>

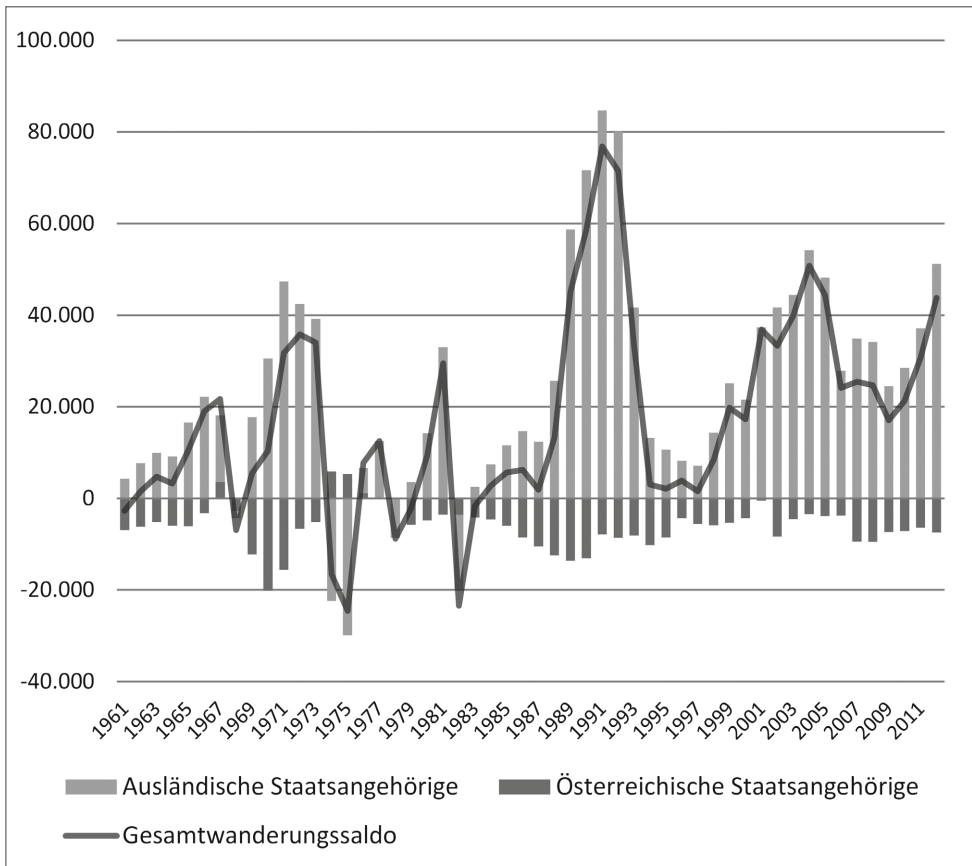
Österreich ist damit nicht nur ein von der Einwanderung stark geprägtes Land, sondern mit Blick auf den Wanderungssaldo der österreichischen Staatsangehörigen auch ein ‚Auswanderungsland‘ der einheimischen Bevölkerung. Dem langjährigen Trend entsprechend wanderten 2013 mehr Österreicherinnen und Österreicher ins Ausland, als aus diesem wieder zurückkehrten (2013: –5.992 Personen). Im Gegensatz dazu liegt der Wanderungssaldo der ausländischen Staatsangehörigen für das Jahr 2013 bei +60.720 Personen.

Abbildung 4 veranschaulicht die internationalen Wanderungsbewegungen seit 1961, die sich auch in der Entwicklung der Anteile der ausländischen Staatsangehörigen manifestieren. Es wird deutlich, dass Zuwanderung über die Jahrzehnte hinweg kein kontinuierlicher Prozess, sondern stark durch wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen und deren Veränderungen geprägt war. Wirtschaftliche Krisen, Kriege sowie politische Rahmenbedingungen und Restriktionen lösten Wanderungsbewegungen aus bzw. regelten den Zugang zu Arbeitsplätzen innerhalb eines bestimmten Territoriums (z.B. Personenfreizügigkeit in der EU).

### *Außenwanderung nach Geschlecht, Alter und Herkunftsländern*

Im Folgenden wird die Entwicklung der Außenwanderung im Zeitraum von 2002 bis 2012 im Hinblick auf Geschlecht, Altersstruktur und Herkunftsländer betrachtet, wobei auch die regionale Ebene ihre Berücksichtigung findet. Der Analysezeitraum musste auf das letzte Jahrzehnt beschränkt bleiben, da für frühere Zeiträume keine detaillierten Wanderungstaktiken vorliegen.

Abbildung 4: Wanderungssaldo 1961–2012 nach Staatsangehörigkeit



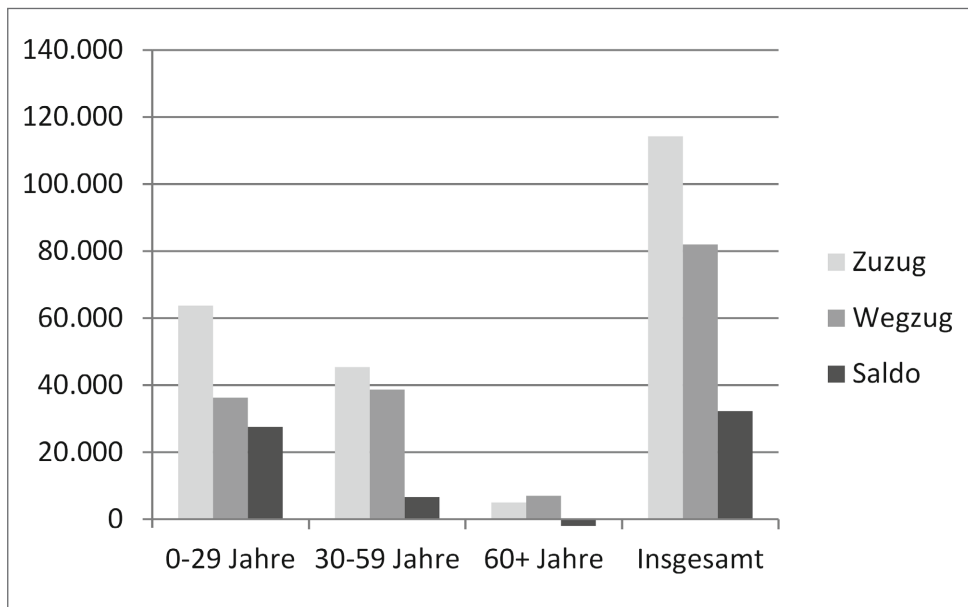
Quelle: Statistik Austria 2013, Bevölkerungsforschung 1961–1995, ab 1996 Wanderungsstatistik

Differenziert nach Geschlecht wird deutlich, dass das Wanderungsverhalten von Männern und Frauen Unterschiede aufweist. Die Mobilität der Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist insgesamt geringer als jene der Männer; ihr Anteil am Zuzug liegt bei 47 Prozent, beim Wegzug nur bei 41 Prozent. Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bleiben dementsprechend eher in Österreich als Männer, die trotz höherer Zuwanderung auch eher wieder in ein anderes Land weiterziehen oder in das Herkunftsland zurückwandern.

Hinsichtlich der Altersstruktur wird der größte Teil der Wanderungsbewegungen von der jüngsten Altersgruppe der unter 30-Jährigen bestritten (siehe Abbildung 5). Ihr Anteil am Zuzug ist mit 54 Prozent deutlich am höchsten. Der Anteil der mittleren Altersgruppe der 30- bis 59-Jährigen am Wanderungssaldo liegt hingegen bei nur 20 Prozent, da sie gerade auch in den beiden letzten Jahren wieder verstärkt aus Österreich abwanderten. Diese altersspezifischen Differenzierungen unterstreichen die Bedeutung von Wanderungsprozessen, die mehrere Wohn- (und auch Länder-)Wechsel umfassen und als „Wanderungspfade“ beschrieben werden können. Personen über 60 Jahre machen nur einen sehr geringen Teil der Wanderungsbewegungen aus, in dieser Altersgruppe überwiegt im Saldo der letzten

elf Jahre die Abwanderung. Ein wichtiger Aspekt dafür dürfte – neben dem sehr geringen Zuzug dieser Altersgruppe – der erhöhte Anteil der Rückwanderung nach Beendigung des Erwerbslebens in Österreich sein.

Abbildung 5: Jährliche Außenwanderung ausländischer Staatsangehöriger nach Altersgruppen 2002–2012

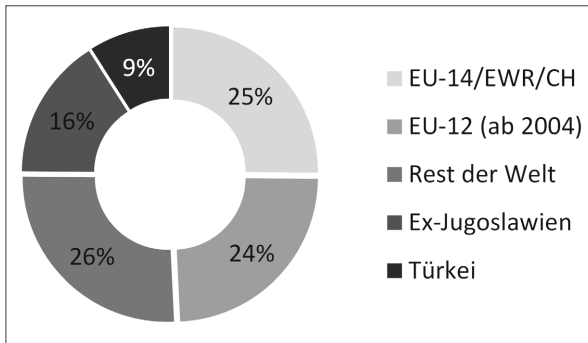


Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Aus welchen Herkunftsländern bzw. Herkunftsländergruppen kamen die zugewanderten Personen im letzten Jahrzehnt nach Österreich? Abgesehen von den österreichischen Rückkehrerinnen und Rückkehrern werden fünf Gruppen von zugewanderten Personen zusammengefasst, die sich im Zeitraum 2002–2012 an den Wanderungsbewegungen von und ins Ausland beteiligt haben (siehe Abbildung 6).

Wie bereits angemerkt, machen Personen aus der EU mit fast 50 Prozent den höchsten Anteil an zugewanderten Personen aus. Auf Grund der Lage Österreichs ist ein annähernd gleich hoher Anteil an Personen aus Westeuropa (EU-14, EWR, Schweiz) und aus den neuen EU-Staaten (EU-12) zu verzeichnen. Insbesondere Personen aus Ungarn, Deutschland, Rumänien und Polen trugen dabei 2012 zum positiven Wanderungssaldo Österreichs mit dem EU-Ausland bei.<sup>18</sup> Dies unterstreicht die Bedeutung des Prinzips der freien Mobilität im Zuge der EU-Integration. Die Zuwanderung aus den klassischen Einwanderungsländern Ex-Jugoslawien (ohne Slowenien) und der Türkei fällt dagegen in den letzten Jahren mit 16 bzw. 9 Prozent vergleichsweise moderat aus. Daneben machen Personen von außerhalb der EU (Kategorie „Rest der Welt“) ein weiteres Viertel der Wanderungsbewegungen aus. Hier überwiegen andere europäische Länder wie die Russische Föderation, vor allem aber asiatische Staaten wie Afghanistan, Syrien und China.

Abbildung 6: Außenwanderungssaldo nach Herkunftsländergruppen 2002–2012 (in Prozent)



Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

### Zunehmende Bedeutung der Außenwanderung auch in ländlichen Regionen

In Abbildung 7 werden die Wanderungsbewegungen (Zuzug und Wegzug) nach Herkunftsländern und Raumtypen differenziert. Auf den ersten Blick wird deutlich, dass die Zuwanderung in die städtischen Regionen in absoluten Zahlen nach wie vor bei allen Bevölkerungsgruppen klar dominiert. Allein die Gemeinde Wien vereinnahmt einen Anteil von über 40 Prozent der Nettozuwanderung im Zeitraum 2002–2012. Die städtischen Regionen Österreichs können insgesamt über die Hälfte (53 Prozent) des jährlichen Zuwanderungssaldos für sich gewinnen. Knapp ein Viertel der zugewanderten Personen entscheiden sich für die Zwischengebiete (23,6 Prozent), während in den ländlich stadtnahen Regionen immerhin 17 Prozent und in den ländlich peripheren Regionen noch sechs Prozent der jährlichen Zuwanderer verbleiben.

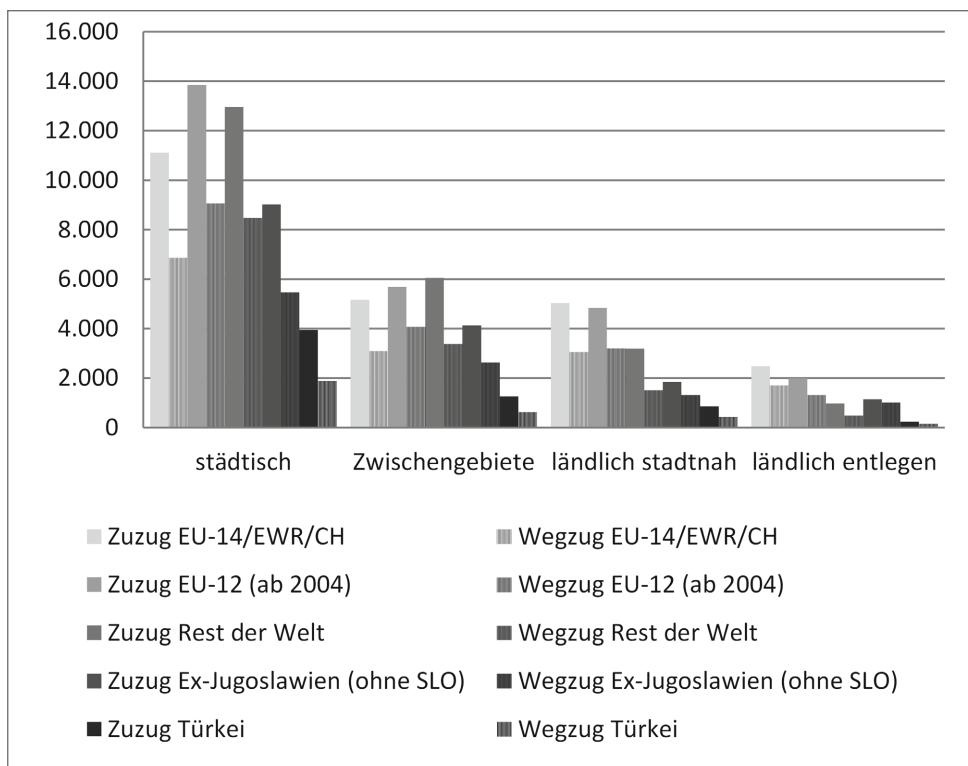
Nach Bevölkerungsgruppen getrennt wandern Personen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei im Verhältnis besonders häufig in städtische Regionen. Über 60 Prozent ihrer Zuwanderung aus dem Ausland geht in die städtischen Regionen (siehe auch Tabelle 4).

Tabelle 4: Jährliches Wanderungssaldo der ausländischen Staatsangehörigen nach Herkunftsländern und Raumtypen 2002–2012 (in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)

Regionen	EU-14/ EWR/CH	EU-12	Rest der Welt	Ex- Jugoslawien	Türkei
Städtisch	46,9	54,9	48,1	62,0	63,8
Zwischengebiete	22,8	18,5	28,7	26,3	19,9
ländlich stadtnah	21,8	19,0	18,0	9,3	13,4
ländlich peripher	8,5	7,6	5,3	2,3	2,9

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Abbildung 7: Jährliche Zu- und Abwanderung von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit nach Raumtypen 2002–2012



Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Abgesehen davon, dass bei allen Herkunftsgruppen die städtischen Regionen am meisten von der Zuwanderung profitieren, wandern die Bürgerinnen und Bürger aus der EU (alte und neue Mitgliedsstaaten) in ähnlichem Ausmaß (etwa ein Fünftel der Gesamtzuwanderung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen) in die Zwischengebiete und die ländlich stadtnahen Regionen. Dies ist auch mit Analyseergebnissen aus Großbritannien vergleichbar, nach denen sich zugewanderte Personen aus den neuen Mitgliedsstaaten von 2004 vermehrt in ländlichen Regionen ansiedeln.<sup>19</sup> In Österreich sind es verstärkt Personen aus den alten EU-Staaten, die sich nicht so stark auf die städtischen Regionen konzentrieren; sie wandern vergleichsweise häufig in ländlich periphere Regionen.

Personen aus der Kategorie „Rest der Welt“ wandern ebenfalls sehr häufig (zu 18 Prozent) in die ländlich stadtnahen Regionen. Die Zwischengebiete profitieren vor allem von Migrantinnen und Migranten aus diesem Herkunftsgebiet und aus Ex-Jugoslawien, während die ländlich peripheren Regionen (in absoluten Zahlen jedoch zu einem weit geringeren Ausmaß) für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus den alten, aber auch aus den neuen Mitgliedsstaaten attraktiv sind.

Werden die Zu- und Wegzugsraten der ausländischen Staatsangehörigen nicht in absoluten Zahlen sondern im Verhältnis zur ausländischen Wohnbevölkerung gesehen, stellt sich heraus, dass die Wanderungshäufigkeit in den ländlichen Regionen nicht geringer ist als in

städtischen Regionen und sogar über jener der Zwischengebiete liegt.<sup>20</sup> Es ist vielmehr so, dass in ländlich peripheren Regionen die Zuwanderungsraten gemessen an der ausländischen Wohnbevölkerung sogar noch höher sind als in den anderen Regionen, die Abwanderungsraten allerdings auch. Dadurch kann das Bild einer geringen Wanderungsaktivität ausländischer Staatsangehöriger in den ländlichen Regionen revidiert werden, wenn auch durch die im Verhältnis niedrigen Anteile der ausländischen Bevölkerung die relativen Anteile überproportional stark ausgewiesen werden.

Die zunehmende Bedeutung der Zuwanderung auch in ländlichen Regionen wird in folgender Tabelle deutlich (siehe Tabelle 5). Alle vier Raumtypen können von der verstärkten Zuwanderung der letzten drei Jahre des Untersuchungszeitraums 2002–2012 profitieren. Die ländlichen Regionen gewinnen durch Zuzug sogar etwas stärker als die städtischen Regionen und die Zwischengebiete. Gleichzeitig verringern sich die Wegzugsraten je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen in beiden ländlichen Raumtypen im Vergleich zum Zeitraum 2002–2012. Die peripheren ländlichen Regionen können damit durch gestiegene Zuzugsraten (+ 13 Prozent im Vergleich) und sich verringernde Wegzugsraten (–10 Prozent) der ausländischen Staatsangehörigen am stärksten von der steigenden Netto-Zuwanderung profitieren.

Tabelle 5: Jährliche Außenwanderung (Zu- und Abwanderung) ausländischer Staatsangehöriger 2010–2012 und 2002–2012 (gemessen an der Gesamtbevölkerung, in Promille)

Regionen	2010–2012		2002–2012	
	Zuzug	Wegzug	Zuzug	Wegzug
städtisch	20,5	10,8	18,5	10,3
Zwischengebiete	11,6	5,9	10,4	5,8
ländlich stadtnah	7,5	3,5	6,7	3,7
ländlich peripher	8,9	4,5	7,9	5,0
Österreich	13,2	6,8	11,8	6,6

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

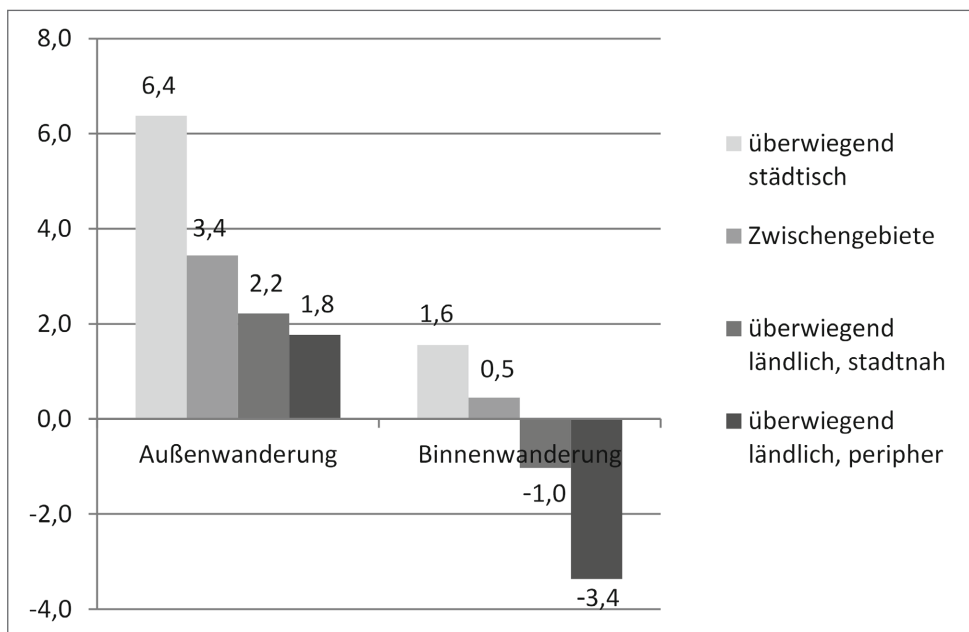
## Binnenwanderung

Ein Großteil der Wanderungsbewegungen findet aber nicht zwischen verschiedenen Staaten sondern innerhalb der nationalen Grenzen statt. Im globalen Zusammenhang tritt die Binnenwanderung, je nach räumlicher Kategorisierung der Bezugseinheit, um vier- bis sechsmal häufiger als die internationale Wanderung auf.<sup>21</sup> Insbesondere in den einwohnerstärksten Ländern der Welt China und Indien ist die absolute Bedeutung der Binnenwanderung ein so großes Phänomen, dass die regionale Bevölkerungsverteilung, Wirtschaftsniveaus und Entwicklung der Lebenschancen unmittelbar von den internen Wanderungsbewegungen beeinflusst werden. Daher ist es auch für die meisten westeuropäischen Länder und Österreich wichtig, nicht nur grenzüberschreitende Wanderungsströme im Zusammenhang mit dem Verhalten des Wohnungswechsels von ausländischen Staatsbürgern zu untersuchen. Im vorliegenden Kapitel geht es vor allem darum, die Unterschiede im Wanderungsverhalten

zwischen ausländischen und österreichischen Staatsangehörigen aufzuzeigen, wobei auch Unterschiede nach Geschlecht, Altersgruppe und Herkunftsländern analysiert werden.

Wird die Binnenwanderung der Außenwanderung gegenübergestellt, so sind bereits aus der Übersicht klare Unterschiede und eine weit stärkere Differenzierung zwischen den Raumtypen Österreichs erkennbar (vgl. Abbildung 8). Während in Österreich alle Raumtypen durch die Außenwanderung positive Bilanzen aufweisen, ist die Binnenwanderung vor allem auf die städtischen Regionen und die Zwischengebiete ausgerichtet. Die ländlichen Regionen, insbesondere die ländlichen peripheren Regionen, sind im Gegensatz dazu durch Abwanderung gekennzeichnet. Mit Blick auf die allgemeine Bevölkerungsentwicklung der ländlichen Regionen wird deutlich, dass durch die positive Außenwanderung die Bevölkerungsverluste der Binnenwanderung in den ländlich stadtnahen Regionen aufgehoben, in den ländlichen peripheren Regionen immerhin abgemildert werden können.

Abbildung 8: Jährliche Bilanz der Außen- und Binnenwanderung nach OECD-Typologie 2002–2012 (gemessen an der Wohnbevölkerung insgesamt, in Promille)



Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

### *Binnenwanderung nach Geschlecht, Altersgruppen und Herkunftsländern*

Bei der Binnenwanderung fallen insbesondere die Wanderungen der österreichischen Staatsangehörigen ins Gewicht, sie machen 77 Prozent der Gesamtwanderungsbewegungen innerhalb Österreichs aus. Allerdings muss beachtet werden, dass die österreichischen Staatsangehörigen auch 88,7 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. Bereits aus dieser Gegenüberstellung wird deutlich, dass die Wanderungsintensität bei ausländischen Staatsange-



hörigen relativ höher ist als bei österreichischen. Um Unterschiede im Wanderungsverhalten von österreichischen und ausländischen Staatsangehörigen genauer erfassen zu können, ist jedoch eine detailliertere Analyse der Binnenwanderung erforderlich. Der hohe Anteil von ausländischen Staatsangehörigen an der Außenwanderung ist oben untersucht worden; er spiegelt die internationale Attraktivität Österreichs im Ausland wieder. Auch im Bereich der Binnenmigration treten Wanderungsbewegungen dieser Bevölkerungsgruppe in Relation zu ihrer Größe weit häufiger auf als jene der österreichischen Staatsangehörigen. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsanzahl wandern ausländische Staatsangehörige zwei- bis dreimal häufiger als österreichische Staatsangehörige (Tabelle 6). Dieses intensive Wanderungsverhalten ist vor allem bei Männern ausländischer Staatsangehörigkeit sehr stark ausgeprägt.

Tabelle 6: Anteil der österreichischen und ausländischen Staatsangehörigen an der Binnenwanderung 2012 (gemessen an der Bevölkerungszahl der jeweiligen Bezugsgruppe, in Prozent)

	Staatsangehörigkeit zusammen	Österreichische Staatsangehörige	Ausländische Staatsangehörige
Männer	8,8	7,3	21,1
Frauen	8,2	7,1	17,3
zusammen	8,5	7,2	19,2

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Eine Analyse der Binnenmigration des gesamten Zeitraumes 2002–2012 nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter unterstreicht die bereits seit langem bestehenden Unterschiede in den Verhaltensmustern in der Binnenmigration. Neben den hohen Werten bei Männern und Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit ist insbesondere die noch stärkere Beteiligung der jüngsten Bevölkerungsgruppe bemerkenswert (Tabelle 7). In Summe werden demzufolge nahezu ein Viertel aller Binnenmigrationsfälle von ausländischen Staatsangehörigen (und sogar 30 Prozent aller Fälle von Personen mit Migrationshintergrund<sup>22</sup>) durchgeführt. Zusätzlich zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden zeigt Tabelle 7 auch die altersspezifische Betroffenheit der Binnenmigration.

Betrachtet man die jährlichen Zu- und Wegzüge von Personen mit ausländischer Herkunft nach Herkunftsländergruppen unter Bezugnahme der Raumtypen innerhalb Österreichs (siehe Abbildung 9), so wird deutlich, dass in ländlich peripheren Regionen in absoluten Zahlen weniger räumliche Mobilität vorzufinden ist als in den anderen drei Raumtypen. In den peripheren ländlichen Regionen überwiegt bei allen Herkunftsländern die Abwanderung, wobei bei Personen aus den alten und neuen EU-Staaten der Saldo beinahe ausgeglichen ist. In den Zwischengebieten und den ländlich stadtnahen Regionen gibt es bei Personen aus den alten und neuen EU-Staaten sogar eine leichte Nettozuwanderung. Bei der Kategorie „Rest der Welt“, in den ländlich stadtnahen Regionen auch bei Personen aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien (ohne Slowenien) überwiegt die Abwanderung. Die städtischen Regionen wiederum profitieren insbesondere von der Zuwanderung der Personen der Kategorie „Rest der Welt“; auch die Personen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei verzeichnen hier einen positiven Wanderungssaldo, während Personen aus den alten und neuen EU-Staaten entweder ausgeglichen bilanzieren oder eine leichte Abwanderung zu verzeichnen haben.

Tabelle 7: Eckdaten der Binnenwanderung 2002–2012

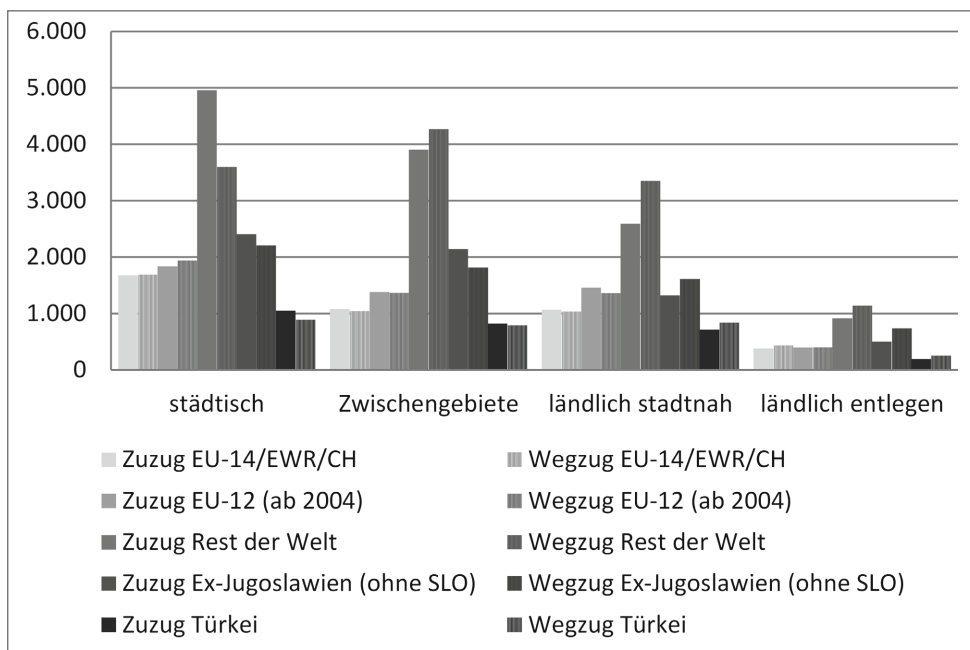
	Ausländische Staatsangehörige		Österreichische Staatsangehörige	
	absolut	in %	absolut	in %
Binnenmigration	1.723.714	18,8	5.704.126	7,0
Männer	948.859	20,2	2.793.196	7,1
Frauen	774.855	17,3	2.910.930	6,9
0–29 Jahre	961.925	25,0	3.165.243	11,6
30–59 Jahre	708.749	15,7	2.077.999	5,9
60+ Jahre	53.040	6,6	460.884	2,3

Anmerkung: Die Berechnung bezieht sich auf die Binnenmigrationsfälle im Zeitraum 2002–2012; der Anteilswert bezieht sich auf die Binnenmigrationsfälle bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerungszahl in der jeweiligen Bezugsgruppe.

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Generell ist zu sagen, dass Personen aus der Kategorie „Rest der Welt“ am mobilsten sind, was insbesondere mit der hohen Relevanz des Asyl- und Bleiberechts für diese Personengruppe zusammenhängt. Sie wandern vor allem aus den ländlich stadtnahen und den Zwischengebieten ab, während vor allem die städtischen Regionen einen deutlichen Wanderungsgewinn verbuchen.

Abbildung 9: Jährliche Binnenwanderung (Zuzug und Wegzug) nach Herkunftsländern und Raumtypen 2002–2012



Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Der Saldo der Binnenwanderung von Personen mit österreichischen und ausländischen Personen gibt abschließend einen Überblick über die Richtung der Wanderungsströme innerhalb Österreichs (Tabelle 8). Sowohl bei den Personen österreichischer Staatsangehörigkeit als auch bei jenen ausländischer Staatsangehörigkeit überwiegt in absoluten Zahlen die Zuwanderung in die städtischen Regionen und die Zwischengebiete, während die ländlichen Regionen Bevölkerung verlieren. Durch die aktuelle regionale Klassifikation, die das Wiener Umland (Nord und Süd) und die Stadtregion Innsbruck zu den städtischen Regionen zählt (siehe Abbildung 1), wird der Wandertrend des Zentralraums Wien in Richtung der Stadtumlandgebiete (NUTS 3-Regionen Wiener Umland Nord und Süd) nicht abgebildet, wodurch auch bei Personen österreichischer Staatsangehörigkeit ein deutliches Zuwanderungsplus aufgrund der Binnenwanderungsbewegungen für die städtischen Regionen zu verzeichnen ist.

Tabelle 8: Jährlicher Saldo der Binnenwanderung nach Staatsangehörigkeit und Raumtypen 2002–2012

Regionstyp	Österreichische Staatsangehörige	Ausländische Staatsangehörige	Summe
städtisch	2.779	1.604	4.383
Zwischengebiete	951	36	987
ländlich stadtnah	-1.400	-1.048	-2.448
ländlich peripher	-2.330	-593	-2.923

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

### *Binnenwanderung konzentriert sich auf ein kleinräumiges Gebiet*

Aus räumlicher Perspektive interessiert insbesondere die Differenzierung der Binnenwanderung nach ihren unterschiedlichen Entfernungskategorien. Am deutlichsten kann dies durch die Unterscheidungen der Wanderungen innerhalb unterschiedlicher administrativer Grenzen erfasst werden. Es werden in der österreichischen Statistik Wanderungen innerhalb der Gemeinden (54,2 Prozent aller Binnenwanderungsfälle), Wanderungen zwischen Gemeinden desselben politischen Bezirks (15,8 Prozent), Wanderungen zwischen den Bezirken desselben Bundeslandes (15,5 Prozent) und Wanderungen zwischen den Bundesländern (14,5 Prozent) unterschieden.<sup>23</sup> Aus der Aufteilung auf diese vier Kategorien wird deutlich, dass Binnenwanderungsströme vor allem durch kleinräumige Wohnortänderungen innerhalb der Gemeinde oder des Bezirks geprägt sind. Dies ist für ausländische Staatsangehörige noch deutlich stärker ausgeprägt als für österreichische Staatsangehörige (siehe Tabelle 9), was auf ihre instabile und ungesicherte Wohnsituation hinweist. Die Unterschiede des räumlichen Verhaltens nach Geschlecht sind nur minimal ausgeprägt. Bei ausländischen Staatsangehörigen sind Frauen stärker auf nahegelegene Ziele ausgerichtet, während bei den österreichischen Staatsangehörigen häufiger Männer die Ziele ihrer Binnenwanderung innerhalb derselben Gemeinde haben.

Tabelle 9: Binnenwanderung 2012 nach Entfernungskategorie und Staatsangehörigkeit (in Prozent der Bevölkerungszahl der jeweiligen Bezugsgruppe)

	Ausländische Staatsangehörige	Österreichische Staatsangehörige	Gesamtbevölkerung
innerhalb von Gemeinden	64,3	50,9	54,2
zwischen Gemeinden desselben Bezirks	9,4	18,0	15,8
zwischen Bezirken desselben Bundeslandes	12,2	16,6	15,5
zwischen Bundesländern	14,2	14,6	14,5

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Bezogen auf die vier Raumtypen wandern Personen ausländischer Staatsangehörigkeit verstärkt von den ländlichen Regionen in die Zwischengebiete und die städtischen Regionen, während österreichische Staatsangehörige von den ländlich peripheren und den städtischen Regionen vor allem in die Zwischengebiete wandern. Aber auch die ländlich stadtnahen Regionen zeichnen sich hier durch einen positiven Saldo aus.<sup>24</sup>

## Wanderungsintensität

Ausgehend von den unterschiedlichen Entfernungskategorien wurde die Intensität der Wanderungsbewegungen nach Personengruppen (Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter) mit Blick auf die Raumtypen Österreichs analysiert, um weitere Unterschiede im Wanderungsverhalten sichtbar zu machen. Es wurde daher eine Maßzahl der Wanderungsintensität für ausländische und österreichische Staatsangehörige sowie für Männer und Frauen errechnet und hinsichtlich der unterschiedlichen Raumtypen differenziert. In diesem Indikator wird die Summe der Binnenwanderungs- sowie der Außenwanderungsbewegungen auf die jeweilige Bevölkerungszahl der betroffenen Personengruppe bezogen.

Da der zeitliche Verlauf der Wanderungsintensität auf Grund der jährlichen Schwankungen der Wanderung Sprünge und im gesamten Zeitablauf der Beobachtungsperiode 2002–2012 nur einen sehr marginalen Anstieg der Werte aufweist, wird hier die Situation für das letzte verfügbare Jahr 2012 präsentiert und in detaillierter Form aufbereitet. Es zeigen sich dabei erhebliche Differenzen sowohl zwischen den analysierten Personengruppen als auch in räumlicher Hinsicht. Während für ganz Österreich im Jahr 2012 eine Wanderungsintensität von 16,6 Prozent verzeichnet wird, ist das Wanderverhalten in den städtischen Regionen und Zwischengebieten intensiver (Tabelle 10). Insbesondere ist dies auf eine erhöhte Wanderbewegung der Männer zurückzuführen.

Noch deutlich stärker ist die Wanderungsintensität bei den ausländischen Staatsangehörigen ausgeprägt. Mit Werten um die 50 Prozent wird deutlich, dass de facto im Durchschnitt alle ausländischen Staatsangehörigen ihren Wohnort alle zwei Jahre wechseln (müs-

sen). Dies unterstreicht die Bedeutung der Wohnsituation für Zuwanderer über längere Zeiträume hinweg. Die Analyse zeigt auch, dass ausländische Staatsangehörige in städtischen Regionen weniger oft ihren Wohnstandort wechseln als in den anderen Raumtypen.

Tabelle 10: Intensität der Binnenwanderung 2012 nach Regionstyp, Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Regionstyp	Gesamtbevölkerung	Männer	Frauen	Österreichische Staatsangehörige	Ausländische Staatsangehörige
städtisch	19,2	21,0	17,5	13,3	48,2
Zwischengebiete	18,5	19,6	17,5	14,3	55,5
ländlich stadtnah	14,5	14,6	14,4	11,7	58,6
ländlich peripher	13,9	14,0	13,8	10,9	58,8
Österreich	17,1	18,1	16,2	12,8	52,3

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Noch markanter sind die Unterschiede der Wanderungsintensität zwischen österreichischen und ausländischen Staatsangehörigen bei der Außenwanderung (Tabelle 11): Während im Jahr 2012 etwa 17 Prozent der ausländischen Bevölkerung von internationalen Wanderungsbewegungen betroffen waren, migrierte nur eine minimale Anzahl von österreichischen Staatsangehörigen über die nationale Grenze. Auch in diesem Fall wandern Männer im Schnitt häufiger als Frauen.

Tabelle 11: Intensität der Außenwanderung 2012 nach Regionstyp, Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Regionstyp	Gesamtbevölkerung	Männer	Frauen	Österreichische Staatsangehörige	Ausländische Staatsangehörige
städtisch	4,4	5,2	3,6	0,8	22,1
Zwischengebiete	2,5	3,0	2,1	0,5	20,5
ländlich stadtnah	1,6	1,8	1,4	0,3	22,3
ländlich peripher	1,9	2,1	1,7	0,3	25,3
Österreich	2,8	3,3	2,4	0,5	21,9

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Die Wanderungsintensität kann auch in ihrer Abhängigkeit von Alter und anderen Faktoren (z.B. Bildung) untersucht werden. Insbesondere hinsichtlich der Altersstruktur lässt sich wiederum die starke Teilnahme junger Bevölkerungsschichten (vor allem zwischen 15 und 29 Jahren) an Migrationsbewegungen zeigen. Bei den ausländischen Staatsangehöri-

gen sind 73,8 Prozent der Männer und 61,0 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe von der Außen- oder Binnenmigration erfasst. Dieses demografische Kennzeichen überlagert daher die räumliche Ausprägung der Wanderung der ausländischen Staatsangehörigen. Geringfügige Unterschiede zeigen sich in der Lage jener Regionen, in denen die intensivsten Wanderungsbewegungen bei ausländischen bzw. österreichischen Staatsangehörigen dieser Altersgruppe auftreten. Lag der Schwerpunkt der Wanderung junger österreichischer Staatsangehöriger in den städtischen Regionen und Zwischengebieten, findet man die höchste Wanderungsintensität bei ausländischen Staatsangehörigen dieser Altersgruppe in peripheren ländlichen Regionen (Tabelle 12). Unter anderem verweist dies darauf, dass in ländlichen Regionen angesichts der noch niedrigeren Anteile ausländischer Bevölkerung die relativen Anteile ein höheres Ausmaß als in den anderen Raumtypen erreichen.

Tabelle 12: Wanderungsintensität (Außen- und Binnenwanderung) 2012 von Personen im Alter von 15–29 Jahren nach Regionstyp, Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Regionstyp	Gesamtbevölkerung	Männer	Frauen	Österreichische Staatsangehörige	Ausländische Staatsangehörige
städtisch	29,2	30,0	28,5	17,6	69,5
Zwischengebiete	25,8	25,0	26,5	18,9	67,8
ländlich stadtnah	18,1	16,7	19,6	14,2	66,4
ländlich peripher	18,4	16,9	20,0	14,0	71,1
Österreich	24,1	23,4	24,7	16,5	68,7

Quelle: STATcube, eigene Berechnungen

Der Indikator der Wanderungsintensität kann die Betroffenheit einzelner Bevölkerungsgruppen gut erfassen. Er belegt, wie massiv ausländische Staatsangehörige auch nach ihrem Zuzug nach Österreich weiterhin von Wohnortwechsel betroffen sind und unterstreicht auch, dass alle Regionen, einschließlich ländlich peripherer Regionen, von intensiven Wanderungsbewegungen geprägt sind.

## Zusammenfassung

Wie aus der Analyse der Wanderungsbewegungen für Österreich hervorgeht, ist Zuwanderung zu dem bestimmenden Merkmal der Bevölkerungsentwicklung geworden. Ein positiver Wanderungssaldo ist sowohl für ganz Österreich wie für die einzelnen Regionen bedeutsamer als die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung, welche in den letzten Jahrzehnten immer ausgeglichener geworden ist. Neben den städtischen Regionen, wo dies durch die sehr hohen Anteile ausländischer Staatsangehöriger bereits seit längerem deutlich sichtbar ist, gilt dieser Befund nunmehr auch für ländliche Regionen. Auch sie können durch Zuwanderung aus dem Ausland ihre Bevölkerungsentwicklung maßgeblich verbessern.

Zugleich zeigt die differenzierte Analyse auch, dass ausländische Staatsangehörige innerhalb Österreichs weit häufiger wandern als inländische Staatsangehörige. Das räumliche Muster der Wanderungsbewegungen ist sehr stark durch kurze Entfernungen geprägt. Bei Wanderungen über größere Entfernungen erkennt man jedoch Unterschiede nach der Staatsangehörigkeit: Inländische Staatsangehörige ziehen vor allem in die Stadtumlandgebiete (Zwischengebiete, ländlich stadtnahe Regionen), ausländische Staatsangehörige konzentrieren sich stärker auf städtische Gebiete. Abgesehen von der Häufigkeit der Wanderung im städtischen Bereich ist jedoch festzuhalten, dass die internationale Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten relativ am stärksten in ländlichen Regionen an Bedeutung gewonnen hat. Die geringe Beachtung dieser Tatsache in der Öffentlichkeit ist vor allem durch die vergleichsweise noch geringen absoluten Zahlen ausländischer Staatsangehöriger bedingt. Sie hat jedoch nunmehr ein derart hohes Maß erreicht, dass dieses Phänomen nicht mehr als marginale Erscheinung übersehen werden sollte.

## Anmerkungen

- 1 Birgit Jentsch/Myriam Simard (Hg.), *International Migration and Rural Areas. Cross-National Comparative Perspectives. Studies in Migration and Diaspora*, Farnham 2009.
- 2 Philomena De Lima, *Reconciling Labour Mobility and Cohesion Policies – The Rural Experience*, Chapter 7, in: Andrew Copus/Philomena de Lima (Hg.), *Territorial Cohesion in Rural Europe: The relational Turn in Rural Development*, Abingdon 2014, 126–150.
- 3 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), *International Migration Outlook 2013*, Paris 2013.
- 4 Gudrun Kirchhoff, *Integrationspotenziale von Gemeinden im ländlichen Raum – Erfahrungen aus Deutschland*. Vorträge bei der Tagung Integrationsarbeit im ländlichen Raum, Villach, 21. Februar 2013, 13–15.
- 5 Jeff Dayton-Johnson u.a., *Gaining from Migration, Towards a New Mobility System*. Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), Paris 2007.
- 6 Wolfgang Depner/Carlos Teixeira, *Welcoming Communities? An Assessment of Community Services in Attracting and Retaining Immigrants in the South Okanagan Valley (British Columbia, Canada)*, with Policy Recommendations, in: *The Journal of Rural and Community Development* 7 (2012) H. 2, 72–97.
- 7 Netzwerk Land, *Gesellschaftliche Vielfalt am Land. Beispielhafte Projekte zur Förderung von Chancengleichheit im Programm LE07-13*, Wien 2013.
- 8 Marika Gruber, *Integration im ländlichen Raum. Ein Praxishandbuch*, Innsbruck 2013.
- 9 Österreichisches Raumentwicklungskonzept – ÖREK Partnerschaft, *Vielfalt und Integration im Raum*, Abschlussbericht, Wien 2014.
- 10 Ingrid Machold/Thomas Dax/Wibke Strahl, *Potenziale entfalten. Migration und Integration in ländlichen Regionen Österreichs*, Forschungsbericht Nr. 68 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 2013, 139–145.
- 11 Die Einteilung erfolgt nach der von OECD und EU-Kommission festgelegten Methode. Dabei wird bis zu einem Grenzwert der Bevölkerungsdichte von maximal 150 Einwohnern und Einwohnerinnen je km<sup>2</sup> die jeweilige Gemeinde als ländliche Gemeinde eingestuft. In städtischen Regionen leben weniger als 15 Prozent der Bevölkerung in solchen ländlichen Gemeinden, in den Zwischengebieten sind es 15 bis 50 Prozent der Bevölkerung und in den ländlichen Regionen leben über 50 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden. Darüber hinaus wird das Kriterium der Erreichbarkeit städtischer Zentren (erreichbar innerhalb von 45 Minuten) zur Einstufung in ländlich stadtnahe und ländlich periphere Regionen verwendet. Lewis Dijkstra/Hugo Poelman, *Regional typologies: a compilation (Regional Focus, Nr. 1/2011)*, Brüssel 2011.
- 12 Statistik Austria, *migration & integration. zahlen. daten. indikatoren 2013*, Wien 2013.
- 13 Peter Mayerhofer/Birgit Aigner/Thomas Döring, *Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 1: Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotenzial*, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 2010.

- 14 Statistik Austria, Netto-Zuwanderung nach Österreich mit +54.728 Personen im Jahr 2013 deutlich höher als zuvor, Pressemitteilung 10.793-102/14, Wien 2014., [http://www.statistik.at/web\\_de/presse/076787](http://www.statistik.at/web_de/presse/076787) (2.6.2014).
- 15 Statistik Austria, migration & integration, 25.
- 16 Gustav Lebhart/Stephan Marik-Lebeck, Zuwanderung nach Österreich: aktuelle Trends, in: Heinz Fassmann (Hg.), 2. Österreichischer Migrationsbericht 2001–2006, Wien 2007.
- 17 De Lima, Reconciling Labour Mobility and Cohesion Policies.
- 18 Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF), EU-Migration nach Österreich, Fact Sheet 05, Wien 2014.
- 19 De Lima, Reconciling Labour Mobility and Cohesion Policies.
- 20 Machold/Dax/Strahl, Potenziale entfalten, 55.
- 21 United Nations Development Programme (UNDP), Overcoming barriers: Human mobility and development. Human Development Report 2009, New York 2009.
- 22 Machold/Dax/Strahl, Potenziale entfalten, 60.
- 23 Statistik Austria, Wanderungsstatistik. Erstellt am 15.07.2013. Wien 2013.
- 24 Machold/Dax/Strahl, Potenziale entfalten, 66.



# Migration und Integration im ländlichen Raum

## Besonderheiten und zukünftige Herausforderungen

Das Thema Integration von Zuwanderern ist in Deutschland vor allem großstädtisch geprägt, doch auch in ländlichen Regionen hat Zuwanderung in den letzten 50 Jahren stattgefunden, auch wenn sie dort weniger stark ausgeprägt ist als in den großstädtischen Ballungsräumen und dadurch weniger öffentliche und politische Aufmerksamkeit erfährt. Mit dem intensiver geführten nationalen Diskurs über Integration in den letzten Jahren hat der ländliche Raum zunehmend an Bedeutung gewonnen. Zudem haben konkrete Problemlagen wie die Folgen des demografischen Wandels und der sich abzeichnende Fachkräftemangel zu einem Umdenken geführt und die Themen Zuwanderung und Integration in das Zentrum der lokalen Politik gerückt. Insbesondere Kleinstädte im peripheren ländlichen Raum sind stark von Schrumpfungs- und Alterungsprozessen betroffen und auf die Erschließung neuer Potenziale zur Stabilisierung ihrer Entwicklung angewiesen.

## Forschungs-Praxis-Projekte: Integrationspotenziale im ländlichen Raum

Vor diesem Hintergrund hat die Schader-Stiftung zwei Forschungs-Praxis-Projekte<sup>1</sup> initiiert, die sie in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag durchgeführt hat. Mit dem Projekt *Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen* (2009 bis 2011) wurde dabei zum ersten Mal die Situation von Migrantinnen und Migranten in den kleinen Städten der ländlich geprägten Räume bundesweit vergleichend untersucht. Mit seinem konzeptionellen Ansatz zielte das Projekt auf die Ressourcen und Potenziale der Aufnahmegesellschaft und der Migranten-Communities, um Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Integrationsarbeit vor Ort zu ermitteln und diese in einem dialogischen Prozess mit den Akteuren vor Ort auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

In das Projekt waren zwölf Städte und Gemeinden aus acht Landkreisen eingebunden, davon zwei Kommunen aus Ostdeutschland und zwei Referenzkommunen aus Ballungsregionen. Die Forschungsarbeiten vor Ort wurden vom *Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung* (ILS) in Kooperation mit dem *Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung* (IRS) durchgeführt. Auf Grundlage der Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Projekt hat die Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit den oben genannten Partnern sowie dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration das Folgeprojekt

*Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel* auf den Weg gebracht, das ebenfalls auf drei Jahre angelegt ist (2012 bis 2014), sich im Unterschied zum Vorgängerprojekt aber gezielt an Kommunen in strukturschwachen ländlichen Regionen richtet.

Vor dem Hintergrund der Entwicklungstendenzen in den von Schrumpfung und demografischem Wandel betroffenen ländlichen Regionen ging dieses Projekt der Frage nach, ob und wie Kommunen in diesen Regionen durch interkulturelle Öffnungsprozesse und eine strategische Ausrichtung kommunaler Integrationspolitik die Potenziale der Zugewanderten besser erschließen und ihre Teilhabechancen im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich erhöhen können. Das Projekt wollte darüber hinaus die Chancen für die Anwerbung neuer Zuwanderergruppen ausloten und Bausteine einer Anerkennungs- und Willkommenskultur zur Stabilisierung der Kommunen als Wohn- und Wirtschaftsstandort etablieren. In sieben ausgewählten Städten und Landkreisen wurden die Integrations- und Entwicklungspotenziale untersucht und in einem begleitenden Coachingverfahren beispielhaft Prozesse der interkulturellen Öffnung angestoßen und auf ihre Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit geprüft. Im Ergebnis wurden Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der strategischen Ansätze kommunaler Integrationspolitik erarbeitet. Die Arbeiten wurden durch das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) in Kooperation mit der imap GmbH – Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung durchgeführt.

## Zuwanderung im ländlichen Raum

In Deutschland leben etwa 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (20 Prozent der Bevölkerung), davon haben etwa 7 Millionen eine ausschließlich ausländische Staatsangehörigkeit.<sup>2</sup> Die Zuwanderer sind räumlich sehr unterschiedlich verteilt. So leben rund 96 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den westlichen Bundesländern und in Berlin. Nach Raumtypen<sup>3</sup> differenziert liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Agglomerationsräumen bei rund 23 Prozent (Ausländer 12 Prozent), während er in ländlichen Räumen rund 11 Prozent beträgt (Ausländer 5 Prozent). Bezogen auf die Bevölkerung der Unter-Zehnjährigen liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bereits heute in einigen Regionen und Städten bei weit über 40 Prozent. Insgesamt lebt rund jede dritte Migrantin bzw. jeder dritte Migrant (31,7 Prozent) aktuell in Städten mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern. Mit der Stadtgröße steigt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund. In Städten unter 20.000 Einwohnern sind es rund 12 Prozent, in Städten zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern bereits fast 20 Prozent und in Großstädten ab 100.000 Einwohnern im Durchschnitt rund 27 Prozent.<sup>4</sup>

Gastarbeiter und -arbeiterinnen und ihre Nachkommen, Spätaussiedler<sup>5</sup> aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und Staaten des Ostblocks sowie Asylbewerber und Flüchtlinge stellen auch im ländlichen Raum die zentralen Migrationsgruppen der letzten Jahrzehnte dar. Die Zuwanderungsgruppen verteilen sich sehr unterschiedlich auf die ländlichen Kommunen. Ihre jeweiligen Anteile an der Gesamtbevölkerung variieren entsprechend. In den meisten Untersuchungskommunen fand Anfang der 1990er Jahre ein starker Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion statt. Die Lage der Übergangswohnheime für Spätaussiedler und eine bis vor einigen Jahren geltende

dreijährige Residenzpflicht am zugewiesenen Ort hatten einen wesentlichen Einfluss auf die Verteilung der Zuwanderer im Raum. In der Folge bilden Spätaussiedler insbesondere in den ländlichen Kreisen bzw. Gemeinden mit geringen sonstigen Zuzugszahlen heute die zahlenmäßig bedeutendste Zuwanderungsgruppe.<sup>6</sup>

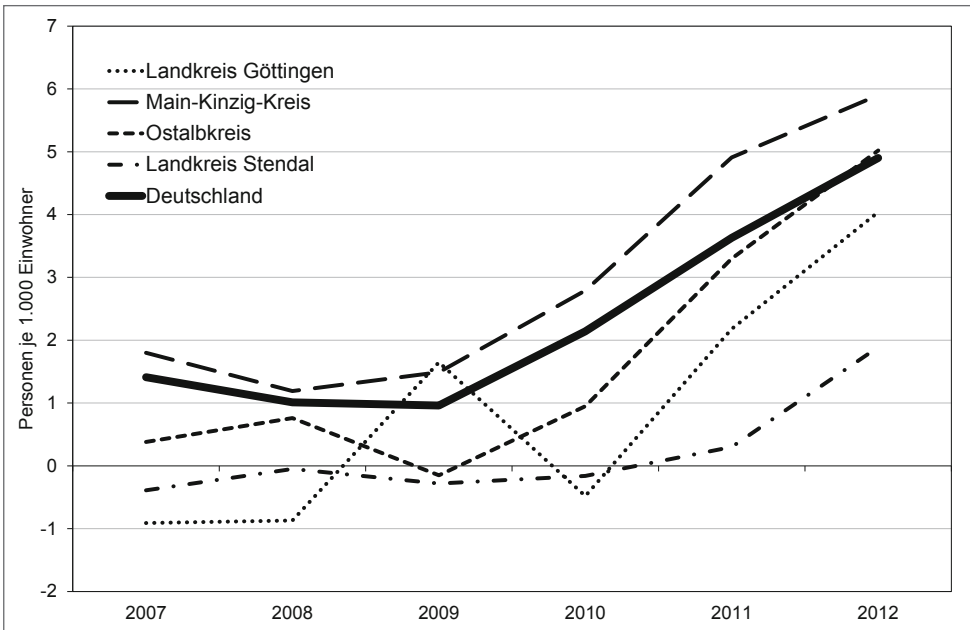
Bei einem historisch bedingt insgesamt geringen Anteil von Migrantinnen und Migranten ist Zuwanderung in Ostdeutschland überwiegend geprägt durch die Zuweisung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, Asylbewerberinnen und -bewerbern und Flüchtlingen, sie geschieht nur im Ausnahmefall freiwillig. In einzelnen Kommunen stellen ehemalige vietnamesische DDR-Vertragsarbeiter<sup>7</sup> noch eine bedeutende Gruppe; sie erhielten in der Regel nach der Wende einen unbefristeten Aufenthaltsstatus. Aufgrund der Strukturschwäche Ostdeutschlands, aber teilweise auch aufgrund eines fremdenfeindlichen politischen Klimas verlassen die Zuwanderer in der Regel die ostdeutschen Kommunen auf der Suche nach besseren Berufs- und Ausbildungschancen, sobald der Aufenthaltsstatus es zulässt. Ein Aufenthalt in ostdeutschen Städten und Gemeinden wird oft lediglich als Zwischenstation angesehen.

Waren in den 2000er Jahren die Zuwanderungszahlen stetig abnehmend, sodass 2008 und 2009 sogar ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen war, steigen die Zuwanderungszahlen seit 2010 wieder stark an. Das hat viel mit politischen Entwicklungen zu tun, aber auch mit der derzeit guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Die politischen Konflikte im arabischen Raum haben zum Anwachsen von Flüchtlingszahlen aus dem Iran, Irak, Afghanistan und Syrien geführt. Es wandern aber auch mehr Menschen aus dem europäischen Ausland zu, insbesondere aus Osteuropa, z.B. Bulgarien, Rumänien, Serbien und Mazedonien, was meist als Armutswanderung wahrgenommen wird. Es kommen mittlerweile aber auch gut qualifizierte junge Menschen aus den Krisenländern Spanien, Portugal und Griechenland. Die Wanderungsstatistik<sup>8</sup> belegt, dass auch die ländlichen Kreise von den Zuwanderungen profitieren. Problematisch aus Sicht der Kommunen ist der unerwartet hohe Zustrom von Flüchtlingen, der die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge stark belastet und viele Ressourcen aus dem Integrationsbereich bindet.

## Kommunale Integrationsstrukturen im ländlichen Raum und zukünftige Anforderungen

Die Kommunen des ländlichen Raums sind von einer großen Vielfalt und Heterogenität gekennzeichnet, insbesondere was ihre Größe und räumliche Einbettung betrifft. Sie unterscheiden sich zusätzlich stark in ihrer ökonomischen und demografischen Struktur, dem lokalen Arbeitsplatzpotenzial sowie der lokalen Migrations- und Integrationsgeschichte. Auch die politischen Handlungsspielräume bei der Ausgestaltung der kommunalen Integrationspolitik unterscheiden sich je nach föderaler Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen (Bund-Land-Kommune bzw. Landkreis und kreisangehörige Gemeinde) und nach der jeweiligen kommunalen Finanzsituation. Potenziale und Herausforderungen der Integration differieren folglich von Ort zu Ort und bedürfen einer jeweils spezifischen Betrachtung. Wirtschaftlich prosperierende Städte in zentralerer Lage bieten andere Integrationsbedingungen als Gemeinden und Landkreise, die sich vorrangig mit Schrumpfungs- und Peripherisierungsprozessen konfrontiert sehen.<sup>9</sup>

Abbildung 1: Nettozuwanderung aus dem Ausland in ausgewählten beteiligten Landkreisen und Deutschland im Vergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014; eigene Berechnungen

Spezifika des ländlichen Raums sind die geringere Siedlungsdichte, größere räumliche Distanzen und eine geringere Anzahl von Personen mit Migrationshintergrund. Durch die dispersen Siedlungsstrukturen und größeren Entfernungen sind viele Infrastruktur- und Integrationsangebote oft nur schwer erreichbar. Die gleichzeitige Ausdünnung des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum in den vergangenen Jahren trifft alle Personengruppen mit eingeschränkter Mobilität. Dazu gehören oftmals die Migrantinnen und Migranten und dabei insbesondere die Frauen, da sie in der Regel individuell weniger mobil sind.

Mit dem demografischen Wandel und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel streben auch die Kommunen des ländlichen Raums eine stärker strategisch ausgerichtete Integrationspolitik an. Die Kommunen erkennen, dass die Funktionsfähigkeit des (klein-)städtischen Gemeinwesens und der örtlichen Infrastruktur von der Aktivierung bislang ungenutzter Potenziale und vom Zuzug neuer Personen abhängt. Das gilt sowohl für den örtlichen Arbeitsmarkt, als auch für viele ehrenamtliche Strukturen wie Kirchengemeinden, freiwillige Feuerwehren, Vereine etc. Unter dem ‚Druck der Demografie‘ vollziehen sich Öffnungsprozesse der städtischen Gesellschaft im ländlichen Raum gegenüber Migrantinnen und Migranten. Ausgangspunkt für eine strategische Ausrichtung ist, dass die Verwaltungsspitzen und die lokale Politik das Thema Integration als kommunalpolitisches Zukunftsthema erkennen, aufgreifen und mit Fragen der allgemeinen städtischen Entwicklung verknüpfen. Hierfür ist ein Perspektivenwechsel von einer eher defizitorientierten hin zu einer ressourcenorientierten Integrationspolitik erforderlich, der sowohl von der Verwaltung als auch von den politischen Gremien nachvollzogen wird und günstigenfalls in

integrationspolitischen Leitlinien mündet. Dieser Prozess sollte auf einem breit angelegten gesellschaftlichen Dialog basieren, der vor Ort tätige Organisationen und aktive Einzelpersonen als Partner und Multiplikatoren einbezieht. Die Anerkennung und Würdigung vorhandener Organisationen und auch Einzelpersonen als Dialogpartner und ‚Türöffner‘ für integrationsrelevante Themen ist ein zentraler Baustein einer auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichteten Integrationspolitik.

Zentral ist auch die Schaffung von integrationspolitischen Strukturen in der Kommunalverwaltung. Doch vor allem kleinere Städte und Gemeinden haben aufgrund der geringeren Ressourcenausstattung Schwierigkeiten, nachhaltige Strukturen der kommunalen Integrationsarbeit aufzubauen. Angebotsstrukturen für Integration, zuständige Fachämter, Angebote freier Träger für soziale Dienstleistungen und Beratungsstellen finden sich meist nur in den größeren kreisangehörigen Städten. Strukturen der Integrationsarbeit und eine entsprechende Ressourcenausstattung von Verwaltung und Politik bestehen vor allem auf Landkreisebene. Grundsätzlich besteht eine Aufgabenteilung zwischen Landkreisen und Gemeinden, die je nach Größe der Gemeinden variiert. Viele Landkreise haben mittlerweile Integrationskonzepte oder -leitlinien verabschiedet und Integrationsbeauftragte bzw. Koordinationsbüros als Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung eingesetzt, die die bürgerschaftlich Aktiven und intermediäre Institutionen im Bereich der Integrationsarbeit vernetzen sollen. Die Landkreise nehmen wichtige Vernetzungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben wahr und sind häufig Motor für integrationspolitische Initiativen in den kreisangehörigen Gemeinden.

## Zentrale Bedeutung von Zivilgesellschaft und ‚Schlüsselpersonen‘

Bei allen Unterschieden der Kommunen des ländlichen Raums stehen die Zugewanderten fast überall identischen Integrationsanforderungen gegenüber. Sie stoßen in Dörfern und Kleinstädten auf einen häufig von Traditionen und Einzelpersonen geprägten Kontext, der über ein hohes Maß an Öffentlichkeit verfügt. Rückzugsmöglichkeiten in die Anonymität, wie sie in großen Städten vorhanden sind, gibt es kaum. Bezogen auf die sozialräumliche Integration ist von einer Ambivalenz auszugehen. Die Überschaubarkeit des Sozialraums einer Kleinstadt ermöglicht durch die räumliche Nähe persönliche Kontaktfelder zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Gleichzeitig können durch das sichtbare Aufeinandertreffen unterschiedlicher Ansprüche an den Sozialraum Konfliktfelder entstehen, die die Integration der Zuwanderer in das Gemeinwesen erschweren.<sup>10</sup>

Eine hohe Bedeutung für die Aufrechterhaltung und Gewährleistung von Angeboten der Integrationsarbeit im ländlichen Raum haben zivilgesellschaftliche Akteure. Gerade in Kommunen, die keine eigenen Integrationsstrukturen aufweisen, sind ehrenamtlich Aktive, Kirchen, Wohlfahrtsverbände etc. oftmals die alleinigen Träger der örtlichen Integrationsarbeit. Ein besonderes integrationspolitisches Potenzial der Kommunen im ländlichen Raum ist daher in diesen stark bürgerschaftlich getragenen Netzwerken zu sehen.

Zudem hat das Handeln von politischen bzw. bürgerschaftlichen ‚Schlüsselpersonen‘, wie z.B. Landrätinnen und Landräten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Vereinsvorsitzenden, im Sinne von Vorbildfunktionen einen großen Einfluss auf Integrationsprozesse. In den überschaubaren kleinstädtischen Lebenszusammenhängen prägen diese Einzelper-

sonen mit ihrer Haltung das örtliche Integrationsklima ganz entscheidend. Ihr Eintreten für Toleranz und Anerkennung gegenüber den Zugewanderten kann die kleinstädtische Gesellschaft ebenso positiv prägen, wie ihre unentschiedene oder gar ablehnende Haltung gegenüber ‚Fremden‘ negative Auswirkungen hat.<sup>11</sup> Andererseits ist die Aufrechterhaltung guter Praxis im Bereich der lokalen Integrationsarbeit bei gleichzeitiger Abwesenheit institutionalisierter Strukturen vollständig von diesen aktiven Einzelpersonen abhängig. Wechseln die beteiligten Personen ihren Wohnort, gehen sie in Rente oder können aufgrund des Ablaufs von Projektförderungen ihre Arbeit im Bereich der Integration nicht mehr ausüben, zerfallen die oben genannten Netzwerke rasch. Viele Integrationsangebote sind von befristeten Projektförderungen abhängig (Förderung durch Bund, Länder oder auch Stiftungen). Eine Überführung in den Regelbetrieb ist jedoch den meisten Kommunen aufgrund der schlechten Finanz- und Haushaltslage nicht möglich.

## Vereine als wichtige Integrationsinstanzen

In kleinstädtischen Strukturen ist die Bedeutung von ‚sozialen Monopolen‘ der Alteingesessenen größer als in großstädtischen Kontexten. Hier spielen die örtlichen Vereine im Bereich Sport, Kultur und Brauchtumspflege eine zentrale Rolle. Die Integration in gesellschaftliche Strukturen ist daher gerade in kleinen Städten und Gemeinden stark an die Teilnahme am Vereinsleben gekoppelt. Teils übernehmen Vereine, Gruppen und Initiativen die Funktion wichtiger Informations- und Netzbörsen. Durch den Zugang zum jeweiligen sozialen Netz können die Mitglieder auf Unterstützung und Hilfeleistungen zurückgreifen. Dabei ist die Rolle von Vereinen hinsichtlich der Integration von Zuwanderern durchaus zwiespältig: Gerade in kleinen Städten und Gemeinden können Vereine Prozesse der gesellschaftlichen Inklusion befördern, wie auch Prozesse der Exklusion verfestigen, indem sie sich gegenüber den Zugewanderten öffnen oder verschließen. Die Vereine bieten in vielen Kleinstädten zwar grundsätzlich viele potenzielle Anknüpfungspunkte für die interkulturelle Kommunikation und Kooperation, diese werden in der Realität jedoch noch zu wenig genutzt. Den leichtesten Zugang finden Migrantinnen und Migranten in den Sportvereinen, insbesondere bei den Ballsportarten, wobei hier das Angebot noch zu wenig auf die spezifischen Interessen von Mädchen und Frauen zugeschnitten ist.

## Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten

Zusammenschlüsse von Migrantinnen und Migranten dienen der Interessenvertretung und der politischen Repräsentanz. Sie sind wichtige Akteure der Integrationsarbeit vor Ort, als Dialogpartner für die Kommunen und Brückenbauer in die eigenen Communities. Das politische und soziale bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten hat im ländlichen Raum ein noch vielfach unausgeschöpftes Potenzial. Gerade eigene Netzwerke können es Migrantinnen und Migranten deutlich erleichtern, sich über den engeren Familien- und Nachbarschaftskontext hinaus zu engagieren und für ihre Interessen einzusetzen.

Migrantenorganisationen erreichen Menschen vielfach dort, wo staatliche Regeldienste oder anerkannte Träger teilweise an ihre Grenzen stoßen, und schließen mit ihren Angeboten Lücken in der Integrationsarbeit. Die vergleichsweise geringe Anzahl von Migrantinnen und Migranten im ländlichen Raum erschwert jedoch ihre Selbstorganisation, oft ist sie nur regional oder überregional möglich. Dadurch fehlen den kommunal Verantwortlichen vor Ort die Ansprechpartner für die Belange der unterschiedlichen Migrantengruppen. Hier ist die Einrichtung von Integrationsbeiräten auf Landkreisebene hilfreich, die entweder von der zugewanderten Bevölkerung gewählt oder von der Verwaltung berufen werden. Sie sind wichtige Interessenvertreter und ermöglichen Ansätze einer politischen Beteiligung, zumal kein kommunales Wahlrecht für ausländische Bürger existiert und auch in Zukunft politisch und rechtlich nicht durchsetzbar scheint.

## Bildung als Schlüssel für Integration

Bildung und gute Kenntnisse der deutschen Sprache gelten allgemein als Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Im Nationalen Aktionsplan Integration heißt es hierzu: „Bildung ist der Schlüssel für individuelle Entwicklungschancen in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig bestimmen die Leistungs- und Integrationsfähigkeit des Bildungssystems den sozialen Zusammenhalt und die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit des Landes wesentlich mit.“<sup>12</sup> Gleichwohl ist das deutsche Bildungssystem sozial hoch selektiv, dies bestätigen viele Bildungsstudien, wie z.B. die internationale Vergleichsstudie PISA<sup>13</sup>. Gerade in Deutschland entscheidet der soziale und ökonomische Status des Elternhauses maßgeblich über die Bildungsbeteiligung und die Bildungslaufbahn der Kinder. Benachteiligt sind Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien, hierzu zählen häufig ausländische Kinder und Jugendliche. Ihre Schulbiografien haben sich zwar in den letzten Jahren an die deutscher Schülerinnen und Schüler angenähert, doch noch immer besuchte im Schuljahr 2010 etwa ein Drittel der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen die Hauptschule, während es bei den deutschen Schülerinnen und Schülern nur 12 Prozent waren. Von den deutschen Schülerinnen und Schülern besuchte demgegenüber jede/r zweite ein Gymnasium, während dies bei nur jedem/jeder vierten Schüler/in ausländischer Staatszugehörigkeit der Fall war. Etwa 80 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler erreichen einen mittleren bis hohen Schulabschluss, bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern sind dies nur 50 Prozent.<sup>14</sup> Und noch immer ist der Anteil derjenigen ohne Schulabschluss bei den ausländischen Jugendlichen höher als bei den deutschen Jugendlichen. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass ausländische Jugendliche auch bei gleichwertigen Schulabschlüssen häufiger als deutsche Jugendliche in Übergangssysteme<sup>15</sup> und seltener in die duale Ausbildung bzw. das Schulberufssystem einmünden.

Um die Startchancen zu verbessern, wird der frühkindlichen Förderung eine besondere Bedeutung beigemessen. Mit der frühkindlichen Förderung soll u.a. die Sprachentwicklung der Kinder verbessert und das Sprachvermögen im Schuleintrittsalter so entwickelt sein, dass auch Kinder mit ausländischen Wurzeln und nicht-deutscher sprachlicher Herkunft dem Unterricht ohne Probleme folgen können. Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist dabei die Einbindung der Eltern in die Betreuungs- und Bildungsinstitutionen. Projekte wie das „Rucksack-Projekt“ oder „Mama lernt deutsch“ sollen es Eltern mit geringen deutschen

Sprachkenntnissen ermöglichen, ihre Kinder besser zu unterstützen. Das „Rucksack-Projekt“ ist ein bundesweites Programm zur Sprachförderung und Elternbildung bei Kindern mit Migrationshintergrund im Elementarbereich (Kindergarten, Grundschule). Die Frauensprachkurse „Mama lernt deutsch“ finden an Schulen oder Kindertagesstätten statt und richten sich an Eltern im Umfeld dieser Einrichtungen. Alltagsthemen und das Thema Schule nehmen in den Kursen einen breiten Raum ein. Weitere erfolgreiche Unterstützungsprojekte sind die so genannten Bildungslotsen, am bekanntesten sind dabei die Stadtteilmütter aus Berlin-Neukölln<sup>16</sup>, wo man erstmalig Erfahrungen mit dieser Form der Elternberatung und -einbindung sammelte.

Bisherige Befunde der Forschung zur Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund lassen sich grundsätzlich auch auf die kleinen Städte und Gemeinden des ländlichen Raums übertragen. Im Unterschied zu den Ballungsräumen kennzeichnet den ländlichen Raum eine schlechtere Erreichbarkeit und geringere Versorgungsdichte von und mit Bildungseinrichtungen und -angeboten. Hinzu kommt die größere Bedeutung von konfessionell gebundenen Kindertageseinrichtungen, was in einigen Kommunen dazu führt, dass sich ausländische Kinder in wenigen kommunalen Einrichtungen konzentrieren. Darüber hinaus besteht gerade in ländlichen Regionen mit niedrigem Anteil ausländischer Schülerzahlen eine Tendenz, Schüler mit ungenügenden deutschen Sprachkenntnissen vermehrt an Förderschulen zu überweisen. Diese regionale Benachteiligung wird als eine Form institutioneller Diskriminierung gesehen. Erklärt werden konnte dieses Phänomen im Rahmen der Projektarbeit aber nicht.<sup>17</sup> Eine Verbesserung der Bildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollen neben der Frühförderung Veränderungen innerhalb der Bildungseinrichtungen und in der Schulorganisation bringen. Die Zuständigkeit liegt hier bei den Ländern. Dazu zählen: Weniger soziale Selektivität durch das Schulsystem, bessere personelle und sachliche Ausstattung gerade von Schulen mit besonderen Integrationsanforderungen, interkulturelle Ausbildung und Qualifizierung des Lehr- und Erzieherpersonals, längeres gemeinsames Lernen etc. Ebenfalls dazu gehört die Einführung qualifizierter Schulsozialarbeit insbesondere an Schulen mit besonderen Integrationsherausforderungen. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass mit diesen Maßnahmen eine größere Bildungsgerechtigkeit erreicht werden kann.

Anzustreben ist ein kommunales Bildungsmanagement<sup>18</sup>, das Bildungspolitik zu einer zentralen kommunalen Aufgabe erklärt. Das betrifft die Zusammenarbeit und bessere Abstimmung von Schulen untereinander, die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. zur Verbesserung des Übergangs von der Kindertageseinrichtung zur Schule) sowie Partnerschaften mit örtlichen Unternehmen zur Verbesserung des Übergangs in die berufliche Ausbildung beziehungsweise den Arbeitsmarkt. Im ländlichen Raum wäre ein solches Bildungsmanagement zumindest auf Ebene der Landkreise sinnvoll.

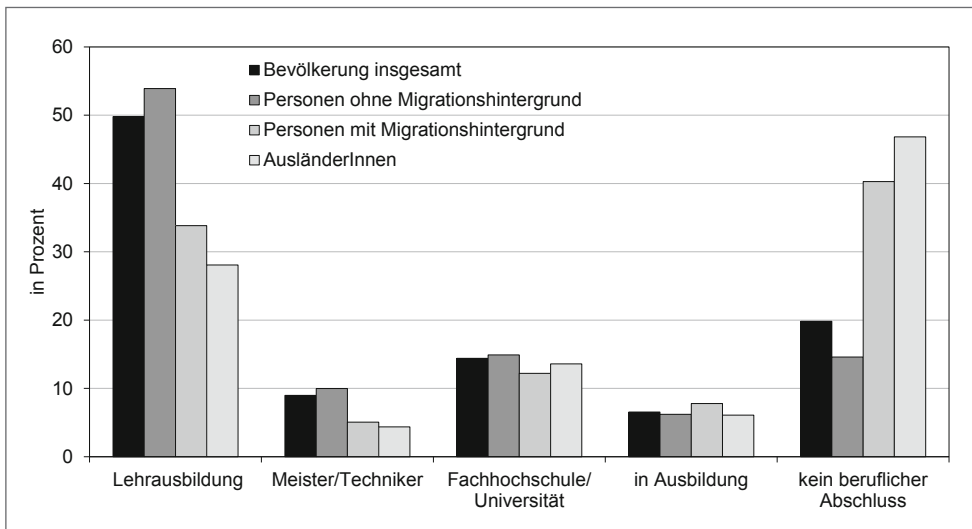
## Chancen der Arbeitsmarktintegration

Ein wichtiger Indikator für die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten sind ihr Zugang zum Arbeitsmarkt, ihre Möglichkeiten der beruflichen Positionierung und Karrierechancen. Ihr Zugang ist auf der individuellen Ebene maßgeblich abhängig vom formalen Berufsabschluss, der fachlichen Qualifikation und den Kenntnissen der deutschen



Sprache, auf der strukturellen Ebene von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Arbeitsmarktsituation in den jeweiligen Städten und Gemeinden, so auch im ländlichen Raum, wobei die individuellen Faktoren auch immer durch strukturelle Rahmenbedingungen beeinflusst sind. Grundsätzlich gilt sowohl für den städtischen als auch den ländlichen Raum, dass Zuwanderer über schlechtere Arbeitsmarktchancen verfügen als die einheimische Bevölkerung. So sind ihre Arbeitslosenquoten seit Jahren konstant doppelt so hoch wie die der einheimischen Bevölkerung. Bei der guten konjunkturellen Entwicklung in den letzten Jahren geht die Schere sogar noch etwas weiter auseinander. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbsbevölkerung lag im April 2012 bei 15,0 Prozent, die von Deutschen bei 6,4 Prozent.<sup>19</sup> Durch die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, insbesondere den Rückgang des produzierenden Gewerbes und die Zunahme der wissensintensiven Forschungs- und Entwicklungsbereiche, werden gering qualifizierte Arbeitskräfte immer weniger nachgefragt. Dies trifft vor allem die Zuwanderer mit einem niedrigen oder auch keinem Berufsabschluss. Abbildung 2 zeigt, dass nur etwa ein Drittel der Personen mit Migrationshintergrund eine Lehrausbildung hat im Vergleich zu 54 Prozent bei Personen ohne Migrationshintergrund – bei den Ausländerinnen und Ausländern liegt der Anteil noch etwas darunter – und etwa 40 Prozent haben keinen Abschluss (Personen ohne Migrationshintergrund 14,6 Prozent).

Abbildung 2: Bevölkerung nach Migrationshintergrund und beruflichem Abschluss 2011



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerung nach Migrationsstatus regional, Ergebnisse des Mikrozensus 2011, Wiesbaden 2013

Hinzu kommen aufenthaltsrechtliche Fragen: So gilt für Flüchtlinge und Asylbewerber zum Beispiel ein neunmonatiges Arbeitsverbot nach Ankunft und ihre unklaren Bleibeperspektiven erschweren zusätzlich die Arbeitsplatzsuche. Letztlich bestimmt auch eine gute soziale Vernetzung die Berufs- und Aufstiegschancen, und hier sind Zuwanderer tendenziell benachteiligt, da ihnen die sozialen Netze für den Aufstieg fehlen. Ein wesentlicher Aspekt ist aber auch die Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. So konnte

im Rahmen einer Testingstudie Diskriminierung im Bewerbungsverfahren aufgrund der ethnischen Herkunft festgestellt werden. Bewerber mit einem türkischen Namen bekamen 14 Prozent weniger positive Antworten als solche mit deutschem Namen, in kleineren Unternehmen lag die Diskriminierungsquote sogar bei 24 Prozent. Wurden Referenzen früherer Arbeitgeber mit der Bewerbung eingereicht, hatten Bewerber mit türkischer Herkunft annähernd gleiche Chancen.<sup>20</sup> Häufig werden ungenügende deutsche Sprachkenntnisse als Ablehnungsgründe angeführt, doch auch kulturelle Stereotype und Vorurteile bestimmen das Einstellungsverhalten. So werden Frauen und Männern türkischer Herkunft mangelnde Integrationsbereitschaft, mangelnde Arbeitsmoral und Unzuverlässigkeit zugeschrieben.<sup>21</sup>

Laut einer aktuellen OECD-Studie werden viele hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten benachteiligt, da sie nicht als gleichrangig qualifiziert wie deutsche Bewerberinnen und Bewerber wahrgenommen werden.<sup>22</sup> Ein Hindernis ist dabei die Nichtanerkennung ihres im Ausland erworbenen Abschlusses. Mit dem seit April 2012 geltenden Anerkennungsgesetz<sup>23</sup> besteht nunmehr ein Rechtsanspruch auf Überprüfung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Berufsabschlusses mit dem deutschen Referenzberuf, was die Chancen auf eine qualifikationsadäquate Beschäftigung erhöhen soll. Kritikern gilt das Verfahren als zu aufwendig und kompliziert und es fehlten niedrigschwellige Möglichkeiten der Nachqualifizierung bei Nichtanerkennung.

Rund ein Viertel aller Erwerbstätigen in Deutschland arbeitet in ländlichen Regionen. Charakteristisch für den Arbeitsmarkt in ländlichen Regionen ist ein hoher Anteil kleiner Betriebe (Mittelstand und Handwerk) und des verarbeitenden Gewerbes (Metallverarbeitung, Nahrungsmittelproduktion, etc.). Der Dienstleistungssektor ist im Vergleich weniger stark ausgeprägt. Dementsprechend ist der Anteil von Hochschulabsolventen geringer, es überwiegen die mittleren Qualifikationen. Die Zahl der Beschäftigten mit einer Berufsausbildung zeigt sich in den ländlichen Regionen deutlich stabiler und die Zahl der Arbeitslosen ist zwischen 1999 und 2012 in ländlichen Regionen stärker zurückgegangen als in den Großstädten.<sup>24</sup> Die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen sind in der Regel lokal stark verankert und sehen ihre Verantwortung auch in der Stärkung des Wirtschaftsstandorts insgesamt. In einigen ländlichen Untersuchungsgebieten konnten aufgrund guter Wirtschaftsbedingungen bessere Zugänge von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt festgestellt werden als dies in vielen großstädtischen Ballungsräumen der Fall ist.

Durch den sich abzeichnenden Fachkräftemangel, der in einigen Branchen des ländlichen Raums, wie dem Pflege- und Gesundheitsbereich, schon deutlich spürbar ist, öffnen sich Kommunen und Unternehmen für Zuwanderer und werben zum Teil bereits aktiv um ausländische Fachkräfte. Die Projekterfahrungen zeigen allerdings auch, dass die Unternehmen hierbei Hilfestellungen benötigen. Die überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen verfügen häufig nicht über die Ressourcen (Personal- und Zeitknappheit), um international Bewerber zu akquirieren. Zudem prägen Kontinuität, Routinen und Traditionen die Strukturen und Arbeitsweisen der Unternehmen im ländlichen Raum, die für neue Mitarbeiter und insbesondere für Migrantinnen und Migranten eine Hürde darstellen können.

## Interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung

Für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommunen im ländlichen Raum sind die Etablierung eines Klimas der Offenheit und Toleranz und die interkulturelle Öffnung der Institutionen von zentraler Bedeutung. Interkulturelle Öffnung ist als ‚soziale Öffnung‘ zu verstehen, mit dem Ziel, gerechte Teilhabemöglichkeiten aller Bürger an Angeboten und Dienstleistungen der kommunalen Institutionen herzustellen. Dabei gilt es, das Verwaltungshandeln auf allen Ebenen (Leitbild, Kommunikation, Umgang, Mitarbeiterstruktur, Ressourcenverteilung etc.) kritisch zu reflektieren, unbewusste Diskriminierungsmechanismen aufzudecken und einen ‚barrierefreien‘ Zugang zu ermöglichen. Zuwanderer müssen sich in den Institutionen wiederfinden, damit sie einen Anreiz haben, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren. Die Präsenz von Zuwanderern als Beschäftigte in öffentlichen Institutionen fördert zudem deren Anerkennung und eine Normalisierung des Zusammenlebens.

Interkulturelle Öffnung als Prozess der Organisations- und Personalentwicklung war für die meisten der am Projekt *Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel* beteiligten Kommunen neu. Zudem hatten die Kommunen meist weder Wissen über den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in ihren Verwaltungen noch existierten bisher Konzepte zu ihrer gezielten Anwerbung. Dort, wo er bekannt war, lag der Beschäftigtenanteil in der Regel im unteren einstelligen Prozentbereich, also weit unter dem realen Anteil von Migrantinnen und Migranten an der lokalen Bevölkerung. Das im Rahmen des Projektes angebotene Seminar- und Coachingverfahren zur interkulturellen Öffnung umfasste vier aufeinander aufbauende Schritte und verfolgte dabei einen Top-down-Ansatz.<sup>25</sup> In Auftaktworkshops wurde zunächst die Führungsebene für das Thema interkulturelle Öffnung sensibilisiert und strategische Ziele vereinbart. Trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Projektkommunen sind die erarbeiteten strategischen Ziele durchaus vergleichbar. An erster Stelle steht die Stärkung der Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort, die Stabilisierung der Bevölkerungszahl beziehungsweise ein Zuwachs der Bevölkerung, die Fachkräftesicherung und die Schaffung einer Willkommenskultur zur Anwerbung qualifizierter Fachkräfte.

In anschließenden Workshops mit der Personalleitungsebene wurden Bausteine eines interkulturellen Personalmanagements geprüft. Konkrete Maßnahmen wurden dann von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgewählter Pilotabteilungen in mehrtägigen Workshops entwickelt und als Elemente zur Implementierung interkultureller Öffnung in der Verwaltung verabredet. Als Maßnahmen sind in erster Linie solche vorgesehen, die die Sprachbarrieren überwinden helfen, so zum Beispiel mehrsprachige Hinweisschilder in der Verwaltung und mehrsprachige Informationen als Broschüren oder als Internetangebot. Hinzu kommen Maßnahmen des Personalmarketings, wie veränderte Stellenausschreibungen unter Einbeziehung interkultureller Kompetenz als Anforderungsprofil zukünftiger Bewerberinnen und Bewerber. Maßnahmen, die eine Veränderung der Organisationsstruktur zum Ziel haben, waren nicht in der Diskussion. Die Phase der Umsetzung wurde im Anschluss durch das imap-Institut beratend begleitet und in einem abschließenden Workshop die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Schritte geprüft.

Auch wenn eine Sensibilisierung für interkulturelle Öffnungsprozesse und ein Bewusstsein für die Verknüpfung mit kommunalen Zukunftsfragen bei den Führungskräften und Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern erreicht werden konnte, so ist doch insge-

samt offen, ob es wirklich gelingt, interkulturelle Öffnung als Change-Prozess in den Verwaltungen der am Projekt beteiligten Städte nachhaltig zu verankern. Wichtig wäre, dass die Führungsebene diese Ziele intensiv weiter verfolgt, Ressourcen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür freistellt und um Akzeptanz für diesen Veränderungsprozess wirbt.

## Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur

Um die Attraktivität der Gesellschaft für Zuwanderer zu steigern, wird vermehrt über die Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur diskutiert. Hinter der Doppelbegrifflichkeit verbergen sich zwei zu unterscheidende Ansätze. Die Willkommenskultur richtet sich an Neuzuwanderer, unterstützt diese bei der Ankunft und dem Einleben in die Aufnahmegesellschaft. Die Anerkennungskultur richtet sich im Unterschied dazu an die bereits länger ansässigen Zuwanderer und zielt auf die Wertschätzung ihrer bisherigen Leistungen. Die Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur zielt insgesamt auf Toleranz und Respekt gegenüber Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln und steht in engem Zusammenhang mit Fragen der interkulturellen Öffnung.

Einzelne Elemente einer Willkommens- und Anerkennungskultur sind in fast allen beteiligten Projektkommunen vorhanden beziehungsweise werden entwickelt. Das Spektrum reicht von Neubürgerempfangen beim Bürgermeister über mehrsprachige Info-Flyer zu kommunalen Angeboten, von den Kommunen selbst organisierten Sprach- und Förderkursen bis zur Einsetzung von ehrenamtlichen Integrationslotsen<sup>26</sup> und Patenschaftsprogrammen.

Über weitergehende Maßnahmen und Strategien finden in einigen Projektkommunen derzeit Verständigungsprozesse gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft statt. Dabei wird die Schaffung einer zentralen Servicestelle für Zuwanderer (Welcome Center) aufgrund mangelnder Ressourcen eher zurückhaltend bewertet. In diesem Zusammenhang wäre die Rolle der Ausländerbehörden zu prüfen, sie ist erste Anlaufstelle für die Zuwanderer und damit erster Zugang zum Aufnahmeland. Die interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde wäre ein wichtiger Baustein zur Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur. Hierfür müsste die Behörde ein neues Selbstverständnis als Dienstleister und Servicestelle entwickeln, was die Abkehr von einer rein ordnungsrechtlichen- und sicherheitspolitischen Sicht bedeuten würde. In einem Modellprojekt<sup>27</sup> des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird derzeit geprüft, ob und wie Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden entwickelt werden können.

## Wichtige Impulse durch aktive Landespolitik

Einen großen Einfluss auf die Ausgestaltung kommunaler Integrationspolitik haben das integrationspolitische Selbstverständnis der übergeordneten politischen Ebenen (Land und Bund) und die Bereitschaft, den Kommunen Mittel und Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Hervorzuheben ist das KOMM-IN-Programm<sup>28</sup> des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung einer strategischen Ausrichtung der kommunalen Integrationsarbeit, das in den letzten Jahren auch in den Kommunen des ländlichen Raums wichtige Impulse für den Aufbau kommunaler Integrationsstrukturen gegeben hat. Nach Auslaufen des Programms

wird seit 2012 auf einer neuen gesetzlichen Grundlage<sup>29</sup> der Aufbau von Kommunalen Integrationszentren auf Landkreisebene durch die Übernahme von Personalkosten unterstützt. Andere Bundesländer, wie Hessen, Niedersachsen und Baden-Württemberg, bieten mittlerweile vergleichbare Programme für die Kommunen an. Die Länder haben erkannt, dass eine strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik von entscheidender Bedeutung für deren Erfolg ist und investieren deshalb vermehrt in den Aufbau von Strukturen als in Einzelprojekte.

## Anmerkungen

- 1 Informationen zu den Projekten unter [www.integrationspotenziale.de](http://www.integrationspotenziale.de).
- 2 In den zur Verfügung stehenden Statistiken wird manchmal zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und manchmal nur nach deutscher und ausländischer Bevölkerung unterschieden. Seit dem Mikrozensus 2005 (periodische Stichprobenerhebung des Statistischen Bundesamtes) wurde erstmals die Bevölkerung mit Migrationshintergrund erfasst, dazu zählen alle Personen, die nach 1949 zugewandert sind, als Ausländer in Deutschland geboren sind oder von denen mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft bzw. selbst zugewandert ist. Je nach Datengrundlage wird im Text entweder auf Menschen mit Migrationshintergrund oder auf ausländische Personen Bezug genommen.
- 3 Kategorisierung nach laufender Raumbearbeitung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Raumordnungsbericht 2011.
- 4 Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Fachserie 1, Reihe 2.2., Wiesbaden 2010.
- 5 Spätaussiedler sind deutsche Volkszugehörige aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten, die seit dem 1. Januar 1993 im Wege eines speziellen Aufnahmeverfahrens nach Deutschland übersiedelt sind. Vorher nannte man sie nach dem Bundesvertriebenengesetz Aussiedler.
- 6 Schader-Stiftung (Hg.), Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt 2011, 58.
- 7 Der Mangel einheimischer Arbeitskräfte ab den 1950er Jahren veranlasste die DDR Arbeiter aus damals sozialistischen Ländern wie Ungarn, Polen, Algerien, Kuba, Mosambik und Vietnam anzuwerben. Sie durften maximal zwei Jahre bleiben und lebten streng isoliert in Wohnheimen. Private Kontakte mit Einheimischen waren dabei unerwünscht. Wer die Arbeitsnorm nicht erfüllte, gegen die „sozialistische Arbeitsdisziplin“ verstieß oder schwanger wurde, musste vorzeitig zurückkehren. 1989 lebten 94.000 Vertragsarbeiter in der DDR, darunter 60.000 Vietnamesen.
- 8 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014.
- 9 Schader-Stiftung (Hg.), Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt 2011, 19.
- 10 Annegret Boos-Krüger, Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet. In: Schader-Stiftung u.a. (Hg.), Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt, Darmstadt 2005, 407–444.
- 11 Schader-Stiftung (Hg.), Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt 2011, 21.
- 12 Bundesregierung (Hg.), Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen, Berlin 2011, 65.
- 13 Das Programme for International Student Assessment (PISA) ist die internationale Schulleistungsstudie der OECD. Im Abstand von drei Jahren werden seit 2000 die Kompetenzen 15-Jähriger gemessen.
- 14 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 9. Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2012, 82–84.
- 15 Das Übergangssystem bezeichnet Bildungsangebote für Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz gefunden und ihre Pflichtschulzeit noch nicht erreicht haben. Diese sind meist einjährig und sollen die Ausbildungsreife fördern. Die Angebote werden oft als Warteschleife kritisiert.

- 16 Insgesamt wurden von 2007 bis 2012 332 migrantische Frauen überwiegend türkischer und arabischer Herkunft zu Stadtteilmüttern in den Neuköllner Quartiersmanagementgebieten zu Themen wie Erziehung, Bildung, Gesundheit und Sprache ausgebildet. Das neu erworbene Wissen geben die Stadtteilmütter an migrantische Familien mit Kindern bei Hausbesuchen weiter.
- 17 Schader-Stiftung (Hg.), Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt 2011, 126–127.
- 18 Dieser Managementansatz steht über den Interessen einzelner Bildungsinstitutionen. Er dient vor allem dazu, die unterschiedlichen Zuständigkeiten für die Bildung in der Region zusammenzuführen. Damit wird die Qualität der Bildungsangebote vor Ort gestärkt, das Erreichen von Zielgruppen verbessert und das Zusammenwirken der Akteure erleichtert. Das bundesweite Programm *Lernen vor Ort* hat diesen Ansatz in Modellvorhaben unterstützt.
- 19 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 9. Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2012, 118.
- 20 Leo Kaas/Christian Manger, Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment. Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS), <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-214529> (1.11.2014).
- 21 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.), Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben. Zweiter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages, Berlin 2013.
- 22 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), OECD Employment Outlook. Paris. Online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/els/emp/oecdemploymentoutlook.htm> (1.1.2013).
- 23 Mit dem Anerkennungsgesetz des Bundes werden die Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen im Zuständigkeitsbereich des Bundes vereinfacht, vereinheitlicht und für bisher nicht anspruchsberechtigte Zielgruppen geöffnet. Entsprechende Landesregelungen haben mittlerweile fast alle Bundesländer verabschiedet oder befinden sich im Gesetzgebungsverfahren.
- 24 Schader-Stiftung, Dokumentation Expertenworkshop: Fachkräftemangel und Fachkräftesicherung in ländlichen Regionen am 26./27. September 2013, Darmstadt 2013, 15.
- 25 imap GmbH – Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung, Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Zwischenbericht, unveröffentlichter Arbeitsbericht, Düsseldorf 2013.
- 26 Integrationslotsen unterstützen Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem Neuzuwanderer, dabei, Hemmschwellen zu überwinden und bürokratische Hürden zu meistern. In der Regel haben sie selbst einen Migrationshintergrund und wirken als Mittler zwischen den Kulturen und als Brückenbauer in die Aufnahmegesellschaft. Damit ergänzen sie die bestehenden Angebote vor Ort und bieten bei Bedarf direkte themenspezifische, kultursensible und häufig auch mehrsprachige Unterstützung an.
- 27 Seit Oktober 2013 fördert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Modellprojekt *Ausländerbehörden-Willkommensbehörden* an zehn Standorten in zehn Bundesländern.
- 28 Das Programm *KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen* hat von 2005 bis 2012 Vernetzung und strategische Steuerung von Integrationsangeboten und -hilfen in Städten und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.
- 29 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen.

# Die Erwerbsintegration von MigrantInnen in der ländlichen Steiermark im Kontext der Zuwanderungsgeschichte

## Einleitung

In Österreich leben mehr als 1,4 Millionen Menschen, die nicht in Österreich geboren wurden, und 1,1 Millionen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.<sup>1</sup> Das entspricht einem Anteil von 16,6 Prozent bzw. 12,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2014.<sup>2</sup> Daten zur regionalen Verteilung deuten darauf hin, dass Migration vor allem ein städtisches Phänomen ist. Während von der Bevölkerung österreichischer Herkunft etwa ein Drittel in größeren Städten (mit zumindest 20.000 EinwohnerInnen) lebt, beträgt dieser Anteil bei der Bevölkerung ausländischer Herkunft<sup>3</sup> mehr als 62 Prozent. In diesen Gemeinden liegt der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft im Schnitt bei ca. 30 Prozent. Dahingegen sind in sehr kleinen Gemeinden (mit weniger als 5.000 EinwohnerInnen) nur etwa neun Prozent der Bevölkerung ausländischer Herkunft.<sup>4</sup> Insgesamt lassen sich auch in ländlichen Räumen Migrationsprozesse beobachten und in manchen ländlichen Regionen stellen Migrantinnen und Migranten einen wachsenden Bevölkerungsanteil dar.

Dieser Beitrag setzt hier an und geht der Frage nach, in welchem Zusammenhang die Erwerbsintegration von migrierten Personen in der ländlichen Steiermark mit der Zuwanderungsgeschichte steht. Prämisse der folgenden Ausführungen ist, dass sich aus den regionalen historischen Erfahrungen, individuellen Migrationsgründen und strukturellen Veränderungen in den ländlichen Räumen unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Teilhabemöglichkeiten und Integrationschancen von Zuwanderern und Zuwanderinnen ergeben.

## Theoretische Herangehensweise

In diesem Beitrag werden exemplarisch relevante historische Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene herausgegriffen und in ihren Auswirkungen auf die Zuwanderung in die Steiermark sowie auf die vorhandenen Rahmenbedingungen und strukturellen Gegebenheiten der Arbeitsmarktintegration von migrierten Personen, insbesondere im ländlichen Raum, beschrieben. Der Analyse liegt die Annahme aus der Intersektionalitätsforschung zugrunde, dass die Erwerbschancen von Migrantinnen und Migranten aufgrund verschiedener, sich teils gegenseitig verstärkender Faktoren eingeschränkt sein können. Diese Faktoren sind in historische Prozesse eingebettet, die einem Wandel unterliegen können und damit zu Änderungen in der sozialen Position führen können. Sie zeigen sich zwar

auf individueller Ebene, können jedoch strukturell determiniert sein.<sup>5</sup> Nina Degele und Gabriele Winker begreifen Intersektionalität

„als kontextspezifische, gegenstandsbezogene und an sozialen Praxen ansetzende Wechselwirkungen ungleichheitsgenerierender sozialer Strukturen (d.h. von Herrschaftsverhältnissen), symbolischer Repräsentationen und Identitätskonstruktionen.“<sup>6</sup>

Hierbei wird somit vom Zusammenspiel individueller und struktureller Faktoren ausgegangen, die zu Doppel- oder Mehrfachbenachteiligungen führen. Allerdings besteht keine Einigkeit darüber, welche Faktoren dies sind und wie sie gewichtet werden sollten. Degele und Winker folgend werden hier Klasse, Geschlecht, Ethnizitäten/*race*<sup>7</sup> und Körperlichkeit als zentrale Strukturkategorien verstanden.<sup>8</sup> Degele und Winker ziehen diese vier Kategorien heran, um „die soziale Lage von Gesellschaftsmitgliedern aus ihrer Stellung zum Arbeitsmarkt und ihrer Verantwortung für die Reproduktion der Arbeitskraft“<sup>9</sup> zu ermitteln und zu beschreiben. Dieser Ansatz ermöglicht es zusätzlich zur Erwerbsarbeit auch die Reproduktionsarbeit miteinzubeziehen und den Blick um Genderkomponenten zu erweitern.<sup>10</sup> Degele und Winker gehen davon aus, dass alle vier Strukturkategorien „Prozesse und Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Akkumulationslogik“<sup>11</sup> beschreiben. Damit können ihnen Herrschaftsverhältnisse<sup>12</sup> zugeordnet werden, die wiederum untereinander verbunden sind. Werden die Beziehungen dieser Herrschaftsverhältnisse in historische Prozesse eingebettet betrachtet, zeigt sich auch der damit einhergehende Wandel. Bezogen auf Zuwanderung und Integrationsprozesse in der Steiermark müssen zum einen historische Ereignisse<sup>13</sup> im Ausland, insbesondere in den Nachbarländern, im Inland und auf der regionalen Ebene berücksichtigt werden. Zum anderen sind die Auswirkungen und Prozesse, mit denen diese geschichtlichen Ereignisse verbunden sind, zu beachten. Historische Ereignisse auf allen drei Ebenen – im Ausland, im Inland, regional – können eine Neupositionierung von Migrantinnen und Migranten innerhalb des Kategoriensystems nach Degele und Winker auslösen und häufig mit einem Wandel der Herrschaftsverhältnisse verbunden sein. Eine erste Neupositionierung ergibt sich bereits durch die Migration an sich: Obwohl sich die Rahmenbedingungen stark unterscheiden können, vollzieht jeder Migrant und jede Migrantin einen Wechsel in eine zumeist größtenteils unbekannte und manchmal sehr unterschiedliche Gesellschaft. Eine weitere Änderung der Position im Kategoriensystem kann sich durch nationale Prozesse ergeben, wie in Österreich etwa durch Neuerungen im Asylwesen und im Fremdenrecht seit den 1990er Jahren oder in der Integrationspolitik, die die Rahmenbedingungen für Migrantinnen und Migranten in allen Bundesländern nachhaltig beeinflusst haben. Auch im regionalen Kontext können Veränderungen stattfinden, die die Möglichkeiten der Zuwandernden vor Ort beeinflussen.

## Empirische Datenbasis

Der Beitrag beruht auf dem reichen empirischen Material der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in der Steiermark.<sup>14</sup> Der Schwerpunkt der Forschungsarbeit lag zum einen auf der Evaluierung acht arbeitsmarktpolitischer



Modellprojekte, die im Rahmen des Förderschwerpunkts 3b des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Programmperiode 2010–2011 umgesetzt wurden. Zum anderen sollten individuelle und strukturelle Hürden bei der Erwerbsintegration analysiert werden. Zielgruppen der Projekte waren „arbeitsmarktferne Personen, insbesondere Frauen und Jugendliche mit Migrationshintergrund“.<sup>15</sup>

Diese Forschungsergebnisse werden nachfolgend mit einer Literaturanalyse zur österreichischen und, soweit vorhanden, steirischen Zuwanderungsgeschichte seit 1945 sowie mit der Auswertung verfügbarer demografischer Regionaldaten für die Steiermark verknüpft. Anhand von sechs Fallbeispielen aus den Bereichen Heiratsmigration, Aufwachsen als Angehöriger der Zweiten Generation sowie Flucht werden unter Anwendung des Kategoriensystems von Degele und Winker die Positionierungen von Migranten und Migrantinnen in der ländlichen Steiermark analysiert. Im Zuge der Evaluierung wurden 65 leitfadengestützte Interviews mit 41 Projektteilnehmerinnen und 17 Projektteilnehmern durchgeführt. Im Rahmen von vier Fokusgruppen wurden Fragen zu strukturellen und systembedingten Schwierigkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestellt. Zu zwei Fokusgruppen wurden Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitsmarktservices, der Regionalmanagements, der Sozialpartner, Landesbehörden und NGOs eingeladen; in zwei weiteren Fokusgruppen wurde das Gespräch und die Diskussion mit den SozialarbeiterInnen, MitarbeiterInnen und LeiterInnen der evaluierten Modellprojekte gesucht.

## Verwendete Daten – die Modellprojekte und die daran Teilnehmenden

Die Modellprojekte unterschieden sich stark im Aufbau und der Ausrichtung der Maßnahmen sowie in der Zusammensetzung und im Hintergrund der Teilnehmenden. Insgesamt nahmen 701 Personen mit Migrationshintergrund an einem der acht Projekte teil. Die große Mehrheit zählte zur ersten Generation (wanderte also selbst zu), viele stammten aus Drittstaaten (vgl. Tabelle 1). Ein Viertel der Projektteilnehmenden mit Migrationshintergrund waren österreichische Staatsangehörige. Die Migrantinnen und Migranten aus anderen EU-Ländern stammten vor allem aus seit 2004 beigetretenen Staaten.

Den höchsten Anteil von Drittstaatsangehörigen hatte das Projekt *Graz-Jobs* mit 75 Prozent, das Transitarbeitsplätze anbot und die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zum Ziel hatte. Auch in den Projekten *Produktionsschulen Steiermark* und *Mia\_san* stammten mehr als 60 Prozent der jugendlichen Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten. Die sogenannten Produktionsschulen versuchen jungen Arbeitssuchenden in einer Kombination aus praktischer Arbeit, Fachunterricht und sozialer Hilfestellung den Übergang in die eigene Erwerbstätigkeit zu erleichtern. *Mia\_san* richtete sich ausschließlich an junge Frauen und unterstützte sie in der beruflichen und sozialen Orientierung, um sie in eine weiterführende Schule, Arbeit, Lehrstelle oder berufsvorbereitende Maßnahme zu bringen. Bei der *Berufsfindungsbegleitung Migration (BFB Migration)*, die an Schulen angeboten wurde, stammten vergleichsweise wenige jugendliche Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten (32 Prozent), viele waren österreichische Staatsangehörige (43 Prozent).

Tabelle 1: Die Teilnehmenden an den Modellprojekten mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregionen/-ländern und Migrationsgeneration

	EU	Ehemaliges Jugoslawien (ohne Slowenien)	Türkei	Russische Föderation	Andere	Insgesamt
absolute Werte						
1. Generation	118	79	61	118	234	610
2. Generation	22	34	11	0	11	78
Insgesamt	140	113	72	118	245	688
Anteile (Zeilenprozentwerte)						
1. Generation	19,3	13,0	10,0	19,3	38,4	100
2. Generation	28,2	43,6	14,1	0,0	14,1	100
Insgesamt	20,3	16,4	10,5	17,2	35,6	100

Anmerkung: Bei 13 TeilnehmerInnen fehlte die Information zur Migrationsgeneration und/oder zur Herkunft. Sie konnten deshalb in dieser Auswertung nicht berücksichtigt werden.

Quelle: ProjektteilnehmerInnen-Dokumentationssystem, eigene Auswertung

In allen Projekten überwog der Anteil der ersten Generation deutlich, mit Anteilen zwischen 81 (Produktionsschulen) und 100 Prozent (*Graz-Jobs*). Nur bei *BFB Migration* war der Anteil mit 57 Prozent wesentlich niedriger.<sup>16</sup> Ein Viertel der Migrantinnen und Migranten hatte einen Fluchthintergrund<sup>17</sup>, vor allem *Graz-Jobs* (39 Prozent), *Mia\_san* (33 Prozent) und die Produktionsschulen (29 Prozent) hatten auch hier höhere Anteile.

Neben den genannten Projekten wurden auch Kompetenzprofilerhebungen (*Kompetenzprofilerhebung und Bildungsberatung*), Mentoring für Migrantinnen (*Interkulturelles Mentoring Oststeiermark*), Coachings in Kombination mit Praktika (*Lernfabrik*) sowie stunden- und fallweise Beschäftigungsmöglichkeiten (*ERfA-Integrationsmodell*) angeboten.

Die Projekte *ERfA*, *Graz-Jobs* und *Mia\_san* waren nur in Graz angesiedelt. Das Projekt *Kompetenzprofilerhebung* wurde auch in den Bezirken Bruck/Mur, Leibnitz und Feldbach durchgeführt. Die *Lernfabrik* hatte neben Graz auch einen Standort in Leibnitz und die *Produktionsschulen Steiermark* haben neben Graz auch Standorte in Bruck/Mur, Kapfenberg und Deutschlandsberg. *BFB Migration* wurde nur außerhalb von Graz umgesetzt und war fast steiermarkweit tätig. Das *Interkulturelle Mentoring Oststeiermark* wurde als Einzelprojekt in St. Johann bei Herberstein für Migrantinnen angeboten.

## Migration – ein „natürliches“ Phänomen?

Migration bedeutet ganz allgemein „das Überschreiten zweier administrativer Grenzen über längere Zeiträume“.<sup>18</sup> Es handelt sich dabei um einen sehr weit gefassten Begriff, dem Mobilität innewohnt. Migration bezieht sich sowohl auf Wanderungen innerhalb Österreichs als auch auf Wanderungen zwischen Österreich und dem Ausland. Dieser Beitrag befasst

sich vor allem mit der Zuwanderung aus dem Ausland und versteht unter Migranten und Migrantinnen jene in Österreich wohnhaften Menschen, die selbst oder deren Eltern aus dem Ausland zugewandert sind. Die Motive für Wanderungsbewegungen und die Gründe dafür, nach Österreich zu kommen, können dabei sehr vielfältig sein. Zu nennen sind (erwartete) bessere Arbeits- und Einkommensperspektiven als im Heimatland, die aktive Anwerbung (z.B. Gastarbeiter) oder Umwerbung (z.B. Rot-Weiß-Rot-Karte) von ausländischen Arbeitskräften oder die Zuwanderung für Bildungszwecke (z.B. Studium in Österreich, Austauschprogramme für Studierende). Auch persönliche Motive wie etwa Familiennachzug stellen Migrationsgründe dar. Einen besonderen Auslöser für Migrationsbewegungen bilden Verfolgung und Vertreibung aus politischen, religiösen, ethnischen und anderen Gründen sowie Kriegseignisse. Fluchterlebnisse können dabei gesundheitliche Auswirkungen auf physischer und psychischer Ebene haben und zu zusätzlichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen führen. Fluchterfahrungen und ihre Folgen können daher auch das Verhalten im Aufnahmestaat beeinflussen, wie zum Beispiel das Vertrauen in und die Kooperation mit Behörden oder den Zugang und die Aufnahme von Bildung und Arbeit.<sup>19</sup>

Tabelle 2 gibt, basierend auf Daten des Mikrozensus 2008, Auskunft über die Verteilung der Einreisegründe nach Österreich sowie in die Steiermark. Im österreichischen Durchschnitt entfallen die größten Anteile auf die Kategorien Zuwanderung als Kind, Familienzusammenführung und Suche nach Arbeit. Auch in der Steiermark verzeichnet die Zuwanderung als Kind den höchsten Anteil, an zweiter Stelle steht allerdings die Heirat in Österreich und an dritter Stelle die Suche nach Arbeit. Im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt kommt vor allem der Zuwanderung als Kind sowie aufgrund von Heirat eine größere Bedeutung zu. Eine anteilmäßig geringere Bedeutung haben vor allem die Familienzusammenführung und die Suche nach Arbeit.

Tabelle 2: Grund der Einreise nach Österreich von im Ausland Geborenen im Alter von 15 bis 74 Jahren

	Österreich		Steiermark	
	absolut in 1.000	in %	absolut in 1.000	in %
als Kind zugewandert	251,0	23,9	23,7	28,3
Versetzung/Antritt einer Stelle	75,5	7,2	7,7	9,2
Suche nach Arbeit	194,6	18,5	11,6	13,8
Studium, Ausbildung	70,6	6,7	6,8	8,1
Flucht/Asylsuche	97,1	9,2	7,8	9,3
Familienzusammenführung	208,6	19,9	10,8	12,9
Heirat in Österreich	100,4	9,6	11,9	14,2
anderer Grund	52,7	5,0	3,5	4,2
Gesamt	1.050,5	100,0	83,8	100,0

Quelle: Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 19, auf Basis des Mikrozensus 2008

Daten der Eheschließungen seit 1989 zeigen einen starken Anstieg von Eheschließungen zwischen ausländischen und inländischen Staatsangehörigen in der Steiermark. Der Anteil hat sich von 1989 bis 2000 mehr als verdoppelt und bis 2005 mehr als vervierfacht. Seit 2005 sind die Anteile wieder rückläufig (vgl. Tabelle 3). Der Rückgang hängt vermutlich mit Änderungen im Fremdenrecht zusammen. Seit 1. Jänner 2006 wird durch eine Eheschließung nicht mehr automatisch eine Aufenthaltsgenehmigung erworben. Bei den Eheschließungen fällt auf, dass Heiraten zwischen Ausländerinnen und Inländern deutlich häufiger sind als zwischen Inländerinnen und Ausländern.<sup>20</sup>

Tabelle 3: Eheschließungen von 1989 bis 2008 nach Staatsangehörigkeit in der Steiermark

Jahr	insgesamt	Inländer- Inländerin	Inländer- Ausländerin	in %	
				Ausländer- Inländerin	Ausländer- Ausländerin
1989	5.994	94,4	2,5	2,1	1,0
1990	6.321	93,8	3,0	1,6	1,6
1991	6.027	92,5	3,9	1,9	1,6
1992	6.218	89,9	5,0	2,8	2,3
1993	6.018	89,5	4,6	3,4	2,6
1994	6.013	88,4	5,2	3,8	2,7
1995	6.069	87,6	5,9	3,3	3,1
1996	6.124	87,9	5,2	3,6	3,2
1997	6.083	87,1	6,0	3,8	3,0
1998	5.569	88,0	5,9	3,7	2,4
1999	5.503	87,1	6,9	3,6	2,5
2000	5.473	86,4	7,0	4,0	2,5
2001	4.818	81,7	9,8	5,8	2,6
2002	5.028	80,7	9,6	6,9	2,8
2003	4.948	78,4	10,9	8,0	2,6
2004	5.109	76,4	11,2	9,6	2,8
2005	5.476	74,7	12,6	9,6	3,1
2006	5.307	79,4	10,8	6,8	3,0
2007	5.090	83,9	8,3	5,0	2,8
2008	4.891	84,1	8,5	4,2	3,2

Quelle: Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 77, basierend auf Daten von Statistik Austria; eigene Berechnungen

## Räumliche Verteilung von MigrantInnen in der Steiermark

Migration ist in der Steiermark wie in Österreich insgesamt kein neues und nicht nur ein städtisches Phänomen, wie Abbildung 1 für die steirischen Gemeinden zum Stichtag 1. Jänner 2014 zeigt. Dargestellt wird der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft. Das sind jene Personen, die im Ausland geboren wurden und/oder eine ausländische Staatsangehörigkeit haben. Je höher der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft ist, desto dunkler ist das Gemeindegebiet eingefärbt. Im steirischen Durchschnitt lag der Anteil bei elf Prozent. Die größte Gruppe stellen heute in der Steiermark, wie auch in Österreich insgesamt, Migrantinnen und Migranten aus Deutschland (21.000) dar. An zweiter und dritter Stelle stehen in der Steiermark Menschen bosnischer (15.000) und rumänischer Herkunft (13.000); Menschen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (Kroatien 12.000, Serbien, Montenegro und Kosovo ca. 12.000) folgen auf den Plätzen vier und fünf. Weiters sind in der Steiermark Ungarn (ca. 6.000) und die Russische Föderation (ca. 4.000) unter den zehn bedeutendsten Herkunftsländern.<sup>21</sup>

Abbildung 1: Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft in den steirischen Gemeinden zum Stichtag 1. Jänner 2014, in Prozent [Abbildung siehe Druckfassung]



Quelle: [http://www.statistik.at/web\\_de/downloads/karto/them\\_bev\\_herkunft/](http://www.statistik.at/web_de/downloads/karto/them_bev_herkunft/), eigene Adaptierungen

Zwar unterscheiden sich urbane und periphere Regionen teils erheblich in Anteil und Struktur der Migrationsbevölkerung. Auf der Suche nach Arbeitsplätzen bieten die ländlichen Räume häufig weniger Möglichkeiten. Eine geringe Siedlungsdichte geht in ländlichen

Regionen oft mit einer geringeren Infrastrukturdichte einher. Hinzu kommt, dass relevante Anteile der wirtschaftlichen Tätigkeiten auf der Aneignung und Nutzung natürlicher Ressourcen beruhen. Zu nennen sind die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau sowie der Tourismus.<sup>22</sup> Allerdings bestehen bzw. bestanden auch in ländlichen Regionen klassische Industrien, die ausländische Arbeitskräfte nachfrag(t)en. In der industriell geprägten Obersteiermark spielte etwa die Gastarbeitermigration insbesondere in der Montanindustrie eine große Rolle. Die Unterbringung von Asylwerbenden in mittleren bis großen Einrichtungen kann ein anderer Grund für regional höhere Anteile bei der Bevölkerung ausländischer Herkunft in ländlichen Regionen sein. Weiters können saisonale Arbeitsspitzen, insbesondere in der Landwirtschaft und im Tourismus, temporäre Wanderungen von ausländischen Saisonarbeitskräften in ländliche Regionen bedingen. Die anfangs temporär geplante Niederlassung kann dann im Lauf der Zeit dauerhaft werden.<sup>23</sup>

Die Zuwanderungsdynamik verlief in der vergangenen Dekade in der Steiermark regional sehr unterschiedlich. Abbildung 2 zeigt für die steirischen Bezirke zwischen 2002 und 2010 die summierten Salden der Binnenwanderung und Außenwanderung je 1.000 EinwohnerInnen. Im betrachteten Zeitraum verzeichneten nur die Bezirke Graz-Stadt, Graz-Umgebung und Leibnitz sowohl bei der Binnenwanderung als auch bei der Außenwanderung positive Salden. In allen anderen steirischen Bezirken war der Binnenwanderungssaldo negativ. Die Zahl der Wegzüge der ansässigen Bevölkerung überstieg somit die Zahl der Zuzüge aus anderen Bezirken Österreichs. All jene Bezirke, die unterhalb der 45-Grad-Linie in der Abbildung liegen, weisen eine Nettoabwanderung auf. Das bedeutet, dass die Zuwanderung aus dem Ausland die Abwanderung der ansässigen Bevölkerung nicht kompensieren kann. Dies betraf im Zeitraum 2002–2010 zehn der damals noch 17 steirischen Bezirke, nämlich Bruck/Mur, Feldbach, Hartberg, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Liezen, Murau, Mürzzuschlag und Radkersburg.

Abbildung 2: Binnen- und Außenwanderung nach steirischen Bezirken 2002–2010 (je 1.000 EinwohnerInnen)



Quelle: Biffl u.a., Steps 2, 22, basierend auf Daten von Statistik Austria

[Abbildung siehe Druckfassung]

Migrantinnen und Migranten stellen damit auch in manchen ländlichen Regionen einen wachsenden Bevölkerungsanteil dar. Ihre Zuwanderung kann zum Teil den Bevölkerungsrückgang abschwächen. In ihren Erwerbschancen und -möglichkeiten können sie aber in diesen ländlichen Gebieten sehr ungünstigen Rahmenbedingungen gegenüberstehen, die die ansässige Bevölkerung zum Abwandern veranlassen. Eingebettet in Ungleichheitskategorien und den damit verbundenen Herrschaftsverhältnissen können diese individuellen und strukturellen Faktoren zu Benachteiligung und Exklusion führen.

## Zuwanderung in die Steiermark seit 1945

Die steirische Zuwanderungsgeschichte ist – wie auch die österreichische – gekennzeichnet von mehreren Zuwanderungswellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde rund eine Million der zwölf Millionen aus den deutschen Siedlungsgebieten Osteuropas Geflüchteten und Vertriebenen vorübergehend in Österreich aufgenommen. Die größten Flüchtlings- und Auffanglager in der Steiermark befanden sich in Wagna bei Leibnitz in der Südsteiermark und in Kapfenberg in der Obersteiermark.<sup>24</sup> Von den rund 530.000 in Österreich gebliebenen Personen wurden 350.000 bis 1961 eingebürgert.<sup>25</sup>

Der Anstieg der ausländischen Bevölkerung in Österreich in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren ist vor allem auf Arbeitsmigration aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei zurückzuführen, weniger auf die Aufnahme von Flüchtlingen und anderen Personengruppen.<sup>26</sup> In der Steiermark hatte die Zuwanderung eine vergleichsweise geringere Bedeutung: 1971 entfielen 7.328 der in Österreich ansässigen 150.216 Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter auf die Steiermark. Während somit nur fünf Prozent aller immigrierten Arbeitskräfte in der Steiermark beschäftigt waren, lebten 16 Prozent der österreichischen Bevölkerung in der Steiermark. Im „Wendejahr“ 1989 gab es einerseits einen konjunkturbedingten Zuzug an ausländischen Arbeitskräften und andererseits setzte eine stetige Flüchtlingsbewegung in die Steiermark ein. Die erste größere, die in der Steiermark wahrgenommen wurde und sich in steigenden Zahlen von Asylwerbenden widerspiegelte, war dabei die Flüchtlingsbewegung aus Rumänien 1990/91. Von 1989 bis 1993 erhöhte sich der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung auf mehr als drei Prozent.<sup>27</sup> In diesem Zeitabschnitt war erstmals seit 1974<sup>28</sup> wieder ein Bevölkerungsanstieg im Zuge von Migrationsbewegungen aus dem Ausland in die Steiermark zu verzeichnen.<sup>29</sup> Die anhaltende Migration in die Steiermark im Zuge der Ostöffnung führte zu einem ansteigenden Bevölkerungsstand bis 1994, worauf von 1995 bis 2000 wieder ein Bevölkerungsrückgang folgte. Seit 2001 wächst die steirische Bevölkerung aufgrund positiver Wanderungsbilanzen erneut, die Geburtenbilanzen sind in der Steiermark schon seit 1997 negativ.<sup>30</sup>

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war von starken konjunkturellen Schwankungen gekennzeichnet. In den 1950er Jahren herrschte hohe Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt aufgrund der Rückkehr von Flüchtlingen und Heimkehrenden und einer raschen Entagrarisierung<sup>31</sup>. In den 1950er Jahren und Anfang der 1960er Jahre wanderten noch steirische Arbeitskräfte in andere Bundesländer und ins Ausland ab.<sup>32</sup>

In den 1960er Jahren setzte die Zuwanderung der „Gastarbeiter“ ein. Eine wesentliche Grundlage dafür stellte das Raab-Olah-Abkommen 1961 dar, auf dessen Basis jährlich von den Sozialpartnern Kontingente für ausländische Arbeitskräfte ausgehandelt wurden. In weiterer Folge wurden Anwerbeabkommen mit Spanien 1962, mit der Türkei 1964 und mit Jugoslawien 1966 geschlossen.<sup>33</sup> In Konkurrenz mit anderen Anwerbestaaten mit höherem Lohnniveau rekrutierte Österreich vor allem ausländische Arbeitskräfte aus weniger entwickelten Regionen, so etwa aus den jugoslawischen Teilrepubliken Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Arbeitskräfte aus Slowenien und Kroatien gingen überwiegend in westeuropäische Länder mit höherem Lohnniveau wie zum Beispiel Westdeutschland, Schweiz oder Schweden.

Die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter stammten in der Steiermark fast ausschließlich aus Jugoslawien (1971: 99,1 Prozent). Die Arbeitskräftezuwanderung dieser Zeit war dabei kein vorwiegend männliches Phänomen. 1961 bis 1970 ging ein Fünftel bis etwa ein Drittel der erteilten Beschäftigungsbewilligungen an Frauen.<sup>34</sup> In der Steiermark waren die angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte vor allem im Baugewerbe, in der Textilbranche, in den persönlichen Dienstleistungen, im Reinigungsgewerbe sowie im Gastgewerbe beschäftigt.<sup>35</sup> Dabei waren sie großteils als „Arbeiter“ tätig.<sup>36</sup> Innerhalb der Steiermark war die Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte sehr unterschiedlich. Am höchsten (über 5 Prozent) waren die Anteile ausländischer Arbeitskräfte in Graz, Graz-Umgebung, Liezen, Leoben, Bruck an der Mur und Bad Radkersburg. Bei 2,5 bis 5 Prozent lagen die Anteile in Judenburg und Knittelfeld, unter 2,5 Prozent in den Bezirken Murau, Voitsberg, Deutschlandsberg, Leibnitz, Feldbach, Gleisdorf, Fürstenfeld, Weiz, Hartberg und Mürzzuschlag (vgl. auch Abbildung 1 oben). Es waren somit die Bezirke mit verarbeitendem Gewerbe, Industrie und Bauwesen, Beherbergungs- und Gaststättenwesen sowie Land- und Forstwirtschaft, die höhere Anteile von Arbeitsmigrantinnen und -migranten verzeichneten.<sup>37</sup> Die ausländischen Arbeitskräfte waren in Zeiten der Gastarbeiterzuwanderung vor allem in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt, was sich nicht zuletzt aus der Besitzstruktur der Großbetriebe in Österreich ergab. Der Staat und verstaatlichte Banken waren bis Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre Eigentümer der Großbetriebe, wodurch die Einflussmöglichkeiten von Parteien und Gewerkschaften auf die Rekrutierung der Belegschaft groß waren.<sup>38</sup> Der Schutz der inländischen Arbeitskräfte war ein explizites Ziel gewerkschaftlicher Politik, was auch im Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1975 gesetzlich verankert wurde.<sup>39</sup> Diese Strukturen führten zur Segmentierung des Arbeitsmarktes. Es waren Branchen und Tätigkeiten mit niedrigem Lohnniveau, unangenehmen Arbeiten, Schicht- und Akkordarbeit und hohen Risiken konjunktureller und saisonaler Arbeitslosigkeit, in denen ausländische Arbeitskräfte Beschäftigung fanden. Inländische Arbeitskräfte konnten dort nicht gehalten werden.<sup>40</sup>

Der wirtschaftliche Strukturwandel vor allem in den 1980er und 1990er Jahren mit der Privatisierung der verstaatlichten Industrie und von Großbetrieben, der einsetzenden Globalisierung und Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland hat zu veränderten Arbeitsangeboten geführt. Auch heute sind Ausländerinnen und Ausländer stärker von konjunkturellen Schwankungen betroffen, da sie stärker in Branchen tätig sind, die handelbare Güter erzeugen. Das betrifft im industriell-gewerblichen Bereich die Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie sowie die Nahrungsmittelerzeugung und Dienstleistungsbereiche, die – wie vor allem der Tourismus – unter starkem internationalen Wettbewerbsdruck stehen. Die Konzentration in diesen Bereichen hat auch damit zu tun, dass es sich um Niedriglohnsegmente handelt.<sup>41</sup>



Im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt ist die Steiermark weiterhin ein stärker industrieorientiertes Bundesland, in dem die Metallindustrie sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau wichtige Beschäftigungsbereiche sind. In diesem Zusammenhang steht auch der im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt höhere Anteil von Erwerbstätigen, die über Leihfirmen vermittelt und beschäftigt werden. Betriebe erweitern ihre Kernbelegschaften um flexible Arbeitskräfte, die rasch verfügbar und zeitlich befristet eingesetzt werden können.<sup>42</sup>

Auch heute zählt die Steiermark zu den Bundesländern mit vergleichsweise niedrigem Anteil ausländischer Beschäftigter. Im Vergleich zu den 1970er und 1980er Jahren hat sich das Niveau aber deutlich erhöht und auch in der Steiermark sind knapp elf Prozent der Beschäftigten ausländische Staatsangehörige (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich nach Bundesländern 1973, 1984 und 2013

	Beschäftigte 1973		Beschäftigte 1984		Beschäftigte 2013	
	gesamt	davon Ausländer- Innen in %	gesamt	davon Ausländer- Innen in %	gesamt	davon Ausländer- Innen in %
Wien	771.130	11,5	731.026	8,7	791.327	22,7
Niederösterreich	397.428	6,6	427.757	3,5	579.548	13,5
Steiermark	369.344	4,3	383.230	1,4	482.181	10,6
Kärnten	167.850	4,7	171.600	2,3	205.356	10,6
Oberösterreich	405.341	6,3	456.834	2,7	619.721	12,0
Salzburg	157.740	12,2	180.989	6,3	243.940	18,1
Tirol	181.471	9,1	214.699	5,2	312.148	17,9
Vorarlberg	107.864	23,0	115.477	12,9	151.564	21,4
Burgenland	50.138	2,5	62.894	1,0	97.211	20,0
Österreich	2.608.306	8,7	2.744.506	5,1	3.482.996	16,0

Quelle: Matuschek, Ausländerpolitik, 175; [www.dnet.at/bali](http://www.dnet.at/bali)

Die Unterschiede in der Zuwanderungsgeschichte zwischen den Bundesländern zeigen sich auch in den Beschäftigtendaten der Privatwirtschaft, die im Zuge der Evaluierung zum Stichtag 30. September 2009 ausgewertet wurden. Im Österreich-Schnitt stammten 53 Prozent der männlichen und 51 Prozent der weiblichen Beschäftigten mit Migrationshintergrund aus den traditionellen Herkunftsländern der „Gastarbeiter“, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. In der Steiermark lagen die Anteile bei den Männern bei 40 Prozent und bei den Frauen bei 38 Prozent. Dahingegen kommt der regionalen Mobilität aus den Nachbarländern eine wichtige Rolle zu: 12 Prozent der unselbständig beschäftigten Migranten stammten aus Slowenien (Österreich: 2 Prozent), bei den Migrantinnen lag der Anteil bei 11 Prozent (Österreich: 1 Prozent). Weitere 8 Prozent der Migranten stammten aus Ungarn (Österreich: 6 Prozent), bei den Migrantinnen waren es 5 Prozent (gegenüber 4 Prozent im österreichischen Schnitt). Insbesondere Zugewanderte aus Rumänien haben in der Steiermark deutlich

höhere Anteile an den unselbständig Beschäftigten mit Migrationshintergrund: Sie betragen 11 Prozent bei Migranten und 13 Prozent bei den Migrantinnen, wogegen die Werte für ganz Österreich bei 4 Prozent bzw. 5 Prozent lagen.<sup>43</sup>

## Heiratsmigration in der ländlichen Steiermark

In der Steiermark ist die Heirat der zweithäufigste Grund für die Einreise nach Österreich. 14 Prozent der Zugewanderten haben sich aus diesem Grund in der Steiermark angesiedelt (vgl. Tabelle 2 und 3 oben).<sup>44</sup> In den Gesprächen mit Teilnehmerinnen der Modellprojekte begegneten wir einigen Frauen, die aus diesem Grund nach Österreich gekommen waren. Festzustellen ist, dass Frauen im Rahmen des Familiennachzugs oder zur Heirat häufig weniger Einfluss auf die Wahl ihres Wohnortes haben, sondern zumindest vorerst in die vom Ehemann bestimmte Umgebung kommen. Die zugewanderten Frauen finden sich in einem neuen gesellschaftlichen Kontext und anderen strukturellen Rahmenbedingungen wieder, in denen sie sich erst einfinden müssen, wie es beispielhaft die Biografie von Jana, einer Teilnehmerin am Interkulturellen Mentoring (IKM), veranschaulicht.

### *Fallbeispiel Jana*

Jana<sup>45</sup> lebt seit 2006 in Österreich. Sie ist mit einem Österreicher verheiratet, lebt in der Oststeiermark und hat (zum Interviewzeitpunkt) zwei Söhne im Alter von drei und zehn Jahren. In ihrem Heimatland hatte sie als Juristin gearbeitet, in Österreich hatte sie bislang nicht gearbeitet. Einerseits wurde 2008 ihr zweiter Sohn geboren, andererseits wusste sie bislang nicht, wie sie in Österreich beruflich anschließen könnte. Vor der Teilnahme am Mentoringprojekt hätte sie viele Sorgen gehabt, was sie in Österreich beruflich machen könnte. Durch die Teilnahme und die Unterstützung ihrer Mentorin hätte sie nun berufliche Perspektiven entwickeln können. Mit ihrer Mentorin wäre sie schon beim Arbeitsmarktservice (AMS) gewesen, um Fördermöglichkeiten für ihren Ausbildungswunsch, Heilmasseurin zu werden, auszuloten. Ihre Mentorin würde sie auch bei den weiteren Wegen unterstützen.<sup>46</sup>

Der Aufbau von sozialen Kontakten und soziale Integration waren nicht nur bei den Teilnehmerinnen des IKM ein wichtiges Thema.<sup>47</sup> Jeder Migrant und jede Migrantin vollzieht einen Wechsel in eine oftmals unbekannte, manchmal sehr unterschiedliche Gesellschaft. Kontakte und Beziehungen müssen erst aufgebaut werden. Der Aufbau von sozialen Kontakten war in den Interviews wiederholt ein wichtiges Teilnahmemotiv, wie es auch eine Teilnehmerin der Produktionsschulen schilderte:

„Es ist schwierig, weil ich keine österreichischen Freunde habe. Ich war immer allein zu Hause mit meinem Mann. Und wenn mein Mann bei der Arbeit war, war ich allein. [...] Wenn ich eine Freundin hätte oder einen Freund wäre das besser, weil ich würde sprechen und meine Sprache wäre immer besser. Aber allein ist es schwierig.“<sup>48</sup>

Darüber hinaus erweisen sich noch folgende Funktionen sozialer Kontakte aufgrund der Interviews als relevant: das Teilen von persönlichen Sorgen, das Entwickeln gemeinsamer oder

neuer Interessen, Abwechslung vom Alltag mit Haushalt und Kindern, Ideen, Unterstützung und Bestärkung beim beruflichen (Wieder-)Einstieg, Erweiterung des sozialen Netzwerkes und Nutzung von Sozialkapital, Unterstützung bei der Entwicklung eines Verständnisses für das österreichische Bildungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftssystem, (neutrale) Vertrauenspersonen außerhalb der Familie.

Die von den interviewten Teilnehmerinnen geschilderten Probleme sozialer Isolation ergeben sich großteils aus dem Zusammenspiel der Strukturkategorien Geschlecht und Herkunft, die durch den ländlichen Kontext verstärkt werden, wenn Angebote fehlen, die Gelegenheiten für neue Kontakte bieten oder die sich auch an Migrantinnen bzw. zugewanderte Familien richten. Weiters war Mobilität ein Thema, wie allein die Teilnahme am IKM zeigte. Das „Haus der Frauen“ in St. Johann bei Herberstein, wo Treffen stattfanden, ist nur sehr eingeschränkt öffentlich erreichbar. Eine Teilnehmerin wurde beispielsweise von Projektmitarbeiterinnen mitgenommen oder von ihrem Ehemann hingebacht und abgeholt.

Untersuchungen zeigen, dass sich die Mobilitätsmuster zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Männer im Haupterwerbsalter pendeln vor allem zwischen Wohnort und Arbeitsplatz, während Frauen vielfältigere Wege zurücklegen, etwa am Weg in die Teilzeitarbeit die Kinder zum Kindergarten bringen, sie nach der Arbeit wieder abholen und am Heimweg noch Einkäufe im Zusammenhang mit der Haushaltsführung erledigen. Frauen verwenden auch häufiger ein öffentliches Verkehrsmittel, verfügen im Durchschnitt seltener über einen Führerschein und haben seltener ein eigenes Auto.<sup>49</sup> Im ländlichen Raum kann die Mobilität somit sehr eingeschränkt sein, wie auch im Steirischen Raumplanungsbericht festgestellt wird:

„Um auch für die peripheren Regionen annähernd gleichwertige (Lebens-)Bedingungen herzustellen, wird eine systematische Verbesserung des Angebotes im öffentlichen Personenverkehr im Sinne von attraktiveren Zugängen, Fahrzeugen und Fahrzeiten sowie die Ausweitung von alternativen Projekten (z.B. Ruftaxis usw.) in allen steirischen Regionen angestrebt.“<sup>50</sup>

Durch Einschränkungen in der Mobilität kann das Aufsuchen von Beratungs- und Anlaufstellen mit einem erhöhten zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden sein oder ganz grundsätzlich schwierig sein. Das kann Auswirkungen auf die Teilnahmemöglichkeiten an Kursen und Trainingsmaßnahmen (AMS-Maßnahmen, Sprachkurse etc.) haben, die Anerkennung von im Ausland abgeschlossenen Ausbildungen erschweren und insgesamt die Erwerbschancen einschränken. Auch bei der Kinderbetreuung ergeben sich Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts. In Verbindung mit sozial tradierten Rollenbildern sorgen die strukturellen Voraussetzungen dafür, dass Mütter oftmals nicht im selben Ausmaß flexibel sein können wie Väter und sie üblicherweise ihre Erwerbstätigkeit (länger) unterbrechen.

## Bildungschancen jugendlicher MigrantInnen im Kontext der Zuwanderungsgeschichte

Die Zuwanderung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern hatte in der Steiermark eine geringere Bedeutung als in anderen Bundesländern. Heute stammen knapp 40 Prozent der

Bevölkerung ausländischer Herkunft in der Steiermark aus Ländern des früheren Jugoslawien oder der Türkei. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Modellprojekte stammten 16 Prozent aus Ländern des früheren Jugoslawien (ohne Slowenien) und 11 Prozent aus der Türkei. Bei den Projektteilnehmenden der ersten Generation stammte weniger als ein Viertel aus diesen Herkunftsregionen, bei jenen der zweiten Generation waren es dahingegen mehr als 50 Prozent (vgl. auch Tabelle 1). Bei den Projektteilnehmenden der ersten Generation dieser Herkunftsregionen kamen mindestens drei Viertel Ende der 1980er Jahre oder später nach Österreich.<sup>51</sup> Für die Projektteilnehmenden der zweiten Generation enthalten die Daten keine Informationen darüber, wie lange ihre Familien bzw. Eltern schon in Österreich leben. Aus den im Zuge der Evaluierung geführten Interviews lassen sich bei den Jugendlichen aber durchaus Bezüge zur österreichischen und steirischen Zuwanderungsgeschichte herstellen. Die Berichte einiger Jugendlicher weisen auf die strukturellen Probleme im österreichischen Bildungssystem hin, die dazu führen, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – trotz langer Zuwanderungsgeschichte – durchschnittlich nach wie vor schlechter abschneiden, höhere Anteile an den Jugendlichen ohne Pflichtschulabschluss haben und öfters keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung absolvieren. Bei internationalen Schulleistungstests erzielen Schülerinnen und Schüler mit türkischem und ex-jugoslawischem Hintergrund im Durchschnitt schlechtere Ergebnisse.<sup>52</sup> Ein Betroffener, den wir im Rahmen der Evaluierung des Projektes *Berufsfindungsbegleitung Migration* interviewt haben, ist Daniel. Im Interview mit ihm kam zum Ausdruck, wie im Zusammenspiel von Klasse, ethnischer Herkunft und Religion sein bisheriger Bildungsweg beeinflusst und erschwert wurde.

### *Fallbeispiel Daniel*

Daniel<sup>53</sup> wurde 1996 in Österreich geboren und lebte zum Zeitpunkt des Interviews in einer 5.000-EinwohnerInnen-Gemeinde in der westlichen Obersteiermark. Seine Eltern stammen beide aus Bosnien. Daniel ist österreichischer Staatsbürger und spricht Deutsch und Bosnisch. Deutsch, so erzählte er, hatte er vor allem schon im Kindergarten gelernt, in der Volksschule sprach er dann fließend Deutsch. Zum Interviewzeitpunkt besuchte Daniel eine Polytechnische Schule. Eigentlich wollte er nach der Hauptschule in die HTL (Höhere technische Lehranstalt) gehen, wurde dort aber nicht aufgenommen, weil seine Noten nicht gut genug gewesen wären. Seine Mutter hätte ihm dann vorgeschlagen, das neunte Schuljahr in der Realschule zu absolvieren. Dort wäre er dann aber auch nicht aufgenommen worden, ein „Österreicher“ mit schlechteren Noten allerdings schon, wie Daniel anmerkte.

In der Hauptschule, berichtete Daniel, war die erste bis dritte Leistungsgruppe in einer Klasse. Das wäre ihm zu viel gewesen und er hätte dem Unterricht nicht mehr gut folgen können. In der Polytechnischen Schule ginge es ihm nun besser, sie wären mehr aufgeteilt und es würde ausführlicher und besser erklärt. Von seiner Klasse hatte zum Interviewzeitpunkt fast jeder eine Lehrstelle. Daniel hatte sich bei einigen Betrieben beworben. Bei einem hatte er die Aufnahmeprüfung nicht bestanden, von zwei weiteren hatte er noch keine Antwort. Seine Mutter hatte Daniel zum AMS begleitet, wo er sich lehrstellensuchend gemeldet hatte. Vom AMS bekam er dann Informationen über gemeldete offene Lehrstellen. Ein im Rahmen von *BFB Migration* absolvierter Eignungstest ergab für Daniel eine Eignung für

den Metall-/Kfz-Bereich. Dieses Ergebnis hatte ihn nicht überrascht, erzählte er, schon in der Hauptschule hätte er durch den Werkunterricht bemerkt, dass ihm der Metallbereich läge. Daniel möchte Maschinenbautechniker werden. Er würde nun ab Herbst eine HTL im Fachbereich Maschinenbau besuchen. Da er schon im 9. Schuljahr gewesen war, wäre er ohne Probleme aufgenommen worden. Daniel erwähnte, dass die Schule wenige Anmeldungen gehabt hätte und alle aufgenommen hätte. Daniel glaubt, dass die HTL eine gute Schule wäre. Daniels Mutter arbeitet in einem Maschinenbauunternehmen. Sie hätte dort Kollegen gefragt und die hätten ihr gesagt, dass es gut wäre, wenn Daniel in die HTL ginge.

Daniel erzählte, dass in der Hauptschule alle „Ausländer“ (einer Schulstufe) in eine Klasse gekommen wären. Die Hauptschulzeit wäre für ihn schwer gewesen, seine Noten wären auch schlechter geworden. Die anderen – „Österreicher“ – hätten sie „blöd“ angedredet, weil sie von woanders herkämen und wegen ihrer Religion. Sie hätten Sachen über ihre Religion gesagt, die nicht stimmten. Wenn in den Medien über Terroranschläge berichtet wurde, hätten sie gesagt, „sie mit ihrer Religion“ wären daran schuld. Er stünde auch dazu, dass seine Mutter nicht so gut Deutsch spräche wie er, sein Vater und sein Bruder, „was soll's?“, so Daniel. Es hätte auch Schlägereien gegeben, weil sie die Sticheleien der anderen Schülerinnen und Schüler nicht mehr ausgehalten hätten. Es hätte aber auch Lehrer gegeben, besonders einen Lehrer, die ihn in seiner Hauptschulzeit unterstützt hätten. Im „Poly“ wäre es dann besser gewesen. Aber auch hier hatte es einen Zwischenfall gegeben. „Einige“ hätten auch gegen sie<sup>54</sup> geredet. Zwei, drei Monate hätten sie nichts gemacht, dann wäre es nicht mehr gegangen und es wäre zu einer Schlägerei gekommen. Sie mussten daraufhin zum Direktor. Dieser hätte gesagt, wenn so etwas noch einmal passierte, dann „flögen“ sie von der Schule. Auch die anderen (die gegen sie geredet hatten) mussten zum Direktor. In der HTL, erwartete Daniel, würde es besser werden. Denn er würde viele Leute kennen, Freunde von ihm gingen auch dorthin.<sup>55</sup>

Daniel erhielt durch das Projekt *BFB Migration*, das an seiner Schule angeboten wurde, Unterstützung bei der Berufsorientierung und er wurde im angestrebten Berufsfeld durch einen Eignungstest bestärkt. Die Grundprobleme haben aber früher begonnen, indem er in einem gesellschaftlichen Umfeld aufwuchs, das stark zwischen den schon lange Ansässigen und den aus dem Ausland Zugewanderten unterschied, und wo es offenbar innerhalb von Schulen durch „Ausländerklassen“ zu Segregation kam.

Durch gesellschaftliche Normalitätsannahmen und Wertemuster werden über bestimmte Personenkategorien und Gruppenkonstruktionen sozial bedeutsame Unterscheidungen zwischen prinzipiell Gleichrangigen und denen, die nicht als Gleichrangige gelten, hergestellt.<sup>56</sup> Dies erfuhr Daniel in seiner Schullaufbahn entlang der vorgenommenen Unterscheidungen nach ethnischer Herkunft, Religion und Sprache: Daniels Schilderungen deuten darauf hin, dass er sich selbst trotz österreichischer Staatsbürgerschaft nicht als Österreicher sieht bzw. sehen kann (er hatte Probleme mit den „Österreichern“). Auch sein muslimisches Religionsbekenntnis wurde von Mitschülerinnen und Mitschülern für Grenzziehungen herangezogen: Daniel und den anderen Jugendlichen mit muslimischem Religionsbekenntnis sei Verantwortung für Terroranschläge zugewiesen worden.

Seine Schilderungen weisen darauf hin, dass die Konflikte an den Schulen nur begrenzt aufgearbeitet wurden. Seine Schilderungen deuten außerdem auf begrenzte Erfahrung, Kompetenzen und Sensibilität der Schulleitung und Lehrkräfte im Umgang mit rassistisch motivierten Konflikten hin. Bei der Klassenzusammensetzung scheinen bewusste Unter-

scheidungen aufgrund der Herkunft und Staatsbürgerschaft der Kinder getroffen worden zu sein. Inwiefern Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund spezifische Unterstützung erfuhren, war in der Vergangenheit auch von engagierten Einzelpersonen abhängig – Daniel erwähnte einen Lehrer, der ihn in der Hauptschule besonders unterstützt hätte. Erst in der jüngeren Vergangenheit wurden einige Maßnahmen eingeführt, um Benachteiligungen frühzeitig abzufangen, wie etwa Sprachstandsfeststellungen im Kindergarten oder der obligatorische Kindergartenbesuch im Jahr vor der Einschulung, um die sprachliche Entwicklung der Kinder zu fördern. Daniel brachte den Deutschspracherwerb positiv mit seinem Kindergartenbesuch in Verbindung.

Die Schilderungen von Daniel geben auch Beispiele dafür, wie das familiäre Kapital (Bildungsniveau, beruflicher Status, Beziehungsnetzwerk, Haushaltseinkommen) den Bildungsweg beeinflussen kann: Im Fall von Daniel scheint die Mutter eine wichtige Stütze in den bisherigen Bildungsfragen gewesen zu sein. Sie begleitete ihn zum AMS, schlug ihm nach der Absage der HTL die Realschule für das 9. Schuljahr vor und erkundigte sich in ihrem Arbeitskollegenkreis über die HTL als Ausbildungsweg. Dies deutet einerseits auf einen guten familiären Rückhalt des Jugendlichen hin, andererseits drückt sich der Einfluss des kulturellen, sozialen und ökonomischen Kapitals auf den Bildungsweg aus: Inwiefern konnten Daniels Eltern ihn auch bei den schulischen Problemen unterstützen (schlechter werdende Noten, Überforderung) oder Nachhilfestunden zukaufen? Inwiefern wussten sie von der offenbar nach Staatsbürgerschaft und ethnischer Herkunft vorgenommenen Klasseneinteilung und wenn, wie bzw. wo reagierten sie darauf? Welche Bildungswege waren ihnen oder in ihrem sozialen Netzwerk bekannt? Im Fall von Daniel wusste die Mutter von der Realschule als Alternative zur Polytechnischen Schule und sie hatte sich über die HTL als Ausbildungsweg erkundigt. Daniel hatte sich außerdem im Betrieb, in dem die Mutter arbeitete, um eine Lehrstelle beworben, war dabei aber an der Aufnahmeprüfung gescheitert.

## Fluchtmigration in die Steiermark

Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 gab es einige regionale politische Krisen in der Umgebung Österreichs, die zu Fluchtbewegungen nach Österreich führten.<sup>57</sup> Während der Ungarnkrise fanden viele Flüchtlinge ihren Weg nach Österreich über die Südoststeiermark. Insbesondere die Bezirke Feldbach, Radkersburg (heute Bezirk Südoststeiermark) und Leibnitz waren in den 1950er Jahren von Fluchtbewegungen betroffen. Diese Region liegt auch im Dreiländereck Ungarn – Österreich – Slowenien, in der, so schreibt Edda Engelke, „Menschen verschiedener Sprachen lange Zeit miteinander oder als respektierte Nachbarn gelebt hatten, die vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg durch scharfe ideologische Grenzen strikt voneinander getrennt wurden“<sup>58</sup>. In der Südoststeiermark verblieben vor allem Flüchtlinge aus dem Grenzland, z.B. aus Szentgotthárd, die verwandtschaftliche Beziehungen in die Region hatten.<sup>59</sup>

In den 1950er Jahren kamen aber nicht nur Ungarn, sondern auch ca. 10.000 Menschen aus Jugoslawien über die Grüne Grenze, die von jugoslawischer Seite streng bewacht wurde, in die Steiermark. Die Einvernahme und Registrierung erfolgten vor allem in den damaligen Bezirken Fürstenfeld und Feldbach. Die wichtigste Einrichtung für die Erstaufnahme von Flüchtlingen aus Jugoslawien war das Lager Wagner im Bezirk Leibnitz.<sup>60</sup> Flüchtlinge

aus der damaligen Tschechoslowakei und Polen kamen offiziell als Touristen nach Österreich und mussten individuell um Asyl ansuchen, es erfolgte aber keine Einzelfallprüfung der Fluchtgründe. Die Flüchtlingswelle nach der Niederschlagung des Prager Frühlings fiel in die Zeit der Rekrutierung von Gastarbeitern und Gastarbeiterinnen in Österreich. Nur wenige stellten einen Asylantrag, sie erlangten als meist gut qualifizierte Arbeitskräfte auch ohne Asylstatus einen sicheren Aufenthalt. Von den 120.000 bis 150.000 polnischen Staatsangehörigen, die sich nach ihrer Flucht 1981/82 in Österreich aufhielten, stellten 33.000 einen Asylantrag.<sup>61</sup> Von den Flüchtlingswellen aus der Tschechoslowakei und Polen war die Steiermark nicht bzw. nur am Rande betroffen.<sup>62</sup> Rainer Bauböck und Bernhard Perchinig stellen fest, dass die Flüchtlinge in der Wahrnehmung der österreichischen Bevölkerung, je später sie kamen, desto weniger „dem Bild der vom Stalinismus unterdrückten und verfolgten Freiheitskämpfer, die mit ihren Füßen für den Freien Westen stimmten“<sup>63</sup>, entsprachen. Seit den 1990er Jahren haben sich die Krisenherde – mit Ausnahme der Kriege im zerfallenden Jugoslawien – wesentlich weiter von Österreich entfernt. Repressionen in der Türkei und anderen Staaten des Mittleren Ostens, vor allem im Irak, Iran und in Afghanistan, brachten Flüchtlinge nach Österreich.<sup>64</sup> In den 2000er Jahren stammten die Flüchtlinge vor allem aus Tschetschenien, Afghanistan, dem Irak und Pakistan.<sup>65</sup>

Der gestiegene Migrationsdruck aus Osteuropa seit dem Fall des Eisernen Vorhangs führte in Österreich zu strengeren Grenzkontrollen, Einschränkungen des Asylrechts und weiteren gesetzlichen Regelungen im Zuwanderungsrecht.<sup>66</sup> Mit 1. Juni 1992 wurde ein neues Asylgesetz eingeführt, dessen Kernprinzip die „Drittlandsklausel“ war. Diese besagt, dass ein Asylantrag abzulehnen ist, wenn der Flüchtling bereits in einem anderen Staat vor Verfolgung sicher gewesen wäre. Alle Nachbarstaaten Österreichs galten als sichere Drittstaaten, da sie die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hatten. Weiters wurde mit dem „temporären Schutz“ ein neuer Status jenseits des Asylrechts geschaffen. Unter diesem Titel wurden ab April 1992 rund 80.000 bis 90.000 bosnische Kriegsflüchtlinge registriert.<sup>67</sup>

Die Kriege im zerfallenden Jugoslawien und der damit einhergehende Zustrom an Flüchtlingen stellte Österreich vor große Herausforderungen bei der Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten. Es wurde die Notwendigkeit gesehen, neue rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Erstmals übernahmen die Bundesländer finanzielle und rechtliche Verpflichtungen in der Flüchtlingsbetreuung.<sup>68</sup> Die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten gestaltete sich allerdings in der Vergangenheit sehr ungleich. Gemäß Wolfgang Gulis werden die meisten Asylwerbenden in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland und Steiermark untergebracht.<sup>69</sup> In der Steiermark waren 2009 84 Prozent der Asylwerbenden in den Bezirken Graz, Graz-Umgebung, Hartberg, Bruck/Mur und Mürzzuschlag untergebracht. 2008 stammte mehr als ein Drittel aus Russland, vor allem aus Tschetschenien, sowie aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Afghanistan und aus dem Irak.<sup>70</sup>

Asylwerbende haben aktuell nur einen sehr eingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Werden sie als Flüchtlinge anerkannt, liegt die letzte Erwerbstätigkeit in ihrem Beruf oftmals schon lange zurück. Hinzu können Probleme bei der Übertragbarkeit ihrer Qualifikationen kommen oder die dafür notwendigen Dokumente fehlen. Je nach Herkunftsregion und Grad der Formalisierung der Ausbildungen kann die Transferierbarkeit sehr unterschiedlich sein. Diese Faktoren sowie die Unterbringung von Asylwerbenden in ländlichen Gebieten der Steiermark haben Konsequenzen für die spätere Arbeitsmarktintegration von anerkannten

Flüchtlingen, wie anhand mehrerer Interviews im Zuge der Evaluierung nachvollzogen werden konnte<sup>71</sup> und nachfolgend anhand der Schilderungen der Fälle von Amin, John, Tomas und Silvia veranschaulicht wird.

### *Fallbeispiel Amin*

Amin<sup>72</sup> kam mit seiner siebenköpfigen Familie 2001 als Flüchtling nach Österreich. Zum Zeitpunkt des Interviews war er 67 Jahre alt und Teilnehmer des Projekts *Graz-Jobs*. Nach ihrer Ankunft in Österreich war die Familie in einer kleinen Gemeinde mit ca. 1.000 EinwohnerInnen im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld untergebracht, wo sie zwei Jahre lebte. Drei der Kinder kamen nach Graz, um dort eine Schule zu besuchen. Amin stellte einen Antrag, um auch nach Graz übersiedeln zu können, denn man könne, so Amin, nicht die Kinder von den Eltern trennen. Ein Sohn war auf der Flucht verloren gegangen und kam erst zwei, drei Jahre später nach Österreich, wo sich die Familie wiederfand. Die Familie konnte dann auch nach Graz übersiedeln und lebte in einer Pension. Nach fünf Jahren, noch während des Asylverfahrens, wurde ihr mitgeteilt, dass sie keinen Anspruch mehr auf diese Unterkunft hätte. Die Familie fand daraufhin nur mit Hilfe der Caritas eine Wohnung. Die Zeit des Wartens beschrieb Amin für sich und seine Familie als „fürchterlich“. Sie hätten nichts unternehmen können, da sie immer auf einen Brief „vom Ministerium“ gewartet hätten – ob sie endlich „eingeladen“ würden. Das wäre vor allem für die Kinder sehr schwer gewesen. Seine Kinder erhielten im Juni 2009 einen positiven Asylbescheid, Amin und seine Frau erst im Juni 2010.

In Kabul besaß Amin zwei Häuser und arbeitete als Pharmahändler, der Medikamente von Großhändlern an Apotheken weiterverkaufte. Durch den Krieg wäre sein ganzer Besitz wertlos geworden. Um in Österreich eine Pension zu erhalten, müssten er und seine Frau nun jeweils mindestens 15 Jahre in Österreich gearbeitet haben, erzählte Amin. Das bedeutete für ihn, dass er noch 158 Monate vor sich hätte. Er würde im Herbst 68 Jahre alt, müsste also bis über 80 arbeiten. Amin sprach gesundheitliche Beschwerden an. Er nähme Medikamente „für die Nerven“, gegen Bluthochdruck, gegen „Zucker“ und zudem hätte seine Sehleistung abgenommen. Amins Frau arbeitete seit 18 Monaten bei der Caritas in der Küche und verdiente etwa 600 Euro. Auch sie wäre krank, sie stünde unter Stress und wäre sehr nervös.

Amin hatte bislang nur einen Deutschkurs besucht, der ihm von ISOP<sup>73</sup> ermöglicht wurde. Er konnte ihn kostenlos besuchen, da seine ganze Familie langjährigen Kontakt mit ISOP hatte. Im Rahmen von *Graz-Jobs* konnte er nun einen zweiten Deutschkurs besuchen. Vom AMS wurden ihm Deutschkurse nicht genehmigt, da laut AMS, so Amin, er in seinem Alter keine Arbeit mehr finden würde. Amin kam durch die Caritas zu *Graz-Jobs*, wo er zuvor fallweise gearbeitet hatte. Der Trainer bei *Graz-Jobs* wäre zunächst skeptisch gewesen. Nach drei Tagen wäre der Trainer aber überzeugt gewesen und hätte gesagt: „Amin ist super. Amin soll bleiben.“ Die Arbeit gefiele ihm sehr gut und er könnte sich vorstellen, in diesem Bereich ein eigenes Geschäft aufzumachen. Leider wäre es in Österreich für ihn „nicht möglich“, selbständig zu werden. Er hätte gerne ein Geschäft, da könnte er sich viel vorstellen, er wisse aber nicht, wie er es schaffen könnte, ein eigenes „business“ aufzumachen. Wie es nach seiner Teilnahme bei *Graz-Jobs* weitergehen würde, war für ihn ungewiss:



„Wenn ich hier fertig bin, [...] dann gibt es bei mir keine Arbeit, ich muss zuhause bleiben. Oder ich gehe und frage nach Arbeit, dann sagen sie: Wie alt sind Sie? Dann sage ich: Im Oktober bin ich 68 Jahre.“<sup>74</sup>

Amin hat eine massive Verschiebung in der sozialen Position erfahren – vom etablierten Pharmahändler mit zwei Häusern in Kabul zum Flüchtling in Österreich, dessen Familie auf der Flucht getrennt wurde, in Österreich teils an verschiedenen Orten untergebracht war und der nicht aus eigener Kraft wirtschaftlich in Österreich Fuß fassen kann. Schon zum Zeitpunkt seiner Ankunft in Österreich war Amin in einem Alter (ca. 57 Jahre), in dem in Österreich viele Erwerbstätige am Übergang in den Ruhestand sind und ältere Arbeitslose besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, da ihre Wiederbeschäftigungschancen vergleichsweise gering sind.<sup>75</sup> Dies wurde ihm auch von Seiten des AMS im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Deutschkurses kommuniziert. Amin könnte sich dahingegen auch jetzt (im Alter von 67 Jahren zum Interviewzeitpunkt) vorstellen, ein eigenes Geschäft zu haben und somit erwerbstätig zu sein. Im Interview sprach er dies auch explizit an, als er festhielt, viel lieber arbeiten zu wollen als Sozialleistungen zu beziehen.<sup>76</sup>

Bei Amin spielt somit die von Degele und Winker definierte Strukturkategorie „Körper“ eine zentrale Rolle im Hinblick auf seine Erwerbschancen. Neben dem Alter sind unter dieser Kategorie auch die geschilderten Gesundheitsprobleme einzuordnen, von denen ein Teil auf fluchtbedingte Belastungen hindeutet (Medikamente für die Nerven, Stress, Nervosität, Bluthochdruck). Die Herkunft beeinflusste seinen Aufenthaltsstatus (Asylwerber) und den damit verbundenen sehr eingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Durch den sogenannten „Bartenstein-Erlass“ aus dem Jahr 2004<sup>77</sup> können Asylwerbende nämlich nur als Saisonkraft eine unselbständige Beschäftigung ausüben oder gemeinnützige Hilfstätigkeiten in Gemeinden verrichten.<sup>78</sup> Weiters war er bei der Wahl des Wohnortes eingeschränkt. Die erste Unterbringung wurde ihm und seiner Familie in einer Kleingemeinde in der ländlichen Steiermark zugewiesen. Erst auf Antrag konnte die Familie nach Graz übersiedeln (drei Kinder waren für den Schulbesuch schon in Graz).

In Verbindung mit der Unterbringung in einer strukturschwachen Region sind die Arbeitschancen vor einem positiven Asylbescheid sehr gering. Aber auch nach der Anerkennung als Flüchtlinge können die Möglichkeiten weiterhin begrenzt bleiben, wenn – wie es etwa nachfolgend unsere Interviewpartner John und Tomas beschrieben haben – das regionale Arbeitsangebot und das öffentliche Verkehrsangebot begrenzt sind und Auspendeln mangels Führerscheins und/oder Autos nicht möglich ist.

### *Fallbeispiel John*

John<sup>79</sup> war Teilnehmer des Projektes *Kompetenzprofilerhebung* in Leibnitz. Er kam 2004 als Flüchtling aus Tschetschenien nach Österreich, zum Interviewzeitpunkt war er 37 Jahre alt. John beschrieb die ersten acht Monate in Österreich, wo er etwa eine Stunde von Kapfenberg entfernt auf der Sommeralm untergebracht war, als sehr schwierig:

„Dort waren die Leute nicht so nett, sie wollten nicht mit Ausländern sprechen. Ich habe acht Monate nicht mit Leuten gesprochen. Es gab keinen Bus, keinen Zug. [...]

Das Handy funktioniert auch nicht, man muss in den Bezirk Weiz fahren. [...] Ich habe diese acht Monate auch verloren.“<sup>80</sup>

Neben Einschränkungen in der Kommunikation und Mobilität spricht der Interviewpartner auch soziale Isolation an, da z.B. das Handy nicht funktionierte und er die Leute als „nicht nett“ empfand. Danach zog er in einen kleinen Ort in der südlichen Steiermark, etwa eine halbe Stunde von Leibnitz entfernt, später nach Feldbach und letztendlich zurück in den Bezirk Leibnitz. Bis er 2009 als Flüchtling anerkannt wurde, konnte er weder einen Sprachkurs besuchen, noch Arbeitserfahrung in Österreich sammeln. Deutschkurse absolvierte er seitdem in Graz, unter anderem bei ISOP. Da sein Führerschein in Österreich nicht anerkannt wurde, waren er und seine Familie in ihrer Mobilität eingeschränkt. Wo sie leben, ist die öffentliche Verkehrsinfrastruktur begrenzt. John erzählte auch, dass seine Kinder sehr lange auf Kindergartenplätze warten mussten. Für ihn war eine fixe Anstellung ein wichtiges Ziel. Dafür erwartete er sich bessere Chancen in Graz als urbanem Raum:

„Für mich ist wichtig Fix-Arbeit zu haben. [...] Ich wollte nicht drei Monate arbeiten und weg und wieder Arbeitslosengeld bekommen. Das ist für mich nicht gut. Auch schwere Arbeit ist kein Problem. Ich glaube, ich suche jetzt eine Wohnung in Graz. In einer großen Stadt gibt es mehr Möglichkeiten Arbeit zu finden.“<sup>81</sup>

### *Fallbeispiel Tomas*

Tomas<sup>82</sup> war auch Teilnehmer an der *Kompetenzprofilerhebung* und war Anfang 2005 als Asylwerber aus dem Kosovo nach Österreich gekommen. Er fühlte sich zwar bei der Familie wohl, bei der er nach einer Unterbringung in der Südsteiermark einziehen konnte. Sie hatte ihm viel geholfen und er stand mit ihr noch immer in Kontakt. Allerdings empfand er die Situation an sich schwer zu ertragen. Nach der Aufnahme in der „Erstaufnahmestelle Ost“ in Traiskirchen wurde er in der Südsteiermark untergebracht. Über die Dinge, die er im Laufe seiner Zeit als Asylwerber in Österreich und davor in seinem Heimatland erlebt hatte, wollte er nicht sprechen, wie er zu Beginn des Interviews gleich klarlegte. Tomas war bis 2008 Asylwerber gewesen und versuchte in dieser Zeit zumindest im geringen Ausmaß einer Beschäftigung als Erntehelfer im Weinbau nachzugehen. In seinem Heimatland hatte er eine dreijährige Lehre als Mechaniker und Vulkaniseur absolviert. Die Ausbildung würde in Österreich grundsätzlich anerkannt. Als Asylwerber wäre er allerdings nicht berechtigt gewesen, in Österreich in seinem Beruf zu arbeiten. Mit seinem geänderten Rechtsstatus, als anerkannter Flüchtling, könnte er nun als Mechaniker oder Vulkaniseur arbeiten. Zum Zeitpunkt des Interviews lebte er in einer kleinen Gemeinde mit ca. 1.000 EinwohnerInnen im Bezirk Leibnitz. Auch er stufte das Arbeitsangebot in seiner Umgebung als begrenzt ein und war gleichzeitig in seinen Möglichkeiten auszupendeln eingeschränkt. In den Betrieben in seiner Umgebung waren aber keine Stellen frei, wie Tomas schilderte. Er hatte keinen Führerschein und von seinem Wohnort war ein Auspendeln nach Graz mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu weit.<sup>83</sup>

## Fallbeispiel Silvia

Bei Silvia<sup>84</sup>, die wir als Teilnehmerin des IKM interviewt haben, zeigt sich, wie die Strukturkategorie ethnische Herkunft (Flucht, Transferierbarkeit der Qualifikationen, Deutschkenntnisse, Arbeit als Näherin in einem typischen Gastarbeiterinnenberufsfeld) wechselseitig mit Geschlecht (Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung) in Beziehung steht und in Verbindung mit einem ländlichen Wohnort die Erwerbschancen beeinflusst:

Silvia kam 1992 in Folge der Jugoslawienkriege nach Österreich und war Teilnehmerin des Interkulturellen Mentorings. Sie wurde 1968 in Bosnien geboren und lebte zum Zeitpunkt des Interviews in Lebensgemeinschaft mit ihrem geschiedenen Mann und ihren drei Kindern. Ihr Studium in Deutsch, Arabisch und Russisch hatte sie kriegsbedingt abbrechen müssen. Ihre Matura würde in Österreich nicht anerkannt. In Österreich arbeitete Silvia als Näherin, ehe sie in Karenz ging. Nach der Karenz blieb sie noch einige Jahre zu Hause. Danach absolvierte sie eine Ausbildung zur Heimhilfe, sie wollte nicht mehr als Näherin arbeiten. Den Beruf der Heimbefehlerin übte sie allerdings nie aus. Trotz vieler Bewerbungen konnte sie keine Stelle finden und gewann den Eindruck, dass Personen ohne Kinder bevorzugt würden. Durch die Teilnahme am IKM konnte Silvia verlässliche Kontakte außerhalb ihrer eigenen Familie knüpfen. Sie meinte, sich jetzt stärker zu fühlen, auch im Alltag. Außerdem hätte sie nun auch andere Interessen als ihre Kinder, die ihr das auch danken würden. Weiters konnte sie ihre Deutschkenntnisse wieder verbessern, die sich, vor allem als sie bei ihren Kindern zu Hause war, verschlechtert hätten. Nach der Teilnahme am Mentoring hatte sie eine TrainerInnen-Ausbildung absolviert und hoffte, in der Umgebung eine Stelle zu finden. Nach Graz zu pendeln wäre für sie durch die Distanz keine Option. Nach wie vor arbeitete sie als Dolmetscherin beim Psychosozialen Zentrum, aber sie hatte nur sehr wenige Einsätze (etwa vier Stunden pro Monat). Außerdem wäre diese Arbeit emotional sehr fordernd, auch wenn sie gelernt hätte, damit umzugehen.<sup>85</sup> Während der Zeit der Ausbildung wäre sie stark gefordert gewesen, nahezu jedes Wochenende wäre mit Seminaren verplant gewesen, die in Graz stattgefunden hätten. Das Pendeln nach Graz wäre dabei eine weitere Zusatzbelastung gewesen (mindestens zwei Stunden pro Seminartag). In dieser Zeit hatte sie ihre Mentorin seltener gesehen, aber oft mit ihr telefoniert. Ihre Mentorin hätte sie auch bei den Seminararbeiten unterstützt. In dieser Zeit hätten sie sich dann wieder häufiger getroffen. Silvia erzählte, dass sich ihre Rahmenbedingungen durch ihre Mentorin, das soziale Netzwerk, in das sie jetzt eingebettet war, und durch die Unterstützung ihres Mannes gebessert hätten. Obwohl es für sie nach wie vor eine große Herausforderung darstellte, alle Aufgabenbereiche mit ihren Zielen zu vereinbaren, würde es ihr durch die Unterstützung von unterschiedlichen Seiten erleichtert.

## Schluss

Die in Auszügen dargestellten Schilderungen von Jana, Daniel, Amin, John, Tomas und Silvia sind exemplarische Beispiele für die Vielschichtigkeit von Migration. An ihnen kommt zum Ausdruck, wie im Zusammenspiel verschiedener Faktoren die gesellschaftliche Positionierung von Migranten und Migrantinnen beeinflusst wird und vom zeitlichen und regionalen Kontext abhängt. Bei unseren Interviewpartnerinnen und -partnern war es vor allem

das Zusammenspiel zwischen Herkunft (Aufenthaltsstatus, Sprache, Religion), Körperlichkeit (Alter, Gesundheitszustand), Geschlecht (Elternschaft) und Klasse (Bildungsniveau, beruflicher Status, Haushaltseinkommen, Beziehungsnetzwerk), das ihre Lebenssituationen und (Neu-)Positionierungen in Österreich beeinflusst hat. Eine nachteilige Arbeitsmarktposition von Migranten und Migrantinnen lässt sich vielfach nicht allein auf ihre Herkunft und, damit verbunden, mangelnden Deutschkenntnissen und Schwierigkeiten bei der Umsetzbarkeit ihrer mitgebrachten Qualifikationen zurückführen. Vielmehr wirkt eine Reihe weiterer Faktoren begünstigend bzw. vermindern auf ihre Erwerbchancen. Bei den interviewten Personen zeigte sich das beim Faktor „Geschlecht“, indem traditionelle Rollenbilder in Bezug auf Erwerbstätigkeit, Haushaltsführung und Versorgungsarbeit reproduziert werden. Strukturell bestehen unterschiedliche Konsequenzen von Elternschaft für Männer und Frauen bezüglich der Dauer der Erwerbsunterbrechung, der rechtlichen Ausgestaltung von Karenzmodellen und deren Inanspruchnahme, der gesellschaftlichen und betrieblichen Erwünschtheit von „Karenzvätern“, der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen und der sozialen Akzeptanz von Fremdbetreuung. Auch Alter, Teil der Strukturkategorie „Körperlichkeit“ nach Degele und Winker, ist ein Beispiel dafür. Welche individuellen Vorstellungen von Erwerbstätigkeit bestehen im „höheren“ Alter, welche sind im Herkunftsland üblich im Vergleich zu jenen in Österreich? Strukturell sind im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktposition von Älteren die Lohnpolitik und die Ausgestaltung der sozialen Absicherung im Alter zu berücksichtigen. 1961 waren noch 67 Prozent der Männer und 20 Prozent der Frauen im Alter von 60 bis 64 Jahren erwerbstätig. Im Jahr 2001 waren es nur 14 Prozent der Männer und 6 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe.<sup>86</sup>

Ähnliche Charakteristika können zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Auswirkungen haben. Vor der „Wende“ 1989 fanden die Flüchtlingsbewegungen nach Österreich größtenteils unter günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen statt und Österreich war vielfach nur eine „Durchgangsstation“. Vergleichsweise wenige der Geflüchteten blieben dauerhaft in Österreich. Heute ist Österreich zu einem Zielland von Flüchtlingen geworden, gleichzeitig besteht seit der Fremden-Gesetz-Novelle 2002, abgesehen von temporärer Saisonarbeit, keine legale Zuwanderungsmöglichkeit für niedrig qualifizierte, drittstaatsangehörige Arbeitskräfte. Die Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerbende („Bartenstein-Erlass“ 2004) ist somit auch im Zusammenhang mit Befürchtungen zu sehen, das Asylwesen könnte von der Zuwanderung niedrig qualifizierter Arbeitssuchender unterwandert werden.

Der politische und wirtschaftliche Wandel hat die Migrations- und Integrationspolitik verändert. In den 1960er Jahren wurden ausländische Arbeitskräfte eher im unteren Qualifikationssegment aktiv angeworben. Anfang der 1990er Jahre wurden Quoten für die Zuwanderung eingeführt, die 2002 auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, sogenannter „Schlüsselkräfte“, begrenzt und 2011 durch ein kriteriengeleitetes Zuwanderungsmodell („Rot-Weiß-Rot-Karte“) abgelöst wurden.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hatten die „bipolare“ Weltordnung zwischen den kapitalistisch und kommunistisch orientierten Ländern und die Teilung Europas in „West“ und „Ost“ ein Ende. Die einsetzende Globalisierung beschleunigte den wirtschaftlichen Strukturwandel und auch Österreich wurde mit der Verlagerung von Produktionsstätten und Schließung von Unternehmensstandorten konfrontiert. Durch den EU-Beitritt 1995 können sich EU-Bürger und EU-Bürgerinnen aufgrund des Grundprinzips der Personen-

freizügigkeit innerhalb der EU frei niederlassen. Die nationale Steuerbarkeit der Migrationsströme ist nunmehr auf Drittstaatsangehörige begrenzt. In der vergangenen Dekade hat die Zuwanderung aus anderen EU-Ländern stark zugenommen und deckt einen Teil der Arbeitskräftenachfrage im mittleren und niedrig qualifizierten Bereich, vor allem die Zuwanderung aus den 2004 und 2007 beigetretenen Ländern.<sup>87</sup>

Nicht nur der zeitliche, auch der räumliche Kontext übt einen Einfluss auf die Wirkung der dargestellten Strukturkategorien aus. In ländlichen Regionen können die Teilhabemöglichkeiten von Migranten und Migrantinnen im Vergleich zu urbanen Räumen zusätzlich erschwert werden. Im Zusammenhang mit der ethnischen Herkunft betrifft das etwa weniger Sprachkurseangebote, insbesondere auch auf höherem Niveau in Wohnortnähe, keine schulischen Sprachförderangebote aufgrund zu kleiner Gruppengrößen, keine passenden Qualifizierungsangebote und weniger Beratungsangebote in Wohnortnähe. Neben diesen herkunftsspezifischen Faktoren wurden von unseren Interviewpartnerinnen und -partnern in Bezug auf die ländliche Infrastruktur Probleme beim Kinderbetreuungsangebot, beim öffentlichen Verkehrsangebot und der Notwendigkeit eines Autos für Mobilität genannt sowie die Einschätzung gemacht, dass eine „größere Stadt“ mehr Arbeitsmöglichkeiten zu bieten hat. Damit werden Probleme von ländlichen, strukturschwächeren Gebieten beschrieben, die die ansässige wie die (neu-)zugewanderte Bevölkerung gleichermaßen betreffen und Anlass sein können, in dynamischere Regionen abzuwandern. Es wird somit auch von Maßnahmen der ländlichen Entwicklungspolitik abhängen, ob diese Lebensräume längerfristig für die ansässige *und* zugewanderte Bevölkerung attraktiv bleiben.

## Anmerkungen

- 1 [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_staatsangehoerigkeit\\_geburtsland/022498.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/022498.html) (27.6.2014), [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_staatsangehoerigkeit\\_geburtsland/023839.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/023839.html) (27.6.2014).
- 2 [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_staatsangehoerigkeit\\_geburtsland/023441.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/023441.html) (27.6.2014); [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/static/bevoelkerung\\_am\\_1.1.2014\\_nach\\_detailliertem\\_geburtsland\\_und\\_bundesland\\_023841.xlsx](http://www.statistik.gv.at/web_de/static/bevoelkerung_am_1.1.2014_nach_detailliertem_geburtsland_und_bundesland_023841.xlsx) (27.6.2014).
- 3 Personen, die im Ausland geboren wurden und/oder eine ausländische Staatsangehörigkeit haben.
- 4 Statistik Austria, migration & integration. Zahlen, Daten, Fakten 2013, Wien 2013, 78.
- 5 Gabriele Winker/Nina Degele, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit, Bielefeld 2009.
- 6 Winker/Degele, Intersektionalität, 15.
- 7 Im deutschsprachigen Kontext wird mit Rücksicht auf die nationalsozialistische Vergangenheit der Begriff Rasse mit Anführungszeichen oder stattdessen der englische Begriff race verwendet. Degele & Winker gebrauchen in ihrem Aufsatz bewusst Rasse ohne Anführungszeichen, um „mit diesem Begriff Prozesse der Rassisierung, also Prozesse der Rasse erst konstruierenden Ausgrenzung und Diskriminierung sowie ihre gewaltförmige Naturalisierung und Hierarchisierung deutlich [zu] machen“. Nina Degele/Gabriele Winker, Intersektionalität als Mehrebenenanalyse, o.O. 2007, 7, <https://www.sozioologie.uni-freiburg.de/personen/degele/dokumente-publikationen/intersektionalitaet-mehrebenen.pdf> (26.9.2013). In diesem Beitrag verwenden wir nachfolgend „Ethnizität/ethnische Herkunft“ als Analysekategorie, um Unterscheidungen und Abgrenzungen etwa in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Geburtsland, Sprache und Religion einzuordnen.
- 8 Nina Degele/Gabriele Winker, Intersektionalität als Beitrag zu einer gesellschaftstheoretisch informierten Ungleichheitsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie 21 (2011), 69–90, hier 72.
- 9 Degele/Winker, Intersektionalität als Mehrebenenanalyse, 7.

- 10 Vgl. ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Gemeint sind dabei Machtdifferenzen bezüglich Klasse (Klassismus), Geschlecht (Sexismus/Heteronormativität), Rasse (Rassismus) und Körper (Bodismus). Vgl. ebd.
- 13 Mit historischen Ereignissen meinen wir vor allem politische Veränderungen in Österreich und im Ausland seit 1945, wie den Ost-West-Konflikt, die „Wende“ 1989 oder Österreichs EU-Beitritt 1995, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen wesentlich verändert haben und/oder Auslöser für Migrationsbewegungen waren.
- 14 Vgl. Gudrun Biffl u.a., STEPS\_2 – begleitende Evaluierung. Schnittstelle Arbeitsmarkt, Studie im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung, der Stadt Graz und des AMS Steiermark (Schriftenreihe Migration und Globalisierung), Krems 2012, [http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/department/migrationglobalisierung/forschung/biffl-et-al\\_steps2-stmk\\_endbericht.pdf](http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/department/migrationglobalisierung/forschung/biffl-et-al_steps2-stmk_endbericht.pdf) (27.6.2014).
- 15 STEBEP, Antrag auf Fördermittel aus dem Operationellen Programm Beschäftigung Österreich 2007–2013. Schwerpunkt 3b „Integration arbeitsmarktferner Personen“ (2. Antragsrunde mit einer Laufzeit von 1.1.2010 bis 31.12.2011), Graz 2009, 8, [http://www.stebep.at/fileadmin/RedFiles/Textfiles/10\\_02\\_05\\_SP3b\\_Antrag\\_STEPS\\_2\\_web.pdf](http://www.stebep.at/fileadmin/RedFiles/Textfiles/10_02_05_SP3b_Antrag_STEPS_2_web.pdf) (31.5.2013).
- 16 ProjektteilnehmerInnen-Dokumentationssystem, Auswertungen der Autorinnen.
- 17 In der TeilnehmerInnen-Datenbank wurde der Aufenthaltstitel erhoben, darunter der Status „Asylberechtigte/r u. subsidiär Schutzberechtigte/r“. Anerkannte Flüchtlinge, die mittlerweile österreichische Staatsangehörige sind, konnten somit nicht erfasst werden.
- 18 Rita Garstenauer/Anne Unterwurzacher, Migrationen, Mobilität und ländliche Räume, in: Wolfram Dornik/Rudolf Grasmug (Hg.), Neue Heimaten. Kommen, bleiben und gehen in der Südoststeiermark, Begleitband zur Sonderausstellung des ‚Museums im Tabor‘ (Schriften aus dem ‚Museum im Tabor‘ Feldbach, Bd. 11), Feldbach/Graz 2013, 25–35, hier 26.
- 19 Peter Fritz, ‚Flucht und Vertreibung‘: Sicherheitspolitische Überlegungen zum Thema Zwangsmigration, in: Dornik/Grasmug (Hg.), Neue Heimaten, 117–131, hier 122.
- 20 Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 1C – Landesstatistik (Hg.), Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark (Steirische Statistiken, H. 11), Graz 2009, 76–78, [http://www.kommunikation.steiermark.at/cms/dokumente/11696385\\_29771102/f2169e83/Publikation%2011-2009.pdf](http://www.kommunikation.steiermark.at/cms/dokumente/11696385_29771102/f2169e83/Publikation%2011-2009.pdf), (13.8.2014).
- 21 Österreichischer Integrationsfonds (Hg.), migration & integration in den Bundesländern. zahlen, daten, indikatoren, Wien 2012, 32.
- 22 Garstenauer/Unterwurzacher, Migrationen, 26, 28.
- 23 Vgl. dazu auch: Gudrun Biffl/Isabella Skrivaneck, Temporary migrants in Austria: Seasonal and posted workers. Report commissioned by the OECD (Monograph Series Migration and Globalisation), Krems (in Vorbereitung).
- 24 Peter Teibenbacher, Einwanderung und Flucht in die Steiermark, 1945 bis ins 21. Jahrhundert, in: Dornik/Grasmug (Hg.), Neue Heimaten, 36–46, hier 39.
- 25 Rainer Bauböck/Bernhard Perchinig, Migrations- und Integrationspolitik, in: Herbert Dachs u.a. (Hg.), Politik in Österreich, Wien 2006, 726–742, hier 728.
- 26 Helga Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft, in: Journal für Sozialforschung 2 (1985), 159–197, hier 159.
- 27 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 26; Wolfgang Gulis, AsylwerberInnen in der Steiermark – die tabuisierte Arbeitsmarktreserve, in: Karin M. Schmidlechner/Annette Sprung/Ute Sonnleitner (Hg.), Migration und Arbeit in der Steiermark (Wissenschaftliche Schriftenreihe der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, Bd.1), Graz 2013, 56–73, hier 67.
- 28 Zwischenhöchststand des Jahres 1974: 1.201.806 EinwohnerInnen mit einem Ausländeranteil von 2,2 Prozent.
- 29 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, ausländische Wohnbevölkerung, 46.
- 30 Ebd., 47 f.; Statistik Austria, Bevölkerungsveränderung seit 1981 – Steiermark, [http://www.statistik.gv.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand\\_und\\_veraenderung/bevoelkerungsveraeenderung\\_nach\\_komponenten/023590.html](http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_und_veraenderung/bevoelkerungsveraeenderung_nach_komponenten/023590.html) (23.7.2014).
- 31 Während Anfang der 1950er Jahre noch ein Drittel aller Erwerbspersonen in der Landwirtschaft beschäftigt war, waren es 1960 nur mehr weniger als 20 Prozent.
- 32 Matuschek, Ausländerpolitik, 160, 173.
- 33 Ebd., 166.
- 34 Verena Lorber, ‚Wir sind gekommen, um zu arbeiten‘. Steirische ‚Gastarbeiter/-innen‘ vom Beginn der staatlichen Anwerbepolitik 1961 bis zur Einführung des ‚Ausländerbeschäftigungsgesetzes‘ 1976, in: Ulrike Bech-

- mann/Christian Friedl (Hg.), *Mobilitäten. Beiträge von Vortragenden der Montagsakademie 2011/12*, Graz 2012, 143–153, hier 149, 152.
- 35 Lorber, *Wir sind gekommen*, 147.
- 36 Heinz Fassmann/Rainer Münz/Wolfgang Seifert, *Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland und Österreich*, in: Heinz Fassmann/Helga Matuschek/Elisabeth Menasse (Hg.), *Abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*, Klagenfurt 2003, 95–114, hier 107.
- 37 Lorber, *Wir sind gekommen*, 150.
- 38 Fassmann/Münz/Seifert, *Ausländische Arbeitskräfte*, 112.
- 39 Das *Ausländerbeschäftigungsgesetz* übernahm das Prinzip des Schutzes der inländischen Arbeitskräfte von den vorangehenden gesetzlichen Regelungen zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Österreich. Die erste diesbezügliche gesetzliche Regelung trug dieses Ziel sogar im Namen, das „Inländerarbeitschutzgesetz“ aus dem Jahr 1925.
- 40 Matuschek, *Ausländerpolitik*, 175.
- 41 Biffl u.a., *Steps 2*, 4.
- 42 Ebd., 45 f.
- 43 Ebd., 48.
- 44 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, *ausländische Wohnbevölkerung*, 19.
- 45 Bei Jana handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zur tatsächlichen Interviewpartnerin. Das Interview wurde am 3.2.2011 in St. Johann bei Herberstein geführt.
- 46 Interviewprotokoll, *Interkulturelles Mentoring Oststeiermark*, St. Johann bei Herberstein, 3.2.2011.
- 47 Gesprächsprotokoll sowie Beobachtungsprotokoll, *Haus der Frauen*, St. Johann bei Herberstein, 3.2.2011.
- 48 Interviewprotokoll, *Produktionsschule Deutschlandsberg*, 2.2.2011.
- 49 Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hg.), *Frauen und Mobilität. Fünfter Teilbericht*, Graz 2010, 6.
- 50 Amt der Steiermärkischen Landesregierung, *Abteilung 16, Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat für Regionalentwicklung, Regionalplanung und Raumplanung Steiermark. Die Steiermark im Profil*, Graz 2011, 17.
- 51 Bei einem Viertel der Migrantinnen und Migranten der ersten Generation aus Ländern des früheren Jugoslawien oder der Türkei fehlte in der TeilnehmerInnen-Dokumentationsdatenbank die Information zum Zuwanderungsjahr. Sie können auch vor 1987 zugewandert sein.
- 52 Gudrun Biffl/Isabella Skrivaneck, *Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Lehre. Strukturen, Barrieren, Potentiale. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien*, Wien (in Vorbereitung), 47–54.
- 53 Bei Daniel handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 7.7.2011 in der Obersteiermark geführt.
- 54 Daniel erwähnte dabei eine Schülerin aus Albanien, eine Schülerin aus der Türkei und einen Schüler aus Bosnien.
- 55 Interviewprotokoll, *BFB Migration Obersteiermark*, 7.7.2011.
- 56 Albert Scherr, *Diskriminierung und soziale Ungleichheiten. Erfordernisse und Perspektiven einer ungleichheitsanalytischen Fundierung von Diskriminierungsforschung und Antidiskriminierungsstrategien*, in: Ulrike Hormel/Albert Scherr (Hg.), *Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse*, Wiesbaden 2010, 35–60, hier 42.
- 57 Fritz, *Flucht und Vertreibung*, 126.
- 58 Edda Engelke, *Die Nachbarn kommen: Ungarn 1956 und Jugoslawien – zwischen kommen, (weiter)gehen und dableiben im Zeichen des Kalten Krieges*, in: Dornik/Grasmug (Hg.), *Neue Heimat*, 83–92, hier 84.
- 59 Wolfram Grasmug, *Kommen und Gehen in der Südoststeiermark*, in: Dornik/Grasmug (Hg.), *Neue Heimat*, 47–69, hier 67.
- 60 Engelke, *Nachbarn kommen*, 83–86; Teibenbacher, *Einwanderung*, 40.
- 61 Bauböck/Perchinig, *Migrations- und Integrationspolitik*, 729 u. Endnote 6 und 7.
- 62 Teibenbacher, *Einwanderung*, 42; Grasmug, *Kommen und Gehen*, 67.
- 63 Bauböck/Perchinig, *Migrations- und Integrationspolitik*, 729.
- 64 Fassmann/Münz/Seifert, *Ausländische Arbeitskräfte*, 98.
- 65 Gulis, *AsylwerberInnen in der Steiermark*, 59.
- 66 Fassmann/Münz/Seifert, *Ausländische Arbeitskräfte*, 98.
- 67 Bauböck/Perchinig, *Migrations- und Integrationspolitik*, 733.
- 68 Gulis, *AsylwerberInnen in der Steiermark*, 69.
- 69 Ebd., 69.
- 70 Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Landesstatistik, *ausländische Wohnbevölkerung*, 55.

- 71 Biffl u.a., Steps 2.
- 72 Bei Amin handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 7.7.2011 in Graz geführt.
- 73 „ISOP unterstützt MigrantInnen und Flüchtlinge, (Langzeit-)Arbeitslose, Menschen mit Basisbildungsbedarf durch Beratung, Bildung und Beschäftigungsprojekte zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Teilhabechancen“ (<http://www.isop.at/ueber-isop/leitbild/>, 23.4.2014). Der Verein ISOP war auch Projektträger der Projekte Kompetenzprofilhebung und Bildungsberatung sowie Lernfabrik.
- 74 Interviewprotokoll, Graz-Jobs, 7.7.2011.
- 75 AMS Österreich (Hg.), Arbeitsmarktlage 2013, Wien 2014, 25.
- 76 Interviewprotokoll, Graz-Jobs, 7.7.2011.
- 77 Der „Bartenstein-Erlass“ geht zurück auf Martin Bartenstein, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit von 2000 bis 2008.
- 78 Gulis, AsylwerberInnen in der Steiermark, 56–73.
- 79 Bei John handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 1.2.2011 in Leibnitz geführt.
- 80 Interviewprotokoll, Kompetenzprofilhebung Leibnitz, 1.2.2011. Die hier wiedergegebenen Interviewsequenzen wurden grammatikalisch bearbeitet, um die Lesbarkeit zu verbessern. Inhaltlich gab es keine Veränderungen.
- 81 Interviewprotokoll, Kompetenzprofilhebung Leibnitz, 1.2.2011.
- 82 Bei Tomas handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zum tatsächlichen Interviewpartner. Das Interview wurde am 1.2.2011 in Leibnitz geführt.
- 83 Interviewprotokoll, Kompetenzprofilhebung Leibnitz, 1.2.2011.
- 84 Bei Silvia handelt es sich um einen fiktiven Namen, ohne jeglichen Bezug zur tatsächlichen Interviewpartnerin. Das erste Interview wurde am 3.2.2011 in St. Johann bei Herberstein geführt, das zweite Interview am 8.7.2011 in Hartberg.
- 85 Silvia übersetzte bei psychotherapeutischen Gesprächen, meistens mit Flüchtlingen, die über ihre Erfahrungen berichteten.
- 86 Statistik Austria, Frauen und Männer in Österreich. Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden im Auftrag des Bundeskanzleramts – Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst, Wien 2007, 71 (Tabelle 18).
- 87 Gudrun Biffl, Migration and Labour Integration in Austria. SOPEMI Report on Labour Migration Austria 2012–13, Report of the Austrian SOPEMI correspondent to the OECD (Monograph Series Migration and Globalization), Krems 2013, 98.



# Urbanität im ländlichen Raum

## Wohnmigration in der deutsch-luxemburgischen Grenzregion

### Einleitung

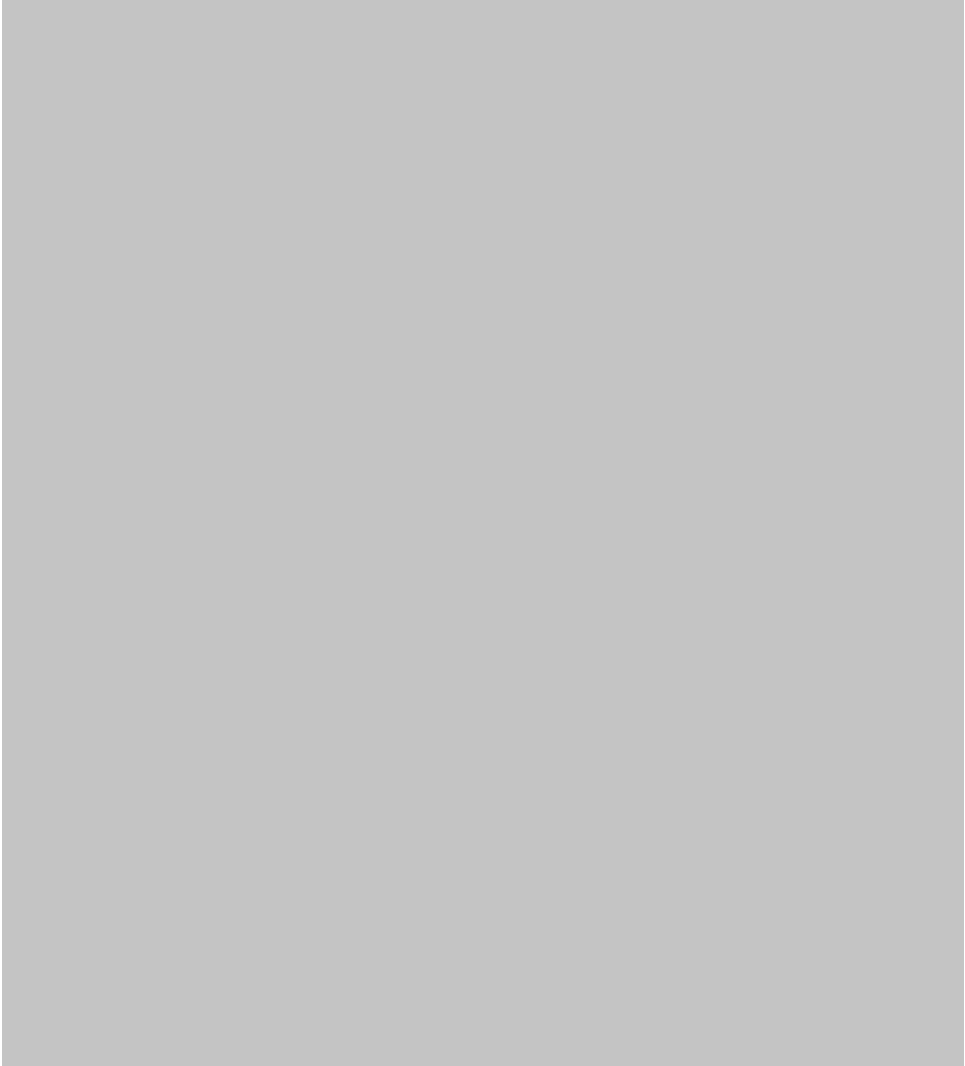
Untersuchungen zum Zusammenhang von Migration und Urbanität befassen sich normalerweise mit Gegebenheiten und Entwicklungen in Städten. Die mögliche Präsenz von Urbanität auch im ländlichen Raum ist das Thema des vorliegenden Beitrags. Es wird erörtert am Beispiel der grenzüberschreitenden Wohnmigration in der Großregion Saar-Lor-Lux.<sup>1</sup> Der massive Zuzug von Wohnmigranten und -migrantinnen<sup>2</sup> aus Luxemburg in die Grenzregionen der Nachbarländer stellt eine relativ rezente Erscheinung dar, deren Ursache hauptsächlich in der Entwicklung des Immobilienmarktes im Großherzogtum Luxemburg liegt.<sup>3</sup> Für das Thema Migration im ländlichen Raum ist dieses Phänomen in zweierlei Hinsicht von besonderem Interesse: einerseits wegen der komplexen Zusammensetzung der Gruppe der Zuwanderer, die hinsichtlich der Dimension ländlich – urban extrem differenziert ist; und andererseits wegen der tiefgreifenden demografischen Veränderungen, die die Wohnmigration in einzelnen Grenzdörfern hervorgebracht hat.

Im Zentrum unseres Beitrags steht die Frage, ob in den untersuchten grenznahen deutschen Dörfern urbane Einstellungen und Praktiken sichtbar werden und, falls ja, wie die Migrationsbewegungen aus Luxemburg diese ‚ländliche Urbanität‘ beeinflussen. Ausgehend von den Alltagspraktiken der WohnmigrantInnen behandelt der Beitrag darüber hinaus die Frage, inwieweit die Dichotomie Urbanität – Ruralität einen konzeptuellen Ansatzpunkt für die Untersuchung individueller und struktureller Integrationsprozesse darstellen kann. Hierbei werden einige der theoretischen Entwicklungen, die die Debatte in diesem Feld in letzter Zeit bestimmt haben, diskutiert. Unsere Studie basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen einer qualitativen Untersuchung in vier Fallstudiendörfern (siehe Abb. 1), die seit zehn bis fünfzehn Jahren bevorzugte Zielorte der Wohnmigration aus Luxemburg sind.<sup>4</sup>

Die Wohnmigration an der deutsch-luxemburgischen Grenze ist hinsichtlich sowohl der nationalen als auch der sozioökonomischen Zusammensetzung der Migrierenden weitaus heterogener und komplexer als entsprechende Phänomene an anderen europäischen Binnengrenzen.<sup>5</sup> Neben autochthonen luxemburgischen Staatsangehörigen hat man es mit Angehörigen der hochmobilen internationalen Eliten (Finanzwesen, EU-Institutionen etc.) sowie mit klassischen ArbeitsmigrantInnen, besonders portugiesischer Herkunft, zu tun. Der Anteil der WohnmigrantInnen luxemburgischer Nationalität an dieser Gesamtgruppe nimmt seit einigen Jahren deutlich zu.<sup>6</sup> Im Jahr 2012 machten sie etwa 60 Prozent der Zuzüge in rheinland-pfälzischen Gemeinden aus.<sup>7</sup> Bisherige Studien zeigen, dass sie vor allem aus den bevölkerungsreichsten Gemeinden Luxemburgs (u.a. Luxemburg Stadt und Esch-sur-Alzette) kommen<sup>8</sup> und sich in der Mehrzahl in Ortschaften niederlassen, die nicht weiter als fünf Kilometer von der Grenze entfernt sind.<sup>9</sup> Zwar ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der grenznahen Kreise

noch gering,<sup>10</sup> in einzelnen Gemeinden jedoch stellen sie fast ein Viertel der Bewohnerschaft,<sup>11</sup> was bereits darauf hinweist, dass der Zuzug aus Luxemburg zum Teil beträchtliche soziostrukturelle Veränderungen in den deutschen Grenzdörfern mit sich gebracht hat.

Abbildung 1: Untersuchungsorte im deutsch-luxemburgischen Grenzraum



Quelle: Eigener Entwurf

[Abbildung siehe Druckfassung]

Die Zuzügler aus dem Nachbarstaat behalten in der überwiegenden Mehrzahl ihren Arbeitsplatz in Luxemburg nach der Übersiedlung bei. Sie gehören damit – als von manchen Autoren so genannte „atypische Grenzgänger“<sup>12</sup> – zu der großen Gruppe der Personen (27.000 allein aus Rheinland-Pfalz<sup>13</sup>), die täglich zu ihrem Arbeitsplatz in Luxemburg fahren, stellen also eine Variante des Berufspendlerturns dar, das der ganzen Region sein ökonomisches Gepräge gibt.

Zu erwähnen ist schließlich, dass der vorliegende Fall auch im Hinblick auf die Bedeutung historisch-kultureller Faktoren besonderes Interesse verdient. Einerseits bestehen bedeutende Ähnlichkeiten zwischen der eingesessenen Bevölkerung der deutschen Dörfer und den aus Luxemburg stammenden Zuzüglern – vor allem im Bereich der Sprache, da das Luxemburgische ebenso wie die in den Dörfern gesprochene Mundart Varietäten der großen Dialektgruppe des Moselfränkischen darstellen. Andererseits aber ist die Gruppe der WohnmigrantInnen, wie erläutert, äußerst heterogen, so dass in manchen Moseldörfern, in denen inzwischen zum Teil über 30 verschiedene Nationalitäten leben, von allgemeiner kultureller Vertrautheit mit den neu Hinzugekommenen nicht mehr gesprochen werden kann. Die komplexe Zusammensetzung dieser Gruppe hat den Effekt, dass Wahrnehmungen von Differenz, Nähe und Distanz und die mit dem Thema Herkunft und Migration verbundenen Anschauungen ihre Deutlichkeit verlieren. Dies gilt auch, so unsere These, für die bestehenden Auffassungen von urbaner versus ruraler Lebensweise.

## Urbanität und Ruralität

### *Habituelle Urbanität*

Unsere Überlegungen haben das von Peter Dirksmeier entwickelte Konzept der *habituellen Urbanität* zum Ausgangspunkt.<sup>14</sup> Mithilfe des Bourdieu'schen Habituskonzepts versucht Dirksmeier den Begriff der Urbanität von der Struktur der Stadt zu lösen und mit bestimmten Handlungskompetenzen gleichzusetzen. Die Handlungsdispositionen und Kompetenzen, die die habituelle Urbanität ausmachen, ermöglichen laut Dirksmeier den Umgang mit den drei konstitutiven Merkmalen des urbanen Lebens: Fremdheit, Individualisierung und Kontingenz. Mit dem Merkmal der Fremdheit werden bei Dirksmeier die Omnipräsenz und das Verhältnis von einander fremden Menschen in der Stadt thematisiert: „Fremdheit entwickelt sich in der Stadt zur erwartbaren Normalität.“<sup>15</sup> Damit verbunden ist eine ontische Unbestimmtheit des Einzelnen, die einerseits Möglichkeitsräume bzw. Handlungsoptionen eröffnet und somit Wandel zulässt, andererseits einen „formalisierte[n] Umgang mit der gegenseitigen Fremdheit“ und eine „Disprivilegierung des Fremdkontaktes“ notwendig macht.<sup>16</sup> Mit dem Begriff der Individualisierung, dem zweiten Merkmal von Urbanität, werden individueller Freiheitsgewinn, Selbstbezogenheit und die Auflösung von Gemeinschaftswerten, wie sie durch die Lebensbedingungen in modernen Gesellschaften – Wohlstandssteigerung, Mobilität, Bildungsexpansion – hervorgebracht werden, angesprochen. Insbesondere in Städten werden Individuen „aus traditionellen Sozialbeziehungen herausgelöst und verstärkt auf sich zurückgeworfen.“<sup>17</sup> Unter Kontingenz, dem dritten Merkmal von Urbanität, versteht Dirksmeier das „Auch-anders-sein-Können“, das aus dem Zusammenspiel von Fremdheit und Individualisierung hervorgeht: „Urbanität lässt sich somit definieren als Kontingenz der Stadtgesellschaft auf der Grundlage von Individualisierung und omnipräsentem Fremdkontakt.“<sup>18</sup> Habituelle Urbanität kann man demnach knapp beschreiben als die Gesamtheit derjenigen Dispositionen und Kompetenzen, die zur Bewältigung von Kontingenz, das heißt zur Bewältigung der die Stadt auszeichnenden Vielzahl von Wahlmöglichkeiten, befähigen.

Den Vorgang der Herausbildung eines bestimmten raumgebundenen – im vorliegenden Fall städtischen – Habitus erläutert Dirksmeier ebenfalls in Anlehnung an Bourdieu. Ausgehend von dessen Kapitalbegriff definiert er ein spezifisches „residentielles Kapital“: „a set of qualities which accumulate because of the particular relevance of a place of birth and domicile.“<sup>19</sup> Hierbei handelt es sich nicht um eine eigenständige Kapitalkategorie, sondern um ein Gefüge aus raumgebundenen oder raumspezifischen Formen von Sozial- und Kulturkapital.<sup>20</sup> Raumgebundenes Kulturkapital ist jener Teil der verinnerlichten (*embodied*) Fähigkeiten und Dispositionen, der durch das Faktum der lokalen Herkunft oder langwährenden Residenz an einem Ort entsteht, wie z.B. Sprachkompetenzen und lokales Wissen, und dazu befähigt, bestimmte Situationen intuitiv zu deuten und angemessen zu reagieren.<sup>21</sup> Die zweite Komponente des residentielles Kapitals sind raumgebundene soziale Beziehungen. Einerseits handelt es sich hier um Sozialkapital im engen Sinn, Beziehungen zu Freunden, Verwandten, Nachbarn etc., andererseits aber bezeichnet Dirksmeier, wiederum mit Verweis auf Bourdieu, auch das symbolische Kapital, das einem Ort insgesamt durch seine Einwohner verschafft wird, als residentielles Kapital.<sup>22</sup> Urbanität ist „die Kompetenz, die einem Akteur in der Stadt akkumuliertes residentielles Kapital verleiht“.<sup>23</sup>

Wie erwähnt, ist es Dirksmeiers Bestreben zu zeigen, dass Urbanität nicht an die Stadt gebunden ist:

„Urbanität wird habituell, da ihre Bewältigung, bzw. der Umgang mit Individualisierung und Fremdheit, tradiert über den Habitus, permanent Eingang in die Praxisformen der Akteure findet. In Form der habituellen Urbanität ist diese nun theoretisch auch jenseits der Stadt denkbar“.<sup>24</sup>

Der Habitus ist durch Trägheit (*hysteresis*) gekennzeichnet, das heißt es handelt sich um langlebige Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsstrukturen, die im Falle des Umzugs in den ländlichen Raum erhalten bleiben. Dirksmeier selbst untersucht diese ‚mobile‘ Urbanität am Beispiel zweier ländlicher Gemeinden in Südbayern – Bodolz und Tegernsee – und stellt fest, dass die dortigen lokalen Traditionen durch Zuwanderung aus der Stadt Transformationen ausgesetzt sind, die bewirken, dass die „basis for residential capital erodes“<sup>25</sup>. Mit anderen Worten, der Influx von Städtern hat zur Folge, dass die Grundlage der Aneignung von sozialem und kulturellem Kapital zusehends weniger verortet ist, traditionelle Netzwerke zerfallen, Dorfstrukturen – auch die architektonischen Strukturen – sich ändern.

In unserem Fall handelt es sich ebenfalls um ländliche Gemeinden, in denen bedeutende Migrationsvorgänge zu beobachten sind. Die Parallelen in den Entwicklungen sind denn auch augenfällig, etwa was die Bedenken der autochthonen Bevölkerungen bezüglich der steigenden Immobilienpreise betrifft. Ebenso offenkundig sind allerdings auch die Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsfeldern: Die aus Luxemburg zugezogenen WohnmigrantInnen müssen im Unterschied zu den bayrischen eine internationale Grenze überschreiten, und es handelt sich bei ihrem Haus oder ihrer Wohnung in den ländlichen Gemeinden nicht lediglich um ein Wochenend- und Feriendomizil. In den von uns untersuchten Dörfern besteht anders als in Tegernsee und Bodolz – und anders auch als in den bekannten Weinorten der Unter Mosel – keine lange Kurort- oder Tourismustradition. Wohnmigration ist hier eine relativ neue Erscheinung, deren Entstehen mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes im benachbarten Großherzogtum zusammenhängt. Zugleich

aber handelt es sich in der Region um spezifisch komplexe Mobilitätsphänomene, bei denen man es nicht nur, wie erläutert, mit sehr unterschiedlichen Kategorien von Zuwanderern, sondern auch mit einer auffällig mobilen alteingesessenen Bevölkerung, insbesondere mit Berufspendlern, zu tun hat.

Die Dörfer entlang der Mosel im deutschen Grenzraum zu Luxemburg weisen demnach markante Unterschiede zu den südbayrischen Gemeinden auf, die sie zu möglichen Gegenbeispielen zu dem von Dirksmeier entworfenen Tableau machen. Es stellt sich daher die Frage, ob das Konzept der habituellen Urbanität auch für die Analyse der Transformationsvorgänge, die in diesem spezifischen Untersuchungsfeld zu beobachten sind, taugt. Welche Bedeutung kommt dem residentiellen Kapital angesichts der verschiedenen hier zu beobachtenden (hoch-)mobilen Lebensweisen überhaupt zu? Und verhält es sich möglicherweise so, dass habituelle Urbanität zur Akkumulierung residentiellen Kapitals in einem ländlich geprägten Dorf befähigt?

Vorwegnehmend möchten wir feststellen, dass die Ergebnisse unserer empirischen Arbeit mit Dirksmeiers Befund nicht vollständig übereinstimmen. Wir kommen vielmehr zu dem Schluss, dass der rezente Zuzug von in hohem Grade städtisch geprägten Personen und Familien zwar zu einer Urbanisierung geführt, oder richtiger, Urbanisierungsprozesse in den Untersuchungsdörfern verstärkt hat, zugleich aber auch ländliche Strukturen und Praktiken stärkt und erhält. Diese Ambiguität wirft nun allerdings für unseren Fall die Frage auf – die in der neueren sozialwissenschaftlichen Forschung seit geraumer Zeit diskutiert wird –, ob die Dichotomie rural – urban überhaupt zur Beschreibung gegenwärtiger Lebensweisen (und Siedlungsformen) taugt.<sup>26</sup>

## *Netzwerke der Ruralität*

Ist Ruralität ein überholtes Konzept? Wird mit dem Terminus lediglich eine Residualkategorie benannt, nämlich all jene Lebensformen, Siedlungsweisen und Lokalitäten, die trotz der fortschreitenden Urbanisierung (insbesondere der westlichen Welt) nicht als urban charakterisiert werden können? Eine solche Residualgröße ist das Ländliche auch bei Dirksmeier, der Urbanität mit Ruralität kontrastiert, eine positive Bestimmung aber nur für erstere gibt.<sup>27</sup> In der soziologischen und humangeografischen Forschung scheint heute weitgehend Einigkeit darüber zu herrschen, dass die Auffassung, Lokalitäten seien aufgrund von spezifischen sozialräumlichen Gegebenheiten und Prozessen als rural zu identifizieren, ausgedient hat.<sup>28</sup> Die neuere Forschung legt ihr Augenmerk weniger auf solche fassbaren Tatsachen als auf Ideen und Vorstellungen.<sup>29</sup> Man kann also von einer Wende von „rural as space“ zu „rural as representing space“ sprechen.<sup>30</sup>

Als besonders interessant erscheinen uns in diesem Forschungsfeld jedoch die Arbeiten von Keith Halfacree, der ein Ruralitätskonzept entwickelt hat, das die Dichotomie von materieller versus ideationaler Auffassung zu überwinden trachtet.<sup>31</sup> Halfacree spricht von „rural spaces“ oder „networks of rurality“, in denen unterschiedliche Repräsentationen – akademische und andere professionelle Diskurse sowie *lay discourses* – und soziale Praktiken in mehr oder weniger harmonischer Weise zusammenwirken. Diese „rural spaces“ beschreibt Halfacree in Anlehnung an Lefebvres Raumkonzept als dreidimensional. Sie setzen sich zusammen aus (1) den durch räumliche Praktiken bestimmten „rural localities“, (2) den

politischen und bürokratischen „formal representations“ und (3) den eher inkohärenten, individuellen und sozialen „everyday lives of the rural“.<sup>32</sup> Als ein Beispiel für ein solches komplexes *network* erörtert er das (in Großbritannien) in den Nachkriegsjahrzehnten entstandene „productivist network“, das auf dem Modell einer „productivist agriculture“, einer produktionssteigernden, wachstumsorientierten Landwirtschaft, basierte. „Productivism“ war „the glue that consolidated a ‚structured coherence‘ [...] for rural Britain, holding economy, state and civil society together in a *relatively* stable fashion at the local level“.<sup>33</sup> Dieses Netzwerk war bis zur landwirtschaftlichen Produktivitätskrise der späten 1970er Jahre relativ stabil und wurde durch mehrere, zum Teil gegensätzliche „networks of rurality“ abgelöst: „super productivism“, „effaced rurality“, „radical visions“ und „rural idyll“.<sup>34</sup> Halfacrees genereller Schluss aus der Analyse der britischen Verhältnisse lautet: „Rurality [...] may be different in different places and at different times – it is irredeemably contextual [...] different ruralities may have little or nothing in common with each other.“<sup>35</sup>

Im Hinblick auf unsere Forschungsfrage wäre hieraus zu folgern, dass die Dichotomie Land – Stadt ebenfalls kein generelles Konstituens von Ruralität darstellt. Halfacrees eigentliches Forschungsinteresse gilt nun allerdings vor allem dem Netzwerk „rural idyll“ und der Frage, warum die Vorstellung von ländlicher Idylle zu einer, wie er es nennt, Ressource, einem Moment von *agency*, werden konnte. Die Attraktivität der Vorstellung von ländlicher Idylle erklärt er damit, „that it reflects a concern with the character and direction taken by contemporary society [...] the ‚postmodern condition“.<sup>36</sup> Die ländliche Idylle sei eine der möglichen Antworten auf diesen Zustand: „[...] the rural is set up as an alternative universe to that of our capitalist postmodern world.“<sup>37</sup> Die „postmodern condition“ ist aber, so muss man betonen, genuin urban im oben von Dirksmeier erläuterten Sinn. Sie ist laut Halfacree gekennzeichnet durch „volatility and ephemerality of fashions, commodities, the production process, norms, and even values and ideas“<sup>38</sup>, das heißt sie besteht in einer Steigerung der Erfahrung von Kontingenz, die schon zuvor die städtische Existenzweise kennzeichnete. Aus Halfacrees Analyse lässt sich demnach folgern, dass die Stadt-Land-Dichotomie auch heute zur Beschreibung bestimmter sozialer Vorstellungs- und Praxiskomplexe taugt und dass folglich auch die Charakterisierung von Habitus, von Bewertungs- und Verhaltensdispositionen durch das Begriffspaar urban – rural sinnvoll ist.<sup>39</sup>

Interessant ist Halfacrees Arbeit nicht zuletzt dadurch, dass er sich auch mit den historisch-kulturellen Grundlagen der Repräsentationen des Ruralen – unter anderem der nationalen Spezifik dieser Repräsentationen – befasst. Er legt zum Beispiel dar, dass diese Repräsentationen in Großbritannien, insbesondere in England, deutlicher durch die Vorstellung von idyllischen Landschaften geprägt sind als in anderen europäischen Ländern. In unserem Fall, da wir es mit einer durch sehr komplexe Mobilitätserscheinungen geprägten Grenzsituation und dementsprechend mit einer spezifisch zusammengesetzten ruralen Bevölkerung zu tun haben, stellt sich die Frage, inwieweit hier unterschiedliche *rural imaginations* aufeinandertreffen und ob bzw. in welchem Grade sie in Diskursen unterschiedlicher Art und sozialen Praktiken wirksam werden. Dem generellen methodisch-konzeptuellen Missetzung der Beschränkung der Forschung auf einzelne soziale Gruppen, das heißt der mehr oder weniger systematischen Vernachlässigung bestimmter *rural geographies*, wird durch die Betonung der historisch-kulturellen Differenzierung allerdings nicht begegnet. In Studien, die sich mit Repräsentationen des Ruralen im Zusammenhang von Migrationserscheinungen befassen, besteht im Allgemeinen die Gefahr, dass die Vorstellungen und Alltagspraktiken

der ländlichen Bevölkerung vernachlässigt werden.<sup>40</sup> Dieser Gefahr der Einengung der Betrachtungsweise wird in unserer Studie durch die Tatsache entgegengewirkt, dass die WohnmigrantInnen selbst zum Teil einen ausgeprägt ruralen Hintergrund aufweisen.<sup>41</sup>

Im Unterschied zu Halfacree interessieren wir uns demnach nicht nur oder nicht in erster Linie für *counterurban migrants*. Es erscheint uns im Gegenteil besonders vielversprechend, auch die Dispositionen und Praktiken jener zu untersuchen, deren Entscheidung zur Wohnortverlegung von der Idee der ländlichen Idylle offenbar nur in geringem Maße beeinflusst wurde und, grundlegender noch, deren Migration nicht notwendigerweise mit der Vorstellung von Wandel und Neuanfang, dem Wunsch nach und/oder der Angst vor Veränderung, wie sie Migrationsentscheidungen üblicherweise begleiten, einherging. Wir fragen also nach dem Niederschlag und der Funktionalität urbaner und ruraler Dispositionen bei MigrantInnen, die sich unter Umständen gar nicht als solche begreifen oder begriffen haben, da sie davon ausgingen, der Umzug werde ihr Leben nicht, jedenfalls nicht einschneidend, verändern.

## WohnmigrantInnen in deutschen Grenzdörfern

### *Drei idealtypische Habitus*

Im Folgenden werden wir einige dieser zugewanderten Personen vorstellen und an Beispielen skizzieren, wie verschieden die neuen Dorfbewohner und -bewohnerinnen hinsichtlich ihrer Dispositionen, der mit dem Wohnortwechsel verbundenen Bedürfnisse und Fähigkeiten sind. Unsere Daten entstammen narrativen Interviews mit Zugezogenen unterschiedlicher Nationalität aus vier untersuchten Grenzdörfern. In allen vier Ortschaften ist es in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren zu einem rapiden Bevölkerungswachstum, zur Erschließung von Neubaugebieten und damit zu einer mehr oder weniger drastischen Veränderung der Dorfstruktur gekommen. Die Orte weisen jedoch hinsichtlich ihrer Nähe zur luxemburgischen Grenze sowie ihrer Größe und infrastrukturellen Ausstattung erhebliche Unterschiede auf.

An erster Stelle präsentieren wir ein Ehepaar – Michelle und George –, das seit etwas mehr als einem Jahr in Beuren, einem sehr kleinen, sieben Kilometer von der Grenze entfernt gelegenen Dorf lebt. Die Bevölkerung Beurens ist in den vergangenen 13 Jahren von 170 auf 213 angewachsen. Inzwischen leben hier 42 offiziell gemeldete Personen luxemburgischer Nationalität, zu denen auch Michelle gehört. Außerdem findet man im Dorf eine französische Familie und zwei portugiesische Familien, einen Belgier, einen Italiener und schließlich einen Briten, nämlich Michelles Partner George.

Michelle und George haben in Beuren ein Haus in einem Neubaukomplex, bestehend aus einem Dutzend Einfamilienhäusern, gekauft. Die beiden, 50 und 60 Jahre alt, stellen ein in Hinsicht des für die Wohnortmigration relevanten biografischen Hintergrunds und der aus ihm sich ergebenden Dispositionen sehr ungleiches Paar dar. Michelle beschreibt sich als ausgesprochen sesshaft: Sie stammt aus einem luxemburgischen Dorf, hat den größten Teil ihres Erwachsenenlebens in einer sehr kleinen Stadt verbracht, wo sie mit ihrem ersten Mann einen Weinhandel betrieb. Gelegenheit zum Reisen hatte sie kaum, was sie aber nicht als Versäumnis empfindet. George lebte mit seinen Eltern in Kanada und Fernost, war

also von Kindesbeinen an ein kosmopolitischer Bewohner des britischen Empire und führte auch später als Investmentbanker ein äußerst mobiles Leben. Die beiden verkörpern also gewissermaßen in einem Ehepaar vereint die beiden Pole unseres Spektrums der Wohnmigranten und -migrantinnen: *rurale Luxemburger* und *internationale mobile Elite*. Interessant sind Michelle und George jedoch vor allem, weil sie auch prägnante Repräsentationen dessen darstellen, was man als *habituelle Ruralität* versus *habituelle Urbanität* beschreiben könnte. Auch in dieser Hinsicht besetzen sie sozusagen die entgegengesetzten Pole eines Spektrums.

Michelles Haltung zum neuen Wohnort und ihre Kontakte mit der Dorfbewölkerung basieren auf der Erfahrung von Gemeinsamkeit, die sehr bald ein Vertrautheitsgefühl erzeugt hat. Bei ihrem ersten Besuch eines Dorffestes habe sie schon nach ein paar Stunden des Zusammenseins mit der Dorfbewohnerschaft das Gefühl gehabt, immer schon im Ort gelebt zu haben. Sie hebt hervor, dass sie sich mit den Leuten auf Moselfränkisch/Luxemburgisch unterhalten könne und sogar gemeinsam mit einer alten Bäuerin sprachliche Ausdrücke aus ihrer Kindheit wiederentdeckt habe, die aus dem Sprachgebrauch schon so gut wie verschwunden seien. Michelle stößt also am neuen Wohnort auf Vertrautes; sie kann sich in der Begegnung mit der einheimischen Bevölkerung auf vorhandenes Wissen, auf das ihr in Luxemburg zugewachsene residentielle Kapital stützen, das in sprachlicher Kompetenz, aber auch in der grundlegenden Vertrautheit mit der dörflich-bäuerlichen Lebensweise, überdies in ihrer regionalen Variante, besteht.

Ganz anders dagegen George, der am neuen Ort nicht das Vertraute, sondern das Überraschende antrifft – und es auch sucht. Er schildert das Leben im Dorf als eine Reihe von Begegnungen mit Individuen, mit „characters“, die den üblichen Vorstellungen von den Leuten auf dem Land sehr wenig entsprechen – etwa der Bauer, der nach New York fährt, um ins Guggenheim Museum zu gehen. Solche Begegnungen beschreibt George als Bereicherung und Herausforderung; am neuen Wohnort eröffnet sich ihm eine ihm bis dahin unbekannte Welt von Eindrücken und Erlebnissen und eine Sphäre neuen Wissens. Mit seiner Empfänglichkeit für „challenges“, wie er es selbst nennt, verkörpert George eine spezifische Variante von Urbanität oder urbanem Habitus, eine, wenn man so will, positive Realisierung der Normalität von Fremdheit, deren Wirkung auf die ruralen sozialen Strukturen gerade nicht erosiver Natur ist, sondern im Gegenteil zu ihrer Stärkung und teilweisen Neuformierung beiträgt. In Michelle und George haben wir demnach zwei Beispiele vor Augen, die zeigen, dass der Zuzug von WohnmigrantInnen keineswegs unvermeidlich zum Obsolet-Werden des lokalen residentuellen Kapitals führt: Während Michelle von vornherein und für jedermann ersichtlich im Besitz des entsprechenden kulturellen Kapitals gewesen ist, ist es George innerhalb kürzester Zeit gelungen, individuelle Beziehungen zu knüpfen, die ihm soziales residentielles Kapital verschaffen. Besonders augenfällig zeigt sich dies in der Tatsache, dass er inzwischen – ein knappes Jahr nach dem Interview – zum stellvertretenden Ortsvorsteher seines Dorfes gewählt wurde. Die Dispositionen von Michelle und George sind zwar sehr unterschiedlich, in mancher Hinsicht geradezu konträr, doch befähigen sie gleichermaßen dazu, am sozialen Leben des Dorfes teilzunehmen und auf diese Weise die dörflichen Formen von Geselligkeit und Gegenseitigkeit zu bewahren und zu erneuern.

Michelle und George lassen zwei unterschiedliche idealtypische Begegnungen mit Ruralität sichtbar werden: Michelle kommt dem, was als *rurale Familiarität* bezeichnet werden könnte, nahe, George dagegen dem Typus *rurale Soziabilität*. Unsere empirischen Daten



legen allerdings die Statuierung mindestens eines weiteren Typus nahe. Auch dieser soll mit Hilfe eines Beispiels präsentiert werden. Anne-Marie ist vor knapp anderthalb Jahren mit Ehemann und kleiner Tochter in das an der Mosel, unmittelbar an der Grenze zu Luxemburg gelegene Wincheringen gezogen. Der Ort ist deutlich größer als Beuren, ist ein sogenanntes Mittelzentrum, das neben Grundschule und Kindergarten auch zwei Bankfilialen, eine Arztpraxis, einen kleinen Supermarkt, zwei Bäcker und verschiedene andere Läden aufzuweisen hat. Die Bevölkerung Wincheringens wuchs zwischen 2000 und 2011 von 1.149 auf 1.565 Personen an, wobei hier inzwischen Angehörige von 33 Nationalitäten leben. Die 194 luxemburgischen Staatsangehörigen stellen 2011 – wie in Beuren – die größte Gruppe unter der ausländischen Einwohnerschaft.

In den vergangenen 15 Jahren sind in Wincheringen mehrere Neubaugebiete entstanden, darunter ein durch einen isländischen Investor realisierter sogenannter *family park* – eine hoch über der Mosel und oberhalb des Dorfes gelegene Siedlung, bestehend aus dreihundert relativ kostspieligen Parzellen, die inzwischen zu einem beträchtlichen Teil mit entsprechend luxuriösen Einfamilienhäusern bebaut sind. Eines der Häuser, mit direktem Moselblick, bewohnt Anne-Marie. Sie und ihr Mann sind nicht aus Luxemburg, sondern aus einer deutschen Großstadt, wo sie mehrere Jahre gelebt und gearbeitet haben, zugezogen; die Wohnortverlegung war allerdings mit einem Arbeitsplatzwechsel nach Luxemburg verknüpft. Anne-Marie ist wie George im Finanzmanagement tätig, befindet sich jedoch noch relativ am Anfang ihrer beruflichen Karriere. Sie beschreibt denn auch den Umzug aufs Land als das Ergebnis wohldurchdachter Abwägung von beruflichen und anderen Erfordernissen und die getroffene Wahl als ideale Verbindung von Stadt und Land, von urbanen Möglichkeiten und Naturnähe. Urbanität bedeutet für Anne-Marie vor allem auch Internationalität, die Möglichkeit der Begegnung mit neuen und unterschiedlichen Menschen, ein Zug, den sie nicht nur an ihrem Arbeitsort, der Stadt Luxemburg, schätzt, sondern auch am neuen Wohnort, dem Neubaugebiet im Moseldorf Wincheringen, wo Leute aus aller Herren Länder lebten und allmählich miteinander bekannt würden. Sie selbst beschreibt Anne-Marie als „Netzwerkerin“, auch der Kontakt zu den neuen Nachbarn, in der Mehrzahl junge, ebenfalls in Luxemburg arbeitende Eltern, falle ihr leicht. Deren Lebenserfahrungen, Lebensplanungen und Orientierungen – Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft etc. – seien den ihren sehr ähnlich. Der neue Wohnort biete ihnen gemeinsam ein ruhiges und sicheres Umfeld für ihre meist noch kleinen Kinder sowie auch einen Kindergarten mit umfassender und überdies mehrsprachiger Betreuung.

Diese knappe Skizze mag ausreichen, um die Konstruktion des dritten Idealtypus zu begründen, den wir in Anlehnung an Halfacree *new rural idyll* nennen möchten. In der Beschreibung ihrer raumgebundenen Bedürfnisse und Möglichkeiten nimmt Anne-Marie kaum Bezug auf ihr residentielles Kapital – obwohl sie, wie hier nicht näher dargelegt, über ein solches in hohem Grade verfügt, da sie enge familiäre Bindungen nach Wincheringen hat. Anne-Maries urbane Dispositionen treten angesichts dessen umso deutlicher hervor. Sie identifiziert sich emphatisch mit den oben skizzierten Merkmalen des städtischen Lebens, wenn sie ihre individuelle, von den dörflichen Mustern abweichende Lebensplanung hervorhebt, sich als Netzwerkerin bezeichnet, das heißt als eine Person, die mit Fremdheit umzugehen versteht, indem sie partikulare und funktionale Beziehungen knüpft. Insgesamt unterstreicht Anne-Marie nicht so sehr die seit ihrer Kindheit vorhandenen lokalen Beziehungen und kulturellen Kenntnisse, sondern vielmehr die spezifischen Fähigkeiten und Be-

dürfnisse, die sie mit den Nachbarn im Neubaugebiet verbinden. An dörflichen Aktivitäten beteiligen sich Anne-Marie und ihr Mann, in deutlichem Kontrast zu Michelle und George, nur selten und mit geringem Engagement.

## *Habitus und residentielles Kapital*

Ausgehend von unseren empirischen Daten haben wir drei idealtypische Habitus konstruiert und zunächst am Beispiel zweier Interviewpartnerinnen und eines Interviewpartners, die jeweils einem Idealtyp besonders nahe kommen, illustriert. Diese Typen haben wir *rurale Familiarität*, *rurale Soziabilität* und *new rural idyll* genannt. Wir legen also nicht eine einfache Dichotomie rural – urban zugrunde, sondern gehen davon aus, dass die urbane Disposition in zwei Varianten erscheint, der *ruralen Soziabilität* und dem *new rural idyll*. Diese Unterscheidung ist notwendig, da die beiden Varianten im ländlichen Lebenskontext deutlich verschiedene soziale und kulturelle Praktiken und Formen der Integration hervorbringen und somit auch auf unterschiedliche, ja entgegengesetzte Weise auf die ländlichen Sozialstrukturen einwirken, indem sie diese im einen Fall schwächen, im anderen Fall dagegen zu ihrer Erhaltung und Erneuerung beitragen.

Die drei Idealtypen bilden die theoretischen Eckpunkte eines als Dreieck darstellbaren Kontinuums möglicher Einstellungen und Verhaltensweisen. In dem so gebildeten Feld können die 46 von uns interviewten Wohnmigranten und -migrantinnen hinsichtlich ihrer individuellen Dispositionen und Praktiken situiert werden, so dass sich Tendenzen, wenn man so will, Kräfteverhältnisse, erkennen lassen. Die Kategorien *rurale Familiarität*, *rurale Soziabilität* und *new rural idyll* bilden demnach einen analytisch-heuristischen Rahmen, der es erlaubt, die realen Personen im Hinblick auf ihre Einstellungen zum neuen Wohnort und ihre residentiellen Bedürfnisse und Verhaltensweisen zu vergleichen. Die graphische Darstellung (Abbildung 2) hat den Zweck, anschaulich zu machen, dass die sehr heterogene Gruppe der Zugezogenen hinsichtlich der urbanen und ruralen Dispositionen drei mehr oder weniger deutliche Cluster bildet. Diese Aggregation geht mit Unterschieden in der potentiellen Einwirkung auf die Entwicklung der lokalen Struktur einher.

## *Rurale Familiarität*

Dirksmeier geht in seiner Bestimmung des Begriffs der habituellen Urbanität nicht auf das mögliche Gegenstück, die habituelle Ruralität ein und verwendet auf diese Weise ein Konzept von Ruralität, das rein negativ, das heißt durch das Fehlen bestimmter Handlungsdispositionen und Fähigkeiten, die die Bewältigung des Alltags im urbanen Raum erfordert, bestimmt ist. Diese Art der Kennzeichnung des Ländlichen durch eine kontrastierende Bezugnahme auf die Merkmale der Stadt taucht auch in den Interviews auf, hat hier jedoch nicht selten die Funktion der Distanzierung von diesen Merkmalen. Besonders häufig begegnet eine derartige Distanzierung in der Selbstbeschreibung von Personen, die vor dem Umzug in kleinstädtischen Verhältnissen gelebt haben und noch auf direkte familiäre oder lebensgeschichtliche Bindungen zur ruralen Welt verweisen können. Sie unterstreichen die negativen Seiten der urbanen Welt: Verkehr, Hektik, Kriminalität, die wachsende Zahl fremder und ausländischer Nachbarn und

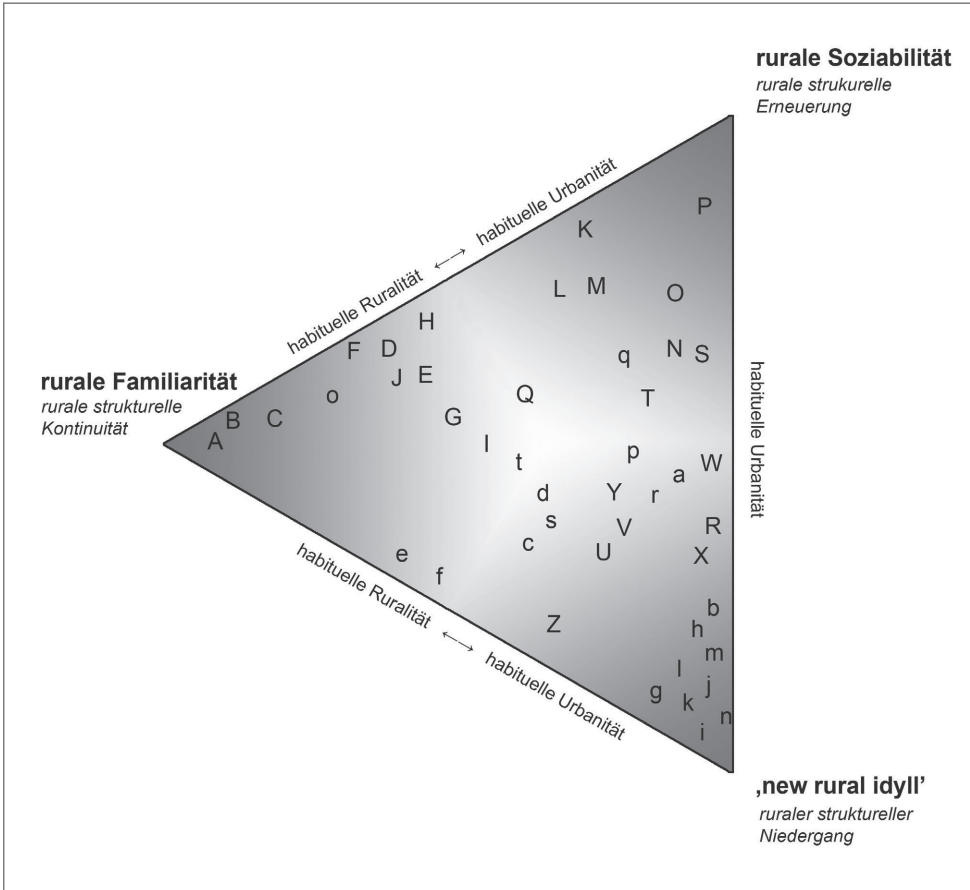
die generelle Distanziertheit und Anonymität (D, E, F, G, U, V, c, d). In diesen Fällen kann man von einer Überforderung durch die urbanen Lebensumstände oder, um Bezug auf Dirksmeiers Begrifflichkeit zu nehmen, von mangelnder Kontingenzbewältigung sprechen.

Neben dieser negativen Bestimmung der Ruralität als Abwesenheit von Urbanität lässt sich aber auch, wie bereits am Beispiel von Michelle erläutert, eine Form aufzeigen, die sich durch spezifische ländliche Handlungsdispositionen, Fähigkeiten und Wahrnehmungen auszeichnet. In den Berichten von der Ankunft und dem Sich-Einleben am neuen Ort, die Personen dieses Habitus-Typs geben, spielt das Moment der kulturellen Gemeinsamkeit eine große Rolle. Diese Fundierung gibt sich in Schilderungen von – oft in überraschendem Grade – Bekanntem und Vertrautem und der Erfahrung von Gleichgesinntheit mit der lokalen Bevölkerung, das heißt der Übereinstimmung der Orientierungen und Wertmaßstäbe, zu erkennen (B, C, D, F, H). Das Gefühl der Zugehörigkeit entsteht in diesen Fällen nicht erst als Resultat von Integrationsbemühungen, etwa eines Vereinsbeitritts, sondern die betreffenden Personen erleben sich vielmehr bereits bei den ersten Begegnungen als zugehörig, haben das Gefühl, mit den Alteingesessenen „auf einer Wellenlänge“ zu sein. Ein bedeutender Faktor hierbei ist die sprachliche Gemeinsamkeit, nämlich die Nähe des Luxemburgischen zu dem moselfränkischen Dialekt, der auf der deutschen Seite der Grenze gesprochen wird (A, B, C, D, E, F, G, H, I, e, f). Allerdings wird diese Sprachgemeinschaft nicht von allen zugezogenen Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit akzeptiert und sozusagen als residentielles kulturelles Kapital genutzt. Einige ziehen es vor, sich mit den Nachbarn am neuen Wohnort auf Hochdeutsch zu unterhalten: Sie vermeiden den Gebrauch des – ihnen als Hochsprache geltenden – Luxemburgischen und wirken dadurch dem Eindruck seiner Gleichartigkeit mit dem ländlichen Dialekt entgegen, der durch die mühelose Verständigung entstehen könnte (Y, c, d, p).

Ein wichtiges Element von Ruralität ist das Faktum des allseitigen Bekanntseins, des von jedermann Gekannt-Werdens und einen jeden Kennens – des Gegenteils also von städtischer Anonymität. Auch bei diesem Zug geht es nicht nur darum, das negative Charakteristikum der Nicht-Urbanität zu konstatieren – mangelnde Bewältigung von Fremdheit –, sondern es liegen auch spezifische, seine Voraussetzung bildende Dispositionen und Fähigkeiten vor. Die Interviews zeigen, dass dem eigenen unmittelbaren Lebensraum, also Haus und Garten, in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion zukommt. Diejenigen InterviewpartnerInnen, die das ubiquitäre Bekanntsein akzeptieren und auch anstreben, beschreiben das eigene Haus nicht als privaten Rückzugsort, sondern als Medium der Zugehörigkeit zum Dorf, als einen Ort, an dem und durch den soziale Beziehungen hergestellt, gepflegt und symbolisiert werden (A, B, C). Die Renovierung und Instandhaltung eines alten Bauernhauses etwa betrachten dessen neue BewohnerInnen zwar als Erfüllung eines persönlichen Lebensraums, aber ebenso sehr auch als einen Beitrag zur gemeinschaftlichen Gestaltung des gesamten Ortes – eine Leistung, die von der Dorfgemeinschaft auch in dieser Weise aufgefasst und honoriert werde (B, C).

An der Gestaltung des Heims haben überdies, wie mehrfach beschrieben, die Nachbarn und neuen Bekannten durch tätige Mitarbeit, Ausleihen von Geräten und Maschinen etc. unmittelbar partizipiert. Arbeiten am Haus und Garten bieten die Gelegenheit, gegenseitige Hilfe zu praktizieren, wie sie die ländlichen Sozialstrukturen nach wie vor kennzeichnet. Beim Bau oder der Renovierung eines Hauses können die Zugezogenen ihre Befähigung zu dieser Art von Austausch unter Beweis stellen und sich als mögliche Tauschpartner ins Spiel bringen (B, C, H, I, d).

Abbildung 2: Feld der Habitus



Quelle: Eigener Entwurf

Die Selbstverständlichkeit, mit der man andere um Hilfe bittet und selbst Hilfe akzeptiert, das heißt die Bereitschaft und Fähigkeit, in Beziehungen generalisierter Reziprozität einzutreten, stellen ganz allgemein gesprochen ein Element des ruralen Habitus dar. Eine Intensivierung dieser Spezifik zeichnet, wie in einigen der Interviews deutlich wird, die Bereitschaft aus, in bestimmten Bereichen körperliche Arbeit zu leisten. Sie eröffnet den Zugang zur dörflichen ‚Arbeitsökonomie‘. Wer etwa seinen Garten selbst anlegt, anstatt dies einer Firma zu überlassen, hat Gelegenheit, Hilfeleistungen durch andere DorfbewohnerInnen zu erbiten und bringt dadurch auch Wertschätzung dieser Arbeit zum Ausdruck.<sup>42</sup>

Eine weitere Facette des ruralen Habitus lässt sich bei einigen der interviewten Personen darin erkennen, dass sie am neuen Wohnort ohne eigentlichen Anlass und absichtslos „unter die Leute“ gehen – zum Sportplatz, ins Lokal, zu Alteingesessenen, wenn sich die Gelegenheit bietet (A, F, H). Sie sind mit den dörflichen Gepflogenheiten vertraut, weshalb es ihnen mehr oder weniger mühelos gelingt, Zugang zum dörflichen öffentlichen Raum zu finden und weiteres spezifisches Ortswissen zu erlangen. Die Strukturierung des länd-

lichen öffentlichen Raumes, der sich dadurch auszeichnet, dass die Grenzen zum privaten undeutlich sind, begünstigt dieses Verhalten – muss allerdings auch verstanden und akzeptiert werden.

Insgesamt wird in den erwähnten Interviews deutlich, dass ein rural geprägter Habitus zur Aneignung und Akkumulation des spezifisch ländlich verorteten Kultur- und Sozialkapitals befähigt. Und sie lassen erkennen, dass Sprachgemeinschaft, gegenseitige Hilfe und Ortswissen auch insofern als ländliche Formen des residentiellen Kapitals charakterisiert werden können, als sie nicht nur individuelle Beziehungen begründen, sondern den Zugang zu einem Kollektiv, das heißt die Mitgliedschaft in der Dorfgemeinschaft, befördern.

## *Rurale Soziabilität*

George wurde vorgestellt, um einen Typus zu illustrieren, der zwar durch habituelle Urbanität zu charakterisieren ist, sich jedoch gerade dank seiner urbanen Handlungsdispositionen und Kompetenzen ins ländliche Leben einzufügen versteht, residentielles Kapital erwirbt und dazu beiträgt, die ruralen Strukturen zu erhalten oder neu zu beleben. In unserem Sample finden wir etliche andere WohnmigrantInnen, die diesem Idealtyp nahekommen. Sie nehmen sehr aktiv am Dorfleben teil (K, M, O, P, Q), engagieren sich in Vereinen und in ihrer direkten Nachbarschaft. Auch wenn ihnen die Gepflogenheiten des Dorfes nicht im Vorhinein bekannt waren, finden sie sich doch ohne größere Schwierigkeiten in sie hinein und lernen, wie man teilnimmt: was man etwa bei einem Dorffest hinter einem Weinstand zu tun hat oder wie man in angemessener Weise an Familienfesten teilnimmt. In den Interviews mit diesen Zugezogenen finden sich konkrete Schilderungen dieses Lernprozesses und Beschreibungen der mittels Partizipation an bestimmten dörflichen Aktivitäten bewusst und zielstrebig verfolgten Integration.

Im Vergleich zu Personen, die sich eher durch habituelle Ruralität auszeichnen und ihre Aufnahme in die Dorfgemeinschaft als mühelosen Vorgang schildern, sind diejenigen, die näher am Scheitelpunkt *rurale Soziabilität* platziert sind, eher geneigt, die Teilnahme am Dorfleben als Herausforderung und zum Teil auch als Anstrengung zu kennzeichnen. Zwar wird Integration auch hier als Selbstverständlichkeit behandelt, jedoch nicht im Sinne einer natürlichen und intuitiven Annäherung, sondern als Notwendigkeit, als etwas, das auf jeden Fall geleistet werden muss. Die Alteingesessenen dürfen aktive Integrationsbemühungen erwarten; diese ist man aber auch sich selbst und nicht zuletzt den eigenen Kindern schuldig.

Die Beschreibung der dörflichen Nachbarschaft und des Vereinslebens als neue und positive Erfahrungen kann in diesen Fällen als ein Ausdruck von Urbanität, von Offenheit gegenüber dem Fremden und, in diesem Sinne, auch als eine Form der Kontingenzbewältigung, die im ruralen Kontext möglich ist und opportun erscheint, interpretiert werden. Diese Zuwanderer verstehen es darum auch, die Beteiligung an einem Dorffest als einen Ausdruck von Individualität zu erleben, als eine Situation, in der jeder persönliche Fähigkeiten zur Geltung bringen und auf diese Weise zu Veränderungen beitragen kann (J, K, W). Ein deutlicher Unterschied zu den eher ländlich geprägten Personen besteht in der andersartigen sozialen Rahmung, die sie ihren eigenen Leistungen geben. Sie berichten von Vereinsaktivitäten, Beitragen zu Kindergarten- oder Schulfesten und dergleichen. Das eigene Haus dagegen erscheint in diesen Interviews nicht als ein Ort, an dem die Zugehörigkeit

zum Dorf erlebt und befördert wird, etwa durch die sozialen Kontakte, die bei der Instandhaltung und Pflege des Hauses möglich sind, oder den symbolisch-ästhetischen Wert des Hauses als Beitrag zur Gestaltung des Dorfes.

Wie am Beispiel von George bereits illustriert, eröffnet die Wahrnehmung der ländlichen Strukturen und Lebensweisen als Bereicherung auch urban geprägten WohnmigrantInnen die Möglichkeit, sich residentielles soziales Kapital anzueignen. Im Unterschied zu den dem Typus *rurale Familiarität* zugehörigen Zuzüglern verfügen sie nicht über vorhandenes ortsgebundenes Kapital und sind daher genötigt, soziale Kontakte und Netzwerke auf andere Weise, durch Vereinszugehörigkeit und tätigen Einsatz für dörfliche Angelegenheiten und Projekte, aufzubauen. Ein Bereich, in dem diese Art der Integration und der Akkumulierung von sozialem Kapital besonders deutlich sichtbar wird, ist der der Kinderbetreuung. Dies hängt unter Umständen damit zusammen, dass etliche der Interviewten, die dem Typus *rurale Soziabilität* nahekommen, als Ehepaare mit kleinen Kindern zu einer Zeit zugezogen sind – ca. 15 Jahre zurückliegend –, zu der es in den Dörfern noch keine Ganztagskindergärten gab. Anders als die Alteingesessenen stand ihnen Hilfe durch andere Familienmitglieder, insbesondere die Großeltern, nicht zur Verfügung. Die Schaffung einer organisierten Kinderbetreuung im Dorf war für sie daher ein Punkt von vordringlichem Interesse. Aktivitäten dieser Art werden von den Befragten jedoch nicht nur wegen des unmittelbaren Nutzens unterhalten, sondern ausdrücklich auch als eine Möglichkeit des Zugangs zu sozialen Kontakten und lokalem und regionalem Wissen beschrieben. Dies letztere trifft natürlich in besonderem Maße auf die dörflichen Feste zu. Für viele stellt daher die regelmäßige und mehr oder weniger aktive Teilnahme an Kirmes, „Kellertagen“, Karneval etc. eine Selbstverständlichkeit dar, so dass der lokale Festkalender ein Faktor ist, der die individuelle und familiäre Jahresplanung dieser immigrierten Personen wesentlich mitbestimmt.

## *New Rural Idyll*

Nachdem mit dem Typus *rurale Familiarität* die in Dirksmeiers Arbeit zu Südbayern abwesende habituelle Ruralität vorgestellt und in einem zweiten Schritt dargelegt wurde, dass ein urban geprägter Habitus durchaus zur aktiven Beteiligung am Dorfleben befähigen kann, soll nun abschließend der dritte Idealtyp erläutert werden. Am Beispiel von Anne-Marie ist bereits deutlich geworden, dass die als *rurale Soziabilität* bezeichnete Realisierung von Urbanität keineswegs von allen urbanen WohnmigrantInnen praktiziert wird. Ein bedeutender Teil von ihnen ist eher in der Nähe des dritten Scheitelpunktes, des Typus *new rural idyll*, zu platzieren und kann mit sozialen Prozessen identifiziert werden, die mehr oder weniger der von Dirksmeier beobachteten Urbanisierung durch Zuzug von habituell urbanen Personen entsprechen.

Wir nennen diesen Idealtyp *new rural idyll*, da er, im Gegensatz zu der von Halfacree beschriebenen *rural idyll*, nicht durch eindeutige Abkehr vom urbanen Leben bestimmt ist, sondern, wie bei Anne-Marie sehr deutlich wurde, auf die Verknüpfung von urbanem und ländlichem Leben abzielt, Elemente der Stadtflucht, der eigentlichen *rural idyll*, mit einer hochmobilen urbanen Lebensweise zu verbinden trachtet. Die meisten Personen, die diesem Idealtypus nahe kommen, haben kleine Kinder, und ihr Umzug aufs Land war nicht

zuletzt durch den Wunsch motiviert, die Kinder vor den Gefahren der Stadt zu schützen, sie in einer ruhigen und gesunden Umgebung aufwachsen zu lassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, eine Beziehung zur Natur zu entwickeln (X, i, l, m, n, r). In den Interviews wird explizit und ausführlich über die Folgen der Wohnortverlagerung für die Planung des familiären Alltags berichtet (W, X, g, h, j, k, l, m, n, r). Ein wichtiges Moment dieser Planung ist jedoch, den Zugang zu den urbanen Chancen und Angeboten zu erhalten, auch wenn diese wegen der veränderten Lebensumstände nicht mehr dieselbe Bedeutung besitzen, nicht mehr im selben Maße genossen werden wie früher (W, X, i, j). In den Interviews wird daher viel über die Verkehrsanbindungen und das Management der alltäglichen Mobilität gesprochen, mit dem man sich bemüht, die Erhöhung des Zeitbedarfs für die Fahrten in die Stadt Luxemburg möglichst gering zu halten.

Zugezogene, die in der Nähe des Idealtyps *new rural idyll* zu verorten sind, schildern ihren Umzug als geglückte Vereinigung der Annehmlichkeiten der Stadt – reiches Kulturangebot, Abwechslung, Internationalität – mit denen des Landes – mit weitem Raum, Ruhe und pittoresker Landschaft. Es ist daher erklärlich, dass diese Personen sich nicht im Dorf lokalisieren, sondern einerseits in dem umfassenderen, durch ihre grenzüberschreitende Mobilität geschaffenen überlokalen Raum und andererseits in der engen Sphäre des von ihnen bewohnten Neubaugebiets, wo sie auf andere Vertreter der *new rural idyll* treffen, die wie sie mobil sind oder zu sein versuchen. Soziale Kontakte konzentrieren sich auf die unmittelbare Nachbarschaft; die Gemeinschaftlichkeit basiert auf einer ihnen gemeinsamen kulturellen Offenheit und kosmopolitischen Einstellung (g, i, j, k, l, r, n).

Die rurale Urbanität in diesen neu entstandenen lokalen Entitäten wird von der Bewohnerschaft des oben erwähnten Neubaugebiets in Wincheringen besonders nachdrücklich als Qualitäts- und Distinktionsmerkmal hervorgehoben (g, i, j, k, l, m, n). Der sogenannte *family park*, privilegiert schon durch seinen grandiosen Ausblick auf das Moseltal, bietet seiner Bevölkerung eine bemerkenswerte infrastrukturelle Versorgung, insbesondere einen Kindergarten mit erstklassigem Service, der – um die neu-rurale Idylle komplett zu machen – aus dem alten Teil des Ortes ins Zentrum des Neubaugebietes verlegt wurde.<sup>43</sup>

Urbanität bedeutet auch bei den Vertretern des *new rural idyll* die Fähigkeit zur Kontingenzbewältigung, vom Dorf geht jedoch für sie keine *challenge* aus. Die Besonderheiten des ruralen Lebens stellen keine Herausforderung und mögliche Bereicherung dar, höchstens insofern, als sie besondere Planungsanstrengungen notwendig machen. Daher wird eine aktive Teilnahme am lokalen Vereinsleben nicht angestrebt. Die Bemühungen um Integration in die Dorfgemeinschaft beschränken sich, soweit es sie überhaupt gibt, auf den punktuellen Besuch von Dorffesten (Y, i, j, k). Hinweise auf residentielles Kapital tauchen in diesen Interviews bedeutend seltener auf, so dass angenommen werden kann, dass ortsgebundenes kulturelles und soziales Kapital der ländlichen Variante, wie gegenseitige Hilfeleistung und spezifisches Ortswissen, keinen hohen Stellenwert besitzen, sein Erwerb nicht als notwendig und sinnvoll erachtet wird. Der neue Wohnort wird tendenziell eher als ein Ort beschrieben, an dem man von dem Akkumulationsdruck, wie er in der Stadt in Bezug auf den symbolischen Wert von Konsumgütern empfunden wird, frei ist. Auch in diesem Bekenntnis kann man einen Niederschlag der Vorstellung von ländlicher Idylle, wie sie von Halfacree untersucht wurde, erkennen, wenn sie auch in vielen Fällen angesichts der Größe und Ausstattung der Häuser und der davor geparkten Fahrzeuge beinahe als Selbstironie aufgefasst werden könnte.

## Habitus und struktureller Wandel

Wir wollen die Darstellung der Habitusvarianten mit der Frage abschließen, inwieweit die Verteilung der Interviewten in dem beschriebenen Feld, also die hier zu konstatierende Gruppenbildung, mit strukturellen Gegebenheiten und beobachteten Entwicklungen in Zusammenhang steht. Die Durchsetzung habituellder Urbanität kann dort, wo sie zu beobachten ist, nicht zur Gänze als ein von außen, durch urbane WohnmigrantInnen – oder allgemeiner gesprochen, durch die funktionale Überlegenheit der entsprechenden Kompetenzen und Praktiken – induziertes Phänomen begriffen werden, sondern es muss auch in Betracht gezogen werden, welche strukturellen Beeinflussungsfaktoren vorliegen könnten. Vereinzelt Hinweise auf solche Faktoren sind bereits in der Präsentation der Interviewdaten aufgetaucht.

Unsere Studie zeigt, dass der Grad der Durchsetzung urbaner Dispositionen in hohem Maße durch die kommunalen und regionalen Dorfentwicklungsplanungen, die unter anderem die Größe der Neubaugebiete und die infrastrukturelle Ausstattung der Gemeinden festlegen, beeinflusst wird. Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang im Fall des Dorfes Wincheringen. Das dort vor wenigen Jahren entstandene, ungewöhnlich große Neubaugebiet macht bereits durch seinen Namen deutlich, dass hier an eine bestimmte Bewohnerschaft gedacht ist: Ein *family park* ist etwas für junge Familien internationaler Herkunft. Die exponierte Lage des Wohngebiets und die mit ihr verbundenen hohen Baulandpreise, seine Ausstattung, insbesondere die Qualität des in den *family park* integrierten Kindergartens, auch die ursprünglich geplanten, aus finanziellen Gründen aber nicht mehr realisierten Freizeitangebote wirken sämtlich dahin, eine zwar national diversifizierte, ansonsten aber homogene, nämlich junge, berufstätige und relativ wohlhabende Bewohnerschaft anzuziehen, die sicher sein kann, hier ihre urbanen Bedürfnisse erfüllt zu finden. Die meisten der von uns interviewten Personen, die im Wincheringer *family park* wohnen, kommen denn auch dem Idealtypus *new rural idyll* sehr nahe (g, i, j, k, l, m, n, r). Die relative Isolation dieser jungen Familien liefert, neben anderen Faktoren, eine Erklärung dafür, dass das dörflich-ländliche Leben nur in sehr begrenzter Weise überhaupt in ihren Horizont tritt. Sie bleiben in der Siedlung weitgehend unter sich, kommen dort weder mit der alteingesessenen Dorfbevölkerung zusammen noch mit älteren WohnmigrantInnen, deren Bedürfnisse und Gewohnheiten sich von den ihren deutlich unterscheiden und häufig eine eher rurale Prägung zeigen.

Unsere Daten zeigen aber auch, dass bestimmte generelle gesellschaftliche Veränderungen ebenfalls den Effekt der Verfestigung urbaner Dispositionen haben bzw. zum Obsoletwerden ruraler Dispositionen und Verhaltensweisen beitragen. Die beiden Cluster *rurale Soziabilität* und *new rural idyll* markieren in gewissem Grade einen Generationenbruch, dessen historisch-strukturelle Grundlagen vor allem in den Schilderungen zum Thema Kinderbetreuung deutlich wurden. Die Veränderung des Arbeitsmarktes und mit ihr einhergehend die zunehmende Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das heißt die mehr oder weniger durchgehende öffentliche Betreuung der Kinder, wirken, wie an unseren Beispielen deutlich wird, auch dahin, dass rurale Soziabilitätsformen und habituelle Dispositionen verschwinden oder jedenfalls nicht befördert werden. Für die erste, heute zwischen 45 und 50 Jahre alte Generation von zugezogenen Eltern (insbesondere Müttern), die sich zu einem großen Teil in dem durch *rurale Soziabilität* geprägten Cluster findet (J, K, M, N, O, q), stell-



te die Mitgestaltung der Kinderbetreuung ein wichtiges Element des ländlichen Gemeinschaftslebens dar. Die jungen Mütter, die damals zwar zumeist in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder zuhause blieben, dann jedoch (bis auf zwei Ausnahmen) berufstätig waren, berichten sowohl von ihrem Engagement für den Kindergarten – bei der Organisation von Festen, Wandertagen etc. – als auch von der gegenseitigen Hilfestellung und eigenständigen Organisation der Kinderbetreuung, die aufgrund der noch mangelhaften öffentlichen Leistungen notwendig war. Dagegen stellt für etliche Vertreter der zweiten Generation von Eltern, zwischen 35 und 45 Jahre alt, die dem Typus *new rural idyll* nahekommen, die Kinderbetreuung einen Service dar, der selbstverständlich in Anspruch genommen wird. Die Notwendigkeit der aktiven Beteiligung an der gemeinschaftlichen Organisation der Kinderbetreuung ist für die Mitglieder dieser Generation nicht länger gegeben, und diejenigen jungen Mütter des Typus *new rural idyll*, die entsprechende Leistungen dennoch erbringen, lassen in ihren Schilderungen erkennen, dass sie ihr Engagement nicht als eine Form der Gegenseitigkeit und als Erwerb von sozialem Kapital erleben und verstehen, sondern als eine Gelegenheit zum selbstbezüglichen *enactment* aktiver Elternschaft.

Abschließend ist festzuhalten, dass diese Hinweise auf strukturelle Veränderungen, die rurales residentielles Kapital zum Teil unerreichbar und andererseits überflüssig machen, die Frage offen lassen, ob die hier beschriebenen Dispositionen und vor allem die Fähigkeit zu ihrer graduell unterschiedlichen Verknüpfung eventuell noch in anderer Weise mit Generationsunterschieden zusammenhängen. Die dargestellte Clusterbildung deutet auch darauf hin, dass das Interesse an ruralen Praktiken und an Erwerb und Akkumulierung ruralen Kapitals in den verschiedenen Lebensphasen unterschiedlich ausgeprägt sein könnte. Eine synchrone Studie kann hierüber nur unzureichend Auskunft geben. Es bleibt also abzuwarten, welche Bedürfnisse und Kompetenzen die Vertreter der *new rural idyll* in zehn oder zwanzig Jahren, wenn die berufliche Karriere und die Kinder sie allmählich weniger in Anspruch nehmen, entwickeln werden.

## Schluss

Unsere Analyse hat gezeigt, dass die Einstellungen und Verhaltensweisen der Wohnmigranten und -migrantinnen mit dem einfachen Gegensatzpaar urban – rural nur unzureichend gekennzeichnet wären. Die individuellen Habitus sind nicht auf einer Achse zu situieren, sondern, wie die graphische Darstellung anschaulich macht, in einem dreipoligen Feld, das ein Kontinuum der möglichen Verbindungen von ruralen Dispositionen und Praktiken mit urbanen umfasst. Deutlich wurde ebenfalls, dass ein solches nicht-dichotomes Verständnis von Urbanität und Ruralität und eine entsprechende Analyse der ländlichen Entwicklungsprozesse zur Voraussetzung haben, dass Ruralität positiv bestimmt, nicht lediglich als ein Mangel an Urbanität verstanden wird.

Damit kommen wir zum Schluss noch einmal auf Halfacrees Konzept der *networks of rurality* zurück, das Strukturen, Alltagserfahrungen und -praktiken und öffentliche Diskurse miteinander verbindet – oder allgemeiner, mit dem der Autor die Gegenüberstellung von materieller und ideationaler Auffassung von Ruralität zu überwinden versucht. Die in den Idealtypen zur Anschauung gebrachten Habitus-Varianten können als Elemente – und zugleich Resultate – solcher unterschiedlicher Netzwerke von Ruralität verstanden, das heißt

in ihrer Verbindung mit räumlichen Praktiken und Strukturen sowie bestimmten formalen Repräsentationen betrachtet werden. In der Erläuterung des Typus *new rural idyll* ist diese netzwerkartige Verflechtung von Repräsentationen und Praktiken bereits angeklungen. Hier war zu erkennen, dass bestimmte Handlungsdispositionen in Wechselwirkung mit strukturellen Entwicklungen auftreten. Darüber hinaus ist der *new-rural-idyll*-Komplex zentraler Bestandteil der öffentlichen Diskurse, wie sie von den Verwaltungen und Investoren aufgegriffen und unterhalten werden. Diese streichen in ihren politischen Programmen und Marketingstrategien besonders die hier Realität gewordene Vereinigung der Vorzüge des Landlebens – Ruhe, landschaftliche Schönheit, traditionsreicher Weinbau etc. – mit moderner Infrastruktur, Mobilität, Internationalität und sogar Zentralität heraus und machen so das Dorf zu einem „Ort im Herzen Europas“. Entsprechendes gilt auch für die beiden anderen Varianten, *rurale Familiarität* und *rurale Soziabilität*, die in derselben Weise mit distinkten, relativ dauerhaften Praktiken bzw. Strukturen und Repräsentationen verknüpft sind. Zu welchen konkreten Verhaltensweisen ein urbaner Habitus befähigt, ist also unter anderem von den gegebenen räumlichen Praktiken bzw. Strukturen und Repräsentationen abhängig. *Rurale Familiarität*, *rurale Soziabilität* und *new rural idyll* zeigen zwar, wie angedeutet, eine historische Entwicklung auf, existieren aber in der von uns untersuchten Grenzregion gegenwärtig als drei alternative Varianten des ruralen Raumes.

## Anmerkungen

- 1 Der Begriff Saar-Lor-Lux bezeichnet seit den 1970er Jahren eine Euroregion bestehend zunächst aus dem Großherzogtum Luxemburg, Lothringen und dem Saarland und dann erweitert um die Wallonie und Rheinland-Pfalz.
- 2 Die Bezeichnung „Wohnmigranten“ soll den Umstand betonen, dass der Zweck der Verlegung des Wohnsitzes ins benachbarte Ausland die Veränderung respektive Verbesserung der Wohnsituation ist, die sonstigen Lebensumstände (Arbeitsplatz, weiteres soziales Umfeld etc.) aber mehr oder weniger unverändert bleiben, so dass die Migration hier in gewisser Weise nur eine partielle ist. Die Frage, ob die Bezeichnung Migration angesichts der Kleinräumigkeit der Bewegung angemessen ist, kann hier nicht weiter diskutiert werden (siehe dazu u.a. Gregor Schnuer, *Circulating in Places and the Spatial Order of Everyday Life*, in: *Human Studies*, Online 31 July 2014). Einige Autoren schlagen eine Unterscheidung zwischen „residential migration“ und „residential mobility“ vor und plädieren dafür, von Mobilität zu sprechen, wenn die Wohnortverlegung mit biographischen Veränderungen oder lokalen Wohnungsmarktverhältnissen zusammenhängt (vgl. Catherine Bonvalet/Anne-Marie Fribourg, *Stratégies résidentielles. Actes du séminaire Paris 1988*, ed. INED, Plan Construction et Architecture, MELTM., Paris 1990); siehe dazu auch Samuel Carpentier/Philippe Gerber, *De la mobilité résidentielle à la recomposition des espaces de la vie quotidienne*, in: *Recherche Transports Sécurité* 102 (2009), 61–72.
- 3 Vgl. Samuel Carpentier (Hg.), *Die grenzüberschreitende Wohnmobilität zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen*, Luxemburg 2010.
- 4 Projekt: *Cross Border Residential Mobility (CB-RES)*, Universität Luxemburg (<http://cbres.uni.lu>).
- 5 Vgl. etwa zur Wohnmigration an der deutsch-niederländischen Grenze: Anke Strüver, *Stories of the Boring Border. The Dutch-German Borderscape in People's Minds*, Münster 2005; Henk van Houtum/Ruben Gielis, *Elastic Migration: the Case of Dutch Short-Distance Transmigrants in Belgian and German Borderlands*, in: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 97 (2006) H. 2, 191–198. Für einen Überblick über die bisherige Forschung siehe Devan Jagodic, *Living (beyond) the Border: European Integration Processes and Cross-border Residential Mobility in the Italian-Slovenian Border Area*, in: *Dorte Jagetic Andersen/Martin Klatt/Marie Sandberg (Hg.), The Border Multiple. The Practicing of Borders between Public Policy and Everyday Life in a Re-scaling Europe*, Farnham 2013.
- 6 Vgl. Carpentier, *Die grenzüberschreitende Wohnmigration*, 21, 30.

- 7 Nach offiziellen Statistiken ist die Zahl der in Rheinland-Pfalz – und überwiegend in unmittelbarer Grenz-  
nähe – lebenden Luxemburger Staatsangehörigen zwischen 1995 und 2012 von etwa 1.400 auf mehr als 5.600  
Personen gestiegen und hat sich damit mehr als vervierfacht (Auskunft des Statistischen Landesamtes Rhein-  
land-Pfalz). Die demografischen Daten sind allerdings sehr ungenau; ein beträchtlicher Teil der aus Luxem-  
burg zugezogenen Personen zieht es vor, weiterhin im Großherzogtum gemeldet zu bleiben und unterhält  
daher in Deutschland offiziell lediglich einen Zweitwohnsitz.
- 8 Vgl. L'Observatoire de l'Habitat, Des actifs résidents devenus frontaliers. Analyse d'un phénomène émergent.  
La Note 14, 2010, 2.
- 9 Vgl. Jacques Brosius/Samuel Carpentier, Grenzüberschreitende Wohnmobilität von in Luxemburg ansässigen  
Erwerbstätigen. Quantifizierung und Charakterisierung des Phänomens, in: Samuel Carpentier (Hg.), Die  
grenzüberschreitende Wohnmigration zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen, Luxemburg 2007,  
15–36, hier 33, 36.
- 10 Stadt Trier: 0,5 Prozent, Kreis Trier-Saarburg: 1,7 Prozent, Eifelkreis Bitburg-Prüm: 2,1 Prozent; Auskunft des  
Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz.
- 11 Auskunft der Einwohnermeldeämter der Verbandsgemeinden Trier Saarburg, Konz und Trier-Land.
- 12 Christian Wille, Atypische Grenzgänger in der Großregion, in: Digitaler und interaktiver Atlas der Großregion.  
Interdisziplinäres Online-Projekt der Forschungseinheit IPSE der Universität Luxemburg, Luxemburg 2011.
- 13 Die jüngsten Daten beziehen sich auf das Jahr 2011; vgl. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (Hg.),  
Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 8. Bericht an den Gipfel der Großregion, Saarbrücken 2013, 81.
- 14 Peter Dirksmeier, Habituelle Urbanität, in: *Erdkunde* 60 (2006), 221–230.
- 15 Ebd., 223.
- 16 Ebd., 223.
- 17 Ebd., 223.
- 18 Ebd., 224.
- 19 Peter Dirksmeier, The wish to live in areas with „people like us“: metropolitan habitus, habitual urbanity and  
the visibility of urban-rural differences in South Bavaria, Germany, in: *Visual Studies* 27 (2012) H. 1, 76–89,  
hier 80.
- 20 Siehe in diesem Zusammenhang zum Verhältnis von „capital spatial“ und „capital résidentiel“ Jacques Lévy,  
Capital spatial, in: Jacques Lévy/Michel Lussault (Hg.), *Dictionnaire de la géographie et de l'espace des so-  
ciétés*, Paris 2003, 124–126; vgl. auch Laurent Cially, Capital spatial, stratégies résidentielles et processus  
d'individualisation, in: *Annales de Géographie* 654 (2007), 169–187; Michael Flamm/Vincent Kaufmann,  
Operationalising the concept of motility: a qualitative study, in: *Mobilities* 1 (2006), 167–189.
- 21 Dirksmeier, People like us, 80.
- 22 Ebd., 80.
- 23 Dirksmeier, Habituelle Urbanität, 228.
- 24 Ebd., 228.
- 25 Dirksmeier, People like us, 84.
- 26 Zum Phänomen des „blurring of the urban – rural distinction“ vgl. Tony Champion/Graeme Hugo (Hg.), *New  
Forms of Urbanization. Beyond the Urban-Rural Dichotomy*, Aldershot 2004, 8–11.
- 27 Vgl. Peter Dirksmeier, Strife in the rural idyll? The relationship between autochthons and in-migrants in scenic  
regions of South Bavaria, in: *Erdkunde* 62 (2008), 159–171. Dirksmeier bezieht sich hier ausdrücklich auf die  
Vorstellung der „rural Idyll“, eine Verbindung mit dem Habitus- und Kapitalbegriff bleibt allerdings aus.
- 28 Siehe Keith Hoggart, Let's Do Away With Rural, in: *Journal of Rural Studies* 6 (1990) H. 3, 245–257, hier 249:  
„[...] causal forces are not distinctive in rural areas, nor are they uniform in them“; vgl. auch David Brown/  
John Cromartie, The nature of rurality in postindustrial society, in: Tony Champion/Graeme Hugo (Hg.), *New  
Forms of Urbanization. Beyond the urban-rural Dichotomy*, Aldershot 2004, 269–284, die an der Notwen-  
digkeit eines – dynamischen – Ruralitätsbegriffs festhalten und einen multidimensionalen Ansatz vorschla-  
gen, der ökologische, sozioökonomische und kulturelle Gegebenheiten berücksichtigt; zur Debatte um das  
Ruralitätskonzept in der Soziologie siehe auch Jonathan Murdoch/Andy C. Pratt, Rural Studies: Modernism,  
Postmodernism and the ‚Post-rural‘, in: *Journal of Rural Studies* 9 (1993) H. 4, 411–427; zur Debatte in der  
Kulturgeografie siehe Paul J. Cloke, Whither Rural Studies?, in: *Journal of Rural Studies* 1 (1985) H. 1, 1–9;  
einen knappen historischen Überblick liefert Ilse Helbrecht, Urbanität und Ruralität, in: Julia Lossau/Roland  
Lippuner/Tim Freytag (Hg.), *Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialgeographie*, Stuttgart 2013, 167–181.

- 29 Siehe etwa Marc Mormont, Who is rural? or, how to be rural: towards a sociology of the rural, in: Terry Marsden/Philip Lowe/Sarah Whatmore (Hg.), *Rural Restructuring. Global processes and their response*, London 1990, 21–44.
- 30 Vgl. Keith Halfacree, *Locality and Social Representation: Space, Discourse and Alternative Definition of the Rural*, in: *Journal of Rural Studies* 9 (1993) H. 1, 23–37, hier 34.
- 31 Halfacree hat sich vor allem mit rurality im britischen Kontext, unter anderem mit counter-urbanisation in den 1980er Jahren befasst.
- 32 Keith Halfacree, *Rural Space: Constructing a Three-Fold Architecture*, in: Paul Cloke/Terry Marsden/Patrick Mooney (Hg.), *The Handbook of Rural Studies*, London 2006, 44–62, hier 51.
- 33 Keith Halfacree, *Rethinking Rurality*, in: Tony Champion/Graeme Hugo, *New Forms of Urbanization. Beyond the Urban-Rural Dichotomy*, Aldershot 2004, 285–304, hier 295 (Hervorhebung durch den Autor).
- 34 Ebd., 297.
- 35 Ebd., 303.
- 36 Ebd., 300.
- 37 Ebd., 301.
- 38 Ebd., 300.
- 39 Halfacree selbst macht in Anlehnung an Shields deutlich, dass soziale Raumrepräsentationen, im vorliegenden Fall Repräsentationen des ruralen Raumes, nicht primär in einem begrifflichen oder logischen Prozess entstehen, sondern internalisiert sind „through the ‚embodied‘ memory of habit, gesture, and spatial practice“, Rob Shields, *Places on the Margin*, London 1991, 264, zitiert in Halfacree, *Locality*, 32.
- 40 Halfacrees Untersuchungen zum Netzwerk „rural idyll“ konzentrieren sich naturgemäß weitgehend auf eine bestimmte städtisch-bürgerliche Schicht; siehe bspw. auch Dirksmeier, *Strife in the Rural Idyll*, der sich mit den Motivationen und Imaginationen der Städter, die aufs Land ziehen, befasst; siehe dagegen die auf französischsprachige Studien konzentrierte Arbeit von Candau und Remy zu „sociabilités rurales“, Jacqueline Candau/Jacques Rémy, *Socabilités rurales. Les agriculteurs et les autres*, *Etudes rurales* 183 (2009), 83–100.
- 41 Eine hierüber hinausgehende Berücksichtigung solcher tendenziell vernachlässigter (Unter-)Gruppen ist in unserer Studie nicht beabsichtigt. Zu typischerweise vernachlässigten rural geographies vgl. Chris Philo, *Neglected Rural Geographies. A Review*, in: *Journal of Rural Studies* 8 (1992) H. 2, 193–207.
- 42 Es handelt sich um ein in gewissem Grade abgegrenztes Tauschsystem, in dem nur bestimmte Gaben oder Leistungen zirkulieren und an dem nur derjenige teilhaben kann, der diese schätzt und selbst über sie verfügt; vgl. Martin Rössler, *Wirtschaftsethnologie. Eine Einführung*, Berlin 2005, 189 ff.
- 43 Geplant waren noch weitere, eher urban zu nennende facilities – Fitnessstudio, Restaurant –, auf deren Realisierung der isländische Investor aufgrund der Bankenkrise allerdings verzichten musste.

# Regionen, Netzwerke, Sinngebungen

## Der Beitrag des *Jahrbuchs für Geschichte des ländlichen Raumes* zur ‚neuen‘ Agrargeschichte

### Einleitung

Die 1990er Jahre brachten einen bedeutenden Aufschwung agrarhistorischer Forschung. Eine neue Generation trat in das Feld ein, das sich hinsichtlich vertretener Disziplinen und historischer Subdisziplinen ausweitete und womit der Boden für neue Organisationsbildungen (z.B. Arbeitskreis für Agrargeschichte) und Informationsweisen (Newsletter, Tagungen, Websites usw.) bereitet war. Die Reform der *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* (ZAA) in der Bundesrepublik Deutschland und die Gründung des *Jahrbuchs für Geschichte des ländlichen Raumes* (JGLR) sowie des Instituts für Geschichte des ländlichen Raumes (IGLR) in Österreich, des Archivs für Agrargeschichte in der Schweiz und der Aufschwung der gewichtigen Zeitschrift *Histoire et Société Rurale* in Frankreich sind im Gesamtzusammenhang dieser bedeutsamen quantitativen und qualitativen Entwicklung zu verstehen. Vor allem im Folgejahrzehnt verstärkten sich internationale Netzbildungen, dazu kamen wachsend Drittmittelprojekte. Jedenfalls in den deutschsprachigen Ländern hat all dies aber nicht dazu geführt, dass sich, analog zum Aufschwung der Historischen Sozialwissenschaft in den 1970er und 1980er Jahren oder der Globalgeschichte heute, die Zahl einschlägiger universitärer Stellen vermehrt hätte. Heute gilt für die Agrargeschichte immer noch dasselbe wie in den späten 1990er Jahren: Sie ist ein hoch produktives Gebiet, steht aber eher marginal in den Hauptdisziplinen und ist unterinstitutionalisiert, vergleichbar mit der Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung und im deutlichen Kontrast etwa zur Zeitgeschichte und zur nunmehr aufstrebenden Europäischen Geschichte.

Die Explosion der Themen und die Intensivierung der Forschungspraxis in nun weniger übersichtlichen Forschungszusammenhängen brachten bald einen starken Bedarf an reflexiven Sondierungen. Für die BRD ist der 1998 erschienene Band *Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven*<sup>1</sup> zu nennen, in dem die Herausgeber auf die Notwendigkeit hinwiesen, zu mehr Kommunikation und „integrativen Entwürfen“ zu gelangen. Es zeichneten sich hier mehrere Perspektiven ab: eine Anknüpfung an die Protestforschung und an die Ausdifferenzierung von Sozial- und Kulturgeschichte und damit die Zuwendung zu einer „Vielfalt von Sinnentwürfen“ und sozialer Formationen anstelle der früheren Fixierung auf das Bauerntum, die Frühneuzeitforschung inklusive. Die Beiträge dieses Sammelbandes setzten Akzente: die geschlechtergeschichtliche Perspektive, Alltagskonflikte und Konfliktregelung, die Betonung wirtschaftlicher Innovationspotenziale und spezifischer Rationalitäten in den ländlichen Gesellschaften und vor allem das Ziel, Handlungspotenziale auszuloten. Auf den klassischen Begriff der „Modernisierung“ von Agrarökonomien wollte man trotz seiner teleologischen Belastung nicht verzichten. Um Komplexität und Richtung sowie Ungleichzei-

tigkeiten von gesellschaftlichen Entwicklungen gleichermaßen berücksichtigen zu können, bot sich die Verwendung des Transformationsbegriffs an; dieser hat sich allerdings kaum durchsetzen können.

Die Entwicklung der ZAA ist diesem expliziten und impliziten Programm teils gefolgt, vor allem hinsichtlich der Schlüsselthemen von Dorf über Demographie bis zu Gender und Kommunikation und des als absolut notwendig erachteten Zusammenhangs zur Frühneuzeitforschung. Hinzu kamen die speziellen landsoziologischen Perspektiven, die diese Zeitschrift auszeichnen, mitsamt einer Aufwertung des 20. Jahrhunderts als Forschungsgegenstand.

## Programm

Im Rahmen des skizzierten Aufschwungs agrarhistorischer Forschung setzte nun das JGLR seit seiner Gründung von Anfang an eigene Akzente. Im Editorial des Bandes *Agrargeschichte schreiben* von 2004 fällt erstens die Perspektive auf, einen „internationalen Vergleich“ anzustreben; zweitens wurde begründet, warum „ländlicher Raum“ und nicht „agrarisches“ das Schlüsselkonzept darstellen sollte, um der theoretischen, methodischen und thematischen Erweiterung der Agrargeschichte Rechnung zu tragen; hier wurde drittens besonders die Pluralität von ländlichen Gesellschaftsbeziehungen ins Zentrum gestellt; zudem erschien viertens die Kritik an traditionellen Konzepten als forschungsstrategisch relevant; und vor allem wurde fünftens durch die Integration einer internationalen AutorInnenschaft von vornherein die gewachsene Verflechtung historischer Forschung aufgegriffen und zum Programm erhoben.<sup>2</sup>

So betonte Margareth Lanzinger die erheblichen Pionierleistungen und konzeptionelle Anregungen der italienischen Agrargeschichtsforschung, von der Gender-Perspektive über das Bemühen, strukturelle und mental-subjektive Perspektiven zu vereinen bis zum einheitsstiftenden emanzipatorischen Impuls.<sup>3</sup> Gloria Sanz Lafuente unterstrich den hohen Stellenwert der Agrargeschichte innerhalb der spanischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und betonte Schlüsselbegriffe wie „Ungleichzeitigkeit“, „Transformation“, „Klientelismus“, „Widerstand“, „Geschlecht“ und die Notwendigkeit, die dominante Fortschrittsgeschichte durch Adaption von Umweltthemen zu kritisieren.<sup>4</sup> Michael Limberger sah in seiner Beschreibung des komparatistischen CORN-Projekts über den Nordseeraum eher die klassischen Paradigmen wie Demografie, Agrarsysteme, Arbeitsmärkte und Gemeinschaftsgüter. Damit waren in der Tat europäische Themen und Institutionen benannt, die in einem weit ausholenden Forschungsprogramm dann bis heute konsequent und komparativ angelegt abgearbeitet wurden.<sup>5</sup> Ernst Langthaler verwies unter dem Stichwort der sich formierenden ‚neuen‘ Agrargeschichte auf konzeptionelle Ansätze der englischsprachigen *Peasant Studies*. Der Autor schlug vor, nicht nur konsequent die Komplexität ländlicher Gesellschaften und ihre Akteurskonstellationen herauszuarbeiten, sondern auch unter Rückgriff auf sozial- und kulturanthropologische Theorieangebote multiple Klassenpositionen und vielfältige Identitäten in Beziehung zueinander zu setzen.<sup>6</sup> Wenn ich richtig sehe, ist es zwar zu einer solchen Einigung auf ein diversen empirischen Arbeiten zugrunde liegendes theoretisches Paradigma nicht gekommen. Indes die Figur einer komplexen Relation von sozialen und symboli-

schen Räumen findet sich doch in zahlreichen Einzelbeiträgen des Jahrbuchs und erweist sich als *hidden agenda* oder Matrix.

Immer wieder wurden Anstrengungen unternommen, explizite Theoretisierung ins Feld einzubringen, etwa im Band *Grüne Revolutionen* von 2005 mit Beiträgen zur Agrarumweltgeschichte (Verena Winiwarter), zur Agrargeschichte als Geschlechtergeschichte (Gertrude Langer-Ostrawsky) und zur Historischen Kulturanthropologie (Norbert Ortmayr).<sup>7</sup> Im Band *Land-Arbeit* von 2008, der einem besonderen Defizit der Agrargeschichte begegnete, findet sich eine anspruchsvolle Einleitung, in der Rückwirkungen von „Kolonisierung von Natur“ auf „Denk- und Handlungsmuster“ postuliert wurden.<sup>8</sup> Eine Rezension von Gunter Mahlerwein stellte dazu fest, dass „diese inspirierenden Vorüberlegungen in unterschiedlicher Intensität“ aufgegriffen worden seien. Selbst wenn also die Theorierezeption nicht in vollem Umfang geschah, hielt der Rezensent die positiven Erträge des Bandes und die Leitung an expliziten Konzepten und Fragestellungen fest, so bei der Rekonstruktion von Zeitbudgets. Mahlerwein kam zu dem Schluss, dass der Band „vielfältige Anregungen“ für das Forschungsfeld Arbeit gebe.<sup>9</sup>

Im Band *Im Kleinen das Große suchen* von 2012 zur Mikrogeschichte adaptierte Angelika Epple postkoloniale Ansätze und plädierte für die Berücksichtigung der Netzwerkbeziehungen vom Lokalen bis hin zum Globalen, das, so die These, nur lokal zu beobachten sei. Margareth Lanzinger wies darauf hin, dass im Zuge der Globalgeschichte erneut „große Narrative und Erklärungen“ angesagt seien, hier müsse sich Lokalforschung neu behaupten. Als Ansatzpunkt sah die Autorin die Akteur-Netzwerk-Theorie, um klar zu machen, was Lokalitäten miteinander verbindet, wie sich dort Transformationen entlang einer langen Kette von Akteuren vollziehen. Ernst Langthaler schloss an neue Raumkonzepte an und plädierte im Sinn einer „transterritorialen Mikrogeschichte“ für die Notwendigkeit, Mikrogeschichte an Orten translokal und -regional zu konzipieren, was von Güterbewegungen bis zu *mental maps* reichen könne.<sup>10</sup>

Ich kann diese Theorieangebote hier nicht vertiefend aufgreifen. Solche Angebote können realistischerweise nur im Zuge längerer Kommunikationsprozesse rezipiert werden. Solange es keine größeren und geförderten Forschungsverbände gibt, lässt sich ein solcher Rezeptionsprozess kaum steuern.

## Publikationspraxis

Wie hat sich nun das Programm einer ‚neuen‘ Agrargeschichte im Zuge der publizistischen Praxis des Jahrbuchs entwickelt? Ich möchte diese Frage in zwei Schritten beantworten: Nach einer kurzen Inhaltsanalyse gehe ich einigen theoretischen Positionierungen und Begriffssetzungen nach. Die nötige Stabilität des Gesamtprojekts ergibt sich nicht nur durch die Existenz des IGLR und durch eine implizite und explizite Programmatik, sondern auch durch den stabilen HerausgeberInnenkreis, der aus den personellen Ressourcen des St. Pöltener Instituts sowie des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien schöpft. Je nach Thema und Planungsstand werden weitere HerausgeberInnen rekrutiert, die bislang aus Salzburg, Bonn, Leipzig, Frankfurt an der Oder und Osnabrück stammten und verschiedene Teildisziplinen repräsentierten.<sup>11</sup>

Die geographische Rekrutierung der AutorInnen folgt einem erweiterten Muster. Knapp die Hälfte stammt aus Österreich, etwa ein Fünftel aus Deutschland, die Schweiz stellt sechs Prozent, die tschechische Republik vier Prozent, etwa ein weiteres Zehntel kommt aus West- und Nordeuropa. Wenngleich Italien wenig, Osteuropa fast gar nicht vertreten ist, verweist dies insgesamt auf das ganz beachtliche geographische und damit weite kulturelle Spektrum der AutorInnenschaft. Es handelt sich beim Jahrbuch um einen geglückten Prozess der Europäisierung, obwohl man sich nicht zu einer größeren Anzahl englischsprachiger Beiträge hat durchringen können oder wollen.<sup>12</sup> Offenheit gegenüber neuen Forschungskonstellationen zeigt sich auch im hohen Anteil der Autorinnen von etwa einem Drittel. Obwohl vieles darauf hindeutet, dass junge AutorInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen eine große Rolle spielen, so kann man doch feststellen – und dies dürfte ein Element der Qualitätssicherung sein – dass wenigstens neun Zehntel von ihnen über eine Anbindung an akademische Institutionen, zumeist Universitäten, verfügen.<sup>13</sup> Bei 26 Prozent handelte es sich um AutorInnen mit Professorentitel, wiederum fast ein Drittel war der jüngeren Generation zuzurechnen.<sup>14</sup>

Während sich bei einer Analyse von Lutz Raphael der Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* herausstellte – allerdings zum Zeitraum 1975 bis 1999 –, dass hier klar abgrenzbare sozialgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Disziplinen dominierten, dem Programm einer „Historischen Sozialwissenschaft“ entsprechend und auf die Dominanz des Entscheidungszentrums Bielefeld zurückgehend,<sup>15</sup> ist es kaum verwunderlich, dass das Jahrbuch disziplinär breiter verankert ist. Annäherungsweise lässt sich sagen, dass je knapp ein Drittel der AutorInnen der Neueren und Neuesten Geschichte sowie den Kulturwissenschaften zuzuordnen sind. Dazu kommen, wenn man das einmal – analytisch etwas fragwürdig – abtrennt, jeweils ein Zehntel explizite Wirtschafts- und SozialhistorikerInnen sowie ‚klassische‘ AgrarhistorikerInnen. Andere Fachbereiche und historische Teildisziplinen sind dann noch divers vertreten.

Sortiert man wiederum die Beiträge nach Teilgebieten, zeigt sich ein etwas anderes Spektrum. Nach meiner – mehr intuitiven als systematischen – Klassifikation sehe ich die Agrargeschichte mit etwa einem Drittel vorne; dazu kommen die Beiträge, die ländliche Räume in den Mittelpunkt stellen, mit etwa einem Zehntel. Artikel, die sich zwischen Sozial- und Kulturgeschichte, manchmal auch aktuelle kulturwissenschaftliche Perspektiven eingeschlossen, bewegen, aber nicht in erster Linie ländlich-agrarische Phänomene behandeln, kommen auf einen unerwartet hohen Anteil von etwa vier Zehntel. Der politischen Geschichte, die stets in ihren lebensweltlichen und räumlichen Kontexten abgehandelt wird, ist ein weiteres Achtel zuzurechnen. Klassische oder gar ökonomistische Wirtschaftsgeschichte ist hingegen kaum vertreten.<sup>16</sup> Insgesamt lässt sich sagen: Im Jahrbuch wird „ländlicher Raum“ vor allem in Hinblick auf Stadt-Land-Beziehungen weit aufgefasst; überwiegend erscheint die ländliche Markt- und Kleinstadt als Teil von „Land“, das folglich von Urbanisierungsprozessen gekennzeichnet ist und nicht allein aus ruraler Essenz besteht.

Bei der Frage nach den (hier nationalstaatlich definierten) Untersuchungsgebieten der Beiträge zeigt sich ein noch diverseres Profil. Österreich liegt, wenig überraschend, mit 22 Prozent vorne, gefolgt von Deutschland mit 15 Prozent. Ost- und südosteuropäische Gebiete mit 11 Prozent und Regionen der heutigen Tschechischen Republik, vor allem Grenzräume und die historische Region Böhmen, mit 8 Prozent sind ausgezeichnet repräsentiert. Es folgen westeuropäische Länder und Gebiete mit ebenfalls 8 Prozent. Wenig überraschend



sind etliche Beiträge zu Südtirol zu verzeichnen, hingegen Italien wie der gesamte südeuropäische Raum sind kaum repräsentiert. 15 Prozent der Beiträge, meist mit theoretischem Einschlag, sind nicht eindeutig geographisch-kulturellen Räumen zuzuordnen.

Aufgrund des Titels der Zeitschrift, die „Raum“ explizit hervorhebt, und wegen des erwähnten Bandes über Mikrogeschichte wäre ferner zu erwarten gewesen, dass regionale und lokale Fallstudien im Vergleich zu anderen Zeitschriften und Reihen stark überrepräsentiert sind. Sie sind es aber mit einem Anteil von etwa einem Drittel nicht. Ein weiteres Fünftel entfällt auf interkulturelle und transnationale Studien. Bei knapp der Hälfte handelt es sich um problemorientierte Überblicke über größere Forschungsthemen sowie die Erörterung von Theorie- und Methodenfragen, was den Anspruch der Reihe unterstreicht, in der allgemeinen Geschichtsforschung mitzumischen.

Das semantische Profil soll nun noch aufgrund einer Autopsie der Schlüsselbegriffe sämtlicher Überschriften der bisher erschienenen Beiträge überprüft werden. Thematisch ergeben sich hier kaum Überraschungen: der explizite Bezug auf „Land“ oder „ländlich“ (16), gefolgt von „Umwelt“, „sozialökologisch“ und „Natur“ (12), „Landwirtschaft“ (11), „Agrarpolitik“ (10), „Dorf“ (9), „Politik“ (8), „Stadt-Land-Beziehungen“ (8), „Arbeit“ (8), „Landschaft“ (8, einschließlich „Kulturlandschaft“ 10) und „Agrarsystem“ (8). Weitere häufig verwendete, konzeptionell zu verstehende Begriffe waren „Agrarismus“, „Identität“ und „Grenze“. Ein Schlüsselbegriff in Beiträgen theoretischer und methodischer Reflexion ist insbesondere „Agrargeschichte“ (12); er scheint offensichtlich doch geeignet, das Forschungsfeld zu charakterisieren. Die „Lebenswelt“ (11) ist häufig, der fast synonyme „Alltag“ (4) seltener vertreten. „Mikrogeschichte“ (10) taucht oft auf; hier handelte es sich um empirische Beiträge. „Ökonomie“ (8) wird eher mit theoretischer Reflexion verbunden, als dass der Begriff in empirischen Beiträgen erscheint. „Geschichte“ und „Geschichtswissenschaft“, einschließlich „Globalgeschichte“ (7), scheint dort auf, wo es um theoretische Reflexion geht, nicht aber in empirischen Beiträgen. „Wahrnehmung“ (7) ist ebenfalls vertreten. Weitere Beiträge (7) widmeten sich Selbstzeugnissen wie Briefen, Tagebüchern oder Interviews, also spezifischen Quellen und Methodenfragen. Was auffiel, war die spärliche Repräsentation von Medienthemen. Gleiches gilt für „Raum“; der Raumbezug wird selten in den Titeln expliziert, ist aber auffallend vorhanden, und dichte räumliche Kontextualisierung gehört essentiell zum Markenzeichen des gesamten Projekts.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das Jahrbuch fußt auf einem Stamm von MitarbeiterInnen, der die Kontinuität sichert; zugleich besteht das kulturelle Kapital in seiner europäischen thematischen Orientierung. Zunehmend treten transnationale und globale Themen und Konzepte auf, ohne dass aber ein abrupter Paradigmenwechsel festzustellen wäre. Vielmehr zeigen sich in den zehn Jahren des Bestehens eher Fortentwicklungen auf der Basis eines progressiven Programms und der AutorInnenschaft, die relativ jung ist und einen klar akademischen Hintergrund aufweist. Fall-, Lokal- und Regionalstudien spielen eine gewichtige Rolle, aber auch gerade der problemorientierte Aufsatz und die theoretische Reflexion. Klassische Begriffe der Agrar- und Sozialgeschichte gehören zum Profil ebenso wie neuere Leitbegriffe, insbesondere die Öffnung zur Geschichte der Umwelt. Der Ansatzpunkt „Lebenswelt“ und „Alltag“ scheint tiefer

verankert als „Mikrogeschichte“, die wohl von den HerausgeberInnen bewusst eingeführt wurde, um die theoretische Fundierung zu vertiefen. Soziale und kulturelle Dimensionen von Geschichte werden häufig in ihrem Zusammenhang diskutiert; ‚reine‘ Sozialgeschichte oder klassische sozialwissenschaftliche Ansätze sind weniger ausgebildet. Politik wird in lebensweltlichen Kontexten behandelt; ebenso werden Landwirtschaft und Ökonomie gesellschaftlich eingebettet.

Aus all dem lassen sich vier Thesen formulieren: Die ‚neue‘ Agrargeschichte, wie sie im Jahrbuch vertreten ist, besteht vor allem in erstens der Europäisierung von Themen und Untersuchungsgebieten, die teils interkulturell-vergleichend und transfergeschichtlich behandelt werden; zweitens der weiten Öffnung gegenüber kulturhistorischen Perspektiven, ohne klassische Ansätze der Agrargeschichte aufzugeben; drittens der starken Bedeutung von lebensweltlichen und regionalen Kontexten; und viertens der Betonung von theoretischen Modellen, weniger indes methodischer Reflexion.

Erstens: Wie man gesehen hat, handelt es sich – bis auf einige Defizitgebiete – um eine Europäisierung der Themen. Dass hier geographische Schwerpunkte aufscheinen, ist nachvollziehbar. Nicht aber wurde die geglückte Europäisierung, wie ich meine, hinreichend komparatistisch angelegt. Bekanntlich dient Komparatistik dazu, sowohl Unterschiede wie Gemeinsamkeiten von Entwicklungen zu erkennen. Es ist durchaus möglich, unterhalb der Ebene von Nationen zu vergleichen; dabei ist es keineswegs zwingend, durch Komparatistik ein Beispiel auf Kosten des anderen zu privilegieren, wenn man sich eben der Kriterien versichert, die keines der untersuchten Phänomene diskriminieren. Zugleich ist historische Komparatistik für nahe stehende Fächer wie die Soziologie relevant, steigert überhaupt die Chance, in anderen Disziplinen wahrgenommen zu werden, und trägt generell zur Begriffsschärfung bei. Komparatistik sollte auf einen Grad mittlerer Abstraktion hinauslaufen, der mir für Geschichte als Wissenschaft als unverzichtbar erscheint. Im Jahrbuch finden sich wie erwähnt zahlreiche Beiträge, die eine solche mittlere Reichweite anstreben und Überblicke geben – das ist aber noch nicht Komparatistik. Indes erfolgt diese in der Einleitung zum Band *Reguliertes Land* von 2005 über die Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die schon durch den gewählten Begriff der „Regulation“ einen direkten Vergleich ermöglicht. Dieser Beitrag hob den Krisencharakter der Periode hervor, entwickelte diverse Wege der Transformation und verwies mit einem Phasenmodell und dem Begriff der „Moderne“ auf den zugrundeliegenden gemeinsamen Rahmen, innerhalb dessen sich die einzelnen Entwicklungswege umso deutlicher voneinander abhoben.<sup>17</sup> Es mag es sein, dass konvergierende Begrifflichkeiten und Phasen eher für die Agrarpolitik des 20. Jahrhunderts als für ländliche Semantiken in höchst diversen Territorien des 18. oder 19. Jahrhunderts passen. Aber Komparatistik will nicht nur auf Konvergenzen hinaus, sondern identifiziert genauso Divergenzen, etwa geschlechtsspezifische Muster der Arbeitsteilung oder hoch differenzierte Zusammenhänge von Agrarverfassung und Heiratsstrategien.

Zweitens: Einerseits geht es im Jahrbuch um die weite Öffnung gegenüber kulturhistorischen Perspektiven, d.h. die Erfahrungs- und Wahrnehmungsebene, andererseits um eine Öffnung gegenüber der Umweltgeschichte, ohne klassische Ansätze der Agrargeschichte, etwa die Agrarpolitik, aufzugeben. Dies stellt einen Hauptvorzug des Gesamtprojekts dar, auch aufgrund der dadurch gegebenen Anschlussfähigkeit an andere akademische Disziplinen und Institutionen. Man könnte sich Bände vorstellen, wo ein Thema wie „Agrarsystem“

oder „Migration“ jeweils konsequent im Zuge verschiedener Ansätze vorgestellt wird, die dann nebeneinander stehen, sich analytisch-dimensional ergänzen und unmittelbar miteinander verglichen werden können. Dies setzt freilich eine aktive Rolle – und wohl noch steigerungsfähige – der jeweiligen HerausgeberInnen voraus. Auf jeden Fall scheint es sinnvoll, dass die Einzelbeiträge durch die HerausgeberInnen tatsächlich auf gemeinsame Paradigmen oder Begrifflichkeiten verpflichtet werden.

Drittens: Angesichts der im Jahrbuch nachwirkenden Tradition einer kulturalistischen Dorfforschung stellt sich die Frage, ob hier wirklich die erwähnten Relationen *zwischen* Dörfern und bis in die globale Dimension hinein hergestellt wurden. Vielleicht sollte man weitergehen und stärker in die Richtung intra- und interregionaler Vergleiche gehen. Denkbar wäre, einen Band ins Auge zu fassen, wo globalgeschichtliche Dimensionen, etwa Verlagerungen von Produktionsstandorten oder Arbeitsmärkten, Reiseerfahrungen oder die Anwesenheit von Flüchtlingen vor Ort, erörtert werden. Schließlich möchte ich dafür plädieren, Medialisierungsprozesse als Form der Überlagerung von früheren Stadt-Land-Polaritäten stärker zu gewichten und damit zu berücksichtigen, dass seit dem 19. Jahrhundert die medialiserte Wahrnehmung von Welt, die Dynamisierung von mentalen Grenzen durch Medien sowie das Durchschlagen der Kulturindustrien hohe Aufmerksamkeit verdienen.

Viertens: Einen Schwerpunkt bei der Theorie- und Methodendiskussion setzte der Band *Aus der Mitte der Landschaft* von 2011. Denkbar wäre, künftig die Forums-Kategorie in den Bänden stärker für die Theoriedebatte zu nutzen. Ferner ist zu überlegen, ob die Bezüge zwischen teils abstrahierten, theorieorientierten Einleitungen und Einzelbeiträgen durch eine Reduktion der Zahl der letzteren gestärkt werden könnten, sodass dann dort mehr Platz für die Erläuterung von Erkenntnisinteressen bliebe.

Zuletzt: Wie kann die Sichtbarkeit und Wahrnehmung von Agrargeschichte in anderen Disziplinen und der interdisziplinäre Dialog gestärkt werden? In der Frühneuzeitgeschichte hat Agrargeschichte immer noch einen guten Stand. Durch die Orientierung an der Kategorie des „Raumes“ und aufgrund der Zuwendung zur Umweltgeschichte ist die Relevanz der Agrargeschichte gestärkt worden. Ebenso haben Migrations- und Ernährungsthemen viel Potenzial für eine gesteigerte Bedeutung agrarhistorischer Forschung. Ebenso dürfte das Thema medialer Bilder des Ländlichen von allgemeinem Interesse sein. Im Band *Reguliertes Land* von 2005 argumentierte Michael Mitterauer, wie die Agrargeschichte über ihren Charakter als Teildisziplin hinausgelangen könne, indem sie als „interkulturell vergleichende Globalgeschichte“ konzipiert werde. Dies, so der Autor einleuchtend, erhöhe Aufmerksamkeit und Relevanz der Agrargeschichte bei Außenstehenden, auch für Fragestellungen naturwissenschaftlicher Disziplinen.<sup>18</sup> Es könnte ebenso nutzen, sich künftig bei Berücksichtigung aller Eigenlogiken sowie von dem, was sich durch die Erfahrungen mit Quellen und empirischen Problemen als Fragestellung aufdrängt, doch stärker an dem zu orientieren, was in größeren disziplinären und gesellschaftlichen Zusammenhängen diskutiert wird. Beispielsweise bei der Debatte um regionale Abwanderungsprozesse oder um die Konkurrenz von Metropolregionen sollten die ländlichen Dimensionen verstärkt eingebracht werden. Ebenso fällt auf, dass die agrarisch-ländliche Perspektive kaum in der Debatte der Zeithistoriker um den Stellenwert der 1970er Jahre auftauchte. Sich in aktuelle wissenschaftliche und außerwissenschaftliche Debatten einzubringen, wird sich künftig noch mehr aufdrängen – angesichts des wachsenden politischen und wirtschaftlichen Legitimationsdruckes, der auf der geisteswissenschaftlichen Forschung insgesamt lastet.

# Anmerkungen

- 1 Vgl. Werner Troßbach/Clemens Zimmermann (Hg.), *Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven*, Stuttgart 2008.
- 2 Vgl. Ernst Bruckmüller/Ernst Langthaler/Josef Redl, *Einleitung: Agrargeschichte schreiben. Traditionen und Innovationen im internationalen Vergleich*, in: dies. (Hg.), *Agrargeschichte schreiben. Traditionen und Innovationen im internationalen Vergleich* (JGLR 1/2004), Innsbruck u.a. 2004, 7–11.
- 3 Vgl. Margareth Lanzinger, „Zwischen Europa und dem Mittelmeer“. Zur Agrargeschichtsschreibung in Italien seit den Sechzigerjahren, in: Bruckmüller/Langthaler/Redl (Hg.), *Agrargeschichte*, 94–118.
- 4 Vgl. Gloria Sanz Lafuente, *Aus dem Südwesten. Perspektiven der Geschichte ländlicher Gesellschaft in Spanien vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, in: Bruckmüller/Langthaler/Redl (Hg.), *Agrargeschichte*, 190–207.
- 5 Vgl. Michael Limberger, *Rural History im Nordseeraum. Ein Überblick anhand der Arbeitsgemeinschaft CORN*, in: Bruckmüller/Langthaler/Redl (Hg.), *Agrargeschichte*, 240–248. In den letzten Jahren erschienen verschiedene nationale Synthesen der Agrargeschichte: Ernst Bruckmüller u.a. (Hg.), *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: *Politik, Gesellschaft Wirtschaft*, Wien 2002; Ernst Bruckmüller/Ernst Hanisch/Roman Sandgruber (Hg.), *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 2: *Regionen, Betriebe, Menschen*, Wien 2003; Stefan Brakensiek u.a. (Hg.), *Grundzüge der Agrargeschichte*, 3 Bde., Wien/Köln/Weimar 2015 (in Vorbereitung).
- 6 Vgl. Ernst Langthaler, *Nach den peasant studies. Michael Kearneys Entwurf einer postpeasant anthropology*, in: Bruckmüller/Langthaler/Redl (Hg.), *Agrargeschichte*, 249–259, hier 257.
- 7 Vgl. Verena Winiwarter, *Agrargeschichte als Umweltgeschichte?*, in: Ernst Langthaler/Josef Redl (Hg.), *Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930–1960* (JGLR 2/2005), Innsbruck/Wien/Bozen 2005, 204–212; Gertrude Langer-Ostrawsky, *Agrargeschichte als Geschlechtergeschichte?*, in: ebd., 213–220; Norbert Ortmayr, *Agrargeschichte als historische Kulturanthropologie?*, in: ebd., 228–243.
- 8 Vgl. Rita Garstenauer/Erich Landsteiner/Ernst Langthaler, *Einleitung: Land-Arbeit. Arbeitsbeziehungen in ländlichen Gesellschaften Europas (17. bis 20. Jahrhundert)*, in: dies. (Hg.), *Land-Arbeit. Arbeitsbeziehungen in ländlichen Gesellschaften Europas (17. bis 20. Jahrhundert)* (JGLR 5/2008), Innsbruck/Wien/Bozen 2010, 7–19.
- 9 Vgl. Gunter Mahlerwein, *Rezension von: Rolf Walter (Hg.), Geschichte der Arbeitsmärkte*, Stuttgart 2009; Erich Landsteiner/Ernst Langthaler (Hg.), *Agrosystems and Labour Relations in European Rural Societies*, Turnhout 2010; Rita Garstenauer/Erich Landsteiner/Ernst Langthaler (Hg.), *Land-Arbeit. Arbeitsbeziehungen in ländlichen Gesellschaften Europas (17. bis 20. Jahrhundert)*, Innsbruck/Wien/Bozen 2010, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 61 (2013) H. 1, 120–123.
- 10 Vgl. Angelika Epple, *Globale Mikrogeschichte. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Relationen*, in: Ewald Hiebl/Ernst Langthaler (Hg.), *Im Kleinen das Große suchen. Mikrogeschichte in Theorie und Praxis* (JGLR 9/2012), Innsbruck/Wien/Bozen 2012, 37–47; Margareth Lanzinger, *Das Lokale neu positionieren im actor-network-Raum – globalgeschichtliche Herausforderungen und illyrische Steuerpolitiken*, in: ebd., 48–56; Ernst Langthaler, *Vom Behälter zum Netzwerk? Raum in mikrohistorischer Perspektive*, in: ebd., 57–68, hier 61, 65.
- 11 Laut Mitteilung von Ernst Langthaler an den Verfasser vom 15.9.2014 beruhten die eigenproduzierten Bände (2004, 2005, 2008, 2011 und 2013) auf Einladungen an die AutorInnen durch die BandherausgeberInnen, auf Calls for Papers oder auf Tagungsbeiträgen von IGLR-Veranstaltungen. Die fremdproduzierten Bände (2006, 2007, 2009, 2010 und 2012) gingen auf Tagungen anderer Veranstalter zurück.
- 12 Eine Möglichkeit, die deutschsprachige Orientierung langfristig beizubehalten, wäre wohl, längere englischsprachige Abstracts einzuführen.
- 13 Eigene Erhebung des Verfassers.
- 14 Mitteilung von Ernst Langthaler an den Verfasser vom 15.9.2014.
- 15 Vgl. Lutz Raphael, *Anstelle eines „Editorials“: Nationalzentrierte Sozialgeschichte in programmatischer Absicht. Die Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft“ in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), 5–37.
- 16 Diese und die folgenden quantitativen Angaben nach der Auswertung der zehn erschienenen Jahrgänge des Jahrbuchs durch den Verfasser.
- 17 Vgl. Ernst Langthaler, *Einleitung: Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930–1960*, in: Bruckmüller/Langthaler/Redl (Hg.), *Agrargeschichte*, 8–18.
- 18 Vgl. Michael Mitterauer, *Agrargeschichte als interkulturell vergleichende Globalgeschichte?*, in: Langthaler/Redl (Hg.), *Land*, 221–227.

## Ländliche Geschichte neu schreiben

Bericht über den internationalen Workshop anlässlich des zehnjährigen Erscheinens des *Jahrbuchs für Geschichte des ländlichen Raumes* (Wien, 13.11.2014)

Das *Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes* (JGLR) feiert im Jahr 2014 sein zehnjähriges Erscheinen. Aus diesem Anlass lud das Institut für Geschichte des ländlichen Raumes (IGLR) gemeinsam mit dem Forschungsschwerpunkt Wirtschaft und Gesellschaft aus historisch-kulturwissenschaftlicher Perspektive der Universität Wien am 13. November 2014 zum Workshop *Ländliche Geschichte neu schreiben* nach Wien. Einen Halbtage lang diskutierten internationale TeilnehmerInnen den gegenwärtigen Stellenwert der ländlichen Geschichte in der Wissenschaftslandschaft sowie deren Stellung in gesellschaftlichen Bereichen außerhalb des wissenschaftlichen Feldes. Nach der Begrüßung durch Brigitta Schmid-Lauber (Wien) skizzierte Ernst Langthaler (St. Pölten) einleitend die Entstehungs- und Herstellungsbedingungen des JGLR.

Im Eröffnungsvortrag ließ Clemens Zimmermann (Saarbrücken) die zehn bisher erschienenen Bände des Jahrbuchs Revue passieren. Unter dem Titel *Regionen, Netzwerke, Sinngebungen*,<sup>1</sup> erörterte er den Entwicklungspfad und zukünftige Entwicklungspotentiale dieses Publikationsprojekts. Eingangs schilderte er die 1990er Jahre als eine Phase, in der die Agrargeschichtsschreibung neuen Schwung aufgenommen habe. Inmitten dieser Aufbruchsstimmung verortete er die Gründung des Jahrbuchs, das jedoch von Anfang an eigene Akzente setzte. Mittels eines inhaltsanalytischen Panoramas, in dem die Beiträge der bisherigen zehn Bände entlang unterschiedlicher Indikatoren sortiert waren, zeigte er anschaulich das Merkmalsprofil des Jahrbuchs.

Zusammenfassend charakterisierte er den im Jahrbuch eingeschlagenen Kurs einer ‚neuen‘ Agrargeschichte durch vier Leitlinien: erstens die Europäisierung der Themen und Untersuchungsregionen; zweitens die Offenheit gegenüber kulturhistorischen Perspektiven, ohne dabei klassische Ansätze der Agrargeschichte aufzugeben; drittens die Akzentuierung von lebensweltlichen und regionalen Kontexten; viertens die bedeutende Rolle theoretischer Modelle. An diese vier Charakteristika fügte er jeweils Vorschläge zur Erweiterung und Vertiefung an. Eine stärkere Rolle komparatistischer Ansätze könne die Abstraktionsebene einer europäisierten Agrargeschichte erhöhen und so zur Begriffsschärfung beitragen. Die im Jahrbuch gepflegte Methodenvielfalt würde durch kontrastierende Nebeneinanderstellung der Perspektiven gewinnen, indem dadurch die Erkenntnismöglichkeiten und -grenzen der einzelnen Zugänge besser sichtbar würden. In Bezug auf den Schwerpunkt auf lebensweltliche Kontexte plädierte er für eine stärkere Gewichtung von Medialisierungsprozessen, denen das Jahrbuch bisher zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt habe. Um die Theorie- und Methodenreflexion weiter zu forcieren, schlug er eine stärkere Nutzung des Forums-Teils vor für solche Debatten. In Hinblick auf die Sichtbarkeit der Agrargeschichte in weiter ge-

fassten Zusammenhängen schloss er mit einem Plädoyer für die Offenheit gegenüber aktuellen zeitgeschichtlichen und gesellschaftspolitischen Debatten.

In der darauf folgenden Podiumsdiskussion setzten sich die TeilnehmerInnen mit der Frage nach der gegenwärtigen Stellung der ländlichen Geschichte auseinander. Dass die Diskussion nicht zu einer bloßen Aneinanderreihung vorbereiteter Statements geriet, sondern sich zu einer lebhaften Debatte entwickelte, war zu einem guten Teil der Moderation durch Martin Kugler (Wien) zu verdanken. Aber auch die vielfältige Zusammensetzung der GesprächsteilnehmerInnen, die unterschiedliche Fachdisziplinen, Forschergenerationen und Wissenschaftskulturen repräsentierten, hatte ihren Anteil daran, dass dem Publikum ein kurzweiliges, anregendes und durchaus kontrastreiches Spektrum von Ansichten geboten wurde.

Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Erich Landsteiner (Wien) eröffnete die Diskussion mit einer pessimistischen Einschätzung der zukünftigen Rolle einer eng gefassten Agrargeschichte. Seine Diagnose eines „schrumpfenden Stellenwerts“ der Agrargeschichte im engeren Sinn im wissenschaftlichen Milieu, führte er auf Veränderungen der Lebenswelt von Studierenden zurück, die nicht nur keinen landwirtschaftlichen Bezug mehr hätten, sondern auch nicht mehr von den Debatten über den Verlust agrarisch geprägter Lebenswelten betroffen seien. Für eine weiter gefasste Agrargeschichte, etwa mit Bezug zur Ernährungsgeschichte, relativierte er seine Einschätzung, da die Frage, „was wir essen und trinken“, das öffentliche Interesse an Agrar- und Ernährungsfragen befördere.

Aus Sicht der Europäischen Ethnologie schilderte Konrad Köstlin (Wien) eine Abwertung agrarischer Themen im Zusammenhang mit der Neuorientierung des Faches mittels der Abgrenzung gegenüber älteren Konzeptionen von Volkskunde, die oft als „Bauernkunde“ aufgetreten sei. Elegant verschob er die Perspektive darauf, dass auch die ältere Volkskunde immer mit (in städtischen und bürgerlichen Kontexten entworfenen) „Bildern vom Land“ operiert habe, die jedoch auch gegenwärtig – etwa in den Hochglanz-Landmagazinen – fortwirkten. Er plädierte dafür, bei der Frage nach dem Stellenwert des ländlichen Raums in den Wissenschaften die institutionalisierten Redeweisen vom Land mit zu reflektieren.

Der Sozialökologe Fridolin Krausmann (Klagenfurt/Wien) betonte aus Sicht der naturwissenschaftlich dominierten Landnutzungsforschung den Bedarf an sozial- und kulturwissenschaftlicher Erweiterung. Gleichzeitig verwies er aber auch auf Problematiken eines solchen interdisziplinären Dialogs, etwa durch unterschiedliche Formulierung der Erkenntnisinteressen, aber auch bei gegenseitigen Vorbehalten in Bezug auf jeweils zulässige Grenzen der Reduktion sowie im unterschiedlichen Umgang mit Skalenfragen. Mit Erich Landsteiner teilte er die Beobachtung, dass das Interesse an isolierten Entwürfen von Agrargeschichte abnehme; eine erweiterte Perspektive, beispielsweise im Zusammenhang mit Ernährungs- oder Klimafragen, besitze aber durchaus Relevanz.

Der Agrarhistoriker Peter Moser (Bern) zeichnete ein differenziertes Bild der Stellung agrargeschichtlicher Forschungen in der Schweiz. Für die sich mit Agrarfragen beschäftigenden Sozialwissenschaften sei das Interesse an historischer Tiefenschärfe beschränkt. In der Wirtschafts- und Sozialgeschichte komme dagegen etwa seit einem Jahrzehnt niemand mehr an der Agrargeschichte vorbei. In der Kultur- und Geschlechtergeschichte finde das Potential eines agrarhistorischen Blicks zwar Anerkennung, jedoch ohne vollständige Erfassung der erbrachten Leistungen. In der allgemeinen Geschichte hingegen sei die Agrargeschichte nicht präsent – „als ob es sie nicht geben würde“. Für weitere gesellschaftliche

Felder schilderte er eine ambivalente Situation: Auf der einen Seite werde ländlicher Raum nur mehr als defizitär, in Relation zur Stadt wahrgenommen; auf der anderen Seite habe der öffentliche Diskurs über die Landwirtschaft in den letzten Jahren an Aktualität gewonnen. In dieser paradoxen Konstellation zwischen dem ländlichen Raum, der wie die Stadt werden und gleichzeitig ‚anders‘ bleiben solle, machte er ein Diskussionspotenzial zwischen Wissenschaft und Gesellschaft aus.

Die Osteuropahistorikerin Madlen Benthin (Leipzig), Verfasserin eine Rezension über alle zehn Bände des JGLR,<sup>2</sup> brachte ihre Perspektive als Nachwuchsforscherin in die Debatte ein. Sie berichtete von Erfahrungen, dass Agrargeschichte häufig als methodenarme, etwas „miefige“ Teildisziplin wahrgenommen werde. Die in letzter Zeit vermehrten Drittmittelprojekte zu agrargeschichtlichen Fragestellungen würden zwar zeigen, dass eine temporäre Beschäftigung in diesem Gebiet durchaus *en vogue* sei. Eine längere Beschäftigung mit Agrargeschichte werde karrieretechnisch jedoch nicht als vorteilhaft angesehen. Dem stellte sie die Erfahrung gegenüber, dass sowohl politische Akteure als auch zivilgesellschaftliche Initiativen erhebliches Interesse an Forschungen zum ländlichen Raum zeigen.

Anschließend daran entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über Problematiken der von allen DiskutantInnen geteilten Erfahrung eines lebendigen Interesses an Agrargeschichte von Seiten einer Öffentlichkeit abseits des wissenschaftlichen Betriebs. Auf der einen Seite stand die Forderung nach einer aktiven Rolle der Geschichtsforschung, die sich nicht in eine Verteidigungshaltung drängen lässt, sondern ihre Begriffe nachjustiert und Partner außerhalb des wissenschaftlichen Feldes sucht. Dem standen Positionen gegenüber, die Diskrepanzen zwischen öffentlichen, oft romantiserten Ansprüchen und kritischer Geschichtswissenschaft – die etwa auch kommerziellen Interessen der Tourismusindustrie entgegenwirke – betonten. Peter Moser zeigte hier einen möglichen Weg auf, der jedoch ein Umdenken voraussetzt: Man solle die Nachfrage nach vereinfachten Wahrheiten zurückweisen und sich auf das eigene, viel komplexere Angebot stützen. Auf diese Weise käme das kritische Potenzial historischer Forschung öffentlich zum Tragen – kurz: „HistorikerInnen können Verunsicherung anbieten“.

In einer abschließenden Runde ging es um zukünftige Potentiale des Jahrbuchs. Hier zeigten sich einige Überschneidungen mit Anregungen, die Clemens Zimmermann bereits in seinem Vortrag geäußert hatte. Dazu zählte die Unterbelichtung der Rolle von Medien in den bisher erschienenen Bänden, aber auch die Forderung nach mehr interkulturellen Vergleichen, die über Europa hinaus etwa auch den globalen Süden einbeziehen sollten. Wiederholt wurde der Wunsch geäußert, bereits behandelte Themen, insbesondere das der ländlichen Arbeitsverhältnisse, erneut aufzugreifen, um dort Angelegtes weiterzuentwickeln. Aber auch neue Themen, etwa Landschaftskommunikation oder Dorfbilder, wurden vorgeschlagen. Zudem wurde das kritische Potenzial der Agrargeschichte eingefordert, um wirkmächtige „Gespenster“ wie jenes des „Bauernstandes“ wenn schon nicht zu verjagen, so doch in die Schranken zu weisen. All diesen Vorschlägen ist gemein, dass sie die „komplexe Relation von sozialen und symbolischen Räumen“ behandeln, die Clemens Zimmermann in seinem Vortrag als *hidden agenda* des Jahrbuchs ausgemacht hatte. Dies bestärkte die am Podium geteilte Meinung, dass der bisherige Weg des Jahrbuchs konstruktiv war und weitergeführt werden sollte.

Zehn Jahre JGLR, so eine weitere Übereinstimmung der DiskutantInnen, sei ein Anlass, ähnlich wie im ersten Band *Agrargeschichte schreiben* von 2004 den eigenen Standort im

wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld zu reflektieren. Dafür böte sich meiner Meinung nach ein Thema an – der „ländliche Raum“, der mit Abstand die kontroversesten Diskussionen dieses Workshops stimulierte. Neben der Rede von „ländlicher“ oder „Agrargeschichte“, deren einschließende Funktion durchaus einleuchtet, entwickelten sich immer wieder Diskussionen darüber, was jetzt nun dieser „ländliche Raum“ sei und welche Konsequenzen dies mit sich bringe. Erstaunlich war, dass kaum die Strategie der Pluralisierung, das heißt die Rede von „ländlichen Räumen“, gewählt wurde. Die Pluralisierung würde die notwendige Gegenüberstellung von „Stadt“ und „Land“ entschärfen und verdeutlichen, dass es sich bei „ländlich“ um eine mehrfach relationale Kategorie handelt. Bemerkenswert war überdies, dass die Begriffsgeschichte des Konzepts „ländlicher Raum“ in den Diskussionen völlig ausgeblendet blieb. Ohne hier auf fundierte Untersuchungen aufbauen zu können, scheint es doch beachtenswert, dass dieses Konzept bis in die 1960er Jahre kaum Verwendung fand, seither aber – vor allem im Kontext staatlicher Planung für als defizitär erachtete Regionen – eine fulminante Konjunktur erlebte. Auf das Fehlen begriffsgeschichtlicher Studien hat kürzlich Juan Pan-Montojo in seiner Rezension der ersten zehn Bände der Serie *Rural History in Europe* hingewiesen.<sup>3</sup> Ein begriffsgeschichtlicher Zugang böte auch die Möglichkeit, der Forderung Clemens Zimmermanns nach stärker komparatistischen Ansätzen Rechnung zu tragen.

Mehr Reflexivität in der ländlichen Geschichte wäre nicht nur in zeitlicher, sondern auch in räumlicher Hinsicht von Nöten. Sowohl Clemens Zimmermann als auch Juan Pan-Montojo heben in ihren Betrachtungen des JGLR und der Buchreihe *Rural History in Europe* hervor, dass weite Teile Osteuropas stark unterrepräsentiert oder fast gar nicht vertreten seien. Ein Vierteljahrhundert nach den ‚Wendejahr‘ 1989 scheint es an der Zeit, die Grenzen der Europäisierung der ländlichen Geschichte zu hinterfragen und zu überwinden.

## Anmerkungen

- 1 Siehe den Beitrag von Clemens Zimmermann in diesem Band.
- 2 Vgl. Madlen Benthin, Rezension von: Institut für Geschichte des ländlichen Raumes (Hg.), *Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2004–2013*, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 62 (2014) H. 2, 123–126.
- 3 Vgl. Juan Pan-Montojo, *Rural History in Europe*, vols. 1–10, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte – Revue d’histoire* 21 (2014) H. 2, 150–154.



# Abstracts

## Angelika Laumer: 'He could do anything if he had to, he was a hardworking man.' How Forced Labourers' Children in Rural Bavaria Remember Forced Labour and its Consequences

The article investigates the communicative memory of forced labourers' descendants in rural Bavaria. It is based on ethnographic research with a grounded theory approach that includes talks, interviews and group talks. Since there are only few media representations or rituals that commemorate forced labour in Bavaria, the topic is mainly present in oral communication. The interviewees' parents stayed and lived on in Bavaria after having been forced labourers in the region during World War II. Only a limited set of topics is relevant for the interviewees when they talk about their parents' forced labour on the farms in the neighbourhood or about the consequences of forced labour and of living on in the region – mainly the forced labourers' children's notion of 'labour' as well as their parents' relations to native German neighbours and peer networks in rural Bavaria. Furthermore, the article shows how forced labourers' children refer to their parents' biographies by discussing socioeconomic relations in the region – if they do so at all – and how the interviewees refer to realms of memory like concentration camp memorials instead of addressing their parents' experience of forced labour openly.

## Uta Bretschneider: Forced Migration and the Provision of a New Home. 'Resettlers' as 'New-Farmers' in the SOZ/GDR

After World War II, 4.3 million refugees and expellees from the former eastern territories of Germany reached the Soviet Occupation Zone (SOZ). Three-quarters of these 'resettlers' arrived in rural areas, which provided better chances for employment, accommodation and food than the destroyed cities. The 'resettlers' reached villages during a time of transition. The rural areas of the SOZ had undergone radical transformation processes: the collapse of the Nazi regime, the establishment of socialism and the change of traditional ownership and hierarchy structures within the so called land-reform (1945–1948), which was supposed to create a special type of farmer, the 'new-farmer' (*Neubauern*). These changes required a high level of adaptation from the 'resettlers' as well as from the established villagers. Both heterogeneous groups experienced those years as years of collapse and breakup. After ensuring the immediate survival of the refugees and expellees, the political aim of the Socialist Unity Party of Germany was their fast integration into the emerging socialist society of the young German Democratic Republic (GDR). Looking at the assimilation of the 'resettlers' into rural society, the question arises how successful the land reform and other governmental aid efforts were. To what extent was the new beginning of the 'resettlers' actually reflected in memories? Qualitative interviews, archival sources and contemporary journals were analysed to answer these questions using the example of Thuringia.

## Ute Sonnleitner/Anita Ziegerhofer/Karin M. Schmidlechner: Departure as Opportunity. Styrian Labour Migration to Switzerland, 1945–1955

From 1945 to 1955, numerous people left Austria to live and work abroad. In addition to overseas-migration, there existed various different types of temporary labour migration streams within Western Europe. Great Britain, the Netherlands, Switzerland and later on Germany were favourite host-countries of Austrian labour migrants. This article deals with young people from Styria who went to Switzerland, young men and women who left their homes for a certain amount of time to try their luck and then returned to their region of origin. A great number of them came from agriculturally dominated regions of Styria. These regions in general were economically underdeveloped, lacked infrastructure and were therefore affected by a rural exodus (*Landflucht*). Thousands of people migrated to surrounding cities, hoping to find better living and working conditions. Those men and women did not flee unemployment, as it is often assumed, but farm labour. The dominance of the agricultural sector in their regions of origin would have forced them to work as farm servants. Farmers were desperately looking for farm workers, thousands of announcements were launched in newspapers. Representatives like the chamber of agriculture constantly demanded policies to stop the movement towards the cities. Reports on *Landflucht* dominated the media, while all kinds of migrations got subsumed under this title. The migration of those young men and women who went to Switzerland can be understood as countermovement to this trend. Their sojourn in Switzerland functioned as a bridge: They avoided leaving their homes for good and moving to the city, but they decided to work and live abroad for some time in order to return to their rural origins later on. This text discusses the public perception of the migratory movement to Switzerland, questioning its content and impacts by comparing it to the migrants' self-perception.

## Nina Kulovics: 'You did hear that they would hire somebody there, and that you can earn some money – since we had nothing ourselves.' Labour Migration from South Burgenland to Switzerland, 1950–1970

The aim of this article is to analyse labour migration from the rural, peripheral area of the South Burgenland to Switzerland between 1950 and 1970 and to contextualise this migration in the social and economic conditions of both the sending and receiving areas at the time. The data consists of thirteen interviews and of research into the residential registers of two communes in South Burgenland. The semi-narrative interviews involved women and men from the South Burgenland who migrated to German-speaking Switzerland between 1952 and 1969. The analysis of the collected data shows the interviewees' living and working conditions, their reasons for migration, the length and permanence of their residence as well as attempted integration and assimilation efforts. Labour migration from South Burgenland

to Switzerland is regarded as an individual endeavour, for which social networks played a crucial role. It was carried out by young, unmarried, mostly low-qualified men and by a significant number of women. In contrast to their original plans of a temporary stay, most of the migrants became permanent residents. The migration movement shows particular characteristics, but can also be related to broader Burgenland and Austrian migration movements at that time.

## Gerhard Hetfleisch: History of Labour Migration in Tyrol, 1945–2013

This article is the first overview on the recent history of labour migration in Tyrol. Primary sources are very scattered, and hardly any relevant publications exist to present; the standard textbooks on the history of Tyrol feature migration as a marginal topic or they ignore it completely. Only in recent years the Department of Contemporary History at the University of Innsbruck has engaged in the study of migration history of Austria and Tyrol, but so far this has produced mostly academic dissertations on the topic. During the post-war era until 1960, labour migration was not a subject of public perception. The dominating migration issues concerned displaced persons in general and refugees and displaced ethnic Germans in particular. Between the 1960s and the 1970s, the focus changed due to the increased influx of labour migrants from former Yugoslavia and Turkey, with a first peak at the beginning of the 1970s. The 'oil crisis' in 1973/74, followed by the 1975 Foreign Employment Act, was a turning point which initiated a phase of depletion and stagnation in the employment of foreign workers until 1988. This watershed also marked the slow transition from the guest worker system to the integration system of migration policy, which lasted for approximately two decades. This shift was defined most significantly during the era of Alfred Dallinger as the Federal Minister of Social Affairs, who initiated – however limited – integration policies in the mid-1980s. Behind the back of politicians and social partners, Austria became a country of immigration, a trend that had been ignored by decision-makers in Austria and Tyrol for a long time. The social consequences of the absence of an active and appreciative policy towards the new resident migrant population became apparent. These people could not be reduced to the function of a disposable labour pool as intended in the recruitment treaties of the 1960s, but they actively strived to establish themselves in Austria. The policy makers in Tyrol responded only after the turn of the millennium, – faster than those of other provinces, but in many respects less comprehensively.

## Verena Sauermann/Veronika Settele: Making Migration Visible and Memorable. Research into the Migration History of a Small Town in Tyrol

Hall in Tyrol is a small town in a rural environment close to Innsbruck and hosts an important industrial zone. This is why Hall has attracted many 'guest workers,' mainly from Turkey

and Yugoslavia, since the 1960s. The town is proud of its history, but there only exists a selective historical awareness of migration history: Although migration to Hall has a long historical tradition due to rock salt mining, salt refining, trade and marketplace, it is not visible in the town's history. Especially the migration history of the second half of the 20th century remains unnoticed in the official remembrance while being ubiquitous in the everyday life in Hall. The BMWFW/Sparkling Science-project *Seeking Traces: Hall in Motion* attempts to fill in this gap in the history of migration to Hall. The results of this project constitute the core of this paper. Multiple perspectives inform this history: Since the archive of the town is unable to provide the sources needed, the personal collections of employers and private persons and the oral historical narrations form the basis for the telling of the town's history with migrants as protagonists and stakeholders. The paper starts with the specific invisibility of migration history in a small Tyrolean town and continues to discuss the sources the present is able to offer.

## Vladimir Ivanović: The Dream of Coffee Melange. A Contribution to the History of Returning Yugoslav Labour Migrants

This article illuminates the migration policy of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia (SFRY) in relation to the return of Yugoslav guest workers from abroad. The article is based on unpublished Yugoslav archival documents, newspaper articles, secondary sources and oral history interviews. Considering the lack of literature, this work is intended to give the historical overview of the return waves to Yugoslavia, and also to shed light on the strategies of the Yugoslav state for the integration of returnees. The author tries to find answers to the following questions: What kind of integration arrangements were proposed to the returnees? What opportunities opened up for the migrants, and what motives did they have for their return? The final part of the article is based on a field study of the village Donja Livadica in Serbia and examines the present situation of the returnees.

## Ingrid Machold/Thomas Dax: Key Factor Immigration. Migration in Austria with Regard to Rural Areas

The increase of immigration is experienced as an important aspect of contemporary rural change across European countries and across the globe. Although migration to and from rural areas is not a recent phenomenon, it has increased over the last three decades. The paper focuses on the Austrian context where the share of foreigners increased from 4 percent at the beginning of the 1990s to about 12.5 percent today. If second generation immigrants are included, the ratio goes up to 19.4 percent. Almost all rural regions of Austria were 'immigration areas' in the last decade. This specific development can be seen from recent migration data. By differentiating the various components of migration movements (international, local, regional and national internal movements), we explore the relevance and scope of the different migratory pathways. In particular, changes in the spatial distribution of migration

to and from regional types are presented to emphasize that both directions of migration movements have to be taken into account. Only in this way it is possible to grasp the increase in migration and its challenges for rural regions. Within the perspective of European integration, this development poses particular issues for policy adaptation towards pro-active measures of a culture of welcome with regard to social and economic rural policies.

## Gudrun Kirchhoff/Claudia Bolte: Migration and Integration in Rural Areas – Characteristics and Challenges

Demographic changes and the emerging shortage of skilled labour have promoted the issues of immigration and integration in the rural areas in Germany. The Schader Foundation conducted two research projects to examine the rising potential of immigrants and their integration in areas primarily confronted with negative demographic factors such as population decreases and demographic aging. To increase the opportunities of participation for immigrants and to sensitize the civil society for cultural diversity, the intercultural opening of municipal administrations is important. Those processes have to consider the heterogeneity and diversity of rural regions, the different traditions and circumstances for immigration and also the diversity of local immigrant groups. The importance of neighbourhoods and the integration into civil society appears to be typical for rural areas. Also, active individuals play a significant role. On the one hand, the social environment in small towns is able to promote personal contacts between natives and immigrants, on the other hand there can be an increased risk of conflicts between different demands. There are specific problems for integration in rural areas: the low density of population and immigrants, mobility deficits and associated poor accessibility of public services. In addition, the financial marginality, the lack of human resources in the local administration and the limited number of professionals reduce the possibilities for local agency. A strategic orientation of local integration policies and an intercultural awareness are of central importance to secure the future viability of municipalities in rural areas. The establishment of a culture of recognition and welcome is also important for a successful integration and further encouragement of new immigration. In order to do this with limited resources, municipalities in rural areas depend on active support from state and federal governments.

## Isabella Skrivanek/Lydia Rössl/Anna Faustmann: Occupational Integration of Migrants in Rural Styria in the Context of Immigration History

In contrast to common perceptions, immigrants do not only make up a growing part of urban populations but also of some rural areas in Austria. This article explores the labour market position of immigrants in rural areas of the Southern Austrian province Styria. It is based on the findings of the monitoring and evaluation of active labour market programmes that were implemented in Styria 2010 to 2011. Six case studies of immigrants are presented

and analysed with the intersectional approach suggested by Degele and Winker. The analysis takes the regional context and past experience with migratory movements into account. The empirical findings are complemented by a review of literature and regional data on the Austrian and Styrian migration patterns since 1945. The results indicate that a disadvantaged labour market position of immigrants cannot be reduced to their foreign origin. First, it is the interplay of different factors that influence their living conditions and social position in Austria, i.e. origin (residence status, language, religion), gender (parenthood), class (educational level, occupational status, household income, social network) and body (age, health). Second, time and location matter. Similar individual characteristics can have different outcomes at different periods of time. Rural areas often do not provide the same level of infrastructure and employment opportunities than urban centres. Finally, it also depends on rural development policies whether these areas can offer decent prospects not only to their long-term (native) residents but also to new (immigrant) residents.

## Elisabeth Boesen/Gregor Schnuer/Christian Wille: Urbanity in Rural Space. Residential Migration in the German-Luxembourgian Border Region

Studies on the connection between migration and urbanity are usually concerned with conditions and developments in cities. The possible presence of 'urbanity' in rural space is the topic of the present contribution and will be discussed through the example of residential migration in the 'Greater Region Saar-Lor-Lux'. The massive influx of residential migrants from Luxembourg into the border regions of the neighbouring countries is a relatively recent phenomenon, and was caused by the developments in the real-estate market in the Grand Duchy of Luxembourg. This phenomenon is especially interesting for the topic of migration in rural areas because of the complex composition of the group of residential migrants, which is extremely differentiated regarding the dimension rural versus urban. Furthermore, it is remarkable because of the substantial demographic changes caused by the residential migrants in border villages. Two questions are central to our study: Do the urban attitudes and practices become visible in German border villages? And if so, how does the migratory movement from Luxembourg influence this 'rural urbanity'? Furthermore, taking the everyday practices of the residential migrants as a starting point, this contribution considers the question if the dichotomy urbanity versus rurality offers a conceptual approach for the examination of individual and structural integration processes.

*Im Studienverlag erschienen:*

Lars Amenda/Ernst Langthaler (Hrsg.)

## **Kulinarische „Heimat“ und „Fremde“**

Migration und Ernährung im 19. und 20. Jahrhundert

*Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2013, Band 10*

218 Seiten, zahlreiche s/w-Abbildungen, € 29.90

ISBN 978-3-7065-5320-9

---



Ewald Hiebl/Ernst Langthaler (Hg.)

## **Im Kleinen das Große suchen**

Mikrogeschichte in Theorie und Praxis

*Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2012, Band 9*

290 Seiten, zahlreiche s/w-Abbildungen, € 29.90

ISBN 978-3-7065-5216-5

---

Rita Garstenauer/Günter Müller (Hg.)

## **Aus der Mitte der Landschaft**

Landschaftswahrnehmung in Selbstzeugnissen

*Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2011, Band 8*

256 Seiten, zahlreiche s/w-Abbildungen, € 29.90

ISBN 978-3-7065-5100-7

---

Dietmar Müller/Angela Harre (Eds.)

## **Transforming Rural Societies**

Agrarian Property and Agrarianism in East Central Europe in the Nineteenth and Twentieth Centuries

*Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2010, Band 7*

230 Seiten, zahlreiche s/w-Abbildungen, € 29.90

ISBN 978-3-7065-4950-9

---

Markus Cerman/Erich Landsteiner (Hg.)

## **Zwischen Land und Stadt**

Wirtschaftsverflechtungen von ländlichen und städtischen Räumen in Europa 1300–1600

*Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2009, Band 6*

250 Seiten, zahlreiche s/w-Abbildungen, € 29.90

ISBN 978-3-7065-4799-4

---

Rita Garstenauer/Erich Landsteiner/Ernst Langthaler (Hg.)

## **Land-Arbeit**

Arbeitsbeziehungen in ländlichen Gesellschaften Europas (17. bis 20. Jahrhundert)

*Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2008, Band 5*

292 Seiten, zahlreiche s/w-Tabellen und Übersichtstafeln, € 29.90

ISBN 978-3-7065-4631-7

---

Hanns Haas/Ewald Hiebl (Hg.)

## **Politik vor Ort**

Sinngebung in ländlichen und kleinstädtischen Lebenswelten

*Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2007, Band 4*

320 Seiten, zahlreiche s/w-Abbildungen, € 44.90

ISBN 978-3-7065-4475-7

---

Weitere Bände in dieser Reihe finden Sie auf [www.studienverlag.at](http://www.studienverlag.at)